15. Landschaftsversammlung 2020-2025

Qualität für Menschen

An die Mitglieder
des Sozialausschusses

Köln, 24.08.2023
Frau Stenzel
Fachbereich 71

Sozialausschuss

Dienstag, 05.09.2023, 10:00 Uhr

Köln, Horion-Haus, Rhein/Erft

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **12.** Sitzung lade ich herzlich ein.

Während der Sitzung sind Sie telefonisch zu erreichen unter Tel. Nr. 0221-809-6011.

Falls es Ihnen nicht möglich ist, an der Sitzung teilzunehmen, bitte ich, dies umgehend der zuständigen Fraktionsgeschäftsstelle mitzuteilen, damit eine Vertretung rechtzeitig benachrichtigt werden kann.

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschrift über die 11. Sitzung vom 25.04.2023	
3.	LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022 Berichterstattung: LVR-Direktorin Lubek	**15/1470/1** K
4.	Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte Berichterstattung: LVR-Direktorin Lubek	**15/1707** K

Beratungsarten: B = Beschluss, E = empfehlender Beschluss, K = Kenntnis

5.	Haushalt 2024	
5.1.	Haushaltsentwurf des Dezernates Soziales für das Jahr 2024 Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1885** K
5.2.	Haushaltsentwurf 2024 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses Berichterstattung: LVR-Dezernentin Hötte	**15/1836** B
6.	Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX Berichterstattung: LVR-Dezernentin Dr. Schwarz	**15/1802** B
7.	Modellprojekt "Inklupreneuer Rheinland" der Projektträger Hilfswerft gGmbH, Bremen und found it e.V., Wuppertal Berichterstattung: LVR-Dezernentin Dr. Schwarz	**15/1803** B
8.	Modell "Menschen im Arbeitsleben nach erworbener Hirnschädigung" Berichterstattung: LVR-Dezernentin Dr. Schwarz	**15/1813** B
9.	Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1826** K
10.	Das Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport als "Anderer Leistungsanbieter" Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1927** K
11.	BAGüs-Benchmarking-Bericht 2023	
11.1.	Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski + PowerPoint Präsentation	**15/1705** K
11.2.	Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021 Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1719** K
12.	Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski + PowerPoint Präsentation	**15/1745** K
13.	Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1784** K
14.	Beschlusskontrolle	

15. Anfragen und Anträge

15.1. Anfrage: Umsetzung der Billigkeitsrichtlinie zur Unterstützung der Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Energiekrise

Anfrage 15/69
GRÜNE K

15.2. Beantwortung Anfrage 15/69 Die GRÜNEN
Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski
LVR-Dezernent Dannat

16. Bericht aus der Verwaltung

17. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende

Z s a c k - M ö l l m a n n

TOP 1 Anerkennung der Tagesordnung

Qualität für Menschen

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Sozialausschusses
am 25.04.2023 in Köln, Horion-Haus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Cleve, Torsten	
Kipphardt, Guntmar	für: Hermes, Achim
Dr. Leonards-Schippers, Christiane	
Dickmann, Bernd	für: Nabbefeld, Michael
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Labouvie, Peter	für: Renzel, Peter
Wehlus, Jürgen	für: Stolz, Ute
Wörmann, Josef	

SPD

Bozkir, Timur
Kox, Peter
Kucharczyk, Jürgen
Schmerbach, Cornelia
Scho-Antwerpes, Elfi
Zander, Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kresse, Martin	für: Blanke, Andreas
Peters, Jürgen	
Schäfer, Ilona	
Heinen, Jürgen	für: Tadema, Ulrike
Zsack-Möllmann, Martina	Vorsitzende

FDP

Nüchter, Laura	
Dick, Daniel	für: Pohl, Mark Stephen

AfD

Nietsch, Michael

Die Linke.

Detjen, Ulrike

FREIE WÄHLER

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Die FRAKTION

Peyvandi, Shekoofeh

Verwaltung:

Herr Lewandrowski	LR 7
Frau Dr. Schwarz	LR 5
Herr Beyer	Fachbereichsleitung 53
Herr Schulzen	Fachbereichsleitung 72
Herr Dr. Schartmann	Fachbereichsleitung 73
Frau von Berg	Fachbereichsleitung 74
Frau Krause	Stabsstellenleitung 70.10
Herr Zimmermann	74.50
Frau Ries	53.01
Herr Sturmberg	0/03
Frau Stenzel	71.11 (Protokoll)

Gäst*innen:

Prof. Dr. Gouzoulis-Mayfrank	Ärztliche Direktorin der LVR-Klinik Köln und Direktorin LVR-Institut für Forschung und Bildung
Frau Hubbertz	IFD Wuppertal
Herr Bulk	IFD Wuppertal

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschrift über die 10. Sitzung vom 28.02.2023	
3.	Projekt WohnLos	
3.1.	Vorstellung des Projekts WohnLos	
3.2.	Projekt "WohnLos" für wohnungslose und psychisch erkrankte Menschen	**15/1583** K
4.	Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR"	**15/1044** K
5.	Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022	**15/1602** K
6.	Inklusive Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen	**15/1598** K
7.	Bericht über die Studien- und Informationsreise des LVR-Sozialausschusses in die Niederlande vom 1. bis 3.3.2023	**15/1604** K
8.	Vorstellung der Integrationsfachdienste im Rheinland	**15/1657** K
9.	Aktueller Stand des Modellvorhabens „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis"	**15/1586** K
10.	Beschäftigung mit Handicap: wie es jungen Menschen mit Behinderung gelingen kann, eine passende Ausbildung zu finden - Beispiel Celina Prehl - Filmbeitrag -	
11.	Anfragen und Anträge	
11.1.	Erprobung "Keukentafelgesprek"	**Antrag 15/102 CDU, SPD** B
12.	Bericht aus der Verwaltung	
13.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende der Sitzung:	12:25 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1
Anerkennung der Tagesordnung

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 12 "Bericht aus der Verwaltung" wird aus Termingründen vorgezogen als neuer TOP 8.

Punkt 2
Niederschrift über die 10. Sitzung vom 28.02.2023

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 3
Projekt WohnLos

Punkt 3.1
Vorstellung des Projekts WohnLos

Frau Prof. Dr. Gouzoulis-Mayfrank berichtet über die zentralen Ergebnisse des gemeinsam mit dem LWL durchgeführten Projektes "WohnLos", in dem die Wohn- und Lebenssituation von Patient*innen in stationärer Behandlung erfasst und analysiert wurde. Die Präsentation ist als **Anlage 1** beigefügt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Kox**, **die Vorsitzende und Frau Schäfer**. Übereinstimmend wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum als Hauptursache festgestellt. Die Fragen beantwortet **Frau Prof. Dr. Gouzoulis-Mayfrank** wie folgt:
Es sei schwer, Kooperationen mit Wohnungsgesellschaften aufzubauen, da bezahlbare Wohnungen nicht nur für obdachlose und psychisch kranke Menschen, sondern generell viel zu wenig angeboten würden. Studien hätten ergeben, dass offenbar vorwiegend Männer (und nicht Frauen) mit einer psychischen Behinderung wohnungslos seien. Trotzdem werde nicht vergessen, den Fokus auch auf die Frauen mit einer psychischen Behinderung und Obdachlosigkeit zu legen. Der Aspekt von depressiven Menschen, die oft versteckt wohnungslos seien, sei in der Studie nur in sehr geringem Maße aufgefallen. Abschließend bedankt sie sich für die Möglichkeit, die Studie im Sozialausschuss vorstellen zu dürfen.

Die Vorsitzende dankt Frau Prof. Dr. Gouzoulis-Mayfrank sehr herzlich für die Vorstellung des Projektes, das eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen im Sozialausschuss darstelle und auch bei den Beratungen in den kommunalen Ausschüssen vor Ort weiterhelfen könne.

Der Sozialausschuss nimmt die Vorstellung des Projekts "WohnLos" von Frau Prof. Dr. Gouzoulis-Mayfrank zur Kenntnis.

Punkt 3.2
Projekt "WohnLos" für wohnungslose und psychisch erkrankte Menschen
Vorlage Nr. 15/1583

Herr Zimmermann berichtet sehr engagiert über die unterschiedlichen Lösungen für Unterstützungsbedarfe obdachloser Menschen. Wichtig sei ein integrierter Ansatz von Wohnversorgung mit individueller Unterstützung. Er berichtet über verschiedene Beispiele wie "Hotel Plus" und "Housing First" und betont, dass dort, wo die Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort gut gelinge, auch gute Lösungen für diesen Personenkreis gefunden werden könnten.

Die Vorsitzende dankt Herrn Zimmermann für sein langjähriges Engagement und bittet, den Dank auch an die gesamte Abteilung weiterzugeben.

Herr Kresse bittet, die Vorlage auch im Gesundheitsausschuss zu beraten.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Grumbach** erläutert **Herr Zimmermann**, dass es zwar keine belastbaren Zahlen gebe, aber nach seiner subjektiven Einschätzung sich zwischen 5 und 10 Prozent des betroffenen Personenkreises nicht helfen lassen wollten beziehungsweise könnten. 90 Prozent der obdachlosen Menschen hätten eine psychische Erkrankung. Kontakte zu Angehörigen gäbe es in der Regel nicht. Er wirbt sehr engagiert dafür, für obdachlose Menschen ausreichend Angebote zu etablieren.

Frau von Berg berichtet ergänzend zu den Leistungen der Eingliederungshilfe, dass hierfür eine Mitwirkung des Leistungsberechtigten erforderlich sei, was häufig aufgrund der Erkrankung nicht möglich sei. Ziel sei daher, die Betroffenen für eine passende niederschwellige Förderung zu motivieren.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Vorlage soll auch im Gesundheitsausschuss beraten werden.

Die Darstellungen zum Projekt "WohnLos" für wohnungslose und psychisch erkrankte Menschen werden gemäß Vorlage Nr. 15/1583 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR"
Vorlage Nr. 15/1044

Herr Lewandrowski fasst die Aussagen des Berichts für das Dezernat Soziales zusammen. **Frau Schmerbach**, **Herr Wörmann**, **Frau Schäfer**, **Frau Detjen** und **Frau Dr. Leonards-Schippers** diskutieren über die Vorlage und fragen nach Fortbildungsangeboten sowohl für Externe als auch für eigenes Personal. Es wird begrüßt, dass die Leistungserbringer dazu verpflichtet würden, eine Anlaufstelle zu schaffen, an die sich betroffene Personen wenden könnten. Außerdem wird appelliert, das Thema Gewaltschutz schon im Studium bzw. in der Ausbildung zu implementieren.

Herr Lewandrowski ergänzt, dass der LVR lediglich Fortbildungen für eigenes Personal anbiete. Es sei Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege, Fortbildungsangebote für ihr Personal bereitzustellen.

Der erste interne Monitoring-Bericht zu den Grundsätzen des Gewaltschutzes im LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1044 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5
Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022
Vorlage Nr. 15/1602

Die Darstellung zur Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1602 ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

Punkt 6
Inklusive Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen
Vorlage Nr. 15/1598

Herr Dr. Grumbach, **Herr Wörmann**, **Herr Dick, Herr Kox** und **Frau Schäfer** fragen, ob es derzeit, aufgrund der Zinserhöhung, vermehrte Anfragen zur Förderung gebe und bitten gleichzeitig, das Projekt stärker zu bewerben. Außerdem schlagen sie vor, die Förderrichtlinien anzupassen, um eine vermehrte Nutzung der Förderung zu erzielen und das Angebot attraktiver zu gestalten. **Herr Lewandrowski** berichtet, dass die inklusive Bauprojektförderung seitens des LVR beworben werde und dies auch Thema in der Tagung der rheinischen Sozialdezernent*innen sei. Er bittet die Mitglieder des Sozialausschusses, verstärkt vor Ort für die Förderung zu werben. Er schlägt vor, dass die Verwaltung Überlegungen zu Änderungen der Förderkriterien erarbeite und diese dann der Politik vorstelle, damit auch deren Ideen mit einfließen könnten und gemeinsam die Förderrichtlinien attraktiver ausgestaltet werden können. Im Sozialausschuss im September werde dann weiter berichtet. Ein Sprechzettel ist als **Anlage 2** beigefügt.

Der Bericht zur inklusiven Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen - wird gemäß Vorlage Nr. 15/1598 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7
Bericht über die Studien- und Informationsreise des LVR-Sozialausschusses in die Niederlande vom 1. bis 3.3.2023
Vorlage Nr. 15/1604

Der Bericht über die Studien- und Informationsreise des LVR-Sozialausschusses in die Niederlande vom 1. bis 3.3.2023 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1604 ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

Punkt 8
Bericht aus der Verwaltung

Herr Schulzen berichtet zum aktuellen Sachstand der Verhandlungen Landesrahmenvertrag mit der Freien Wohlfahrtspflege:

- Im Zeitraum Januar 2023 bis März 2023 habe das Closed-Box-Verfahren mit höchster Transparenz und Arbeitsbereitschaft zwischen den Landschaftsverbänden und den Leistungserbringern stattgefunden. Landesteilig seien je zwei Leistungserbringer beteiligt gewesen. Anfang April 2023 seien die Erkenntnisse aus den einzelnen "Boxen" gebündelt und den Arbeitsgremien der AG Soziale Teilhabe der Gemeinsamen Kommission zur Verfügung gestellt worden. Die notwendigen Arbeitspakete würden nun in gemeinsamer Absprache den zuständigen Gremien zugeführt.

- Im letzten Spitzen-Spitzen-Gespräch vom 31.03.2023 hätten weitere wichtige Ergebnisse für die Umstellung II erreicht werden können. Hierbei seien insbesondere die Bereiche der Leitungs- und Verwaltungsschlüssel sowie der IT-Kosten im Bereich außerhalb besonderer Wohnformen hervorzuheben.

Frau von Berg berichtet zum Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG). Ein Sprechzettel ist als **Anlage 3** beigefügt.

Herr Lewandrowski erläutert den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts, Sprechzettel s. **Anlage 4**.

Herr Beyer weist hierzu ergänzend darauf hin, dass die Rehabilitationsträger durch das Gesetz ausdrücklich ermächtigt würden, über den § 49 SGB IX ein Jobcoaching zu finanzieren. Das Jobcoaching werde durch das Inklusionsamt bereits seit Jahren finanziert, durch das Gesetz würden jetzt aber auch die Rehabilitationsträger dazu ermächtigt. Er hofft, dass es damit verstärkt gelinge, Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zu erhalten. In der Sitzung am 05.09.2023 würden Dezernat 7 und Dezernat 5 gemeinsam berichten.

Weiterhin berichtet **Herr Lewandrowski** über den aktuellen Sachstand der Reform des SGB VIII, sog. inklusive Lösung. Der Sprechzettel ist als **Anlage 5** beigefügt.

Auf Nachfrage von **Herrn Kresse** berichtet **Herr Lewandrowski**, dass sich zurzeit einige Änderungen zum BEI_NRW in der Umsetzung befänden. Weiterhin sei eine grundsätzliche Überarbeitung in Zusammenarbeit mit dem LWL geplant. Das BEI_NRW solle schlanker und deutlich effektiver werden und vor allem von den Nutzer*innen selber erstellt werden können.

Herr Wörmann und **Herr Dr. Grumbach** fragen nach den Auswirkungen des Tarifabschlusses für den Nachtragshaushalt. **Herr Lewandrowski** teilt mit, dass bereits 120 Mio. Euro im Nachtragshaushalt für u.a. den erwartbaren Tarifabschluss eingeplant seien.

Punkt 9
Vorstellung der Integrationsfachdienste im Rheinland
Vorlage Nr. 15/1657

Frau Hubbertz und **Herr Bulk** vom Integrationsfachdienst (IFD) Wuppertal stellen sich und ihre Arbeit vor. Kernaufgabe sei die Beratung und Begleitung berufstätiger Personen mit einer Schwerbehinderung und deren Arbeitgeber, um Arbeitsverhältnisse langfristig zu sichern. Sie nähmen seit einiger Zeit wahr, dass sich der allgemeine Arbeitsmarkt von den Menschen mit Behinderung entfernt habe. Aufgabe des IFD sei es, Menschen mit einer Schwerbehinderung in ihrem Beschäftigungsverhältnis zu halten und dabei die Arbeitgeber mitzunehmen. Herr Bulk schildert seinen Arbeitsalltag anhand von anschaulichen Beispielen. Durch die Arbeit des IFD sei es gelungen, dass 90-95 Prozent der Menschen mit einer Schwerbehinderung ihren Arbeitsplatz behalten könnten. **Frau Hubbertz** und **Herr Bulk** bedanken sich dabei auch für die gute Unterstützung des Inklusionsamtes.

Frau Scho-Antwerpes bedankt sich sehr für die engagierte Arbeit und betont, dass die Arbeit der IFD sehr wichtig für die schwerbehinderten Menschen sei.

Auf Nachfrage von **Frau Schäfer** berichten **Frau Hubbertz** und **Herr Bulk**, dass immerhin rund 40 Prozent der Beauftragungen über die Arbeitgeber erfolge. Diese Anfragen nähmen in den letzten Jahren zu, da Arbeitgeber zunehmend im Rahmen der Fachkräftesicherung die Arbeit so organisierten, dass Menschen mit Behinderung dauerhaft im Betrieb eingesetzt werden könnten.

Die Vorsitzende bedankt sich sehr herzlich bei Frau Hubbertz und Herrn Bulk für engagierte Arbeit und den anschaulichen Bericht über ihre tägliche Arbeit für die schwerbehinderten Menschen.

Die Vorstellung der Arbeit der rheinischen Integrationsfachdienste wird gemäß Vorlage Nr. 15/1657 zur Kenntnis genommen.

Punkt 10
Aktueller Stand des Modellvorhabens „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis"
Vorlage Nr. 15/1586

Frau Ries stellt die App anhand einer PowerPoint-Präsentation vor (s. **Anlage 5**). Seit Juni 2022 sei die App in den bekannten App-Stores derzeit kostenfrei verfügbar und richte sich an alle Menschen, die bei der Erledigung ihrer Aufgaben Struktur und Hilfe benötigten. Sie zerlege komplexe, für den Beruf typische Aufgaben in kleine, überschaubare Einheiten und erinnere die Nutzenden an wichtige Arbeitsschritte. Die Anwendung sei inklusiv gestaltet, sodass sie Menschen mit Behinderungen sowohl im Alltag als auch bei der Arbeit unterstützen könne. Neue Arbeitsabläufe – aber auch bereits erlernte – ließen sich detailliert beschreiben und mit Fotos, Sprachaufnahmen sowie Bewegtbilder ergänzen. Über die gesamte Projektlaufzeit werde die App im Austausch mit den Nutzer*innen weiterentwickelt.

Herr Beyer weist darauf hin, dass diese App das einzige Projekt dieser Art sei, das bundesweit gestartet sei und bis jetzt bereits über 1000 Downloads verzeichnen könne. Er dankt Frau Ries, die dieses Projekt überhaupt erst ermöglicht und mit viel Einsatz an den Start gebracht habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Wörmann**, **Frau Dr. Leonards-Schippers** und **Herrn Kucharczyk** ergänzt **Frau Ries**, dass zurzeit noch kalkuliert werde, zu welchem Preis die App dauerhaft angeboten werden könne. Das Inklusionsamt plane, die Kosten für ihre Nutzer*innen zu übernehmen und hofft, dass sich die anderen Rehabilitationsträger anschließen würden. Über die weiteren Planungen werde dem Sozialausschuss berichtet. Die Anregung, nach Förderprogrammen auf EU-Ebene zu suchen, werde mitgenommen.

Die Ausführungen zum Modellvorhaben „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis" werden gemäß Vorlage Nr. 15/1586 zur Kenntnis genommen.

Punkt 11
Beschäftigung mit Handicap: wie es jungen Menschen mit Behinderung gelingen kann, eine passende Ausbildung zu finden - Beispiel Celina Prehl
- Filmbeitrag -

Der Film wurde aus Zeitgründen nicht gezeigt, daher hier der Link zum Film:
https://www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/ausgabe-01-2023-lvr/etwas-mit-tieren/

Punkt 12
Anfragen und Anträge

Herr Wörmann schlägt in Anlehnung an die Reise des Gesundheitsausschusses vor, den Krisendienst aus Bayern auch im Sozialausschuss vorzustellen und dazu eventuell auch die Mitglieder des Gesundheitsausschusses einzuladen. **Frau Schäfer** schließt sich diesem Wunsch an und berichtet über die Reise des Gesundheitsausschusses zu diesem Thema.

Punkt 12.1
Erprobung "Keukentafelgesprek"
Antrag Nr. 15/102 CDU, SPD

Herr Wörmann erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Peters werde dem Antrag zustimmen, bittet jedoch zu beachten, dass die Sozialsysteme in den Niederlanden anders seien als hier in Deutschland.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob das aus den Niederlanden bekannte "Keukentafelgesprek" in die beim LVR durchzuführende Bedarfsermittlung und Gesamtplanung bei Zustimmung der Leistungsberechtigten implementiert werden kann.

Dabei soll auch geprüft werden, ob das sog. Peer Counseling einbezogen werden kann. Es wird vorgeschlagen, das "Keukentafelgesprek" in Modellregionen, etwa denjenigen zum SEIB 106+ Projekt oder zum inklusiven Sozialraum, zu erproben.

Punkt 13
Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Solingen, den 28.07.2023	Köln, den 30.05.2023
Die Vorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
	In Vertretung
Z s a c k - M ö l l m a n n	L e w a n d r o w s k i

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

Psychisch krank und wohnungslos, eine besonders vulnerable Gruppe –

Zentrale Ergebnisse aus dem Projekt WohnLos

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW.

Endlich ein ZUHAUSE!
Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit

E. Gouzoulis-Mayfrank

WohnLos: Hintergrund I

Steigende Problematik der Wohnungslosigkeit in Deutschland

In NRW: Am 30.06.2020 knapp 50.000 wohnungslose Personen registriert, davon mehr als 60% im Rheinland und knapp 40% im WL

Die meisten wohnungslosen Personen in Köln, Düsseldorf und Bonn



- Vorliegen einer psychischen Erkrankung als möglicher **Risikofaktor** einer späteren Wohnungslosigkeit
- Wohnungslosigkeit als erheblicher **psychosozialer Stressor**, der sich auf den Verlauf der psychischen Störung negativ auswirkt

WohnLos: Hintergrund II

- Prävalenz psychischer Erkrankungen bei Menschen ohne festen Wohnsitz (ofW) 60% bis über 90%. Am häufigsten: Persönlichkeits- und Abhängigkeitsstörungen, affektive Störungen (Braun & Gazdag 2015, Briner et al 2017, Schreiter et al 2017)

- Prävalenz von Wohnungslosigkeit (und damit assoziierten Problemen) bei psychisch Erkrankten? ➔ Wenige Untersuchungen bei PatientInnen in (stationärer) psychiatrischer Behandlung:
  - ca. 10,5% in Bielefeld (Wessel et al 1997)
  - ca. 7% in Köln [Routinedaten] (Schmitz-Buhl et al 2019)
  - ca. 18 % in (einem Teil von) Berlin (Schreiter et al 2019)

    ➢ Hohe Relevanz der Untersuchung von Wohnungslosigkeit und prekären Wohnverhältnissen mit drohender Wohnungslosigkeit bei Menschen mit psychischen Erkrankungen

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

WohnLos - Wohnungslosigkeit bei psychischer Erkrankung. Risikofaktoren, Auswirkungen, Interventionen: Eine Bestandsaufnahme in NRW

Bestandsaufnahme zu Wohnungslosigkeit
und drohender Wohnungslosigkeit (prekäre Wohnverhältnisse!)
bei Patient*innen mit psychischen Störungen

- **Projektförderung**: MAGS NRW im Rahmen

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW.
Endlich ein ZUHAUSE!
Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit

- **Kooperationspartner**: LWL-Institut für Seelische Gesundheit
- **Förderzeitraum**: 10/2019 – 09/2021, verlängert bis 12/2021

WohnLos: Methodik I - Arbeitspakete (AP)

- **AP1: Auftaktveranstaltung** 21. November 2019
- **AP2: Bestandsaufnahme** in den psychiatrischen Verbundkliniken von LVR und LWL (Routinedatenanalyse 2016-2019; **retrospektiv**)
- **AP3: Orientierende Bestandsaufnahme** in den übrigen psychiatrischen Kliniken in NRW (eine Stichtagserhebung auf Ebene der Kliniken)
- **AP4: Vertiefende Analysen** in den psychiatrischen Verbund-kliniken von LVR und LWL (**prospektiv; Vollerhebungen an zwei Stichtagen**)
- **AP5: Versorgungspfade** bei Wohnungslosigkeit und prekären Wohnsituationen
  - **AP5a** aus zwei Kliniken von LVR und LWL, und
  - **AP5b** in die Einrichtungen der Sozialen Reha von LVR und LWL (eine Stichtagserhebung; Vollerhebung)

WohnLos: Methodik II -

Definition der Wohnsituation nach ETHOS-Typologie*

	Kategorie	Wohnsituation
Nicht-gesichertes Wohnen	gesicher-tes Wohnen	• in eigener Wohnung (selbstständig oder mit ambulanter Unterstützung, wie z.B. Betreutes Wohnen oder Ambulante Psychiatrische Pflege) • unbefristet in Wohneinrichtungen (z.B. Wohnheim für psychisch Kranke) • nicht von Zwangsräumung, Zwangsversteigerung, Gewalt, u.Ä. bedroht
prekär „verdeckt" ofW	ungesi-chertes Wohnen	• Wohnen ohne eigene mietrechtliche Absicherung, z.B. temporäre Unterkunft bei Verwandten, Freunden oder Bekannten • von Zwangsräumung bedroht (Räumungsurteil, Zwangsversteigerung) • Im Wohnumfeld von Gewalt bedroht
	unzurei-chendes Wohnen	• in ungeeigneten Räumen, wie z.B. Garagen, Kellern oder Wohnwägen, baufälligen Häusern oder Wohnräumen ohne Strom, ohne Heizung, mit Ungeziefer oder vermüllt, etc., oder in stark überbelegten Räumen
ohne festen Wohnsitz	wohnungs-los	• in Wohnungsloseneinrichtungen (z.B. Obdachlosenhotels, „Billighotels") • in Frauenhaus • in Einrichtung für Ausländer*innen (z.B. Asylunterkunft)
	obdachlos	• im öffentlichen Raum, z.B. unter Brücken, in Verschlägen, in Notunterkünften z.B. Notschlafstellen, etc.

(*adaptiert nach FEANTSA (European Federation of National Organisations Working with the Homeless)

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

Zentrale Ergebnisse

WohnLos AP2

Routinedatenanalyse 2016-2019
retrospektiv
20 Verbundkliniken von LVR und LWL

WohnLos: AP2 – Ergebnisse (I)

Routinedaten

Rate (%) der (manifesten) Wohnungs-/Obdachlosigkeit bei stationär psychiatrisch behandelten PatientInnen

Jahr	**Gesamt-zahl Fälle (N)**	**Anteil der Fälle ofW Gesamt**	Anteil der Fälle ofW **LWL**	Anteil der Fälle ofW **LVR**
2016	92.837	2,15%	1,70%	2,63%
2017	92.618	2,37%	1,73%	3,04%
2018	91.547	2,36%	1,46%	3,30%
2019	89.765	2,54%	1,86%	3,25%
Gesamt	**366.767**	**2,35%**	**1,69%**	**3,05%**

➔ In Rheinland höher als in Westfalen-Lippe

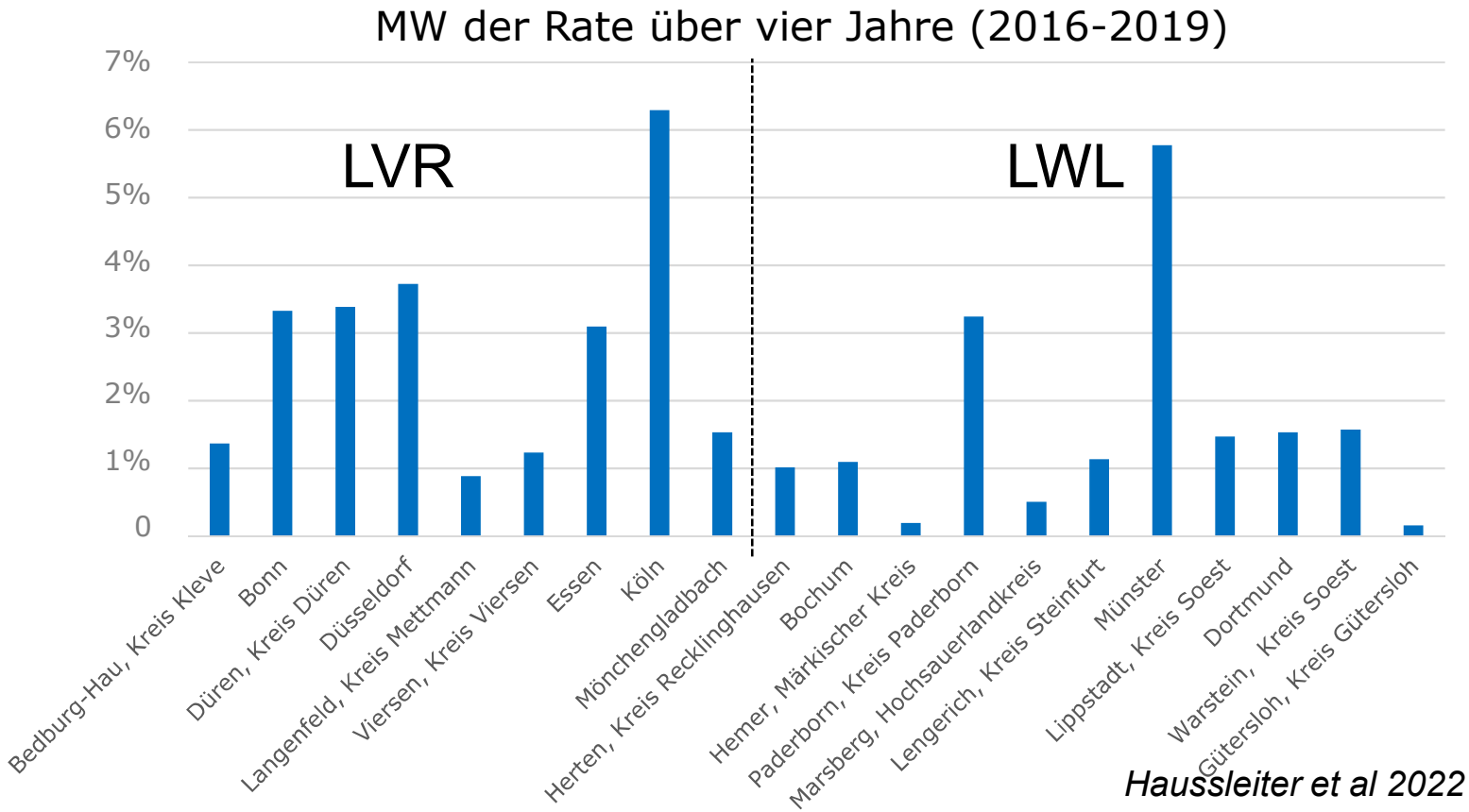
➔ Steigende Tendenz: Zunahme um 14% im Erhebungszeitraum

Haussleiter et al 2022

WohnLos: AP2 – Ergebnisse (II)

Routinedaten

Rate (%) der (manifesten) Wohnungs-/Obdachlosigkeit bei stationär psychiatrisch behandelten PatientInnen nach Klinik



Haussleiter et al 2022

WohnLos: AP2 – Ergebnisse (III)

Wohnungse/obdachlose PatientInnen im Vergleich zu anderen PatientInnen in der stationären psychiatrischen Versorgung

- deutlich häufiger männlich (80%)
- durchschnittlich acht Jahre jünger (∅ ca. 39 vs. 47 Jahre)
- häufiger Schizophrenien und Abhängigkeitserkrankungen, auch etwas häufiger Persönlichkeitsstörungen
- häufiger psychiatrisch komplex erkrankt, d. h. mehr psychiatrische Komorbiditäten (2,3 ± 1,7 Diagnosen bei Wohnungs-losen vs. 1,4 ± 1,5 Diagnosen bei anderen PatientInnen),

  insbes. häufiger Doppeldiagnosen F1/F2 oder F1/F6

Haussleiter et al 2022

WohnLos: AP2 – Ergebnisse (IV)

Wohnungse/obdachlose PatientInnen hatten im Vergleich zu anderen PatientInnen

- durchschnittlich kürzere stationäre Verweildauer (∅ ca. 16 vs. 22 Tage)
- häufiger Entlassung innerhalb eines Tages (∅ ca. 18% vs. 10%)
- häufiger Zwangsunterbringungen (∅ ca. 18% vs. 11%)
- häufiger Zwangsmaßnahmen (Fixierung: ∅ 2,7% vs. 1,9%)

Haussleiter et al 2022

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

Zentrale Ergebnisse

WohnLos AP4

Verbundkliniken von LVR und LWL
prospektiv
Vollerhebungen an zwei Stichtagen (2020/2021)

WohnLos: AP4 – Ergebnisse (I)

- Rücklauf: alle 9 LVR-Kliniken, 6 von 11 LWL-Kliniken
  12 Kliniken am 1. Stichtag und 15 Kliniken am 2. Stichtag
- Rücklauf: ca. 60% bei den teilnehmenden Kliniken
  → 4.252 Fälle → nach Ausschlüssen **knapp 4.000 Fälle**

Anteil der nicht-gesicherten Wohnverhältnisse bei psychiatrisch stationär behandelten PatientInnen

Aggregierte Wohnverhältnisse ausgehend von ETHOS-Klassifikation	
prekär (ungesichert / unzureichend)	**ca. 8,5%**
ohne festen Wohnsitz (wohnungslos/obdachlos)	**ca. 8 %**

Hohe Varianz! LVR-Kliniken > LWL-Kliniken
LVR-Kliniken: prekär und ofW je knapp 10%

WohnLos: AP4 – Ergebnisse (III)

Soziodemographische Merkmale

PatientInnen, die bei Aufnahme in nicht-gesicherten Wohnverhältnissen lebten, waren:

- häufiger männlich
- ca. 10 Jahre jünger
- ohne Partnerschaft
- arbeitslos
- Migration oder Fluchterfahrung
- häufiger gesetzliche Betreuung
- häufiger niedrigerer oder kein Schul- / Berufsabschluss

Meistens Mittelposition von PatientInnen mit prekären Wohnverhältnissen

WohnLos: AP4 – Ergebnisse (IV)

Klinische und behandlungsbezogene Merkmale

PatientInnen, die in nicht-gesicherten Wohnverhältnissen lebten:

- häufiger Hauptdiagnosen aus der Gruppe der Schizophrenien (ICD-10 F2), gefolgt von Abhängigkeitserkrankungen (ICD-10 F1)
- mehr psychiatrische Komorbiditäten
- häufiger mehrere stationäre Aufenthalte in den letzten 12 Monaten („DrehtürpatientInnen“)
- häufiger Behandlung auf geschützter Akutstation, Zwangsunterbringung und Zwangsmaßnahmen im Behandlungsverlauf

Meistens Mittelposition von PatientInnen mit prekären Wohnverhältnissen

WohnLos: AP4 – Ergebnisse (V)

Voraussichtlich Entlassungshinderungsgrund durch fehlenden geeigneten Wohnraum
(Einschätzung der Behandelnden am Stichtag)

PatientInnen aus prekären Wohnverhältnissen (ungesichert/unzureichend)	
• auf jeden Fall	> 20%
• zusätzlich möglicherweise	> 20%
PatientInnen, die ohne festen Wohnsitz (wohnungslos/obdachlos)	
• auf jeden Fall	> 30%
• zusätzlich möglicherweise	> 20%

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

Zentrale Ergebnisse

WohnLos AP5a

Analyse der Versorgungspfade
in zwei ausgewählten Kliniken
(LVR: Köln, LWL: Bochum)

WohnLos: AP5a – Ergebnisse (I)

- ausgehend von der 1. Stichtagserhebung des AP4 Nachverfolgung aller PatientInnen, die zum Zeitpunkt der Aufnahme in nicht-gesicherten Wohnverhältnissen lebten
  - bis zur Entlassung, oder
  - wenn noch nicht entlassen bis zum 2. Stichtag (+7 Monate)

➔n = 86

➔ nach erforderlichen Ausschlüssen **n=76 PatientInnen**

WohnLos: AP5a – Ergebnisse (II)

Wohnsituation der PatientInnen, die zum Zeitpunkt der stationären Aufnahme in nicht-gesicherten Wohnverhältnissen lebten (n=76)

Bei der Entlassung

Durchschnittlich Verbesserung der Wohnsituation

- Fast 1/3 der PatientInnen in gesichertes Wohnen
- Kein Patient in die Obdachlosigkeit

Aber:

- Knapp 1/2 in nicht-gesicherte Wohnverhältnisse
- In einzelnen Fällen Verschlechterung (von prekär in die Wohnungslosigkeit)
- Bei einzelnen Fällen Entlassung noch ausstehend wegen Wohnsituation (extrem lange Verweildauer von ∅ 1,5 Jahren ohne Entlassperspektive!)
- Verweildauer durchschnittlich lang, insbes. bei Patient*innen, die in gesichertes Wohnen vermittelt werden konnten
- Insgesamt Verzögerung der Entlassung bei knapp 1/3 der PatientInnen

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

Zentrale Ergebnisse

WohnLos AP5b

WohnLos: AP5b – Ergebnisse

17 stationäre Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe, davon

- 7 LVR-Einrichtungen mit 327 Plätzen, und
- 10 LWL-Einrichtungen mit 1.400 Plätzen

➔ Gesamt: 1.727 Plätze

Eine Stichtagserhebung (Vollerhebung) am 1.3.21

Teilnahme von 15 Wohneinrichtungen mit 1.325 belegten Plätzen

Rücklauf: Erhebungsbögen über **1.114 BewohnerInnen**

84% der BewohnerInnen der 15 teilnehmenden Einrichtungen

67% der BewohnerInnen aller 17 Einrichtungen

WohnLos: AP5b - Ergebnisse

Wohnsituation der BewohnerInnen vor Einzug in die Wohneinrichtung

Gesamt n=997

Nicht-gesicherte Wohnverhältnisse nach ETHOS Klassifikation			
ungesichert	unzureichend	wohnungslos	obdachlos
12,5% (n=125)	2% (n=20)	3,6% (n=36)	3,5% (n=35)
prekär 14,5% (n=145)		**ohne festen Wohnsitz 7,1%** (n=71)	
nicht-gesichert 21,6%			

Diagnosen: überwiegend Schizophrenien und Abhängigkeitserkrankungen

Überberg et al 2023

Schlussfolgerungen

(Auswahl)

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 1</u>: Prävalenz der Wohnungslosigkeit (manifest und „verdeckt") unter psychisch erkrankten Menschen, die in NRW in psychiatrischer Krankenhausbehandlung sind
(Fokus auf stationäre Behandlung in LVR- und LWL-Kliniken)

<u>In Stichtagserhebungen unter stationären PatientInnen</u>

Wohnungs-/Obdachlosigkeit 8,6%	Range 0% bis 18,5%
Prekäre Wohnverhältnisse 7,9%	Range 1,9 % bis 18,5%

➔ Summe: Nicht-gesicherte Wohnverhältnisse 16,5%

➔ Höhere Prävalenz in großen/mittelgroßen Städten und im Rheinland
An LVR-Kliniken ∅ je knapp 10% ofW und prekäre Wohnverhältnisse

<u>Vergleiche aus der Literatur</u>:

- *ca. 10,5% in Bielefeld (Wessel et al 1997)*
- *ca. 18 % in (einem Teil von) Berlin (Schreiter et al 2019)*

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 1</u>: Prävalenz der Wohnungslosigkeit (manifest und „verdeckt") unter psychisch erkrankten Menschen, die in NRW in psychiatrischer Krankenhausbehandlung sind
(Fokus auf stationäre Behandlung in LVR- und LWL-Kliniken)

Mögliche Erklärungen für hohe Varianz

- höhere Bevölkerungsdichte und begrenzter Wohnraum in städtischen Ballungsgebieten
- Aspekte psychosozialer Deprivation am Standort der Kliniken
- unterschiedliche psychosoziale kommunale Hilfsangebote für Menschen mit schweren psychischen Störungen nach Regionen
- geringere Anzahl an stationären Wiedereingliederungsplätzen im Rheinland gegenüber Westfalen-Lippe

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 3</u>: Wie viele psychisch erkrankte Menschen können aus der stationären psychiatrischen Behandlung nicht entlassen werden, weil geeigneter Wohnraum fehlt?

Ausgang: Einschätzung der Behandelnden (AP4):

Verzögerte Entlassung/Entlasshindernis durch Wohnsituation:

- bei den obdach-/wohnungslosen PatientInnen
  sicher bei knapp 35%, möglicherweise bei weiteren 24%
- bei den in prekären Wohnsituationen lebenden PatientInnen
  sicher bei 22%, möglicherweise bei weiteren ca. 21%
- bei gesichert lebenden PatientInnen
  sicher bei ca. 4%, möglicherweise bei weiteren knapp 3%

➢ Einschätzungen der Behandelnden (AP3): bei 70%-75%

➢ Angaben der Behandelnden (AP5a): bei ca. 1/3

LVR-INSTITUT für VERSORGUNGSFORSCHUNG
Das wissenschaftliche Institut des LVR-Klinikverbunds

LVR-Institut für Forschung und Bildung

LVR Qualität für Menschen

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 3</u>: Wie viele psychisch erkrankte Menschen können aus der stationären psychiatrischen Behandlung nicht entlassen werden, weil geeigneter Wohnraum fehlt?

Fehlender geeigneter Wohnraum als Entlasshindernis

Schätzungen ausgehend von AP4 nach Anpassungen für Verbund-kliniken, die nicht an Studie teilnahmen, und für nicht-Verbundkliniken

<u>Konservative Schätzung</u> ausgehend von Prozentsatz, wofür Behandelnde verzögerte Entlassung als sicher einschätzten:
knapp 400 PatientInnen in LVR- und LWL-Kliniken (n=398)
knapp 800 PatientInnen in Kliniken in NRW

<u>Maximalschätzung</u> ausgehend von Prozentsatz, wofür Behandelnde verzögerte Entlassung als sicher oder möglich einschätzten:
ca. 700 PatientInnen in LVR- und LWL-Kliniken (n=701)
ca. 1400 PatientInnen in Kliniken in NRW

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 7</u>: Hinweise aus der Erhebung auf Erfordernisse zur Prävention und/oder zur Überwindung von Wohnungslosigkeit - Handlungsempfehlungen

- Sensibilisierung des Personals in Kliniken, Praxen, Suchthilfeeinrichtungen u.a. für Thematik und auch für prekäre Wohnverhältnisse; gezielte Erhebung (und Dokumentation) der Wohnsituation
- Awareness-, Antistigma-Ansätze, verbunden mit Beratungs- und Hilfsangeboten (in Kliniken, Praxen, Beratungstellen, Arbeitsämtern)
- Anpassung der Behandlungsangebote an Bedarfe der Betroffenen, motivationsfördernde Ansätze
- Förderung der Implementierung innovativer integrierter Versorgungsmodelle mit medizinischen und soziorehabilitativen Komplexleistungen und aufsuchenden Elementen
- Geschlechtsspezifische und kultursensible Ansätze

WohnLos: Schlussfolgerungen

<u>Frage 7</u>: Hinweise aus der Erhebung auf Erfordernisse zur Prävention und/oder zur Überwindung von Wohnungslosigkeit - Handlungsempfehlungen

- Intensivierung der Vernetzung/Zusammenarbeit von Klinikpersonal mit Diensten der Wohnungslosenhilfe
- Vernetzung von Suchthilfe, sozialpsychiatrischen Diensten und kommunalen Sozialdiensten

- Bedarf an stationären und intensiv ambulant betreuten Wohnplätzen
- Bedarf an bezahlbarem Wohnraum/Sozialwohnungen

Dringlichkeit: Rheinland > WL
Städtische Ballungsgebiete > ländliche Gebiete

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Das WohnLos-Team

LVR-Institut für Versorgungsforschung

Prof. Dr. E. Gouzoulis-Mayfrank
Dr. I. Lehmann
J. Heinz
Prof. Dr. J. Zielasek

LWL-Forschungsinstitut für Seelische Gesundheit

Prof. Dr. G. Juckel
Dr. I. Haussleiter
Dr. B. Überberg
V. Paunovic

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW.

Endlich ein ZUHAUSE!
Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit

Qualität für Menschen

Sozialausschuss 25.04.2023 – TOP 6: Inklusive Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen

Der geltenden Satzung und den Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung folgend, müssen nachfolgende Kriterien erfüllt sein, damit eine Förderfähigkeit vorliegt:

1. Vorliegen eines schriftlichen Antrags,
2. Antragsstellung durch eine natürliche oder juristische Person,
3. zu förderndes Wohnprojekt befindet sich im Zuständigkeitsbereich des LVR,
4. es muss sich um ein Wohnprojekt handeln, in dem Menschen mit und ohne wesentliche Behinderung zusammenleben; dabei müssen mindestens 30% der Bewohner*innen eine wesentliche Behinderung aufweisen (= berechtigt für Leistungen der Eingliederungshilfe im Sinne des SGB IX),
5. es darf sich nicht um Gebäude handeln, die nur eine Wohnung enthalten,
6. der zu schaffende Wohnraum muss während der Laufzeit der Zweckbindung in Anlehnung an die DIN 18040 bzw. DIN 18040 R barrierefrei sein,
7. es müssen Eigenanteile in der Finanzierung der Förderungsempfänger*innen mindestens in der Höhe der Förderung des Landschaftsverbandes Rheinland fehlen,
8. die Finanzierung des beantragten Projekts, unter Einbeziehung der Mittel des Landschaftsverbandes Rheinland, muss gesichert sein.

Die Entwicklungen zeigen, dass die inklusive Bauprojektförderung des LVR weiterhin auf reges Interesse stößt. Es obliegt der Landschaftsversammlung Rheinland, ggf. auch die Förderkriterien niedrigschwelliger auszugestalten.

Bspw. Überlegung der Verwaltung:
Zu 4.) Die Quote von mindestens 30 % der Bewohner* innen mit wesentlicher Behinderung im inklusiven Wohnen kann mit Blick auf das Konzept ggf. flexibler ausgelegt werden. Ziel soll und muss es sein, Menschen mit und ohne wesentliche Behinderung ein zusammenleben zu ermöglichen.

Allgemeine Ergänzung:
Im Sinne einer kooperativen Bauprojektförderung könnten unterschiedliche Ansätze mit anderen Fördergeber*innen kombiniert werden um inklusives Wohnen zu fördern. Hier haben bspw. erste Gespräche mit der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW stattgefunden.

Beispiel zum „Anschauen" für den Sozialausschuss:
Grundsätzlich bieten sich alle Förderprojekte für einen Besuch an. Aufgrund der Größe und Aktualität aber insb. das dritte Projekt des SKM Köln aus dem Förderjahr 2020 (Fertigstellung April 2022). Da dieses bereits seit April 2022 in Betrieb genommen, in Köln gelegen ist und insgesamt ein größeres Bauvolumen aufweist.
Für Herbst 2023 ist bereits eine erneute Vorlage der Verwaltung zum Thema „Inklusive Bauprojektförderung" geplant. Hier soll mindestens das Projekt aus Wermelskirchen, welches im

Förderjahr 2022 gefördert worden ist und in diesem Jahr den Betrieb aufgenommen hat, mit Bildern und ggf. Videos „greifbar" vorgestellt werden.

Gez. Schulzen

Qualität für Menschen

Sozialausschuss 24.04.2023- TOP 12: Bericht aus der Verwaltung

Regierungsentwurf eines Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG)

Das Bundeskabinett hat am 05.04.2023 den vom Bundesministerium vorgelegten Referentenentwurf eines Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege beschlossen.

Der Regierungsentwurf enthält folgende aus kommunaler Sicht bedeutsame Regelungen:

- Die Leistungszuschläge nach § 43 c SGB XI in Pflegeheimen sollen ab dem 01.01.2024 um 10% im ersten Pflegejahr und um jeweils 5% in den drei Folgejahren erhöht werden.

- In der häuslichen Pflege soll das Pflegegeld zum 01.01.2024 um 5% erhöht werden.

- Zum 01.01.2025 und zum 01.01.2028 sollen alle Geld- und Sachleistungen automatisch in Anlehnung an die Preisentwicklung dynamisiert werden.

- Für Leiharbeitnehmer sollen nur noch die üblichen Tariflöhne abgerechnet werden dürfen. Vermittlungsgebühren sollen nicht mehr übernommen werden.

- Die Umsetzung des Personalbemessungsverfahren in der stationären Pflege soll durch Vorgabe weiterer Ausbaustufen beschleunigt werden.

- Zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes zur Berücksichtigung des Erziehungsaufwandes von Eltern im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung soll der Kinderlosenzuschlag auf 0,6 Prozentpunkte angehoben werden.

- Der Beitragssatz für die Pflegeversicherung soll zum 01.07.2023 um 0,35 Prozentpunkte angehoben werden.

Für die Kommunen veranschlagt der Gesetzesentwurf Entlastungen in der Sozialhilfe in Höhe von 200 Mio. €, die sich aus der Anhebung der Leistungszuschläge nach § 43 c SGB XI ergeben.

Das Gesetzgebungsverfahren soll bis zum 01.07.2023 abgeschlossen sein. Eine Zustimmung des Bundesrates bedarf es nicht.

Einwertung:
Der Gesetzessentwurf enthält richtige Schritte zur Entlastung der Pflegebedürftigen, wird aber nur zu kurzzeitigen und punktuellen Entlastungen führen. Er bleibt weiterhin hinter den Verabredungen im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zurück. Die vor-

gesehene Anhebung der Leistungssätze sowie die Dynamisierungen werden nicht ausreichen, um der Preissteigerung in den nächsten Jahren Rechnung zu tragen.

Zudem enthält der Gesetzesentwurf keine Regelungen zur Schnittstelle Eingliederungshilfe /Pflege.
Auch erfährt der § 43 a SGB XI keine Änderung. Auch eine Dynamisierung des Leistungssatzes nach § 43 a SGB XI ist nicht vorgesehen.

Gez. Gabriele von Berg

Sozialausschuss 24.04.2023- TOP 12: Bericht aus der Verwaltung

Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes

Der Deutsche Bundestag hat am **20.04.2023** das oben benannte Gesetz beschlossen. Es sieht u.a. folgende Regelungen vor:

- Einführung einer vierten Staffel bei der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber, die trotz Beschäftigungspflicht keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Erstmalig zu zahlen ist die vierte Staffel für das Jahr 2024 zum 31. März 2025. Gleichzeitig wird die bisherige Bußgeldvorschrift dazu aufgehoben werden. Für kleinere Arbeitgeber mit weniger als 60 bzw. weniger als 40 zu berücksichtigenden Arbeitsplätzen werden wie bisher Sonderregelungen gelten.

- Konzentration der Mittel aus der Ausgleichsabgabe auf die Förderung der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt: Die bisherige Möglichkeit, Mittel der Ausgleichsabgabe nachrangig auch für Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben - insbesondere für Werkstätten für behinderte Menschen – zu verwenden, ist gestrichen worden. Es ist eine Übergangs-regelung vorgesehen, die sicherstellt, dass Leistungen an Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, die vor dem 1. Januar 2024 beantragt wurden, auch nach der Aufhebung der Vorschriften zur Förderung noch erbracht werden können.

- Vorhaben zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden zukünftig auch dann aus Ausgleichsfonds förderungsfähig sein, wenn die Zielgruppe über keine anerkannte Schwerbehinderung verfügt, jedoch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhält.

- Genehmigungsfiktion für Anspruchsleistungen des Integrationsamtes: Für bestimmte Anspruchsleistungen (Arbeitsassistenz und Berufsbegleitung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung) wird eine Genehmigungsfiktion nach Ablauf von sechs Wochen eingeführt.

- Höhere Lohnkostenzuschüsse durch Aufhebung der Deckelung für den Lohnkostenzuschuss beim Budget für Arbeit: Der vom Leistungsträger zu erstattende Lohnkostenzuschuss ist aktuell auf 40 Prozent der Bezugsgröße begrenzt. Durch die Abschaffung der Deckelung soll sichergestellt werden, dass auch mit der Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro bundesweit der maximale Lohnkostenzuschuss - soweit nach den Umständen des Einzelfalls erforderlich - gewährt werden kann.

- Die Rehabilitationsträger werden ermächtigt, über den § 49 SGB IX ein Job-Coaching zu finanzieren.

- Ein schwerbehinderter Mensch, der unmittelbar vorher in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter beschäftigt war oder ein Budget für

Arbeit erhält, wird in den ersten zwei Jahren der Beschäftigung auf zwei Pflichtarbeitsplätze angerechnet.

Die Verwaltung wird für die Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2023 mit einer Vorlage berichten.

Gez. Dr. Dieter Schartmann
Christoph Beyer

Qualität für Menschen

Sozialausschuss 24.04.2023- TOP 12: Bericht aus der Verwaltung

Reform des SGB VIII, sog. inklusive Lösung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Rahmen des Beteiligungsprozesses „Gemeinsam zum Ziel: Wir gestalten die Inklusive Kinder- und Jugendhilfe!" eine hochrangige Arbeitsgruppe „Inklusives SGB VIII" (AG) eingesetzt. Die Arbeitsgruppe soll sich mit den Optionen der gesetzlichen Ausgestaltung der sog. inklusiven Kinder- und Jugendhilfe befassen. Das Meinungsbild soll eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung im künftigen SGB VIII darstellen.

Der LVR ist in dieser AG über den DLT über Herrn Dr. Schartmann, die BAGüS über Herrn Dr. Schreiner vertreten.

Nach der Auftaktveranstaltung der AG im Jahr 2022 hat eine zweite Sitzung am 14.2.2023 stattgefunden. Die dritte Sitzung ist für den 20.4.2023 vorgesehen.

In der zweiten Sitzung wurde erstmals inhaltlich diskutiert. Es ging um die Ausformung des Leistungsanspruches (welcher Behinderungsbegriff, Ausgestaltung der Anspruchsgrundlagen im SGB VIII, welcher Leistungskatalog). In der dritten Sitzung wird es um Art und Umfang der Leistungen, den Zugang zu Leistungen und die Hilfe-, Gesamtplan- und Teilhabeplanung gehen. Im Vorfeld zu den jeweiligen Sitzungen werden „Arbeitspapiere" (das sind vorbereitenden Diskussionspapiere des BMFSFJ) kurzfristig verschickt. In diesen Positionspapieren werden unterschiedliche Ausgestaltungsoptionen vorgestellt, die in den Sitzungen diskutiert werden.

Auch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW hatte für den 05.04.2023 zu einer ersten Besprechung eingeladen, an der auch das MAGS NRW, LWL und LVR, Vertretungen der Freien Wohlfahrtspflege und der Jugendämter in NRW teilgenommen haben.

Aus Sicht des LVR ist zum jetzigen Zeitpunkt besonders darauf zu achten, dass die Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ohne qualitative Verluste leistungsrechtlich auch in einem neuen SGB VIII gewahrt bleiben. Außerdem sollen die Anspruchsvoraussetzungen nicht ausgeweitet werden (Stichwort: Zugang zu den Leistungen nur über den Tatbestand der „wesentlichen Behinderung").

Darüber hinaus ist derzeit von besonderem Belang, dass das verfassungsrechtliche Verbot der Behördenbestimmung durch den Bund beachtet wird. (Die Durchführung des Bundesrechts und die Bestimmung der zuständigen Behörden obliegt den Ländern, die dabei Besonderheiten ihrer Verwaltungsstrukturen berücksichtigen können; Art. 83 und 84 GG).

gez. Dr. Schartmann

Qualität für Menschen

InA.Coach

Digitale Aufgaben-Assistenz

Vorlage 15/1586

April 2023

Fiona Ries
Stabsstelle LVR-Inklusionsamt

Die InA.Coach App

- **Modellvorhaben**: Technisches Hilfsmittel für den Einsatz im Jobcoaching sowie bei Ausbildungs-, Arbeits-, und Alltagsprozessen
- Gefördert durch das LVR-Inklusionsamt für 2,5 Jahre bis Ende 2023 (Vorlage 15/433)
- Seit Juni 2022 in den App-Stores



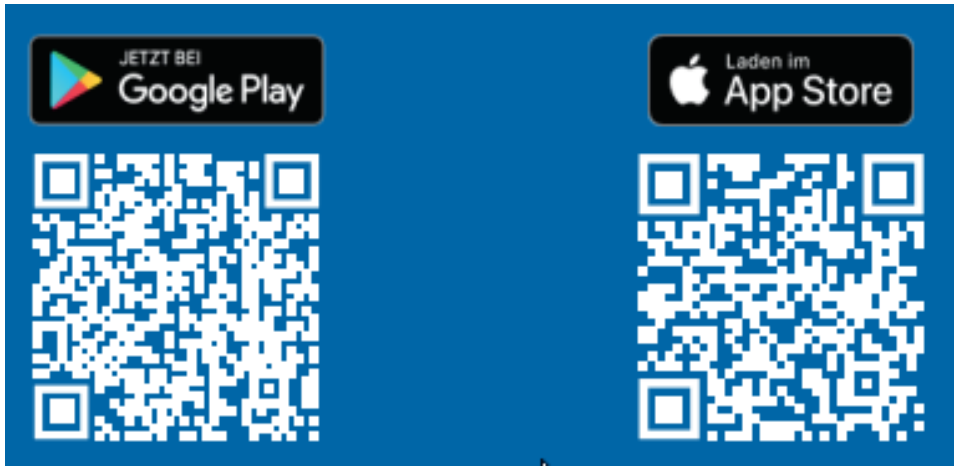
Unterstützt die Bearbeitung, Speicherung und Synchronisierung von Anleitungen zu Arbeitsabläufen.

Wer ist die Zielgruppe der App?

- **Alle Menschen**, die sich beim Erledigen ihrer Aufgaben Struktur und Unterstützung wünschen.
- Menschen mit **Lernschwierigkeiten** und **kognitiven Beeinträchtigungen** werden durch leichte Sprache sowie Bilder, Videos und Sprachaufnahmen besonders unterstützt.
- **Job-Coaches** können mit der App selbst Anleitungen erstellen und diese einfach an die von ihnen betreuten Personen weitergeben.
- Auch einsetzbar in **Schulen, Wohngruppen, WfbMs**, etc.

Wie bekomme ich die App?

Hier geht’s direkt zur App und Demoversion:



- Registrierung über die Webseite https://ina.coach
- Demoversion ohne Registrierung direkt in der App
- Zugang über E-Mail und Passwort oder QR-Code

Nutzendenzahlen

- **Über 1.000 Downloads**
- **401 registrierte Nutzende** (ohne Testaccounts)
  - 489 Downloads auf iPhones
  - 135 Downloads auf iPads
  - 380 Downloads auf Android-Geräten

(Stand 06.03.2023)

DIE APP IN DER PRAXIS

Strukturierung des Prozesses in vier Kategorien



Machen

(Was soll getan werden?)



Holen

(Was und wie viel soll wo geholt werden?)



Warten

(Wie lang soll gewartet werden?)



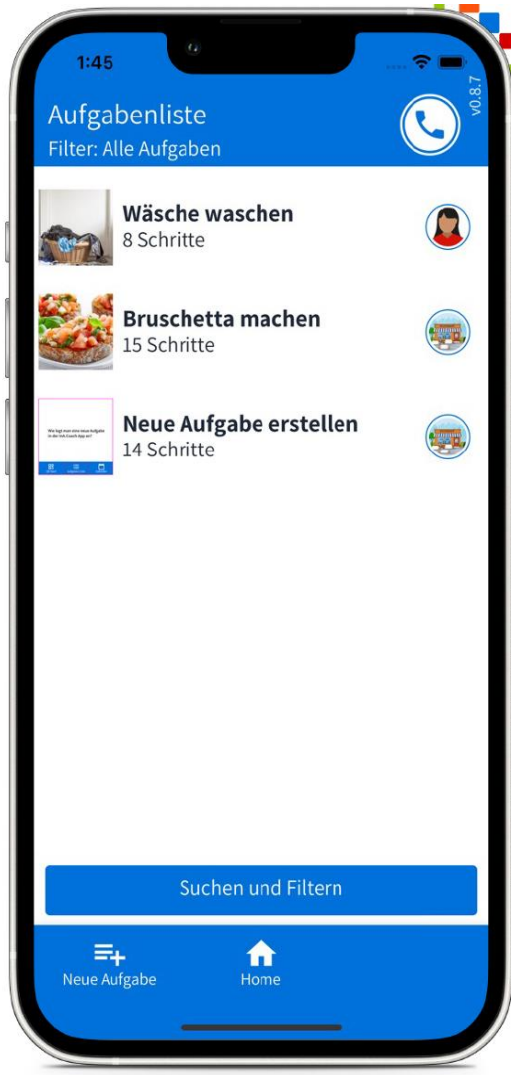
Entscheiden

(Wie soll es weiter gehen?)

Aufgabe auswählen

Die Aufgabenliste zeigt alle verfügbaren Aufgaben mit Bild, Titel und Beschreibung.

- Such- und Filterfunktion
- Angefangene Aufgaben



Aufgabe starten

Nach dem Start einer Aufgabe sind alle Schritte zu sehen.
Nutzende können die Aufgabe starten oder bearbeiten.

- Sie werden Schritt für Schritt durch die Aufgabe geführt.
- Die Aufgabe können Sie jederzeit über den Home-Button unterbrechen.



Arbeitsschritt „Holen“

Ein “Holen”-Arbeitsschritt stellt mehrere zu holende Materialien in einer Checkliste zusammen.

In der App angelegte Materialien können Informationen wie Bilder, Beschreibungen oder Lagerorte beinhalten.



Arbeitsschritt „Machen“

Ein “Machen”-Schritt enthält:

- eine Anweisung für eine Handlung und
- einen optionalen Freitext für zusätzliche, beschreibende (wie, wo, mit wem?) Informationen



Arbeitsschritt „Warten“

Nutzende können einen Timer mit voreingestellter Wartezeit starten, pausieren und beenden.



Arbeitsschritt „Entscheiden“

Prüfen und Treffen einer definierten Entscheidung.

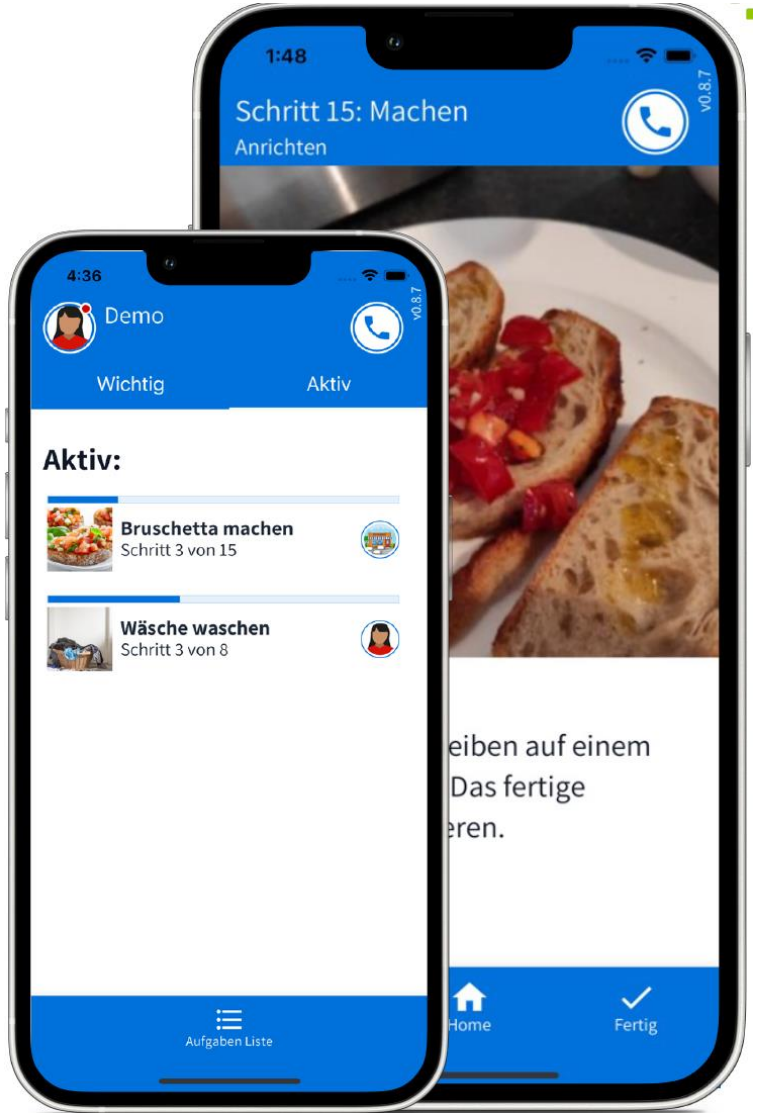
Bei der Auswahl einer Antwort wechselt die Ansicht auf einen zuvor definierten Schritt.



Aufgabe erledigt

Die Aufgabe kann über die Schaltfläche “Fertig” abgeschlossen werden.

Nicht abgeschlossene Aufgaben erscheinen im Startbildschirm und können fortgesetzt werden.



Neue Aufgaben anlegen

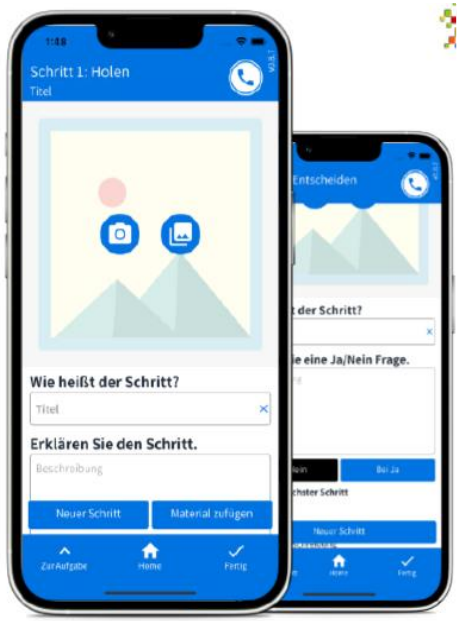
Aufgabe erstellen



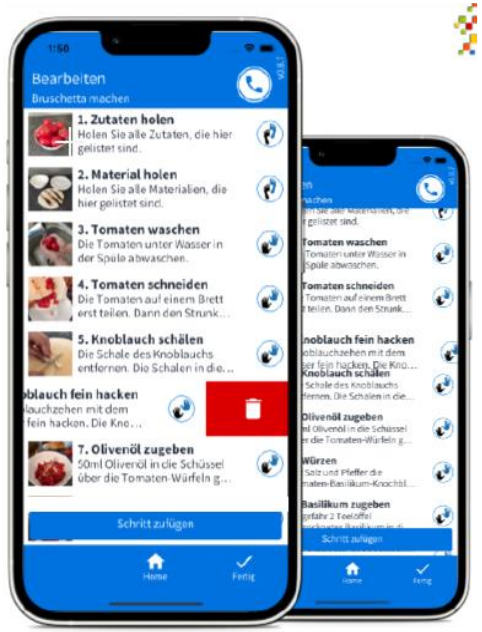
Schritte hinzufügen



Schritt bearbeiten



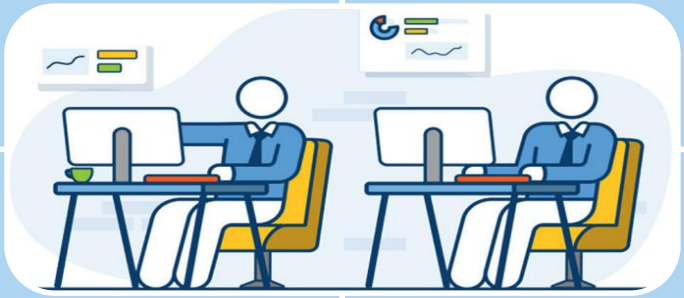
Umstrukturieren



Weitere Funktionen

Verknüpfen mit anderen Nutzenden

Aufgaben mit anderen Nutzenden teilen



Aufgaben vorlesen lassen

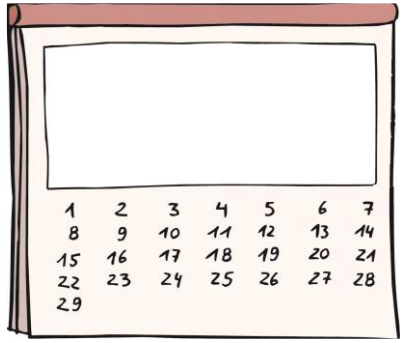
Aufgaben im Kalender planen

InA.Coach Ausblick

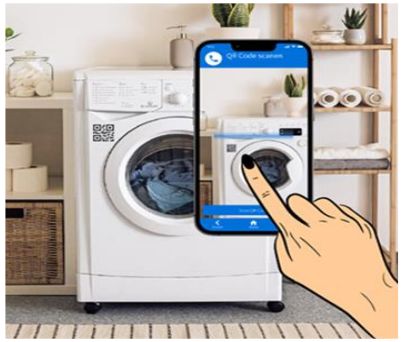
InA.Studio



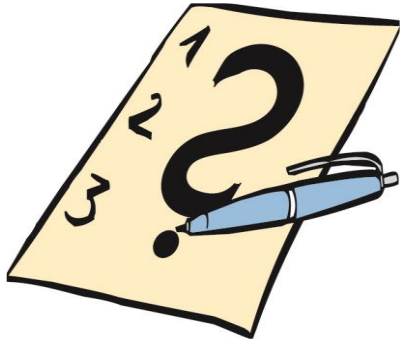
Planen für Kontakte



QR-Starter



Quiz-Funktion



Ergänzendes Angebot

InA.Coaching

Monatliches digitales Austauschtreffen für Anwender:innen und Expert:innen.

Ab September 2022

Schulungen

Einführung und Tipps für die Anwendung von InA.Coach für Nutzer:innen und Jobcoaches.

Auf Anfrage

Schulterblicke

Vor-Ort-Begleitung von Nutzer:innen im Alltag mit InA.Coach um die App zielgerichtet zu verbessern.

Auf Anfrage

Weitere Unterstützungsangebote



https://ina.coach/

Informationen und Anleitungen zu diversen Themen.



hallo@ina.coach

Jederzeit verfügbar für technische und inhaltliche Fragestellungen.



0717 19789988

Montags bis Freitags von 09:00 bis 13:00 Uhr



Instagram und Facebook

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Haben Sie Fragen?

Fiona Ries
Stabsstelle LVR-Inklusionsamt
Fiona.ries@lvr.de, -5303

BOS Connect GmbH
Ackergasse 4
73525 Schwäbisch Gmünd



Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 15/1470/1

öffentlich

Datum: 22.06.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Wierum/Herr Woltmann

Kommission Gleichstellung	**22.08.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**01.09.2023**	**Kenntnis**
Schulausschuss	**04.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Kulturausschuss	**06.09.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 3	**11.09.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 2	**12.09.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 4	**13.09.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 1	**14.09.2023**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**15.09.2023**	**Kenntnis**
Bau- und Vergabeausschuss	**18.09.2023**	**Kenntnis**
Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland	**19.09.2023**	**Kenntnis**
Umweltausschuss	**20.09.2023**	**Kenntnis**
Landesjugendhilfeausschuss	**21.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	**25.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität	**26.09.2023**	**Kenntnis**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**27.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022

Kenntnisnahme:

Der Entwurf des Jahresberichtes 2022 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 15/1470/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025. ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:

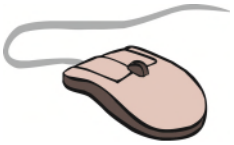
Menschen mit Behinderungen haben alle Menschen-Rechte.
Der LVR hat dafür im Jahr 2014 einen Aktions-Plan gemacht.

In dem Aktions-Plan erklärt der LVR:
So wollen wir die Rechte beachten und fördern.



Aktion heißt: Etwas tun!
Jetzt berichtet der LVR, wie er sich im Jahr **2022**
für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
eingesetzt hat.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202



Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Zentrale Grundlage zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR ist der 2014 verabschiedete LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt".

Seit 2016 erstellt die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in enger Zusammenarbeit mit den LVR-Dezernaten einmal jährlich einen Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsplans. In der Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470/1 wird der Entwurf des Jahresberichtes zur Kenntnis gegeben. Er dokumentiert zentrale Aktivitäten zur Umsetzung der 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans **im Berichtsjahr 2022**.

Die Umsetzung des LVR-Aktionsplans liegt in der Zuständigkeit aller LVR-Dezernate und Geschäftsbereiche des LVR („BRK-Mainstreaming").

In diesem Jahr wurde der Berichtsentwurf zunächst im **LVR-Ausschuss für Inklusion** vorberaten. Darauffolgend wird der Bericht nun in Form einer Ergänzungsvorlage – ergänzt um konkrete Fragen und Anliegen – weiteren **LVR-Fachausschüssen** zur Kenntnis gebracht.

Nach Abschluss der Beratungen wird der Berichtsentwurf überarbeitet. Abschließend erfolgt eine **Beschlussfassung** durch den LVR-Ausschuss für Inklusion.

Der finale Jahresbericht wird als barrierefreies PDF im Internet veröffentlicht. Zusätzlich ist eine **begleitende ganzjährige Kommunikation** des besonderen Engagements des LVR für die Umsetzung der BKR auf Basis der im Bericht beschriebenen Aktivitäten geplant.

Begründung der Ergänzungsvorlage Nr. 15/1470/1

Der Ausschuss für Inklusion hat den Entwurf des Jahresberichtes 2022 in gemeinsamer Sitzung mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 1. Juni 2023 ausführlich beraten.

Der **Ausschuss für Inklusion bittet als Querschnittsausschuss die Fachausschüsse** darum, im Zuge ihrer Beratung der nun vorliegenden Ergänzungsvorlage insbesondere die folgenden Hinweise und Anregungen **in eigener Zuständigkeit** in den Blick zu nehmen.

Krankenhausausschüsse und Gesundheitsausschuss:

Im Entwurf des Jahresberichtes werden unter **Z5.2** Verbesserung der Barrierefreiheit hinsichtlich der Gebäude des LVR-Verbundes HPH beschrieben. Es wird anregt, mit Blick auf Zielrichtung 5 auch den Stand der Barrierefreiheit und die geplanten Verbesserungen in den LVR-Kliniken zur Darstellung zu bringen.

Es wird angeregt, mit Blick auf Zielrichtung 5 auch den Hitzeschutz in den Klinikgebäuden, insbesondere im Maßregevollzug, in den Blick zu nehmen.

Es wird angeregt, mit Blick auf Zielrichtung 9 Gedenktafeln an den Bestandsgebäuden der LVR-Kliniken anzubringen, die analog zum Denkmal der Grauen Busse am LVR-Landeshaus über die Geschichte der Anstalten informieren.

Angesichts der in der ersten Staatenprüfung zur Umsetzung der BRK vom UN-Fachausschuss in Genf angemerkten „tiefen Besorgnis" über Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie wird angeregt, dass der LVR weitere Bemühungen unternehme, Zwang und Gewalt in seinen Einrichtungen zu vermindern.

Mit Blick auf Zielrichtung 6 wird angeregt, in allen LVR-Kliniken angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit die Angebote der Kliniken bei Bedarf auch in sprachlich-kommunikativer Hinsicht (z.B. für gehörlose Patient*innen, die sich in Deutscher Gebärdensprache verständigen), zugänglich sind.

Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und Sozialausschuss

Mit Verweis auf **Z5.2.** und mit besonderem Blick auf die bestehenden „Bewahrfälle" in NRW wird auf die Notwendigkeit eines zügigen Ausbaus von geeigneten Betreuungsplätzen für Menschen mit herausforderndem Verhalten gemäß den Empfehlungen der Garbrecht-Expertenkommission hingewiesen. Dabei müsse auch geklärt werden, wie entsprechende Fachkräfte für die Betreuung gefunden und gebunden werden können.

Sozialausschuss

Mit Blick auf **Z4.2** wird die Bedeutung der Aktivitäten des LVR zur Stärkung des inklusiven Sozialraums hervorgehoben, z.B. durch barrierefrei zugängliche Beratungsangebote vor Ort.

Mit Blick auf Zielrichtung 6 wird angeregt, auch Möglichkeiten der vereinfachten digitalen Beantragung von Leistungen zur Eingliederungshilfe zu eruieren.

Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität

Mit Blick auf **Z6.1** werden Betrachtungen angeregt, wie viele Menschen außerhalb des LVR den LVR-Beratungskompass tatsächlich nutzen, wie zufrieden sie mit den dort aufbereiteten Informationen sind und wie die Nutzung dieses Webangebotes insgesamt nachhaltig gestärkt werden könnte.

Bau- und Vergabeausschuss

Mit Blick auf **Z5.1** wird angeregt zu prüfen, ob nach 10 Jahren eine Erneuerung oder Aktualisierung der Zielvereinbarung mit den Selbstvertretungsverbänden angezeigt sein könnte.

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Mit Blick auf **Z2.11** wird vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels anregt, über Instrumente nachzudenken, mit denen insbesondere die Akquise von Studierenden bzw. Hochschul-Absolvent*innen mit Behinderungen gesteigert werden könnte.

Kommission Gleichstellung:

Mit Blick auf **Z11.4** wird angeregt zu prüfen, inwiefern weitere Gebäude des LVR im Rheinland im Rahmen ähnlicher Projekte wie „Edelgard schützt" zu Schutzorten werden könnten.

Im Berichtsentwurf wurden gegenüber der Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470 bereits folgende Änderungen vorgenommen:

Z7.2 LVR-Woche der Begegnung: Ergänzung eines Links.
Z1.3 Ausbildung neuer Peer-Berater*innen: Ergänzung eines Links.

L u b e k

Begründung der Vorlage Nr. 15/1470

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022

1. Politischer Auftrag und Sachstand

Der LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt" wurde am 7. April 2014 vom Landschaftsausschuss beschlossen (Vorlage Nr. 13/3448). Er bildet seither die zentrale Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR.

Seit 2016 erstellt die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in enger Zusammenarbeit mit den LVR-Dezernaten einmal jährlich einen Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsplans. Im Jahresbericht wird rückblickend dargestellt, welche besonderen Aktivitäten der LVR zur Erreichung seiner 12 Zielrichtungen aus dem LVR-Aktionsplan ergriffen hat. Der Jahresbericht ist damit ein wichtiges Instrument zur Überwachung der Umsetzung der BRK im LVR.

In der Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470 wird der **Entwurf des Berichtes** für das **Berichtsjahr 2022** zur Kenntnis gegeben.

Auf Anregung des LVR-Ausschusses für Inklusion wird in diesem Berichtsjahr ein **angepasstes Vorgehen für die Beratung des Berichtsentwurfs** vorgeschlagen:

1. In diesem Jahr wird der Berichtsentwurf zunächst im **LVR-Ausschuss für Inklusion** vorberaten, in gemeinsamer Sitzung mit dem LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte.

2. Der Ausschuss hat sodann die Gelegenheit, den Berichtsentwurf – ggf. ergänzt um konkrete Fragen und Anliegen – **weiteren LVR-Fachausschüssen** zur Kenntnis zu bringen (in Form einer Ergänzungsvorlage). Schließlich liegt und bleibt die Umsetzung des LVR-Aktionsplans auch weiterhin in der Zuständigkeit aller LVR-Dezernate und Geschäftsbereiche des LVR („BRK-Mainstreaming").

2. Methodisches Vorgehen bei der Berichterstellung

Vor dem Hintergrund der Ziele des Berichtes und der eingesetzten Steuerungsinstrumente zur Umsetzung des LVR-Aktionsplans wurden für den Berichtsentwurf auch in diesem Jahr mehrere Informationsquellen ausgewertet und unterschiedliche methodische Herangehensweisen gewählt:

- Die in der LVR-Zielvereinbarungsdatenbank vorliegenden Informationen zu den vereinbarten strategischen Zielen zwischen der LVR-Direktorin und den LVR-Dezernent*innen wurden ausgewertet und mit den Steuerungsunterstützungen der LVR-Dezernate reflektiert.

- Vorliegende Tätigkeits- und Jahresberichte aus den LVR-Dezernaten wurden danach gesichtet, ob hier über Aktivitäten berichtet wird, die einen direkten oder indirekten Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans erkennen lassen.

- Es wurden alle Vorlagen gesichtet, die im Berichtsjahr 2022 im LVR-Ausschuss für Inklusion und seinem LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte behandelt wurden.

- Es wurden die LVR-Pressemeldungen im Berichtsjahr 2022 auf Aktivitäten gesichtet, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

- Es wurden einschlägige Newsletter des LVR ausgewertet (z.B. LVR-Newsletter Soziales).

Die Gliederung des Berichts folgt wieder den 12 Zielrichtungen des Aktionsplans. Da die einzelnen Zielrichtungen nicht trennscharf sind, wurden die berichteten Aktivitäten in diesem Bericht jeweils einer – besonders deutlich sichtbaren – Zielrichtung zugeordnet.

3. Weiteres Vorgehen

Nach Abschluss der Beratungen wird der Berichtsentwurf durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden überarbeitet. Abschließend erfolgt eine **Beschlussfassung** durch den LVR-Ausschuss für Inklusion (voraussichtlich im November 2023).

Der finale Jahresbericht wird als barrierefreies PDF im Internet veröffentlicht. Zusätzlich ist eine begleitende ganzjährige Kommunikation des besonderen Engagements des LVR für die Umsetzung der BKR auf Basis der im Bericht beschriebenen Aktivitäten geplant.

Alle bereits veröffentlichten Jahresberichte stehen im Internet zur Verfügung:
www.inklusion.lvr.de

L u b e k

Anlage
Entwurf Jahresbericht 2022

Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470/1

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:

Entwurf Jahresbericht 2022

Einleitung 2

Schlagwortverzeichnis nach Kompetenzfeldern 2

ZIELRICHTUNG 1 Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten 3

ZIELRICHTUNG 2 Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln 7

ZIELRICHTUNG 3 Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern 13

ZIELRICHTUNG 4 Den inklusiven Sozialraum mitgestalten 15

ZIELRICHTUNG 5 Die Barrierefreiheit in all LVR-Liegenschaften herstellen 19

ZIELRICHTUNG 6 Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen 21

ZIELRICHTUNG 7 Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln.....24

ZIELRICHTUNG 8 Die Leichte Sprache im LVR anwenden 26

ZIELRICHTUNG 9 Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben 27

ZIELRICHTUNG 10 Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen 35

ZIELRICHTUNG 11 Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln 37

ZIELRICHTUNG 12 Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen.....39

In Zahlen 41

Einleitung

Der vorliegende Jahresbericht dokumentiert zentrale Aktivitäten, die der Landschaftsverband Rheinland (LVR) im **Berichtsjahr 2022** unternommen hat und die direkt oder indirekt auf Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt" Bezug nehmen und auf diese Weise einen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR leisten.

Mehrjährige Aktivitäten, die bereits in den Berichten der Vorjahre enthalten waren, wurden nur dann aufgegriffen, wenn wiederum ein konkreter Anlass dafür im aktuellen Berichtsjahr 2022 vorlag. Der Jahresbericht folgt, wie in den Vorjahren, in seiner Gliederung den 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt".

Schlagwortverzeichnis nach Kompetenzfeldern

Das nachfolgende Verzeichnis weist die fünf Kompetenzfelder aus, in denen der LVR aktiv ist. Es ist angegeben, welche Aktivitäten des Jahresberichts sich auf die jeweiligen Kompetenzfelder beziehen. Einige Aktivitäten berühren mehrere Kompetenzfelder.

Kompetenzfeld	**Aktivitäten**
1. Leben und Arbeit	Z1.2, Z1.3, Z1.4, Z1.5, Z2.1, Z2.2, Z2.3, Z2.4, Z2.5, Z2.6, Z2.7, Z2.9, Z2.11, Z2.12, Z3.1, Z3.2, Z3.3, Z3.4, Z4.2, Z4.6, Z6.2, Z6.3, Z8.1, Z9.3, Z9.4, Z9.8, Z10.5, Z11.1, Z12.2, Z12.3
2. Bildung und Erziehung	Z2.10, Z4.3, Z4.4, Z9.8, Z10.1, Z10.2, Z10.3, Z10.5
3. (seelische) Gesundheit	Z1.4, Z2.8, Z4.5, Z5.2, Z9.3, Z9.4, Z9.12, Z10.2, Z10.4
4. Kultur	Z4.7, Z4.8, Z5.3, Z6.4, Z6.5, Z7.4, Z11.5
5. Der LVR (übergreifend)	Z1.1, Z1.6, Z4.1, Z5.1, Z6.1, Z7.1, Z7.2, Z7.3, Z8.2, Z9.1, Z9.2, Z9.5, Z9.6, Z9.7, Z9.9, Z9.10, Z9.11, Z11.2, Z11.3, Z11.4, Z12.1,

ZIELRICHTUNG 1
Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Partizipation im Sinne von Zielrichtung 1 des LVR-Aktionsplans meint die Mitsprache bzw. Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen in öffentlichen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderungen betreffen.

Der LVR hat sich in seinem Aktionsplan zum Ziel gesetzt, Menschen mit Behinderungen über ihre Organisationen gemäß Artikel 4, Absatz 3 BRK bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens eng zu konsultieren und aktiv einzubeziehen.

Partizipation soll ein selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit des LVR in Politik und Verwaltung sein und werden. Sie ist kein Selbstzweck, sondern dient der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und ist ein zielführendes Mittel, um die Qualität von Ergebnissen zu verbessern.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z1.1 Politische Partizipation im LVR

Z1.2 Workshop für Werkstatträte und Frauenbeauftragte in WfbM

Z1.3 Ausbildung neuer Peer-Berater*innen

Z1.4 Erster LVR-Peer-Tag

Z1.5 Start der AG Partizipation im LVR-Verbund HPH

Z1.6 Verbändegespräch Selbsthilfe

Z1.1 Politische Partizipation im LVR

Auch in der 15. Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland wird die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen beim LVR weiter großgeschrieben.

Bereits 2015 wurde in der politischen Vertretung mit dem LVR-Ausschuss für Inklusion und seinem beratenden LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte ein Verfahren zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten des LVR fest institutionalisiert. 2021 wurden Ausschuss und Beirat neukonstituiert. Beide Gremien tagen in der Regel in gemeinsamer Sitzung.

Zusätzlich zu den sieben stimmberechtigten Mitgliedern des Landesbehindertenrates NRW e.V., die an den Sitzungen des LVR-Beirates teilnehmen können, wurde im März 2022 Wiebke Schubert, Vorsitzende des Landesverbandes NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V., als weitere natürliche Person als Ansprechperson und Fürsprecherin für die Belange von Menschen mit Behinderungen in den Beirat gewählt (vgl. Geschäftsordnung des Beirates Ziffer 2, Absatz d, Vorlage Nr. 15/796).

Sitzungstermine im Jahr 2022 waren:

18.02.2022	Sitzung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte (ohne Ausschuss)
31.03.2022	Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte
31.05.2022	Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte
19.09.2022	Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte
01.12.2022	Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

Mit der neuen Zuständigkeits- und Verfahrensordnung ist der LVR-Ausschuss für Inklusion nunmehr auch für weitere Themen zuständig: Vor dem Hintergrund der besonderen menschenrechtlichen Risiken, die sich für Menschen mit und ohne Behinderungen aus einem Zusammenwirken von Diskriminierungsgründen ergeben, berät der Ausschuss im Querschnitt auch über die Gleichstellung und Antidiskriminierung aufgrund von Rassismus oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität (vgl. § 1 AGG).

Z1.2 Workshop für Werkstatträte und Frauenbeauftragte in WfbM

Nach zwei Jahren Corona-Pause kamen im Juni 2022 die gewählten Vertretungen der Beschäftigten mit Behinderungen sowie die Frauenbeauftragten der rheinischen Werkstätten zu einem Austausch beim LVR endlich wieder in Präsenz zusammen.

Bei zwei gemeinsamen Workshops diskutierten die insgesamt 180 Teilnehmenden in leichter Sprache über die wichtigsten Fragen rund um die Arbeit und das soziale Miteinander in den Werkstätten. Bereits die Vorbereitung erfolgte partizipativ durch ein inklusives Organisationsteam, bestehend aus Vertretungen der Werkstatträte und Frauenbeauftragten sowie dem LVR-Fallmanagement.

Die Themen der insgesamt fünf Arbeitsgruppen reichten dabei von den Aufgaben und Rechten von Werkstattrat und Frauenbeauftragten über Ideen zur Weiterentwicklung der Angebote vor Ort und Diskussionen zum Werkstattentgelt bis hin zu visionären Überlegungen, wie die Arbeit in Werkstätten in der Zukunft aussehen könnte und sollte.

Z1.3 Ausbildung neuer Peer-Berater*innen

30 Teilnehmende aus neun Regionen haben Ende Juni 2022 die Schulungsreihe „Peer-Beratung in der KoKoBe" des LVR-Dezernates Soziales erfolgreich abgeschlossen. 12 Frauen und zehn Männer bieten ab sofort als Peer-Berater*innen Beratungsgespräche für Menschen mit Behinderung in den Beratungsstellen der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) an. Acht der Teilnehmenden wurden innerhalb der Schulungsreihe zur Peer-Koordination ausgebildet.

Peer-Berater*innen sind Menschen mit Behinderungen, die andere Menschen mit Behinderungen beraten. Bereits seit 2019 finanziert und fördert der LVR den Auf- und Ausbau der Peer-Beratung an mittlerweile 13 Standorten der KoKoBe im Rheinland (s. ausführlich Vorlage Nr.15/1394) . Die Gespräche finden in den Räumlichkeiten der KoKoBe, nach Absprache auch an einem anderen Ort oder virtuell statt.

Die Beratungen sind kostenlos und richten sich an Menschen mit allen Behinderungsarten.

➔ Mehr Informationen zur Peer-Beratung bei der KoKoBe finden sich im LVR-Beratungskompass.

Z1.4 Erster LVR-Peer-Tag

Im Rheinland sind über 200 Peer-Berater*innen für den LVR im Einsatz. Der LVR fördert Peer-Beratungsangebote zum Beispiel an verschiedenen Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) sowie fast allen Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) im Rheinland. Auch an allen psychiatrischen Kliniken des LVR findet eine Peer-Beratung durch Genesungsbegleitende statt.

Um sich miteinander zu vernetzen, kamen am Samstag, den 17. September 2022, erstmals rund 100 Peer-Berater*innen aus dem ganzen Rheinland im LVR-Horion-Haus in Köln-Deutz zu einem gemeinsamen Peer-Tag zusammen.

LVR-Direktorin Ulrike Lubek brachte in ihrem digitalen Grußwort die Wertschätzung des LVR für die wichtige Arbeit der Peers zum Ausdruck. In Rahmen eines World-Cafés tauschten sich die Teilnehmenden anschließend intensiv miteinander aus.

Die Idee für den gemeinsamen Peer-Tag sowie die Planung und Umsetzung entstand im dezernatsübergreifenden Projekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB) unter der Gesamtleitung von Bernd Woltmann (LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) (vgl. Aktivität Z4.1. in diesem Bericht).

Z1.5 Start der AG Partizipation im LVR-Verbund HPH

Im Jahresbericht 2021 wurde über den Aufbau einer AG Partizipation im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen berichtet (vgl. Aktivität Z1.4).

Im April 2022 hat die Kick-Off Veranstaltung der AG stattgefunden. Die AG ist selbst partizipativ besetzt: Neben fünf Mitarbeitenden des LVR-Verbund HPH aus verschiedenen Bereichen und Hierarchien und einer Vertreterin der Abteilung 84.30 im LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen nehmen zehn Kund*innen aus dem gesamten Verbund als feste Mitglieder an der AG teil. Benanntes Ziel der AG Partizipation ist es, Partizipation der Kund*innen im LVR-Verbund HPH zu ermöglichen und nachhaltig sicherzustellen. In mehreren AG-Terminen und Workshops wurden bereits „TOP-Themen" identifiziert und priorisiert, welche die AG im weiteren Verlauf bearbeiten und jeweils ein Mehr an Partizipation und Mitbestimmung erzielen möchte. Die AG arbeitet sowohl in Form von Präsenztreffen, als auch in Form von Online-Meetings, soweit dies technisch gewährleistet werden kann.

Über die AG Partizipation wurde in der Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund HPH am 17. März 2023 berichtet.

Z1.6 Verbändegespräch Selbsthilfe

Am 14. Dezember 2022 fand ein Verbändegespräch mit der Selbsthilfe zum Thema „Teilhabe in Vielfalt - Diversity-Ansätze als Chance für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen" statt. Gemeinsam hatten das LVR-Dezernat Soziales, das LVR-Dezernat Kin-

der, Jugend und Familie sowie das LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung die Vertreter*innen der Selbsthilfeverbände im Rheinland zu diesem Austausch eingeladen.

Zu Beginn präsentierte Bernd Woltmann (Leiter der LVR-Stabstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) den Vertreter*innen der Selbsthilfe das Diversity-Konzept des LVR. Danach stellte Hannah Knipper (Projektkoordination NRW LSBTIQ* inklusiv) das Projekt „NRW LSBTIQ* inklusiv" vor. Das Projekt fokussiert die Lebenslagen von Menschen aus der LSBTIQ*-Community mit Behinderung, Beeinträchtigung und psychischen oder chronischen Erkrankungen (siehe hierzu www.lsbtiq-inklusiv.nrw) und setzt sich für mehr Sichtbarkeit und Barrierefreiheit ein. Die Beiträge und die anschließende Diskussion der Vertreter*innen der Selbsthilfe mit den Fachleuten der Verwaltung hat verdeutlicht, wie wichtig die Berücksichtigung der Interessen von „LSBTIQ* mit Behinderung" im Rahmen der Eingliederungshilfe ist, da dieser Personenkreis überdurchschnittlich oft Opfer von Diskriminierung wird.

ZIELRICHTUNG 2
Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Personenzentrierung bedeutet, stets den einzelnen Menschen als Träger von Rechten mit seinen individuellen Unterstützungsbedarfen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen.

Zudem geht es darum, den menschenrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung bestmöglich zu achten. Das bedeutet vor allem, die Mitsprache der Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen zu gewährleisten, die persönliche Angelegenheiten, d.h. das eigene Leben berühren.

Ein personenzentriertes Vorgehen zeichnet sich auch dadurch aus, dass konsequent die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen (z.B. hinsichtlich der individuellen Art der Beeinträchtigung, Herkunft und Nationalität, Alter, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung) berücksichtigt wird.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z2.1 Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber

Z2.2 Regionaltagungen des LVR-Inklusionsamtes

Z2.3 Förderung einer inklusiven Schauspielausbildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Z2.4 Veröffentlichung der App „InA.Coach"

Z2.5 Neue LVR-Fachinformation: Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe

Z2.6 Neue LVR-Fachinformation: Leben in Gastfamilien

Z2.7 Abschluss des Modellprojektes TexLL zur Erprobung des BTHG

Z2.8 Öffnung der Angebote der Traumaambulanzen

Z2.9 Personzentrierung im LVR-Verbund HPH

Z2.10 Ausstattung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen mit digitalen Endgeräten

Z2.11 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beim LVR

Z2.12 Inklusive Schiffswerft im Archäologischen Park Xanten

Z2.1 Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber

Viele Arbeitgeber möchten Menschen mit Behinderungen einstellen. Doch sie vermuten hohe bürokratische Hürden. Ihr Wunsch: Eine Ansprechstelle rund um das Thema Inklusion im Arbeitsmarkt. Mit den „Einheitlichen Ansprechstellen" wurde dies 2022 nun Realität: Sie koordinieren für die Arbeitgeber in der Mittlerrolle das gesamte Verfahren zur Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung.

Im Rheinland hat das LVR-Inklusionsamt verschiedene Träger mit dieser Aufgabe regional beauftragt: Acht neue Einheitliche Ansprechstellen, die Arbeitgeber bei der leichteren

Beschäftigung von Menschen mit Behinderung helfen, sind bereits an den Start gegangen. Sie gehören zu Trägern, wie beispielsweise der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer, und informieren, beraten und unterstützen Arbeitgeber bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung aber trägerunabhängig. Arbeitgeber werden von den Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber auch proaktiv angesprochen, um diese für die Ausbildung, Einstellung und (Weiter-) Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu sensibilisieren.

Die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber sind nicht nur im Rheinland, sondern bundesweit flächendeckend eingerichtet und mit fachlich qualifiziertem Personal ausgestattet worden. Sowohl auf Landes- als auch Bundesebene wird eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung stattfinden. Die Einheitlichen Ansprechstellen werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert und beraten trägerunabhängig.

➔ Unter folgendem Link finden Arbeitgeber im Rheinland die für sie zuständigen Einheitlichen Ansprechstellen: www.inklusionsamt.lvr.de/eaa

Z2.2 Regionaltagungen des LVR-Inklusionsamtes

Das LVR-Inklusionsamt lud im Mai und Juni 2022 zu den „Regionaltagungen" nach Köln ein. Verschiedene Institutionen auf dem Gebiet der beruflichen Inklusion nutzten dort die Gelegenheit, gemeinsam zu reflektieren, sich auszutauschen, kennenzulernen und die Zusammenarbeit auf regionaler Basis zu stärken. Mit dabei waren Vertretungen der Fachstellen, der Agenturen für Arbeit, der Integrationsfachdienste, der Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern (HWK und IHK), des LVR-Inklusionsamtes, des LVR-Dezernates Soziales, der Jobcenter und der Deutschen Rentenversicherung (DRV Bund und DRV Rheinland).

Z2.3 Förderung einer inklusiven Schauspielausbildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Im August 2022 wurde beschlossen, dass der LVR einen neuen Ausbildungsgang für Menschen mit geistiger Behinderung an der Schauspielschule des Kölner Theaters „Der Keller" fördert (vgl. Vorlage Nr. 15/1126). Die Finanzierung erfolgt im Rahmen eines zunächst auf fünf Jahre befristeten Modellprojektes. Die Mittel stammen aus der Eingliederungshilfe und der Ausgleichsabgabe.

Der neu einzurichtende Ausbildungsgang wird im August 2023 unter dem Namen „R(h)einkompanie" starten. Die Schauspielschule bietet eine professionelle Ausbildung an, in der die Schüler*innen inklusiv und klassenübergreifend unterrichtet und individuell gefördert werden. Sie profitieren dadurch auch von dem Renommee und der Vernetzung des Theaters „Der Keller". Vorgesehen ist der Start mit zunächst vier Beschäftigten aus Kölner Werkstätten, die ein reguläres Vorbereitungs- und Bewerbungsverfahren durchlaufen müssen. Nach einem Jahr startet ein weiterer Ausbildungsgang mit erneut vier Beschäftigten einer Werkstatt.

Z2.4 Veröffentlichung der App „InA.Coach"

Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe lässt das LVR-Inklusionsamt die Förderung der digitalen und beruflichen Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten beziehungsweise kognitiven Einschränkungen oder Autismus-Spektrum-Störungen in mehreren Forschungsprojekten wissenschaftlich untersuchen. Ausgehend von pädagogisch-didaktischen Thesen werden dabei im Hochschulkontext verschiedene digitale Hilfsmittel geschaffen und im realen Einsatz mit Proband*innen erprobt.

Im Juni 2022 wurde die App InA.Coach veröffentlicht. Sie ist ein digitales Hilfsmittel und wurde für die Begleitung von Arbeits- und Alltagsprozessen entwickelt. Die InA.Coach-App bietet die Möglichkeit, kleine Videosequenzen und Bilderreihen bspw. von Hand-

lungs- und Arbeitsabläufen, zu erledigende Aufgaben, Checklisten, Anleitungen etc. darzustellen und abzulegen und die einzelnen Arbeitsschritte nach und nach abzuarbeiten. Sie ist eine digitale Aufgabenassistenz, die Nutzer*innen an die wichtigsten Arbeitsschritte erinnert und ihnen im Arbeitsalltag hilft, ihre Aufgaben strukturiert zu erledigen.

Die App wurde von dem jungen Unternehmen BOS Connect GmbH zusammen mit Job-Coaches, Wissenschaftler*innen und dem LVR-Inklusionsamt entwickelt.

Die App wird derzeit im Bereich „Arbeit" erprobt, ist aber so konzipiert, dass sie auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel Schule, Leben, Haushalt einsetzbar ist. Die App ist seit Juni 2022 in den bekannten App-Stores kostenlos verfügbar und wird derzeit kontinuierlich weiterentwickelt.

➔ Zur InA.Coach-Webseite und App: https://ina.coach/

Z2.5 Neue LVR-Fachinformation: Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) haben sich in NRW einige Zuständigkeiten bei den Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Eingliederungshilfe geändert.

Die Landschaftsverbände sind für alle Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung gebündelt zuständig. Bei den Eingliederungshilfeleistungen für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung ist die Zuständigkeit differenzierter. Die Landschaftsverbände sind seit dem 1. Januar 2020 Eingliederungshilfeträger für Leistungen in Pflegefamilien, für heilpädagogische Leistungen in Kindertagesstätten sowie der Kindertagespflege und im Rahmen der Frühförderung. Darüber hinaus sind die Landschaftsverbände zuständig für heilpädagogische Tagesstätten.

Antworten auf die Frage „Wer hilft wann?" gibt daher eine im Januar 2022 veröffentlichte neue Fachinformation des LVR. Sie soll Leistungsberechtigten, Angehörigen und Fachleuten helfen, schnell die richtige Ansprechperson für die individuelle Unterstützungsleistung zu finden. Auf vier Seiten stellt die Publikation die Aufgaben und Zuständigkeiten der verschiedenen Leistungsträger unterteilt nach Altersgruppen dar. Die Fachinformation schließt dabei sowohl Leistungen für Kinder vor und während der Schulzeit als auch für erwachsene Menschen mit Behinderungen ein.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z2.6 Neue LVR-Fachinformation: Leben in Gastfamilien

Menschen mit Behinderungen, die regelmäßig Unterstützung benötigen, aber weder in einer besonderen Wohnform noch alleine leben möchten und sich in einem Familienverbund wohl fühlen, sind in Gastfamilien gut aufgehoben. Aktuell leben rund 200 erwachsene Menschen mit Behinderungen im Rheinland in einer solchen Pflegefamilie, die der LVR in besserer Abgrenzung zu den Unterstützungsleistungen in Pflegefamilien für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen „Gastfamilie" nennt. Das Altersspektrum der Leistungsberechtigten mit Unterstützung in einer Gastfamilie liegt zwischen 18 und 80 Jahren.

Eine im April 2022 veröffentlichte Fachinformation stellt diese Unterstützungsleistung vor und erklärt auch, wie die aufnehmenden Familien unterstützt und begleitet werden und welche finanziellen Aufwandsentschädigungen sie erhalten. Ziel der Broschüre ist es, weitere Familien und Einzelpersonen dafür zu begeistern, einen erwachsenen Menschen mit Behinderungen bei sich aufzunehmen.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z2.7 Abschluss des Modellprojektes TexLL zur Erprobung des BTHG

Seit 2018 haben die beiden Landschaftsverbände LVR und LWL das gemeinsame Verbundprojekt TexLL im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) durchgeführt. Das Projekt war Teil der modellhaften Erprobung neuer Regelungen im Rahmen der BTHG-Evaluation nach Artikel 25 BTHG. „TexLL" steht für „Trennung der existenzsichernden Leistungen von den Fachleistungen/neues Leistungssystem".

Im Fokus des Projekts standen neben der zum 1. Januar 2020 vollzogenen Trennung der Leistungen vor allem die Ausgestaltung der Assistenzleistungen, auch in gemeinsamer Leistungserbringung, sowie die Regelungen zu Zumutbarkeit und Angemessenheit. Dazu arbeitete das Projekt mit ausgewählten Leistungserbringern zusammen.

Das Projekt ist am 31. Dezember 2021 planmäßig abgeschlossen worden. In einer Vorlage für den LVR-Sozialausschuss informiert das LVR-Dezernat Soziales im März 2022 über den Abschlussbericht der beiden TexLL-Teilprojekte und stellt die Ergebnisse vor. Die Vorlage erhält zudem eine Auswertung der Ergebnisse durch das Unternehmen Kienbaum Consultants. Dieses wurde durch das BMAS beauftragt.

➔ Zur Vorlage Nr. 15/749.

Z2.8 Öffnung der Angebote der Traumaambulanzen

Das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium und die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) haben im Mai 2022 die Angebote der Traumaambulanzen für von Krieg und Flucht traumatisierte Menschen aus der Ukraine kurzfristig zur Erstversorgung zugänglich gemacht. Neben dem regulären Angebot psychotherapeutischer Einzelbehandlungen werden auch Gruppentherapien und Behandlungen durch niedergelassene Ärztliche oder Psychologische Psychotherapeut*innen mit entsprechender Sprachkompetenz finanziert. Ebenso ist eine psychosoziale Beratung für schwer belastete Menschen durch psychosoziale Zentren für Geflüchtete möglich.

Die Traumaambulanzen sind regulär für traumatisierte Opfer von Gewalttaten, deren Angehörige und Hinterbliebene tätig.

Die Finanzierung der zusätzlichen Angebote, einschließlich notwendiger Kosten für die Überwindung von Sprachbarrieren, übernimmt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Hierfür stellt das Ministerium in einem ersten Schritt Fördermittel in Höhe von 200.000 Euro zur Verfügung. Betroffene können sich unmittelbar an eine Traumaambulanz wenden. Informationen zu den Standorten sind hier zu finden:

➔ Mehr Informationen: www.lvr.de/traumaambulanzen

Z2.9 Personzentrierung im LVR-Verbund HPH

Neben dem eher leistungsrechtlich verorteten Begriff der Personenzentrierung existiert seit vielen Jahren der fachlich verortete Begriff der Personzentrierung (ohne „en"). Genau diese Personzentrierung in Anlehnung an das Handlungskonzept von Marlis Pörtner, bestehend aus den drei Kernelementen „Empathie", „Wertschätzung" und „Kongruenz", acht Handlungsgrundlagen und 16 Richtlinien, wird zum fachlichen Standard im LVR-Verbund HPH.

Ausgehend vom bereits entworfenen Standard „Personzentrierung" wurde dessen Umsetzung im Jahr 2022 weitestgehend vorbereitet. Der Roll-Out erfolgt im Jahr 2023.

Über die Personzentrierung als fachlichen Standard im LVR-Verbund HPH wurde in der Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 20. Januar 2023 berichtet.

Z2.10 Ausstattung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen mit digitalen Endgeräten

Der LVR als Schulträger gestaltet die Digitalisierung der LVR-Schulen aktiv, um die Teilhabe und die Chancengerechtigkeit für die Schüler*innen der LVR-Schulen deutlich zu erhöhen. Dies erfolgt auf Basis des aktualisierten Medienentwicklungsplans (MEP), der den Umfang der Ausstattung für die nächsten Jahre konkretisiert und in Abstimmung mit den LVR-Schulen umgesetzt wird (vgl. Vorlage Nr. 15/801).

Im Rahmen der Ausstattungsoffensive des Landes NRW hat der LVR 619 IPads für Studierende der LVR-Berufskollegs Essen und Halfeshof und 6.471 IPads für Schüler*innen der LVR-Förderschulen beschafft. Zusätzlich sind – auch mit Mitteln des LVR – 192 Laptops für sehbehinderte Schüler*innen beschafft worden, die wegen der Behinderung nicht mit einem IPad arbeiten können. Die Auslieferung der Endgeräte hat 2022 begonnen.

Z2.11 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beim LVR

Der LVR bietet Beschäftigungsmöglichkeiten für zahlreiche Menschen mit (Schwer-)Behinderung. Im aktuellen LVR-Personalbericht wird die Gesamtbeschäftigungsquote wie folgt ausgewiesen:

Kennzahl: Gesamtbeschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im LVR gem. § 71 Abs. 1 SGB IX

Bezogen auf den Gesamt-LVR betrug die Beschäftigungsquote der Menschen mit Schwerbehinderung zum Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 9,4 Prozent. Seit 2017 zeigt sich eine leicht sinkende Tendenz. Eine differenzierte Darstellung nach LVR-Dezernaten kann dem jährlichen Personalbericht entnommen werden (vgl. Vorlage Nr. 15/1200).

In den LVR-Dezernaten und Außendienststellen sowie bei LVR-InfoKom wurde bei 57 Prozent der Mitarbeitenden die Schwerbehinderung erst nach Eintritt in den Dienst des LVR festgestellt.

Z2.12 Inklusive Schiffswerft im Archäologischen Park Xanten

Im LVR-Archäologischen Park Xanten (APX) stellte das inklusive Team der Schiffswerft 2022 zur Vervollständigung der Rheinflotte als insgesamt sechstes Schiff die schwimmfähige Rekonstruktion einer sogenannten Pünte her. Das Passagierschiff diente vorrangig dem Übersetzen von Personen über den Fluss, konnte aber auch als Arbeitsboot verwendet werden und Lasten aller Art transportieren. Bislang ist der Fund dieses Bootstyps aus römischer Zeit einzigartig.

Der APX und das LVR-Integrationsamt nutzen das Projekt für eine neue und langfristig angelegte Kooperation zur betrieblichen Ausbildung von jungen Menschen mit einer Schwerbehinderung.

Seit 2014 wurden Schüler*innen mit Beeinträchtigung, Schulabgänger*innen mit Schwerbehinderung oder Beschäftigte einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Langzeitpraktika fachlich und individuell qualifiziert und so im weiteren Verlauf an eine betriebliche Ausbildung herangeführt.

Um diese berufliche Qualifikation direkt vor Ort anbieten zu können, wurde eine integrative Holzwerkstatt in der Werft aufgebaut, in der seit 2017 junge Auszubildende als Fachpraktiker für Holzverarbeitung ausgebildet werden.

➔ Mehr Informationen:
https://apx.lvr.de/de/lvr_archaeologischer_park/themenpavillons_und_ausstellungen/schiffsbau/schiffsbau.html

ZIELRICHTUNG 3
Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 3 hat sich der LVR zum Ziel gesetzt, die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets im Rheinland zu steigern.

Beim Persönlichen Budget handelt es sich um eine Form der Leistungsgewährung, die die Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten in besonderer Weise in den Mittelpunkt stellt (siehe Zielrichtung 2). Mit dem Persönlichen Budget übernehmen Menschen mit Behinderungen selbst die Regie der Leistungsausgestaltung. Im Gegensatz zur Sachleistung werden ihnen in Form des Persönlichen Budgets direkt Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können sie sich selbst die erforderliche Unterstützung beschaffen, um ihre Bedarfe zu decken.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z3.1 Podiumsdiskussion auf der REHACARE

Z3.2 Praxisdialoge zum Persönlichen Budget

Z3.3 Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget

Z3.4 Start einer empirischen Erhebung zum Persönlichen Budget

Kennzahl: Entwicklung der Persönlichen Budgets im Rheinland

Der LVR berichtet regelmäßig darüber, wie sich die Nutzung Persönlicher Budgets entwickelt und wie der LVR bei der Umsetzung von Zielrichtung 3 des LVR-Aktionsplans vorangekommen ist (zuletzt mit Vorlage Nr. 15/390 zur Entwicklung in den Jahren 2018 bis 2020). Für 2023 ist eine aktualisierte Information für die politische Vertretung geplant.

Die Zahl der Leistungsberechtigten, die die Leistungsform des Persönlichen Budgets in Anspruch nehmen, ist 2021 auf 2.155 gestiegen – ein Anstieg um etwa 240 Leistungsberechtigte oder umgerechnet 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Genutzt wird das Persönliche Budget nahezu vollständig für Leistungen der sozialen Teilhabe (Wohnleistungen und Tagesstruktur). Jüngere Leistungsberechtigte nutzen das Persönliche Budget deutlich häufiger als ältere. 54 Prozent der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget sind 40 Jahre oder jünger (im Vergleich zu 41 Prozent bei der Gesamtgruppe der Leistungsberechtigten beim LVR).

Z3.1 Podiumsdiskussion auf der REHACARE

Am 17. September 2022 zeigten die Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) auf der REHACARE – Internationale Fachmesse für Rehabilitation und Pflege ihre Wanderausstellung zum Persönlichen Budget und veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Chancen und Grenzen des Persönlichen Budgets". Nach einem Impulsreferat durch die Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) vertrat Jürgen Langenbucher, themenverantwortlicher Abteilungsleiter im LVR-Dezernat Soziales, die Perspektive des Leistungsträgers und zeigte Grenzen, vor allem aber die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen auf.

Z3.2 Praxisdialoge zum Persönlichen Budget

Die Durchführung der Praxisdialoge der Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) in Kooperation mit dem LVR wurden auch in 2022 weitergeführt. An den Treffen nahmen Vertreter*innen der KSL, Budgetnehmer*innen, andere Kostenträger und LVR-Mitarbeitende des Fallmanagements, der Teamleitung und der Abteilungsleitung teil. Themenschwerpunkt war in diesem Jahr die Vernetzung der Beratungsstrukturen vor Ort.

Z3.3 Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget

Die Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget des LVR in Kooperation mit dem KSL Köln für das Fallmanagement des LVR-Dezernates Soziales als Teil des BTHG-Fortbildungscurriculums wurden auch 2022 fortgeführt (vgl. Jahresbericht 2021). Die Fortbildungsveranstaltung soll für die Belange der Menschen mit Behinderungen sensibilisieren, die ein Persönliches Budget in Anspruch nehmen (wollen).

Z3.4 Start einer empirischen Erhebung zum Persönlichen Budget

2022 hat das LVR-Dezernat Soziales eine Befragung zur Nutzung des Persönlichen Budgets bei verschiedenen Zielgruppen gestartet: Leistungsberechtigte und Angehörige wurden ebenso nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt wie das Fallmanagement und Führungskräfte des LVR-Dezernates Soziales oder Beratungsstellen. Die Erhebung wird derzeit ausgewertet; die Ergebnisse werden 2023 veröffentlicht.

ZIELRICHTUNG 4
Den inklusiven Sozialraum mitgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 4 hat sich der LVR zur Aufgabe gemacht, innerhalb seiner Zuständigkeiten an der Gestaltung eines inklusiven Sozialraum in den Kommunen vor Ort mitzuwirken. Dies bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Leben aller Menschen in ihrer gesamten Vielfalt ermöglichen.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z4.1 Gesamtprojekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB)

Z4.2 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „BTHG 106+"/ „Beratung vor Ort"

Z4.3 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Fachberatung Kinderrechte"

Z4.4 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Peer-Bildungsberatung"

Z4.5 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Gemeindepsychiatrie"

Z4.6 Verlängerung des Modellprojektes „Inklusiver Sozialraum"

Z4.7 „Rheinland Reiseland" über inklusive Kulturangebote

Z4.8 Zertifizierung der LVR-Museen durch „Reisen für Alle"

Z4.1 Gesamtprojekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB)

Im Juni 2022 endete die Erprobungsphase des Projektes zur „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (vgl. Maßnahme Z4.1 im Jahresbericht 2021).

Mit Vorlage Nr. 15/797 wurde ausführlich über den Fortgang der vier durchgeführten Teilprojekt berichtet. Die abschließende Bewertung der SEIB-Projektarbeit hinsichtlich der dezernatsübergreifenden Erkenntnisse, Erfahrungen und Empfehlungen unter Federführung der Gesamtprojektleitung (LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) folgt in 2023.

Z4.2 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „BTHG 106+"/„Beratung vor Ort"

Der LVR bietet Menschen mit Behinderungen und Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung im Rheinland eine individuelle, kompetente und umfassende Beratung rund um mögliche Unterstützungsleistungen als Träger der Eingliederungshilfe an. Hierzu wurden Beratungsbüros im ganzen Rheinland eingerichtet.

Die **Beratung für Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung** wird seit dem 1. Januar 2020 flächendeckend in den Regionen durch das Fallmanagement des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie angeboten.

Die Beratung für **erwachsene Menschen mit Behinderungen** in den Regionen wird schrittweise aufgebaut. Das SEIB-Teilprojekt BTHG 106+ hat die Etablierung der LVR-Beratungsangebote in den Pilotregionen Stadt Duisburg, dem Rhein-Erft-Kreis und dem Oberbergischen Kreis intensiv unterstützt.

In das Projekt wurden auch weitere regionale Beratungsakteure einbezogen, mit dem Ziel, die LVR-Beratung vor Ort in der Region vorzustellen und die Zusammenarbeit zwischen allen zu stärken. Angesprochen wurden hierbei z.B. die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM), die Integrationsfachdienste (IFD), die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB), die Arbeitsagentur und das Jobcenter sowie die Selbsthilfe.

Die LVR-Beratung vor Ort konnte in den Pilotstandorten erfolgreich etabliert werden, feste Beratungszeiten wurden aufgebaut und das LVR-Fallmanagement sammelte nicht nur Erfahrungen mit der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX, sondern auch mit der Bedarfsermittlung mit dem Instrument BEI_NRW.

Die enge Zusammenarbeit der LVR-Beratung vor Ort mit allen regionalen Beratungsakteuren, insbesondere jedoch mit der KoKoBe und der Peer-Beratung, haben dazu beigetragen, dass der gesetzliche Auftrag der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX erfolgreich umgesetzt werden kann. Mit dem Abschlussbericht des Projekts BTHG 106+ wurde eine ausführliche Darstellung aller Aktivitäten und abgeleiteten Handlungsempfehlungen zum Aufbau und zur Etablierung der LVR-Beratung vor Ort im Rheinland vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 15/1388).

➔ Eine Übersicht aller Beratungsstellen des LVR finden Sie unter diesem Link. Weitere Beratungsstellen und Themen sind auf www.beratungskompass.lvr.de zu finden.

Z4.3 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Fachberatung Kinderrechte"

Das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie hat mit dem Teilprojekt „Fachberatung Kinderrechte" im Rahmen des Projektes „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" die Entwicklung eines inklusiven Mainstreaming-Ansatzes für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen erprobt. Dieses Ziel wurde bereits 2014 in Zielrichtung 10 des LVR-Aktionsplans zur BRK angelegt und befasst sich konzeptionell somit auch mit der UN-Kinderrechtskonvention (KRK).

Die seit 2019 gemachten Erfahrungen haben den Bedarf der Fachberatung als Anlaufstelle zum Thema Kinderrechte im LVR-Landesjugendamt bestätigt. Daher wurde beschlossen, die erfolgreich in der fachlichen Arbeit des LVR etablierte Fachberatung Kinderrechte über den Projektrahmen SEIB hinaus zu verstetigen. Sie kann in hervorragender Weise zur dezernatsübergreifenden Umsetzung der UN-KRK im LVR im Sinne eines Focal Points und des LVR-Diversity-Konzeptes mit der Vielfaltsdimension Lebensalter beitragen.

➔ Eine ausführliche Darstellung des Projektes findet sich in Vorlage Nr. 15/597.

Z4.4 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Peer-Bildungsberatung"

Das Teilprojekt des LVR-Dezernates Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung (Fachbereich Schulen) hat einen originellen Schulungs- und Empowerment-Ansatz für Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf unter Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Diversity-Ansatzes im Rheinland erprobt.

Bis Ende 2022 konnte das Projektteam die Ergebnisse z.B. in einem „Methodenkoffer" sichern.

➔ Der Reader zur Workshopreihe „Stark für Vielfalt gegen Ausgrenzung" kann unter diesem Link heruntergeladen werden. Weitere Informationen zum Projekt sind unter diesem Link zu finden.

Z4.5 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Gemeindepsychiatrie"

Das Teilprojekt des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen hat Möglichkeiten zur Stärkung der Selbstvertretung und der Partizipation von Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren Angehörigen erprobt.

Nach erfolgreicher Arbeit lief das Projekt nach der Erprobungsphase zum 30. Juni 2022 aus. Verschiedene Einzelmaßnahmen, die im Rahmen von SEIB angestoßen wurden, werden seit Mitte 2022 in den zuständigen Leistungseinheiten weiterentwickelt und umgesetzt.

➔ Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten des Projektes findet sich in Vorlage Nr. 15/797.

Z4.6 Verlängerung des Modellprojektes „Inklusiver Sozialraum"

Am 1. August 2021 ist das Modellprojekt „Inklusiver Sozialraum" im LVR-Dezernat Soziales gestartet (vgl. Maßnahme Z4.6 im Jahresbericht 2021). Dieses wird in drei Gebietskörperschaften (Stadt Essen, StädteRegion Aachen, Rhein-Sieg-Kreis) mit der jeweiligen Kommune und den vor Ort ansässigen Stakeholdern im Sozialraum durchgeführt.

Es sollen praxistaugliche Verfahren und Instrumente entwickelt werden, die es dem LVR-Fallmanagement ermöglichen, auf der Basis der ICF-Umweltfaktoren fallübergreifend und sozialraumorientiert Teilhabebarrieren zu erkennen, die der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe entgegenstehen. Die Verfahren und Instrumente sollen nach Abschluss des Modellprojektes auf alle Regionen im Rheinland übertragbar sein und im Rahmen der Gesamtplanung genutzt werden können.

Im bisherigen Projektverlauf konnten mittels einer quantitativen Datenanalyse interessante und aufschlussreiche Ergebnisse erzielt werden. Auf diesen Ergebnissen soll im weiteren Verlauf mittels qualitativer Befragungen mit Menschen mit Behinderungen und Akteuren aus der Kommune und im Sozialraum Lösungsvorschläge für die Umsetzung der Verfahren und Instrumente ermittelt werden.

Bereits nach einem Jahr Modelllaufzeit wurde deutlich, dass in der vorgesehenen Laufzeit von drei Jahren bis zum 31. Juli 2024 nicht die Ergebnisse erreicht werden können, die von dem Modellprojekt erwartet werden. Im Dezember 2022 wurde daher beschossen, die Laufzeit des Modellprojektes bereits jetzt um ein Jahr bis zum 31. Juli 2025 zu verlängern (vgl. Vorlage Nr. 15/1245/1).

Z4.7 „Rheinland Reiseland" über inklusive Kulturangebote

Alle Kultur-Highlights des LVR auf einen Blick – das bietet die im Januar 2022 erschienenen Ausgabe des Magazins „Rheinland Reiseland". In der Rubrik „Kultur für Alle – inklusives Erleben" werden Angebote für Menschen mit Behinderung vorgestellt: Interessierte erhalten Informationen darüber, wie sie sich möglichst barrierefrei durch die LVR-Museen bewegen können, wie zum Beispiel mit den neuen Informationsflyern zu allen 16 LVR-Museen in Leichter Sprache.

➔ Unter diesem Link kann die Ausgabe heruntergeladen werden.

Z4.8 Zertifizierung der LVR-Museen durch „Reisen für Alle"

Fast alle LVR-Museen sind inzwischen durch „Reisen für Alle" (Tourismus NRW in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Seminar für Tourismus Berlin e.V.) zertifiziert bzw. teilweise bereits mehrfach rezertifiziert. Im Rahmen der Zertifizierung werden die Gegebenheiten vor Ort umfänglich beschrieben und u.a. auf den Webseiten der Museen veröffentlicht. Menschen mit Behinderungen bekommen so eine wichtige Orientierung für einen möglichst selbstbestimmten Besuch.

Die Zertifizierung steht noch aus für das LVR-Niederrheinmuseum (im Aufbau), die LVR-Gedenkstätte Brauweiler/Kulturzentrum Abtei Brauweiler (Umbau) und das LVR-Industriemuseum Alte Dombach (Umplanung).

➔ Mehr Informationen: https://www.reisen-fuer-alle.de/

ZIELRICHTUNG 5
Die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Barrierefreiheit bedeutet, die Umwelt so zu gestalten, dass sie für Menschen mit Behinderungen genauso nutzbar und zugänglich ist wie für Menschen ohne Behinderungen.

Dies ist nur Schritt für Schritt möglich. Mit der Zielrichtung 5 hat sich der LVR genau auf diesen Weg gemacht. Ziel ist es, langfristig die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herzustellen.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z5.1 Verbesserung der Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des allgemeinen Grundvermögens des LVR

Z5.2 Verbesserung der Barrierefreiheit in Gebäuden des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Z5.3 Beteiligung der LVR-Museen am Projekt „Assistenzhund willkommen"

Z5.1 Verbesserung der Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des allgemeinen Grundvermögens des LVR

Für die Gebäude der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz wurde mit den Verbänden von Menschen mit Behinderungen am 18. November 2013 eine Zielvereinbarung gemäß § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) zur Barrierefreiheit im Hinblick auf die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Gebäude abgeschlossen. Sie ist im Zielvereinbarungsregister des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW veröffentlicht und bildet die wesentliche Arbeitsgrundlage zur Umsetzung der Zielrichtung 5 im LVR.

Für die Gebäude der Zentralverwaltung wurden konkrete, abgestimmte Handlungskonzepte vereinbart, über die das LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH bis zu deren Realisierung Zwischenberichte zum Umsetzungsstand der Zielvereinbarung vorgelegt hat, zuletzt zum Stichtag 30. November 2019 (vgl. Vorlage Nr. 14/3976).

Bis auf die Außenanlagen Landeshaus und flankierende Maßnahmen ist die Zielvereinbarung in der LVR-Zentralverwaltung umgesetzt. Nach derzeitigem Planungsstand werden die Außenanlagen bis 2024 baulich umgesetzt. Ergänzend wurde 2022 in der Südhalle des Landeshauses die vorhandene WC-Anlage barrierefrei hergerichtet und als Unisex nutzbare WC-Anlage ausgebaut.

Die Zielvereinbarung für die Zentralverwaltung gilt auch als Rahmenkonzept für die Herstellung von Barrierefreiheit in allen Liegenschaften des LVR und seiner wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen.

Im Berichtsjahr 2022 wurden die beschlossenen umfänglichen Anpassungen in den **LVR-Museen und Kulturstandorten** weiter umgesetzt, insbesondere im LVR-LandesMuseum Bonn im Rahmen der Neugestaltung der Dauerausstellung und im LVR-Max-Ernst-Museum. Es wurden u.a. neue Bodenleitsysteme geschaffen.

Für das Denkmal der Grauen Busse am LVR-Landeshaus wurde ein barrierefreies Infopult aufgestellt.

Für das LVR-Kulturzentrum Brauweiler wird bis Ende 2023 ein Konzept zur Reduzierung von Barrieren umgesetzt. Hierdurch wird der Besuch der ehemaligen Benediktinerabtei weitgehend barrierearm ermöglicht und die touristischen Ziele wie Park und Gedenkstätte verbessert erlebbar. Mit der baulichen Umsetzung des Konzeptes wurde in 2021 begonnen. Bis zum Jubiläumsjahr 2024 werden die Maßnahmen abgeschlossen.

Im Bereich der **LVR-Förderschulen** befanden sich seit 2020 an acht Schulen weitere Maßnahmen in Planung oder in der baulichen Umsetzung. Das Land NRW fördert viele dieser Projekte unter „Gute Schule 2020". Daher erfolgt deren Umsetzung prioritär in den nächsten Jahren. Weitere „Barrierefrei-Konzepte" für zehn Schulstandorte des LVR werden mittelfristig im Rahmen eines Schulsanierungsprogramms nach einer Prioritätenliste erstellt und in den nächsten zehn Jahren umgesetzt.

Z5.2 Verbesserung der Barrierefreiheit in Gebäuden des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Bereits im Jahr 2019 wurden nicht-barrierefreie Gebäude des LVR-Verbund HPH identifiziert und deren Sanierung bzw. Ersatz priorisiert. Dem Ausschuss für den LVR-Verbund HPH wurde in der Sitzung am 7. August 2019 anhand der Vorlage Nr. 14/3551 berichtet.

Seitdem konnte lediglich der Standort in der Nordstr. 33 in Düren ersatzlos aufgegeben werden. Trotz kontinuierlicher Bemühungen konnten im Jahr 2022 u.a. aufgrund des schwierigen Immobilien- und Grundstückmarkts bislang keine geeigneten Grundstücke oder Immobilien gefunden werden, mit denen sich zeitgemäße, inklusive und attraktive neue Angebote realisieren ließen.

Seit dem Abschlussbericht der sogenannten Garbrecht-Kommission soll zudem nicht nur die Barrierefreiheit verbessert werden. In diesem Bericht sind u.a. Empfehlungen enthalten, die auf die Geeignetheit von Wohnangeboten für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen abzielen. Davon ausgehend werden zukünftig die Bemühungen dahingehend intensiviert, dass neue Wohnangebote nicht nur barrierefrei konzipiert werden, sondern auch, dass diese für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen geeignet sind. Die Empfehlungen der Garbrecht-Kommission sind hierbei Grundstein und Ausgangspunkt neuer konzeptioneller Überlegungen.

Z5.3 Beteiligung der LVR-Museen am Projekt „Assistenzhund willkommen"

Seit August 2022 signalisiert ein neuer Aufkleber an Museen des LVR: Assistenzhunde sind überall in den LVR-Museen, auch in Innenräumen und in der Gastronomie, erlaubt und willkommen. Diese besonders geschulten Vierbeiner wurden trainiert, ihrem Menschen mit einer Schwerbehinderung im Alltag zu helfen. Dabei handelt es sich nicht nur um Menschen mit einer Sehbehinderung, sondern auch um Personen mit chronischen Erkrankungen.

„Assistenzhund willkommen" ist ein Projekt des Vereins Pfotenpiloten e.V. aus Frankfurt/Main, gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der LVR beteiligt sich an der Kampagne, um Barrieren abzubauen und seine Museen für alle Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.

➔ Mehr Informationen unter diesem Link

ZIELRICHTUNG 6
Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 6 macht deutlich, dass sich Zugänglichkeit nicht nur auf bauliche Begebenheiten, sondern ebenso auf Information und Kommunikation bezieht.

Um Informationen für alle zugänglich zu machen, müssen Informations- und Kommunikationsmedien so gestaltet sein, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungsformen wahrnehmbar und verständlich sind. Im Bereich digitaler Kommunikation sind neben Wahrnehmbarkeit und Verständlichkeit zudem Anforderungen an Bedienbarkeit und die Robustheit (Kompatibilität mit verwendeten individuellen Hilfsmitteln) zu beachten.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z6.1 Regelbetrieb des LVR-Beratungskompass

Z6.2 Online-Antrag auf Blindengeld

Z6.3 Gemeinsamer Reha-Grundantrag

Z6.4 Neue Web-Anwendung ClickRhein

Z6.5 Neue inklusive Vermittlungsformate in den LVR-Kultureinrichtungen

Z6.1 Regelbetrieb des LVR-Beratungskompass

Am 1. September 2021 ist der digitale LVR-Beratungskompass an den Start gegangen (vgl. Maßnahme Z6.1 im Jahresbericht 2021). Der LVR-Beratungskompass bietet umfassende Informationen über die Leistungen des LVR aus Sicht der Ratsuchenden. Das Portal soll es Menschen mit und ohne Behinderungen erleichtern, ihre Ansprechpersonen beim LVR oder bei Partnern des LVR zu finden.

Im September 2022 wurde die Aufnahme des Regelbetriebs des LVR-Beratungskompasses zur dauerhaften Unterstützung integrierter Beratung und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 15/988). Der LVR-Beratungskompass soll kontinuierlich inhaltlich und technisch weiterentwickelt werden.

➔ Link zum Portal: www.beratungskompass.lvr.de

Z6.2 Online-Antrag auf Blindengeld

Blinde Menschen und Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung können ihren Antrag auf finanziellen Nachteilsausgleich seit September 2022 online und barrierefrei beim LVR stellen. Der Antrag auf Blindengeld beziehungsweise die Hilfe für Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung ist einer der ersten Services, den der LVR im Rahmen des Umsetzungsprogramms zum bundesweiten OZG auf seinem Portal www.beratungskompass.lvr.de über den Menüpunkt „Anträge" zur Verfügung stellt. Eine Formularnavigation erleichtert das Ausfüllen und gibt Hilfestellungen für jeden Schritt des Antrags, wie zum Beispiel bei der elektronischen Identifizierung mittels des neuen Personalausweises.

Weitere Leistungen des LVR, wie zum Beispiel der digitale Antrag auf Gehörlosenhilfe, sollen als nächstes folgen und ebenfalls online bereitgestellt werden.

➔ Link zum Portal: www.beratungskompass.lvr.de

Z6.3 Gemeinsamer Reha-Grundantrag

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR) hat ein Projekt zur Erarbeitung eines gemeinsamen Grundantrags für Reha- und Teilhabeleistungen initiiert. Ziel dieses Projekts ist einen Antrag zu erarbeiten und in die technische Umsetzung zu bringen, mit dem alle Rehabilitations- und Teilhabeleistungen in Deutschland beantragt werden können. Dieser Antrag soll vorrangig digital umgesetzt werden.

Die fachlichen Anforderungen an einen solchen Antrag sind formuliert. Nun geht es an die Umsetzung. Der LVR arbeitet in seiner Rolle als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) an diesem Projekt aktiv mit und hat darüber hinaus Unterstützung bei der technischen Umsetzung der digitalen Version des Antrages angeboten.

Z6.4 Neue Web-Anwendung ClickRhein

Im Juli 2022 wurde die neue Web-Anwendung ClickRhein präsentiert, die das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege entwickelt hat. Ab sofort können Interessierte mit Hilfe von ClickRhein kulturlandschaftliche Orte im Kölner Raum online am heimischen PC oder unterwegs am Smart Phone entdecken und so planen.

Ziel ist unter anderem, neue Zielgruppen anzusprechen, die auf diesem Weg direkten Zugang zum kulturellen Erbe im Rheinland erhalten. Der digitale Reiseführer greift dabei auf die Einträge der LVR-Plattform KuLaDig (Kultur.Landschaft.Digital.) zurück. Spaziergänge, Wanderungen und Fahrradtouren werden als Entdeckungen angeboten, die aus interessanten Spots bestehen – direkt vor der Haustür und darüber hinaus.

ClickRhein startet zunächst in Köln. Die Orte sind in sogenannten Spots erfasst und werden in Routen thematisch zusammengeführt und mit praktischen Informationen angereichert. Interessierte können über eine interaktive Karte sowohl Entdeckungen als auch Spots in ihrer Umgebung erkunden. Mit Filtern kann man persönliche Interessen auswählen wie zum Beispiel „familienfreundlich", „inklusive Infos" oder auch „Architektur der 1920er Jahre" sowie „Stadtgeschichte".

Im aktiven Austausch mit den Nutzenden soll das Portal weiter ausgebaut werden und kontinuierlich neue Entdeckungen hinzugefügt werden. Künftig sollen auch Museen, Institutionen oder Vereine eigene Touren einbringen können und so zur Vielfalt von ClickRhein beitragen. Ziel ist ein flächendeckendes Netzwerk mit spannenden Entdeckungen im ganzen Rheinland.

Eine wichtige Rolle spielen beim Ausbau des Portals auch Informationen zur Barrierefreiheit. Auf der Webseite gibt es aktuell die Möglichkeit, sich die Inhalte mithilfe des Readspeakers vorlesen zu lassen. Außerdem gibt es zwei Gebärdensprachevideos, die die Idee von ClickRhein erläutern und bei der Navigation durch die Seite helfen. Die Idee von ClickRhein ist in Leichte Sprache „übersetzt". Bei jeder Entdeckung wird angegeben, ob Informationen zur Barrierefreiheit gegeben werden können. Hierfür ist die Filtermöglichkeit „inklusive Infos" eingefügt worden.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Web-App ClickRhein mit den Anforderungen an barrierefreie Informationstechnik nicht vollumfänglich vereinbar, da sie auf dem Backend des LVR-Informationssystems www.kuladig.de basiert. KuLaDig soll in nächster Zeit einem technischen und inhaltlichen Relaunch unterzogen werden, was sich auch positiv auf die Barrierefreiheit von ClickRhein auswirken wird. Wir arbeiten aber schon jetzt daran, die

Punkte zur vollständigen digitalen Barrierefreiheit von ClickRhein fortlaufend anzupassen bzw. zu verbessern. Aktuell nicht barrierefreie Inhalte sind in der Erklärung zur Barrierefreiheit gelistet.

➔ Die Anwendung ist unter https://click-rhein.lvr.de/ abrufbar.

Z6.5 Neue inklusive Vermittlungsformate in den LVR-Kultureinrichtungen

Das **MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier** erarbeitete auch ohne festes Haus 2022 zahlreiche inklusive Vermittlungsformate: Für den Kölner Standort „Rom am Rhein" der Archäologischen Landesausstellung entwickelte das MiQua einen inklusiven Media-Guide mit Touren in deutscher Gebärdensprache, Leichter Sprache und für Blinde und Sehbehinderte. Im Rahmen des Begleitprogramms zu „Rom am Rhein" wurde ein Filmprojekt „Begrenzte Erfahrungen – erfahrene Grenzen" mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Autismus realisiert.

Das zweite barrierearme outreach-Möbel der Reihe „MiQua…op Jöck!" ging 2022 unter dem Titel „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" auf Tour: Der im Angebot enthaltene inklusive Tastplan zum mittelalterlichen jüdischen Viertel in Köln wurde gemeinsam mit dem Blinden und Sehbehinderten Verein Köln e.V. (BSV) evaluiert.

Die **Gedenkstätte Brauweiler** begann 2022 eine Zusammenarbeit mit dem LVR-Landesjugendamt im Rahmen des Programms „Jugend gestaltet Zukunft": Es fanden vier Workshops mit Jugendwerkstätten statt, also mit Menschen mit kognitiven Einschränken bis hin zu Lernbehinderungen, psychischen und Sucht-Erkrankungen.

Ende 2022 wurden die Informationstafeln am **Denkmal der Grauen Busse am LVR-Landeshaus** komplett überarbeitet. Ein barrierefreies Info-Pult vermittelt nun Informationen zu den Verbrechen in der NS-Zeit in deutscher, englischer und in Leichter Sprache. Ein QR-Code verweist auf die neue Webseite www.lvr.de/graue-busse: Hier findet sich vertiefendes Hintergrundwissen auch in Form von Gebärdensprach-Videos sowie mit einer Vorlese-Funktion. Unter der Adresse www.lvr.de/graue-busse-leichte-sprache lassen sich die Informationen in Leichter Sprache aufrufen.

ZIELRICHTUNG 7
Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 7 bezieht sich wie Zielrichtung 6 auf einen bestimmten Teilaspekt von Zugänglichkeit und macht deutlich, dass auch Veranstaltungen Menschen mit und ohne Behinderungen offenstehen sollen.

Bei allen Veranstaltungen des LVR ist daher grundsätzlich die diskriminierungsfreie Zugänglichkeit für alle interessierten (bzw. eingeladenen) Menschen sicherzustellen. Dabei ist es wichtig, Zugänglichkeit für den gesamten Prozess des LVR-Veranstaltungsmanagements zu berücksichtigen, also auch bei der Planung, Einladung und Dokumentation. Von großer Bedeutung ist hierbei eine positive Grundhaltung in der Verwaltung zur „Begegnung in Vielfalt".

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z7.1 LVR-Konzert der Begegnung

Z7.2 LVR-Woche der Begegnung

Z7.3 LVR-Mobil der Begegnung wieder im gesamten Rheinland unterwegs

Z7.4 Übersetzung des ersten CSD in Solingen in Gebärdensprache

Z7.1 LVR-Konzert der Begegnung

Rund 3.000 Gäste besuchten am 11. Juni 2022 das „Konzert der Begegnung" des LVR und feierten im Kölner Tanzbrunnen – für ein gutes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Die Besuchenden erlebten ein Musik-Festival, bei dem Vielfalt auf und vor der Bühne leitend war. Unter anderem traten Miljö, Druckluft, Alli Neumann, CassMae und der i-Chor auf.

Das Konzert der Begegnung fand während der Corona-Pandemie als Alternativangebot zum „Tag der Begegnung" statt.

Z7.2 LVR-Woche der Begegnung

In den Tagen vor dem „Konzert der Begegnung" veranstaltete der LVR vom 7. bis 11. Juni 2022 die Woche der Begegnung: Die Veranstaltungsreihe bot von Dienstag bis Freitag, jeweils zwischen 9 und 20 Uhr, zahlreiche digitale Angebote zum Mitmachen, darunter Workshops zu Leichter Sprache oder Gebärdensprachkurse. Zudem wurden zahlreiche Webinare ausgerichtet, etwa zu den Themen:

- „LVR-Beratung vor Ort"
- „Peer-Beratung bei den KoKoBe für und von Menschen mit Behinderung – wie geht das?"
- „Leben in Gastfamilien – Menschen mit Behinderung in der Familie aufnehmen und begleiten"
- „Digitale Barrierefreiheit - Möglichkeiten und der Weg dorthin"

- „Wahl der Schwerbehindertenvertretung"
- „Inklusion im Arbeitsleben"
- „Feiern für alle. Barrierefreie Veranstaltungen planen"

Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden war mit einem Talk zum Thema „Was ist Diskriminierung? Erkennen und Helfen" in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sowie mit einer Mittagspausenveranstaltung „Umsetzung des Diversity-Konzeptes im LVR" aktiv am Programm beteiligt.

Z7.3 LVR-Mobil der Begegnung wieder im gesamten Rheinland unterwegs

Nachdem das LVR-Mobil der Begegnung pandemiebedingt zwei Jahre vor allem auf den digitalen Raum verlegt werden musste, tourt es seit 2022 wieder zu vielfältigen Gelegenheiten und Festen durch das gesamte Rheinland. Dabei hat das Mobil spannende Mitmachangebote im Gepäck, darunter ein blindengerechtes *„Mensch ärgere dich nicht"*-Spiel, einen Crashkurs in Deutscher Gebärdensprache oder eine Virtual-Reality-Reise in die Welt eines Menschen im Rollstuhl. Auf der barrierefreien Aktionsfläche des Mobils können die Gäste außerdem erfahren, welche Leistungen der LVR Menschen mit und ohne Behinderungen im Rheinland anbietet.

➔ Weitere Informationen zum Mobil unter diesem Link

Z7.4 Übersetzung des ersten CSD in Solingen in Gebärdensprache

In Solingen wurden am 30. Juli 2022 zum ersten Mal der „Klingenpride" veranstaltet, der CSD in Solingen. Unter dem Motto „Liebe baut Brücken" setzte die Veranstaltung ein Zeichen für Vielfalt und Akzeptanz in ihrer Stadt. In Kooperation mit dem Brauchtumsverein Solingen finanzierte der LVR die Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache auf der Hauptbühne und auf der Nebenbühne zwischen den Güterhallen und dem Café Stückgut. Zwischen 12:00 Uhr und 22:00 Uhr konnten Besuchende mit und ohne Behinderungen das Bühnenprogramm des LGBTIQ*-Festivals der Klingenstadt so barrierefrei genießen. Der Klingenpride steht beispielhaft für weitere Veranstaltungen, bei denen der LVR die kommunikative Zugänglichkeit unterstützt hat.

ZIELRICHTUNG 8
Die Leichte Sprache im LVR anwenden

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Leichte Sprache ist ein spezifisches Kommunikationsmittel, um die Zugänglichkeit von Informationen gezielt für Menschen herzustellen, die sich in Folge von Leseeinschränkungen standardsprachliche Texte kaum oder gar nicht erschließen können.

Zum primären Adressatenkreis zählen insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten oder einer sogenannten geistigen Behinderung. Leichte Sprache ist somit ein besonderer Aspekt von Zielrichtung 6.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z8.1 Neue LVR-Fachinformation: Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache

Z8.2 Fortbildungen für den Einsatz von Leichter Sprache

Z8.1 Neue LVR-Fachinformation: Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache

Leichte Sprache ist keine leichte Sache. Bereits seit 2016 ist das Recht auf Informationen in Leichter Sprache im Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG) des Bundes verankert, doch das Angebot ist immer noch überschaubar, und viele Akteur*innen tun sich schwer mit Leichter Sprache.

Um einige Fragezeichen und Unsicherheiten aufzulösen, die rund um das Thema existieren, hat das LVR-Dezernat Soziales die Publikation „Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache" entwickelt. Auf vier Seiten gibt die im August 2022 veröffentlichte Fachinformation einen Überblick über die Ziele und Zielgruppen der Leichten Sprache, erklärt die wichtigsten Regeln und bietet nützliche Links. Die Lesenden sollen so ermutigt werden, sich im Übersetzen auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu sammeln.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z8.2 Fortbildungen für den Einsatz von Leichter Sprache

In verschiedenen Seminar-Terminen konnten LVR-Mitarbeitende auch 2022 wieder die Regeln für Leichte Sprache anhand von praxisnahen Beispielen erlernen. Sie erfuhren dabei, wie sie selbst Texte vereinfachen oder verständliche Texte schreiben können und erhielten Gelegenheit, ihren eigenen Sprachgebrauch bzw. den ihrer Organisation zu reflektieren. Entsprechende Fortbildungen werden im LVR seit vielen Jahren regelhaft angeboten.

ZIELRICHTUNG 9
Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 9 hat sich der LVR ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, systematisch Menschenrechtsbildung im LVR zu betreiben. Dahinter steht die Vorstellung, dass Menschenrechte erst dann umfassend im Verband umgesetzt und beachtet werden, wenn einerseits das Wissen über diese Rechte vorhanden ist, und andererseits die Fähigkeiten, diese Rechte auch tatsächlich für sich selbst oder andere einzufordern.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z9.1 LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zum Thema Betreuungsrecht

Z9.2 Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR

Z9.3 Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz in NRW

Z9.4 Fachtagung zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Z9.5 Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes

Z9.6 Beteiligung des LVR am IDAHOBIT

Z9.7 Austauschgespräch in DGS am Deutschen Diversity-Tag

Z9.8 Abschluss der Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW

Z9.9 Netzwerkarbeit der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Z9.10 Menschenrechtsbildung durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Z9.11 Mitarbeit des LVR im Inklusionsbeirat und in den Fachbeiräten auf Landesebene

Z9.12 Ausstellungen im LVR-Landeshaus zu Menschen mit psychischer Erkrankung

Z9.1 LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zum Thema Betreuungsrecht

Die Umsetzung der BRK braucht einen offenen Austausch auf Augenhöhe. Genau dazu ist der LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte da. Er steht ganz bewusst am Ende des jährlichen Berichtswesens zur Umsetzung der BRK im LVR. Er wird jährlich durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden organisiert.

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung". Der Dialog wurde, wie bereits 2021, als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022 sowie am Donnerstag, 24. November 2022 statt.

➔ Die Dokumentation der Veranstaltung wird aktuell erarbeitet und dann auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht.

Z9.2 Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR

Im September 2021 hat der LVR erstmals ein verbandsweit übergreifend geltendes Grundsatzpapier „Gewaltschutz im LVR" vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 15/300 und Maßnahme Z9.1 im Jahresbericht 2021).

Das Grundsatzpapier definiert eine einheitliche Haltung des LVR zum Schutz vor Gewalt und beschreibt ein gemeinsames Verständnis der verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt. Zudem legt es fachliche Mindestanforderungen für einrichtungsbezogene Gewaltschutzkonzepte von Einrichtungen und Diensten des LVR fest. Das Grundsatzpapier „Gewaltschutz im LVR" soll einen Beitrag dazu leisten, dass alle Menschen, für die der LVR arbeitet und die im LVR arbeiten, eine einheitliche Qualität des Gewaltschutzes im LVR erwarten können und bestmöglich vor Gewalt geschützt werden. Zu diesem Zweck sollen an allen relevanten Stellen im LVR Vorkehrungen zum Gewaltschutz getroffen werden, die unter Umständen auch über gesetzliche Anforderungen hinausgehen.

Im Berichtsjahr 2022 hat die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden gemeinsam mit allen LVR-Dezernaten einen ersten internen Monitoring-Bericht erarbeitet. Der Monitoring-Bericht wurde im Frühjahr 2023 im LVR-Verwaltungsvorstand diskutiert und dann als politische Vorlage veröffentlicht.

➔ Zum ersten Monitoring-Bericht (Vorlage Nr. 15/1044)

Z9.3 Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz in NRW

Am 27. September 2022 hat LVR-Direktorin Lubek die gemeinsame Erklärung zum Auftakt der Landesinitiative „Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen" unterzeichnet (vgl. Vorlage Nr. 15/1417). Unter dem Dach der Initiative sollen bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2027 konkrete Maßnahmen vorbereitet und umgesetzt werden, um Gewalthandlungen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu vermeiden.

Ausgangspunkt der Landesinitiative bilden die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe".

➔ Mehr zur Landesinitiative „Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen" unter diesem Link

Z9.4 Fachtagung zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Die Verwaltung wurde mit Antrag Nr. 15/60 durch die politische Vertretung beauftragt, eine Fachtagung zum Thema Gewaltschutz durchzuführen. Im Rahmen dieser Fachtagung sollten einschlägige Themen adressiert werden, die den Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe in unterschiedlichen Fassetten vertiefend behandeln (u.a. Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen, Fachkräftemangel und Umgang mit Gewalterfahrungen durch das Betreuungspersonal, Zusammenarbeit des LVR und der WTG-Behörden im Rahmen von Qualitätsprüfungen).

Diesem Auftrag ist die Verwaltung am 7. November 2022 in Form einer hybriden Fachtagung nachgekommen. Die Veranstaltung richtete sich vor allem an Politik und Fachpublikum aus der Versorgungslandschaft der Eingliederungshilfe. Mehr als 600 Fachleute aus

dem Bereich der Leistungen für Menschen mit Behinderungen verfolgten live vor Ort im LVR-LandesMuseum Bonn oder im Online-Stream die Fachtagung. Diese wurde durch die politische Vertretung Martina Zsack-Möllmann, Vorsitzende des LVR-Sozialausschusses, Ute Krupp, Vorsitzende des LVR-Ausschusses Heilpädagogische Hilfen, und LVR-Landesdirektorin Ulrike Lubek eröffnet.

Die Fachtagung umfasste inhaltlich fünf Fachbeiträge und mündete in einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe. Dabei wurden die zentralen Herausforderungen für Träger und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe verdeutlicht.

Die Beiträge skizzierten u.a. die Arbeit von Konsulentendiensten und die große Effektivität dieses Ansatzes. Gleichzeitig wurden die sehr herausfordernden Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende in Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels eindrücklich beschrieben und hervorgehoben. Ebenso wurden die sehr komplexen und belastenden Arbeitsbedingungen und Anforderungen für Mitarbeitende in der Begleitung von Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen dargestellt.

Auch die überbehördliche Zusammenarbeit von WTG-Behörden und LVR war ein wichtiger Gegenstand der Tagung. Dabei wurde deutlich, dass enge Vernetzungen mit Blick auf das Prüfgeschehen bestehen, allerdings gemeinsame Qualitätsprüfungen aufgrund substantiell unterschiedlicher Prüfgegenstände nicht zielführend sind.

Im Fokus der abschließenden Podiumsdiskussion stand das Thema Partizipation und Förderung von Empowerment von leistungsberechtigten Personen durch neue und weitere Dialog-Formate für Frauen- und Gewaltschutzbeauftragte. Gleichzeitig wurde auch der Fachkräftemangel erneut Gegenstand der Diskussion, da dieser als Haupthindernis gesehen wird, individuelle und passgenaue Unterstützungs-Settings für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen aufzubauen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die präsentierten und diskutierten Inhalte der Fachtagung wichtige Anhaltspunkt zur Verbesserung des Gewaltschutzes in der Behindertenhilfe auf operativer Ebene skizzieren.

➔ Die Präsentationen der Tagung sowie die Gesprächsrunden sind online dokumentiert. Die politische Vorlage ist unter der Nummer 15/1602 abrufbar.

Z9.5 Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes

Im Juni 2021 stimmte der LVR-Verwaltungsvorstand einvernehmlich dem ersten LVR-Diversity-Konzept zu (vgl. Maßnahme Z9.3 im Jahresbericht 2021). Im Fokus des LVR-Diversity-Konzeptes stehen die sogenannten Diskriminierungsgründe nach § 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und diese sechs daraus abgeleiteten Vielfaltsdimensionen: Lebensalter, Geschlecht und geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung und Identität, Behinderung, ethnische Herkunft und Nationalität sowie Religion und Weltanschauung.

Das Diversity-Konzept definiert zehn strategische Diversity-Ziele für den LVR als Arbeitgeber (drei Ziele), als Dienstleister für die Menschen im Rheinland (zwei Ziele) sowie fünf übergreifende Ziele. Ausgehend von den guten Erfahrungen mit dem LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der BRK sollen diese Ziele im Rahmen eines Mainstreaming-Ansatzes erreicht werden. Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden koordiniert federführend die strategische Umsetzung des Diversity-Konzeptes im Verband.

2021 wurden mit allen LVR-Dezernaten Aktivitäten vereinbart, um das Konzept im jeweiligen LVR-Dezernat bekannt zu machen. Im Laufe der Jahre 2021 und 2022 hat die LVR-Stabsstelle dafür in alle LVR-Dezernaten Veranstaltungen und Formate unterstützt und mitgestaltet. Hier eine exemplarische Übersicht über zentrale Aktivitäten:

LVR-Dezernat Organisationsbereich LVR-Direktorin

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Leitungskonferenz im Dezember 2021
- Workshop zum Thema „Alltagsdiskriminierung" bei einer Sonder-Leitungskonferenz im Februar 2022

LVR-Dezernat Personal und Organisation

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes beim Führungskräftemeeting im LVR-Dezernat 1 im November 2021
- Workshop mit dem LVR-Team Personalbeschaffung im Dezember 2021

LVR-Dezernat Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Strategieklausur des LVR-Dezernates im Mai 2022

LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes im Rahmen eines Führungskräfte-Workshops im September 2022

LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie

- Redaktionelle Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfe Report
- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der LVR-Dezernatskonferenz im Oktober 2022

LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Strategieklausur des LVR-Dezernates im Juni 2022

LVR-Dezernat Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation

- Workshop mit den Mitarbeitenden des LVR-Dezernates im März 2022

LVR-Dezernat Soziales

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der LVR-Dezernatsversammlung im Dezember 2021

LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei einer Veranstaltung der Verbundzentrale im Februar 2022

LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Konferenz des LVR-Dezernates im November 2022

Als eine wichtige konkrete Aktivität zur Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes wurde zum Schutz der Mitarbeitenden vor Gewalt, Diskriminierung und Benachteiligung die Organisations- und Arbeitsstruktur der Beschwerdestelle nach dem AGG (Arbeitstitel: **ADS des LVR** = Antidiskriminierungsstelle) im LVR weiterentwickelt und Ende des Jahres 2022 an die Landesdirektorin zur Freigabe weitergeleitet. Grundlage dieser Neustrukturierung ist die Einrichtung eines empfehlenden Beratungsgremiums unter der Leitung einer Vorsitzenden/eines Vorsitzenden bei Letztentscheidung im konkreten Einzelfall durch die Landesdirektorin.

➔ Mehr zum Thema Diversity im LVR

Z9.6 Beteiligung des LVR am IDAHOBIT

Alljährlich findet am 17. Mai der IDAHOBIT statt. IDAHOBIT steht für „International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia" (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Transfeindlichkeit). Das Datum wurde zur Erinnerung an den 17. Mai 1990 gewählt, an dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschloss, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. Transsexualität wurde erst 2018 mit dem Erscheinen der ICD-11 von der WHO als „Krankheit" gestrichen.

Auch 2022 nutzte der LVR den Aktionstag, um intern auf die Diskriminierungsrisiken von Menschen aus der LGBTIQ*-Community aufmerksam zu machen (vgl. Maßnahme Z9.4 im Jahresbericht 2021). In diesem Jahr ging die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in einem MySimpleShow-Video der Frage nach, was eine geschlechtergerechte Sprache mit Menschenrechten zu tun hat.

Die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming veranstaltete an diesem Tag einen internen „Wissens-Lunch" mit dem Titel „Geschlecht im (Arbeits-)Alltag: Haben Sie da mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen im Kopf?". Referent Dr. Johannes Breuer gab Einblicke in sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, ihre verschiedenen Dimensionen und ihre Unterschiede.

Z9.7 Austauschgespräch in DGS am Deutschen Diversity-Tag

Am 31. Mai 2022 fand zum zehnten Mal der deutschlandweite Diversity-Tag statt. Der Aktionstag trägt den Vielfaltsgedanken in die Arbeitswelt und findet jährlich auf Initiative des Vereins „Charta der Vielfalt e.V." statt. Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt hat der LVR auch 2022 die Gelegenheit genutzt, seine Mitarbeitenden an diesem Tag in besonderer Weise für das Thema Diversity zu sensibilisieren (vgl. Maßnahme Z9.4 im Jahresbericht 2021).

In diesem Jahr stand das Thema kulturelle Vielfalt im Fokus. Ein Ausdruck dieser kulturellen Vielfalt ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS). LVR-Direktorin Ulrike Lubek und die LVR-Stabstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden luden daher an diesem Tag alle Mitarbeitenden im LVR, die sich in Gebärdensprache verständigen, zu einem Austausch über Zoom ein. Dabei ging es um die Frage, welche Erfahrungen Gebärdensprachler*innen im LVR machen und was sie sich wünschen. Die Veranstaltung fand in DGS statt. Für Frau Lubek und das Team der Stabsstelle war für Verdolmetschung gesorgt.

Als ein erstes Ergebnis des Austausches wurde ein LVR-interner DGS-Crashkurs mit Kolleginnen aus dem LVR-Botendienst entwickelt. Mit seiner Hilfe können sich alle LVR-Kolleg*innen grundlegende Gebärden für einen wertschätzenden Umgang aneignen.

Z9.8 Abschluss der Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW

Am 1. Oktober 2018 startete das Modellprojekt zur „Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW". Es wurde unter anderem aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert.

Die sieben Teilnehmenden des Projekts besuchten seit April 2020 die Technische Hochschule (TH) Köln. Neben Theorie und Praxis lernten sie hier auch, sich in einer Gruppe zu präsentieren. Inwiefern und in welchem Umfang sie ihre eigene Behinderung thematisieren, entscheiden sie selbst. Auch das zählt mit zum Lern- und Bildungsprozess. Alle sieben Teilnehmenden haben zuvor in einer Werkstatt für behinderte Menschen gearbeitet.

Im März 2022 haben die sieben Teilnehmenden erfolgreich ihre Prüfung bestanden. Die ausgebildeten Bildungsfachkräfte vermitteln seit Herbst 2022 als festangestellte Mitarbeitende der TH Köln in der gesamten Hochschulszene in NRW ihr Wissen und ihre Erfahrungen. Hierzu wurde eine neue Inklusionsabteilung Inklusive Bildung an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der TH Köln geschaffen (vgl. Vorlage Nr. 15/841). Das Institut für Inklusive Bildung NRW gGmbH wird als Tochterunternehmen des Kieler Instituts für Inklusive Bildung weiter bestehen bleiben – aber vorläufig keine operativen Aufgaben durchführen.

Z9.9 Netzwerkarbeit der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Wie in den Vorjahren hat sich die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden wieder aktiv mit Akteur*innen im und außerhalb des LVR vernetzt, um die Anliegen der BRK gemeinsam voranzubringen (vgl. Maßnahme Z9.6 im Jahresbericht 2021). Wichtige externe Kooperationspartner*innen im Berichtsjahr 2022 waren:

- die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten, Claudia Middendorf,
- der Focal Point des Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) sowie der Focal Point der Landesregierung NRW,
- die Monitoringstelle BRK beim Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR),
- die Initiative Menschenrechtsstadt Köln e.V. (koordiniert durch Amnesty International (AI), Bezirk Köln) und
- Stadt Köln - Amt für Integration und Vielfalt
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Z9.10 Menschenrechtsbildung durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Die Durchführung verschiedener Seminarformate zur Menschenrechtsbildung für unterschiedliche Zielgruppen im LVR gehört inzwischen zu einem großen Arbeitsschwerpunkt der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden. Auch 2022 wurden die meisten Seminare pandemiebedingt als Online-Seminare umgestaltet und umgesetzt (vgl. Maßnahme Z9.7 im Jahresbericht 2021). Im Berichtsjahr 2022 wurden folgende Seminare **neu** konzipiert und angeboten:

- „Diversity im LVR“: Wahlpflichtmodul für Führungskräfte nach dem Führungskräfte-Curriculum in der Säule „Haltung“ (1 Termin in 2022)

- „Inklusion und Menschenrechte: Die Umsetzung der BRK im LVR“: Wahlpflichtmodul für Führungskräfte nach dem Führungskräfte-Curriculum in der Säule „Wissen“ (1 geplanter Termin in 2022, musste kurzfristig auf 2023 verschoben werden)

- „Barrierefreie Veranstaltungen planen“: Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für alle interessierten Mitarbeitenden (2 Termine in 2022)

- „Diversity im LVR – ein Praxisseminar“: Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für alle interessierten Mitarbeitenden (1 Termin in 2022)

Weitere Seminarangebote wurden erfolgreich **fortgesetzt**:

- „Neu im LVR – Vielfalt im LVR er-leben: Bedeutende Leitziele“: Seminar für neue Mitarbeitenden des LVR, gemeinsam mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming (4 Termine in 2022)

- Einführung in das Thema Inklusion und Menschenrechte für das Fallmanagement im LVR-Dezernat Soziales (3 Termine in 2022)

- „Grundlagen: Inklusion beim LVR“ im Rahmen des Curriculums „Elementar geschult" für das Fallmanagement in den LVR-Fachbereichen 41 und 73 (1 Termin in 2022)

- „Einführung Inklusion und Menschenrechte“: Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für allen interessierten Mitarbeitenden (1 Termin in 2022)

- Diversity-Tage für die Auszubildenden des LVR, gemeinsam mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming (4 Termine in 2022)

Z9.11 Mitarbeit des LVR im Inklusionsbeirat und in den Fachbeiräten auf Landesebene

Auch 2022 hat sich der LVR aktiv in die Arbeit des Inklusionsbeirates und der Fachbeiräte auf Landesebene eingebracht (vgl. Maßnahme Z9.8 im Jahresbericht 2021). Bedingt durch die Corona-Pandemie fand jedoch erneut nur eine begrenzte Zahl an Sitzungen statt.

Mit der 18. Wahlperiode des Landtages NRW wurden die Beiräte auf Landesebene neukonstituiert. Der LVR ist mit folgenden Personen ständig in den Gremien vertreten (Stand Januar 2023):

Gremium	LVR-Mitglied	LVR-Vertretung
Inklusionsbeirat	LVR-Direktorin Ulrike Lubek	Bernd Woltmann
Arbeit und Qualifizierung	Christoph Beyer Dr. Dieter Schartmann	
Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Wohnen	Melanie Wierum	Barbara Kaulhausen Markus Schulzen
Gesundheit	LVR-Dezernentin Martina Wenzel-Jankowski	Monika Schröder
Kinder und Jugendliche mit Behinderung	LVR-Dezernent Knut Dannat	Andreas Jung
Partizipation	Bernd Woltmann	Melanie Wierum
Inklusive schulische Bildung	LVR-Dezernentin Dr. Alexandra Schwarz	Wilfried Kölzer

Z9.12 Ausstellungen im LVR-Landeshaus zu Menschen mit psychischer Erkrankung

Die „unsichtbaren" Erkrankungen sichtbar machen und Stigmata abbauen: Dieses Ziel verfolgten zwei Foto-Ausstellungen, die zusammen im LVR-Landeshaus in Kooperation mit dem Kölner Verein für seelische Gesundheit (KVsG e.V.) ab dem 17. August 2022 zu sehen waren. Diese beiden Doppelausstellungen wurden gezeigt:

- Die bekannte Fotografin Herlinde Koelbl schärfte mit „**Psychische Erkrankungen im Blick**" zusammen mit Prof. Dr. Leonhard Schilbach, Chefarzt der Abteilung für Allgemeine Psychiatrie 2 und stellv. Ärztlicher Direktor des LVR-Klinikums Düsseldorf, durch ihre Linse den Blick auf Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Portraitierten sind Patient*innen einer psychiatrischen Klinik oder Mitarbeitende des dortigen Behandlungsteams. Doch wer wer ist, wird bewusst offengelassen.

- „**CRAZY – Leben mit psychischen Erkrankungen**" präsentierte Arbeiten von fünf international renommierten Fotograf*innen, die sich aus ganz persönlichen Gründen mit psychischen Erkrankungen auseinandergesetzt haben. Die Bilder boten einen Einblick in sehr persönliche Schicksale.

Der LVR und KVsG als Initiatoren der Doppelausstellung wollten gezielt mit Tabus brechen und den Blick auf psychische Erkrankungen richten.

ZIELRICHTUNG 10
Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die UN-Behindertenrechtskonvention sowie die seit 1992 in Deutschland geltende Kinderrechtskonvention heben das besondere Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen hervor.

Daher hat sich der LVR mit Zielrichtung 10 das Ziel gesetzt, dass die besonderen Belange, die Rechte und das Wohl von Heranwachsenden mit und ohne Behinderungen bei allen Aktivitäten des LVR in besonderer Weise mitgedacht und beachtet werden. Diese Zielrichtung geht also über den Geschäftsbereich des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie sowie des LVR als Schulträger hinaus, sondern betrifft alle Kompetenzfelder des LVR.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z10.1 Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung

Z10.2 LVR-Ratgeber: Psychische Gesundheit im Kleinkindalter und im Schulkindalter

Z10.3 Online-Werkstattgespräch „Kinderrechte und Inklusion"

Z10.4 Online-Fachtagung: „Aus der Schule, aus dem Sinn?"

Z10.5 Fachberatungen für inklusive Bildung

Z10.1 Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung

Durch das im Juni 2021 verabschiedete Teilhabestärkungsgesetz wurde § 37a Abs. 1 SGB IX neu ins SGB IX aufgenommen. Demnach sind alle Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe dazu verpflichtet, Gewaltschutzkonzepte zu entwickeln.

Um die Leistungserbringer im Bereich der (interdisziplinären) Frühförderung bei dieser Aufgaben zu unterstützen, haben die zuständigen Stellen im LVR und im LWL 2022 eine „Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung" erarbeitet (siehe Vorlage Nr. 15/1273).

Die Arbeitshilfe orientiert sich stark an dem Papier „Aufsichtsrechtliche Grundlagen – Organisationale Schutzkonzepte in betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nach § 45 SGB VIII" (vgl. Maßnahme Z10.1 im Jahresbericht 2021).

Z10.2 LVR-Ratgeber: Psychische Gesundheit im Kleinkindalter und im Schulkindalter

Kinder brauchen Zuwendung und Anerkennung, um sich gesund zu entwickeln. Und manchmal auch fachkundige Unterstützung, wenn Probleme und Beeinträchtigungen auftreten. Für Eltern und Angehörige ist es oft schwer einzuschätzen, was altersgemäß ist

und was nicht und wo die Grenze zwischen individuellen Eigenheiten und behandlungsbedürftigen Problemen liegt.

Der LVR-Klinikverbund bieten an zahlreichen Standorten im Rheinland Hilfen für psychisch erkrankte Kinder und ihre Eltern an: in Ambulanzen und Beratungsstellen, Tageskliniken und speziell auf Kinder ausgerichteten Klinik-Abteilungen.

Mit den beiden 2022 erschienenen Ratgebern „Psychische Gesundheit im Kleinkindalter" und „Psychische Gesundheit im Schulkindalter" erweitert der Klinikverbund des LVR diese Angebote durch eine ganz praktische Hilfestellung für Eltern und Angehörige.

➔ Die Ratgeber stehen sowohl in gedruckter Form als auch digital unter folgendem Link zur Verfügung: Die Ratgeber des LVR-Klinikverbundes - LVR-Klinikverbund

Z10.3 Online-Werkstattgespräch „Kinderrechte und Inklusion"

Am 10. Mai 2022 richtete die Fachberatung Kinderrechte im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie ein Online-Werkstattgespräch für Koordinationsfachkräfte von Netzwerken gegen Kinderarmut, von Präventionsketten und Frühen Hilfen sowie für Fallmanager*innen der Eingliederungshilfe aus. Unter dem Titel „Kinderrechte und Inklusion" wurde die Frage diskutiert, welchen Beitrag Präventionsketten zum gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung leisten können.

Z10.4 Online-Fachtagung: „Aus der Schule, aus dem Sinn?"

Das LVR-Inklusionsamt veranstaltete am 12. Mai 2022 die Online-Fachtagung „Aus der Schule, aus dem Sinn? (Um-) Wege in berufliche Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen mit Beeinträchtigungen". Über 200 Teilnehmende informierten und diskutieren zum Thema Übergang Schule-Beruf und den damit verbundenen Chancen der Teilhabe.

Die zentrale Frage war: Wie kann der Übergang von der Schule in die berufliche (Aus-) Bildung und Beschäftigung der Schulabgänger*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelingen?

➔ Weitere Informationen sowie die Präsentationen zur Online-Fachtagung sind unter diesem Link zu finden.

Z10.5 Fachberatungen für inklusive Bildung

Junge Menschen mit Behinderungen stehen nach ihrem Schulabschluss vor der großen Herausforderung, eine Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Sie benötigen Unterstützung beim Finden des passenden Ausbildungsberufes, der Ausbildungsstelle und der Berufsschule. Das Modellprojekt „Fachberatung für Inklusive Bildung" lief zwei Jahre von September 2020 bis Oktober 2022 sehr erfolgreich bei der IHK zu Köln mit dem Ziel, Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei ihrem Weg ins Berufsleben zur Seite zu stehen (vgl. Maßnahme Z10.7 im Jahresbericht 2021). Aufgrund der guten Resonanz wurde das Modellprojekt auf die IHK Düsseldorf (Start: 1. Juni 2022) und IHK Mittlerer Niederrhein (Start: 1. Juli 2022) ausgeweitet.

Bei der IHK zu Köln wurde die Fachberatung durch den Beschluss im LVR-Sozialausschuss in die dauerhafte Regelfinanzierung überführt (vgl. Vorlage Nr. 15/840).

Die „Fachberatung für Inklusive Bildung" geht am Ende von KAoA-STAR auf die Schüler*innen zu und unterstützt und begleitet diese beim Finden eines Ausbildungsplatzes. Vorzugsweise werden kleine und mittelständische Unternehmen angesprochen. Des Weiteren unterstützt die Fachberatung für inklusive Bildung bei der Suche einer wohnortnahen Berufsschule, indem sie gezielt mit Berufsschulen Kontakt aufnimmt und diese über die Fachpraktiker*innenausbildung und Fördermöglichkeiten informiert.

ZIELRICHTUNG 11
Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die BRK sowie die UN-Frauenrechtskonvention weisen auf das besondere Diskriminierungsrisiko von Frauen und Mädchen hin. Mit Zielrichtung 11 hat sich der LVR daher zur Aufgabe gemacht, bei allen Aktivitäten und in allen Kompetenzfeldern die Zielrichtung der Geschlechtergerechtigkeit systematisch zu beachten.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z11.1 Untersuchung zum Stand der Umsetzung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen

Z11.2 LVR-Gleichstellungsplan 2025

Z11.3 Sensibilisierung für Häusliche Gewalt

Z11.4 Beteiligung am Präventionsprojekt „Edelgard schützt"

Z11.5 Fortbildungsreihe „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?"

Z11.1 Untersuchung zum Stand der Umsetzung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen

Um die Rechte von Frauen, die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, zu stärken und zu schützen, wurde mit Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum 1. Januar 2017 die verbindliche Einführung von Frauenbeauftragten vorgeschrieben.

Das LVR-Dezernat Soziales hat 2022 eine schriftliche Befragung in allen rheinischen Werkstätten sowie Interviews mit sechs Frauenbeauftragten durchgeführt. Die Untersuchung zeigt, dass in allen 44 WfbM im Rheinland Frauenbeauftragte gewählt wurden, die Unterstützung der Frauenbeauftragten durch unter anderem Schulungen oder Ausstattung von Werkstatt zu Werkstatt unterschiedlich gehandhabt wird. In einigen Fällen wurden zum Beispiel keine Sachmittel wie ein Büro oder ein Computer bereitgestellt.

Das LVR-Dezernat Soziales wird die Ergebnisse mit den rheinischen WfbM besonders mit Hinblick auf Verbesserungspotentiale besprechen und die Vernetzung von Frauenbeauftragten weiter unterstützen.

➔ Detaillierte Infos finden sich in Vorlage Nr. 15/1073.

Z11.2 LVR-Gleichstellungsplan 2025

Im April 2022 hat der Landschaftsausschuss den neuen LVR-Gleichstellungsplan 2025 beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 15/850/1).

Der Gleichstellungsplan mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2025 wurde auf Grundlage des § 5 LGG NRW erstellt und weist nach § 6 LGG NRW konkrete Zielvorgaben und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zum Abbau von Unterrepräsentanz von Frauen auf.

Grundlagen bilden gemäß § 6 Absatz 2 LGG NRW eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur, die im Gleichstellungsbericht des Berichtszeitraums 2017 bis 2020 vorgenommen wurde.

Mit den im LVR-Gleichstellungsplan 2025 festgelegten Zielen und damit verbundenen Handlungsfeldern wird der Fokus auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit von Frauen und Männern gelegt. Ergänzt werden die beiden Themenschwerpunkte mit dem Handlungsfeld „Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz". Zur Realisierung der Ziele weist der LVR-Gleichstellungsplan Maßnahmen auf, die aus den im Gleichstellungsbericht 2017 - 2020 (vgl. Vorlage Nr. 15/847/1) festgestellten Handlungsbedarfen resultieren.

Z11.3 Sensibilisierung für Häusliche Gewalt

Um für das Thema Häusliche Gewalt zu sensibilisieren, hat die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming im Jahr 2022 zu einem digitalen „Wissens-Lunch" mit dem Titel „Häusliche Gewalt – Was tun?" am 25. November 2022 eingeladen. Die Veranstaltung diente der Information und Sensibilisierung von Mitarbeitenden im LVR, um betroffenen Kolleg*innen helfen zu können.

Im Rahmen der Wanderausstellung „Wenn`s zu Hause knallt", die zwischen dem 8. und 22. November 2022 im LVR-Landeshaus zu Gast war, wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, das Thema in den öffentlichen Raum und direkt in den LVR zu bringen.

Z11.4 Beteiligung am Präventionsprojekt „Edelgard schützt"

Der LVR beteiligt sich bereits seit mehreren Jahren am Projekt „Edelgard schützt" und bietet geschützte Ort in den Gebäuden der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz.

„Edelgard schützt" ist ein Präventionsprojekt für Frauen und Mädchen in Köln und will zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen. Frauen und Mädchen sollen sich ohne Angst in Köln bewegen können, feiern, Bahn fahren und ihr Leben so gestalten, wie sie es wollen. Mit „Edelgard schützt" finden Frauen und Mädchen bei akuter Bedrohung schnell und unkompliziert einen geschützten Ort, um durchatmen, sich sammeln, ein Glas Wasser trinken und die nächsten Schritte planen zu können – sei es, sich gestärkt, auf den Weg zu machen, ein Taxi zu rufen, die Polizei zu informieren, was auch immer, von den Betroffenen im Edelgard-geschützten Raum entschieden wird.

Voraussetzungen für dieses niedrigschwellige Hilfsangebot ist ein gut sichtbarer Aufkleber im Eingangsbereich sowie eine Schulung des Pfortendienstes durch das Projekt. Die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming hat im Berichtsjahr 2022 den LVR-Pfortendienst dabei unterstützt, die entsprechende Schulung der Pförtner*innen zu gewährleisten.

Z11.5 Fortbildungsreihe „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?"

Das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege organisierte von März bis Mai 2022 in Zusammenarbeit mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming eine Fortbildungsreihe zum Thema „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?". Über 40 Mitarbeitende des Dezernats nahmen an zwei Impulsvorträgen und einem Praxis-Workshop mit der Journalistin Christine Olderdissen teil, um Texte im wissenschaftlichen Kontext oder in Vermittlung und Kommunikation gendergerecht und präzise wie auch flüssig und publikumsorientiert zu schreiben.

ZIELRICHTUNG 12
Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 12 verweist darauf, dass die Vorschriften und Verwaltungsverfahren des LVR mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen entfalten können. Der LVR muss daher sicherstellen, dass die Regelungen, Vorschriften und Weisungen, die er aufgrund seiner Kompetenzzuweisung erlassen hat, mit den Vorgaben der BRK vereinbar sind, insbesondere mit Blick auf das Diskriminierungsverbot nach Artikel 4, Absatz 1 BRK.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Viele der bereits beschriebenen Aktivitäten zur Umsetzung der Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans betreffen letztlich Vorschriften und Verfahren des LVR. Diese Aktivitäten wurden in der Regel einer Zielrichtung zugeordnet, die ihre primäre inhaltliche Zielstellung abbildet. Die hier ergänzend beschriebenen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Anpassung von Vorschriften oder Verfahren und/oder die Verbesserung der empirischen Datenlage im engeren Sinne.

Überblick:

Z12.1 Auswirkungen der Betreuungsrechtsreform auf den LVR

Z12.2 Neue Verfahren bei der Meldung besonderer Vorkommnisse in der Eingliederungshilfe

Z12.3 Neue LVR-Fachinformation: Qualitätsprüfungen: Philosophie und Umsetzung beim LVR

Z12.1 Auswirkungen der Betreuungsrechtsreform auf den LVR

Zum 1. Januar 2023 ist das neue Betreuungsrecht in Kraft getreten. Es wurde in einem aufwändigen, auch partizipativen Gesetzgebungsverfahren reformiert und soll die Selbstbestimmung von Menschen mit rechtlicher Betreuung stärken.

Der LVR ist in verschiedenen Rollen und Funktionen mit dem Thema der rechtlichen Betreuung befasst, insbesondere als Landesbetreuungsamt, als Träger der Eingliederungshilfe sowie als Leistungserbringer im Bereich Psychiatrie, Soziale Rehabilitation und Heilpädagogische Hilfen. In diesen Rollen und Funktionen muss der LVR seine Verfahren, die das Thema rechtliche Betreuung betreffen, an die neue Rechtslage anpassen.

In der dezernatsübergreifenden Vorlage (Vorlage Nr. 15/1061) wurden daher wesentliche Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform skizziert und Anknüpfungspunkte im LVR beleuchtet. Das Thema wurde zudem beim 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte (14. November 2022) als Schwerpunkt behandelt (vgl. Aktivität Z9.1. in diesem Bericht).

➔ Informationsseite des Bundesministeriums der Justiz zum neuen Betreuungsrecht

Z12.2 Neue Verfahren bei der Meldung besonderer Vorkommnisse in der Eingliederungshilfe

Leistungserbringer sind nach dem Landesrahmenvertrag SGB IX verpflichtet, den Träger der Eingliederungshilfe über besondere Vorkommnisse während der Leistungserbringung unverzüglich zu informieren. Besondere Vorkommnisse können unter anderem tätliche Übergriffe von Mitarbeitenden gegenüber Leistungsberechtigten sein oder anders herum.

Erfasst werden aber auch Gebäudeschäden z.B. durch Hochwasser oder Sturmschäden, die eine geregelte Weiterführung der Leistungserbringung gefährden.

Der LVR hat für das Rheinland im Berichtsjahr 2022 ein neues Verfahren eingeführt: Meldungen sollen ab sofort ausschließlich über das neue Formular „Meldung – Besonderes Vorkommnis Eingliederungshilfe - für Leistungserbringer" angezeigt werden und können somit ausgewertet werden.

Z12.3 Neue LVR-Fachinformation: Qualitätsprüfungen: Philosophie und Umsetzung beim LVR

Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Landesrecht hat das Land NRW ein anlassloses Prüfrecht für die Träger der Eingliederungshilfe eingeführt. Eine neue Fachinformation des LVR-Dezernats Soziales informiert seit Juni 2022 nun darüber, wie der LVR den neuen Prüfauftrag umsetzt.

- ➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.
- ➔ Das 2-seitige Faktenblatt kann unter diesem Link in gedruckter Fassung bestellt werden.

In Zahlen

In diesem Bericht wurden für das Berichtsjahr 2022 insgesamt **69 Aktivitäten** dokumentiert, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

Anzahl der berichteten Aktivitäten nach Berichtsjahren

Zielrichtung	Berichtsjahr 2022	Zum Vergleich (Berichte der 4 Vorjahre)			
		Berichtsjahr 2021	Berichtsjahr 2020	Berichtsjahr 2019	Berichtsjahr 2018
Aktionsbereich 1: Selbstvertretung und Personenzentrierung					
ZIELRICHTUNG 1	6	6	6	8	7
ZIELRICHTUNG 2	12	6	8	10	10
ZIELRICHTUNG 3	4	2	2	1	1
Aktionsbereich 2: Zugänglichkeit					
ZIELRICHTUNG 4	8	8	9	7	6
ZIELRICHTUNG 5	3	2	1	2	2
ZIELRICHTUNG 6	5	3	6	4	2
ZIELRICHTUNG 7	4	1	2		1
ZIELRICHTUNG 8	2	3	3	1	2
Aktionsbereich 3: Menschenrechtsbildung					
ZIELRICHTUNG 9	12	11	11	15	17
ZIELRICHTUNG 10	5	8	8	9	2
ZIELRICHTUNG 11	5	5	2	3	4
Aktionsbereich 4: Menschenrechtsschutz durch Verwaltungshandeln					
ZIELRICHTUNG 12	3	4	6	10	10
Insgesamt	**69**	**59**	**64**	**70**	**64**

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1707

öffentlich

Datum: 11.05.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Wierum/Herr Woltmann

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**01.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**15.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte

Kenntnisnahme:

Die Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte wird gemäß Vorlage Nr. 15/1707 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

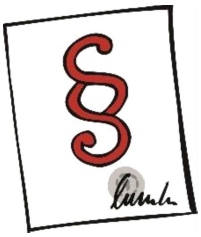
Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

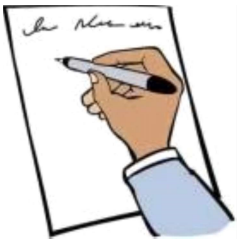
In leichter Sprache

Manche Menschen mit Behinderungen
brauchen Unterstützung bei wichtigen Entscheidungen.
Dann können sie eine rechtliche Betreuung bekommen.
Seit Januar 2023 gilt ein neues Betreuungs-Recht.
Das neue Gesetz soll die Selbst-Bestimmung
von Menschen mit einer rechtlichen Betreuung stärken.



Das neue Betreuungs-Recht war Thema
bei der Veranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte"
im November 2022.

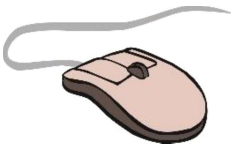
In dieser Vorlage steht:
Hierüber haben die Teilnehmenden beim Dialog zum
Thema Betreuungsrecht diskutiert.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache
finden Sie hier:
www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung".

Anlass für dieses Schwerpunktthema waren die zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Neuerungen im Betreuungsrecht sowie die dezernatsübergreifende Auseinandersetzung mit den wesentlichen Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform für den LVR in seinen unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen (vgl. Vorlage Nr. 15/1061).

Als **Anlage 1** zu dieser Vorlage wird die Dokumentation der Veranstaltung zur Kenntnis gebracht. Sie soll als barrierefreies PDF auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht werden.

Als **Anlage 2** wird das Infopapier „DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN –Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger" des Bundesministeriums für Justiz zur Kenntnis gebracht.

Diese Vorlage berührt insbesondere Zielrichtung 9 (Menschenrechtsbildung) sowie Zielrichtung 12 des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR („Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen").

Begründung der Vorlage Nr. 15/1707

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte

Gliederung

1. Das Veranstaltungsformat „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ 3
2. Das neue Betreuungsrecht als Schwerpunktthema 3
3. „Gemeinsam. Auf meinem Weg“. Informationskampagne des Bundesministeriums der Justiz 4

1. Das Veranstaltungsformat „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) braucht einen offenen Austausch auf Augenhöhe. Genau dazu ist der LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte da. Er steht ganz bewusst am Ende des jährlichen Berichtswesens zur Umsetzung der BRK im LVR. Er wird jährlich durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden organisiert.

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte fand am 14. November 2022 statt. Der Dialog wurde, wie bereits 2021, als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022 sowie am Donnerstag, 24. November 2022 statt (vgl. Aktivität Z9.1. im Jahresbericht 2022, Vorlage Nr. 15/1470).

2. Das neue Betreuungsrecht als Schwerpunktthema

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung“.

Anlass für das Schwerpunktthema waren die zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Neuerungen im Betreuungsrecht. Der LVR ist in verschiedenen Rollen und Funktionen mit dem Thema der rechtlichen Betreuung befasst, insbesondere als Landesbetreuungsamt, als Träger der Eingliederungshilfe sowie als Leistungserbringer im Bereich Psychiatrie, Soziale Rehabilitation und Heilpädagogische Hilfen. In der dezernatsübergreifenden Vorlage (Vorlage Nr. 15/1061) wurden wesentliche Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform skizziert und Anknüpfungspunkte im LVR beleuchtet.

Als **Anlage 1** zu dieser Vorlage wird die **Dokumentation zum 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte** zur Kenntnis gebracht. Sie soll als barrierefreies PDF auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht werden.

Für die Dokumentation wurden die Diskussionspunkte inhaltlich zusammengefasst, thematisch sortiert und ggf. anonymisiert, aber nicht durch den LVR kommentiert oder bewertet. Sie spiegeln insofern die Diskussionsbeiträge möglichst authentisch wider.

Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden plant, das Thema Betreuungsrecht auch beim diesjährigen LVR-Tag der Begegnung im Juni 2023 in der Themenwelt „Vielfalt und Gerechtigkeit" aufzugreifen. Auch eine interne Mittagspausenveranstaltung für LVR-Mitarbeitende ist in Planung.

3. „Gemeinsam. Auf meinem Weg". Informationskampagne des Bundesministeriums der Justiz

Inzwischen hat das Bundesministerium der Justiz eine Informationskampagne zum neuen Betreuungsrecht unter dem Titel „Gemeinsam. Auf meinem Weg" veröffentlicht. Die Materialien sind unter dem folgenden Link im Internet aufrufbar:

https://www.bmj.de/DE/Themen/FokusThemen/BetreuungsR-Reform/BetreuungsR-Reform_node.html

Zur Verfügung gestellt werden unter anderem Fragen und Antworten zum neuen Betreuungsrecht (auch in Leichter Sprache) sowie Merkblätter für verschiedene Berufsgruppen (Betreuungsrichter*innen, Rechtspfleger*innen und ärztliches Personal).

Das Infopapier „DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN – Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger" ist dieser Vorlage als **Anlage 2** hinzugefügt.

L u b e k

Landschaftsverband
Rheinland

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung

Dokumentation 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte als Zoom-Veranstaltung am 14. November 2022 und Workshops zur Fortsetzung der Diskussion am 23. und 24. November 2022

Stand: 18. April 2023

Kontakt:

LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Tel 0221 809-2202

inklusion@lvr.de

www.inklusion.lvr.de

Gliederung

1. Ablauf der Veranstaltung 3
2. Einführung von LVR-Landesdirektorin Lubek: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung..... 4
3. Vortrag „Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen“..... 5
4. Ergebnisse der Diskussion: Herausforderungen und Erwartungen an den LVR..... 6
5. Fazit aus Sicht der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden 10

1. Ablauf der Veranstaltung

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung".

Der Dialog wurde wie bereits 2021 als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Die Dialog-Veranstaltung hatte folgenden Ablauf:

9.30 Uhr	**Begrüßung**
9.40 Uhr	**Endlich: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung – 13 Jahre nach Inkrafttreten der BRK und 7 Jahre nach der ersten Staatenprüfung** Einführende Worte von LVR-Direktorin Ulrike Lubek
10.00 Uhr	**Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen** Input von Prof. Dr. Dagmar Brosey (TH Köln) und Andreas Martin (Bildungsfachkraft der TH Köln)
10.30 Uhr	**Fragerunde und Austausch**
11.00 Uhr	**Digitale „Kaffeepause"**
11.20 Uhr	**Welche Herausforderungen und Erwartungen kommen auf den LVR zu?** Ein Gespräch über die Vorüberlegungen im LVR-Landesbetreuungsamt, im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und aus Sicht des Trägers der Eingliederungshilfe sowie Erwartungen an den LVR
12.20 Uhr	**Ausblick und Verabschiedung**
12.30 Uhr	**Ende der Veranstaltung**

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022, 10.00 bis 11.30 Uhr sowie am Donnerstag, 24. November 2022, 16.00 bis 17.30 Uhr statt. An diesen Angeboten nahmen jeweils ca. 5 Personen teil. In kleiner Runde war viel Raum für eine intensive Diskussion.

2. Einführung von LVR-Landesdirektorin Lubek: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung

In ihren einführenden Worten am 14. November 2022 machte LVR-Landesdirektorin Ulrike Lubek darauf aufmerksam, dass in der Gruppe der Menschen, für die der LVR Leistungen finanziere oder erbringe, der Anteil der rechtlich betreuten Menschen ganz erheblich sei. Sie formulierte zwei Anliegen für die Umsetzung der Reform des Betreuungsrechts, die zu Beginn des Jahres 2023 in Kraft getreten ist: Das Gesetz müsse nicht nur im rechtlichen Sinne korrekt umgesetzt werden. Es sei ebenso wichtig, dass letztlich die Menschen mit rechtlicher Betreuung selbst das Gefühl der Unterstützung und der Teilhabe empfinden.

Erstaunlich sei, wie stark sich selbst 30 Jahre nach Inkrafttreten des ersten Betreuungsrechts (1992) noch Begriffe und Formulierungen der rechtlich überwundenen Vormundschaft von erwachsenen Menschen, die ggf. mit echter Entmündigung verbunden war, im allgemeinen Sprachgebrauch halten würden. Das deute darauf hin, wie tief das Problem sitze. Vielfach fehle es an Wissen um die Rechte und Pflichten einer rechtlichen Betreuung. Ebenso fehle es an einer entsprechenden Haltung gegenüber Menschen, für die zur Erledigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten eine Betreuung bestellt wurde.

Das Instrument der rechtlichen Betreuung dürfte zukünftig nicht länger als Rechts-Einschränkung begriffen werden, so Frau Lubek. Die rechtliche Betreuung sei stattdessen eine staatliche Maßnahme eben zur Gewährleistung von höchstpersönlichen Rechten.

Frau Lubek betonte, dass der Dialog nicht als Fachtagung im Sinne einer Informationsveranstaltung angelegt sei. Sie bat die Teilnehmenden darum, mit ihren eigenen Beiträgen den LVR „auf Augenhöhe ohne Scheu und Zurückhaltung dabei zu unterstützen", die Herausforderungen des neuen Betreuungsrechts insbesondere aus der Perspektive der Betroffenen und der Angehörigen noch besser zu verstehen.

Zum Nachlesen:
LVR-Vorlage 15/1061: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung von Menschen mit rechtlicher Betreuung" (September 2022)

https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/31B6BDB552DA96CBC12588B8003C3A6C/$file/Vorlage15_1061.pdf

3. Vortrag „Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen"

In ihrem Vortrag gingen Prof. Dr. Dagmar Brosey (Professorin für Zivilrecht an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln) und Andreas Martin (Bildungsfachkraft an der TH Köln) anschließend folgenden Fragen nach:

1. Was ist rechtliche Betreuung?
2. Warum gibt es ein neues Gesetz?
3. Was steht in dem neuen Gesetz?
4. Was beutetet das für Menschen mit Betreuung?

Im Anschluss an den Vortrag bestand die Möglichkeit, den Referierenden Verständnisfragen zu stellen.

Zum Nachlesen:
Die gezeigten Vortragsfolien stehen unter www.dialog.lvr.de zum Download zur Verfügung.

4. Ergebnisse der Diskussion: Herausforderungen und Erwartungen an den LVR

Der LVR ist in verschiedenen Funktionen und Aufgaben mit dem neuen Betreuungsrecht befasst. Zu Beginn der Diskussion am 14. November 2022 führten zunächst **Fachkräfte aus der LVR-Verwaltung** aus der Perspektive ihrer jeweiligen Bereiche aus.

- Zum Thema „LVR als Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe": **Andreas Hansch-Lohkemper**, Leiter der LVR-Abteilung „Heilpädagogische Hilfen" mit der Fachaufsicht für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen mit mehr als 2.500 Kund*innen (Leistungsberechtigten) im gesamten Rheinland (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.3).

- Zum Thema „LVR als Träger von Leistungen der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen mit wesentlichen Behinderungen": **Daniela Buheitel**, Regionalabteilungsleiterin im LVR-Dezernat Soziales (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.2).

- Zum „LVR als Landesbetreuungsamt": **Monika Schröder**, Leiterin der Abteilung „Psychiatrische Versorgung" im Dezernat LVR-Klinikverbund und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.1).

Zudem wurden kurze Videos gezeigt, in denen Mitglieder der „AG Partizipation" im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, für die selbst eine rechtliche Betreuung bestellt wurde, ihre Wünsche zur Umsetzung des neuen Betreuungsrechts zum Ausdruck brachten.

Aufgrund vieler thematischer Überschneidungen werden im Folgenden zentrale Diskussionspunkte, die während der Hauptveranstaltung am 14. November 2022, und bei den Workshops zur Fortsetzung der Diskussion von den Teilnehmenden benannt wurden, übergreifend dokumentiert.

Die Diskussionspunkte wurden für diese Dokumentation inhaltlich zusammengefasst, thematisch sortiert und ggf. anonymisiert, aber nicht durch den LVR kommentiert oder bewertet. Sie spiegeln insofern die Diskussionsbeiträge möglichst authentisch wider.

Fehlendes Wissen und Unsicherheiten im Umgang mit rechtlicher Betreuung:

(1) Wiederholt hingewiesen wurde auf bestehende **Wissenslücken** zum Thema rechtliche Betreuung, insbesondere auf Seiten der rechtlichen Betreuungspersonen selbst, auf Seiten von ärztlichem Personal und auch im Verwaltungskontext. Exemplarisch genannt wurden etwa Unklarheiten hinsichtlich der richterlich festgelegten Aufgabenbereiche (ehemals: Aufgabenkreise) und ihrer Konsequenzen für die Einbeziehung von rechtlichen Betreuungen zum Beispiel in Verwaltungsverfahren. Ein weiteres Beispiel waren bestehende Unsicherheiten hinsichtlich der Einwilligungsfähigkeit rechtlicher betreuter Menschen in ärztliche Maßnahmen und Eingriffe (z.B. Impfungen).

(2) In der Praxis sei oftmals auch die konkrete **Aufgabenteilung zwischen rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung** noch unklar. Hingewiesen wurden in diesem Kontext auf eine Handreichung des Deutschen Vereins zum Verhältnis von Tätigkeiten an der Schnittstelle von rechtlicher Betreuung und Sozialleistungen mit Hinweisen zu Abgrenzung und Kooperation von Mai 2022.[1]

(3) In der Diskussion wurde deutlich, dass gerade die **Rolle von Eltern** als rechtliche Betreuungspersonen differenziert betrachtet werden sollte:

[1] Kooperation und Abgrenzung – Das Verhältnis von Rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung (deutscher-verein.de)

Einerseits wurde von der Erfahrung berichtet, dass Eltern als rechtliche Betreuungspersonen in manchen Fällen zu viel „mitbestimmen" wollten. Andererseits dürften Eltern nicht grundsätzlich als ungeeignet für die Rolle der rechtlichen Betreuung angesehen werden. Sie seien etwa gerade für den Personenkreis der nicht-verbal kommunikationsfähigen Menschen sehr wichtig, um bei der Artikulation von Wünschen oder bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Das neue Betreuungsrecht in der Verwaltungspraxis:

(4) Grundsätzlich müsse geprüft werden, ob und welche **Prozesse in der LVR-Verwaltung** auf Grundlage des neuen Betreuungsrechts anzupassen seien (z.B. regelhafte Prüfung, welche Aufgabenbereiche bei einer betreuten Person konkret angeordnet wurden, Vorrang aller Formen der Beratung und Unterstützung, die auf sozialrechtlichen Vorschriften beruhen (etwa nach § 106 SGB IX), vor der Bestellung einer rechtlichen Betreuung).

(5) Sofern LVR-Schreiben in Zukunft auch an die betreuten Personen selbst versendet würden, müsse auch verstärkt über die **Verständlichkeit von Verwaltungssprache** nachgedacht werden (z.B. durch ergänzende schriftliche Erklärungen in Leichter Sprache, Angebote zur persönlichen Erklärung von Bescheiden im Kontext der Beratung nach § 106 BTHG).

(6) Bei allen Verfahren müsse im Sinne des **Datenschutzes bzw. Vertrauensschutzes** in Zukunft noch mehr darauf geachtet werden, dass rechtliche Betreuer keine Sachverhalte erfahren würden, „die sie nichts angingen" (z.B. im BEI_NRW-Verfahren).

(7) Insbesondere beim Verfahren der Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe (BEI_NRW) sei besondere Aufmerksamkeit für die Wünsche der betreuten Personen, die auf **unterstützte Kommunikation** angewiesen seien, nötig. Es wurde dazu die Entwicklung eines „Methodenkoffers" angeregt.

Umsetzung der Betreuungsrechtsreform:

(8) Es wurde bemerkt, dass die Betreuungsrechtreform bisher **kaum öffentliche Aufmerksamkeit** erfahren habe.

(9) Es bestehe aktuell insbesondere noch große Unklarheit, welche Auswirkungen die Reform auf **Familienangehörige und andere ehrenamtliche rechtliche Betreuungspersonen** habe. Hier wurde ein großer Bedarf an Sensibilisierung und Schulung gesehen.

(10) Hinsichtlich der neuen, differenzierteren Bestimmung von Aufgabenbereichen wurde angemahnt, darauf zu achten, „dass die **Gesundheitsfürsorge** von betreuten Personen umsetzbar bleibe.

(11) Bei der im Gesetz vorgesehenen **Auswahl der Betreuungsperson** müsse darauf geachtet werden, dass sich die Beteiligten auch tatsächlich persönlich kennenlernen könnten. Betreute Personen sollten eine Wahlmöglichkeit haben.

(12) Es wurde grundsätzlich kritisch angemerkt, ob die **finanziellen Ressourcen** für die Übernahme der unterschiedlichen Aufgaben der rechtlichen Betreuung im Sinne des neuen Betreuungsrechts ausreichend seien. Eine ausreichende Finanzierung insbesondere der beruflichen Betreuertätigkeit sei die Voraussetzung dafür, dass sich qualifizierte Fachkräfte für diese wichtige Aufgabe finden würden.

Rechtliche Betreuung und Zwangsmaßnahmen:

(13) In der Diskussion wurde es als wichtig erachtet, an alle Beteiligten klar zu kommunizieren, dass ab 2023 Freiheitsentziehende Maßnahmen als eigenständiger Aufgabenbereich zu regeln seien (und nicht mehr über das allgemeine Aufenthaltsbestimmungsrecht abgedeckt seien). Für Bestandsbetreuungen gelte jedoch eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2028.

(14)In diesem Kontext wurden nach den Ereignissen in Ostwestfalen-Lippe große Erwartungen an die neue Landesinitiative Gewaltschutz NRW geäußert.

5. Fazit aus Sicht der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Instrument der rechtlichen Betreuung und der nun in Kraft getretenen Gesetzesänderungen für mehr Selbstbestimmung steht noch am Anfang. Es gibt Wissenslücken und Unsicherheiten bei allen Beteiligten. Die große Aufmerksamkeit für das Thema Gewaltschutz (Schwerpunktthema des Dialogs 2021) kann ggf. genutzt werden, auch hier Fortschritte zu erzielen.

Das Thema rechtliche Betreuung betrifft viele Menschen. So finanziert und erbringt der LVR in vielen Bereichen Leistungen für Menschen, für die eine rechtliche Betreuung bestellt wurde. Viele Menschen haben zudem im Privaten Berührungspunkte, etwa, wenn sie selbst als rechtliche Betreuung bestellt wurden und/oder Familienangehörige durch eine rechtliche Betreuung unterstützt werden. Und letztlich können alle Menschen durch Krankheit oder Unfall jederzeit in eine Situation geraten, die eine rechtliche Betreuung erforderlich machen kann.

Aus menschenrechtlicher Sicht ist es daher sicher notwendig, das Wissen um die Ziele des Betreuungsrechts noch stärker im öffentlichen Diskurs zu betonen.

Die Stabsstelle wird selbst Gelegenheiten und Formate suchen, um das Thema bekannter zu machen. Aktuell geplant ist zum Beispiel, das Thema beim diesjährigen LVR-Tag der Begegnung im Juni 2023 in der Themenwelt „Vielfalt und Gerechtigkeit" aufzugreifen. Auch eine interne Mittagspausenveranstaltung für LVR-Mitarbeitende ist in Planung.

Als Träger und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe und als Landesbetreuungsamt wird der LVR das reformierte Betreuungsrecht zudem in eigener Zuständigkeit der Fachdezernate weiterverfolgen.

Wir danken allen Teilnehmenden sehr, die den LVR-Dialog 2022 mit ihren offenen und konstruktiven Beiträgen in Wort und Schrift zu einer spannenden Veranstaltung gemacht haben. Ebenso danken wir Prof. Dr. Dagmar Brosey und Andreas Martin (beide TH Köln) für ihren informativen und anschaulichen Vortrag und den LVR-Kolleg*innen, die uns fachlich (s.o.) und technisch (Ulrich Trapp und Selina Pick) bei der Durchführung unterstützt haben.

DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN

Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger

Bundesministerium der Justiz

GEMEINSAM. AUF MEINEM WEG.
Zu mehr Selbstbestimmung in der Betreuung.

GEMEINSAM.
AUF MEINEM WEG.
Zu mehr Selbstbestimmung in der Betreuung.

Zum 1. Januar 2023 tritt eine umfassende Reform des Betreuungsrechts in Kraft. Neben strukturellen Änderungen gibt es einige Neuerungen, die auch Sozialleistungsträger und sonstige Behörden betreffen. Die wichtigsten Punkte für Ihre Arbeit sind:

1.

Das neue Recht stärkt die Selbstbestimmung betreuter Menschen: Es gilt der Grundsatz „Unterstützen vor Vertreten". Nach § 1821 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) n.F. unterstützt der Betreuer[1] die betreute Person dabei, ihre Angelegenheiten rechtlich selbst zu besorgen, und macht von seiner Vertretungsmacht im Rechtsverkehr nur noch Gebrauch, wenn dies erforderlich ist. Die Anordnung einer rechtlichen Betreuung hat keinen Einfluss auf die Geschäftsfähigkeit der betreuten Person; die Entmündigung Volljähriger wurde bereits 1992 abgeschafft. Dies gilt auch bei der Geltendmachung von Sozialleistungen.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Kommunizieren Sie grundsätzlich immer zunächst mit der betreuten Person selbst und prüfen Sie, ob die Hinzuziehung des rechtlichen Betreuers im Einzelfall erforderlich scheint. Die Annahme, Personen mit einem rechtlichen Betreuer dürften nicht selbst entscheiden und ihre sozialrechtlichen Ansprüche, insbesondere im Wege der Antragstellung, nicht selbst geltend machen, ist falsch. Wenn die betreute Person selbst handlungs- und mitwirkungsfähig ist, hat der rechtliche Betreuer lediglich die Aufgabe, sie im Rahmen des vom Betreuungsgericht bestimmten Aufgabenkreises bei der eigenen Entscheidungsfindung und -umsetzung zu unterstützen. Informieren Sie in jedem Fall immer auch die betreute Person selbst über behördliche Entscheidungen und weitere Verfahrensschritte.

2.

Eine weitere Stärkung der Selbstbestimmung betreuter Menschen bewirkt die Neuregelung des § 53 der Zivilprozessordnung (ZPO). Der neue § 53 ZPO, der unmittelbar für den Zivilprozess gilt, findet in praktisch allen behördlichen Verfahren Anwendung, insbesondere in den für betreute Menschen besonders relevanten Verfahren bei den Sozialbehörden (vgl. § 12 Abs. 3 VwVfG des Bundes bzw. die entsprechenden Landesgesetze und § 11 Abs. 3 SGB X). Die Prozess- und Verfahrensfähigkeit betreuter Personen richtet sich ab dem 1. Januar 2023 nach den allgemeinen Vorschriften. Das bedeutet: Im Grundsatz ist jede volljährige Person – rechtlich betreut oder nicht – geschäfts- und damit auch prozess- und verfahrensfähig, sofern das Gegenteil nicht im Rahmen einer medizinischen Beurteilung im Einzelfall festgestellt wird. Von einer fehlenden Prozess- und Verfahrensfähigkeit ist ausnahmsweise nur dann auszugehen, wenn für die betreute Person ein Einwilligungsvorbehalt für den betreffenden Aufgabenbereich im Sinne des § 1825 BGB n.F. angeordnet ist. Betreute Menschen und Betreuer können also grundsätzlich – wie im zivilrechtlichen Rechtsverkehr – nebeneinander in behördlichen oder gerichtlichen Verfahren tätig werden. Die Vorgabe des § 1821 Abs. 1 Satz 2 BGB n.F. (s.o.) gilt auch hier. Der Betreuer kann jedoch nach der neuen Regelung vom Grundsatz des Nebeneinanders abweichen und im Verfahren durch eine so genannte Ausschließlichkeitserklärung gegenüber dem Gericht oder der Behörde erklären, dass der Rechtsstreit oder das behördliche Verfahren ausschließlich durch ihn geführt wird, § 53 Abs. 2 Satz 1 ZPO n.F. Diese Erklärung bezieht sich auf den gesamten Rechtsstreit bzw. das gesamte Verwaltungsverfahren bis zum rechts- bzw. bestandskräftigen Abschluss. Mit dem Eingang der Ausschließlichkeitserklärung steht die betreute Person einer prozess- oder verfahrensunfähigen Person gleich. Die Erklärung kann der Betreuer jederzeit, auch im laufenden Verfahren, mit Wirkung für die Zukunft zurücknehmen.

Zustellungen im behördlichen Verfahren erfolgen gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 VwZG n.F. zwar weiterhin an den Betreuer, wenn dieser über den entsprechenden Aufgabenbereich verfügt. Die betreute Person muss aber eine Abschrift des zugestellten Dokuments per Post oder eine elektronische Version des Dokuments erhalten. Im gerichtlichen Verfahren ist sowohl eine Zustellung an pro-

[1] *Rechtliche Begriffe werden in dieser Zusammenfassung zugunsten einer einfacheren Lesbarkeit entsprechend der Gesetzesbezeichnung im generischen Maskulinum verwendet. In dieses sind alle Geschlechter miteinbezogen.*

zessfähige Betreute als auch an den Betreuer möglich (§ 170a Abs. 1, 2 ZPO n.F.); der jeweils andere muss ebenfalls eine Abschrift erhalten.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Erläutern Sie betreuten Menschen auf adressatengerechte Weise das Verfahren und beschränken Sie die Kommunikation im Verfahren keinesfalls von Anfang an auf den Betreuer. Der Betreuer ist nicht gehalten, zur Vereinfachung des Verfahrens die Ausschließlichkeitserklärung abzugeben. Weisen Sie Erklärungen oder Anträge betreuter Menschen nicht pauschal mit Verweis auf die bestehende rechtliche Betreuung zurück.

3.

Im Sozialrecht ist durch das Reformgesetz nunmehr die Subsidiarität der rechtlichen Betreuung gegenüber anderen sozialrechtlichen Hilfen klar verankert: Gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2 SGB I n.F. dürfen soziale Rechte nach den Sozialgesetzbüchern nicht versagt oder eingeschränkt werden, weil ein rechtlicher Betreuer bestellt worden ist oder bestellt werden könnte. Sozialleistungen dürfen also nicht mit Hinweis auf eine bestehende rechtliche Betreuung oder die Möglichkeit einer Betreuerbestellung versagt werden. Auch die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungspflichten, die sich etwa im Bereich der Eingliederungshilfe aus § 106 SGB IX ergeben, sind nicht deshalb eingeschränkt, weil eine rechtliche Betreuung eingerichtet wurde oder werden kann. § 17 Abs. 4 Satz 1 SGB I n.F. bestimmt zudem, dass die Sozialleistungsträger mit den Betreuungsbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Vermittlung geeigneter Hilfen zur Betreuungsvermeidung zusammenarbeiten.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Ermitteln Sie bei der Prüfung und Gewährung von Sozialleistungen für betreute Menschen bzw. Menschen, bei denen die Bestellung eines Betreuers in Betracht kommt, den individuellen Beratungs- und Hilfebedarf unter Berücksichtigung der Zielrichtung der Sozialleistungen im Einzelnen. Entscheiden Sie nach den Umständen im Einzelfall, ob die notwendigen Leistungen nicht auch ohne Bestellung eines Betreuers gewährt werden können. Soweit eine umfassende Beratung und Unterstützung der Antragstellung für die betroffene Person ausreicht, muss und darf keine Betreuerbestellung erfolgen.

TOP 5 Haushalt 2024

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1885

öffentlich

Datum: 23.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 71
Bearbeitung: Herr Bräuning

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf des Dezernates Soziales für das Jahr 2024

Kenntnisnahme:

Die Vorlage Nr. 15/1885 zum Haushaltsentwurf des Dezernates Soziales für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Zusammenfassung

Mit Vorlage Nr. 15/1885 wird dem Sozialausschuss der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 sowie die Mittelfristplanung bis 2027 des Dezernates Soziales für die Produktgruppen PG 016, PG 017, PG 087 bis PG 090 (Produktbereich 05) und PG 065 (Produktbereich 07) erläutert.

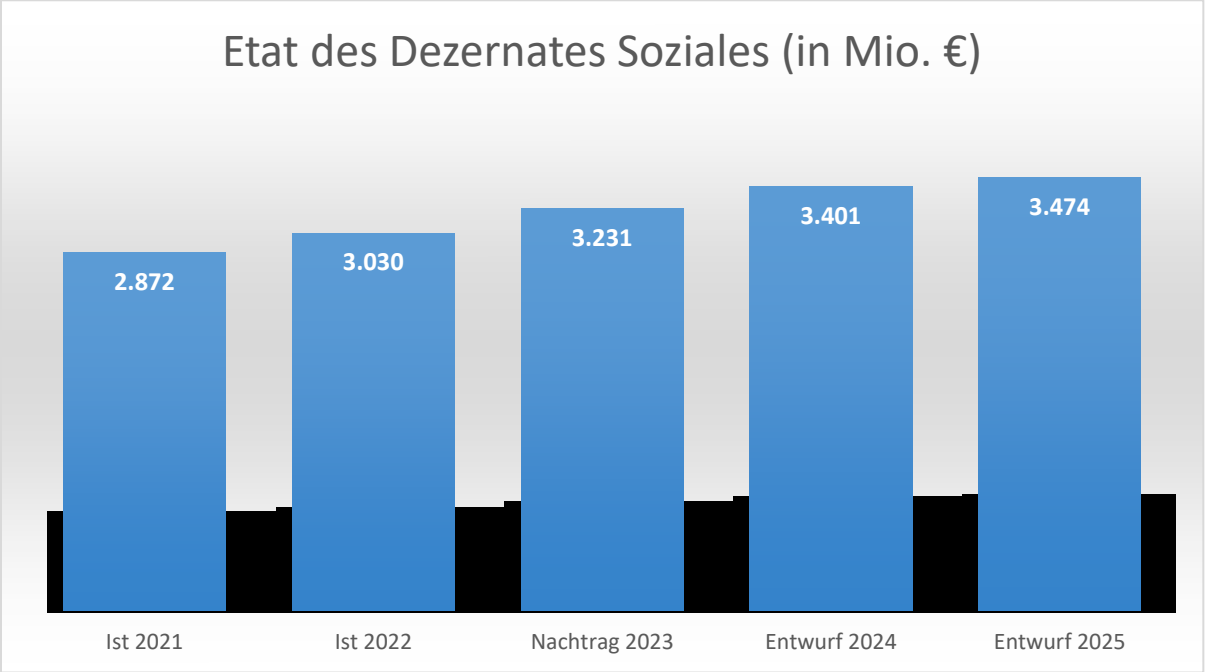
Der Gesamtetat des Dezernates beträgt im Haushaltsjahr 2024 demnach 3,4 Milliarden Euro.

Zur Einhaltung des Etats setzt das LVR-Fachdezernat Soziales seine Konsolidierungsbemühungen unverändert fort. Von 2021 bis 2025 beteiligt sich das LVR-Fachdezernat Soziales mit insgesamt rund 150 Millionen Euro am Konsolidierungsprogramm des LVR. Ziel war und ist es dabei, die Fallkosten in ausgewählten Bereichen auf das Niveau der westdeutschen Flächenländer bzw. des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) abzusenken – zumindest muss der Kostenanstieg in diesem Zeitraum auf diese Vergleichswerte hin gedämpft werden.

Maßgeblich für die Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe ist der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. Das Tarifergebnis bringt für die Beschäftigten eine spürbare Entlastung. Die dadurch entstehenden Mehrkosten bei den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe werden vom LVR zu 100 % über die Vergütung refinanziert. Allein die Erhöhung der Tabellenentgelte zum 01. März 2024 führt beim LVR zu Mehrkosten in der Eingliederungshilfe von ca. 230 Millionen Euro per anno.

Begründung zur Vorlage Nr. 15/1885

1. Übersicht über die finanzielle Entwicklung



Der Gesamtetat des Dezernates Soziales beträgt laut Entwurf im Haushaltsjahr 2024 3,4 Milliarden Euro. Zum Nachtragshaushalt 2023 erhöht sich das Budget 2024 folglich um 5,3 %.

Der Ukraine-Krieg und die damit verbundenen Sanktionen haben weiterhin starke Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung sowie den Energiesektor und damit auf die aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die steigenden Preise für Energie und einzelne Grundnahrungsmittel führen zu einer deutlich höheren Inflationsrate als in den vergangenen Jahren, was letztlich auch zu höheren Tarifabschlüssen geführt hat.

Laut der derzeitigen Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsinstitute in Deutschland wird die Inflationsrate im Jahr 2023 rund 6 % betragen. Für das Jahr 2024 wird mit einer Inflationsrate von 2,4 % gerechnet. Das LVR-Fachdezernat Soziales hat in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027 eine Kostensteigerung von lediglich 2 % zugrunde gelegt – sowohl für die Sach- als auch für die Personalkostenbestandteile der Vergütungen in der Eingliederungshilfe.

Etatentwicklung	2022	2023	2024	2025
in %	+ 5,5	+ 6,6	+ 5,3	+ 2,2

2. Konsolidierungsprogramm 2021 bis 2025

Zur Einhaltung des Etats setzt das LVR-Fachdezernat Soziales seine Konsolidierungsbemühungen unverändert fort. Von 2021 bis 2025 beteiligt sich das LVR-Fachdezernat Soziales mit insgesamt rund 150 Millionen Euro am Konsolidierungsprogramm des LVR. Ziel war und ist es dabei, die Fallkosten auf das Niveau der westdeutschen Flächenländer bzw. des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) abzusenken – zumindest muss der Kostenanstieg in diesem Zeitraum auf diese Vergleichswerte hin gedämpft werden.

Hier kann der LVR seit 2019 bereits erste Erfolge vorweisen, wie nachfolgend der aktuelle Kennzahlenvergleich der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) verdeutlicht:

DARST. 9: FALLKOSTEN LB AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN (BIS 2020 LB IM EHEM. AMBULANT BETREUTEN WOHNEN)

Fallkosten für leistungsberechtigte Personen mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen (bis 2020 LB im ehem. ambulant betreuten Wohnen)		2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	Veränderung seit 2019
BE		19.841	n.v.	20.152			0,8%
HB		15.167	14.929	15.237	309	2,1%	0,2%
HH		13.657	16.846	15.197	-1.649	-9,8%	5,5%
BW		11.910	12.982	14.003	1.021	7,9%	8,4%
MFR	BY	13.893	14.538	16.237	1.699	11,7%	8,1%
NDB	BY	11.654	13.096	13.381	285	2,2%	7,2%
OBB	BY	13.708	14.719	14.964	245	1,7%	4,5%
OFR	BY	8.172	8.782	8.252	-529	-6,0%	0,5%
OPF	BY	n.v.	17.677	17.992	314	1,8%	
SCHW	BY	12.895	13.365	12.527	-838	-6,3%	-1,4%
UFR	BY	n.v.	n.v.	n.v.			
HE		10.488	11.111	11.600	490	4,4%	5,2%
NI		8.401	n.v.	n.v.			
LVR	NRW	10.585	10.877	11.711	834	7,7%	5,2%
LWL	NRW	8.586	9.853	9.987	134	1,4%	7,8%
RP		n.v.	n.v.	n.v.			
SH		8.551	9.864	10.042	178	1,8%	8,4%
SL		11.191	11.279	11.789	510	4,5%	2,6%
BB		8.275	n.v.	9.285			5,9%
MV		4.705	n.v.	8.087			31,1%
SN		6.814	6.986	8.617	1.631	23,3%	12,5%
ST		5.313	6.264	6.478	214	3,4%	10,4%
TH		6.203	n.v.	9.969			26,8%
gewMW		10.531	11.267	12.193	926	8,2%	7,6%

©2021 BAGüS/con_sens Tab Fallkosten A.1.3.9.1

DARST. 31: AUSGABEN IM ARBEITSBEREICH DER WFBM PRO LEISTUNGSBERECHTIGTER PERSON 2019 BIS 2021

Fallkosten (Euro) im Arbeitsbereich der WfbM		2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut (Euro)	Entwicklung 2020 – 2021 %	Durchschnittliche Veränderung seit 2019
BE		16.843	17.422	18.860	1.438	8,3%	5,8%
HB		18.239	18.791	19.060	270	1,4%	2,2%
HH		17.137	19.186	20.354	1.168	6,1%	9,0%
BW		18.193	17.914	18.412	498	2,8%	0,6%
MFR	BY	20.955	20.339	21.317	978	4,8%	0,9%
NDB	BY	18.359	18.915	19.702	788	4,2%	3,6%
OBB	BY	20.953	20.357	21.395	1.038	5,1%	1,0%
OFR	BY	16.335	16.000	17.179	1.179	7,4%	2,6%
OPF	BY	18.488	17.593	18.451	858	4,9%	-0,1%
SCHV	BY	18.926	20.026	20.202	175	0,9%	3,3%
UFR	BY	15.982	15.912	16.513	601	3,8%	1,6%
HE		17.560	17.332	18.257	925	5,3%	2,0%
NI		17.402	18.789	19.290	501	2,7%	5,3%
LVR	NRW	19.486	19.076	19.799	723	3,8%	0,8%
LWL	NRW	18.079	18.004	18.494	491	2,7%	1,1%
RP		21.121	21.121	19.379	-1.742	-8,2%	-4,2%
SH		18.631	19.181	19.438	257	1,3%	2,1%
SL		20.401	20.396	20.451	55	0,3%	0,1%
BB		15.048	15.381	15.381	0	0,0%	1,1%
MV		13.859	15.489	15.555	65	0,4%	5,9%
SN		13.036	13.071	13.158	87	0,7%	0,5%
ST		14.776	14.696	15.577	881	6,0%	2,7%
TH		14.477	12.930	14.893	1.963	15,2%	1,4%
GewMW		17.661	17.775	18.287	**512**	**2,9%**	**1,8%**

©2022 BAGüS/con_sens

3. Produktgruppenstruktur des Dezernates Soziales

Mit Inkrafttreten der 2. Stufe des Bundesteilhabegesetzes 2020 und dem Herauslösen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII war eine Neustrukturierung des Etats notwendig. Bei der Gliederung wurde darauf geachtet, die Transparenz für externe Adressaten zu erhöhen. So haben die beiden Landschaftsverbände in mehreren Sitzungen ihre Haushalte harmonisiert, um eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen. Die Struktur folgt im Wesentlichen den Gesetzessystematiken. Zudem werden die Verwaltungskosten zentral in einer Produktgruppe ausgewiesen:

PG 016 "Verwaltung des Dezernates Soziales"

- Personalkosten
- IT-Aufwendungen
- Kosten für Veranstaltungen, Dienstreisen, Fortbildungen

PG 017 "Eingliederungshilfe zum Wohnen in der BTHG-Umstellungsphase"

- 017.07 "Ambulant betreutes Wohnen"
- 017.08 "Stationäres Wohnen"

PG 065 "Durchführung des Altenpflegegesetzes"

- PG 065 "Durchführung des Altenpflegegesetzes"

PG 087 "SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien"

- 087.01 "Medizinische Rehabilitation"
- 087.02 "Teilhabe am Arbeitsleben"
- 087.03 "Teilhabe an Bildung"
- 087.04 "Leistungen zur sozialen Teilhabe"

PG 088 "Leistungen nach dem SGB XII"

- 088.01 "Hilfen zur Gesundheit"
- 088.02 "Hilfe zur Pflege"
- 088.03 "Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten"
- 088.04 "Hilfe in anderen Lebenslagen"

PG 089 "Leistungen nach dem GHBG"

- 089.01 "Blindengeld"
- 089.02 "Hilfen für hochgradig Sehbehinderte"
- 089.03 "Hilfe für Gehörlose"

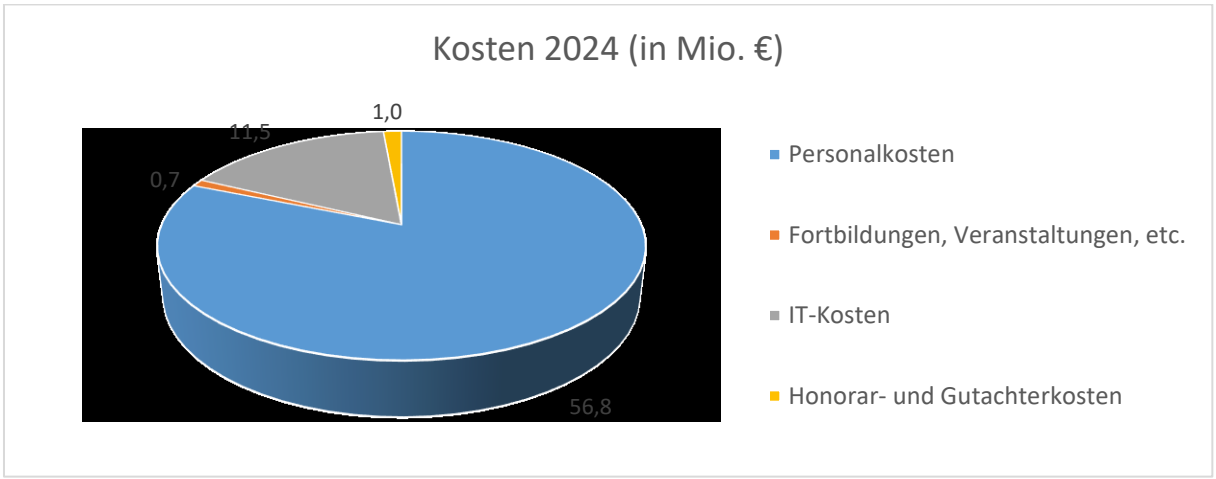
PG 090 "Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich"

- Diverse Angebote (z.B. KoKoBe, Zuverdienst, Urlaubsmaßnahmen)

4. Erläuterungen zu den einzelnen Produktgruppen

4.1. Verwaltung des Dezernates Soziales (PG 016)

Die Verwaltungskosten liegen bei rund 70 Millionen Euro jährlich. Die Verwaltungskosten machen somit rund 2 % des Gesamtbudgets des Dezernates Soziales aus.



4.2. Durchführung des Altenpflegegesetzes (PG 065)

Mit Wirkung vom 01.07.2012 hatte das Land NRW ein Ausgleichsverfahren zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung eingeführt und die Landschaftsverbände mit der Durchführung beauftragt.

Im Rahmen der Umsetzung der Pflegeberufereform in NRW wurde das Ausgleichsverfahren novelliert. Gleichzeitig wurde die Verwaltung dieses neuen Ausbildungsfonds ab dem 01.01.2020 der Bezirksregierung Münster übertragen. Somit sind die Landschaftsverbände nur noch für die Dauer der bestehenden Ausbildungsverhältnisse, längstens bis zum 31.12.2024, mit der Betreuung des „alten" Altenpflegeausbildungsverfahrens betraut. Die Leistungen nach der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung werden bis dahin weiter in der PG 065 ausgewiesen.

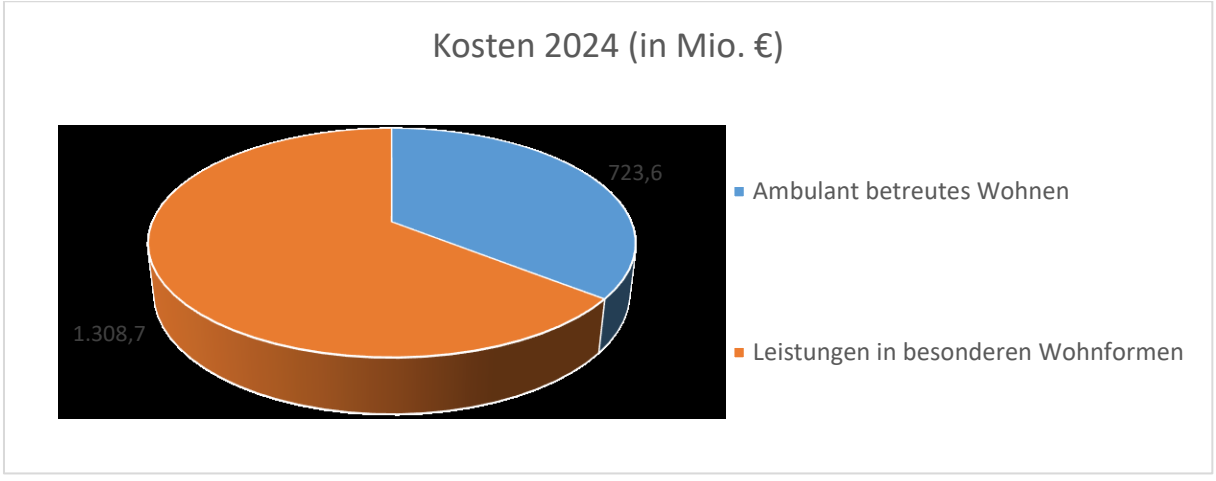
Das positive Ergebnis der Produktgruppe von 0,1 Millionen Euro pro Jahr deckt die Overheadkosten für die Bearbeitung des Altenpflegeausbildungsausgleichsverfahrens, insbesondere Bürokosten oder Kosten der Administration des LVR.

4.3. „Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien" (PG 017 und 087)

Insbesondere der mit dem BTHG angestrebte Umstellungsprozess in den besonderen Wohnformen geht mit erheblichen finanziellen Unwägbarkeiten einher. So muss die bisherige tagessatzbezogene Pauschalfinanzierung in eine differenzierte Vergütung umgewandelt werden, die nach einrichtungsbezogenen Bestandteilen und individuellen Assistenzleistungen unterscheidet. Die einrichtungsbezogenen Bestandteile müssen mit jeder Einrichtung neu und individuell ausverhandelt werden; die zusätzlichen einzelfallbezogenen Assistenzleistungen sind zudem durch eine umfassende Bedarfserhebung nach Art und Umfang neu und fortlaufend zu ermitteln.

Daher ist zwischen den Vertretungen der Leistungserbringer und den Trägern der Eingliederungshilfe vereinbart worden, mit einer begrenzten Auswahl an besonderen Wohnformen und ambulanten Diensten der Sozialen Teilhabe im Vorfeld der flächendeckenden Umstellung der Leistungs- und Vergütungssystematik exemplarische Pilotumstellungen vorzunehmen und gemeinsam hinsichtlich ihrer fachlichen und finanziellen Auswirkungen zu bewerten. Dieser Prozess wird mit höchster Priorität, absolutem Vertrauensschutz und maximaler Transparenz ausgestattet und dauert aktuell noch bzgl. des Erkenntnisgewinns zu etwaigen Änderungen des Landesrahmenvertrages an („closed-box-Verfahren").

In der PG 017 „Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase" werden die Kosten der noch nicht umgestellten Angebote zum ambulanten Wohnen und in besonderen Wohnformen ausgewiesen. Nach der erfolgreichen Umstellung werden sie in der PG 087 verbucht.

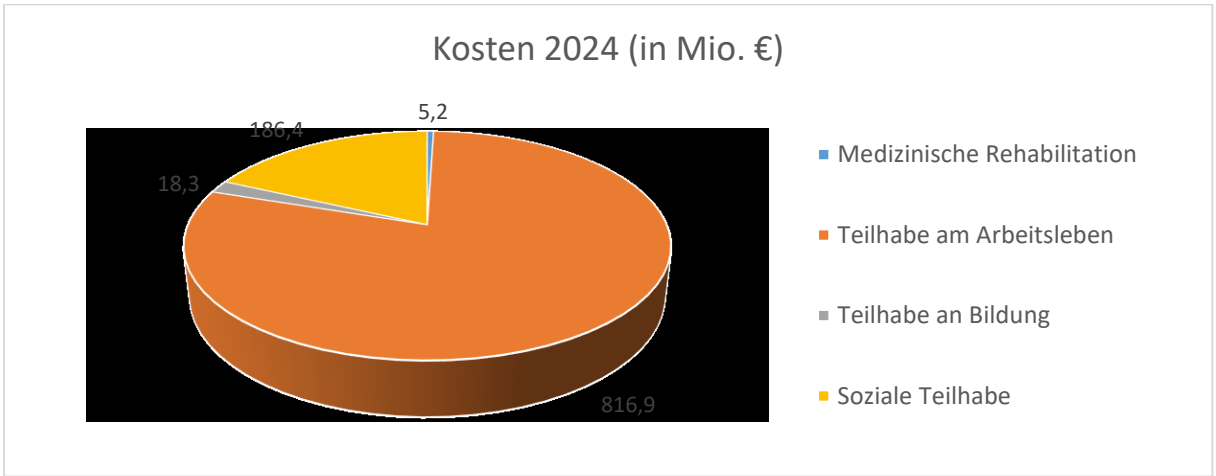


Maßgeblich für die Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe ist der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. Der Tarifabschluss sieht Inflationsausgleichszahlungen von insgesamt 3.000 Euro vor. Die erste Tranche von netto 1.240 Euro wurde mit dem Juni-Entgelt 2023 ausgezahlt. In den Monaten Juli 2023 bis Februar 2024 erhalten die Beschäftigten Inflationsausgleichszahlungen von monatlich 220 Euro netto. Ab 1. März 2024 werden die Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 200 Euro erhöht und dann noch um zusätzlich 5,5 %. In Summe profitieren die Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst und analog angewendeten Tarifwerken von einer Entgelterhöhung von bis zu 17 %.

Das Tarifergebnis bringt für die Beschäftigten eine spürbare Entlastung. Die dadurch entstehenden Mehrkosten bei den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe werden vom LVR zu 100 % über die Vergütung refinanziert. Allein die Erhöhung der Tabellenentgelte führt beim LVR zu Mehrkosten in der Eingliederungshilfe von ca. 230 Millionen Euro jährlich ab 2024.

Die Leistungen der Pflegeversicherung tragen mit 50 Millionen zur Refinanzierung der Leistungen in besonderen Wohnformen bei. Die pauschalierte Leistung von 266 Euro pro Monat (§ 43a SGB XI) deckt jedoch nur zu einem geringen Teil die hier tatsächlich anfallenden Pflegekosten. Dabei zahlen Menschen mit Behinderungen als Versicherte Beiträge an die Pflegeversicherung.

Bis zur erfolgreichen Umstellung der Wohnangebote auf die neue Finanzierungssystematik stellen die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben den größten Kostenblock in der PG 087 dar. Das Land beteiligt sich über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) mit etwas mehr als 50 Millionen Euro an den Investitionskosten in der Eingliederungshilfe.



087.01 Medizinische Rehabilitation

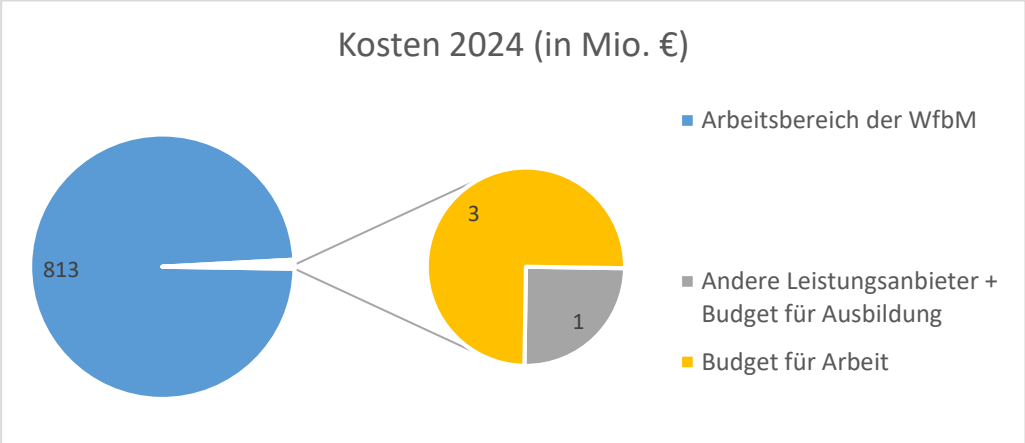
Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation entsprechen nach § 109 (2) SGB IX den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Leistungspflicht des LVR kommt nur in Betracht, falls keine Krankenversicherung oder unechte Mitgliedschaft nach § 264 SGB V besteht. Die Kosten belaufen sich auf 5,2 Millionen Euro pro Jahr.

087.03 Teilhabe an Bildung

Bis zur Beendigung der Schulausbildung sind grundsätzlich die Kreise und kreisfreien Städte zuständige Träger der Eingliederungshilfe. Bei Kindern und Jugendlichen, die Leistungen der Eingliederungshilfe über Tag und Nacht in einem Internat erhalten, liegt hiervon abweichend die Zuständigkeit der Landschaftsverbände für diese Leistungen vor. Nach der Beendigung der Schulausbildung tragen die Landschaftsverbände die Kosten der Teilhabe an Bildung, z. B. für berufliche Weiterbildungen. Insgesamt liegen die Kosten für die Teilhabe an Bildung bei 18,3 Millionen Euro pro Jahr, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) reduzieren die Nettokosten um rund 6 Millionen Euro.

087.02 Teilhabe am Arbeitsleben

Die Kosten für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben belaufen sich auf knapp 817 Millionen Euro in 2024:



Das BTHG zielt darauf ab, die Anreize für Menschen mit Behinderungen auf persönlicher und institutioneller Ebene zu verbessern, eine Tätigkeit auf dem

ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt aufzunehmen. Dabei sollen vor allem den Menschen mit Behinderungen, die heute einen Anspruch auf Leistungen in einer WfbM haben, Chancen außerhalb der Werkstatt eröffnet werden. Für diese Personengruppe sollen insbesondere durch „Andere Leistungsanbieter" und das „Budget für Arbeit" Alternativen zur Beschäftigung in einer WfbM geschaffen werden.

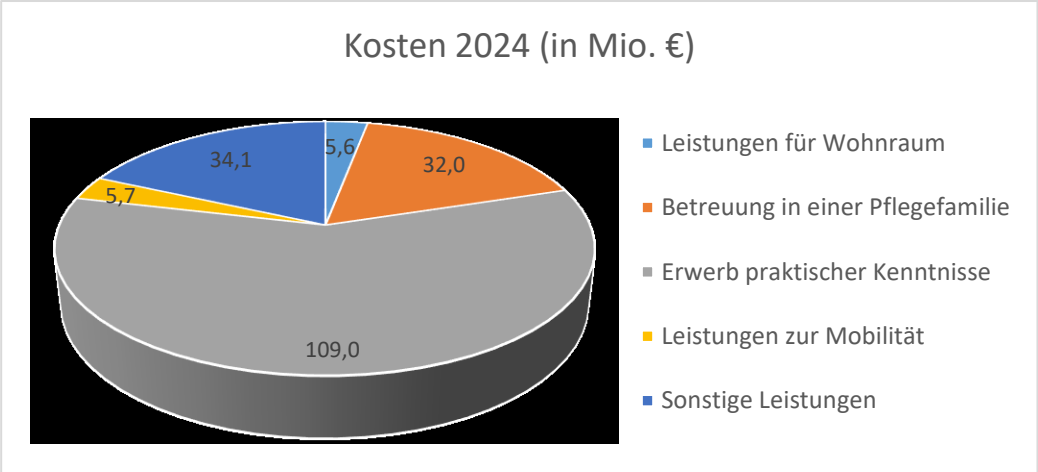
Den Arbeitsbereich einer WfbM besuchten 2022 etwas mehr als 38.400 Menschen. Die Dynamik des Fallzahlanstiegs geht bundesweit zurück, so auch beim LVR: In den nächsten Jahren wird lediglich ein Anstieg von 100 Fällen pro Jahr prognostiziert, folglich liegt der Fallzahlanstieg deutlich unter 1 %.

Zunehmend erreichen immer mehr Leistungsberechtigte die Regelaltersgrenze und wechseln in den Ruhestand oder nehmen davor die Erwerbsminderungsrente in Anspruch, die ihnen nach 20 Jahren Beschäftigung in einer WfbM zusteht. Zudem sind mitunter Beschäftigte nach den pandemiebedingten Schließungen nicht mehr in die Werkstatt zurückgekehrt. Gleichzeitig unterbrechen die Förderprogramme des LVR während der letzten Schuljahre zunehmend erfolgreich den „Automatismus" des Übergangs von der Schule in die WfbM.

Mit Verkündung des Teilhabestärkungsgesetzes am 09.06.2021 umfasst die Teilhabe am Arbeitsleben ab 2022 auch das Budget für Ausbildung für Menschen mit Behinderungen, die sich bereits im Arbeitsbereich einer WfbM oder eines anderen Leistungsanbieters befinden. Daneben führt der LVR weitere Programme mit dem „LVR-Budget für Arbeit – Aktion Inklusion" durch.

087.04 Soziale Teilhabe

Assistenzleistungen nach § 78 SGB IX werden bis zur Umstellung der Finanzierungssystematik in der PG 017 ausgewiesen. Die weiteren Leistungen der Sozialen Teilhabe liegen für 2024 bei etwas mehr als 186 Millionen Euro:



Aufgrund der neuen Zuständigkeiten werden die Kosten der Unterkunft in besonderen Wohnformen, die einen maßgeblichen Teil der existenzsichernden Leistungen ausmachen, bis zu einer Höhe von maximal 125 % der durchschnittlichen Warmmiete von Einpersonenhaushalten bei Bezug von Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII (Angemessenheitsgrenze) von den örtlichen Sozialämtern übernommen. Übersteigen jedoch die Mietkosten in einer besonderen Wohnform diese Angemessenheitsgrenze, können die Mehrkosten unter bestimmten Voraussetzungen als „Leistungen für Wohnraum" beantragt und zu einer Leistung der sozialen Teilhabe im Rahmen der Eingliederungshilfe werden, die von den Landschaftsverbänden zu finanzieren ist. Diese neue gesetzliche „Konstruktion" birgt ein erhebliches Finanzierungsrisiko für die Landschaftsverbände. Angesichts steigender Mieten für besondere Wohnformen in den Kommunen zeichnet sich hier ein dauerhafter Finanzierungsbedarf für Mietkosten oberhalb der 125-Prozent-Grenze ab, für den keine Kostenbeteiligung bzw. -übernahme des Bundes oder des Landes NRW vorgesehen ist. Auf der Grundlage der vorliegenden Anträge wird allein für den LVR mit einem finanziellen Mehrbedarf seit dem Haushaltsjahr 2020 von rund 5 Mio. Euro jährlich gerechnet. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf Grund der deutlich gestiegenen Energiekosten die Antragszahlen noch weiter steigen.

Mit dem landeseinheitlichen Pflegefamiliengeld wird ab dem 01.01.2021 eine gleiche, angemessene, finanzielle Anerkennung für Pflegefamilien sichergestellt. Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe setzen damit ein deutliches Signal der Wertschätzung und Beachtung in Richtung der Pflegefamilien. Auch soll mit dem Pflegefamiliengeld ein

finanziell angemessener Anreiz geschaffen werden, um Pflegefamilien zu gewinnen, die Kinder und Jugendliche mit Behinderung betreuen, damit diese in einem häuslichen, familiären Umfeld inklusiv aufwachsen können. Stationäre, kostenintensivere Leistungen sollen hierdurch vermieden werden. Das Pflegefamiliengeld setzt sich zusammen aus den materiellen Aufwendungen bzw. existenzsichernden Leistungen für das Kind bzw. den Jugendlichen je nach Alter, den Kosten der Erziehung sowie einem einheitlichen Entlastungsbetrag, der den besonderen Umständen der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung Rechnung trägt (s. Vorlage Nr. 15/193).

Zu den Leistungen des § 81 SGB IX „Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten" zählen auch die bisherigen Leistungstypen 22 und 24, die „Tagesstätten für psychisch behinderte Menschen" sowie „tagesstrukturierende Maßnahmen in eigenständigen Organisationseinheiten".

Die Landschaftsverbände sind seit 2020 im Rahmen der Leistungen zur Mobilität auch zuständig für die Fahrdienste für Menschen mit Behinderung vor Ort. Eine sachgerechte Organisation und Bewilligung dieser Beförderungsdienste unterliegt sehr stark den regionalen Gegebenheiten. So sind diese u.a. abhängig von den örtlichen Angeboten des ÖPNV, aber auch ggf. vorgehaltenen Angeboten im Rahmen der Daseinsvorsorge. Insbesondere die Ortsnähe spricht dafür, dass diese Beförderungsdienste auch weiterhin auf der örtlichen Ebene organisiert und bearbeitet werden. Deshalb hat der LVR in Abstimmung mit den Mitgliedskörperschaften entschieden, hier von der Möglichkeit der Heranziehung der Kreise und kreisfreien Städte Gebrauch zu machen (s. Vorlage Nr. 14/3371). Die Anträge auf Leistungen für ein Kraftfahrzeug werden auch weiterhin unmittelbar vom LVR bearbeitet.

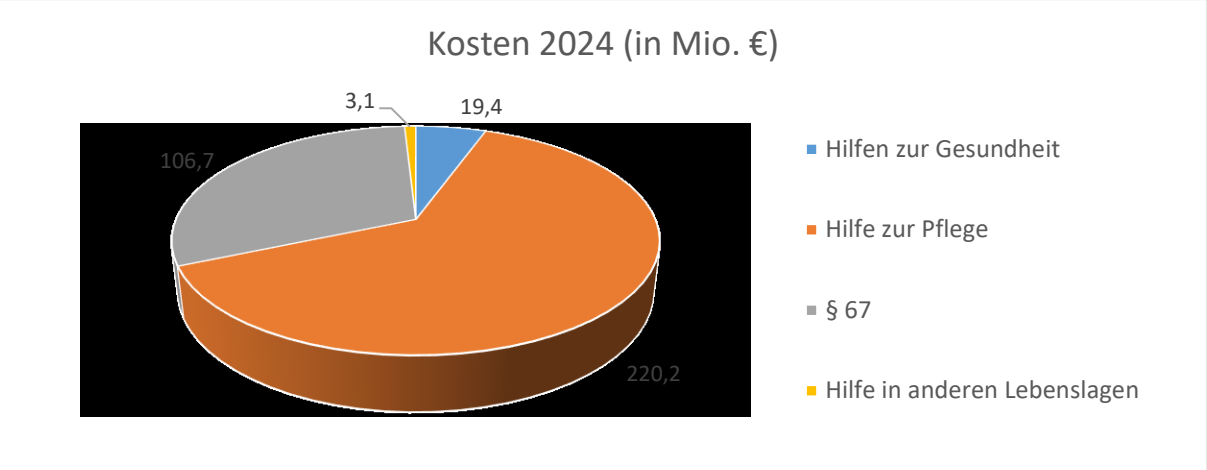
Als Sonstige Leistung gilt ab 2022 auch das „Kurzzeitwohnen". Das Kurzzeitwohnen bietet die Möglichkeit, dass Kinder, Jugendliche oder auch erwachsene Menschen mit Behinderung, die in einer Familie leben, für einen eng umgrenzten und abgesprochenen Zeitraum in eine Wohneinrichtung aufgenommen werden. Ziel der vorübergehenden, stationären Unterbringung im Rahmen des Kurzzeitwohnens ist es, das Familiensystem

in seiner Stabilität so zu erhalten, dass eine unfreiwillige, „dauerhafte", stationäre Betreuung in einer Einrichtung möglichst nicht erforderlich wird.

Daneben werden Leistungen in besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren als „Sonstige Leistung der Eingliederungshilfe" verbucht. Derzeit erfolgt eine Umwidmung der Fälle von der PG 017 in die PG 087.

4.4. Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (PG 088)

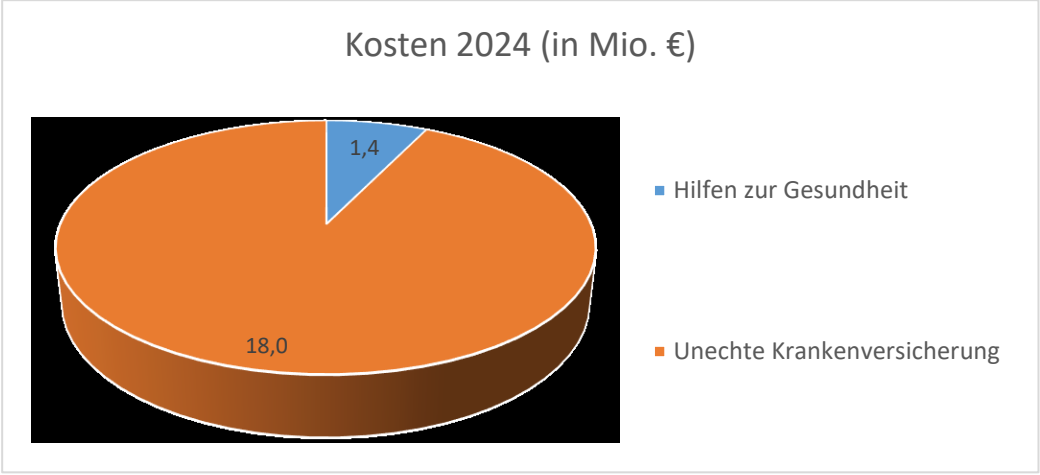
Die Kosten für Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch belaufen sich auf rund 350 Millionen Euro in 2024.



Refinanziert werden die Leistungen unter anderem durch den Bund, der die Kosten der Grundsicherung von rund 26 Millionen Euro in den Einrichtungen der Hilfe zur Pflege bzw. der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten erstattet.

088.01 Hilfen zur Gesundheit

Liegt keine Mitgliedschaft in einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung vor, erhalten Leistungsberechtigte entweder eine unechte Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 264 SGB V oder Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel des SGB XII.

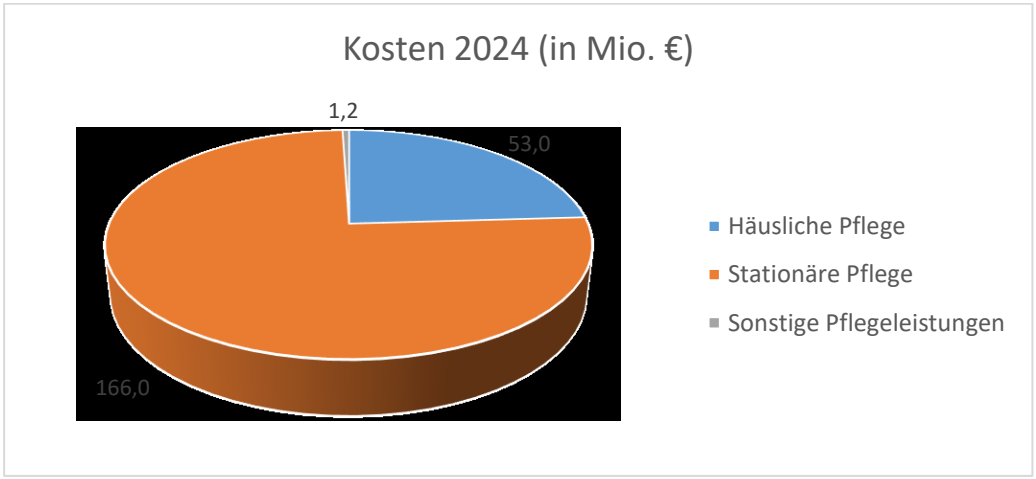


088.02 Hilfe zur Pflege

Bei der (teil)stationären Pflege besteht die Zuständigkeit der Landschaftsverbände für Menschen mit einer Behinderung im Sinne des § 99 SGB IX, die das 65-jährige Lebensjahr noch nicht vollendet haben und einer voll- oder teilstationären Pflege bedürfen. Eine vor der Vollendung des 65. Lebensjahres begründete Zuständigkeit besteht auch nach dem 65. Lebensjahr fort. Der LVR wird auch weiterhin auf Wunsch der Mitgliedskörperschaften diese für stationäre und teilstationäre Hilfen zur Pflege heranziehen (s. Vorlage Nr. 14/3371). Um hier aber seiner vom Landesgesetzgeber mit der Zuständigkeitsregelung verbundenen (Steuerungs-)Aufgabe auch im Sinne der Leistungsberechtigten gerecht zu werden und in diesen Fällen eine ggf. vorhandene Möglichkeit zur Befähigung zur Teilhabe zielgerichtet zu fördern, behält der LVR sich die Bearbeitung von einzelnen Fallgestaltungen, z.B. bei jüngeren Leistungsberechtigten, vor.

Für die Leistungen der häuslichen, ambulanten Pflege sind die Landschaftsverbände nur dann zuständig, wenn gleichzeitig laufende Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht werden. Der LVR bearbeitet seit dem 01.01.2020 diese Fälle unmittelbar, hat hierzu einen Pflegefachdienst neu eingerichtet und zieht die Mitgliedskörperschaften nicht mehr heran. So werden Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege „aus einer Hand“ erbracht.

Leistungen der Pflegeversicherung fließen mit 19 Millionen Euro in die Finanzierung der Hilfe zur Pflege ein, Kostenbeiträge oder Erstattungen anderer Sozialhilfeträger belaufen sich auf rund 2 Millionen Euro per anno.

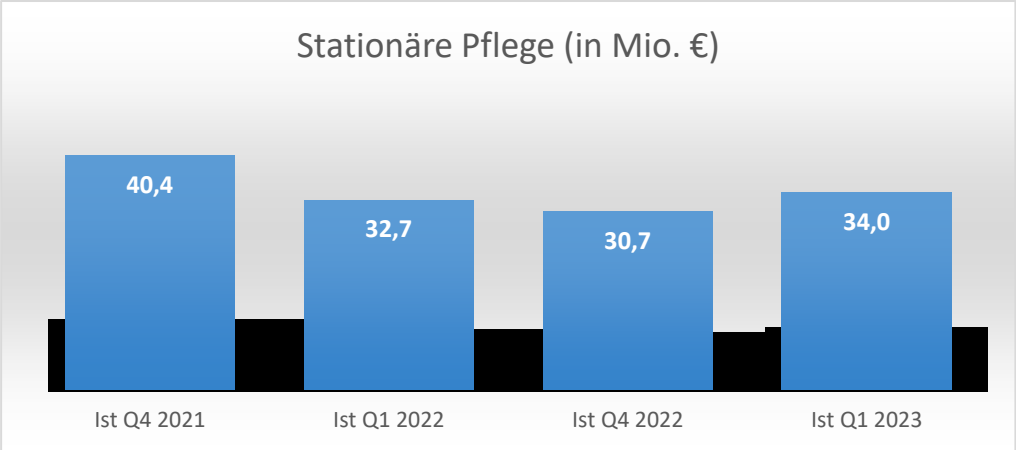


Im Juni 2021 hat der Bundestag eine Pflegereform beschlossen, die in großen Teilen im Jahr 2022 in Kraft getreten ist. Zu den maßgeblichen Änderungen dieser Reform zählen unter anderem:

- Begrenzung der Eigenanteile in der vollstationären Pflege durch einen prozentualen Leistungszuschlag der Pflegekassen, gestaffelt nach der Dauer der Pflege (ab 01.01.2022),
- Entlohnung in Höhe eines Tarifvertrages oder einer kirchlichen Arbeitsrechtsregelung in allen Pflegeeinrichtungen (ab 01.09.2022),
- Einführung eines neuen, einheitlichen Personalbemessungssystems für vollstationäre Pflegeeinrichtungen (ab 01.07.2023) und
- Verbesserung der Leistungen in der häuslichen Pflege (ab 01.01. 2022).

Die hier beschlossenen Änderungen reichen jedoch nicht aus, um Pflegebedürftige bei Kostensteigerungen nachhaltig vor finanziellen Überforderung zu schützen. Die Entlastungen durch die Begrenzung der Eigenanteile in der vollstationären Pflege und die verbesserten Leistungen in der häuslichen Pflege werden durch die Einführung einer Tarifbindung und eines bundeseinheitlichen Personalbemessungsinstrumentes in der stationären Pflege sukzessive wieder aufgezehrt. Diese Steigerung wird durch die lediglich prozentuale Begrenzung der Eigenanteile durch die Pflegebedürftigen und in der Folge weiterhin durch die Sozialhilfeträger zu finanzieren sein und voraussichtlich die zunächst eingetretenen Entlastungen weit übersteigen (s. Vorlage Nr. 15/1242).

Mit dieser Reform geht ein erhebliches Planungs- und Finanzierungsrisiko für den LVR in seiner Funktion als Träger der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII einher. So hat die Erhöhung der Leistungszuschläge in der vollstationären Pflege im Jahr 2022 zwar zu einer Entlastung in zweistelliger Millionenhöhe geführt, die durch die tarifvertragliche Entlohnung bedingten Kostensteigerungen zeichnen sich aber bereits im ersten Quartal 2023 ab und werden im Laufe des Jahres 2023 voraussichtlich noch zunehmen. Weitere Kostensteigerungen sind durch die Einführung des neuen Personalbemessungssystems ab 01.07.2023 zu erwarten.



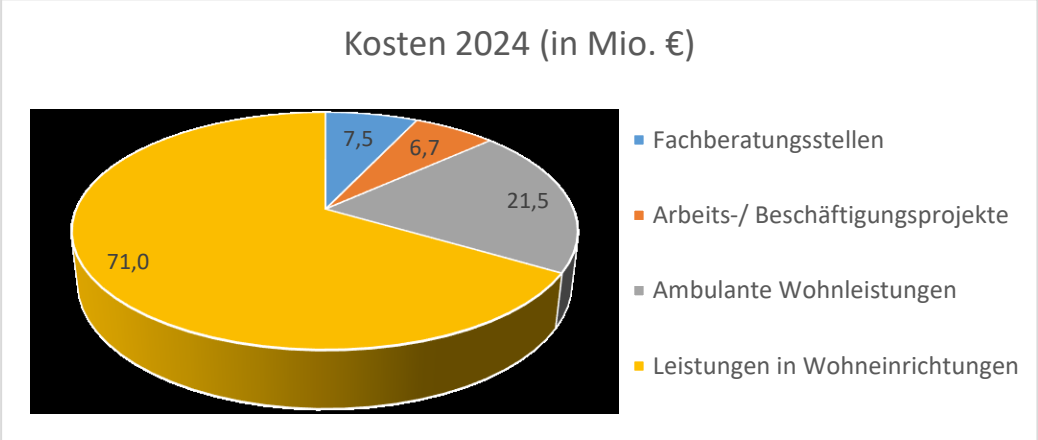
Mit dem am 01.07.2023 in Kraft getretenen Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz - PUEG) ist jetzt eine erneute Reform der Pflegeversicherung vorgenommen worden, die weitere kleine „Reparaturschritte" mit unterschiedlichem Inkrafttreten vorsieht, wie zum Beispiel:

- Erhöhung der Leistungszuschläge in Pflegeheimen nach § 43c SGB XI ab 01.01.2024 um 10 Prozentpunkte im ersten Jahr der Pflegebedürftigkeit und um jeweils 5 Prozentpunkte in den drei Folgejahren,
- Erhöhung des häuslichen Pflegegeldes zum 01.01.2024 um 5 Prozentpunkte, parallel sollen die ambulanten Sachleistungsbeträge angehoben werden,
- Automatische Dynamisierung aller Geld- und Sachleistungen zum 01.01.2025 (um 4,5 Prozentpunkte) und zum 01.01.2028 sowie
- eine Beschleunigung der Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens in der stationären Pflege durch Vorgabe weiterer Ausbaustufen.

Angesichts der Vielzahl von Änderungen in der Pflegeversicherung werden sich für den LVR als nachrangigem Träger der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII zu unterschiedlichen Zeitpunkten finanzielle Be- und Entlastungseffekte ergeben. So führt die Erhöhung der Leistungszuschläge in Pflegeheimen zu Entlastungen, die Einführung der Tarifbindung und des einheitlichen Personalbemessungsinstrumentes sowie die Erhöhung des Pflegegeldes ziehen jedoch neue finanzielle Belastungen für den LVR nach sich. Diese „Wellenbewegung" von Be- und Entlastungen erschweren die Planbarkeit der Aufwendungen für die Hilfe zur Pflege daher nicht nur für das Haushaltsjahr 2024, sondern auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung.

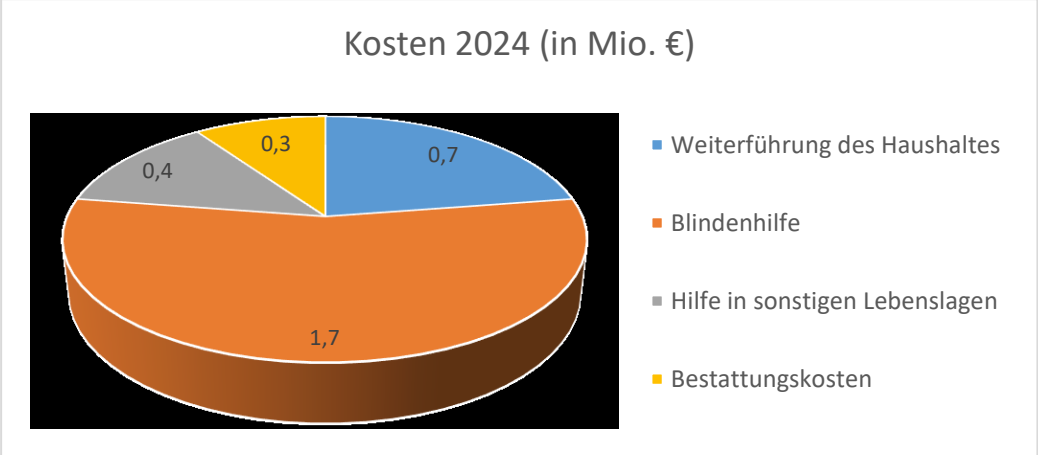
088.03 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Die Kosten für diese Leistungen liegen 2024 bei 106,7 Millionen Euro. Der Aufwendungsersatz von Leistungsberechtigten, die grundsätzlich über Einkommen und Vermögen verfügen, dämpft die Kosten pro Jahr um 9,2 Millionen Euro. Jährlich stehen 5,6 Millionen Euro zur Verfügung, um die bestehenden Angebote um präventive Leistungen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ergänzen zu können sowie aktiv auf Leistungsanbieter zuzugehen, um die Wohnangebote für Frauen im Rahmen der Leistungen nach § 67 SGB XII auszuweiten.



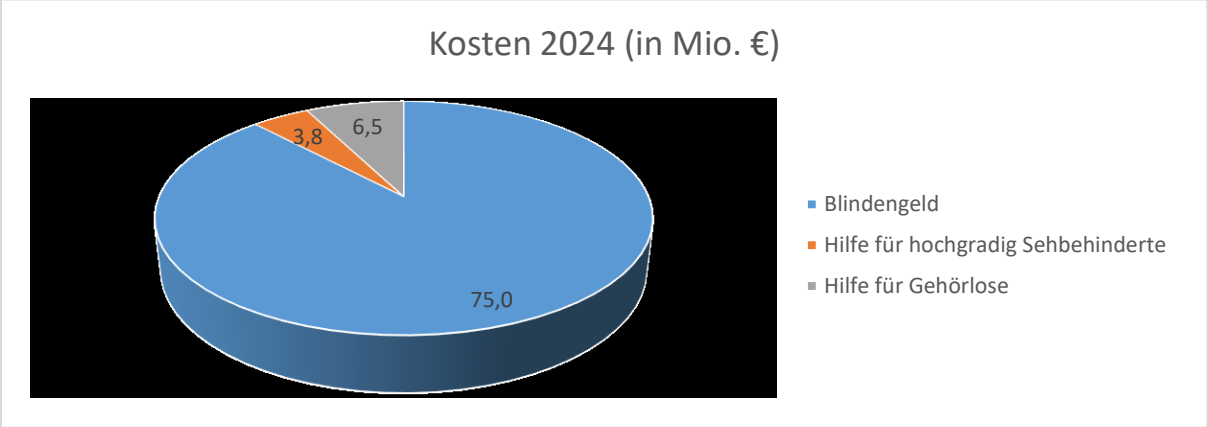
088.04 Hilfe in anderen Lebenslagen

Schließlich leistet die Sozialhilfe auch Unterstützung in weiteren belastenden Lebenslagen, die die oder der Leistungsberechtigte nicht allein bewältigen kann. Die Kosten der Hilfen in andere Lebenslagen belaufen sich in 2024 auf 3,1 Millionen Euro:



4.5. Leistungen nach dem GHBG (PG 089)

Für Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose (GHBG) wurden im Haushaltentwurf 2024 jährlich 85,3 Millionen etatisiert. Die Leistungen werden unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt.



089.01 Blindengeld

Blinde Erwachsene unter 60 Jahren erhalten monatlich ein Blindengeld in Höhe von 841,77 Euro, Kinder und Jugendliche von 421,61 Euro, blinde Menschen nach Vollendung des 60. Lebensjahres in Höhe von 473 Euro. Bei einem Heimaufenthalt wird das Blindengeld gekürzt, wenn die Unterbringungskosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln übernommen werden, jedoch maximal um die Hälfte. Das Verwaltungsgericht Köln hat am 02.05.2023 mit Urteil entschieden, dass diese Regelung auch bei einer Unterbringung in einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe gilt. Ob neben dem Landesblindengeld unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich ganz oder teilweise Blindenhilfe nach § 72 Abs. 3 SGB XII zu bewilligen ist, wurde vom Verwaltungsgericht Köln nicht geklärt. Das finanzielle „Risiko" liegt bei ca. 2,2 Millionen Euro per anno.

089.02 Hilfe für hochgradig Sehbehinderte

Hochgradig sehbehinderte Menschen, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren besseres Auge mit Gläserkorrektur ohne besondere optische Hilfsmittel eine Sehschärfe von nicht mehr als 5 % oder eine gleichwertige Einschränkung ausweist, erhalten auf Antrag eine Hilfe von 77 Euro monatlich. Dank des medizinischen Fortschritts geht die Zahl der

Leistungsberechtigten sowohl beim Blindengeld als auch bei den Hilfen für hochgradig Sehbehinderte stetig zurück.

089.03 Hilfe für Gehörlose

Menschen mit angeborener oder bis zum 18. Lebensjahr erworbener Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit erhalten auf Antrag eine Hilfe von 77 Euro monatlich.

4.6. Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich (PG 090)

Der LVR sieht als moderner Leistungsträger seine Verantwortung, Impulse für die Weiterentwicklungen der Leistungen von Menschen mit Behinderungen zu geben und Innovationen hierzu zu fördern. Etwas mehr als 12 Millionen Euro p. a. stehen für folgende innovative Leistungen und Angebote 2024 zur Verfügung:

090.01 Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (090.01)

Die Förderung der 64 Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen wird jährlich indexbasiert analog der Rentensteigerung in den westdeutschen Flächenländern im Vorjahr angepasst und beträgt ab 2024 94.000 Euro pro Vollzeitstelle (s. Vorlage Nr. 14/3325). Der Landschaftsausschuss hat zudem am 14.02.2023 beschlossen, in allen Gebietskörperschaften die KoKoBe-Trägerverbünde neu zu strukturieren und eine KoKoBe-Verbund-Koordination zu etablieren (Vorlage Nr. 15/1387). Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,8 Millionen Euro in 2024, die Sozial- und Kulturstiftung des LVR beteiligt sich mit rund 670.000 Euro jährlich.

090.02 Beschäftigungsmöglichkeit als Zuverdienst

Mit rund 1,1 Millionen Euro in 2024 fördert der LVR geringfügige Beschäftigungen (Minijobs) von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (s. Vorlage Nr. 14/2108).

090.03 Finanzierung von Urlaubsmaßnahmen

Mit einem Betrag von 669.000 Euro im Jahr werden inklusive Urlaubsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen als freiwillige Leistung des Landschaftsverbandes Rheinland bezuschusst. Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 01.10.2021 eine Verlängerung der Richtlinien zur Förderung von Urlaubsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung bis zum 31.12.2024 beschlossen (Vorlage Nr. 15/498).

090.04 Förderung des LVR-Institutes „Kompass"

Zweck des Institutes ist es, Betroffenen, deren Angehörigen, aber auch Einrichtungen der Behindertenhilfe in besonders schwierigen Situationen im Rahmen der Eingliederungshilfe für geistig behinderte Menschen Beratung anzubieten (s. Vorlage Nr. 12/4045/1). Dafür werden 700.000 Euro jährlich in den Jahren 2024 bis 2027 etatisiert.

090.05 Inklusive Bauprojektförderung

Der LVR fördert seit 2019 Bauprojekte mit inklusivem Charakter. Mit Beschluss der Vorlage Nr. 14/4176 der Landschaftsversammlung vom 30.09.2020 wurden Satzung und Förderrichtlinien zur Inklusiven Bauprojektförderung um die Fördermöglichkeit technischer Ausstattung erweitert. Es werden insgesamt jährlich zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mit denen fehlende Eigenmittel der Projektträger kompensiert werden sollen.

090.06 Erprobung eines selbständigen Wohnens

Im Rahmen des „Probewohnens" soll der Schritt in eine selbstständige Wohnform für Menschen mit Behinderung, die bisher im Elternhaus oder aber auch in einer Wohneinrichtung lebten, erleichtert werden (s. Vorlage Nr. 13/1364/1). Im Haushalt werden dafür 50.000 Euro pro Jahr eingeplant.

090.07 Peer Counseling

Die Peer Beratung in den KoKoBe wird von 2023 bis Ende 2025 auf alle Gebietskörperschaften ausgerollt. Jeder Standort wird dabei mit 40.000 Euro pro Jahr gefördert. Zusätzlich stehen jährlich 80.000 Euro für die Qualifizierung der Peer-Beratenden und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung (Vorlage Nr. 15/1394).

090.08 Vermittlungsaufträge an den Integrationsfachdienst

Möchte eine Person, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich nach § 58 SGB IX hat, das Budget für Arbeit bei einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber in Anspruch nehmen, erfolgt ein Teilhabeplanverfahren durch den Träger der Eingliederungshilfe. Zur Bedarfsermittlung und Vorbereitung auf ein Budget für Arbeit erfolgt ein Vermittlungsauftrag an den Integrationsfachdienst. Dafür wurden pro Jahr 500.000 Euro etatisiert (s. Vorlage Nr. 14/2065).

090.09 Sozialraumorientierte Stadtteilentwicklung

In drei Modellkommunen sollen praxistaugliche Verfahren und Instrumente entwickelt werden, die es dem LVR-Fallmanagement ermöglichen, auf der Basis der ICF-Umweltfaktoren fallübergreifend Barrieren zu erkennen, die der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe entgegenstehen. Dafür stehen 250.000 Euro per anno zur Verfügung. Der Landschaftsausschuss hatte am 07.12.2022 beschlossen, das Modellprojekt bis zum 31.07.2025 zu verlängern (Vorlage Nr. 15/1245/1).

090.11 Empfängnisverhütung ab dem 23. Lebensjahr

Der Landschaftsausschuss hat am 09.12.2019 beschlossen, dass der LVR die notwendigen Kosten für Kontrazeptiva für Bewohner*innen in den besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe ab dem 01.01.2020 als freiwillige Leistung der Hilfe zur Familienplanung auf der Grundlage der Vorlage Nr. 14/3715/1 übernimmt. Dies gilt auch für den Bereich des ambulant betreuten Wohnens auf Antrag im Einzelfall. Die Kosten belaufen sich auf ca. 50.000 Euro pro Jahr.

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1836

öffentlich

Datum: 08.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 21
Bearbeitung: Frau Uncu/Herr Geier/Frau Thomaschewski

Schulausschuss	**04.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Beschluss**
Landesjugendhilfeausschuss	**21.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf 2024
hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Haushaltes 2024 für die Produktgruppen
1. des Dezernates 4: PG 074 und PG 086 (Produktbereich 05)
2. des Dezernates 5: PG 034, PG 035, PG 041 und PG 075 (Produktbereich 05) und
3. des Dezernates 7: PG 016, PG 017, PG 087, PG 088, PG 089, PG 090 (Produktbereich 05) und PG 065 (Produktbereich 07)
wird gemäß Vorlage Nr. 15/1836 zugestimmt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	ja

In Vertretung

H ö t t e

Zusammenfassung:

Mit Vorlage Nr. 15/1814 wird der Entwurf des LVR-Haushaltes 2024 am 30. August 2023 in die Landschaftsversammlung eingebracht. Die Beratung wird vorbehaltlich des Beschlusses der Landschaftsversammlung entsprechend in die Fachausschüsse verwiesen.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1836:

Als Fachausschuss ist der Sozialausschuss für die Beratung nachfolgend aufgeführter Produktgruppen des LVR-Haushaltes zuständig:

1. Dezernat 4 – Kinder, Jugend und Familie

Produktbereich 05	**Soziale Leistungen**	**Seiten**
PG 074	Elementarbildung / Soziale Teilhabe	104 – 118
PG 086	Eingliederungshilfe nach Kapitel 9 SGB IX	130 – 141

2. Dezernat 5 – Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung

Produktbereich 05	**Soziale Leistungen**	**Seiten**
PG 034	Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	24 – 29
PG 035	Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	30 – 64
PG 041	Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	66 – 94
PG 075	Soziales Entschädigungsrecht	120 – 129

3. Dezernat 7 – Soziales

Produktbereich 05	**Soziale Leistungen**	**Seiten**
PG 016	Verwaltung des Dezernates Soziales	6 – 11
PG 017	Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG Umstellungsphase	12 – 22
PG 087	SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	142 – 162
PG 088	Leistungen nach dem SGB XII	164 – 187
PG 089	Leistungen nach dem GHBG	188 – 195
PG 090	Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich	196 – 211
Produktbereich 07	**Gesundheitsdienste und Altenpflege**	
PG 065	Durchführung des Altenpflegegesetzes	96 – 103

In Vertretung

H ö t t e

Landschaftsverband Rheinland



Haushaltssatzung

Haushaltsplan

NKF

HAUSHALTSJAHR

2024

Entwurf

LVR
Qualität für Menschen

Sozialausschuss

Produktgruppe 016 Verwaltung des Dezernates Soziales (Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dezernat 7) ..... Seite 6

Produktgruppe 017 Leistungen für Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
Hinweis: Ab den Haushaltsjahren 2020/21 werden in der PG017 bis zur Beendigung der Umstellung auf die neue Finanzierungssystematik nach dem BTHG nur noch ambulante Leistungen zum selbständigen Wohnen und Leistungen zum stationären Wohnen dargestellt ..... Seite 12

Produktgruppe 034 Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen ..... Seite 24

Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen ..... Seite 30

Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen ..... Seite 66

Produktgruppe 065 Durchführung des Altenpflegegesetzes ..... Seite 96

Produktgruppe 074 Elementarbildung / Soziale Teilhabe..... Seite 104

Produktgruppe 075 Soziales Entschädigungsrecht ..... Seite 120

Produktgruppe 086 Eingliederungshilfe nach Kapitel 9 SGB IX..... Seite 130

Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien..... Seite 142

Produktgruppe 088 Leistungen nach dem SGB XII ..... Seite 166

Produktgruppe 089 Leistungen nach dem GHBG ..... Seite 190

Produktgruppe 090 Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich ..... Seite 198

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 016**
Verwaltung des Dezernates Soziales
(Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dezernat 7) | **LVR-Dezernent**
Herr Dirk Lewandrowski

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	86.414,55	0	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	**0**	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.525,00	20.000	**20.000**	20.000	20.000	20.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	129.683,91	80.000	**100.000**	100.000	100.000	100.000
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.206,83	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	239.830,29	100.000	**120.000**	120.000	120.000	120.000
11	- Personalaufwendungen	46.049.015,81	43.400.756	**56.783.348**	57.919.016	59.077.396	60.258.944
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.989.457,40	10.980.000	**12.465.000**	12.465.000	12.465.000	12.465.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	49.445,00	60.000	**60.000**	60.000	60.000	60.000
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	331.995,75	586.500	**683.500**	683.500	683.500	683.500
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	57.419.913,96	55.027.256	**69.991.848**	71.127.516	72.285.896	73.467.444
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	57.180.083,67-	54.927.256-	**69.871.848-**	71.007.516-	72.165.896-	73.347.444-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	11.751,24	1	**1**	1	1	1
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	11.751,24-	1-	**1-**	1-	1-	1-
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	57.191.834,91-	54.927.257-	**69.871.849-**	71.007.517-	72.165.897-	73.347.445-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	57.191.834,91-	54.927.257-	**69.871.849-**	71.007.517-	72.165.897-	73.347.445-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	57.191.834,91-	54.927.257-	**69.871.849-**	71.007.517-	72.165.897-	73.347.445-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Hier werden in erster Linie Erstattungen von Krankenkassen für Mitarbeiterinnen in der Zeit des Mutterschutzes ausgewiesen.

Zeile 11: Personalaufwendungen

Die Details zu den Personalaufwendungen können dem Stellenplan entnommen werden.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Hier werden im Wesentlichen die IT Kosten des Dezernates Soziales ausgewiesen. Für das Haushaltsjahr (HH) 2024 sind dafür **12 Mio. EUR** geplant.
Das Dezernat Soziales ist bestrebt, im Rahmen des Projektes "Digitales Dezernat" die Digitalisierung des Dezernates weiter voranzutreiben.

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hier werden Aufwendungen für Fortbildungen und Dienstreisen, Beiträge an Vereine und Verbände sowie Veranstaltungskosten, angezeigt.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 016 Verwaltung des Dezernates Soziales (Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dezernat 7)	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Personalplan im NKF-Haushalt	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Beamte	299,03	521,50	538,00
Tariflich Beschäftigte	370,60	220,00	293,50

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 016 Verwaltung des Dezernates Soziales (Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dezernat 7)	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	198.548,28	100.000	**120.000**	**0**	120.000	120.000	120.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	59.000.717,51	54.967.257	**69.990.849**	**0**	71.126.517	72.284.897	73.466.445
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	58.802.169,23-	54.867.257-	**69.870.849-**	**0**	71.006.517-	72.164.897-	73.346.445-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.332,00	16.000	**16.000**	**0**	16.000	16.000	16.000
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	3.332,00	16.000	**16.000**	**0**	16.000	16.000	16.000
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.454,72	50.000	**50.000**	**0**	50.000	50.000	50.000
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	5.454,72	50.000	**50.000**	**0**	50.000	50.000	50.000
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	2.122,72-	34.000-	**34.000-**	**0**	34.000-	34.000-	34.000-

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	58.804.291,95-	54.901.257-	**69.904.849-**	**0**	71.040.517-	72.198.897-	73.380.445-

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 017** | **LVR-Dezernent**

Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase | **Herr Dirk Lewandrowski**

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.234.573,38	31.000.000	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	59.600.272,90	55.300.000	**59.100.000**	59.100.000	59.100.000	59.100.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.754.450,75	2.000.000	**1.014.000**	1.014.000	1.014.000	1.014.000
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.319.504,17	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	75.908.801,20	88.300.000	**60.114.000**	60.114.000	60.114.000	60.114.000
11	- Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.147.041,34	20.000.000	**0**	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	1.886.781.979,32	1.985.216.788	**2.032.300.000**	2.065.000.000	2.122.300.000	2.181.600.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	326.236,52	1	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	1.903.255.257,18	2.005.216.789	**2.032.300.000**	2.065.000.000	2.122.300.000	2.181.600.000
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	1.827.346.455,98-	1.916.916.789-	**1.972.186.000-**	2.004.886.000-	2.062.186.000-	2.121.486.000-
19	+ Finanzerträge	63.232,51	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	63.232,51	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	1.827.283.223,47-	1.916.916.789-	**1.972.186.000-**	2.004.886.000-	2.062.186.000-	2.121.486.000-
23	+ Außerordentliche Erträge	6.000.000,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	6.000.000,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	1.821.283.223,47-	1.916.916.789-	**1.972.186.000-**	2.004.886.000-	2.062.186.000-	2.121.486.000-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	1.821.283.223,47-	1.916.916.789-	**1.972.186.000-**	2.004.886.000-	2.062.186.000-	2.121.486.000-

E r l ä u t e r u n g e n :

Seit dem Haushaltsjahr 2020 werden in der PG 017 bis zur Beendigung der Umstellung auf die neue Finanzierungssystematik nach dem BTHG die ambulanten Leistungen zum selbständigen Wohnen und die Leistungen zu den besonderen Wohnformen ehemals stationären Wohnen dargestellt.
Nach der Umstellung erfolgt die Abbildung der Kosten in der neuen PG 087 auf dem Teilprodukt 087.04.002 Assistenzleistungen.

Kennzahlen:

2024	Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten
22.750	StaWo
50.500	BeWo

Zeile 10: Ordentliche Erträge
Die Leistungen der Pflegeversicherung (**50 Mio. EUR**) machen den Hauptteil der hier ausgewiesenen Erträge aus.

Zeile 15: Transferaufwendungen

2024	Produkte
1.278.700.000 EUR	Aufwendungen für besondere Wohnformen ehemals stationäres Wohnen
714.600.000 EUR	Aufwendungen für das ambulant betreute Wohnen

Deckungsvermerk zwischen der PG 017 und der PG 087 :
Die Zuschussbudgets der Produktgruppen 017 und 087 werden im Haushaltsjahr 2024 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Weitere Details können den Produktdarstellungen entnommen werden.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 017 Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst ab dem Haushaltsjahr 2020/21 die Produkte:

017.07 Ambulante Leistungen zum selbständigen Wohnen
017.08 Leistungen zum stationären Wohnen
017.15 Leistungen nach dem SodEG
017.16 Mehrkosten durch Corona

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 017 Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Produkt 01707 Ambulante Leistungen zum selbständigen Wohnen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	626.966.277-	606.000.000-	719.000.000-
- Erträge	9.210.022	3.000.000	4.600.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	636.176.298	609.000.000	723.600.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**626.966.277-**	**606.000.000-**	**719.000.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 017 Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Produkt 01708 Leistungen zum stationären Wohnen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.192.877.522-	1.218.115.615-	1.253.200.000-
- Erträge	62.580.182	54.300.000	55.500.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.255.457.704	1.272.415.615	1.308.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.192.877.522-**	**1.218.115.615-**	**1.253.200.000-**

Produkt 01713 Darlehensverwaltung

Beschreibung

Darlehensverwaltung für (Pflege-)Einrichtungen, die nach dem PfG NW gefördert wurden.

Ziele

Restabwicklung von bereits bewilligten Projekten

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	76.335	0	14.000
- Erträge	76.335	0	14.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**76.335**	**0**	**14.000**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 017 Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Produkt 01715 Leistungen nach dem SodEG

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	211.389-	0	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	211.389	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**211.389-**	**0**	**0**

Produkt 01716 Mehrkosten durch Corona

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	0	0	0
- Erträge	10.105.496	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	10.105.496	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 017 Eingliederungshilfe zum Wohnen während der BTHG-Umstellungsphase	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	74.631.327,43	87.300.000	**60.114.000**	**0**	60.114.000	60.114.000	60.114.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.856.537.981,19	2.005.216.788	**2.032.300.000**	**0**	2.065.000.000	2.122.300.000	2.181.600.000
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	1.781.906.653,76-	1.917.916.788-	**1.972.186.000-**	**0**	2.004.886.000-	2.062.186.000-	2.121.486.000-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	5.424.091,28	4.993.558	**4.886.077**	**0**	4.886.077	4.886.077	4.886.077
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	5.424.091,28	4.993.558	**4.886.077**	**0**	4.886.077	4.886.077	4.886.077
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	5.424.091,28	4.993.558	**4.886.077**	**0**	4.886.077	4.886.077	4.886.077

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	1.776.482.562,48-	1.912.923.230-	**1.967.299.923-**	**0**	1.999.999.923-	2.057.299.923-	2.116.599.923-

Erläuterung der wesentlichen Inhalte des Teilfinanzplanes:

Zeile 06: Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen
In 2022 ff. werden jeweils ca. **5,0 Mio. EUR** der an Sozialhilfe- und Pflegeeinrichtungen vergebenen Darlehen an den LVR zurückgezahlt.

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 034** | **LVR-Dezernentin**

Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	86.082,69	0	**41.200**	41.200	41.200	41.200
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	**0**	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.016.165,34	835.000	**1.082.500**	1.082.500	1.082.500	1.082.500
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.017,98	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	1.104.266,01	835.000	**1.123.700**	1.123.700	1.123.700	1.123.700
11	- Personalaufwendungen	7.387.580,75	6.209.598	**8.704.640**	8.878.733	9.056.308	9.237.434
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.782,62	32.900	**23.000**	23.000	23.000	23.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.460,00	3.600	**4.300**	4.300	4.300	4.300
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.752,49	1.149.664	**55.100**	55.100	55.100	55.100
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	7.475.575,86	7.395.762	**8.787.040**	8.961.133	9.138.708	9.319.834
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	6.371.309,85-	6.560.762-	**7.663.340-**	7.837.433-	8.015.008-	8.196.134-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	6.371.309,85-	6.560.762-	**7.663.340-**	7.837.433-	8.015.008-	8.196.134-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	6.371.309,85-	6.560.762-	**7.663.340-**	7.837.433-	8.015.008-	8.196.134-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	90.072,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.072,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	6.371.309,85-	6.560.762-	**7.663.340-**	7.837.433-	8.015.008-	8.196.134-

E r l ä u t e r u n g e n :

Die Verwaltungskosten zur Bewirtschaftung der Produktgruppe 041 sind in der Produktgruppe 034 abgebildet.
Nach den rechtlichen Vorgaben dürfen diese nicht zu Gunsten bzw. zu Lasten der Ausgleichsabgabe (PG 041) abgerechnet werden.

Zeile 06: Kostenerstattungen und -umlagen
Hier werden ausschließlich Personalkostenerstattungen ausgewiesen.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Veranschlagt zur Abrechnung von Honoraren der in Widerspruchsverfahren zu beauftragenden Gebärdensprachendolmetscher*innen sowie für die Aufwendungen der BIH-Geschäftsstelle.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 034 Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Personalplan im NKF-Haushalt	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Beamte	40,02	62,50	59,50
Tariflich Beschäftigte	48,81	36,50	42,50

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 034
Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

LVR-Dezernentin
Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.227.509,36	835.000	**1.122.500**	**0**	1.122.500	1.122.500	1.122.500
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.499.199,72	7.392.162	**8.782.740**	**0**	8.956.833	9.134.408	9.315.534
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	6.271.690,36-	6.557.162-	**7.660.240-**	**0**	7.834.333-	8.011.908-	8.193.034-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 034** | **LVR-Dezernentin**

Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	6.271.690,36-	6.557.162-	**7.660.240-**	**0**	7.834.333-	8.011.908-	8.193.034-

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 035
Soziale Entschädigungsleistungen
für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen

LVR-Dezernentin
Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	441,00	100	**100**	100	100	100
03	+ Sonstige Transfererträge	3.974.915,06	4.337.500	**3.917.600**	3.917.600	3.917.600	3.917.600
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14.213.636,20	14.505.800	**16.811.100**	16.811.100	16.811.100	16.811.100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	220,84	500	**500**	500	500	500
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	18.189.213,10	18.843.900	**20.729.300**	20.729.300	20.729.300	20.729.300
11	- Personalaufwendungen	1.896.945,50	1.690.802	**2.056.108**	2.097.230	2.139.175	2.181.959
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.921,01	34.100	**31.600**	31.600	31.600	31.600
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.715,00	6.900	**7.100**	7.100	7.100	7.100
15	- Transferaufwendungen	18.607.206,61	22.727.300	**20.703.100**	20.703.100	20.703.100	20.703.100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.786,41-	518.100	**20.200**	20.200	20.200	20.200
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	20.497.001,71	24.977.202	**22.818.108**	22.859.230	22.901.175	22.943.959
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	2.307.788,61-	6.133.302-	**2.088.808-**	2.129.930-	2.171.875-	2.214.659-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	2.307.788,61-	6.133.302-	**2.088.808-**	2.129.930-	2.171.875-	2.214.659-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	2.307.788,61-	6.133.302-	**2.088.808-**	2.129.930-	2.171.875-	2.214.659-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	2.307.788,61-	6.133.302-	**2.088.808-**	2.129.930-	2.171.875-	2.214.659-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 03: Sonstige Transfererträge
Es handelt sich überwiegend um Erträge aus Leistungen von Sozialleistungsträgern (Renten, Pflegeversicherung) und Kostenbeiträge.

Zeile 06: Kostenerstattungen und Kostenumlagen
Enthalten sind hier insbesondere die Erstattungsleistungen des Landes.

Die nicht durch Transfererträge gedeckten Transferaufwendungen werden bei den im Haushalt des LVR dargestellten Leistungen der Teilhabe, Besondere Leistungen im Einzelfall und Besitzstandsleistungen KOF nach dem SGB XIV vom Land NRW refinanziert.

Die Erstattungsquote war bis 31.12.2023 abhängig von den für die verschiedenen Personenkreise geltenden Anspruchsgrundlagen (z.B. Bundesversorgungsgesetz, Häftlingshilfegesetz: 80 %; Zivildienstgesetz: 100%; bei Auslandsfürsorge immer 100%).
Ab dem 01.01.2024 erfolgt eine 100%ige Refinanzierung der Leistungen durch das Land NRW.

Zeile 15: Transferaufwendungen
Veranschlagt sind Transferaufwendungen der o.g. Leistungen für Leistungsempfänger*innen nach dem SGB XIV.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte:
035.01 Leistungen zur Erziehung, Ausbildung, Beschäftigung
035.02 Leistungen zum Wohnen
035.03 Leistungen für den Lebensunterhalt
035.04 Leistungen für die Gesundheit
035.05 Leistungen für pflegebedürftige Menschen
035.06 Leistungen für besondere Bedarfsituationen
035.07 Investitionskostenförderung für Altenpflegeeinrichtungen
035.08 Leistungen für Berechtigte im Ausland

Die in der Produktgruppe 035 abgebildeten Produkte spiegeln noch den Gesetzesstand des Bundesversorgungsgesetzes mit seinen Nebengesetzen bis einschließlich 31.12.2023 wider. Eine Überarbeitung der Produktstruktur ist aufgrund eines derzeit nicht realisierbaren IT Bundesprojektes für die nächsten Haushaltsjahre nicht durchführbar.

Das in Teilen geänderte und neu benannte Leistungsspektrum der bisherigen Kriegsopferfürsorge, sprich der fürsorgerischen Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechtes ist über die bisherigen Produkte jedoch weiterhin abbildbar. Zur Sicherstellung der Zahlbarmachung der Leistungen an die berechtigten Personen wird daher bis auf weiteres der bisherige Produktkatalog verwendet.

Zielgruppe(n):
Berechtigte nach dem Sozialen Entschädigungsrecht: wie z.B:
- Kriegsopfer (Beschädigte, Kriegshinterbliebene) des 2. Weltkrieges,
- Berechtigte nach dem Opferentschädigungsgesetz
- Berechtigte nach dem Infektionsschutzgesetz (Impfschäden)
- u. a. m.

Besonderheiten/Hinweise

Die Leistungen für die inzwischen annähernd gleich große Gruppe der Opfer von Gewalttaten, Impfgeschädigte und weiteren Personen sind wie bisher nicht im Haushaltsplan des LVR aufgeführt, da hier bereits seit Jahrzehnten eine 100%ige Refinanzierung durch das Land NRW erfolgt.

Das Leistungsspektrum umfasst die bisherigen Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die mit Inkrafttreten des SGB XIV als Leistungen zur Teilhabe (z.B. Teilhabe am Arbeitsleben, Soziale Teilhabe), sowie Besondere Leistungen im Einzelfall (Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes) sowie Leistungen im Besitzstand (wie z.B. die Leistungen zur ambulanten und stationären Pflege) fortgeführt werden.

Personalplan im NKF-Haushalt	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Beamte	19,09	31,00	28,00
Tariflich Beschäftigte	11,01	7,50	10,50

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03501 Leistungen zur Erziehung, Ausbildung, Beschäftigung

Beschreibung

Teilprodukte

035.01.003 Leistungen zur beruflichen Bildung

035.01.004 Leistungen zur Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen

035.01.005 Leistungen zur Tagesstrukturierung für Menschen mit Behinderungen, die in einer eigenen Wohnung leben

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	511.536-	886.400-	827.700-
- Erträge	271.197	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	782.733	886.400	827.700
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**511.536-**	**886.400-**	**827.700-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03501001 Leistungen zur vorschulischen Bildung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	223.828	0	0
- Erträge	246.458	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	22.630	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**223.828**	**0**	**0**

Teilprodukt 03501003 Leistungen zur beruflichen Bildung

Ziele

Von den Empfänger*innen der Leistungen der beruflichen Bildung sind mindestens 70 % in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	1	1	1
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	- 20.746,00	34.600,00	35.600,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	20.746	34.600-	35.600-
- Erträge	24.739	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	3.993	34.600	35.600
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**20.746**	**34.600-**	**35.600-**

Teilprodukt 03501004 Leistungen zur Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen

Ziele

Erwachsene erhalten eine angemessene Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen - möglichst mit der Perspektive zum Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Leistungsempfänger*innen am 31.12.	35	40	37
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	21.321,00	21.412,00	21.643,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	746.241-	851.800-	792.100-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	746.241	851.800	792.100
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**746.241-**	**851.800-**	**792.100-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03501005 Leistungen zur Tagesstrukturierung für Menschen mit Behinderungen, die in einer eigenen Wohnung leben

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	9.869-	0	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	9.869	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**9.869-**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03502 Leistungen zum Wohnen

Beschreibung

Teilprodukte

035.02.001 Leistungen zur Assistenz/Betreutes Wohnen

035.02.002 Leistungen in besonderen Wohnformen (ehemals stationäres Wohnen)

035.02.003 Behindertengerechte Wohnraumgestaltung

035.02.004 Weiterführung des Haushalts

Ziele

Die leistungsberechtigten Personen erhalten bedarfsgerechte Hilfen zum Wohnen.

Wohnungen werden behindertengerecht ausgebaut bzw. eingerichtet. Zum Verbleib im häuslichen Bereich wird die Haushaltsführung unterstützt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	8.575.474-	9.310.900-	8.678.900-
- Erträge	441.453	464.100	431.500
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	9.016.927	9.775.000	9.110.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**8.575.474-**	**9.310.900-**	**8.678.900-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03502001 Leistungen zur Assistenz/Betreutes Wohnen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Leistungsempfänger*innen am 31.12.	17	23	21
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	29.412,00	16.851,00	17.201,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	500.000-	380.200-	368.700-
- Erträge	180	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	500.180	380.200	368.700
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**500.000-**	**380.200-**	**368.700-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03502002 Leistungen in bes. Wohnformen/ehemals stationäres Wohnen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	133	114	103
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	6.371,00	81.313,00	84.025,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	7.988.599-	8.822.700-	8.205.300-
- Erträge	438.747	464.100	431.500
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	8.427.345	9.286.800	8.636.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**7.988.599-**	**8.822.700-**	**8.205.300-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03502003 Behindertengerechte Wohnraumgestaltung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.		0	
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR		0,00	
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	37.814-	45.100-	46.400-
- Erträge	305	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	38.119	45.100	46.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**37.814-**	**45.100-**	**46.400-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03502004 Weiterführung des Haushalts

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	13	12	10
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	2.697,00	5.173,00	6.014,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	49.061-	62.900-	58.500-
- Erträge	2.221	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	51.283	62.900	58.500
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**49.061-**	**62.900-**	**58.500-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03503 Leistungen für den Lebensunterhalt

Beschreibung

Teilprodukt

035.03.002 Leistungen für den Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Ziele

Der individuell notwendige Lebensunterhalt wird außerhalb von (Pflege-) Einrichtungen sichergestellt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	682.063-	1.335.800-	1.202.200-
- Erträge	26.729	4.600	4.200
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	708.792	1.340.400	1.206.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**682.063-**	**1.335.800-**	**1.202.200-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03503002 Leistungen für den Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	107	124	112
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	6.374,00	10.779,00	10.778,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	682.063-	1.335.800-	1.202.200-
- Erträge	26.729	4.600	4.200
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	708.792	1.340.400	1.206.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**682.063-**	**1.335.800-**	**1.202.200-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03504 Leistungen für die Gesundheit

Beschreibung

Teilprodukte

035.04.001 Leistungen der Erholungshilfe

035.04.002 Leistungen der medizinischen Rehabilitation, Krankenhilfe und Hilfsmittel

Ziele

Die leistungsberechtigten Personen erhalten bedarfsgerechte Hilfen zur Erhaltung der Gesundheit.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	78.729-	151.100-	0
- Erträge	1.309	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	80.039	151.100	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**78.729-**	**151.100-**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03504001 Leistungen der Erholungshilfe

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen im Kalenderjahr	45	41	
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	1.505,00	3.346,00	
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	67.715-	138.600-	0
- Erträge	1.309	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	69.025	138.600	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**67.715-**	**138.600-**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03504002 Leistungen der medizinischen Rehabilitation, Krankenhilfe und Hilfsmittel

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen im Kalenderjahr	39	32	
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	282,00	394,00	
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	11.014-	12.500-	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	11.014	12.500	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**11.014-**	**12.500-**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03505 Leistungen für pflegebedürftige Menschen

Beschreibung

Teilprodukte

035.05.001 Ambulante Leistungen der Hilfe zur Pflege

035.05.002 Teilstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege

035.05.003 Vollstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege

Ziele

Die Leistungsberechtigten erhalten eine bedarfsgerechte Versorgung und Pflege in ihrer häuslichen Umgebung oder in teil- bzw. vollstationären Pflegeeinrichtungen, dabei liegt die Priorität in der häuslichen Pflege.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	9.797.454	8.394.200	11.282.100
- Erträge	17.444.723	18.375.100	20.293.500
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	7.647.269	9.980.900	9.011.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**9.797.454**	**8.394.200**	**11.282.100**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03505001 Ambulante Leistungen der Hilfe zur Pflege

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	27	31	25
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	9.519,00	5.755,00	7.231,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	255.725-	178.000-	183.400-
- Erträge	1.279	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	257.003	178.000	183.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**255.725-**	**178.000-**	**183.400-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03505002 Teilstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	3	2	2
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	20.405,00	26.900,00	26.900,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	61.214-	53.800-	53.800-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	61.214	53.800	53.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**61.214-**	**53.800-**	**53.800-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03505003 Vollstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	225	247	202
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	10.114.393	8.626.000	11.519.300
- Erträge	17.443.444	18.375.100	20.293.500
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	7.329.051	9.749.100	8.774.200
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**10.114.393**	**8.626.000**	**11.519.300**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03506 Leistungen für besondere Bedarfssituationen

Beschreibung

Teilprodukte

035.06.001 Leistungen an blinde Menschen

035.06.002 Leistungen für altersbedingte ambulante Hilfen und Förderung der Kommunikation

035.06.003 Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	193.174-	339.200-	316.300-
- Erträge	3.140	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	196.314	339.200	316.300
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**193.174-**	**339.200-**	**316.300-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03506001 Leistungen an blinde Menschen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	16	19	16
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	6.412,00	7.357,00	7.791,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	101.803-	138.200-	124.400-
- Erträge	786	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	102.589	138.200	124.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**101.803-**	**138.200-**	**124.400-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03506002 Leistungen für altersbedingte ambulante Hilfen und Förderung der Kommunikation

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsempfänger*innen am 31.12.	125	132	108
- Durchschn. jährl. Bruttoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	718,00	881,00	967,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	88.053-	116.100-	104.500-
- Erträge	1.640	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	89.693	116.100	104.500
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**88.053-**	**116.100-**	**104.500-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03506003 Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	3.318-	84.900-	87.400-
- Erträge	714	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	4.032	84.900	87.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**3.318-**	**84.900-**	**87.400-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 03507 Investitionskostenförderung für Altenpflegeeinrichtungen

Beschreibung

Teilprodukte

035.07.001 Pflegewohngeld - vollstationäre Pflegeeinrichtungen

035.07.002 Aufwendungszuschuss - Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege

Ziele

Die Leistungsberechtigten bleiben hinsichtlich der Kosten der Unterbringung so lange als möglich unabhängig von den Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	152.769-	280.400-	254.300-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	152.769	280.400	254.300
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**152.769-**	**280.400-**	**254.300-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03507001 Pflegewohngeld - vollstationäre Pflegeeinrichtungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Bewohner*innen, für deren Heimplatz Pflegewohngeld gezahlt wird, am 31.12.	15	29	24
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand je Leistungsempfänger*in in EUR	9.232,00	9.013,00	9.891,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	138.477-	260.600-	234.500-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	138.477	260.600	234.500
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**138.477-**	**260.600-**	**234.500-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03507002 Aufwendungszuschuss - Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Bewohner*innen, für deren Heimplatz Aufwendungszuschuss gezahlt wird am 31.12.	5	3	3
- Durchschn. jährl. Nettoaufwand pro Pflegeplatz in EUR	2.858,00	5.748,00	6.926,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	14.292-	19.800-	19.800-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	14.292	19.800	19.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**14.292-**	**19.800-**	**19.800-**

Produkt 03508 Leistungen für Berechtigte im Ausland

Beschreibung

Teilprodukt

035.08.002 Ambulante Leistungen für Berechtigte im Ausland

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	0	2.700-	2.700-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	2.700	2.700
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**0**	**2.700-**	**2.700-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 03508002 Ambulante Leistungen für Berechtigte im Ausland

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	0	2.700-	2.700-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	2.700	2.700
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**0**	**2.700-**	**2.700-**

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 035
Soziale Entschädigungsleistungen
für Kriegsopfer und ihnen gleichgestellte Personen

LVR-Dezernentin
Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.477.560,25	18.843.800	**20.729.200**	**0**	20.729.200	20.729.200	20.729.200
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.467.171,96	24.970.302	**22.811.008**	**0**	22.852.130	22.894.075	22.936.859
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	4.989.611,71-	6.126.502-	**2.081.808-**	**0**	2.122.930-	2.164.875-	2.207.659-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	42.138,48	62.000	**62.000**	**0**	62.000	62.000	62.000
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	42.138,48	62.000	**62.000**	**0**	62.000	62.000	62.000
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	3.887,00	56.000	**56.000**	**0**	56.000	56.000	56.000
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	3.887,00	56.000	**56.000**	**0**	56.000	56.000	56.000
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	38.251,48	6.000	**6.000**	**0**	6.000	6.000	6.000

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	4.951.360,23-	6.120.502-	**2.075.808-**	**0**	2.116.930-	2.158.875-	2.201.659-

H a u s h a l t s v e r m e r k :

Im LVR-Gesamtfinanzplan sind auch die Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit der PG 035 anteilig enthalten.
Das sich für die Produktgruppe 035 für die lfd. Verwaltungstätigkeit ergebende Zuschussbudget beträgt 2024 = 2.081.808 €.
Im Rahmen des Zuschussbudgets besteht einseitige Deckungsfähigkeit zu Gunsten der Gewährung von Darlehen in PG 035.

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 041** | **LVR-Dezernentin**

Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

Frau Dr. Alexandra Schwarz

		Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
			2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.037.685,05-	10.000	**0**	0	0	0
03	+	Sonstige Transfererträge	100.945.871,13	89.411.400	**102.620.400**	102.620.400	102.620.400	102.620.400
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.825.835,99	5.603.600	**8.050.600**	8.050.600	8.050.600	8.050.600
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	537.656,96	8.352.100	**501.300**	501.300	501.300	501.300
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	110.271.679,03	103.377.100	**111.172.300**	111.172.300	111.172.300	111.172.300
11	-	Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	971.322,29	1.849.900	**1.150.500**	1.150.500	1.150.500	1.150.500
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	6.004,00	14.000	**14.000**	14.000	14.000	14.000
15	-	Transferaufwendungen	94.482.187,95	101.086.000	**103.174.900**	103.174.900	103.174.900	103.174.900
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.303.111,49	964.500	**7.154.700**	7.154.700	7.154.700	7.154.700
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	110.762.625,73	103.914.400	**111.494.100**	111.494.100	111.494.100	111.494.100
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	490.946,70-	537.300-	**321.800-**	321.800-	321.800-	321.800-
19	+	Finanzerträge	590.946,70	637.300	**421.800**	421.800	421.800	421.800
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	100.000,00	100.000	**100.000**	100.000	100.000	100.000
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	490.946,70	537.300	**321.800**	321.800	321.800	321.800
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	0,00	0	**0**	0	0	0
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	0,00	0	**0**	0	0	0
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**=**	**Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	0,00	0	**0**	0	0	0

E r l ä u t e r u n g e n :

Bei der Produktgruppe (PG) 041 handelt es sich um "Sondervermögen" des LVR, welches im Teilergebnisplan ausgeglichen zu planen ist.
Der Teilfinanzplan ist unter Einbeziehung der finanziellen Reserven der Ausgleichsabgabe bei Banken (Finanzmittelfonds) ausgeglichen darzustellen, wobei ein Überschuss aller auf die PG 041 entfallenden Zahlungen die Erhöhung des Finanzmittelfonds, ein Zahlungsfehlbedarf dessen Reduzierung zur Folge hat.

Insoweit steht die PG 041 zur Gesamtdeckung des LVR-Haushaltes nach § 20 GemHVO nicht zur Verfügung.

Entwicklung des Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe:

	Bilanzwert* 31.12.2022 Entwurf	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027
Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe		215.489.017	207.681.917	201.421.017	195.160.117	188.899.217
Änderung des Bestandes an Finanzmitteln unter Berücksichtigung aller auf die PG 041 entfallenden Zahlungen für laufende Verwaltungs-, Investitions-, sowie Finanzierungstätigkeit		-7.807.100	-6.260.900	-6.260.900	-6.260.900	-6.260.900
fortgeschriebener Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe	215.489.017	207.681.917	201.421.017	195.160.117	188.899.217	182.638.317

* Der Bilanzwert des Finanzmittelfonds berücksichtigt die Wertpapiere des Anlage- und Umlagevermögens sowie die Geldbestände auf Girokonten.

Zeile 17: Saldo Investitionstätigkeit
Im Ergebnis 2022 sind Zahlungen in Höhe von rd. 51,9 Mio. € enthalten, die sich im Rahmen der Bewirtschaftung von Geldanlagen für die Ausgleichsabgabe ergeben haben und in die Bilanz der Ausgleichsabgabe einfließen.

Auf die Darstellung des Teilfinanzplanes B wird verzichtet.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte:

041.01 Leistungen zur Neuschaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
041.02 Leistungen zu Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich der Beratung und arbeitsbegleitenden Betreuung von Inklusionsbetrieben
041.03 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen für behinderte Menschen
041.04 Sicherstellung der Beratung und Begleitung behinderter Menschen durch Integrationsfachdienste
041.05 Erhebung der Ausgleichsabgabe
041.06 Seminare und Öffentlichkeitsarbeit
041.07 Modelle Forschungsvohaben/Arbeitsmarktprogramme
041.08 LVR-Budget für Arbeit - Aktion Inklusion
041.09 Einheitlicher Ansprechpartner für Arbeitgeber im Rheinland

Zielgruppe(n)

Schwerbehinderte Frauen und Männer und diesen gleichgestellte Menschen mit Behinderung
Arbeitgeber*innen von schwerbehinderten Frauen und Männer und /oder diesen gleichgestellten Menschen mit Behinderung
Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, z.B. Werkstätten für Menschen mit Behinderung und angeschlossene Wohnheime,
Berufsförderungswerke, Berufsbildungswerke
Private und öffentliche Arbeitgeber*innen, die ihren ihren Betrieb/ihre Dienststelle im Rheinland haben,
Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs-/Personalräte, Beauftragte des Arbeitgebers, sonstige Verantwortliche in Schwerbehindertenangelegenheiten

Besonderheiten/Hinweise

Auf Teilproduktebene erfolgt nur die Ausweisung von Erträgen (soweit vorhanden) und Aufwendungen der Ausgleichsabgabe. Die Ausweisung der Aufwände aus internen Leistungsbeziehungen (Personal- und Sachaufwand), finanziert aus LVR-Mitteln, erfolgt ausschließlich in der Produktgruppe 034. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit beinhaltet auch die Finanzerträge der Ausgleichsabgabe.

Ausschlaggebend für die Ausweisung von Kennzahlen sind Fallzahlhöhe und/oder Steuerungsrelevanz.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 04101 Leistungen zur Neuschaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

Beschreibung

041.01.001 Leistungen zur Neuschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
041.01.002 Leistungen zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
041.01.003 Durchführung des besonderen Kündigungsschutzes für schwerbehinderte Menschen

Ziele

Schwerbehinderte Frauen und Männer werden dauerhaft auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert:

Die Zahl der geförderten schwerbehinderten Frauen soll bei mindestens 40% liegen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der neuen Anträge auf Zustimmung zur Kündigung	2.532		
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	17.290.555-	30.124.000-	29.387.400-
- Erträge	1.905.789	2.051.000	2.200.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	19.196.344	32.175.000	31.587.400
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**17.290.555-**	**30.124.000-**	**29.387.400-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04101001 Leistungen zur Neuschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze	260	200	327
- Durchschnittlicher Aufwand pro gefördertem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz in EUR	6.512,00	11.256,00	4.924,00
- Anzahl der für Männer geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze	164	164	264
- Anzahl der für Frauen geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze	96	36	63
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	734.980-	2.200.200-	2.005.600-
- Erträge	225.947	51.000	200.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	960.927	2.251.200	2.205.600
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**734.980-**	**2.200.200-**	**2.005.600-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04101002 Leistungen zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze	661	1.025	1.025
- Anzahl der Bewilligungen von Arbeitsassistenz	437	470	580
- Anzahl der Bewilligungen aufgr. außergewöhnlicher Belastungen - Beschäftigungssicherungszuschuss in Stück	2.281	2.400	2.400
- Anzahl der Männer auf geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätzen	360	615	615
- Anzahl der für Frauen geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze	301	410	410
- Durchschnittlicher Aufwand pro gefördertem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz in EUR	2.944,00	3.745,00	3.745,00
- Anzahl der Bewilligungen von Arbeitsassistenz bei Männern	217	282	348
- Anzahl der Bewilligungen von Arbeitsassistenz bei Frauen	220	188	232
- Durchschnittlicher Zuschuss zu den Kosten einer Arbeitsassistenz in EUR	15.263,00	16.277,00	12.846,00
- Anzahl der Bewilligungen von außergewöhnlicher Belastung - Beschäftigungssicherungszuschuss- bei Männern	1.357	1.440	1.440
- Anzahl der Bewilligungen von außergewöhnlicher Belastung - Beschäftigungssicherungszuschuss- bei Frauen	924	960	960
- Durchschnittlicher Zuschuss aufgr. d. Anerkennung e. außergewöhnl. Belastung - Beschäftigungssicherungszuschuss- in EUR	4.226,00	7.500,00	7.309,00
- Anzahl der technischen Fachberater*innen bei den Kammern im Rheinland (Handwerkskammern, IHK)	8	10	10
- Durchschnittlicher Aufwand pro technischer/m Fachberater*in bei den Kammern im Rheinland in EUR		62.000,00	
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	16.555.575-	27.923.800-	27.381.800-
- Erträge	1.679.842	2.000.000	2.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	18.235.417	29.923.800	29.381.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**16.555.575-**	**27.923.800-**	**27.381.800-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04101003 Durchführung des besonderen Kündigungsschutzes für schwerbehinderte Menschen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der neuen Anträge auf Zustimmung zur Kündigung		2.926	2.926
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	0	0	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 04102 Leistungen zu Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich der Beratung und arbeitsbegleitender Betreuung von Inklusionsbetrieben

Ziele

Es werden jährlich 100 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze in Inklusionsbetrieben aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gefördert.

Besonderheiten/Hinweise

Das Land NRW fördert seit 2012 im Rahmen der Regelförderung mit dem Programm "Integration Unternehmen" 50 % der investiven Zuschüsse neu geschaffener Arbeits- und Ausbildungsplätze.
Die Mittel werden unmittelbar im Landeshaushalt gebucht.
Die restliche 50 %ige Co-Finanzierung investiver Zuschüsse sowie Zuschüsse zu laufenden Kosten für neu geschaffene Arbeits- und Ausbildungsplätze erfolgt seit Juli 2016 über das Bundesprogramm "AlleImBetrieb".
Zuschüsse zu bestehenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen erfolgen weiterhin im Rahmen des Produktes A041.02 aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl geförderte Arbeitsplätze	1.917	2.100	2.200
- davon neu geschaffen	50	100	100
- durchschnittlicher Aufwand pro investiv gefördertem Arbeitsplatz in EUR	15.000,00	20.000,00	20.000,00
- durchschnittlicher Aufwand laufender Leistungen pro gefördertem Arbeitsplatz in EUR	6.500,00	6.500,00	6.500,00
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	9.610.068-	10.266.000-	10.266.000-
- Erträge	222.968	300.000	300.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	9.833.036	10.566.000	10.566.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**9.610.068-**	**10.266.000-**	**10.266.000-**

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 041** | **LVR-Dezernentin**

Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen | **Frau Dr. Alexandra Schwarz**

Produkt 04103 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen für behinderte Menschen

Beschreibung

Teilprodukte

041.03.001 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

041.03.002 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von sonstigen Einrichtungen zur beruflichen Bildung

Ziele

Es werden max. 350 zusätzliche WfbM-Arbeitsplätze bewilligt.

Hiervon werden für max. 200 weitere WfbM-Arbeitsplätze in Neubauten inkl. Ausstattung und für max. 150 weitere WfbM-Arbeitsplätze wird die Ausstattung in Mietobjekten bewilligt.

Für max. 100 Arbeitsplätze werden Maßnahmen zur Modernisierung und zum Umbau bewilligt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	370.033-	3.058.100-	1.773.600-
- Erträge	381.407	441.900	226.400
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	751.440	3.500.000	2.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**370.033-**	**3.058.100-**	**1.773.600-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04103001 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der bewilligten zusätzlichen Plätze in Werkstätten für Menschen mit Behinderung	255	350	350
- davon: Neubau incl. Ausstattung	65	200	200
- davon: reine Ausstattung in Mietobjekten	0	150	150
- Anzahl der bewilligten umgebauten bzw. modernisierten Plätze in Werkstätten für Menschen mit Behinderung	0	100	100
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	501.307-	3.223.600-	1.855.600-
- Erträge	250.133	276.400	144.400
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	751.440	3.500.000	2.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**501.307-**	**3.223.600-**	**1.855.600-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04103002 Leistungen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von sonstigen Einrichtungen zur beruflichen Bildung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	131.274	165.500	82.000
- Erträge	131.274	165.500	82.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**131.274**	**165.500**	**82.000**

Produkt 04104 Sicherstellung der Beratung und Begleitung behinderter Menschen im Beruf durch Integrationsfachdienste

Beschreibung

Teilprodukt
041.04.001 Integrationsfachdienste

Ziele

Im Bereich Arbeitsvermittlung werden pro Fachkraftstelle 12 arbeitslose schwerbehinderte Menschen in den 1. Arbeitsmarkt beruflich integriert (Zielfeld 1 der Zielvereinbarung mit den IFD-Trägern).

Im Bereich Berufsbegleitung werden pro Fachkraft und Monat mindestens 30 schwerbehinderte Menschen begleitet, um deren Arbeitsplatz zu sichern.

Im Bereich Übergang Schule / WfbM - allgemeiner Arbeitsmarkt - werden pro Fachkraftstelle 10 Menschen vermittelt.

Die Erträge aus Beauftragung durch Dritte betragen mindestens 1 Mio EUR.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	20.818.510-	20.491.000-	20.251.000-
- Erträge	4.834.440	4.365.000	5.015.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	25.652.950	24.856.000	25.266.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**20.818.510-**	**20.491.000-**	**20.251.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04104001 Integrationsfachdienste

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der finanzierten Fachkraftstellen	187	165	55
- davon: im Bereich Übergang Schule	45	38	20
- davon: im Bereich Übergang WfbM	11	18	18
- Durchschnittlicher Aufwand pro Stelle in EUR	89.000,00	85.000,00	85.000,00
- Anzahl der begleiteten Personen	5.587	6.000	6.000
- Anzahl der Vermittlungen	211	500	500
- Anzahl der Vermittlungen von Schüler*innen	35	160	160
- Anzahl der Vermittlungen von WfbM-Beschäftigten	69	80	80
- Anzahl der Beauftragungen durch Dritte	5.511	3.500	3.500
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	20.818.510-	20.491.000-	20.251.000-
- Erträge	4.834.440	4.365.000	5.015.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	25.652.950	24.856.000	25.266.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**20.818.510-**	**20.491.000-**	**20.251.000-**

Produkt 04105 Erhebung der Ausgleichsabgabe

Beschreibung

Teilprodukt

041.05.001 Erhebung der Ausgleichsabgabe

Ziele

Es wird die Festsetzung und Einziehung der im Wege der Selbstveranlagung der Arbeitgeber*innen zu ermittelnden und fristgerecht zu zahlenden Ausgleichsabgabe sichergestellt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der anzeigepflichtigen Arbeitgeber*innen	21.050	18.000	19.000
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	73.444.442	64.466.800	79.376.800
- Erträge	104.417.885	88.806.800	103.716.800
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	30.973.444	24.340.000	24.340.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**73.444.442**	**64.466.800**	**79.376.800**

Produkt 04106 Seminare und Öffentlichkeitsarbeit

Beschreibung

Teilprodukt

041.06.001 Seminare und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Die Arbeitgeber*innen, behinderte Frauen und Männer sowie die Öffentlichkeit werden über die Unterstützungsmöglichkeiten bei der Integration behinderter Menschen in den Beruf informiert. Zur Unterstützung der betrieblichen Integrationsteams und anderer Multiplikatoren im Bereich "Behinderte Menschen im Beruf" werden Informations- und Bildungsangebote bereitgestellt."

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.268.160-	1.888.800-	1.631.400-
- Erträge	23.288	35.600	35.600
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.291.448	1.924.400	1.667.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.268.160-**	**1.888.800-**	**1.631.400-**

Produkt 04107 Modelle Forschungsvohaben/Arbeitsmarktprogramme

Beschreibung

Teilprodukte
041.07.001 Modell- und Forschungsvorhaben
041.07.002 Arbeitsmarktprogramme
041.07.005 Übergang 500 Plus
041.07.009 AlleImBetrieb (Bundesprogramm)

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- nachrichtlich: Anzahl der im Rahmen des Programmes "Integration unternehmen!" geförderten Arbeitsplätze	38		
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	5.114.370-	2.710.000-	3.300.000-
- Erträge	923.180-	40.000	100.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	4.191.189	2.750.000	3.400.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**5.114.370-**	**2.710.000-**	**3.300.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04107001 Modell- und Forschungsvorhaben

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- nachrichtlich: Anzahl der im Rahmen des Programmes "Integration unternehmen!" geförderten Arbeitsplätze		60	
- Anzahl der geförderten Modell- und Forschungsvorhaben	4	5	5
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.112.874-	1.000.000-	1.000.000-
- Erträge	1.047.261-	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.065.613	1.000.000	1.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.112.874-**	**1.000.000-**	**1.000.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04107002 Arbeitsmarktprogramme

Besonderheiten/Hinweise

In den Teilprodukten A.041.07.002 und A.041.07.005 wird der Aufwand für vor dem 31.12.2017 erfolgte Bewilligungen abgebildet.

Ab dem 01.01.2018 werden Leistungen aus Mitteln des LVR-Budget für Arbeit - Aktion Inklusion bewilligt. Der Aufwand wird im Produkt A.041.08 abgebildet.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	11.934-	0	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	11.934	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**11.934-**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04107005 Übergang 500 plus

Besonderheiten/Hinweise

In den Teilprodukten A.041.07.002 und A.041.07.005 wird der Aufwand für vor dem 31.12.2017 erfolgte Bewilligungen abgebildet.

Ab dem 01.01.2018 werden Leistungen aus Mitteln des LVR-Budget für Arbeit - Aktion Inklusion bewilligt. Der Aufwand wird im Produkt A.041.08 abgebildet.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	898.993-	0	0
- Erträge	16.095	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	915.088	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**898.993-**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04107009 Modelle/Forschung/regionale Arbeitsmarktprogramme

Besonderheiten/Hinweise

Aus Mitteln des Bundes wird seit Juli 2016 die unter dem Produkt A.041.02 genannte Zielrichtung "Förderung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze in Integrationsprojekten" unterstützt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.090.569-	1.710.000-	2.300.000-
- Erträge	107.986	40.000	100.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.198.555	1.750.000	2.400.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.090.569-**	**1.710.000-**	**2.300.000-**

Produkt 04108 LVR-Budget für Arbeit -Aktion Inklusion

Beschreibung

Teilprodukte
041.08.001 Allgemeine Budgetleistungen
041.08.002 Besondere Budgetleistungen

Besonderheiten/Hinweise

Das LVR-Budget für Arbeit - Aktion Inklusion bildet die freiwilligen Leistungen der Ausgleichsabgabe im Rahmen des § 61 SGB IX - Budget für Arbeit ab (A.041.08.001) und bündelt bisherige Sonderprogramme und gesetzliche Leistungen (A.041.08.002). Die bisherigen Sonderprogramme sind im Laufe des Jahres 2017 ausgelaufen, es erfolgt noch die Auszahlung bewilligter Leistungen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.667.192-	3.876.000-	3.505.500-
- Erträge	0	13.000	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.667.192	3.889.000	3.505.500
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.667.192-**	**3.876.000-**	**3.505.500-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04108001 Allgemeine Budgetleistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Vermittlungsaufträge in Stück	63	250	350
- Anzahl der Vermittlungen in Personen	83	150	230
- davon: Budgetnehmer*innen gem. § 61 SGB	75	120	150
- davon: Budgetnehmer*innen von freiwilligen Leistungen	9	30	80
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	574.134-	390.000-	390.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	574.134	390.000	390.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**574.134-**	**390.000-**	**390.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04108002 Besondere Budgetleistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Stück	806	900	900
- davon: für besonders betroffene Menschen gem. §192 Abs. 2, 3 SGB IX	806	750	750
- davon: für ehemalige WfbM-Beschäftigte	5	50	50
- davon: für schwerbehinderte Abgänger*innen von Schulen	47	100	100
- Anzahl der Männer auf geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätzen	519	600	600
- davon: für ehemalige WfbM-Beschäftigte	5	30	30
- davon: für schwerbehinderte Abgänger von Schulen	25	70	70
- Anzahl der Frauen auf geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätzen	287	300	300
- davon: für ehemalige WfbM-Beschäftigte	0	20	20
- davon: für schwerbehinderte Abgängerinnen von Schulen	22	30	30
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.093.058-	3.486.000-	3.115.500-
- Erträge	0	13.000	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.093.058	3.499.000	3.115.500
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.093.058-**	**3.486.000-**	**3.115.500-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Produkt 04109 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

Beschreibung

Teilprodukt

041.09.001...Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber im Rheinland

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.116.596-	0	3.136.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.116.596	0	3.136.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.116.596-**	**0**	**3.136.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Teilprodukt 04109001 Einheitlicher Ansprechpartner für Arbeitgeber im Rheinland

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Durchschnittlicher Aufwand pro technischer/m Fachberater*in bei den Kammern im Rheinland in EUR			62.000,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.116.596-	0	3.136.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.116.596	0	3.136.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.116.596-**	**0**	**3.136.000-**

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 041
Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

LVR-Dezernentin
Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	109.990.352,57	96.053.300	**111.593.800**	**0**	111.593.800	111.593.800	111.593.800
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	96.757.107,27	103.860.400	**105.327.900**	**0**	105.327.900	105.327.900	105.327.900
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	13.233.245,30	7.807.100-	**6.265.900**	**0**	6.265.900	6.265.900	6.265.900
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	51.905.668,55	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	51.905.668,55	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**5.000**	**0**	5.000	5.000	5.000
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**5.000**	**0**	5.000	5.000	5.000
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	51.905.668,55	0	**5.000-**	**0**	5.000-	5.000-	5.000-

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	65.138.913,85	7.807.100-	**6.260.900**	**0**	6.260.900	6.260.900	6.260.900

E r l ä u t e r u n g e n :

Bei der Produktgruppe (PG) 041 handelt es sich um "Sondervermögen" des LVR, welches im Teilergebnisplan ausgeglichen zu planen ist.
Der Teilfinanzplan ist unter Einbeziehung der finanziellen Reserven der Ausgleichsabgabe bei Banken (Finanzmittelfonds) ausgeglichen darzustellen, wobei ein Überschuss aller auf die PG 041 entfallenden Zahlungen die Erhöhung des Finanzmittelfonds, ein Zahlungsfehlbedarf dessen Reduzierung zur Folge hat.

Insoweit steht die PG 041 zur Gesamtdeckung des LVR-Haushaltes nach § 20 GemHVO nicht zur Verfügung.

Entwicklung des Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe:

	Bilanzwert* 31.12.2022 Entwurf	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027
Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe		215.489.017	207.681.917	201.421.017	195.160.117	188.899.217
Änderung des Bestandes an Finanzmitteln unter Berücksichtigung aller auf die PG 041 entfallenden Zahlungen für laufende Verwaltungs-, Investitions-, sowie Finanzierungstätigkeit		-7.807.100	-6.260.900	-6.260.900	-6.260.900	-6.260.900
fortgeschriebener Finanzmittelfonds der Ausgleichsabgabe	215.489.017	207.681.917	201.421.017	195.160.117	188.899.217	182.638.317

* Der Bilanzwert des Finanzmittelfonds berücksichtigt die Wertpapiere des Anlage- und Umlagevermögens sowie die Geldbestände auf Girokonten.

Zeile 17: Saldo Investitionstätigkeit
Im Ergebnis 2022 sind Zahlungen in Höhe von rd. 51,9 Mio. € enthalten, die sich im Rahmen der Bewirtschaftung von Geldanlagen für die Ausgleichsabgabe ergeben haben und in die Bilanz der Ausgleichsabgabe einfließen.

Auf die Darstellung des Teilfinanzplanes B wird verzichtet.

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 065** | **LVR-Dezernent**

Durchführung des Altenpflegegesetzes | **Herr Dirk Lewandrowski**

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,10-	5.512.000	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	**0**	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.959.270,79	0	**10.040**	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	25.622.526,67	0	**14.245.610**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	51.581.797,36	5.512.000	**14.255.650**	0	0	0
11	- Personalaufwendungen	305.596,45	280.562	**266.186**	271.509	276.939	282.478
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.114.604,12	5.000.000	**13.853.222**	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.242,97	1	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	51.436.443,54	5.280.563	**14.119.408**	271.509	276.939	282.478
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	145.353,82	231.437	**136.242**	271.509-	276.939-	282.478-
19	+ Finanzerträge	618,60	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	618,60	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	145.972,42	231.437	**136.242**	271.509-	276.939-	282.478-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	145.972,42	231.437	**136.242**	271.509-	276.939-	282.478-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	145.972,42	231.437	**136.242**	271.509-	276.939-	282.478-

Erläuterung der wesentlichen Inhalte des Teilergebnisplanes:

Zeile 06: Kostenerstattungen und Kostenumlagen
Hier werden die Erträge aus der Altenpflegeumlage und die Verwaltungskostenpauschale Altenpflege veranschlagt.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Hier wird die Erstattung von Ausbildungsvergütungen durch den LVR an Altenpflegeeinrichtungen und an Pflegedienste veranschlagt.

Im Jahr 2019 konnten Auszubildende zum letzten Mal mit der (im Regelfall) dreijährigen Ausbildung zur Altenpflegefachkraft beginnen. Ab dem Jahr 2020 können neue Auszubildende nur noch die neue generalistische Pflegefachkraftausbildung beginnen, wofür es einen anderen Ausbildungsfonds mit einem separaten Umlageverfahren in der Zuständigkeit der Bezirksregierung Münster gibt.
Da nach 2019 keine neuen Auszubildenden im Altenpflegefachkraftbereich mehr neu hinzukommen und die bisherigen diesbezüglichen Ausbildungsverhältnisse stattdessen nach und nach enden, sinkt das Finanzvolumen im Altenpflegeausgleichverfahren NW (AAV NW) von Jahr zu Jahr sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite. Im Jahr 2022 werden im AAV NW zum letzten Mal laufende Erträge generiert.
Wenn nach 2022 noch ein Überschuss an Umlageerträgen vorhanden ist, sollen damit die letzten noch auslaufenden Ausbildungsverhältnisse bis spätestens zum 31.12.2024 refinanziert werden.

Die PG 065 weist auf der Ertragsseite Umlage- und Verwaltungskostenerträge im AAV NW aus. Die AAV-Umlageerträge dürfen nur für die AAV-Erstattungen in diesem Verfahrens verwendet werden. Die AAV-Verwaltungskostenerträge sollen die in diesem Bereich beim LVR entstehenden Verwaltungskosten abdecken. Etwaige Überschüsse bei den Umlage- bzw. bei den Verwaltungskostenerträgen sind für den entsprechenden AAV-Aufwand in nachfolgenden Jahren in der Auslaufphase des AAV NW zu verwenden.“

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 065 Durchführung des Altenpflegegesetzes	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte:

065.01 Durchführung des Altenpflegegesetzes (altes Verfahren)
065.02 Durchführung des Landesaltenpflegegesetzes

Personalplan im NKF-Haushalt	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Beamte	1,00	1,00	1,00
Tariflich Beschäftigte	4,00	4,50	3,50

Produkt 06501 Durchführung des Altenpflegegesetzes

Ziele

Heranziehung der umlagepflichtigen Einrichtungen und ambulanten Dienste zur Finanzierung der Ausbildungsvergütung der AltenpflegeschülerInnen im Wege eines Umlageverfahrens. Es erfolgt nur noch eine Abwicklung des alten Landesrechts (Altenpflegegesetz NW).

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	4.984	0	0
- Erträge	4.984	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**4.984**	**0**	**0**

Produkt 06502 Durchführung des Landesaltenpflegegesetzes

Ziele

Das Altenpflegeausbildungsausgleichsverfahren läuft zum 31.12.2022 aus. Bis zum 31.12.2024 erfolgt lediglich eine Restabwicklung für Auszubildende, die Ausbildungsjahre wiederholen müssen. Festsetzungsbescheide gibt es somit ab 2023 nicht mehr.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Festsetzungsbescheide	3.548		
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	446.585	512.000	402.428
- Erträge	51.577.432	5.512.000	14.255.650
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	51.130.847	5.000.000	13.853.222
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**446.585**	**512.000**	**402.428**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 065 Durchführung des Altenpflegegesetzes	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	26.459.510,70	0	**14.255.650**	**0**	0	0	0
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	51.462.157,49	5.280.562	**14.119.408**	**0**	271.509	276.939	282.478
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	25.002.646,79-	5.280.562-	**136.242**	**0**	271.509-	276.939-	282.478-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	25.002.646,79-	5.280.562-	**136.242**	**0**	271.509-	276.939-	282.478-

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 074** Elementarbildung / Soziale Teilhabe | **LVR-Dezernent** Herr Knut Dannat

		Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
			2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	48.409,74	0	**0**	0	0	0
03	+	Sonstige Transfererträge	3.528.122,06	0	**2.000.000**	2.000.000	2.000.000	2.000.000
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	70.000	**0**	0	0	0
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	8.500.000,00	0	**0**	0	0	0
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	12.076.531,80	70.000	**2.000.000**	2.000.000	2.000.000	2.000.000
11	-	Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	762,00	814	**814**	814	814	814
15	-	Transferaufwendungen	225.425.518,42	217.555.200	**213.196.400**	217.774.650	222.995.600	228.419.650
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	254,00	0	**0**	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	225.426.534,42	217.556.014	**213.197.214**	217.775.464	222.996.414	228.420.464
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	213.350.002,62-	217.486.014-	**211.197.214-**	215.775.464-	220.996.414-	226.420.464-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	213.350.002,62-	217.486.014-	**211.197.214-**	215.775.464-	220.996.414-	226.420.464-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	213.350.002,62-	217.486.014-	**211.197.214-**	215.775.464-	220.996.414-	226.420.464-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**=**	**Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	213.350.002,62-	217.486.014-	**211.197.214-**	215.775.464-	220.996.414-	226.420.464-

E r l ä u t e r u n g e n :

LVR - Dezernat 4:	**2024**	**Erläuterungen:**
Zeile 03: Sonstige Transfererträge	2.000.000 EUR	Rückerstattung von Überzahlungen
Zeile 11: Personalaufwendungen	0 EUR	Personalaufwendungen*
Zeile 15: Transferaufwendungen:	213.196.400 EUR	
- Produkt 074.01 Gruppenförderung	41.647.200 EUR	Heilpädagogische Kindertagesstätten
	2.500.000 EUR	Einzelfallhilfen (Integrationshelfer*innen)
	3.500.000 EUR	Fahrtkosten zu den Kitas
- Produkt 074.02 Kindförderung	2.200.000 EUR	LVR - FInK - Pauschale**
	50.000.000 EUR	Einzelfallhilfen (Integrationshelfer*innen)
	2.500.000 EUR	Fahrtkosten zu den Kitas
	110.849.200 EUR	Heilpädagogische Leistungen nach § 79 SGB IX

* Die Personalaufwendungen 2020 ff. sind Aufwendungen, die nach verwaltungsinterner Abstimmung endgültig der Produktgruppe 086 zugeordnet werden.
** Diese Leistungen erfolgen auf Basis der Satzung zur **F**örderung der **In**klusion in **K**indertageseinrichtungen.

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte:

074.01 Inklusive Förderung in Heilpädagogischen Kindertagesstätten (Elementarbildung Gruppenförderung)
074.02 Inklusive Förderung in Regelkindertagesstätten und in der Kindertagespflege (Elementarbildung Kindförderung)

Zielgruppe(n)

Kinder mit Behinderung und ihre Familien, Kindertagesstätten, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozial-, Gesundheits- und Jugendämter

Besonderheiten/Hinweise

Das Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz (AG-BTHG) sieht eine Zuständigkeit des Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Träger der Eingliederungshilfe vor. Das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie ist gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 AG-BTHG für Kinder mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege zuständig. Diese Zuständigkeiten sind der Struktur des SGB IX angepasst worden.
Die im Produktergebnis ausgewiesenen primären Aufwendungen (Einzelkosten) enthalten ab dem Haushaltsjahr die Fahrtkosten zu den Kindertagesstätten in Höhe von 6.000.000 EUR für 2024. Davon entfallen 3.500.000 EUR auf die heilpädagogischen Kindertagesstätten und 2.500.000 EUR auf die Regelkindertagesstätten.
Einzelfallhilfen (I-Helfer*innen), die in Regelkindertagesstätten gewährt werden, fallen ab dem 01.01.2020, in die Zuständigkeit desLandschaftsverbandes Rheinland.

Heilpädagogische Leistungen nach § 79 SGB IX fallen ab dem 01.01.2020 in die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Rheinland. DieseEingliederungshilfeleistungen werden somit 2020 erstmalig im Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland veranschlagt.

Das Personal für die Bewirtschaftung der Mittel in heilpädagogischen Kindertagesstätten, Regelkindertagesstätten, Kindertagespflege wird ab dem Haushaltsjahr 2020 in der Produktgruppe 086 veranschlagt.

Produkt 07401 Förderung in heilpädagogischen Kindertagesstätten

Beschreibung

Teilprodukte

074.01.001 Förderung in heilpädagogischen Kindertagesstätten

074.01.002 Integrationshelfer*innen in heilpädagogischen Kindertagesstätten

Ziele

- Öffnung der heilpädagogischen Kindertagesstätten für Kinder ohne Behinderung hin zu Regelkindertagesstätten (Umwandlung)
- Abbau der Gruppen in heilpädagogischen Kindertagesstätten

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	38.449.235-	50.798.700-	47.647.200-
- Erträge	8.517.895	70.000	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	46.967.130	50.868.700	47.647.200
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**38.449.235-**	**50.798.700-**	**47.647.200-**

Teilprodukt 07401001 Förderung in heilpädagogischen Kindertagesstätten

Besonderheiten/Hinweise

Heilpädagogische Kindertagesstätten sind teilstationäre Einrichtungen für Kinder, die von einer Behinderung betroffen oder bedroht sind.

Finanzielle Leistungen des Landschaftsverbandes Rheinland
Die Leistungen umfassen heilpädagogische sowie sonstige Maßnahmen im Sinne des § 53 ff. SGB XII und streben die ganzheitliche Förderung der zu betreuenden Kinder an.
Die Finanzierung des Landschaftsverbandes Rheinland erfolgt dabei in Form einer Gruppenförderung mittels eines prospektiven Leistungsentgeltes, das mit den Trägern der Einrichtungen für eine bestimmte Dauer, in der Regel zwei Jahre, verhandelt wird.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Plätze in heilpädagogischen Kindertagesstätten	1.261	1.297	1.218
- Sozialhilfeaufwendungen (Einzelkosten) in EUR	41.522.589,00	42.868.700,00	41.647.200,00
- Anzahl der heilpädagogischen Gruppen in Stück	147	151	142
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	44.872.111-	47.798.700-	45.147.200-
- Erträge	3.913	70.000	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	44.876.024	47.868.700	45.147.200
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**44.872.111-**	**47.798.700-**	**45.147.200-**

Teilprodukt 07401002 Integrationshelfer*innen in heilpädagogischen Kindertagesstätten

Besonderheiten/Hinweise

Einzelfallhilfen (Integrationshelfer*innen)

Aufgrund von Art und Schwere ihrer Behinderung haben einige Kinder einen größeren Betreuungsbedarf, als dieser in der Gruppenbetreuung gewährleistet werden kann.

Diese Kinder erhalten zusätzlich Einzelfallhilfen in Form von Integrationshelfer*innen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Sozialhilfeaufwendungen (Einzelkosten) in EUR	0,00		
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	6.422.876	3.000.000-	2.500.000-
- Erträge	8.513.981	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.091.105	3.000.000	2.500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**6.422.876**	**3.000.000-**	**2.500.000-**

Produkt 07402 Inklusive Förderung in Regelkindertagesstätten inkl. Kindertagespflege

Beschreibung

Teilprodukte
074.02.001 Inklusive Förderung in Regelkindertagesstätten
074.02.002 Inklusive Förderung in der Kindertagespflege
074.02.003 Integrationhelfer*innen in Regelkindertagesstätten
074.02.004 Heilpädagogische Leistungen § 79 SGB IX

Seit dem 1. August 2014 erfolgt die Förderung der Inklusion in Regelkindertagesstätten auf Basis der Satzung zur Förderung der Inklusion in Kindertagesstätten (FInK).
Seit dem 1. August 2016 erfolgt die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege zunächst für zwei Kindergartenjahre auf Basis der Satzung zur Förderung der inklusiven Betreuung von Kindern mit Behinderungen in der Kindertagespflege (iBiK).

Mit der Einführung des BTHG werden beide Förderungen mittelfristig in das neue System überführt.

Ab dem 01.01.2020 erfolgt die Finanzierung der Einzelfallhilfen (I-Helfer*innen) in Regelkindertagesstätten aufgrund der Regelungen des AG-BTHG durch den Landschaftsverband Rheinland.

Ab dem 01.01.2020 erfolgt die Finanzierung der Fahrtkosten zu den Regelkindertagesstätten durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie.

Ab dem 01.01.2020 erfolgt die Finanzierung von heilpädagogischen Leistungen nach § 79 SGB IX für Kinder mit Behinderung bis zum Schuleintritt durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie.

Ziele

Ausbau der Inklusion durch Förderung von Kindern mit wesentlicher (drohender) Behinderung mittels der LVR-FInK-Pauschale in Regelkindertagesstätten und in der Kindertagespflege mittels der LVR-iBiK-Pauschale.

Heilpädagogische Leistungen sollen die Selbständigkeit der Kinder mit (drohender) Behinderung erhöhen und ihre Gemeinschaftsfähigkeit und Entwicklung fördern. Heilpädagogische Leistungen sollen unter anderem helfen verschiedenste Störungen durch unterschiedliche Fördermaßnahmen zu verbessern und die soziale Teilhabe zu stärken. Dies soll handlungs- und alltagsorientiert, also eingebettet in die Lebenswelt des Kindes erfolgen.

Produkt 07402 Inklusive Förderung in Regelkindertagesstätten inkl. Kindertagespflege

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	174.899.783-	126.686.500-	163.549.200-
- Erträge	3.558.605	0	2.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	178.458.388	126.686.500	165.549.200
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**174.899.783-**	**126.686.500-**	**163.549.200-**

Teilprodukt 07402001 Inklusive Förderung in Regelkindertagesstätten

Besonderheiten/Hinweise

LVR-FInK-Pauschale

Der LVR unterstützt mit der LVR-FInK-Pauschale die Teilhabe der Kinder mit wesentlicher (drohender) Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Mit dieser Leistung wird der Inklusionsgedanke der UN-Behindertenrechtskonvention im Rheinland umgesetzt. Jedes Kind erhält dabei auf Antrag eine maximale Förderung von 6.500 € je Kindergartenjahr.

Die erhöhte Förderung beginnt mit dem Kindergartenjahr 2020/2021.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Sozialhilfeaufwendungen (Einzelkosten) in EUR	11.751.334,00	8.600.000,00	2.200.000,00
- Anzahl der Förderungen nach FINK in Kindertagesstätten in Stück	1.350	1.900	500
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	14.892.139-	9.487.500-	4.700.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	14.892.139	9.487.500	4.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**14.892.139-**	**9.487.500-**	**4.700.000-**

Teilprodukt 07402002 Inklusive Förderung in der Kindertagespflege

Besonderheiten/Hinweise

LVR-iBiK-Pauschale

Der LVR unterstützt mit der LVR-iBiK-Pauschale die Teilhabe der Kinder mit wesentlicher (drohender) Behinderung am gesellschaftlichen Leben auch in der Kindertagespflege. Mit dieser Leistung wird der Inklusionsgedanke der UN- Behindertenrechtskonvention im Rheinland umgesetzt. Jedes Kind erhält dabei auf Antrag eine maximale Förderung von 6.500 € je Kindergartenjahr.Die erhöhte Förderung beginnt mit dem Kindergartenjahr 2020/2021.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Plätze Tagespflege im Rheinland in Stück	9	0	
- Anzahl Leistungsberechtigte in Personen		0	
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	147.002-	0	0
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	147.002	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**147.002-**	**0**	**0**

Teilprodukt 07402003 Integrationshelfer*innen in Regelkindertagesstätten

Besonderheiten/Hinweise

Einzelfallhilfen (Integrationshelfer*innen)

Aufgrund von Art und Schwere ihrer Behinderung haben einige Kinder einen größeren Betreuungsbedarf, als dieser in der Gruppenbetreuung gewährleistet werden kann.

Diese Kinder erhalten zusätzlich Einzelfallhilfen in Form von Integrationshelfer*innen.

Ab dem 01.01.2020 erfolgt aufgrund der Regelungen des AG - BTHG die Finanzierung der Einzelfallhilfen in Regelkindertagesstätten durch den Landschaftsverband Rheinland.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	74.100.227-	32.665.000-	50.000.000-
- Erträge	97.390	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	74.197.618	32.665.000	50.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**74.100.227-**	**32.665.000-**	**50.000.000-**

Teilprodukt 07402004 Heilpädagogische Leistungen § 79 SGB IX

Besonderheiten/Hinweise

Die heilpädagogischen Leistungen in Kombination mit pädagogischen Leistungen in Tageseinrichtungen für Kinder setzen auf den Regelleistungen der Kindertageseinrichtungen auf, die als Maßnahme der Kindertagesbetreuung in den §§ 22, 23, 24, 45 ff. SGB VIII und in den entsprechenden Ausführungsgesetzen des Landes NRW geregelt sind. Diese Regelleistungen werden für Kinder mit und ohne Behinderung gleichermaßen gewährt. Die Leistungen werden den Leistungsberechtigten zunächst einmal als "gepoolte Leistung" angeboten und möglichst als landeseinheitliche Basisleistung I an alle Kinder mit Behinderung gewährt. Durch die Regelungen des AG- BTHG fallen diese Aufwendungen erstmalig ab dem 01.01.2020 im Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland an.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsberechtigte in Personen	11.308	8.200	11.800
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	85.760.414-	84.534.000-	108.849.200-
- Erträge	3.412.837	0	2.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	89.173.251	84.534.000	110.849.200
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**85.760.414-**	**84.534.000-**	**108.849.200-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 074 Elementarbildung / Soziale Teilhabe	LVR-Dezernent Herr Knut Dannat

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	483.573,95	70.000	**2.000.000**	**0**	2.000.000	2.000.000	2.000.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	230.590.993,42	217.555.200	**231.896.400**	**0**	217.774.650	222.995.600	228.419.650
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	230.107.419,47-	217.485.200-	**229.896.400-**	**0**	215.774.650-	220.995.600-	226.419.650-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	51.158,76	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	51.158,76	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	3.000	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	3.000	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	51.158,76	3.000-	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	230.056.260,71-	217.488.200-	**229.896.400-**	**0**	215.774.650-	220.995.600-	226.419.650-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 06: Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen
23 aktive Darlehen für heilpädagogische Kindertagesstätten sind mit rund 0,26 Millionen Euro Restforderung zum 31.12.2022 bilanziert.

Planmäßig bestehen zum 31.12.2024 17 aktive Darlehen mit einer Restforderungen in Höhe von rund 0,17 Millionen Euro,

Zeile 09: Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen
Es handelt sich um den Bedarf für kleinere Investitionen, daher wird auf eine Darstellung des Teilfinanzplans (Teil B) verzichtet.

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 075**
Soziales Entschädigungsrecht | **LVR-Dezernentin**
Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.965,00	200	**300**	300	300	200
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	**0**	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.984.832,45	14.121.625	**23.053.600**	23.053.600	23.053.600	23.053.600
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.160,36	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	13.989.957,81	14.121.825	**23.053.900**	23.053.900	23.053.900	23.053.800
11	- Personalaufwendungen	13.004.100,71	11.531.733	**16.457.767**	16.786.922	17.122.661	17.465.114
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.436.578,57	2.764.600	**2.069.900**	2.069.900	2.069.900	2.069.900
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.591,00	7.700	**7.900**	7.900	7.900	7.900
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.849,56	1.728.200	**76.300**	76.300	76.300	76.300
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	15.474.119,84	16.032.233	**18.611.867**	18.941.022	19.276.761	19.619.214
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	1.484.162,03-	1.910.408-	**4.442.033**	4.112.878	3.777.139	3.434.586
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	1.484.162,03-	1.910.408-	**4.442.033**	4.112.878	3.777.139	3.434.586
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	1.484.162,03-	1.910.408-	**4.442.033**	4.112.878	3.777.139	3.434.586
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	1.484.162,03-	1.910.408-	**4.442.033**	4.112.878	3.777.139	3.434.586

E r l ä u t e r u n g e n :

In der Produktgruppe 075 sind die Erträge und Aufwendungen für die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts veranschlagt.
Aufwendungen anderer Verwaltungsbereiche (z.B. Zentrale Dienste) für diesen Aufgabenbereich sind in den jeweiligen Produktgruppen enthalten und fließen nicht in das Ergebnis der PG 075 ein. Diese Aufwendungen sind jedoch Bestandteil bei der Berechnung des Belastungsausgleiches des Landes.

Transferaufwendungen wie Renten u. a. werden unmittelbar in Bundes- und Landeshaushalt gebucht und sind daher im LVR Haushalt nicht zu berücksichtigen.

Zeile 06: Kostenerstattungen und Kostenumlagen
Veranschlagt ist neben den Kostenerstattungen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung ärztlicher Dienst auch die Zuweisung des Landes.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Insbesondere sind Aufwendungen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Ärztlicher Dienst veranschlagt.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 075 Soziales Entschädigungsrecht	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte:

075.02 Ärztlicher Dienst SER/ Ärztliche Kooperation SGB IX
075.99 Soziales Entschädigungsrecht einschließlich Kriegsopferversorgung

Zielgruppe(n)
Kriegsopfer
Zivildienstbeschädigte
Politische Häftlinge der ehemaligen DDR und der ehemaligen deutschen Ostgebiete
Opfer politisch motivierter Strafverfolgungsmaßnahmen der ehemaligen DDR und Opfer des Nationalsozialismus
Geschädigte von vorgeschriebenen oder öffentlich empfohlenen Impfungen
Opfer von Gewalttaten

Der vorgenannte Personenkreis erhält diese Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen auch für seine Familienmitglieder.

Kommunen im Bereich der ärztlichen Kooperation für Antragsteller nach dem SGB IX

Besonderheiten/Hinweise

Allgemeiner Hinweis zum Produkt 075.99.01 - Soziales Entschädigungsrecht einschl. Kriegsopferversorgung:
In diesem Produkt werden die dem LVR entstehenden Personal- und Sachaufwendungen abgebildet, die Leistungen an die Betroffenen werden im Landeshaushalt / Bundeshaushalt ausgewiesen.

Personalplan im NKF-Haushalt	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Beamte	42,16	79,50	133,50
Tariflich Beschäftigte	76,20	46,50	57,50

Produkt 07502 Ärztlicher Dienst SER/Ärztliche Kooperation SGB IX

Beschreibung

Teilprodukte

075.02.001 Ärztlicher Dienst (SER)

075.02.002 Ärztliche Kooperation SGB IX

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.140.887	1.049.800	1.062.900
- Erträge	2.738.175	2.514.700	2.571.700
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.597.288	1.464.900	1.508.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.140.887**	**1.049.800**	**1.062.900**

Teilprodukt 07502001 Ärztlicher Dienst SER

Ziele

Der Ärztliche Dienst stellt die erforderliche Prüfung der gesundheitlichen Voraussetzungen sicher.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Begutachtungen in Stück	1.406	2.500	2.000
- Laufzeit der Begutachtungen in Tagen	90	130	110
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	299.440	302.400	304.100
- Erträge	299.440	303.300	305.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	900	900
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**299.440**	**302.400**	**304.100**

Teilprodukt 07502002 Ärztliche Kooperation SGB IX

Ziele

Ärztliche Kooperation stellt die medizinischen Begutachtungen für die Kooperationspartner sicher.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Begutachtungen in Stück	58.176	65.000	62.000
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	841.447	747.400	758.800
- Erträge	2.438.735	2.211.400	2.266.700
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.597.288	1.464.000	1.507.900
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**841.447**	**747.400**	**758.800**

Produkt 07599 Soziales Entschädigungsrecht einschl. Kriegsopferversorgung

Ziele

Die leistungsberechtigten Personen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Zahl der Versorgungsempfänger*innen	6.419	8.000	5.510
- Neuanträge OEG in Stück	2.174	3.200	4.124
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	5.167.549	4.470.700	16.420.300
- Erträge	5.182.217	4.530.700	16.482.100
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	14.668	60.000	61.800
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**5.167.549**	**4.470.700**	**16.420.300**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 075 Soziales Entschädigungsrecht	LVR-Dezernentin Frau Dr. Alexandra Schwarz

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.751.962,72	14.121.625	**23.053.600**	**0**	23.053.600	23.053.600	23.053.600
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.736.367,24	16.024.533	**18.686.967**	**0**	19.016.122	19.351.861	19.694.314
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	6.015.595,48	1.902.908-	**4.366.633**	**0**	4.037.478	3.701.739	3.359.286
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	6.015.595,48	1.902.908-	**4.366.633**	**0**	4.037.478	3.701.739	3.359.286

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 086** | **LVR-Dezernent**

Eingliederungshilfe nach Kapitel 9 SGB IX | **Herr Knut Dannat**

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	117.126,63	0	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	5.307.426,55	0	**0**	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.074,41	0	**0**	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.387.701,03	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	6.846.328,62	0	**0**	0	0	0
11	- Personalaufwendungen	6.734.311,85	9.960.263	**11.938.753**	12.177.528	12.421.079	12.669.501
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	5.000	**5.000**	5.000	5.000	5.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	485,00	135	**135**	135	135	135
15	- Transferaufwendungen	54.800.105,73	60.449.650	**60.575.000**	63.205.850	65.930.750	68.752.350
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.976,46	50.000	**44.500**	44.500	44.500	44.500
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	61.546.879,04	70.465.048	**72.563.388**	75.433.013	78.401.464	81.471.486
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	54.700.550,42-	70.465.048-	**72.563.388-**	75.433.013-	78.401.464-	81.471.486-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	54.700.550,42-	70.465.048-	**72.563.388-**	75.433.013-	78.401.464-	81.471.486-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	54.700.550,42-	70.465.048-	**72.563.388-**	75.433.013-	78.401.464-	81.471.486-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	54.700.550,42-	70.465.048-	**72.563.388-**	75.433.013-	78.401.464-	81.471.486-

E r l ä u t e r u n g e n :

LVR - Dezernat 4:	**2024**	**Erläuterungen:**
Zeile 11: Personalaufwendungen	11.938.800 EUR	Personalaufwendungen*
Zeile 15: Transferaufwendungen:	60.575.000 EUR	
086.01.001 Interdisziplinäre Frühförderung	39.858.000 EUR	
086.01.002 Solitäre heilpädagogische Leistungen	20.717.000 EUR	

* Die Personalaufwendungen werden seit dem Haushaltsjahr 2020 in der Produktgruppe 086 veranschlagt

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte

086.01 Medizinische Rehabilitation (Frühförderung)
086.03 Sonstige Leistungen (SodEG Leistungen)

Zielgruppen

Kinder mit Behinderung und ihre Familien, Interdisziplinäre Frühförderstellen, Anbieter von solitären heilpädagogischen Leistungen (u.a. Frühförderstellen, Autismus Ambulanzen, Praxen), Kindertageseinrichtungen, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Krankenkassenverbände, Sozial-, Gesundheits- Jugendämter

Personalplan im NKF-Haushalt	**Ergebnis**	**Ansatz**	
	2022	**2023**	**2024**
Beamte	24,90	77,00	77,00
Tariflich Beschäftigte	41,56	74,50	83,50

Produkt 08601 Medizinische Rehabilitation (Frühförderung)

Beschreibung

Teilprodukte
086.01.001 Interdisziplinäre Frühförderung
086.01.002 Solitäre heilpädagogische Leistungen

Ziele

Eine möglichst umfassende Entfaltung der Kompetenzen des Kindes in seinem Lebensalltag, die Unterstützung der Eltern/Erziehungsberechtigten in diesem Prozess und die möglichst umfassende Teilhabe des Kindes und seiner Familie am Leben in der Gemeinschaft im Sinne der Inklusion.
Die Leistungserbringung soll aus einer Hand erfolgen. Die Förder-, Therapie- und Beratungsangebote innerhalb der Komplexleistung sind interdisziplinär aufeinander abzustimmen, um so die Förderung der Kinder wirksamer werden zu lassen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	52.927.915-	60.449.650-	60.575.000-
- Erträge	25.639	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	52.953.554	60.449.650	60.575.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**52.927.915-**	**60.449.650-**	**60.575.000-**

Teilprodukt 08601001 Interdisziplinäre Frühförderung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsberechtigte in interdisziplinärer Frühförderung in Personen	12.342	9.436	8.100
- Summe Aufwand Eingliederungshilfe in interdisziplinärer Frühförderung in Euro	31.880.776,00	42.678.150,00	39.858.000,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	31.876.505-	42.678.150-	39.858.000-
- Erträge	4.271	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	31.880.776	42.678.150	39.858.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**31.876.505-**	**42.678.150-**	**39.858.000-**

Teilprodukt 08601002 Solitäre heilpädagogische Leistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl Leistungsberechtigte solitäre heilpädagogische Leistungen in Personen	7.434	4.971	5.200
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	21.051.410-	17.771.500-	20.717.000-
- Erträge	11.848	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	21.063.258	17.771.500	20.717.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**21.051.410-**	**17.771.500-**	**20.717.000-**

Produkt 08603 Sonstige Leistungen

Beschreibung

Teilprodukt

086.03.002 SodEG Leistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	4.949.710	0	0
- Erträge	6.796.262	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.846.552	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**4.949.710**	**0**	**0**

Teilprodukt 08603002 SodEG Leistungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	3.562.009	0	0
- Erträge	5.408.561	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.846.552	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**3.562.009**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 086 Eingliederungshilfe nach Kapitel 9 SGB IX	LVR-Dezernent Herr Knut Dannat

Teilprodukt 08603005 Sonstige Leistungen Corona-Einmalzahlung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.387.701	0	0
- Erträge	1.387.701	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.387.701**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 086** | **LVR-Dezernent**

Eingliederungshilfe nach Kapitel 9 SGB IX | **Herr Knut Dannat**

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.565.183,90	0	**0**	**0**	0	0	0
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	61.805.068,49	70.464.913	**74.563.253**	**0**	75.432.878	78.401.329	81.471.351
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	56.239.884,59-	70.464.913-	**74.563.253-**	**0**	75.432.878-	78.401.329-	81.471.351-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**3.000**	**0**	3.000	3.000	3.000
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**3.000**	**0**	3.000	3.000	3.000
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**3.000-**	**0**	3.000-	3.000-	3.000-

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	56.239.884,59-	70.464.913-	**74.566.253-**	**0**	75.435.878-	78.404.329-	81.474.351-

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 087
SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien

LVR-Dezernent
Herr Dirk Lewandrowski

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	46.284.344,41	50.066.600	**50.066.600**	50.066.600	50.066.600	50.066.600
03	+ Sonstige Transfererträge	9.866.331,52	10.350.000	**10.200.000**	10.200.000	10.200.000	10.200.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.180.998,26	650.000	**1.400.000**	1.400.000	1.400.000	1.400.000
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	42.000.000,00	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	100.331.674,19	61.066.600	**61.666.600**	61.666.600	61.666.600	61.666.600
11	- Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.140.228,57	6.100.000	**5.200.000**	5.200.000	5.200.000	5.200.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	915.398.330,43	909.600.000	**1.025.610.000**	1.053.210.000	1.075.810.000	1.096.410.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	132.509,41	1	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	924.671.068,41	915.700.001	**1.030.810.000**	1.058.410.000	1.081.010.000	1.101.610.000
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	824.339.394,22-	854.633.401-	**969.143.400-**	996.743.400-	1.019.343.400-	1.039.943.400-
19	+ Finanzerträge	352,21	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	1	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	352,21	1-	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	824.339.042,01-	854.633.402-	**969.143.400-**	996.743.400-	1.019.343.400-	1.039.943.400-
23	+ Außerordentliche Erträge	3.000.000,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	3.000.000,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	821.339.042,01-	854.633.402-	**969.143.400-**	996.743.400-	1.019.343.400-	1.039.943.400-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	821.339.042,01-	854.633.402-	**969.143.400-**	996.743.400-	1.019.343.400-	1.039.943.400-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 02: Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Der Investitionskostenzuschuss des Landes zur Eingliederungshilfe nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz beziffert sich auf **50,1 Mio. EUR**.

Zeile 03: Sonstige Transfererträge
Hierbei handelt es sich um Erträge aus Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten (z.B. Kostenbeiträge, Renten, Leistungen der Pflegeversicherung, Anprüche gegen Unterhaltspflichtige, …), die diese zur Reduzierung der Kosten der Eingliederungshilfe einzusetzen haben.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Der LVR zieht für die Bearbeitung der Leistungen zur Beförderung die Mitgliedskörperschaften heran. Die Kosten werden den Mitgliedskörperschaften quartalsweise erstattet.

Zeile 15: Transferaufwendungen

2024	Produkte
5.200.000 EUR	Medizinische Rehabilitation
812.900.000 EUR	Teilhabe am Arbeitsleben
18.300.000 EUR	Teilhabe an Bildung
181.210.000 EUR	Soziale Teilhabe

Weitere Details können den Produktdarstellungen entnommen werden.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte

087.01 Medizinische Rehabilitation
087.02 Teilhabe am Arbeitsleben
087.03 Teilhabe an Bildung
087.04 Soziale Teilhabe

Produkt 08701 Medizinische Rehabilitation

Ziele

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, die notwendig sind, um eine Behinderung oder Pflegebedürftigkeit abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	3.815.770-	2.900.000-	4.400.000-
- Erträge	803.423	500.000	800.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	4.619.193	3.400.000	5.200.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**3.815.770-**	**2.900.000-**	**4.400.000-**

Produkt 08702 Teilhabe am Arbeitsleben

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
087.02.001 Leistungen im Arbeitsbereich der WfbM
087.02.002 Andere Leistungsanbieter
087.02.003 Budget für Arbeit

Ziele

Zur Teilhabe am Arbeitsleben werden die erforderlichen Leistungen erbracht, um die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen und ihre Teilhabe am Arbeitsleben möglichst auf Dauer zu sichern.

Die personenzentrierte Teilhabeleistung zielt ab auf die Förderung des Überganges der Menschen mit Behinderung auf den allg. Arbeitsmarkt. Im Rahmen der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen werden geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung in der engeren Lebenswelt und im Sozialraum der Menschen mit Behinderung bewertet und weiterentwickelt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	680.357.537-	782.600.000-	815.900.000-
- Erträge	45.452.352	2.000.000	1.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	725.809.888	784.600.000	816.900.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**680.357.537-**	**782.600.000-**	**815.900.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08702001 Leistungen im Arbeitsbereich der WfbM

Ziele

Leistungen in Arbeitsbereich anerkannter WfbM werden erbracht, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit der Menschen mit Behinderungen zu erhalten, zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen, die Persönlichkeit dieser Menschen weiterzuentwickeln und ihre Beschäftigung zu ermöglichen oder zu sichern.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	38.412	38.500	38.600
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	679.698.589-	778.000.000-	812.000.000-
- Erträge	43.048.240	2.000.000	1.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	722.746.829	780.000.000	813.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**679.698.589-**	**778.000.000-**	**812.000.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08702002 Andere Leistungsanbieter

Ziele

Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten WfbM haben, können diese auch bei einem anderen Leistungsanbieter in Anspruch nehmen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	30	150	30
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	275.689-	1.500.000-	500.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	275.689	1.500.000	500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**275.689-**	**1.500.000-**	**500.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08702003 Budget für Arbeit

Ziele

Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten WfbM haben und denen von einem Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einer tarifvertraglichen oder ortsüblichen Entlohnung angeboten wird, erhalten mit Abschluss dieses Arbeitsvertrages ein Budget für Arbeit.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	215	250	250
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.782.999-	2.500.000-	3.200.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.782.999	2.500.000	3.200.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.782.999-**	**2.500.000-**	**3.200.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08702004 Budget für Ausbildung

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	1	60	20
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	260-	600.000-	200.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	260	600.000	200.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**260-**	**600.000-**	**200.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Produkt 08703 Teilhabe an Bildung

Ziele

Zur Teilhabe an Bildung werden unterstützende Leistungen erbracht, die erforderlich sind, damit Menschen mit Behinderungen Bildungsangebote gleichberechtigt wahrnehmen können.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	13.796.279-	16.000.000-	11.300.000-
- Erträge	7.238.314	6.500.000	7.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	21.034.594	22.500.000	18.300.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**13.796.279-**	**16.000.000-**	**11.300.000-**

Produkt 08704 Soziale Teilhabe

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
087.04.001 Leistungen für Wohnraum
087.04.002 Assistenzleistungen
087.04.003 Betreuung in einer Pflegefamilie
087.04.004 Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse
087.04.005 Förderung der Verständigung
087.04.006 Leistungen zur Mobilität
087.04.007 Hilfsmittel
087.04.008 Besuchsbeihilfen
087.04.009 Sonstige Leistungen der sozialen Teilhabe

Ziele

Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Im Rahmen von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen werden geeignete Maßnahmen zur Weiterentwicklung der personenzentrierten Teilhabeleistung für Menschen mit Behinderung in ihrer engeren Lebenswelt und ihrem Sozialraum identifiziert und bewertet.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	166.761.432-	103.200.001-	183.610.000-
- Erträge	3.485.903	2.000.000	2.800.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	170.247.335	105.200.001	186.410.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**166.761.432-**	**103.200.001-**	**183.610.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704001 Leistungen für Wohnraum

Ziele

Leistungen für Wohnraum werden erbracht, um Leistungsberechtigten zu Wohnraum zu verhelfen, der zur Führung eines möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Lebens geeignet ist.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	287	4.000	4.000
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	5.788.942-	5.500.000-	5.600.000-
- Erträge	4.548	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	5.793.491	5.500.000	5.600.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**5.788.942-**	**5.500.000-**	**5.600.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704003 Betreuung in einer Pflegefamilie

Ziele

Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie werden erbracht, um Leistungsberechtigten die Betreuung in einer anderen Familie als der Herkunftsfamilie durch eine geeignete Pflegeperson zu ermöglichen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	965	1.000	950
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	31.769.800-	33.700.000-	31.200.000-
- Erträge	1.049.584	300.000	800.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	32.819.383	34.000.000	32.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**31.769.800-**	**33.700.000-**	**31.200.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704004 Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse

Ziele

Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten werden erbracht, um Leistungsberechtigten die für sie erreichbare Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	10.980	5.300	16.000
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	101.327.808-	50.400.000-	107.900.000-
- Erträge	912.773	1.100.000	1.100.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	102.240.581	51.500.000	109.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**101.327.808-**	**50.400.000-**	**107.900.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704005 Förderung der Verständigung

Ziele

Leistungen zur Förderung der Verständigung werden erbracht, um Leistungsberechtigten mit Hör- und Sprachbehinderungen die Verständigung mit der Umwelt aus besonderem Anlass zu ermöglichen oder zu erleichtern.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	13	10	10
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	8.639-	100.000-	10.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	8.639	100.000	10.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**8.639-**	**100.000-**	**10.000-**

Teilprodukt 08704006 Leistungen zur Mobilität

Ziele

Leistungen zur Mobilität erhalten Leistungsberechtigte, denen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auf Grund der Art und Schwere der Behinderung nicht zumutbar ist.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	6.259.698-	6.200.000-	5.700.000-
- Erträge	87.335	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	6.347.032	6.200.000	5.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**6.259.698-**	**6.200.000-**	**5.700.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704007 Hilfsmittel

Ziele

Die Leistungen umfassen Hilfsmittel, die erforderlich sind, um eine durch die Behinderung bestehende Einschränkung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auszugleichen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	140	200	140
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	669.988-	300.000-	200.000-
- Erträge	15.860	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	685.848	300.000	200.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**669.988-**	**300.000-**	**200.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704008 Besuchsbeihilfen

Ziele

Werden Leistungen bei einem oder mehreren Anbietern über Tag und Nacht erbracht, können den Leistungsberechtigten oder ihren Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet werden.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	761	1.100	800
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	575.157-	600.000-	600.000-
- Erträge	952	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	576.109	600.000	600.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**575.157-**	**600.000-**	**600.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Teilprodukt 08704009 Sonstige Leistungen der sozialen Teilhabe

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	20.861.401-	6.400.001-	32.400.000-
- Erträge	911.688	600.000	900.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	21.773.089	7.000.001	33.300.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**20.861.401-**	**6.400.001-**	**32.400.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.029.773,84	11.000.000	**11.600.000**	**0**	11.600.000	11.600.000	11.600.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	867.654.840,91	915.700.001	**1.030.810.000**	**0**	1.058.410.000	1.081.010.000	1.101.610.000
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	855.625.067,07-	904.700.001-	**1.019.210.000-**	**0**	1.046.810.000-	1.069.410.000-	1.090.010.000-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	46.265.427,00	50.066.600	**50.066.600**	**0**	50.066.600	50.066.600	50.066.600
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	46.265.427,00	50.066.600	**50.066.600**	**0**	50.066.600	50.066.600	50.066.600
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	46.265.427,00	50.066.600	**50.066.600**	**0**	50.066.600	50.066.600	50.066.600

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 087 SGB IX: Eingliederungshilfe für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche über Tag und Nacht oder in Pflegefamilien	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	809.359.640,07-	854.633.401-	**969.143.400-**	**0**	996.743.400-	1.019.343.400-	1.039.943.400-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 04: Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen
Die Investitionspauschale des Landes NRW zur Eingliederungshilfe nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz beträgt in 2024 **50,1 Mio. EUR**.
In gleicher Höhe erfolgt eine Ertragsbuchung im Teilergebnisplan in der Zeile "Zuwendungen und allgemeine Umlagen".

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 088 Leistungen nach dem SGB XII	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	93.137,24	0	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	19.845.006,11	12.800.000	**28.400.000**	28.900.000	29.400.000	29.900.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.667.933,37	28.950.000	**28.525.000**	28.525.000	28.525.000	28.525.000
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	100.000,00	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	50.706.076,72	41.750.000	**56.925.000**	57.425.000	57.925.000	58.425.000
11	- Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	115.608.308,76	170.540.000	**135.220.000**	139.220.000	141.720.000	144.220.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	173.971.937,69	176.210.000	**215.380.000**	222.880.000	229.580.000	234.080.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	74.587,86	1	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	289.654.834,31	346.750.001	**350.600.000**	362.100.000	371.300.000	378.300.000
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	238.948.757,59-	305.000.001-	**293.675.000-**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	238.948.757,59-	305.000.001-	**293.675.000-**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	238.948.757,59-	305.000.001-	**293.675.000-**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	238.948.757,59-	305.000.001-	**293.675.000-**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 03: Sonstige Transfererträge
Die hier ausgewiesenen Erträge dienen in erster Linie der Refinanzierung der Leistungen nach dem 8. Kapitel des SGB XII.

Zeile 06: Kostenerstattungen und Kostenumlagen
Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen liegen bei ca. **29 Mio. EUR.** Auf die Erstattungen des Bund für die Grundsicherung entfallen **26 Mio. EUR.**

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Hilfen zur Gesundheit:
Der LVR erstattet den Mitgliedskörperschaften Kosten nach § 264 SGB V sowie nach dem 5. Kapitel SGB XII in Höhe von **12,9 Mio. EUR** jährlich.
Die Vereinbarung über die Abrechnung nach § 264 SGB V mit den Mitgliedskörperschaften wird derzeit angepasst.

Hilfe zur Pflege:
Im Bereich der Hilfe zur Pflege zieht der LVR die Mitgliedskörperschaften weiterhin für die Bearbeitung der Fälle in Einrichtungen der stationären Pflege heran. Die Kosten rechnen die Mitgliedskörperschaften quartalsweise verwaltungsökonomisch ab.

Zeile 15: Transferaufwendungen
Hilfen zur Gesundheit:
Die Erstattungen an die Krankenkassen nach § 264 SGB betragen rund **6 Mio. EUR** jährlich, sonstige Hilfen zur Gesundheit etwas mehr als **0,5 Mio. EUR**.

Hilfe zur Pflege:
Anträge auf häusliche Pflege in Verbindung mit Leistungen der Eingliederungshilfe bearbeitet der LVR seit dem 01.01.20 selbständig. Sukzessive übernimmt der LVR auch Fälle der stationären Pflege. Die Kosten für die Hilfe zur Pflege liegen bei ca. **99 Mio. EUR** jährlich.

Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten:
Im Fokus stehen der Ausbau der Frauenhäuser und der Streetworking-Angebote.

Hilfen in anderen Lebenslagen:
Mehr als 50 % der jährlichen Kosten entfallen auf die Blindenhilfe, die bei Menschen über 60 Jahre ergänzend zum Blindengeld nach dem GHBG in NRW ggf. gewährt werden kann.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 088 Leistungen nach dem SGB XII	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte

088.01 Hilfen zur Gesundheit
088.02 Hilfe zur Pflege
088.03 Überwindung besonderer Schwierigkeiten
088.04 Hilfe in anderen Lebenslagen

Produkt 08801 Hilfen zur Gesundheit

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
088.01.001 Hilfen zur Gesundheit
088.01.002 Kostenerstattung nach § 264 SGB V

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	18.011.394-	20.600.000-	19.400.000-
- Erträge	567.667	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	18.579.060	20.600.000	19.400.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**18.011.394-**	**20.600.000-**	**19.400.000-**

Teilprodukt 08801001 Hilfen zur Gesundheit

Ziele

Menschen mit Behinderungen ohne Krankenversicherungsschutz erhalten Hilfen zur Gesundheit in Form von vorbeugender Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, Hilfe zur Familienplanung, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft und Hilfe bei Sterilisation.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.354.416-	2.600.000-	1.400.000-
- Erträge	53.825	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.408.240	2.600.000	1.400.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.354.416-**	**2.600.000-**	**1.400.000-**

Teilprodukt 08801002 Kostenerstattung nach § 264 SGB V

Ziele

Die Krankenbehandlung von Menschen mit Behinderungen, die nicht versichert sind, wird von der Krankenkasse übernommen. Die Aufwendungen, die den Krankenkassen durch die Übernahme der Krankenbehandlung entstehen, werden ihnen vom LVR vierteljährlich erstattet.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	16.656.978-	18.000.000-	18.000.000-
- Erträge	509.487	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	17.166.465	18.000.000	18.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**16.656.978-**	**18.000.000-**	**18.000.000-**

Produkt 08802 Hilfe zur Pflege

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
088.02.001 Häusliche Pflege
088.02.002 Teilstationäre Pflege
088.02.003 Kurzzeitpflege
088.02.004 Stationäre Pflege
088.02.005 Entlastungsbetrag

Ziele

Personen, die pflegebedürftig sind, haben Anspruch auf Hilfe zur Pflege, soweit ihnen und ihren nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern nicht zuzumuten ist, dass sie die für die Hilfe zur Pflege benötigten Mittel aus dem Einkommen und Vermögen aufbringen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	158.863.843-	209.750.000-	198.750.000-
- Erträge	14.555.906	8.600.000	21.400.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	173.419.749	218.350.000	220.150.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**158.863.843-**	**209.750.000-**	**198.750.000-**

Teilprodukt 08802001 Häusliche Pflege

Ziele

Pflegebedürftige haben bei häuslicher Pflege Anspruch auf Hilfen in Form von Pflegehilfsmitteln und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben zusätzlich Anspruch auf Hilfen in Form von Pflegegeld, häuslicher Pflegehilfe, Verhinderungspflege und anderen Leistungen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	1.256	1.000	1.600
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	44.168.481-	47.000.000-	52.600.000-
- Erträge	376.861	500.000	400.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	44.545.341	47.500.000	53.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**44.168.481-**	**47.000.000-**	**52.600.000-**

Teilprodukt 08802002 Teilstationäre Pflege

Ziele

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben Anspruch auf teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- oder Nachtpflege, soweit die häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann oder die teilstationäre Pflege zur Ergänzung oder Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich ist.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	48	150	70
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	234.498-	300.000-	300.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	234.498	300.000	300.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**234.498-**	**300.000-**	**300.000-**

Teilprodukt 08802003 Kurzzeitpflege

Ziele

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben Anspruch auf Kurzeitpflege in einer stationären Pflegeeinrichtung, soweit die häusliche Pflege zeitweise nicht, noch nicht oder nicht im erforderlichen Umfang erbracht werden kann und die teilstationäre Pflege nach § 64g nicht ausreicht.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	104	150	100
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	691.719-	1.000.000-	800.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	691.719	1.000.000	800.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**691.719-**	**1.000.000-**	**800.000-**

Teilprodukt 08802004 Stationäre Pflege

Ziele

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben Anspruch auf Pflege in stationären Einrichtungen, wenn häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich ist oder wegen der Besonderheit des Einzelfalls nicht in Betracht kommt.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	6.341	6.500	6.600
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	113.744.748-	161.400.000-	145.000.000-
- Erträge	14.090.388	8.100.000	21.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	127.835.135	169.500.000	166.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**113.744.748-**	**161.400.000-**	**145.000.000-**

Teilprodukt 08802005 Entlastungsbetrag

Ziele

Pflegebedürftige haben Anspruch auf einen Entlastungsbetrag in Höhe von bis zu 125 Euro monatlich.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	20	20	20
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	24.397-	50.000-	50.000-
- Erträge	543	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	24.940	50.000	50.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**24.397-**	**50.000-**	**50.000-**

Produkt 08803 Überwindung besonderer Schwierigkeiten

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
088.03.001 Fachberatungsstellen
088.03.002 Arbeitsprojekte
088.03.003 Ambulante Leistungen zum Wohnen
088.03.004 Leistungen in Wohneinrichtungen

Ziele

Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, sind Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu erbringen, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	85.344.547-	95.000.000-	97.500.000-
- Erträge	9.019.276	8.000.000	9.200.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	94.363.823	103.000.000	106.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**85.344.547-**	**95.000.000-**	**97.500.000-**

Teilprodukt 08803001 Fachberatungsstellen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	6.405.548-	8.200.000-	7.300.000-
- Erträge	315.554	100.000	200.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	6.721.102	8.300.000	7.500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**6.405.548-**	**8.200.000-**	**7.300.000-**

Teilprodukt 08803002 Arbeitsprojekte

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	1.114	1.000	1.120
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	6.062.950-	5.700.000-	6.700.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	6.062.950	5.700.000	6.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**6.062.950-**	**5.700.000-**	**6.700.000-**

Teilprodukt 08803003 Ambulante Leistungen zum Wohnen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	16.950.121-	21.000.000-	21.500.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	16.950.121	21.000.000	21.500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**16.950.121-**	**21.000.000-**	**21.500.000-**

Teilprodukt 08803004 Leistungen in Wohneinrichtungen

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	3.706	4.000	4.000
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	55.925.928-	60.100.000-	62.000.000-
- Erträge	8.703.722	7.900.000	9.000.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	64.629.650	68.000.000	71.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**55.925.928-**	**60.100.000-**	**62.000.000-**

Produkt 08804 Hilfe in anderen Lebenslagen

Beschreibung

Das Produkt umfasst die Teilprodukte:
088.04.001 Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes
088.04.002 Blindenhilfe
088.04.003 Hilfe in sonstigen Lebenslagen
088.04.004 Bestattungskosten

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	2.661.620-	2.800.000-	3.100.000-
- Erträge	23.608	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	2.685.228	2.800.000	3.100.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**2.661.620-**	**2.800.000-**	**3.100.000-**

Teilprodukt 08804001 Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes

Ziele

Personen mit eigenem Haushalt sollen Leistungen zur Weiterführung des Haushalts erhalten, wenn weder sie selbst noch etwaige andere Haushaltsangehörige den Haushalt führen können und die Weiterführung des Haushalts geboten ist.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	290	350	300
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	618.864-	500.000-	700.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	618.864	500.000	700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**618.864-**	**500.000-**	**700.000-**

Teilprodukt 08804002 Blindenhilfe

Ziele

Blinden Menschen wird zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen Blindenhilfe gewährt, soweit sie keine gleichartigen Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften erhalten.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	441	500	450
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	1.396.451-	1.500.000-	1.700.000-
- Erträge	14.720	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	1.411.172	1.500.000	1.700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**1.396.451-**	**1.500.000-**	**1.700.000-**

Teilprodukt 08804003 Hilfe in sonstigen Lebenslagen

Ziele

Leistungen können auch in sonstigen Lebenslagen erbracht werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	44	50	50
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	388.521-	500.000-	400.000-
- Erträge	5.936	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	394.457	500.000	400.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**388.521-**	**500.000-**	**400.000-**

Teilprodukt 08804004 Bestattungskosten

Ziele

Die erforderlichen Kosten einer Bestattung werden übernommen, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu tragen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Bestattungen im Laufe des Jahres in Stück	117,00	200,00	150,00
Teilproduktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	257.784-	300.000-	300.000-
- Erträge	2.286	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	260.070	300.000	300.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**257.784-**	**300.000-**	**300.000-**

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 088
Leistungen nach dem SGB XII

LVR-Dezernent
Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	49.275.614,38	41.750.000	**56.925.000**	**0**	57.425.000	57.925.000	58.425.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	280.736.852,82	346.750.000	**350.600.000**	**0**	362.100.000	371.300.000	378.300.000
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	231.461.238,44-	305.000.000-	**293.675.000-**	**0**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	231.461.238,44-	305.000.000-	**293.675.000-**	**0**	304.675.000-	313.375.000-	319.875.000-

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 089**
Leistungen nach dem GHBG | **LVR-Dezernent**
Herr Dirk Lewandrowski

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	66.586,17	0	**0**	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	1.439.504,95	1.000.000	**1.500.000**	1.500.000	1.500.000	1.500.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	**0**	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	1.506.091,12	1.000.000	**1.500.000**	1.500.000	1.500.000	1.500.000
11	- Personalaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	544,39	0	**0**	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	85.966.424,05	89.000.000	**85.300.000**	85.200.000	85.100.000	85.000.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	1	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	85.966.968,44	89.000.001	**85.300.000**	85.200.000	85.100.000	85.000.000
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	84.460.877,32-	88.000.001-	**83.800.000-**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	84.460.877,32-	88.000.001-	**83.800.000-**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	84.460.877,32-	88.000.001-	**83.800.000-**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	84.460.877,32-	88.000.001-	**83.800.000-**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 03: Sonstige Transfererträge
Hier werden Rückzahlungen zu Unrecht erhaltener Leistungen ausgewiesen.

Zeile 15: Transferaufwendungen

Blindengeld:

Beim Blindengeld ist in den letzten Jahren ein leichter Fallzahlrückgang festzustellen. Zudem ist derzeit eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln anhängig, in der die Frage geklärt wird, ob die Kürzung des Blindengeldes bei einer Betreuung in einer besonderen Wohnform mit Inkrafttreten der dritten Stufe des BTHG zum 01.01.2020 noch zulässig ist.

Hilfen für Gehörlose / Hilfen für hochgradig Sehbehinderte:

Die Hilfen für Gehörlose und hochgradig Sehbehinderte verlaufen konstant.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 089 Leistungen nach dem GHBG	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte

089.01 Blindengeld
089.02 Hilfe für hochgradig Sehbehindert
089.03 Hilfe für Gehörlose

Produkt 08901 Blindengeld

Ziele

Blinde erhalten zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen Blindengeld.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	14.643	15.500	14.400
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	74.147.516-	77.200.001-	73.500.000-
- Erträge	1.354.145	1.000.000	1.500.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	75.501.662	78.200.001	75.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**74.147.516-**	**77.200.001-**	**73.500.000-**

Produkt 08902 Hilfe für hochgradig Sehbehinderte

Ziele

Hochgradig Sehbehinderte, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, erhalten zum Ausgleich der durch die hochgradige Sehbehinderung bedingten Mehraufwendungen eine Hilfe von 77 Euro monatlich.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	4.783	5.250	4.500
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	3.890.660-	4.300.000-	3.800.000-
- Erträge	96.559	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	3.987.220	4.300.000	3.800.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**3.890.660-**	**4.300.000-**	**3.800.000-**

Produkt 08903 Hilfe für Gehörlose

Ziele

Gehörlose erhalten zum Ausgleich der durch die Gehörlosigkeit bedingten Mehraufwendungen eine Hilfe von 77 Euro monatlich.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	7.106	7.000	7.100
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	6.422.701-	6.500.000-	6.500.000-
- Erträge	55.386	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	6.478.087	6.500.000	6.500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**6.422.701-**	**6.500.000-**	**6.500.000-**

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 089 Leistungen nach dem GHBG	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.294.446,63	1.000.000	**1.500.000**	**0**	1.500.000	1.500.000	1.500.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	83.713.144,82	89.000.000	**85.300.000**	**0**	85.200.000	85.100.000	85.000.000
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	82.418.698,19-	88.000.000-	**83.800.000-**	**0**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	82.418.698,19-	88.000.000-	**83.800.000-**	**0**	83.700.000-	83.600.000-	83.500.000-

Haushaltsplan 2024 | **Produktgruppe 090** | **LVR-Dezernent**

Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich | **Herr Dirk Lewandrowski**

	Teilergebnisplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	2025	2026	2027
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	669.000,00	670.000	**670.000**	670.000	670.000	670.000
03	+ Sonstige Transfererträge	410.965,44	130.000	**130.000**	130.000	130.000	130.000
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	**0**	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	135.550,00	0	**0**	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	400.000,00	0	**0**	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	**0**	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	1.615.515,44	800.000	**800.000**	800.000	800.000	800.000
11	- Personalaufwendungen	200.841,88	0	**0**	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	75.633,64	120.000	**100.000**	100.000	100.000	100.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	**0**	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	8.736.889,86	12.109.000	**12.969.000**	13.570.000	13.520.000	13.720.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.691,46	0	**0**	0	0	0
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	9.017.056,84	12.229.000	**13.069.000**	13.670.000	13.620.000	13.820.000
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 u. 17)**	7.401.541,40-	11.429.000-	**12.269.000-**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-
19	+ Finanzerträge	0,00	0	**0**	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	**0**	0	0	0
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	7.401.541,40-	11.429.000-	**12.269.000-**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	**0**	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	**0**	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	**0**	0	0	0
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	7.401.541,40-	11.429.000-	**12.269.000-**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	**0**	0	0	0
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	7.401.541,40-	11.429.000-	**12.269.000-**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-

E r l ä u t e r u n g e n :

Zeile 02: Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Die Zuweisung der Sozial- und Kulturstiftung zu den Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsangeboten bleibt auf Grund des geringen Zinsniveaus auf dem Niveau der Vorjahre in Höhe von voraussichtlich **670.000 EUR**.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Die Kosten für den Druck der Veranstaltungskalender der KoKoBe betragen jährlich **100.000 EUR**.

Weitere Details können den Produktdarstellungen entnommen werden.

Haushaltsplan 2024	Produktgruppe 090 Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich	LVR-Dezernent Herr Dirk Lewandrowski

Beschreibung

Die Produktgruppe umfasst die Produkte

090.01 KoKoBe
090.02 Zuverdienst
090.03 Urlaubsmaßnahmen
090.04 Kompass
090.05 Inklusive Bauprojektförderung
090.06 Probewohnen
090.07 Peer Counseling
090.08 IFD-Vermittlungsauftrag
090.09 Sozialraumorientierte Stadtteilentwicklung
090.10 Kurzzeitwohnen
090.11 Empfängnisverhütung ab dem 23. Lebensjahr

Produkt 09001 KoKoBe

Ziele

Dank niederschwelliger und wohnortnaher Kontakt- und Beratungsangebote werden ambulante Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung aufgebaut.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der geförderten Vollzeitstellen in Stück	64,00	64,00	64,00
- Förderung je Vollzeitstelle in Euro	85.500,00	87.000,00	94.000,00
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	4.564.890-	5.000.000-	6.030.000-
- Erträge	1.039.094	800.000	800.000
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	5.603.984	5.800.000	6.830.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**4.564.890-**	**5.000.000-**	**6.030.000-**

Produkt 09002 Zuverdienst

Ziele

Geringfügige Beschäftigungen von Menschen mit Behinderungen werden als Alternative zu den Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben oder tagestrukturierender Maßnahmen im Sinne des Wunsch- und Wahlrechtes bedarfsgerecht gefördert.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	172	360	360
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	774.981-	1.600.000-	1.100.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	774.981	1.600.000	1.100.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**774.981-**	**1.600.000-**	**1.100.000-**

Produkt 09003 Urlaubsmaßnahmen

Ziele

Es können jährlich bis zu 100 Projekte gefördert werden, die einer inklusiven Urlaubsgestaltung von Menschen mit und ohne Behinderung dienen.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	527	800	800
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	217.376-	669.000-	669.000-
- Erträge	278	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	217.653	669.000	669.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**217.376-**	**669.000-**	**669.000-**

Produkt 09004 Kompass

Ziele

Das Institut Kompass deckt den Bedarf an spezialisierten Beratungsangeboten für Menschen mit einer geistigen Behinderung.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten	399	300	400
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	643.632-	700.000-	700.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	643.632	700.000	700.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**643.632-**	**700.000-**	**700.000-**

Produkt 09005 Inklusive Bauprojektförderung

Ziele

Der Landschaftsverband Rheinland fördert mit der Vergabe von Zuschüssen den Bau inklusiver Wohnprojekte, in denen Menschen mit und ohne Behinderung unter einem Dach gemeinsam nachbarschaftlich wohnen und leben können. Neben den Baukosten können auch die Kosten für eine technische Gebäudeausstattung gefördert werden.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Personen, die im Laufe des Jahres Leistungen erhalten			0
- Anzahl der geförderten Bauprojekte in Stück	3,00	10,00	10,00
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	546.300-	2.000.000-	2.000.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	546.300	2.000.000	2.000.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**546.300-**	**2.000.000-**	**2.000.000-**

Produkt 09006 Probewohnen

Ziele

Mit dem Probewohnen wird es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, befristet das Wohnen außerhalb des Elternhauses oder einer Wohneinrichtung zu erproben.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	38.109-	50.000-	50.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	38.109	50.000	50.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**38.109-**	**50.000-**	**50.000-**

Produkt 09007 Peer Counseling

Ziele

Das Angebot Peer Beratung wird unter dem Dach von mindestens zehn KoKoBe fortgesetzt und ausgebaut.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	446.107-	600.000-	920.000-
- Erträge	40.593	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	486.700	600.000	920.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**446.107-**	**600.000-**	**920.000-**

Produkt 09008 IFD-Vermittlungsauftrag

Ziele

Zur Bedarfsermittlung und Vorbereitung auf ein Budget für Arbeit erfolgt ein Vermittlungsauftrag an den Integrationsfachdienst (IFD).

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Kennzahlen (Leistungen u. Finanzen)			
- Anzahl der Vermittlungsaufträge in Stück	319,00	300,00	350,00
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	336.870-	500.000-	500.000-
- Erträge	135.550	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	472.420	500.000	500.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**336.870-**	**500.000-**	**500.000-**

Produkt 09009 Sozialraumorientierte Stadtteilentwicklung

Ziele

Ziel der Zusammenarbeit zwischen dem LVR und den Mitgliedskörperschaften ist die Entwicklung inklusiver Sozialräume, um inklusive Lebensverhältnisse in Nordrhein-Westfalen zu fördern und zu stärken.

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	202.587-	260.000-	250.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	202.587	260.000	250.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**202.587-**	**260.000-**	**250.000-**

Produkt 09010 Kurzzeitwohnen

Ziele

Das Kurzzeitwohnen ermöglicht Menschen mit Behinderung die Aufnahme in eine Wohneinrichtung für einen gewissen Zeitraum, um die Familie, in der sie leben, zu entlasten.

Besonderheiten/Hinweise

Die Leistung "Kurzzeitwohnen"" wird ab 2022 unter dem Produkt 087.04.009 abgebildet"

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	400.000	0	0
- Erträge	400.000	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	0	0	0
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**400.000**	**0**	**0**

Produkt 09011 Empfängnisverhütung ab dem 23. Lebensjahr

	Ergebnis	Ansatz	
	2022	2023	2024
Produktergebnis			
Primäre Erträge und Aufwendungen (DB I)	30.690-	50.000-	50.000-
- Erträge	0	0	0
- primäre Aufwendungen (Einzelkosten)	30.690	50.000	50.000
ILV mit Tarifen (DB II)	0	0	0
Produktgruppen-interne Kosten (DB III)	0	0	0
Querschnittskosten Dezernat (DB IV)	0	0	0
Querschnittskosten LVR (DB V)	0	0	0
Saldo aus ILV	0	0	0
Ergebnis	**30.690-**	**50.000-**	**50.000-**

Haushaltsplan 2024

Produktgruppe 090
Förderung innovativer Angebote im Sozialbereich

LVR-Dezernent
Herr Dirk Lewandrowski

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Laufende Verwaltungstätigkeit							
01	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.204.354,41	800.000	**800.000**	**0**	800.000	800.000	800.000
02	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.810.668,19	12.229.000	**13.069.000**	**0**	13.670.000	13.620.000	13.820.000
03	**Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 u. 2)**	7.606.313,78-	11.429.000-	**12.269.000-**	**0**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-
	Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen							
04	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
05	aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
06	aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
07	aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
08	aus sonstigen Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
09	**Summe der investiven Einzahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
10	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	für Baumaßnahmen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
12	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
13	für den Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
14	von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	für sonstige Investitionen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
16	**Summe der investiven Auszahlungen**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
17	**Saldo Investitionstätigkeit (Zeilen 9 und 16)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0

	Teilfinanzplan	Ergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Verpfl.-Erm. (€)	Planung (€)		
		2022	2023	**2024**	**2024**	2025	2026	2027
	Finanzierungstätigkeit							
	Einzahlungen							
18	EZ Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	EZ Rückflüsse Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
20	EZ a. d. Aufn./Rückfl. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
21	**Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
	Auszahlungen							
22	AZ Tilgung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	AZ Gewährung Investkredite/kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
24	AZ f. d. Tilg./Gew. v. Kred. zur Liquiditätssicherung	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
25	**Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
26	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 21 und 25)**	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
27	**Saldo Einzahlungen ./. Auszahlungen (Zeilen 3, 17 u. 26)**	7.606.313,78-	11.429.000-	**12.269.000-**	**0**	12.870.000-	12.820.000-	13.020.000-

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1802

öffentlich

Datum: 18.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 53
Bearbeitung: Herr Stenz

Schulausschuss	**04.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX

Beschlussvorschlag:

Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX wie in der Vorlage Nr. 15/1802 dargestellt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	A .041	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan		Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:		Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:		
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten		

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Zusammenfassung

Dem Sozialausschuss wird vorgeschlagen, gem. §§ 215 ff. SGB IX die Anerkennung und Förderung der Gründung der Inklusionsunternehmen

- Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH
- LeHa-Tec gGmbH

sowie die Anerkennung und Förderung der Gründung einer Inklusionsabteilung in der

- Franziskusheim gGmbH

zu beschließen.

Der Beschluss umfasst einmalige Zuschüsse zu Investitionskosten i. H. v. 214.000 € sowie laufende Zuschüsse zu Personalkosten von bis zu 64.308 € für das Jahr 2023 und die Folgejahre im dargestellten Umfang.

Mit dieser Förderung werden in o. g. Inklusionsbetrieben insgesamt 13 Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX neu geschaffen.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

Darüber hinaus informiert das LVR-Inklusionsamt über folgende Erweiterungen von bestehenden Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX:

- discovering hands Service GmbH
- Universitätsklinikum Köln Reinigungs GmbH
- WRS gGmbH
- Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH
- Diversa gGmbH
- Perspektive Lebenshilfe Köln gGmbH

sowie über Ausbau- und Modernisierungsvorhaben zur Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen in folgenden Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX:

- VIA Integration gGmbH
- WRS gGmbH

Die Bewilligungen des LVR-Inklusionsamtes umfassen einmalige Zuschüsse zu Investitionskosten i. H. v. 518.760 € sowie laufende Zuschüsse zu Personalkosten. Durch die Erweiterungen werden in den o. g. Inklusionsbetrieben insgesamt 37 Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX neu geschaffen sowie 19 Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX gesichert.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtung Z2 „Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-konvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1802

1. Zusammenfassung der Zuschüsse Seite 3
    1.1. Zuschüsse zu Investitionen Seite 3
    1.2. Laufende Zuschüsse Seite 3

2. Einleitung Seite 4
    2.1. Das Bundesprogramm „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb" Seite 4
    2.2. Stand der Bewilligungen durch den Sozialausschuss Seite 5
    2.3. Stand der Bewilligungen durch das LVR-Inklusionsamt Seite 5

3. Gründung von Inklusionsbetrieben Seite 7
    3.1. Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH Seite 7
    3.2. LeHa-Tec gGmbH Seite 10
    3.3. Franziskusheim gGmbH Seite 14

4. Nachrichtliche Information zu Erweiterungen von Inklusionsbetrieben Seite 17
    4.1. discovering hands Service GmbH Seite 17
    4.2. Universitätsklinikum Köln Reinigungs GmbH Seite 22
    4.3. WRS gGmbH Seite 23
    4.4. Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH Seite 25
    4.5. Diversa gGmbH Seite 27
    4.6. Perspektive Lebenshilfe Köln gGmbH Seite 29

5. Nachrichtliche Information zu Ausbau- und Modernisierungsvorhaben von Inklusionsbetrieben Seite 31
    5.1. VIA Integration gGmbH Seite 31
    5.2. WRS gGmbH Seite 33

Anlage Die Begutachtung und Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX

1. Zusammenfassung der Zuschüsse

1.1. Investive Zuschüsse

Die in der Vorlage dargestellten Vorhaben zur Gründung von Inklusionsbetrieben umfassen folgende Zuschüsse zu Investitionen:

Tabelle 1: Anzahl der geförderten Arbeitsplätze (AP) und Investitionskostenzuschüsse

Antragsteller	**Region**	**Branche**	**AP**	**Zuschuss in €**
Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH	Mönchen-gladbach	Lager- und Logistikdienstleistungen, Grünflächenpflege/ Hausmeisterdienste	6	74.000
LeHa-Tec gGmbH	Aachen	Metallbearbeitung, Zerspanungstechnik	3	60.000
Franziskusheim gGmbH	Städteregion Aachen	Inklusionsabteilung Wäscherei	4	80.000
Beschlussvorschlag gesamt			**13**	**214.000**

1.2. Laufende Zuschüsse

Die in der Vorlage dargestellten Vorhaben umfassen die in der folgenden Tabelle aufgeführten laufenden Zuschüsse. Für die Berechnung wurden die durchschnittlichen Arbeitnehmerbruttolohnkosten (je nach Branche und Tarif) und eine jährliche Steigerung der Löhne und Gehälter von 2 % zugrunde gelegt. Die Berechnung der Zuschüsse erfolgt von Seiten des LVR-Inklusionsamtes im Sinne haushaltsplanerischer Vorsicht in voller Höhe und auf Basis von Vollzeitstellen. Soweit für die Neueinstellung von Personen mit einer Schwerbehinderung Eingliederungszuschüsse nach dem SGB II oder III in Anspruch genommen werden können, werden reduzierte oder keine weiteren Zuschüsse des LVR-Inklusionsamtes gezahlt.

Tabelle 2: Laufende Zuschüsse für neue Arbeitsplätze gem. § 215 SGB IX

Summe	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Arbeitsplätze	10	13	13	13	13
Zuschüsse § 27 SchwbAV in €	45.108	108.820	110.996	113.216	115.480
Zuschüsse § 217 SGB IX in €	19.200	46.800	46.800	46.800	46.800
Zuschüsse gesamt in €	64.308	155.620	157.796	160.016	162.280

2. Einleitung

Die Nachfrage nach Beratung und Förderung neuer Arbeitsplätze in Inklusionsbetrieben im Rheinland befindet sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Das LVR-Inklusionsamt fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Schwerbehinderung der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX in Inklusionsbetrieben bereits seit Ende des Jahres 2001 aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Aktuell bestehen im Rheinland 147 Inklusionsunternehmen, Inklusionsabteilungen und Inklusionsbetriebe mit rd. 3.643 Arbeitsplätzen, davon 1.895 Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe des § 215 SGB IX.

Seit dem Jahr 2008 beteiligt sich das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Landesprogramms „Integration unternehmen!" zu 50 % an der investiven Förderung von Inklusionsbetrieben. Aufgrund des großen Erfolgs wurde das Landesprogramm im Jahr 2011 als Regelförderinstrument implementiert. Im Koalitionsvertrag für die Jahre 2022 bis 2027 bekennt sich die Landesregierung zur Förderung von Inklusionsunternehmen (S. 102). So wird erwartet, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW weiterhin dauerhaft Mittel zur investiven Förderung von jährlich 250 zusätzlichen Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt. Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2023 sieht für das Landesprogramm „Integration unternehmen!" Haushaltsmittel von rd. 2,6 Mio. € vor.

2.1. Das Bundesprogramm „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb"

Im Jahr 2016 wurde das Förderprogramm „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb" vom Bundestag beschlossen, bundesweit werden aus dem Ausgleichsfonds 150 Mio. € für die Förderung von Inklusionsbetrieben zur Verfügung gestellt, auf das Rheinland entfallen davon 18,2 Mio. €. Die am 22.04.2016 in Kraft getretene Richtlinie sieht als Fördergegenstand die investive und laufende Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze in neuen und bestehenden Inklusionsbetrieben vor. Die Ausführung des Programms erfolgt durch die Integrationsämter, denen auch die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderung obliegt. Das LVR-Inklusionsamt hat die bestehenden Förderkonditionen unverändert beibehalten und konnte in den Jahren 2016 bis 2019 den Ausbau von Inklusionsbetrieben um rd. 380 Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX vollständig aus Mitteln des Bundesprogramms finanzieren. Die laufenden Zuschüsse für diese Personen werden für die Dauer von fünf Jahren aus Mitteln des Bundesprogramms getragen und danach in die Regelfinanzierung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe übergehen.
Mit Ablauf des Jahres 2019 sind die Mittel des Bundesprogramms vollständig gebunden, so dass keine weiteren Arbeitsplätze aus diesen Mitteln gefördert werden können.

Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb" wird auf die Vorlage Nr. 14/1207 verwiesen.

2.2. Stand der Bewilligungen durch den Sozialausschuss

Tabelle 3: Stand der Bewilligungen im Jahr 2023

Antragsteller	**Region**	**Branche**	**Anzahl AP**	**Vorlage Nr.**
Thilo Garschagen Gartengestaltung	Remscheid	Garten- und Landschaftsbau	5	15/1418
e.CW Paricon GmbH	Duisburg	Inklusionsabteilung Wäscherei	7	15/1418
Bewilligungen im Jahr 2023 gesamt			**12**	

2.3. Stand der Bewilligungen durch das LVR-Inklusionsamt

Tabelle 4: Stand der Bewilligungen im Jahr 2023

Antragsteller	**Region**	**Branche**	**Anzahl AP**	**Zuschuss in €**
discovering hands Service GmbH	Mülheim an der Ruhr	Medizinische Dienstleistungen/ Tastuntersuchungen	21	79.840
Universitätsklinikum Köln Reinigungs GmbH	Köln	Gebäudereinigung	4	80.000
WRS gGmbH	Gummers-bach	Wäscherei, Logistik und Transportdienstleistungen, Digitalisierung, Speisenvorbereitung	2	40.000
Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH	Mönchengla dbach	Produktionsdienstleistungen	3	40.000
DIVERSA gGmbH	Moers	Gemeinschaftsverpflegung, Catering	3	60.000
Perspektive Lebenshilfe Köln gGmbH	Köln	Gastronomie	4	80.000

VIA Integration gGmbH	Aachen	Landwirtschaft, Gastronomie, Einzelhandel	8	50.000
WRS gGmbH	Gummers-bach	Wäscherei, Logistik und Transportdienstleistungen, Digitalisierung, Speisenvorbereitung	11	88.920
Bewilligungen durch das LVR-Inklusionsamt im Jahr 2023 gesamt			**56**	**518.760**

3. Neugründung von Inklusionsbetrieben

3.1 Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH

3.1.1. Zusammenfassung

Der Lebenshilfe Mönchengladbach e. V. wurde, hervorgehend aus einer Elternvereinigung, 1966 gegründet und bietet verschiedenste Hilfen und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige. Zum Unternehmensverbund gehören heute drei Gesellschaften, die neben einer Kindertagesstätte insbesondere Beratungsstellen, Angebote des familienunterstützenden Dienstes sowie des ambulanten stationären Wohnens umfassen. Ergänzend ist nunmehr der Aufbau eines Inklusionsunternehmens in der diesjährig gegründeten Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH beabsichtigt, welche im Zuge dessen Dienstleistungen für den Unternehmensverbund in den Bereichen Grünpflege und Hausmeisterservice erbringen soll. Darüber hinaus werden in Kooperation mit der MaxMo Apotheke ein Dienstleistungs-/Werkvertrag geschlossen und Auftragsarbeiten in Filialen sowie im Zentrallager verrichtet. Insgesamt können so zunächst neun Arbeitsplätze geschaffen werden, davon sechs für Personen der Zielgruppe. Das Unternehmen beantragt einen Investitionszuschuss von 74.000 € sowie jährliche Zuschüsse zu den Personalkosten der Beschäftigten der Zielgruppe. Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor (s. Ziff. 3.1.4.).

3.1.2. Die Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH

Die Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH ist eine von drei gemeinnützigen Gesellschaften im Unternehmensverbund des Lebenshilfe Mönchengladbach e. V.. Geschäftsführer des Unternehmens wie auch der beiden Schwestergesellschaften Lebenshilfe Wohnen gGmbH und LebensFreude gGmbH ist Herr Özgür Kalkan. Der Lebenshilfe Mönchengladbach e. V. mit seinen letztgenannten Gesellschaften ist u. a. Betreiber einer Kindertagesstätte, eines Cafés, einer trägerverantworteten Wohngemeinschaft sowie von vier Wohnstätten für erwachsene Menschen mit Beeinträchtigung im Stadtgebiet Mönchengladbach. Im Zuge des Insourcings sollen bislang an externe Unternehmen vergebene Aufträge der Grünflächenpflege sowie im Hausmeisterservice durch die in diesem Jahr gegründete Tochtergesellschaft der Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH übernommen werden. Des Weiteren soll entsprechend Kooperationsvereinbarung mit der MaxMo GmbH, welche ihren Sitz ebenfalls in Mönchengladbach hat und mittlerweile an fast 30 Standorten agiert, eine Dienstleistungsübernahme in Filialapotheken oder auch im Zentrallager erfolgen.

3.1.3. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Durch Gründung des Inklusionsunternehmens werden insgesamt jeweils drei Arbeitsplätze für Mitarbeitende der Zielgruppe im Bereich der Grünflächenpflege/ Hausmeisterdienste sowie im Bereich der Dienstleistungserbringung für die MaxMo GmbH entstehen. Die Beschäftigten übernehmen dabei Tätigkeiten wie Rasen- und Beetpflege sowie den anfallenden Gehölzschnitt. Des Weiteren sind ergänzend die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen und Anlagen des Unternehmensverbundes zu gewährleisten, als auch Reparaturen und Renovierungsarbeiten durchzuführen. Das Aufgabenspektrum für die MaxMo Apotheke umfasst weitergehend bspw. das Einlagern von Ware, die Reinigung von Regalen, das Auffüllen von Verbrauchsmaterialien, die Warenauszeichnung und die Vorbereitung und Versendung von Waren. Die Arbeitsplätze sind als Teilzeitstellen

angelegt, die Entlohnung soll den Arbeitsvertragsbedingungen des Gesamtverbands „Der Paritätische‟ (AVB II) entsprechen. Die arbeitsbegleitende und psychosoziale Betreuung soll durch die Betriebsleitung mit zusätzlicher pädagogischer Qualifikation sowie eine pädagogische Fachkraft der Lebenshilfe Wohnen gGmbH sichergestellt werden.

3.1.4. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Im Rahmen des Antrages der Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH hat das LVR-Inklusionsamt die FAF gGmbH mit der Begutachtung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens beauftragt. In ihrer Stellungnahme vom 31.03.2023 kommt diese zu folgendem Ergebnis:

„(…) Die Zusammenführung folgender Stärken und Schwächen des Unternehmens und der Chancen und Risiken führt zur Gesamtbeurteilung des Vorhabens:

- Die anfängliche Auslastung des Inklusionsbetriebs kann aufgrund des Bedarfs innerhalb des Unternehmensverbundes des Lebenshilfe Mönchengladbach e. V. und angesichts der bereits bestehenden Kooperationsvereinbarungen von Beginn an gewährleistet werden, eine anfängliche, kostenintensive Markterschließung ist nicht notwendig.
- Die Struktur der Mitarbeitenden ermöglicht es, sowohl eine marktgerechte Konditionengestaltung als auch eine zufriedenstellende Rentabilität des Gründungsvorhabens zu realisieren. Das Verhältnis von Fach- und Hilfskräften wie auch das Verhältnis von schwerbehinderten und nicht behinderten Mitarbeitenden bietet die Möglichkeit, auch angesichts der Marktdaten bzw. der Daten relevanter Vergleichsbetriebe, ein ansprechendes Leistungspotential nutzen zu können.
- Risiken ergeben sich durch die Notwendigkeit einer zumindest annähernd marktkonformen Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass beim vorliegenden Konzept im besonderen Maße durch die Personalauswahl und die arbeitsbegleitende Betreuung eine Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und somit des betrieblichen Erfolgs gewährleistet werden kann.
- Hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Planung ist anzumerken, dass die Kosten/Umsatzstruktur aufgrund der Mitarbeiterzusammensetzung teilweise von den Personalkosten der Branche abweicht, es können aber ausreichende Jahresüberschüsse und ein positiver Cashflow realisiert werden, der langfristig die Re-Investition in die beschafften Wirtschaftsgüter ermöglicht. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass wachstumsbedingte Kostensteigerungen und somit temporäre Zahlungsmittelabflüsse auftreten, die Zahlungsfähigkeit bleibt jedoch in jedem Fall erhalten und wird gegebenenfalls durch Mittel des Gesellschafters sichergestellt.

Es kann insgesamt von einem wirtschaftlichen Vorhaben und somit einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeitende ausgegangen werden. Die Förderung des Vorhabens ist daher u. E. zu befürworten“ (FAF gGmbH vom 31.03.2023).

3.1.5. Bezuschussung

3.1.5.1. Zuschüsse zu Investitionen

Im Rahmen der Anerkennung als Inklusionsunternehmen werden von der Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH für die Neuschaffung von sechs Arbeitsplätzen für

Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX Investitionen i. H. v. 92.500 € geltend gemacht. Darin enthalten sind Kosten für einen Pritschenwagen inkl. Umbau (40.000 €), IT-Lizenzen/Software (20.000 €), Einrichtungen für Lager (15.000 €), Büro und Sozialräume (8.000 €), Maschinen und Geräte (7.000 €) sowie IT-Ausstattung (2.500 €). Diese Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit bis zu 74.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 80 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 18.500 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt durch eine Bankbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

3.1.5.2. Laufende Zuschüsse

Die Berechnung der laufenden Zuschüsse für Inklusionsbetriebe ist in der Anlage ausführlich beschrieben. Die Förderung erfolgt entsprechend der unter Ziff. 1.2. der Vorlage dargelegten Rahmenbedingungen. Die Personalkosten (PK) und die laufenden Zuschüsse für die Personen der Zielgruppe sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 5: PK (jährliche Steigerung um 2 %) und Zuschüsse

	ab 09.2023	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Personen	6	6	6	6	6
PK (AN-Brutto) in €	50.112	153.343	156.410	159.538	162.729
Zuschuss § 27 SchwbAV in €	15.034	46.003	46.923	47.861	48.819
Zuschuss § 217 SGB IX in €	7.200	21.000	21.000	21.000	21.000
Zuschüsse Gesamt in €	22.234	67.603	68.523	69.461	70.419

3.1.6. Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt gem. §§ 215 ff. SGB IX die Anerkennung und Förderung der Lebenshilfe Mönchengladbach Service gGmbH als Inklusionsunternehmen. Der Beschluss umfasst einen Zuschuss zu den Investitionen für die Schaffung von sechs neuen Arbeitsplätzen für Beschäftigte der Zielgruppe des § 215 SGB IX i. H. v. 74.000 € und laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV von bis zu 22.234 € für das Jahr 2023 und die Folgejahre wie zuvor dargestellt.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

3.2 LeHa-Tec gGmbH

3.2.1. Zusammenfassung

Der Lebenshilfe Aachen e. V. ist 1962 aus einer Selbsthilfevereinigung hervorgegangen und setzt sich seither für die Interessen von Menschen insbesondere mit geistiger Behinderung sowie deren Angehöriger ein. Der Verein ist heute Träger verschiedener Einrichtungen und Fachdienste, die sich auf die Bereiche Beratung und Hilfen, Förderung und Betreuung, Schul- und Freizeitbegleitung sowie Wohnen und Teilhabe am Arbeitsleben konzentrieren. Innerhalb eines der bestehenden Tochterunternehmen, der Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH, einer seit 1975 anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen, war bislang der Tätigkeitsbereich der Metallbearbeitung angesiedelt. Dieser soll nunmehr in den aufzubauenden Inklusionsbetrieb, die LeHa-Tec gGmbH, überführt sowie im Zuge einer Ausweitung und Automatisierung der Produktion professionalisiert und wettbewerbsfähiger gestaltet werden. Es sollen zunächst sieben Arbeitsplätze entstehen, davon drei für Personen der Zielgruppe. Im Rahmen des Gründungsvorhabens wird ein Investitionszuschuss gem. §§ 215 ff. SGB IX von 60.000 € sowie jährliche Zuschüsse zu den Personalkosten der Beschäftigten der Zielgruppe beantragt. Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor (s. Ziff. 3.2.4.).

3.2.2. Die LeHa-Tec gGmbH

Der Lebenshilfe Aachen e. V. ist u. a. Träger von vier Kindertagesstätten, einem Frühförder- sowie Familienzentrum, sieben Wohnstätten, selbstständigem Wohnen mit ambulanter Unterstützung, einer KoKoBe sowie einer Werkstatt für behinderte Menschen. Letztere ist in der Tochtergesellschaft der Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH verortet, welche als alleinige Gesellschafterin für die Errichtung des Inklusionsunternehmens der LeHa-Tec gGmbH eintritt. Die Geschäftsführung wird Herrn Norbert Zimmermann, zugleich auch Geschäftsführer des Gesellschafters, übertragen. Die LeHa-Tec gGmbH gehört somit zum Unternehmensverbund der Lebenshilfe Aachen e. V., welchem mit der Lebenshilfe Aachen CleanCare gGmbH ein weiteres Inklusionsunternehmen zugehörig ist. Die LeHa-Tec gGmbH übernimmt die Metallbearbeitung bzw. den Zerspanungsbereich, welcher zuvor bei der Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH verortet war, und beabsichtigt diesen marktgerecht zu entwickeln. Das Leistungsprogramm umfasst insbesondere die automatisierte Zerspanung (CNC) von Klein- und Großteilfertigungen für Unternehmen, die Dreh- und Fräserzeugnisse für ihre Baugruppen oder Produkte benötigen. Dabei sollen vor allem durch den Ausbau des Maschinenparks Automatisierungs- und Produktionsprozesse ausgeweitet werden. Das Inklusionsunternehmen profitiert dabei nicht zuletzt von den bereits langjährig bestehenden Geschäftsbeziehungen des Gesellschafters mit Kunden unterschiedlichster Branchen sowie dem Know-how der Betriebsleitung und eines Facharbeiters, die ebenfalls übernommen werden sollen.

3.2.3. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Aufgrund des vorgesehenen Leistungsportfolios wird das Inklusionsunternehmen sehr maschinenorientiert ausgerichtet und mit einem hohen Automatisierungsgrad versehen sein. Dies stellt an die Mitarbeitenden besondere Herausforderungen, an die diese sukzessive herangeführt werden sollen. Dabei sollen auch zwei Mitarbeitende aus der Werkstatt für behinderte Menschen den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt

vollziehen. Die Tätigkeiten der Zielgruppenmitarbeiter*innen umfassen die Vorbereitung der Werkzeuge und Materialien, die Bestückung der Maschinen mit den zu fertigenden Teilen sowie die Erstellung der Produktionsprogramme mit Unterstützung durch das Fachpersonal. Die Arbeitsplätze sind als Vollzeitstellen angelegt, die Entlohnung liegt über dem gesetzlichen Mindestlohn. Die arbeitsbegleitende Betreuung wird durch erfahrenes Anleitungspersonal sichergestellt, für die psychosoziale Begleitung soll eine Kooperation mit der Lewac gGmbH, einer Tochtergesellschaft der Lebenshilfe Aachen Werkstätten und Service GmbH und des Wabe e. V., geschlossen werden.

3.2.4. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Im Rahmen des Antrages der LeHa-Tec gGmbH hat das LVR-Inklusionsamt die FAF gGmbH mit der Begutachtung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens beauftragt. In ihrer Stellungnahme vom 17.07.2023 kommt diese zu folgendem Ergebnis:

„(…) Die Zusammenführung folgender Stärken und Schwächen des Unternehmens und der Chancen und Risiken des Marktes führt zur Gesamtbeurteilung des Vorhabens:

- Bei der CNC-Zerspanung handelt es sich um ein kapitalintensives Vorhaben, bei dem der Produktionsprozess durch einen relativ hohen Automatisierungsgrad und einen intensiven Maschineneinsatz gekennzeichnet ist. Der vorhandene Maschinenpark sowie die geplanten Investitionen in zusätzliche Maschinen ermöglichen jedoch eine klare Positionierung am Markt und eine hohe Produktivität auch der schwerbehinderten Mitarbeitenden.
- Die Struktur der Mitarbeitenden ermöglicht es, sowohl die Potentiale der Maschinen zu nutzen als auch eine marktgerechte Konditionengestaltung und eine zufriedenstellende Rentabilität des Gründungsvorhabens zu realisieren. Das Verhältnis von Fachkräften und angelernten Kräften wie auch das Verhältnis von schwerbehinderten und nicht behinderten Mitarbeitenden bieten auch angesichts der Marktdaten bzw. der Daten relevanter Vergleichsbetriebe Qualifizierungspotentiale für die Mitarbeitenden und somit Optimierungspotentiale für den Produktionsprozess.
- Die anfängliche Auslastung des Inklusionsbetriebs kann aufgrund des vorhandenen Kundenstamms der Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH von Beginn an gewährleistet werden und eine anfängliche, kostenintensive Markterschließung ist nicht notwendig. Eine flexiblere Arbeitsorganisation, eine weitgehend automatisierte Fertigung sowie kürzere Lieferzeiten und Preisstabilität aufgrund längerer Maschinenlaufzeiten ermöglichen sowohl Kontinuität als auch den Ausbau der langjährigen Geschäftsbeziehungen.
- Die Branchenentwicklung bzw. die Nachfrage nach den Leistungen der Branche hängt stark von der Entwicklung nachgelagerter Wirtschaftszweige sowie auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Trotz der schwierigen Marktlage der vergangenen Jahre, die durch geopolitische Konflikte und die Coronavirus-Pandemie ausgelöst wurde, sehen die Zukunftsaussichten der Metallbearbeitung durchaus positiv aus und in den nächsten fünf Jahren dürfte der Branchenumsatz anwachsen.
- Die Marktkonzentration ist gering und die Branche ist weitgehend durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Als Erfolgsfaktoren sind eine flexible Anpassung der Bearbeitungsprozesse, die räumliche Nähe zu den Abnehmern, Digitalisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, qualifizierte Arbeitskräfte und eine effektive Qualitätskontrolle herauszustellen. Schwierigkeiten

bei größeren Unternehmen aufgrund starrer Produktionsprozesse ermöglichen zudem neue Markteintritte durch innovative, kleinere Unternehmen. Die Markteinstiegschancen sind somit positiv zu beurteilen.

- Risiken ergeben sich durch die Notwendigkeit einer zumindest z. T. relativ anspruchsvollen Tätigkeit und einer annähernd marktkonformen Leistungsfähigkeit der schwerbehinderten Mitarbeitenden. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass beim vorliegenden Konzept im besonderen Maße durch die Personalauswahl, die fachliche Unterstützung und die arbeitsbegleitende Betreuung eine Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und somit des betrieblichen Erfolgs gewährleistet werden kann.
- Der regionale Markt und Wettbewerb in der Region Aachen ist durch kleine bis mittlere Lohn-Zerspanungsbetriebe gekennzeichnet, die sich auf Kleinteilfertigung spezialisiert haben. Das Inklusionsunternehmen wird hingegen auch Großteile fertigen können, da der Maschinenpark sehr breit gefächert ist.
- Hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Planung ist anzumerken, dass nicht von Beginn an ausreichende Jahresüberschüsse realisiert werden können. Bestehende Kundenkontakte bilden zwar die Basis des künftigen Erfolgs, die Erzielung eines Breakeven-Umsatzes ist voraussichtlich erst vom dritten Jahr an realisierbar. Temporäre Zahlungsmittelabflüsse sind zudem nicht vollständig auszuschließen, die Zahlungsfähigkeit bleibt jedoch in jedem Fall erhalten und wird gegebenenfalls durch Mittel des Gesellschafters sichergestellt. Nach einer betrieblichen Anlaufphase sind zufriedenstelle Überschüsse und ein positiver Cashflow zu erwarten, der die Re-Investition in die beschafften Wirtschaftsgüter ermöglicht. Der Maschinenpark sowie der Cashflow ermöglichen bei entsprechender Umsatzentwicklung ein weiteres Wachstum des Personalbestandes ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Investitionszuschüsse.

Zusammenfassend kann vor dem Hintergrund der Marktgegebenheiten sowie der Wettbewerbsposition des geplanten Inklusionsunternehmens von einem wirtschaftlichen Vorhaben und somit einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeitende ausgegangen werden. Die Förderung des Vorhabens ist daher u. E. zu befürworten" (FAF gGmbH vom 17.07.2023).

3.2.5. Bezuschussung

3.2.5.1. Zuschüsse zu Investitionen

Im Rahmen der Anerkennung als Inklusionsunternehmen werden von der LeHa-Tec gGmbH für die Neuschaffung von drei Arbeitsplätzen für Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX Investitionen i. H. v. 990.000 € geltend gemacht. Darin enthalten sind die Kosten für Investitionsgüter, die zur Grundausstattung und nahtlosen Fortführung von Aufträgen zum Restbuchwert von insgesamt 250.000 € von der Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH übernommen werden: vier CNC 3-Achsen- sowie drei CNC 5-Achsen-Fräsmaschinen, zwei Drehmaschinen und eine Bandsägemaschine. Zudem sollen eine CNC Drehbank mit Roboter (300.000 €), eine 5-Achsen-Fräse (250.000 €), eine BMO-Automation (140.000 €), ein Stangenlader für Drehmaschinen (30.000 €) sowie Ausstattungen für Büro und Sozialräume angeschafft werden. Diese Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit bis zu 60.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 6 % der Gesamtinvestition. Weitere Fördermittel sollen bei der Aktion Mensch (250.000 €) und der Stiftung Wohlfahrtspflege (370.000 €) beantragt werden. Der bei erfolgreicher Akquise der Stiftungsmittel verbleibende Eigenanteil von 310.000 € wird aus Eigenmitteln

finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt durch eine Bankbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

3.2.5.2. Laufende Zuschüsse

Die Berechnung der laufenden Zuschüsse für Inklusionsbetriebe ist in der Anlage ausführlich beschrieben. Die Förderung erfolgt entsprechend der unter Ziff. 1.2. der Vorlage dargelegten Rahmenbedingungen. Die Personalkosten (PK) und die laufenden Zuschüsse für die Personen der Zielgruppe sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 6: PK (jährliche Steigerung um 2 %) und Zuschüsse

	2023	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Personen		3	3	3	3
PK (AN-Brutto) in €		91.800	93.636	95.509	97.419
Zuschuss § 27 SchwbAV in €		27.540	28.091	28.653	29.226
Zuschuss § 217 SGB IX in €		10.800	10.800	10.800	10.800
Zuschüsse Gesamt in €		38.340	38.891	39.453	40.026

3.2.6. Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt gem. §§ 215 ff. SGB IX die Anerkennung und Förderung der LeHA-Tec gGmbH als Inklusionsunternehmen. Der Beschluss umfasst einen Zuschuss zu den Investitionen für die Schaffung von drei neuen Arbeitsplätzen für Beschäftigte der Zielgruppe des § 215 SGB IX i. H. v. 60.000 € und laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV von bis zu 38.340 € für das Jahr 2024 und die Folgejahre wie zuvor dargestellt.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

3.3 Franziskusheim gGmbH

3.3.1. Zusammenfassung

Die Franziskusheim gGmbH mit Sitz in Geilenkirchen ist ein Träger der Altenhilfe und erbringt in der Region an dreizehn verschiedenen Standorten Angebote und Leistungen der Seniorenpflege und Seniorenbetreuung. Die unternehmenseigene Wäscherei übernimmt bislang die Reinigung der Wäsche von Bewohnern und Kunden, die Reinigung von Flachwäsche und Dienstbekleidung sind an einen externen Dienstleister fremd-vergeben. Zur Steigerung von Flexibilität als auch Qualität beabsichtigt die Franziskusheim gGmbH die Textilreinigung künftig selbst zu verrichten. Die bestehende Wäscherei soll im Zuge dessen personell wie maschinell erweitert und als Inklusionsabteilung umgewandelt bzw. aufgebaut werden. Insgesamt sollen vier neue Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe entstehen. Die Franziskusheim gGmbH beantragt im Rahmen des Gründungsvorhabens einen Investitionszuschuss i. H. v. 80.000 € sowie jährliche Zuschüsse zu den Personalkosten der Beschäftigten der Zielgruppe. Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor (s. Ziff. 3.3.4.).

3.3.2. Die Franziskusheim gGmbH

Die Franziskusheim gGmbH ist ein Tochterunternehmen der Katholischen Kirchen-gemeinde St. Mariä Himmelfahrt und u. a. Betreiber zweier Seniorenpflegeeinrichtungen mit etwas mehr als 200 Plätzen. Darüber hinaus werden Leistungen im Bereich der Kurzzeit- und Tagespflege, des betreuten Wohnens, der ambulanten Versorgung und häuslichen Seniorenbetreuung geboten. Angebote der Pflege- und Wohnraumberatung ergänzen das Leistungsportfolio, ebenso wie ein mobiler Mittagstisch und ein Café. Das Unternehmen verfügt derzeit über 592 Mitarbeitende, Geschäftsführer ist Herr Christian Schimmelpfennig. Die hauseigene Wäscherei, welche derzeit acht Mitarbeitende umfasst, soll künftig neben der Reinigung der Bewohner- und Kundenwäsche ebenfalls die Reinigung der bislang extern vergebenen Flachwäsche und Dienstkleidung übernehmen. Der durch das Insourcing entstehende Personalbedarf soll vorwiegend durch Mitarbeitende der Zielgruppe gedeckt werden, so dass eine Anerkennung als Inklusionsabteilung beantragt und einhergehend vier neue Arbeitsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung geschaffen werden sollen.

3.3.3. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Der Einsatz der Beschäftigten der Zielgruppe ist zunächst im Bereich der Reinigung von Flachwäsche und Dienstbekleidung vorgesehen. Perspektivisch sowie in Abhängigkeit des individuellen Leistungsvermögens ist ebenfalls die Übernahme der Reinigung der Bewohnerwäsche angedacht. Zu den Aufgaben zählen u. a. die Bedienung von Waschmaschine und Trockner sowie der fachgerechte Einsatz von Wäschepflegemitteln, die Bedienung der Mangel, das Bügeln und Falten von Wäschestücken sowie das Abpacken der gereinigten Wäsche. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Helfer- und Anlerntätigkeiten mit standardisierten Abläufen. Die Arbeitsplätze sind als Teilzeitstellen angelegt, die Entlohnung erfolgt nach dem kirchlichen Tarif AVR und liegt damit über dem Branchentarif des Textilreinigungsgewerbes. Die arbeitsbegleitende und psychosoziale Betreuung wird durch die Leitung der Wäscherei / Hauswirtschaft sichergestellt, bei Bedarf kann der hauseigene Sozialdienst hinzugezogen werden.

3.3.4. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Im Rahmen des Antrages der Franziskusheim gGmbH hat das LVR-Inklusionsamt die FAF gGmbH mit der Begutachtung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens beauftragt. In ihrer Stellungnahme vom 10.06.2023 kommt diese zu folgendem Ergebnis:

- „(…) Zur wirtschaftlichen Situation der Franziskusheim gGmbH ist anzumerken, dass sich trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie und Hochwasserschäden im Jahr 2021 der positive Trend der letzten Jahre fortsetzen konnte: Es wurde bei einer Umsatzsteigerung im operativen Geschäft im Vergleich zum Vorjahr ein auskömmlicher Überschuss erzielt. Auch die Finanz- und Vermögenslage kann positiv bewertet werden. Das Unternehmen verfügt über eine befriedigende Eigenkapitalausstattung. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 24,2 % verbessert. Auch liquide Mittel sind in ausreichendem Maße vorhanden, so dass die Zahlungsfähigkeit als gesichert erscheint.

- Die Franziskusheim gGmbH ist bestrebt, sich zukunftweisend im Seniorenhilfemarkt zu positionieren und befindet sich weiterhin im Wachstum im ambulanten und teilstationären Bereich. Es ist davon auszugehen, dass das Unternehmen weiterhin den wettbewerbsbestimmenden Kräften erfolgreich Stand halten kann. (…)

- Für den Wäschereibetrieb der Franziskusheim gGmbH stellt sich das Marktumfeld insgesamt befriedigend war. Es ist davon auszugehen, dass das Insourcing der Reinigung der Flachwäsche und der Dienstkleidung weitgehend kostenneutral für das Unternehmen gestaltet werden kann. Neben den Synergieeffekten und den Möglichkeiten der Effizienzsteigerung im Wäschereibetrieb erhofft sich die Franziskusheim gGmbH durch das Insourcing insbesondere eine Qualitätssteigerung und die Verringerung von Reklamationen.

- Zu den Marktchancen der Inklusionsabteilung der Franziskusheim gGmbH gehören vor allem das planbare und gesicherte Auftragsvolumen durch die unternehmensinternen Einrichtungen sowie die vorhandene Erfahrung in der Führung eines Wäschereibetriebs. Die Marktrisiken sind gering einzuschätzen, da zur Auslastung der Wäscherei keine zusätzlichen extern am Markt zu akquirierende Wäschemengen notwendig sind und die Gefährdung durch starke marktbedingte Schwankungen in den Wäschemengen nicht hoch einzuschätzen ist. Erfolgsfaktoren liegen vorrangig in der Sicherstellung einer angemessenen Produktivität sowie in geeigneten Maßnahmen zur Energieeffizienz.

- Die betriebswirtschaftlichen Planungen für das Insourcing der Arbeitskleidung und der Flachwäsche sind insgesamt plausibel. Die Reinigungsmengen erscheinen kompatibel der Produktivität des geplanten Personaleinsatzes unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung.

- Die Plan-Kostenstruktur ist im Wesentlichen und unter Berücksichtigung der Besonderheiten bei Inklusionsbetrieben mit der in konventionellen

Wäschereibetrieben vergleichbar, so dass in dieser Hinsicht von realistischen Planwerten ausgegangen werden kann.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch das geplante Insourcing und die Umwandelung der Wäscherei in eine Inklusionsabteilung die Aussichten positiv sind, dass die Arbeitsplätze für Mitarbeitende mit Schwerbehinderung nachhaltig gesichert werden können. U.E. kann daher eine Förderung des Vorhabens empfohlen werden" (FAF gGmbH vom 10.06.2023).

3.3.5. Bezuschussung

3.3.5.1. Zuschüsse zu Investitionen

Im Rahmen der Gründung der Inklusionsabteilung macht die Franziskusheim gGmbH für die Neuschaffung von vier Arbeitsplätzen für Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX Investitionen i. H. v. 116.000 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für eine Hygienewaschmaschine (46.000 €), ein Fahrzeug für den Wäschetransport (34.000 €), ein digitales System zur Wäschesortierung (2.500 €) sowie Maschinen und Geräte zur Wäscheverarbeitung (11.000 €). Diese Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 80.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 69 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 36.000 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt durch eine Bankbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

3.3.5.2. Laufende Zuschüsse

Die Berechnung der laufenden Zuschüsse für Inklusionsbetriebe ist in der Anlage ausführlich beschrieben. Die Förderung erfolgt entsprechend der unter Ziff. 1.2. der Vorlage dargelegten Rahmenbedingungen. Die Personalkosten (PK) und die laufenden Zuschüsse für die Personen der Zielgruppe sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 7: PK (jährliche Steigerung um 2 %) und Zuschüsse

	ab 03.2023	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Personen	4	4	4	4	4
PK (AN-Brutto) in €	100.247	117.589	119.941	122.340	124.787
Zuschuss § 27 SchwbAV in €	30.074	35.277	35.982	36.702	37.436
Zuschuss § 217 SGB IX in €	12.000	14.400	14.400	14.400	14.400
Zuschüsse Gesamt in €	42.074	49.677	50.382	51.102	51.836

3.3.6. Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt gem. §§ 215 ff. SGB IX die Anerkennung und Förderung der Inklusionsabteilung der Franziskusheim gGmbH. Der Beschluss umfasst einen Zuschuss zu den Investitionen für die Schaffung von vier neuen Arbeitsplätzen für Beschäftigte der Zielgruppe des § 215 SGB IX i. H. v. 80.000 € und laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV von bis zu 42.074 € für das Jahr 2023 und die Folgejahre wie zuvor dargestellt.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4. Nachrichtliche Information zu Erweiterungen von Inklusionsbetrieben

4.1 discovering hands Service GmbH

Die discovering hands Service GmbH wurde im Jahr 2013 in Mülheim an der Ruhr gegründet. 2016 erfolgte einhergehend mit der Bewilligung von 20 Arbeitsplätzen für Personen der Zielgruppe die Anerkennung als Inklusionsunternehmen gem. §§ 215 ff SGB IX. Nach einer ersten Erweiterung im Jahr 2020 verfügt das Unternehmen derzeit über 38 förderfähige Arbeitsplätze für vorgenannten Personenkreis. Das innovative Geschäftsmodell basiert auf den besonderen Fähigkeiten von Frauen mit einer Sehbehinderung, die behinderungsbedingt über einen sensibleren Tastsinn verfügen, und nach vorhergehender Qualifizierung als medizinische Tastuntersucherinnen (MTU) zur Brustkrebsfrüherkennung eingesetzt werden. Das Leistungsportfolio des Unternehmens umfasst neben der erlaubnispflichtigen Arbeitnehmerüberlassung der MTUs an gynäkologische Praxen, den Verkauf der patentierten Orientierungsstreifen sowie den Vertrieb des „Social franchise-Konzepts" für Tastuntersuchung im Ausland (derzeit Österreich, Kolumbien und Indien). Die Dienstleistungen wurde weitergehend 2017 um die Anleitung zur taktilen Selbsttastuntersuchung (ATS) erweitert, die Unternehmen als Leistung im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung als auch Klientinnen in den gynäkologischen Praxen angeboten wird. Während der Corona-Pandemie wurde zudem die Leistung Webinar zur Brustgesundheit für Unternehmenskunden entwickelt. Seit Anfang 2020 betreibt das Unternehmen darüber hinaus in Eigenregie ein Zentrum für Tastuntersuchungen in Berlin, das nach Geschäftsaufgabe der Taktile gGmbH übernommen wurde. Die medizinische Tastuntersuchung wird derzeit von 35 Krankenkassen als abrechnungsfähige Leistung anerkannt, etwas über 130 gynäkologische Praxen kooperieren im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung. Geschäftsführer der discovering hands Service GmbH sind der Gründer Herr Dr. Frank Hoffmann (Doktor der Frauenheilkunde) und Herr Diplom-Kaufmann Arndt Helf. Gesellschafter sind die gemeinnützige discovering hands Service UG (50,4 %), die BonVenture Management GmbH & Co. KG (27 %), Herr Arndt Helf (0,9 %), die Pfm medical AG (10 %) sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR (11,7 %).

Da der Unternehmenssitz im Rheinland angesiedelt ist, die discovering hands Service GmbH die medizinischen Tastuntersucherinnen (MTU) jedoch bundesweit beschäftigt und regelhaft wohnortnah in Praxen einsetzt, werden Investitionszuschüsse und Nachteilsausgleiche zunächst zentral vom LVR-Inklusionsamt abgerechnet. Die für Arbeitsplätze in anderen Bundesländern erbrachten Zuschüsse werden im Nachgang vom Inklusionsamt/Integrationsamt des Bundeslandes, in dem der Einsatzort der Beschäftigten liegt, erstattet. Auf Vorschlag des LVR-Inklusionsamtes haben die Bundesländer diesem Verfahren in der Sitzung des Fachausschusses Schwerbehindertenrecht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) am 31.05.2016 zugestimmt.

4.1.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Im Rahmen des aktuellen Erweiterungsvorhabens beantragt die discovering hands Service GmbH die Anerkennung und Förderung von 21 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Mitarbeiterinnen der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX. Ein Teil dieser Arbeitsplätze ist nach Genehmigung durch das LVR-Inklusionsamt im Rahmen eines vorzeitigen Maßnahmebeginns bereits besetzt, die weiteren Beschäftigungsaufnahmen sollen im Laufe des Jahres nach entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen. Die Arbeitsverhältnisse sind i. d. R. als Teilzeitstellen mit wöchentlich etwa 30 Stunden angelegt, die Entlohnung liegt über dem derzeit geltenden gesetzlichen Mindestlohn. Die Akquise der Vertragsarztpraxen sowie die regionale arbeitsbegleitende Betreuung der Mitarbeiterinnen wird durch die discovering hands Service GmbH sichergestellt.

4.1.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Es liegt eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der FAF gGmbH vor, die eingehend die Chancen und Risiken des Marktes und die Stärken und Schwächen des Unternehmens beleuchtet. Ausschlaggebend für die Förderempfehlung trotz sehr hohem Risikopotentials und Insolvenzgefährdung ist der Umstand, dass die Chance auf eine positive Geschäftsentwicklung des Inklusionsunternehmens unmittelbar abhängig von der Förderung durch die Integrationsämter ist. Zusätzlich wird erneut ein engmaschiges, kontinuierliches betriebswirtschaftliches Monitoring empfohlen:

- „(…) Zur wirtschaftlichen Entwicklung der discovering hands Service GmbH ist zu sagen, dass seit der Umwandlung in ein Inklusions-unternehmen Ende 2016 erhebliche Defizite hingenommen werden mussten. Die Marktentwicklung und -durchdringung für die Vorsorgeleistungen gestaltete sich deutlich kapital- und zeitintensiver als von dem Unternehmen erwartet.

- Zudem war das Inklusionsunternehmen von den Auswirkungen der Corona-Pandemie unmittelbar und stark betroffen. Die Einbrüche in der Nachfrage durch Lockdown-Zeiten, gesetzliche Infektionsschutzvorschriften sowie die Zurückhaltung der Kunden nach Lockerungen der Beschränkungen konnten durch die Beantragung von Kurzarbeitergeld (bis Juni 2022) sowie die Bewilligungen von Leistungen aus dem Landesprogramm Integration unternehmen! (Ende 2020) sowie des Bundesprogrammes „Corona-Teilhabe-Fond" (bis Mai 2021) sowie die Zuführung von weiteren finanziellen Mitteln von Gesellschaftern und Investoren abgemildert werden.

- Es ist darauf hinzuweisen, dass positive Tendenzen in der Geschäftsentwicklung vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie sichtbar wurden, die darauf hinweisen, dass sich die Nachfrage nach den kontaktintensiven Dienstleistungen steigern lässt und erfolgreiche Schritte zum Markteintritt bewältigt werden konnten. (…)

- Wie die Ist-Zahlen des 1. Halbjahres 2022 zeigen, entwickelt sich die Nachfrage nach der Corona-Pandemie aber noch zögerlich, und es konnte noch nicht an die Werte des Jahres 2019 angeknüpft werden, wenn man die Produktivität pro MTU

betrachtet. Trotz des Bezuges von Kurzarbeitergeld bis zum 30.6.2022 musste ein erhebliches Defizit hingenommen werden.

- Zur Vermögens- und Finanzlage der discovering hands Service GmbH ist anzumerken, dass die Geschäftstätigkeit aufgrund der immer noch zu konstatierenden Aufbau- und Anlaufverluste bisher mit einem sehr hohen Kapitalabfluss einherging. In der Bilanz 2021 wurde ein nicht von Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von rund 2,074 Mio. Euro ausgewiesen.

- Insgesamt verfügte das Unternehmen Ende 2021 über Fremdmittel i. H. v. 1.991 Mio. Euro, die als eigenkapitalersetzende Mittel aufgrund der gewährten Darlehen mit Rangrücktritt gewertet werden. Die Bilanz wies damit eine Überschuldung aus, und es waren lediglich 39 T Euro Bankguthaben vorhanden. Eine drohende Insolvenz konnte durch eine weitere Finanzierungsrunde Ende des 2. Quartals 2022 abgewendet werden. (…)

- Es ist trotz der Darlehnsverzichte und dem Spendenzugang weiterhin eine sehr schwierige Eigen-/Fremdkapitalstruktur zu konstatieren. Es liegt eine bilanzielle Überschuldung vor und die die Belastungen durch den Kapitaldienst sind sehr hoch. Auch bleibt die Liquiditätslage aufgrund des zu erwartenden weiteren Kapitalabflusses im 2. Halbjahr 2022 angespannt. Die discovering hands Service GmbH geht mit der Annahme der Normalisierung des Geschäftsbetriebs nach der Corona-Pandemie und der steigenden Nachfrage nach den Leistungen des Unternehmens von einer positiven Fortführungsprognose aus. (…)

- Die discovering hands Service GmbH geht in der letzten vorgelegten Rentabilitäts-vorschau davon aus, dass erneut Verluste im Gesamtjahr 2022 i.H.v. 504 T Euro (bereinigt; +1.022 T Euro Kapitalzuführung) hingenommen werden müssen. Für das Folgejahr plant das Unternehmen aber bei einer Umsatzsteigerung um 92 %, dass der Turnaround gelingt und dass ein geringes Defizit bereinigt um die erwartete Spende des Anton Jurgens Fonds erreicht werden kann.

- Aus der bisherigen Entwicklung und den vorliegenden Ist-Zahlen 1.-6.2022 sind die geplanten Umsatzanstiege und die erhebliche Verbesserung des operativen Ergebnisses insbesondere im Jahr 2023 auch unter Berücksichtigung von Preiserhöhungen, Auslastungssteigerungen und Normalisierung des Geschäftsbetriebes nach der Corona-Pandemie nicht hinreichend nachvollziehbar.

- Dem Unternehmen ist es zwar gelungen, die Preis-/Kostenstruktur in den verschiedenen Geschäftsfeldern durch Preiserhöhungen zu verbessern sowie eine neue Dienstleistung zu entwickeln und zu vermarkten. Der ab dem 1.10.2022 geltende Mindestlohn von 12,00 Euro/Stunde führt gleichzeitig aber zu einer deutlichen Steigerung der Personalkosten (+13,2 %) bei der discovering hands Service GmbH, so dass die Erfolge der Preissteigerungen relativiert werden.

- Nach Prüfung der betriebswirtschaftlichen Planungsrechnungen des Unternehmens zur Erweiterung und erfolgten Plananpassungen ist davon auszugehen, dass trotz optimistischer Planungsannahmen auch künftig Defizite zu verzeichnen sein

werden (um Einmaleffekte bereinigtes Ergebnis: -668.000 Euro in 2022, -391.000 Euro in 2023 und -50.000 Euro in 2024).

- Die Liquiditätslage der discovering hands Service GmbH stellt sich weiterhin als angespannt dar. In dieser Stellungnahme wird davon ausgegangen, dass aufgrund der geplanten Defizite bereits gegen Ende des Jahres 2022 Liquiditätsengpässe im Unternehmen auftreten können und dass mindestens 106.000 Euro zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, die zumindest durch Überbrückungsdarlehen gewährleistet werden müsste.

- Unter der Prämisse, dass es zur Auszahlung der 2. Tranche der Spende des Anton Jurgens Fonds kommt, wäre die Zahlungsfähigkeit zu Beginn des Jahres 2023 gegeben. Im Laufe des Jahres 2023 wird hier mit einem weiteren Liquiditätsbedarf von mindestens 121 T Euro gerechnet. Erst im Jahr 2024 kann in diesem „Best case-Szenario" ein positiver Cashflow erzielt werden. Der kumulierte Finanzbedarf beträgt günstigstenfalls 227 T Euro.

- Es ist abschließend anzumerken, dass das Inklusionsunternehmen aufgrund der vergleichsweise geringen Deckungsbeiträge im operativen Geschäft in Relation zu den Gemeinkosten noch vor erheblichen Herausforderungen steht: Es müssen deutliche Umsatzsteigerungen generiert werden, die mit dem Vollausbau des Personalstamms auf 59 MTUs bei gleichzeitiger Preis- und Auslastungssteigerung im operativen Geschäft einhergehen müssen, um die Gewinnschwelle künftig (frühestens im Jahr 2025) zu erreichen. Es wird aus betriebswirtschaftlicher Sicht empfohlen, den Vertrieb von ATS-Leistungen und Webinaren zur Brustgesundheit in Großunternehmen aufgrund der höheren Deckungsbeiträge verstärkt zu forcieren.

- Zentrale Erfolgsfaktoren liegen weiterhin in der Gewinnung (großer) kostenübernehmender Krankenkassenversicherer, in der Sicherstellung der Produktivität und der nachfrageorientierten Personaleinstellung und der Verbesserung der Preis/Kostenstruktur. Letztlich wird der Bestand und der Erfolg des Inklusionsunternehmens künftig davon abhängig sein, dass es gelingt, zusätzliche finanzielle Mitteln zu akquirieren, bis die Kostendeckungsgrenze erreicht ist.

- Die discovering hands Service GmbH verfügt zur Zeit über keine Aussage der Gesellschafter und Investoren, sich über die finanziellen Mittel der letzten Finanzierungsrunde hinaus zu engagieren. Für eine Förderempfehlung trotz des Risikos einer drohenden Insolvenz spricht, dass das Unternehmen durch die Corona-Pandemie unverschuldet in der Entwicklung gebremst wurde und dass vor Beginn der Pandemie sich die Tendenz abzeichnete, dass sich der Markt für (Selbst-)Tastuntersuchungen schrittweise entwickeln lässt. Derzeit besteht die Annahme, dass sich die Nachfrage normalisiert und künftig weiter gesteigert werden kann.

- Zudem wurde die discovering hands Service GmbH im Sommer 2022 durch die Finanzierungsrunde der Gesellschafter und Investoren maßgeblich finanziell unterstützt, und es besteht die Chance, dass die Gesellschafter und Investoren

aufgrund des bisherigen Engagements auch zukünftig dazu bereit sind. Auch ist das Inklusionsunternehmen finanziell auf die Bewilligung der Arbeitsplätze und die
- rückwirkende Auszahlung der Zuschüsse des LVR-Inklusionsamtes für die bereits eingestellten Mitarbeiterinnen angewiesen, um die Liquidität zu sichern, zumal die 2.Tranche der Spende des Anton Jurgens Fonds an die Bewilligung der Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen der Zielgruppe des § 215 SGB IX durch das LVR-Inklusionsamt geknüpft ist.

- Unseres Erachtens ist eine Förderung des Vorhabens der discovering hands Service GmbH trotz des weiterhin sehr hohen Risikopotentials zu empfehlen, auch wenn konstatiert werden muss, dass künftig eine Insolvenzgefährdung des Unternehmens aufgrund der nicht abgesicherten Finanzierung nicht ausgeschlossen werden kann" (FAF gGmbH vom 22.01.2023).

4.1.3. Bezuschussung

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens macht die discovering hands Service GmbH Investitionskosten von insgesamt 99.800 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für verschiedene Software- und CRM-Systeme (29.000 €), Drucker und Tablets für die Praxen (26.000 €), ein Ultraschallgerät (20.000 €), Büro- und Arbeitsplatzausstattungen inkl. Computer und IT (19.000 €) sowie ein mobiler Messestand (5.000 €). Diese Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 79.840 € bezuschusst werden, dies entspricht 80 % der Gesamtinvestitionen. Der verbleibende Betrag von 24.000 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über eine Investoren- oder Bank-bürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

4.1.4. Bewilligung

Die Erweiterung der discovering hands Service GmbH um 21 Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 99.800 € zu den Investitionskosten sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV. Die für Arbeitsplätze in anderen Bundesländern vorfinanzierten Zuschüsse werden von diesen erstattet.

Die Förderung wird mit der Auflage verbunden, dem LVR-Inklusionsamt eine betriebswirtschaftliche Auswertung mit Summen- und Saldenliste, ein Monitoring mit relevanten Kennzahlen sowie eine Liquiditätsplanung quartalsweise zur Verfügung zu stellen, um eine engmaschige Begleitung des Vorhabens zu gewährleisten.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4.2 Universitätsklinikum Köln Reinigungs GmbH

Die Universitätsklinikum Köln Reinigungs GmbH (UKR GmbH) wurde im Jahr 2009 als 100 %-Tochter des Universitätsklinikums Köln AöR gegründet und nimmt für die Muttergesellschaft sowie Schwesterunternehmen hauptsächlich Aufgaben im Bereich der Gebäudereinigung war. Standort des Unternehmens ist Köln–Lindenthal, dort betreibt die Muttergesellschaft ein universitäres Krankenhaus mit ca. 1.500 Betten in 58 Kliniken. Derzeit beschäftigt die UKR GmbH 444 Personen sozialversicherungspflichtig, Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Robert Schmidt.

Die im Januar 2012 anerkannte Inklusionsabteilung bietet ein Leistungsprogramm, das die maschinelle Bodenreinigung, die Aufbereitung der Reinigungswagen, die Mopp- und Tuchwäscherei sowie die Bettenaufbereitung umfasst. Die in diesen Bereichen entstandenen Arbeitsplätze bieten aufgrund der wiederkehrenden Tätigkeiten, der klaren Arbeitsstrukturen und der räumlichen Überschaubarkeit gute Voraussetzungen für den Einsatz von Mitarbeitenden mit kognitiven und/oder psychischen Behinderungen. Nach den erfolgreich umgesetzten Erweiterungsvorhaben in den Jahren 2014 und 2018 sind derzeit 27 Personen der Zielgruppe nach § 215 Abs. 2 SGB IX beschäftigt.

4.2.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Da die Flächen für die maschinelle Bodenreinigung durch weitere Aufträge des Gesellschafters erweitert werden, ab dem Jahr 2023 zwei neue Gebäude des Universitätsklinikums Köln AöR fast täglich gereinigt werden sollen und darüber hinaus dadurch Arbeitskräftebedarf im Bereich der Mopp- und Tuchwäscherei besteht, plant und beantragt die UKR GmbH die Erweiterung der Inklusionsabteilung um vier neue Arbeitsplätze für Mitarbeitende der Zielgruppe gemäß des § 215 SGB IX. Der Einsatz der Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung soll als Helfer in der Gebäudereinigung erfolgen. Es ist vorgesehen, Vollzeitarbeitsplätze in der maschinellen Bodenreinigung und in der Mopp- und Tuchwäscherei anzubieten. Die Vergütung erfolgt nach dem Gebäudereinigungstarif. Die arbeitsbegleitende Betreuung wird durch pädagogische Fachkräfte der Projekt Router gGmbH übernommen.

4.2.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Abschließend ist festzuhalten, dass die vorliegende Rentabilitätsvorschau auf der bestehenden Umsatz- und Kostenstruktur aufbaut, so dass von realisierbaren Planwerten ausgegangen werden kann. Mögliche Planunterschreitungen in der Umsatzerzielung aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung des Erweiterungsvorhabens und/oder höheren Preissteigerungen als in der Planung erwartet, können von dem Unternehmen kompensiert werden.

- Es kann von einem Wettbewerbsvorteil am Markt ausgegangen werden, da die UKR GmbH mit dauerhaft stabilen bzw. wachsenden Umsätzen rechnen kann. Auch können die Preissteigerungen aufgrund tariflicher Personalkostenerhöhungen und Steigerung der Energiepreise an die Kunden vollständig weitergegeben werden.

- Aufgrund des bestehenden internen Auftragsvolumens und des vorhandenen Auftragspotentials sowie der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens sind die Aussichten positiv, dass die UKR GmbH weiterhin erfolgreich am Markt bestehen kann und dass die Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden der Zielgruppe in der Inklusionsabteilung nachhaltig gesichert werden können. Die Förderung des Erweiterungs-vorhabens ist vor diesem Hintergrund zu befürworten." (FAF gGmbH vom 09.01.2022).

4.2.3. Bezuschussung

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens macht die UKR GmbH Investitionskosten von insgesamt 101.700 € für die Anschaffung einer Trennwandmaschine (37.000 €), von Scheuersaugmaschinen (51.500 €), von Reinigungsmaschinen (10.500 €) sowie von mobilen Endgeräten (2.700 €) geltend. Die Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 80.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 78,7 % der Gesamtinvestitionen. Der verbleibende Betrag von 21.700 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über eine Gesellschafterbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für die neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

4.2.4. Bewilligung

Die Erweiterung der Inklusionsabteilung der UKR GmbH um vier Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 80.000 € zu den Investitionskosten sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4.3 WRS gGmbH

Die WRS gGmbH mit Sitz in Gummersbach wurde im Jahr 1995 von dem Oberbergischen Verein zur Hilfe für psychisch Behinderte e. V. (Hauptgesellschafter) und dem Kreiskrankenhaus Gummersbach (Minderheitsgesellschafter) gegründet. Die Anerkennung als Integrationsunternehmen erfolgte im Jahr 2003, Geschäftsführer ist Herr Henrik Wargenau. Die WRS gGmbH bietet seither insbesondere Kunden aus dem Gesundheits- und Sozialwesen (Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Senioren- und Behinderteneinrichtungen) verschiedenste Servicedienstleistungen an. Dabei ist es ihr gelungen, Professionalisierung und Wachstum erfolgreich miteinander zu verknüpfen und sich so nachhaltig am Markt zu etablieren. Derzeit differenziert sich das Leistungsprogramm in folgende Geschäftsfelder: Digitalisierung von sensiblen Dokumenten und Akten (WRS SCAN), desinfizierende Reinigung von Wischtextilien (WRS PURE), Sachgütertransporte und Personenbeförderung (WRS MOVE, WRS GO) sowie Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten in Großküchenbetrieben (WRS FOOD). Das Inklusionsunternehmen beschäftigt dazu heute 123 Mitarbeitende, davon 49 Personen der besonderen Zielgruppe des § 215 SGB IX.

4.3.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Die WRS gGmbH beabsichtigt nunmehr das Geschäftsfeld der WRS GO, im Rahmen dessen seit 2009 am Standort Gummersbach Personen- und Sachtransporte durchgeführt werden, zu erweitern. Dabei soll insbesondere das Angebot der unqualifizierten Krankenfahrten, wie Entlassungs- und Verlegungsfahrten bzw. Konsilfahrten von Patienten, durch Anschaffung eines weiteren Liegendtransporters ausgebaut werden. Die Besetzung der Fahrzeuge erfolgt immer durch zwei Personen, wobei eine Person über einen Personenbeförderungsschein verfügen muss. Eine spezielle medizinisch-fachliche Ausbildung ist jedoch nicht erforderlich. Die WRS gGmbH beantragt daher die Erweiterung von zwei Arbeitsplätzen für Mitarbeitende der Zielgruppe für den Aufgabenbereich der WRS GO (aktuell werden hier 26 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 12 davon der Zielgruppe). Die Arbeitsplätze sind als Vollzeitstellen angelegt, die Entlohnung liegt über dem gesetzlichen Mindestlohn. Die arbeitsbegleitende Betreuung wird im Rahmen eines Kooperationsvertrags durch fachlich qualifiziertes Personal der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH sichergestellt.

4.3.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Dementsprechend kann die Umsatz- und Ertragssituation der WRS positiv bewertet werden. (…) Die Finanz-, Vermögens- und Liquiditätslage stellt sich ebenfalls äußerst zufriedenstellend und ausgeglichen dar. (…) Hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Planung ist anzumerken, dass in jedem Fall auch weiterhin ausreichende Jahresüberschüsse und ein positiver Cashflow realisiert werden können, so dass langfristig die Re-Investition in die beschafften Wirtschaftsgüter ermöglicht wird.

- Es kann zusammenfassend von einem wirtschaftlichen Vorhaben und somit einer langfristigen Sicherung der neuen sowie der bereits bestehenden Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeitende ausgegangen werden. Die Förderung des Vorhabens ist daher u.E. zu befürworten“ (FAF gGmbH vom 24.03.2023).

4.3.3. Bezuschussung

Im Rahmen der Erweiterung macht die WRS gGmbH Investitionen von 58.600 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für ein weiteres Fahrzeug inklusive entsprechendem Umbau. Die Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 40.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 68 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 18.600 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über die Eintragung einer Grundschuld. Es wird eine Bindungsfrist von 60 Monaten für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze festgelegt.

4.3.4. Bewilligung

Die Erweiterung der WRS gGmbH um zwei Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 40.000 € zu den Investitionskosten sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4.4 Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH

Die Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH wurde im Jahr 1981 als Familienunternehmen vom geschäftsführenden Gesellschafter Herrn Klaus Fischer gegründet und produziert seitdem Spezialschrauben und Verbindungselemente für Kunden aus der Automobilbranche, aus dem Bergbau, dem Anlagen- und dem Maschinenbau, dem Gerüstbau, dem Innenausbau und der Solartechnik. Der Sitz des Unternehmens ist in Mönchengladbach, es werden derzeit 23 Mitarbeiter beschäftigt und als weitere Geschäftsführerin tritt inzwischen auch Frau Dana Fischer (Tochter des Unternehmensgründers) auf.

Die im Jahr 2018 anerkannte Inklusionsabteilung produziert spezielle Fahrradschläuche für das Schwesterunternehmen GAADI Bicycle Tube GmbH, das Teil eines Unternehmensverbundes ist, dessen Gesellschafter ausschließlich Mitglieder der Familie Fischer sind und das als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden muss. Die Inklusionsabteilung bietet bisher fünf Arbeitsplätze, vier von diesen sind sozialversicherungspflichtige Stellen für Menschen mit Schwerbehinderung gemäß der Zielgruppe nach § 215 Abs. 2 SGB IX.

Das inzwischen am Markt etablierte Produkt des GAADI Fahrradschlauchs liegt beim Verkaufspreis im oberen Segment, bietet aber höheren Komfort und eine Zeitersparnis beim Wechsel des Schlauches. Im Unterschied zu konventionellen Produkten kann der Fahrradschlauch gewechselt werden, ohne dabei das Laufrad auszuwechseln. Es handelt sich um einen Fahrradschlauch mit zwei Enden, der sich besonders für E-Bikes, Mountainbikes und Hollandräder eignet. Es existiert ein weltweites Patent und momentan erfolgt durch verschiedene Maßnahmen eine weitere (auch internationale) Markterschließung.

4.4.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Die Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH plant nunmehr eine Erweiterung der Inklusionsabteilung um insgesamt drei Arbeitsplätze für Mitarbeitende der Zielgruppe gemäß des § 215 SGB IX, welche insbesondere eine erweiterte Qualitätssicherung sowie die Erhöhung der Lagerkapazität zum Ziel hat. So wird ein weiterer Mitarbeiter für die Ermüdungs- und Festigkeitsprüfung und ein Mitarbeiter für die Lagerung der Paletten-

kartons in ein Regalsystem mithilfe eines Elektrostaplers benötigt. Ein schwerbehinderter Mitarbeiter des Unternehmens, der bisher in anderen Arbeitsbereichen tätig war, wechselt zudem in die Inklusionsabteilung und wird im Vertrieb bzw. der Verpackung tätig sein.
Die zwei neuen Arbeitsplätze sind zunächst als Stellen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden angelegt, eine Aufstockung der Stunden soll je nach persönlicher Leistungsfähigkeit und Auslastung ermöglicht werden. Der dritte Arbeitsplatz des innerhalb des Unternehmens wechselnden Mitarbeiters ist als Vollzeitstelle angelegt. Die Entlohnung der Beschäftigten erfolgt nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn. Die arbeitsbegleitende Betreuung wird weiterhin durch einen qualifizierten Mitarbeiter des Unternehmens sichergestellt.

4.4.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Aus heutiger Sicht deuten somit alle Indikatoren darauf hin, dass ein weiteres Wachstum der GAADI-Fahrradschläuche und somit das Überschreiten der Gewinnschwelle der Inklusionsabteilung in naher Zukunft zu erwarten ist.

- Zu den Marktchancen und -risiken der Inklusionsabteilung ist anzumerken, dass die Zahl der Fahrräder in Deutschland in den vergangenen Jahren beständig zugenommen hat. Die kontinuierliche Umsatzsteigerung der Branche resultiert aber vor allem auch aus den gestiegenen Verkaufspreisen und dem wachsenden Marktanteil von hochwertigen Rädern und E-Bikes am Gesamtfahrradmarkt. Dieser Markttrend hin zu hochwertigen und komfortablen Produkten aus deutscher Produktion sowie der weltweite Patentschutz der GAADI Schläuche lassen aus heutiger Sicht durchaus den Schluss zu, dass die Markt-durchdringung des Produktes erst am Anfang steht.

- Die geplante Erweiterung stellt einen weiteren Schritt zur Qualitätsführerschaft dar und erhöht die Lieferbereitschaft des Unternehmens, so dass grundlegende Bedingungen für ein weiteres Wachstum erfüllt werden können.

- Die Erweiterung der Inklusionsabteilung geht zunächst mit Kostensteigerungen einher, die nicht sofort durch zusätzliche Umsätze der Abteilung kompensiert werden können. Ein temporäres Defizit der Inklusionsabteilung kann aber wie auch bisher vom Gesamtunter-nehmen getragen werden.

- Die Gewinn- und Verlustplanung der Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH weist auch bei moderat eingeschätztem Umsatzvolumen vom ersten Jahr an positive Ergebnisse aus, das Eigenkapital des Unternehmens wird weiter gestärkt und Liquidität ist in ausreichendem Maße im Unternehmen vorhanden. Der Cashflow ist von Beginn an positiv und ermöglicht die Reinvestition in die beschafften Wirtschaftsgüter nach Ablauf der Abschreibungsphase.

- Unter Berücksichtigung der genannten Chancen und Risiken ist somit von einer hohen Wahrscheinlichkeit der langfristigen Sicherung der bestehenden und neuen

Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeiter/-innen auszugehen, so dass eine Förderung des Vorhabens zu empfehlen ist" (FAF gGmbH vom 26.06.2023).

4.4.3. Bezuschussung

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens macht die Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH Investitionskosten von insgesamt 50.000 € für die Anschaffung einer Talkum-Entstaubungsanlage (24.500 €), von einem Leistungsprüfstand (7.000 €), von einer Zugprüfung (8.000 €), von Regalsystemen (8000 €) sowie von einem Elektrostapler (2.500 €) geltend. Die Investitionen können für die Schaffung der zwei neuen Arbeitsplätze gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 40.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 80 % der Gesamtinvestitionen. Der verbleibende Betrag von 10.000 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt durch eine Bankbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für die neu geschaffenen Arbeitsplätze jeweils eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

4.4.4. Bewilligung

Die Erweiterung der Inklusionsabteilung der Klaus Fischer Dreh- und Presstechnik GmbH um drei Arbeitsplätze (zwei neue, ein bestehender) für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 40.000 € zu den Investitionskosten (für die zwei neu geschaffenen Arbeitsplätze) sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV (für alle drei genannten Arbeitsplätze).

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4.5 DIVERSA gGmbH

Die DIVERSA gGmbH mit Sitz in Moers wurde 2005 gegründet und 2011 in ein Inklusionsunternehmen mit einhergehender Anerkennung von drei förderfähigen Arbeitsplätzen für Menschen der Zielgruppe umgewandelt. Gesellschafterin des Unternehmens ist die sci:moers gGmbH, welche zudem als alleinige Gesellschafterin des ebenfalls anerkannten Inklusionsunternehmens Grünwerk gGmbH auftritt. Die Anteile der sci:moers gGmbH liegen wiederum vollständig in Händen der SCI Stiftung, einer lokalen Institution der weltweiten Bewegung des Service Civil International (sci). Als Geschäftsführer der DIVERSA gGmbH sind Herr Karl-Heinz Theußen und Herr Tim Marx bestellt. Das Unternehmen agiert als regionaler Caterer und konnte sich mit vorgenommener Positionierung entsprechend der bereits langjährigen Marktzugehörigkeit erfolgreich etablieren. Das Leistungsprogramm umfasst die Kindergarten-, Schul- und Kantinenverpflegung sowie das Konferenz-und Veranstaltungscatering. Die DIVERSA gGmbH ist dabei auch Betreiber der Kantine des Kommunalen Rechenzentrums in Kamp-Lintfort, in dessen angeschlossener Küche die Speisenproduktion vorgenommen wird. Die Zubereitung erfolgt produktgerecht sowohl nach dem cook&chill- als auch dem cook&hold-Verfahren. Aktuell beschäftigt das Inklusionsunternehmen sieben Mitarbeitende sozialversicherungspflichtig.

4.5.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Der DIVERSA gGmbH ist es weitergehend gelungen, Schließungen bzw. Umsatzeinbußen der Coronakrise u. a. mittels Überbrückungshilfen zu überstehen und erneut an Absatzmengen der Vorjahre anzuknüpfen. Darüber hinaus konnten Steuerungsanpassungen im Hinblick auf die neuerlichen Herausforderungen in Form von Energiekrise, Lieferausfällen und massiven Preissteigerungen bei den Lebensmitteln umgesetzt werden. Im Zuge der Normalisierung des Geschäftsbetriebs nach der Coronapandemie sowie im Kontext der Gewinnung von Aufträgen im Bereich des Eventcatering ist daher nunmehr beabsichtigt, den bestehenden Geschäftsbetrieb auszubauen und dem zusätzlichen Personalbedarf in der Zentralküche nachzukommen. Das Inklusionsunternehmen beantragt daher die Erweiterung von drei Arbeitsplätzen für Mitarbeitende der Zielgruppe. Neben der Schaffung einer zusätzlichen Ausbildungsstelle und einer Stelle für eine Küchenhilfe/Servicekraft soll zudem ein Ausbildender nach Abschluss der Prüfung als Fachpraktiker Küche (Beikoch) übernommen werden. Die Arbeitsplätze sind als Vollzeitstellen angelegt, die Entlohnung erfolgt in Anlehnung an den Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe (DEHOGA). Die arbeitsbegleitende Betreuung wird durch qualifiziertes Personal des Gesellschafters sichergestellt.

4.5.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Die Finanz- und Vermögenslage der DIVERSA GmbH konnte sich seit der Umwandlung in ein Inklusionsunternehmen maßgeblich verbessern. Die Eigenkapitalquote darf heute als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden und die Liquidität des Unternehmens ist jederzeit gesichert. Der Gesellschafter sci:moers gGmbH ist zudem ebenfalls durch einen hohen Eigenkapitalanteil gekennzeichnet. (…)

- Ebenso wie die gesamte Branche war auch die DIVERSA GmbH von den Folgen der Coronakrise und den zunehmenden Nahrungsmittelpreisen betroffen, das Unternehmen wies aber eine erhebliche Flexibilität und Krisenresistenz auf. Die Ergebnisse der vergangenen Jahre müssen vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Rahmenbedingungen als sehr gut bezeichnet werden, da durchgängig Jahresüberschüsse erwirtschaftet werden konnten. Es wurden zudem Wareneinsatz- und Personalkosten-quoten realisiert, die auch bei rein gewerblichen Unternehmen als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden können. (…)

- Aus heutiger Sicht und unter Berücksichtigung der genannten Erfolgsfaktoren ist davon auszugehen, dass die erfolgreiche Entwicklung des Inklusionsunternehmens auch zukünftig fortgeführt werden kann. Es kann somit von einer langfristigen Sicherung der bestehenden und neuen Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeiter/-innen ausgegangen werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Förderung des geplanten Erweiterungsvorhabens zu empfehlen“ (FAF gGmbH vom 30.06.2023).

4.5.3. Bezuschussung

Im Rahmen der Erweiterung macht die DIVERSA gGmbH Investitionen von 75.000 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für ein Elektro-Lieferfahrzeug (41.000 €), den Kühlausbau für ein bestehendes Lieferfahrzeug (18.000 €) sowie einen Combi-Dämpfer (16.000 €). Die Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 60.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 80 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 15.000 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über eine Bankbürgschaft. Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

4.5.4. Bewilligung

Die Erweiterung der DIVERSA gGmbH um drei Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 60.000 € zu den Investitionskosten sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

4.6 Perspektive Lebenshilfe Köln gGmbH

Die Perspektive Lebenshilfe gGmbH ist ein Tochterunternehmen der Lebenshilfe Köln e. V. und betreibt seit dem Jahr 2013 das Café „Wo ist Tom?" in Köln-Sülz. Das Café hat sich mit einem überzeugenden Angebot an Speisen, Getränken und Kuchen und einer ansprechenden Innenraumgestaltung fest im Stadtteil etabliert. Der Perspektive Lebenshilfe gGmbH ist es gelungen, ein überzeugendes gastronomisches Konzept umzusetzen, das dem derzeitigen Trend in der Gastronomie entspricht. Das seit 2013 anerkannte Inklusionsunternehmen beschäftigt nach Bewilligung und Förderung von Erweiterungsvorhaben in den Jahren 2019 und 2021 insgesamt 15 Mitarbeitende sozialversicherungspflichtig, 6 Arbeitsplätze werden dabei für Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX vorgehalten. Geschäftsführer ist Herr Matthias Toetz.

4.6.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Die Perspektive Lebenshilfe gGmbH plant und beantragt nun die Erweiterung des Inklusionsunternehmens um einen weiteren Cafébetrieb an einem zweiten Standort am Elisabeth-Mumm-Platz 4 in Köln-Sülz. Ziel des Vorhabens ist, Nachfragepotentiale sowohl nach Sitzplatzreservierungen als auch nach Konditoreiwaren im Außer-Haus-Verkauf und Veranstaltungscatering besser bedienen zu können, während die bestehenden Produktions-und Sitzplatzkapazitäten im Café „Wo ist Tom" auf der Zülpicher Straße in Sülz ausgelastet sind. Das Inklusionsunternehmen sucht bereits seit längerer Zeit nach einer geeigneten, weiteren Betriebsstätte mit ausreichenden Küchen- und Lagerkapazitäten. Es ist vorgesehen, das zeitgemäße Gastronomiekonzept des Cafés auf der Zülpicher Straße ebenfalls an dem neuen Standort umzusetzen und auch unter dem

Namen „Wo ist Tom“ zu eröffnen, um von der Reputation und der Markenbildung zu profitieren und diese für das Marketing zu nutzen. Die Räumlichkeiten sind barrierefrei gestaltet und bieten Platz für über 50 Sitzplätze im Innenbereich und 40 Sitzplätze im Außenbereich.

Es sollen zunächst acht sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze davon vier weitere für Personen mit Schwerbehinderung gemäß der Zielgruppe des § 215 SGB IX geschaffen werden. Darüber hinaus sind drei Mitarbeitende auf geringfügiger Beschäftigungsbasis und ein FSJ-ler Bestandteil der Planung. Die Arbeitsplätze sind als Vollzeit- und Teilzeitstellen angelegt, die Entlohnung erfolgt nach dem Tarifvertrag des Hotel- und Gaststättengewerbes. Die psychosoziale Betreuung wird durch die Betriebsleitung bzw. durch den bestehenden Dienstleistungsvertrag mit der Zentrale für soziale Dienstleistung gGmbH sichergestellt.

4.6.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Die betriebswirtschaftlichen Planungen für den neuen Standort gehen von einem sukzessiven Auf- und Ausbau des Umsatzes und der Erzielung von Überschüssen an dem neuen Standort ab dem 5. Jahr aus. Die Umsatzplanungen wurden anhand von Markt, Standort- und Wettbewerbsanalysen auf Realisierbarkeit überprüft. In Absprache mit der Perspektive Lebenshilfe gGmbH wurden die Planannahmen angepasst.

- Aufgrund des überdurchschnittlich hohen, wirtschaftlichen Risikos der Eröffnung eines Cafébetriebs im Allgemeinen und in einer schwach frequentierten Lage im Besonderen wurde zur Absicherung des Vorhabens eine Patronatserklärung des Gesellschafters vorgelegt, so dass die Zahlungsfähigkeit des Inklusionsunternehmens jederzeit sichergestellt werden kann.

- So ist abschließend festzuhalten, dass positiv angenommen wird, dass der neue Café-betrieb mit Unterstützung durch den Gesellschafter sukzessive aufgebaut und langfristig rentabel gestaltet werden kann, so dass die neuen Arbeitsplätze für Mitarbeitende mit Schwerbehinderung nachhaltig gesichert werden können. Aus diesen Gründen wird die Förderung des Vorhabens trotz nicht zu unterschätzenden Risikopotentials zur Förderung empfohlen“ (FAF gGmbH vom 15.07.2023).

4.6.3. Bezuschussung

Im Rahmen der Erweiterung macht die Perspektive Lebenshilfe gGmbH Investitionskosten von 229.000 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für die Übernahme des am Standort bereits bestehenden Küchen- (115.000 €) sowie Gastrauminventars (37.000 €), für weitere Küchengeräte (30.000 €), für die weitere Ausstattung des Gastraumes inklusive Anpassung der Theke (37.000 €) sowie für Außenwerbung (5.000 €) und für die sonstige Ausstattung (5.000 €). Die Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 80.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 35 % der Gesamtinvestitionen. Der verbleibende Betrag i. H. v. 149.000 € soll aus Mitteln der Aktion Mensch e. V. (40 %) sowie zu 25 % aus Eigenmitteln (58.000 €) finanziert

werden. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt voraussichtlich über eine Bankbürgschaft (ggf. auch über eine Gesellschafterbürgschaft). Für den Investitionszuschuss wird für jeden der neu geschaffenen Arbeitsplätze eine anteilige Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

4.6.4. Bewilligung

Die Erweiterung der Perspektive Lebenshilfe gGmbH um vier Arbeitsplätze für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 80.000 € zu den Investitionskosten sowie laufende Zuschüsse gem. §§ 217 SGB IX und 27 SchwbAV.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

5. Nachrichtliche Information zu Ausbau- und Modernisierungsvorhaben

5.1 VIA Integration gGmbH

Die in Aachen ansässige VIA Integration gGmbH ist seit dem Jahr 2002 als Inklusionsunternehmen anerkannt. Geschäftsfelder des Unternehmens sind zum einen der ökologische Bio-Gemüseanbau auf Gut Hebscheid sowie der Vertrieb der Erzeugnisse im Einzelhandel (drei Ladenlokale) bzw. über einen Bestell- und Lieferservice („Grüne Kiste"). Zum anderen werden gastronomische Einrichtungen auf Gut Hebscheid und im Fußballstadion des Vereins Alemannia Aachen (Klömpchensklub) betrieben, worüber zudem Catering und Veranstaltungsmanagement geboten wird. Das Leistungsprogramm wurde 2018, ebenfalls in Kooperation mit dem Fußballverein Alemannia Aachen, um den Verkauf von Merchandising-Produkten und Tickets erweitert. Als Hauptumsatzträger haben sich die Geschäftsbereiche Gastronomie und Fanshops etabliert, welche somit wesentlich zum Geschäftserfolg des Unternehmens beitragen. Geschäftsführer der VIA Integration gGmbH ist Herr Peter Brendel. Im Unternehmen sind derzeit 78 Mitarbeiter*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 43 Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX.

5.1.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Die Via gGmbH plant nun mehr die Fläche für den Bio-Gemüseanbau um 10.000 qm zu erweitern, wodurch die Ausbringungsmenge um bis zu 40 % gesteigert werden soll. Hiermit soll sowohl die in den Coronajahren gestiegene Nachfrage an Gemüse-Bioprodukten in den unternehmenseigenen Bioläden, dem Hofladen auf Gut Hebscheid sowie dem Lieferservice „Grüne Kiste" bedient als auch die Verarbeitung in der eigenen Gastronomie sichergestellt und erweitert werden. Die Bewirtschaftung der zusätzlichen Flächen kann durch die derzeitig 16 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (12 Mitarbeitende der Zielgruppe) erfolgen, allerdings werden dazu weitere Geräte und Maschinen benötigt. Das Inklusionsunternehmen beantragt daher eine investive Förderung zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze.

Die Entlohnung der Beschäftigten erfolgt gemäß Bundes-Angestellten-Tarifvertrag in kirchlicher Fassung (BAT/KF). Die arbeitsbegleitende psychosoziale Betreuung wird weiterhin von einem in Vollzeit beschäftigten Pädagogen sichergestellt. Darüber hinaus wird qualifiziertes Personal insbesondere für die Begleitung von Menschen mit einer psychischen Behinderung vorgehalten.

5.1.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „Die Nutzung vorhandener Anbaufläche optimiert die Kapitalbindung des Unternehmens und führt bei Reduzierung des Fremdbezugs von Bio-Produkten auch zu einer Optimierung der Qualitätssicherung sowie zu Kostenvorteilen, von denen ebenfalls der unternehmenseigene Bio-Einzelhandel profitieren kann. Unter Berücksichtigung der Entwicklung in den vergangenen Jahren kann schließlich davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Plan-Ist-Abweichung problemlos vom Unternehmen getragen werden kann, so dass Risiken überschaubar und in jedem Fall tragbar bleiben. (…)

- Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Rahmenbedingungen des Vorhabens zur Sicherung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Schwerbehinderung aus heutiger Sicht überwiegend positiv darstellen. Unseres Erachtens ist daher eine Förderung des Sicherungsvorhabens zu befürworten" (FAF gGmbH vom 19.01.2023).

5.1.3. Bezuschussung

Im Rahmen der Sicherung macht die VIA Integration gGmbH Investitionen von 69.200 € geltend. Darin enthalten sind Kosten für einen Traktor (50.000 €), eine Pflanzmaschine (5.000 €), einen Mulcher (5.000 €) sowie weitere Maschinen und Geräte für den Gartenbau
(9.000 €). Die beantragten Investitionen können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 50.000 € bezuschusst werden, dies entspricht 72 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 19.200 € wird aus Eigenmitteln finanziert. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über die Eintragung einer Grundschuld. Es wird eine Bindungsfrist für acht Arbeitsplätze von jeweils 60 Monaten festgelegt.

5.1.4. Bewilligung

Die Sicherung von acht Arbeitsplätzen für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX im Inklusionsunternehmen der Via gGmbH wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 50.000 € zu den Investitionen.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

5.2 WRS gGmbH

Die WRS gGmbH mit Sitz in Gummersbach wurde im Jahr 1995 von dem Oberbergischen Verein zur Hilfe für psychisch Behinderte e. V. (Hauptgesellschafter) und dem Kreiskrankenhaus Gummersbach (Minderheitsgesellschafter) gegründet. Die Anerkennung als Integrationsunternehmen erfolgte im Jahr 2003, Geschäftsführer ist Herr Henrik Wargenau. Die WRS gGmbH bietet seither insbesondere Kunden aus dem Gesundheits- und Sozialwesen (Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Senioren- und Behinderteneinrichtungen) verschiedenste Servicedienstleistungen an. Dabei ist es ihr gelungen, Professionalisierung und Wachstum erfolgreich miteinander zu verknüpfen und sich so nachhaltig am Markt zu etablieren. Derzeit differenziert sich das Leistungsprogramm in folgende Geschäftsfelder: Digitalisierung von sensiblen Dokumenten und Akten (WRS SCAN), desinfizierende Reinigung von Wischtextilien (WRS PURE), Sachgütertransporte und Personenbeförderung (WRS MOVE, WRS GO – siehe auch den Erweiterungsantrag der WRS GO unter 4.3.)) sowie Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten in Großküchenbetrieben (WRS FOOD). Das Inklusionsunternehmen beschäftigt 123 Mitarbeitende, davon 49 Personen der besonderen Zielgruppe des § 215 SGB IX.

5.2.1. Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Aufgrund der in den letzten Jahren stark ansteigenden Preis- und Kostenstrukturen, insbesondere der Energiepreise bedingt durch den Krieg in der Ukraine, plant die WRS gGmbH für den Geschäftsbereich der WRS PURE Maßnahmen zur Energieeinsparung bzw. zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und zum Erhalt der dortigen Arbeitsplätze. Die WRS PURE ist eine auf Krankenhaus-Feuchtwischbezugs-Reinigung spezialisierte Wäscherei, welche bereits seit Gründung des Unternehmens besteht und derzeit neben 11 Mitarbeitenden der Zielgruppe insgesamt 25 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte umfasst. Mit einem jährlichen Gas- und Stromverbrauch von annährend 3 Mio. KWh ist der Geschäftsbereich besonders von Energiepreissteigerungen betroffenen und ohne Kompensationsmöglichkeiten perspektivisch in seiner Existenz als durchaus gefährdet zu bezeichnen, was zwangsläufig auch Risiken für das Gesamtunternehmen mit sich bringen könnte. Zur Stärkung der Unabhängigkeit wie auch Wirtschaftlichkeit sowie unter Berücksichtigung der Aspekte Umwelt und Nachhaltigkeit beabsichtigt die WRS gGmbH den Ausbau erneuerbarer Energien in Form der Installation einer Photovoltaikanlage (122.000 €) zur Eigenenergieversorgung sowie die Implementierung eines Abwasserwärmetauschers (100.000 €) zur Rückgewinnung der Abwasserwärme nach Abschluss des Reinigungsprozesses mit einhergehender Reduzierung des Gasverbrauchs. Ausgehend von Gesamtinvestitionen i. H. v. 222.000 € beantragt das Inklusionsunternehmen vorgenannte Modernisierungs- und Sicherungsmaßnahmen zur Förderung.

5.2.2. Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

Eine positive betriebswirtschaftliche Stellungnahme der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte - FAF gGmbH liegt vor:

- „(…) Auf Basis der momentan verfügbaren Prognosen zur Energiepreisentwicklung und unter Berücksichtigung der damit verbundenen Unwägbarkeiten kann

festgehalten werden, dass die Investitionen in jedem Fall zur teilweisen Kompensation der zu erwartenden Kostensteigerungen dienen, ein vollkommener Ausgleich ist aber voraussichtlich auch in Kombination mit bereits durchgeführten und geplanten weiteren Maßnahmen nicht möglich. (…) Es kann zusammenfassend von einem wirtschaftlichen Vorhaben und somit einer langfristigen Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze für schwerbehinderte Mitarbeitende ausgegangen werden. Die Förderung des Vorhabens ist daher u.E. zu befürworten" (FAF gGmbH vom 30.05.2023).

5.2.3. Bezuschussung

Die Investitionen i. H. v. 222.300 € können gem. §§ 215 ff. SGB IX mit 88.920 € bezuschusst werden, dies entspricht 40 % der Gesamtinvestition. Der verbleibende Betrag i. H. v. 133.380 € soll aus Eigenmitteln (44.460 €) sowie einem Zuschuss der Aktion Mensch (88.920 €) finanziert werden. Die Absicherung des Zuschusses erfolgt über die Eintragung einer Grundschuld. Es wird für jeden der elf gesicherten Arbeitsplätze eine Bindungsfrist von 60 Monaten festgelegt.

5.2.4. Bewilligung

Die Sicherung von elf Arbeitsplätzen für Beschäftigte der Zielgruppe gem. § 215 SGB IX im Inklusionsunternehmen der WRS gGmbH wird entsprechend Beantragung bewilligt. Der Beschluss umfasst einen einmaligen Zuschuss i. H. v. 88.920 € zu den Investitionen.

Die Förderung erfolgt, soweit dies projekt- und personenbezogen möglich ist, unter Einbeziehung des Landesprogramms „Integration unternehmen!", des Bundesprogramms „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb", des LVR-Budgets für Arbeit – Aktion Inklusion, den Eingliederungsleistungen nach dem SGB II und III sowie der Förderung von Inklusionsbetrieben durch das LVR-Inklusionsamt gem. §§ 215 ff. SGB IX.

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Anlage zur Vorlage Nr. 15/1802:

Begutachtung und Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX

1. Das Beratungs- und Antragsverfahren

Das Beratungs- und Antragsverfahren zur Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) zur Förderung von Inklusionsbetrieben und der daraus abgeleiteten Förderrichtlinien des LVR-Inklusionsamtes.

Das Beratungs- und Antragsverfahren folgt den Gegebenheiten und Fragestellungen der einzelnen Antragsteller, es gibt keine festgelegten Fristenregelungen oder Zugangsbeschränkungen. Im Regelfall durchläuft jedes Projekt folgende Abfolge:

- Erstberatungsgespräch
- Einreichen einer ersten Unternehmensskizze
- Inhaltliche und betriebswirtschaftliche Beratung zur Ausarbeitung eines detaillierten Unternehmenskonzeptes
- Beratung hinsichtlich der Gesamtfinanzierung
- Vermittlung von Kontakten zu IFD, Agentur für Arbeit u. a.
- Einreichen eines detaillierten Unternehmenskonzeptes einschließlich betriebswirtschaftlicher Ausarbeitungen
- Hilfestellung bei der Beantragung weiterer Fördermittel (Aktion Mensch, Stiftung Wohlfahrtspflege u.a.)
- Betriebswirtschaftliche Stellungnahme durch die Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte gGmbH (FAF gGmbH)
- Beschlussvorschlag des LVR-Inklusionsamtes

Inklusionsbetriebe sind Wirtschaftsunternehmen, die ihre Entscheidungen aufgrund wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der jeweiligen Marktsituation treffen. Daher können von Seiten des LVR-Inklusionsamtes Faktoren wie Standort und Größe des Unternehmens, Betriebsbeginn, Anteil bestimmter Zielgruppen an der Gesamtbelegschaft etc. nicht vorgegeben oder maßgeblich beeinflusst werden.

Im Beratungs- und Antragsverfahren werden die inhaltlichen und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprüft und bewertet. Werden diese Bedingungen von den Antragstellenden erfüllt, liegen alle weiteren unternehmerischen Entscheidungen, wie z. B. die Personalauswahl, alleine in der Verantwortung der Unternehmen.

Alle Inklusionsbetriebe, für die dem zuständigen Fachausschuss seitens des LVR-Inklusionsamtes ein positiver Beschlussvorschlag vorgelegt wird, erfüllen die in den Empfehlungen der BIH und den Förderrichtlinien des LVR-Inklusionsamtes vorgegebenen Bedingungen. Es ist jedoch anzumerken, dass insbesondere bei Unternehmensgründungen sowohl Chancen als auch Risiken bestehen. Diese werden im Rahmen des Antragsverfahrens sorgfältig abgewogen, ein sicherer wirtschaftlicher Erfolg eines Inklusionsbetriebes kann jedoch in keinem Fall garantiert werden.

2. Die Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX

Inklusionsbetriebe beschäftigen auf 30 % bis 50 % ihrer Arbeitsplätze Menschen mit Behinderung, die aufgrund von Art und Schwere der Behinderung, aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit oder weiteren vermittlungshemmenden Umständen (z. B. Alter, mangelnde Qualifikation) und trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind. Zum Ausgleich der sich daraus ergebenden Nachteile können Inklusionsbetriebe aus Mitteln der Ausgleichsabgabe Leistungen für erforderliche Investitionen, besonderen Aufwand sowie betriebswirtschaftliche Beratung erhalten. Eine Förderung von Gründungsvorhaben ist möglich, wenn mindestens drei Arbeitsplätze für Personen der Zielgruppe des § 215 SGB IX neu geschaffen werden. Die Förderung von Erweiterungsvorhaben bestehender Inklusionsbetriebe orientiert sich am betrieblichen Bedarf und ist ab der Neuschaffung eines einzelnen Arbeitsplatzes möglich. Als Arbeitsplatz gelten in Inklusionsbetrieben gem. § 185 Abs. 2 Satz 3 SGB IX Stellen, auf denen Personen mit einem Stundenumfang von mindestens 12 Stunden beschäftigt werden.

Auf die gesetzlich definierte Quote von 30 % bis 50 % wird auch die Anzahl der psychisch kranken beschäftigten Menschen angerechnet, die behindert oder von Behinderung bedroht sind und deren Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände auf besondere Schwierigkeiten stößt. Die Finanzierung von Leistungen für diesen Personenkreis der psychisch kranken Menschen ohne eine anerkannte Schwerbehinderung erfolgt nicht durch das LVR-Inklusionsamt, sondern durch den zuständigen Rehabilitationsträger.

2.1. Regelförderung durch das LVR-Inklusionsamt

2.1.1. Zuschüsse zu Investitionskosten

Investitionshilfen für Inklusionsbetriebe sind möglich für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung. Gefördert werden können bspw. Anschaffungen von Maschinen, Gerätschaften oder Büroausstattung sowie Bau- und Sachinvestitionen, die dem Aufbau bzw. der Erweiterung des Inklusionsbetriebes dienen. Nicht förderfähig sind bspw. Grunderwerbskosten, Miet- und Projektvorlaufkosten sowie reine Ersatzbeschaffungen.

Als Zuwendungsart für Investitionshilfen kommen Zuschüsse, Darlehen und Zinszuschüsse zur Verbilligung von Fremdmitteln in Betracht. Art und Höhe der Förderung richtet sich nach den Umständen des einzelnen Inklusionsbetriebes. Berücksichtigt werden bei der Bewertung des Einzelfalls insbesondere der Anteil von Menschen mit Behinderung an der Gesamtbeschäftigtenzahl, die wirtschaftliche Situation des Projektträgers, die Gesamtinvestitionssumme, der Finanzierungsplan sowie branchenbezogene Kriterien.

Grundsätzlich sind maximal 80 % der Gesamtinvestition förderfähig, 20 % der investiven Kosten sind zwingend als Eigenanteil zu erbringen. Es gelten folgende Richtwerte:

- pro neu geschaffenem Arbeitsplatz für einen Menschen der Zielgruppe des § 215 SGB IX können 80 % der notwendigen Kosten, höchstens aber 20.000 €, als Zuschuss gezahlt werden.
- zur Sicherung eines bestehenden Arbeitsplatzes eines Menschen der Zielgruppe des § 215 SGB IX können im Einzelfall, z.B. bei Standortschließungen, 80 % der notwendigen Kosten, höchstens aber 15.000 € als Zuschuss

gezahlt werden, wenn der Arbeitsplatz damit an anderer Stelle im Unternehmen erhalten werden kann.

Die genannten Beträge sind Richtwerte, die Höhe wird projektbezogen festgelegt. Zuschüsse und Darlehen müssen gegenüber dem LVR-Inklusionsamt durch Stellung einer Sicherheit für den Zeitraum der Bindungsfrist abgesichert werden. Die Bindungsfrist für die Besetzung eines Arbeitsplatzes umfasst bei Bewilligung des maximalen Investitionszuschusses einen Zeitraum von fünf Jahren. Als Sicherheit kommen bspw. eine Bank- oder Gesellschafterbürgschaft sowie eine Grundschuldeintragung in Frage, die Kombination verschiedener Sicherheiten ist möglich.
Leasing von Ausstattungsgegenständen kann im Rahmen der festgelegten Zuschusshöhe gefördert werden, in diesem Fall entfällt die Stellung von Sicherheiten.

2.1.2. Laufende Zuschüsse als Nachteilsausgleiche

Inklusionsbetriebe erhalten für die Beschäftigung eines besonders hohen Anteils von Menschen mit Behinderung an der Gesamtbelegschaft laufende Zuschüsse als Nachteilsausgleiche. Diese Leistungen werden in pauschalierter Form erbracht, für ein Kalenderjahr festgelegt und in der Regel vierteljährlich ausgezahlt. Die laufenden Förderungen gelten auch für Auszubildende.
Arbeitsverhältnisse, die gem. § 16 e oder § 16 i SGB II (Teilhabechancengesetz) gefördert werden und nur eingeschränkt sozialversicherungspflichtig sind, werden nicht zusätzlich aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bezuschusst.

2.1.2.1 Abgeltung des besonderen Aufwands

Nach § 217 SGB IX können Inklusionsbetriebe finanzielle Mittel für den so genannten besonderen Aufwand erhalten. Hierbei handelt es sich um einen über die typischen Kosten branchen- und größengleicher Unternehmen hinausgehenden Aufwand, der auf die Beschäftigung besonders betroffener Menschen mit Behinderung sowie auf die Verfolgung qualifizierender und rehabilitativer Ziele zurückzuführen ist und der die Wettbewerbsfähigkeit des Inklusionsbetriebes im Vergleich mit anderen Unternehmen beeinträchtigen kann. Hierzu zählen insbesondere:

- eine überdurchschnittlich aufwendige arbeitsbegleitende Betreuung,
- eine zeitweise oder dauerhafte psychosoziale Betreuung am Arbeitsplatz,
- das Vorhalten behinderungsgerechter Betriebsstrukturen und –prozesse.

Die Abgeltung des besonderen Aufwandes erfolgt mittels einer Pauschale pro beschäftigter Person der Zielgruppe in Höhe von 300 € pro Monat (ab dem 01.01.2023; zuvor 210 € pro Monat).

2.1.2.2 Beschäftigungssicherungszuschuss gem. § 27 SchwbAV

Bei den beschäftigten Menschen der Zielgruppe des § 215 Abs. 2 SGB IX wird unterstellt, dass deren Arbeitsleistung dauerhaft unterhalb der Normalleistung eines Menschen ohne Schwerbehinderung liegt. Zum Ausgleich erhalten Inklusionsbetriebe für Personen der Zielgruppe eine entsprechende Pauschale in Höhe von 30 % des Arbeitnehmerbruttogehaltes (AN-Brutto) nach vorherigem Abzug von Lohnkostenzuschüssen Dritter (sog. bereinigtes AN-Brutto).

2.2. Weitere Fördermöglichkeiten für Inklusionsbetriebe

2.2.1. Landesprogramm „Integration unternehmen!"

Das Landesprogramm „Integration unternehmen!" wurde im Jahr 2011 als Regelförderinstrument implementiert. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW beabsichtigt, dauerhaft Mittel in Höhe von jährlich 2,5 Mio. € für investive Zuschüsse zur Neuschaffung von 250 Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Schwerbehinderung in Inklusionsbetrieben in NRW zur Verfügung zu stellen. Die Aufteilung der Mittel erfolgt jeweils hälftig auf die beiden Landesteile.

2.2.2. Eingliederungszuschüsse nach den SGB II, III und IX

Inklusionsbetriebe können, wie jeder andere Arbeitgeber auch, für Personen, die sozialversicherungspflichtig eingestellt werden, Leistungen der Arbeitsförderung oder zur beruflichen Teilhabe erhalten. Diese so genannten Eingliederungszuschüsse werden personenabhängig, je nach Vorliegen der individuellen Anspruchsvoraussetzungen und nach Lage des Einzelfalls, gewährt. Deshalb sind sowohl Höhe als auch Bewilligungsdauer vorab nicht kalkulierbar. Gesetzliche Grundlagen dieser Eingliederungszuschüsse sind §§ 16 Abs. 1 SGB II, 217 bis 222, 235 a SGB III und 50 SGB IX.

Förderungen nach § 16 e und § 16 i SGB II (Job Perspektive) sind auch für Inklusionsbetriebe möglich, wenn die einzustellenden Personen die persönlichen Fördervoraussetzungen erfüllen. Zielgruppe sind langzeitarbeitslose Personen mit oder ohne Schwerbehinderung und weiteren Vermittlungshemmnissen.

2.2.3. LVR-Budget für Arbeit – Aktion Inklusion

Ein wichtiges Ziel der Förderung von Inklusionsbetrieben ist auch die Integration von Werkstattbeschäftigten sowie die Vermittlung von Schulabgänger*innen mit Behinderung in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis als Alternative zu einer Werkstattaufnahme.

An diese Zielgruppen richtet sich auch das LVR-Budget für Arbeit – aktion inklusion als ein gemeinsames Programm der LVR-Fachbereiche Inklusionsamt und Sozialhilfe. Es beinhaltet sowohl die gesetzlichen Leistungen gem. §§ 61, 61a SGB IX der Eingliederungshilfe als auch freiwillige Leistungen der Ausgleichsabgabe.

2.2.3.1 Teil I: Allgemeine Budgetleistungen

Mit diesem Programmteil werden Personen, die aus dem Arbeitsbereich einer WfbM oder eines anderen Leistungsanbieters auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln sowie deren Arbeitgeber unterstützt. Gleiches gilt für Schulabgänger*innen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, bei denen eine wesentliche Behinderung sowie eine Schwerbehinderung vorliegen, als Alternative zu einer unmittelbar bevorstehenden WfbM-Aufnahme.

Höhe und Dauer des Arbeitgeberzuschusses werden für alle Arbeitgeber, auch für Inklusionsbetriebe, vom Träger der Eingliederungshilfe im Gesamtplanverfahren festgestellt und beschieden. Für Schülerinnen und Schüler erfolgt die Festlegung der Höhe und Dauer des Zuschusses durch das LVR-Inklusionsamt. Zum Ausgleich des Aufwands für Anleitung und Begleitung erhalten Inklusionsbetriebe auch für die genannten Personengruppen eine Pauschale zum besonderen Aufwand gem. § 217 Abs. 1 SGB IX (vgl. Ziff. 2.1.2.1.).

2.2.3.2 Teil II: Besondere Budgetleistungen

Leistungen nach Teil II können Arbeitgeber sowie besonders betroffene schwerbehinderte oder ihnen gleichgestellte Personen zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten.

Als Förderinstrumente, die auch für Inklusionsbetriebe zugänglich sind, stehen Einstellungs- und Ausbildungsprämien sowie am individuellen Unterstützungsbedarf ausgerichtete Budgetleistungen zur Hinführung einer Person auf ein konkretes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis zur Verfügung. Zudem können bei Vorliegen der in §§ 26 a und b SchwbAV normierten Voraussetzungen Prämien und Zuschüsse zur betrieblichen Ausbildung von schwerbehinderten oder ihnen gleichgestellten Personen beantragt werden.

2.3. Stiftungsmittel

Inklusionsbetriebe können Fördermittel freier Stiftungen oder Organisationen erhalten, sofern die jeweiligen Fördervoraussetzungen, bspw. der steuerrechtlich anerkannte Status der Gemeinnützigkeit oder die Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband der Wohlfahrtspflege, erfüllt werden. Bei der Finanzierung von Inklusionsbetrieben im Rheinland sind häufig weitere Fördermittelgeber beteiligt, dies sind insbesondere die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, Aktion Mensch e. V. sowie die Kämpgen-Stiftung.

3. Berechnung der Zuschüsse für die einzelnen Inklusionsbetriebe

Die Berechnung der investiven Zuschüsse für neue Inklusionsbetriebe bzw. für Erweiterungsvorhaben bestehender Inklusionsbetriebe wird in der Regel auf Basis der Antragsunterlagen vorgenommen, der Technische Beratungsdienst des LVR-Inklusionsamtes wird bereits im Rahmen der Antragstellung beteiligt. Die Auszahlung der Investitionskostenzuschüsse erfolgt nach Stellung einer Sicherheit sowie im Regelfall nach Vorlage von Originalrechnung und Zahlungsnachweis.

Die Berechnung der laufenden Leistungen für Inklusionsbetriebe erfolgt im Sinne haushaltsplanerischer Vorsicht ohne Berücksichtigung von Zuschüssen Dritter. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über eine Förderung durch das LVR-Inklusionsamt können die personenbezogenen Leistungen noch nicht beantragt werden, da die einzustellenden Personen erst zu einem späteren Zeitpunkt benannt werden können. Inklusionsbetriebe sind jedoch verpflichtet, für alle einzustellenden Personen entsprechende Leistungen bei vorrangigen Kostenträgern zu beantragen. Diese Leistungen reduzieren die Zuschüsse des LVR-Inklusionsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe entsprechend.

Die Berechnung der laufenden Zuschüsse erfolgt anhand eines zu erwartenden, am jeweiligen Branchentarif orientierten Arbeitnehmerbruttogehaltes mit einer jährlichen Steigerung von 2 %. Die Höhe der tatsächlichen Zuschüsse richtet sich jedoch nach den tatsächlichen Lohnkosten und den tatsächlichen Beschäftigungszeiten innerhalb eines Kalenderjahres.

4. Vergabe öffentlicher Aufträge

Mit in Kraft treten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) am 01.01.2018 können gem. § 224 SGB IX Aufträge der öffentlichen Hand, die von Inklusionsbetrieben ausgeführt werden können, diesen bevorzugt angeboten werden. Dies galt bis zu diesem Zeitpunkt nur für Werkstätten für behinderte Menschen.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1803

öffentlich

Datum: 16.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 53
Bearbeitung: Hr. Rohde

Schulausschuss	**04.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Beschluss**
Ausschuss für Inklusion	**07.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Modellprojekt "Inklupreneuer Rheinland" der Projektträger Hilfswerft gGmbH, Bremen und found it e.V., Wuppertal

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt gemäß Vorlage Nr. 15/1803 das 3-jährige Modellprojekt "Inklupreneur Rheinland" in Höhe von 855.388 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	A 041	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan		Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:		Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:		
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten		ja

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Vorlage Nr. 15/1803

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:



Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Arbeit.
Viele Firmen im Rheinland beschäftigten aber
keine Menschen mit Behinderungen.

Das Inklusions-Amt im LVR hat daher ein neues Projekt gestartet.
Das Projekt möchte:

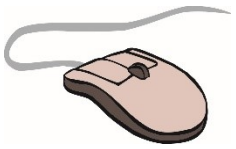
- Neue, junge Firmen ansprechen.
- Diese Firmen für Beschäftigte mit Behinderungen gewinnen.
- Und diese Firmen bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen gut beraten.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-6153 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Das LVR-Inklusionsamt hat gemäß dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) unter anderem die Aufgabe, im Rahmen der sogenannten Begleitenden Hilfe im Arbeitsleben, Arbeitgeber hinsichtlich der Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-) Behinderung zu informieren, zu beraten und für die Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-) Behinderung zu sensibilisieren.

Diese Aufgaben werden durch ein differenziertes Netzwerk an Beratungsangeboten wahrgenommen. Trotz dieses breiten Beratungsangebotes muss festgestellt werden, dass es eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die über diese Beratungsangebote nicht erreicht werden können – die Gründe hierfür sind vielfältig.

Insbesondere junge Unternehmen mit großen Wachstumspotentialen, sog. Start-up-Unternehmen, werden durch die bisherigen Zugangswege nicht erreicht, da diese häufig (noch) nicht institutionell mit Ämtern, Behörden, Kammern vernetzt sind und innerhalb der Unternehmen (noch) nicht über die personellen und strukturellen Ressourcen im Personalbereich verfügen. Gleichwohl zeigen aber Befragungen dieser Unternehmen, dass diese zu mehr als 70% die Themen Inklusion, Diversity, Vielfalt und Gleichstellung für wichtige Unternehmenswerte halten.

Das Modellprojekt „Inklupreneur" des Projetträgers Hilfswerft gGmbH, welches bereits in Bremen und Berlin mit Förderungen der dortigen Integrations-/Inklusionsämter sowie weiteren öffentlichen Förderungen erfolgreich durchgeführt wird, hat das Ziel, Arbeitsplätze für Menschen mit (Schwer-) Behinderung in Start-up-Unternehmen zu schaffen und diese Unternehmen bei der Entwicklung inklusiver Unternehmensstrukturen zu unterstützen. Die Durchführung erfolgt durch Projektteams aus Berater*innen und Mentor*innen mit und ohne Behinderung.

Die Projektträger Hilfswerft GmbH und found it e.V. gehen davon aus, dass durch die Interstützung eines 3-jährigen Modellprojektes „Inklupreneur Rheinland" in drei Projektjahren 60-75 inklusive Arbeits- und Ausbildungsplätze in Start-Up-Unternehmen im Rheinland geschaffen werden können.

Im Rahmen des Modells „Inklupreneur Rheinand" sollen drei Durchläufe á 12 Monate für jeweils 12-15 Unternehmen in drei Regionen im Rheinland durchgeführt und ausgewertet werden. Es sollen mit den drei Durchläufen bis zu 45 Start-Up-Unternehmen erreicht, informiert, beraten und gecoacht werden. Der Projektstart ist für Anfang 2024 in der Region Köln / Bonn vorgesehen.

Im Rahmen des Modellprojektes werden bei den Projektträgern Kosten in Höhe von 940.020,- € entstehen – das LVR-Inklusionsamt beabsichtigt, das Modellvorhaben mit einem Zuschuss in Höhe von 855.388,- € aus Mittel der Ausgleichsabgabe zu finanzieren. Die Projektsteuerung durch das LVR-Inklusionsamt erfolgt durch regelmäßige JourFix-Termine.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtungen Z1 (Die Partizipation von Menschen mit Behinderung ausgestalten), Z2 (Die Personenzentrierung weiterentwickeln), Z4 (den inklusiven Sozialraum mitgestalten), Z9 (Menschenrechtsbildung systematisch betreiben) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1803:

Das LVR-Inklusionsamt hat gemäß dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) unter anderem die Aufgabe, im Rahmen der sogenannten Begleitenden Hilfe im Arbeitsleben, Arbeitgeber hinsichtlich der Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-) Behinderung zu informieren, zu beraten, für die Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-) Behinderung zu sensibilisieren und ihnen als Lotse bei der Einstellung, Beschäftigung und Beantragung von Förderleistungen zur Verfügung zu stehen.

Diese Aufgaben werden durch ein differenziertes Netzwerk an Beratungsangeboten wahrgenommen. Dazu gehören:

- Beratungsangebote des LVR-Inklusionsamtes und der örtlichen Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben bei den Städten und Kreisen
- Integrationsfachdienste, die seit Jahrzehnten Arbeitgeber und deren Beschäftigte im Einzelfall beraten und begleiten
- Im Rheinland Berater*innen bei den Industrie- und Handelskammer sowie den Handwerkskammern, die Arbeitgeber auch einzelfallunabhängig beraten können
- Seit dem 01.01.2022 Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) gem. § 185a SGB IX – in welche die vorgenannten Kammerberatungen übergegangen sind und ausgebaut wurden

Trotz dieses breiten Beratungsangebotes muss festgestellt werden, dass es eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die über diese Beratungsangebote nicht erreicht werden können. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Insbesondere über die neuen EAA im Rheinland wird versucht, proaktiv auf Arbeitgebende zuzugehen, um sie für die Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-) Behinderung zu gewinnen. Hierbei helfen die Zugangswege der Kammern, der flächendeckenden Struktur der rheinischen Integrationsfachdienste (IFD) und die regionalen Kontakte aus den Städten und Kreisen bei der Ansprache von Arbeitgebenden.

Dennoch werden insbesondere junge Unternehmen mit großen Wachstumspotentialen, sog. Start-up-Unternehmen durch die o.g. Zugangswege nicht erreicht, da diese häufig (noch) nicht institutionell mit Ämtern, Behörden, Kammern vernetzt sind und innerhalb der Unternehmen (noch) nicht über die personellen und strukturellen Ressourcen im Personalbereich verfügen. Gleichwohl zeigen aber Befragungen dieser Unternehmen durch die Hilfswerft gGmbH in Start-Up-Kreisen, dass diese zu mehr als 70% die Themen Inklusion, Diversity, Vielfalt und Gleichstellung für wichtige Unternehmenswerte halten.

Was vielen Unternehmen allerdings fehlt, sind Erfahrungswerte, wie solche Werte in die Unternehmenskultur eingebunden und wie Menschen mit (Schwer-) Behinderung bei stark wachsenden Belegschaften integriert/inkludiert werden können.

1. Rechtsgrundlage für Forschungs- und Modellvorhaben
Nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 SchwbAV können die Integrations-/Inklusionsämter die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel der Ausgleichsabgabe zur Durchführung von Forschungs- und Modellvorhaben auf dem Gebiet der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben verwenden, sofern ihnen ausschließlich oder überwiegend regionale

Bedeutung zukommt oder beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales beantragte Mittel aus dem Ausgleichsfonds nicht erbracht werden konnten.

2. Das Modellprojekt „Inklupreneur Rheinland"

Das Modellprojekt „Inklupreneur" des Projetträgers Hilfswerft gGmbH (www.inklupreneur.de), welches bereits in Bremen und Berlin mit der Förderung der dortigen Integrations-/Inklusionsämter sowie weiterer öffentlicher Förderung erfolgreich durchgeführt wird, hat das Ziel, Arbeitsplätze für Menschen mit (Schwer-) Behinderung in Start-up-Unternehmen zu schaffen und diese Unternehmen bei der Entwicklung inklusiver Unternehmensstrukturen zu unterstützen und somit auch die Bekanntmachung und Heranführung an bestehende Angebote zu fördern.

Bislang verfügt der Projektträger Hilfswerft gGmbH über ein bundesweites Netzwerk von über 100 interessierten Unternehmen, die sich per „Pledge" (Bekenntnis) verpflichtet haben bis zu 550 inklusive Stellen in ihren Unternehmen zu schaffen (z.B. HelloFresh, idealo, expedia, reCup, KfW, Deutsche Welle, Nordsee, uv.a.m.).

Diejenigen Unternehmen, die ihren Sitz im Rheinland haben, sollen durch das Modellprojekt „Inklupreneur Rheinland" gezielt in vier Modellphasen über einen Zeitraum von 12 Monaten durch Beratung, Coaching, Mentoring eines Projektteams begleitet werden. In den Projektteams arbeiten Berater*innen ohne Behinderung sowie Mentor*innen mit Behinderung – im Sinne einer Peer-Beratung – gleichberechtigt in den Unternehmen zusammen.

Die Projektträger Hilfswerft GmbH und die im Rheinland ansässige Unternehmensberatung von Menschen mit und ohne Behinderung found it e.V. (siehe Ziff. 4) gehen davon aus, dass durch die Unterstützung von „Inklupreneur Rheinland" in drei Projektjahren 60-75 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Start-Up-Unternehmen im Rheinland geschaffen werden können.

Im Rahmen des Modells „Inklupreneur Rheinand" sollen drei Durchläufe á 12 Monaten in drei Regionen im Rheinland durchgeführt und ausgewertet werden der Projektstart ist für Anfang 2024 in der Region Köln/Bonn vorgesehen.

3. Die Phasen des Modells „Inklupreneur Rheinland"

Das Modellprojekt „Inklupreneur Rheinland" wird über einen dreijährigen Zeitraum von 2024 bis 2026 durchgeführt. Es umfasst drei Regionen im Rheinland, in denen jeweils 12-15 Unternehmen an 12-monatigen Durchläufen teilnehmen werden.

Jeder 12-monatige Durchlauf pro Region besteht aus folgenden vier Phasen:

- Phase 1: Aktivierung und Selbstverpflichtung (Monate 1-3)

  Im ersten Schritt wird der Inklupreneur-Jahrgang zusammengestellt. D.h. 10-12 Unternehmen, die sich durch einen „Pledge" (Bekenntnis) selbstverpflichten inklusive Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Hierzu werden Unternehmen zielgerichtet angesprochen, weitere Interessenten werden durch eine Online-Veranstaltung über die Vorteile inklusiver Teams und die anstehenden Prozessschritte informiert und überzeugt. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit lokalen Start-up-Plattformen geplant.

- Phase 2: Information, Sensibilisierung und Zielsetzung (Monat 4)

Nach dem „Pledge" geht es in die tiefere Information zu den Möglichkeiten der betrieblichen Inklusion, Analyse der Ist-Situation in den Unternehmen und Zielsetzung für die jeweiligen Unternehmen. Im Rahmen einer zweitägigen Auftaktveranstaltung, dem Starter-Camp, formuliert jedes Unternehmen unter Anleitung des Projektteams eine konkrete Inklusionsstrategie mit Meilensteinen und eine Analyse potentieller Hindernisse (baulich, technisch, personell etc.).

- Phase 3: Mentoring, Partizipation und Beratung (Monate 5-10)
  In diesem Abschnitt wird das Unternehmen auf die tatsächlichen und sehr persönlichen Anforderungen und Bedürfnisse potenzieller Mitarbeiter*innen vorbereitet. Ängste und Vorurteile werden thematisiert, sehr persönliche Erfahrungen veranschaulichen die Vielfalt der Bedürfnisse ebenso, wie die daraus erwachsenden Möglichkeiten für Belegschaft und Unternehmen. Die im Sinne des Gedankens der Peer-Beratung eingesetzten Mentor*innen mit Behinderung berichten aus ihrem Arbeitsalltag mit Behinderung und stehen in einem geschützten Raum für Fragen zur Verfügung. So werden Hürden abgebaut und ein Kulturwandel eingeleitet.

- Phase 4: Verstetigung, Vernetzung und Weiterentwicklung (Monate 11-12)
  Zum Projektabschluss wird das Unternehmen mit dem breiten Netzwerk an unterstützenden Institutionen der öffentlichen Hand, des gemeinnützigen und sozialunternehmerischen Sektors und der wirtschaftlichen Akteure vertraut gemacht. Insbesondere wird hierbei eine enge Zusammenarbeit mit der EAA angestrebt. Das Inklusionsnetzwerk wächst und die Angebote an weiterer Beratung und Unterstützung werden dem Unternehmen vermittelt. Nach Abschluss des ersten Durchlaufs werden Erkenntnisse und Verbesserungspotenziale in der Durchführung mit den Teilnehmer*innen der nächsten Staffel berücksichtigt.

Nach der ersten Modellphase (Aktivierung und Selbstverpflichtung – Monate 1-3) erhält jedes Unternehmen im Rahmen der Umsetzungsbegleitung wöchentliche Beratungs- und Coachingtermine mit folgenden Inhalten:

- Stellenausschreibung und Recruiting (Stellenbesetzungsverfahren inklusiv gestalten)
- Sichtbarkeit (Unternehmenskommunikation sichtbar und attraktiv für Menschen mit Behinderung gestalten)
- Vernetzung (Vernetzung mit den wichtigsten Anlaufstellen)
- Disability Awareness (Sensibilisierung für Behinderungen am Arbeitsplatz)
- Bewerbungsverfahren (Bewerbungssimulation mit Mentorinnen und Mentoren mit Behinderung)
- Förderbedarfsanalyse (Rückblick, Dokumentation und Aktionsplan)

Die Durchführung der 12-monatlichen Durchläufe erfolgt durch gemischte Projektteams (Personen mit und ohne Behinderung) der Träger Hilfswerft und found it e.V.

sowie unter Einbindung der Mitarbeiter*innen des LVR-Inklusionsamtes sowie der IFD und der EAA.

Mit beiden Projektträgern ist ein regelmäßiger Jour fixe mit dem LVR-Inklusionsamt zur Steuerung des Modellprojektes verabredet.

4. Die Projektträger Hilfswerft und found it

Das Modellprojekt „Inklupreneur Rheinland" wird als Kooperationsprojekt der Träger Hilfswerft gGmbH, Bremen und found it e.V., Wuppertal durchgeführt.

Der Projektträger Hilfswerft gGmbH ist ein überregional tätiger Bildungsanbieter mit einem Schwerpunkt auf Angebote für Studierende, Unternehmensgründer und Unternehmer mit dem Ziel wirtschaftliche Betätigung und soziale Innovationen zu verknüpfen. Die Hilfswerft veranstaltet hierfür sog. Social Entrepreneurship Camps an Hochschulen, um junge Menschen über soziales Unternehmertum zu informieren und zu gewinnen. Die Ziele dieser Camps sind abgeleitet von den Wirkungszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Developement Goals). Das LVR-Inklusionsamt war Kooperationspartner bei zwei Social Entrepreneurship Camps an der TH Köln und der RWTH Aachen.

Hier eine Kurzdarstellung aus dem Projektantrag: „Die Hilfswerft führt seit mehr als acht Jahren bundesweit Bildungs- und Aktivierungsprojekte für private und öffentliche Auftraggeber durch und hat sich hierbei eine hohe Reputation erarbeitet. Unter anderem wurde die Organisation von der UNESCO als vorbildliches Bildungsnetzwerk im Bereich BNE ausgezeichnet. Durch die mehrjährige Zusammenarbeit mit dem AVIB in Bremen und durch die Umsetzung von Inklupreneur Berlin verfügt die Organisation über ein fundiertes Wissen über die Inklusion in der Arbeitswelt" (Hilfswerft gGmbH, Mai 2023).

Die Hilfswerft gGmbH, Bremen (www.hilfswerft.de) wird im Rahmen des Modellprojekts „Inklupreneur Rheinland" als Dachorganisation folgende Leistungen erbringen:

Initiales Projektsetup:

- Vorbereitung und Durchführung der Auftaktveranstaltung „StarterCamp"
- Akquise-Unterstützung in der Unternehmensansprache
- Aufsetzen und Betrieb der technischen Plattform (rheinland.inklupreneur.de)
- Standardprozess für Evaluation und Wirkungsmessung
- Zugriff auf Prozessdokumentation

Ausbildung der Umsetzungsberater*innen:

- Curriculum mit zu vermittelten Inhalten inkl. Vorlagen
- Einarbeitungstraining
- kontinuierliche Schulung

Überregionale Leistungsangebote

- Öffentlichkeitsarbeit
- Inklupreneur-Akademie-Veranstaltungen
- Mentor*innen-Programm
- Betrieb der Inklutalent-Stellen- und Talentplattform

Der Projektträger found it e.V., Wuppertal (www.found-it.org) ist eine Unternehmensberatung von Berater*innen mit und ohne Behinderung und einem Netzwerk an Berater*innen mit und ohne Behinderung, die insbesondere Unternehmensgründer*innen mit Behinderung berät und begleitet sowie Unternehmen bei der Entwicklung einer inklusiven Unternehmenskultur berät. Found it e.V. verfügt über breites Netzwerk an Kooperationspartner*innen, insbesondere im Bereich des Bergischen Städtedreiecks. Zudem ist found it e.V. Kooperationspartner der Gründerplattform, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert wird.

Kurzdarstellung aus dem Projektantrag: „found it e.V. wurde nach einer Erprobung der Idee, Menschen mit Behinderung in die berufliche Selbstständigkeit zu begleiten, welche 2020 gestartet ist, im Juni 2022 gegründet. Das Hauptziel von found it e.V. ist Empowerment, Inklusion und Teilhabe im Arbeitsleben. found it begleitet und berät zu Fragen des Arbeitsmarkts. Um die Ziele zu erreichen wird berufliche Begleitung und Beratung von Menschen mit Behinderung angeboten. Das Coaching von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung (Peer Beratung) ist dabei der Kernbereich des Vereins. Zudem wird die Stärkung und Begleitung von Frauen mit Behinderung auf den 1. Arbeitsmarkt verfolgt und Veranstaltungen zum Thema Berufsorientierung und Unternehmertum für Menschen mit Behinderung umgesetzt. Das Angebot ist sozioökonomisch und beinhaltet zielgruppenspezifische Beratung und Vermittlung an entsprechende Förderer und Partner. Ein entsprechendes Netzwerk zur Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer Düsseldorf, zur Wirtschaftsförderung, zum Sozialverband VdK Deutschland (VdK), zur Stadt Wuppertal, Solingen und Remscheid, sowie entsprechenden Vereinen und Institutionen bildet dabei den Grundstein des Vereins. Die Mitglieder des Vereins sind Menschen mit und ohne Behinderung, die sich gemeinsam stark machen. Der Verein hat seinen Hauptsitz in Wuppertal. Weitere Anlaufstellen sind in Remscheid und Solingen" (found it e.V., Mai 2023).

Found it e.V. wird im Rahmen des Modellprojekts „Inklupreneur Rheinland" als Regionalpartner folgende Leistungen erbringen:

- Projektleitung, Projektfinanzierung und Abrechnung
- Akquisition der teilnehmenden Unternehmen („Pledger")
- Umsetzungsbegleitung (Betreuung und Coaching der Unternehmen)
- lokale Netzwerkarbeit (insb. EAAs, BBWs, Agentur für Arbeit, JobCenter, IFDs, Fachstellen)
- Evaluation und Reporting (z.B. SROI)
- Nutzung der Informations- und Community Plattform EnableMe.de für die Talent-Akquise

5. Die Finanzierung des Modellprojekts

Im Rahmen des 3-jährigen Modells fallen bei den beiden Projektträgern für die dargestellte Projektdurchführung Kosten in Höhe von 940.020,- € an:

Diese Kosten verteilen sich wie folgt:

- Personalkosten: 357.666,- €
- Honorare (z.B. Mentor*innen) und personelle Dienstleistungen: 232.686,- €
- Projektbezogene Sachkosten: 173.388,- €
- Gemeinkosten (12%): 100.716,- €
- Eigenanteil/Eigenleistung: 75.564,- €.

Beim LVR-Inklusionsamt ist ein Zuschuss in Höhe von 855.388,- € für die Gesamtmodell-laufzeit von 36 Monaten (01.01.2024 bis 31.12.2026) vorgesehen.

Davon entfallen auf

- Found it e.V. 487.582,- € und
- Hilfswerft gGmbH 367.806,- €.

Zur Durchführung des Modellprojektes „Inklupreneur Rheinland" haben die beiden Projektträger einen verbindlichen Kooperationsvertrag geschlossen, der dem LVR-Inklusionsamt vorliegt.

6. Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt das 3-jährige Modellprojekt „Inklupreneur Rheinland" in Höhe von 855.388,- € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wie zuvor dargestellt.

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1813

öffentlich

Datum: 18.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 53
Bearbeitung: Fr. Kares / Herr Rohde

Schulausschuss	**04.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Modell "Menschen im Arbeitsleben nach erworbener Hirnschädigung"

Beschlussvorschlag:

Der LVR-Sozialausschuss beschließt die dauerhafte Regelfinanzierung der beiden 0,5 IFD-Fachkraftstellen für neurokompetente Beratung von Menschen nach erworbener Hirnschädigung im Arbeitsleben in Düsseldorf und Köln, wie in der Vorlage Nr. 15/1813 dargestellt, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	A 041	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan		Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:		Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:		
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten		ja

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Zusammenfassung:

Das LVR-Inklusionsamt hat gemäß § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX unter anderem die Aufgabe der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben. Diese soll dahingehend wirken, dass „die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll verwerten und weiterentwickeln können sowie befähigt (…) werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit Nichtbehinderten zu behaupten" (§ 185 Abs. 2 Satz 2 SGB IX).

Für diese Zielgruppen finanziert das LVR-Inklusionsamt seit über 40 Jahren Integrationsfachdienste (IFD), welche für die o.g. Zielgruppen sowie deren Arbeitgeber arbeitsbegleitende, psychosoziale Beratung und Betreuung anbieten. Das Besondere an der Arbeit der IFD im Rheinland ist deren behinderungsspezifische Ausrichtung. Aufgrund einer verstärkten Nachfrage von Menschen mit erworbener Hirnschädigung und deren Arbeitgebern, hat der LVR mit dem Modellprojekt „Menschen mit erworbener Hirnschädigung im Arbeitsleben" begonnen, Fachexpertise in den IFD zu platzieren und das Beratungsangebot für diese Zielgruppe zu professionalisieren und auszubauen (Vorlage 14/2289).

Seit dem 01.05.2018 beraten zwei neurokompetente Fachkräfte, die im IFD Köln und Düsseldorf angesiedelt sind, Menschen mit erworbener Hirnschädigung (MeH) und deren Arbeitgeber. Seit dem 01.01.2019 begleiten diese Fachkräfte zusätzlich Beratungsprozesse im Sinne einer Co-Beratung im ganzen Rheinland.
Um die neurokompetente IFD-Beratung im Rheinland weiter zu fördern und auszuweiten, hat der Sozialausschuss des LVR am 25. August 2020 die Verstetigung und Weiterentwicklung auf Basis der Vorlage Nr. 14/4172 bewilligt. Die beiden genannten Stellen wurden in diesem Zuge in die Regelfinanzierung aufgenommen und eine zweite Projektphase über drei Jahre bewilligt.

Die zweite Projektphase, mit deren Ergebnissen sich diese Beschlussvorlage befasst, umfasst zusätzliche Stellenanteile für neurokompetente Beratung im IFD Köln und Düsseldorf (je 1 x 0,5 Stelle). Im Fokus dieser Stellenanteile steht die Weiterentwicklung und Standardisierung der rheinlandweiten Beratung.
Um die zweite Projektphase zu evaluieren, wurde innerhalb eines dreimonatigen Evaluationszeitraumes (01.03.2023 – 31.05.2023) insbesondere die Quantität der Co-Beratungsprozesse erfasst.

Mit Abschluss der zweiten Modellphase sollen nunmehr die beiden 0,5 Personalstellen des Modells „Menschen mit erworbener Hirnschädigung im Arbeitsleben" in die Regelfinanzierung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe übernommen werden.

Diese Vorlage berührt unmittelbar die Zielfelder Z1 und Z2 (Partizipation, Personenzentrierung) sowie mittelbar alle Zielfelder des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1813:

1. Hintergrund

Das LVR-Inklusionsamt hat gemäß § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX unter anderem die Aufgabe der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben. Diese soll dahingehend wirken, dass „die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll verwerten und weiterentwickeln können sowie befähigt (…) werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit Nichtbehinderten zu behaupten" (§ 185 Abs. 2 SGB IX). Dies gilt insbesondere für Personen, die aufgrund von Art und Schwere der Behinderung alleine oder zusammen mit weiteren vermittlungshemmenden Umständen einen besonderen Bedarf an arbeitsbegleitender Betreuung aufweisen. Explizit benannt sind insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen oder körperlichen Behinderungen sowie Personen mit einer Sinnesbehinderung oder Mehrfachbehinderungen (§ 192 Abs. 3 SGB IX).

Das LVR-Inklusionsamt finanziert seit über 40 Jahren Integrationsfachdienste (IFD), die für die o.g. Zielgruppen sowie deren Arbeitgeber arbeitsbegleitende, psychosoziale Beratung und Betreuung anbieten.

In den letzten Jahren ist eine starke Nachfrage nach IFD-Beratung und Unterstützung von Menschen mit erworbener Hirnschädigung und deren Arbeitgeber*innen zu verzeichnen. In diesem Zuge hat das LVR-Inklusionsamt das Modellprojekt „Menschen mit erworbener Hirnschädigung im Arbeitsleben" entwickelt, in dessen Rahmen zwei Vollzeitstellen im IFD Köln und im IFD Düsseldorf für neurokompetente Beratung eingerichtet wurden (Vorlage Nr. 14/2289). Auf Grundlage der Vorlage Nr. 14/4172 hat der Sozialausschuss am 25.08.2020 eine Verstetigung und Weiterentwicklung bewilligt. Die eingerichteten Stellen wurden in die Regelfinanzierung aufgenommen sowie eine zweite Projektphase (2021 bis 2024) bewilligt. Die zweite Projektphase umfasst zusätzliche Stellenanteile (0,5 Stelle pro Region). Der Fokus der zweiten Projektphase lag auf der Weiterentwicklung und Standardisierung der rheinlandweiten Beratung.

2. Kollegiale und Co-Beratung bei Menschen mit erworbener Hirnschädigung

Der Bedarf nach neurokompetenter Beratung in Bezug auf berufliche Teilhabe ist nach wie vor hoch und im gesamten Rheinland zu verzeichnen.
Seit Beginn der zweiten Projektphase im Jahr 2021 und vor allem seitdem Corona-Beschränkungen gelockert bzw. aufgehoben wurden, greifen IFD-Fachkräfte aus dem ganzen Rheinland vermehrt auf die etablierte neurokompetente Expertise zurück, um insbesondere komplexe Fälle professionell und personenzentriert begleiten zu können. Die Beratung erfolgt durch kollegiale Beratung und durch Co-Beratung.

Kollegiale Beratung zeichnet sich dadurch aus, dass von Seiten der neurokompetenten Fachkräfte kein Kontakt zu Dritten – auch nicht zu den Kund*innen - aufgenommen wird und die neurokompetente Fachkraft eine andere IFD-Fachkraft darüber berät, welche Unterstützungsmöglichkeiten diese in der Beratung hat und welche regionalen Kooperationspartner*innen hilfreich sein können. Zum Teil werden andere IFD-Fachkräfte durch

die kollegiale Beratung selbst befähigt, die Fälle zielgruppengerecht zu begleiten. Kollegiale Beratung ist Co-Beratungsprozessen immer vorgelagert.

Co-Beratungsprozesse sind besonders bei komplexen Fällen notwendig und sinnvoll. Hier beraten sowohl die ursprünglich angesprochene IFD-Fachkraft und zusätzlich die neurokompetente Fachkraft gemeinsam die Kund*innen. Die Komplexität in diesen Fällen kann sich zum Beispiel durch das Krankheitsbild und dessen Auswirkungen ergeben, durch besondere sozialrechtliche Fragestellungen und Klärungen der Kostenträgerschaft. Dies können insbesondere sein:

- Klärung der Kostenträgerschaft „zwischen den Zuständigkeiten" oder beim Wechsel der Zuständigkeiten zwischen medizinischer und beruflicher Rehabilitation sowie stationärer, teilstationärer oder ambulanter Rehabilitation und im Anschluss der beruflichen Wiedereingliederung („Wer macht was, wann und wo"?)
- Vermitteln von allgemein eher unbekannten Unterstützungsmaßnahmen
- Fallbezogene Netzwerkbildung,

Insbesondere bei diesen benannten Punkten, die sich auf einheitliche, individuelle und passgenaue Reha-Verläufe beziehen, existieren im bestehenden System der Kostenträger und Leistungsanbieter Lücken und „Brüche" – diesem Umstand trägt auch ein neues in 2022 gestartetes rehapro-Modellprojekt der Deutschen Rentenversicherung Bund Rechnung. In diesem sollen in der Region Köln diese Lücken geschlossen werden – der IFD Köln ist mit seinem MeH-Angebot als Kooperationspartner an diesem Modell beteiligt.

Der Grund für den besonderen Unterstützungsbedarf bei Menschen mit erworbener Hirnschädigung (MeH) liegt in der Komplexität der Schädigung des Zentralen Nervensystems selbst. Sie hat eine individuelle Beeinträchtigung in körperlichen, sinnesbezogenen und neuropsychologischen Leistungsbereichen zur Folge. Im Verlauf der Rehabilitation treten gerade neuropsychologische Probleme immer mehr in den Vordergrund.
Folgende mögliche Schwierigkeiten am Arbeitsplatz können benannt werden:

- Arbeitseinstellung: Aufmerksamkeitsstörungen oder Probleme beim Setzen der Prioritäten können den Eindruck mangelnder Arbeitsmoral hervorrufen.

- Ausdauer: Verminderte Belastbarkeit bei mentaler Anstrengung verringert die Ausdauer.

- Arbeitstempo, Effizienz: Durch die generell reduzierte Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung ist das Arbeitstempo verlangsamt. Wahrnehmungsstörungen, die durch zeitlichen Mehraufwand zum Teil kompensierbar sind, führen ebenfalls zu verlangsamten Arbeitsabläufen. Umständliches Problemlösungsverhalten ist zeitraubend. Diese mentalen Leistungseinbußen können zu deutlicher Arbeitsineffizienz führen oder, wenn der/die Betroffene im Team arbeiten soll, einen Einsatz gar verunmöglichen.

- Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit: Wenn jemand vergesslich ist, wird Zuverlässigkeit unmöglich. Schlechtes Zeitgefühl erschwert die Pünktlichkeit.

- Kommunikationsfähigkeit: Wortkargheit oder fehlende Kommunikationsinitiative als Folge sprachlicher Ausdrucksstörungen und/oder Verständnisschwierigkeiten erschweren den zwischenmenschlichen Kontakt. Immer wiederkehrende Äußerungen infolge Gedächtnisstörungen oder mangelnder Flexibilität machen ein Gespräch mühsam und behindern den Informationsaustausch.

- Sozialverhalten: Störungen der Verhaltenssteuerung wie Distanzlosigkeit oder aggressive Tendenzen können die Teamfähigkeit gefährden.

- Selbstständigkeit: Antriebsarmut kann den Eindruck von Interesselosigkeit erwecken. Schwierigkeiten im eigenständigen Problemlösen verhindern selbstständiges Arbeiten, wenn neue Situationen auftauchen.

- Ordentlichkeit: Eine vernachlässigte Körperpflege und Bekleidung, zu der Wahrnehmungs- und Planungsstörungen manchmal führen, hinterlassen am Arbeitsplatz einen ungünstigen Eindruck.

Die Verstetigung der beiden 0,5 Personalstellen für die Co-Beratungsprozesse begründet sich insbesondere durch die Ergebnisse der Evaluation der zweiten Projektphase. Während die Evaluation der ersten Projektphase sich insbesondere mit qualitativen Aspekten der Arbeit im Bereich MeH befasste, wurde der Fokus in der Evaluation der zweiten Projektphase überwiegend auf quantitative Aspekte der kollegialen und der Co-Beratung gelegt.

Im Rahmen einer dreimonatigen Evaluationsphase (01.03.2023 – 31.05.2023) wurde der Fokus daher auf folgende Fragestellungen gelegt: Wie zeitaufwendig sind die Fälle im Schnitt? Welcher Ressourcen bedarf es? Dafür wurden Anzahl und Dauer sowie Fragestellungen aller kollegialen Beratungsanfragen, die in diesem Zeitraum bearbeitet wurden, dokumentiert. Für die Co-Beratung wurden exemplarisch pro Region vier Fälle (ca. 10% der insgesamt ca. 40 Fälle in 2 Jahren) dokumentiert (zwei Fälle mit eher geringem Zeitaufwand, zwei Fälle mit hohem Zeitaufwand), um einen zeitlichen Durchschnittswert für die Co-Beratung zu ermitteln.

3. Umsetzung der zweiten Projektphase des Modellprojekts „Menschen im Arbeitsleben nach erworbener Hirnschädigung"

Um den komplexen Anforderungen von MeH gerecht zu werden und rheinlandweit eine adäquate Beratung bezüglich beruflicher Wiedereingliederung und Inklusion anzubieten, sind projekthaft zwei 0,5 Stellen im IFD Köln und IFD Düsseldorf eingerichtet worden. Zielsetzung ist, durch die Möglichkeit der Co-Beratung, das Beratungsangebot der IFD im Rheinland auf die speziellen Bedürfnisse der Kund*innen sowie der Arbeitgeber*innen zielgruppengerecht abzustimmen und anbieten zu können. Eine langfristige berufliche Inklusion von Menschen nach einer erworbenen Hirnschädigung kann dadurch sichergestellt werden.

Menschen mit erworbener Hirnschädigung wirken auf den ersten Blick häufig kompetent, ausreichend stabil und motorisch wenig eingeschränkt. Dennoch ist die berufliche Leistungsfähigkeit in Abhängigkeit des Störungsbildes oft sehr stark beeinträchtigt. Hierbei

handelt es sich nicht nur um den Verlust von allgemeiner Leistungsfähigkeit, sondern auch um rasche Erschöpfung von bestimmten Kompetenzen sowie um Beeinträchtigung der sozialen Interaktion. Es kommt deshalb darauf an, bei diesen größtenteils verdeckten Beeinträchtigungen frühzeitig die Aspekte der beruflichen Eingliederung durch behinderungsspezifische (neuropsychologische) Fachkompetenz zu unterstützen.

Dabei ist nach wie vor eine enge Vernetzung und Abstimmung mit anderen am Rehabilitationsprozess beteiligten Akteuren und fachkompetenten Anbietern notwendig, um passgenaue und abgestimmte Leistungen zu erlangen. Dies kann z.B. durch stationäre Trainingsinhalte, die auch im späteren ambulanten Kontext wieder aufgegriffen und nachhaltig trainiert werden, erfolgen. Intensive Netzwerkarbeit ist ein Erfolgsfaktor, um Arbeitsverhältnisse anzupassen und zu sichern. Das Netzwerk, das Wissen um Angebote und das Schnittstellenmanagement sind auch während Co-Beratungsprozessen ein wichtiger Bestandteil. Brüche und Zeitverzögerungen im Rehabilitationsprozess sind vorzubeugen, Arbeitgeber*innen sowie das betriebliche Umfeld sind frühzeitig einzubinden, um einer drohenden Manifestation von Defiziten vorzubeugen.

Die beiden 0,5 Stellen haben ihre Arbeit am 01.03.2021 in Düsseldorf und am 15.04.2021 in Köln aufgenommen. In der ersten Projektphase wurden bereits Schulungen für andere IFD-Fachkräfte konzipiert und durchgeführt. Diese wurden in der zweiten Projektphase weiter durchgeführt, sodass in jedem IFD im Rheinland spezielle Schulungen stattfinden konnten. In diesem Rahmen wurde auch die Möglichkeit der Co-Beratung aktiv beworben.

3.1. Schulungen für IFD-Fachkräfte und das weitere Netzwerk

In jedem IFD im Rheinland wurden speziell konzipierte Schulungen durchgeführt, um IFD-Fachkräfte für die Zielgruppe MeH im benannten Kontext zu sensibilisieren. Insbesondere, da ein Großteil der behinderungsbedingten Ursachen der Einschränkungen unsichtbar sind, bedarf es einer hohen Sensibilisierung aller IFD-Fachberater*innen, eine erworbene Hirnschädigung frühzeitig zu erkennen oder zumindest näher in Betracht zu ziehen. Der Bedarf an neurokompetenter Beratung in Bezug auf berufliche Teilhabe ist groß, sodass die Schulungen dazu beitragen sollten, die behinderungsspezifische Beratungsqualität der IFD im ganzen Rheinland zu verbessern.

Seit Projektbeginn wurden 18 Schulungen im ganzen Rheinland für insgesamt rund 257 IFD-Fachkräfte durchgeführt. Auch das erweiterte Netzwerk rund um den IFD hat Interesse an Informationsveranstaltungen gezeigt, sodass die neurokompetenten Fachkräfte an regionalen Austauschtreffen, zum Beispiel mit der Agentur für Arbeit, Jobcentern, DRV Rheinland und Unfallversicherung, teilgenommen haben, um Wissen über die Zielgruppe zu teilen und Besonderheiten in der Beratung für MeH darzustellen.

3.2. Neurokompetente kollegiale Beratung

Im Zuge der zweiten Projektphase wurde die Möglichkeit kollegialer Beratung aktiv beworben. In diesen kollegialen Beratungen berät die neurokompetente Fachkraft eine andere IFD-Fachkraft – meist aus einer anderen Region. Den Kontakt zu den Menschen mit erworbener Hirnschädigung hat weiterhin die ursprünglich angesprochene IFD-Fachkraft.

Im Evaluationszeitraum haben sich insgesamt 32 IFD-Fachkräfte (von insgesamt ca. 220 IFD-Fachkräfte) an die neurokompetenten Fachberater*innen in Köln und Düsseldorf gewandt, um Informationen und Hilfestellungen in Bezug auf eigene Klient*innen zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurden Themen besprochen, wie:

- Fragen zum Ablauf, der Zuständigkeit und der verschiedenen Angebote stationärer, teilstationärer oder ambulanter beruflicher und medizinischer Rehabilitation
    - Hintergrund: Der genaue Rehabilitationsverlauf sowie die Nachsorgeprozesse und entsprechende Reha-Angebote sind wenig bekannt und sehr komplex
- Fragen zum Thema neuropsychologisches Jobcoaching (in Abgrenzung zum herkömmlichen Jobcoaching)
    - Hintergrund: Da das Krankheitsbild bzw. die damit verbundenen Einschränkungen unsichtbar sind, werden beim Coaching Neuropsycholog*innen benötigt, die erkennen können, was dauerhafte Einschränkungen sind, die nicht durch Training wiedererlernt werden können und welche beruflichen Kompetenzen mit Training wiedererlernt werden können
- Sozialrechtliche Fragen: Schwerbehinderung, Wegeunfall, vorgelagerte Empfehlungen, Leistungen gem. § 27 SchwbAV, Kündigungsschutzverhandlung
- Informationen zum Krankheitsbild und zum Umgang damit
- Kollegiale Fallberatungen
- Vermittlung von Kontakten im Netzwerk.

Es meldeten sich überwiegend Fachkräfte mit einem behinderungsspezifischen Schwerpunkt im Bereich geistige oder körperliche Behinderung für eine kollegiale Beratung. Auch Fachkräfte mit dem Schwerpunkt psychische Behinderung nehmen kollegiale Beratung in Anspruch. Vereinzelt haben sich auch Fachkräfte mit dem Schwerpunkt Sehen oder Hören im Evaluationszeitraum an die neurokompetenten Kolleg*innen gewandt. Die zeitliche Spanne einer Beratung reichte von 15 bis hin zu 120 Minuten.

3.3. Neurokompetente Co-Beratung

Sobald Fälle so komplex sind, dass sie nicht mit einer kollegialen Beratung zu bearbeiten sind, findet eine Co-Beratung statt. Co-Beratungen sind immer mit Kontakt zu Klient*innen verbunden, d.h. die Kund*innen werden in diesen Fällen von zwei IFD-Fachberater*innen – der regionalen und der neurokompetenten IFD-Fachkraft - beraten und begleitet. Zu Beginn der zweiten Projektphase im Jahr 2021 waren noch einige Corona-Vorschriften einzuhalten. Durch den Wegfall der Corona-Vorschriften war ein deutlicher Anstieg der Anfragen einer Co-Beratung zu verzeichnen.

Für den Evaluationszeitraum wurde exemplarisch der zeitliche Aufwand für vier Fälle (ca. 17% der insgesamt ca. 25 Fälle) dokumentiert. Zwei der Fälle waren Fälle, die in dieser Phase von den Fachkräften als weniger komplex wahrgenommen wurden. Zwei Fälle wurden dokumentiert, die mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.

Durchschnittlich wurden im Evaluationszeitraum für insgesamt vier Fälle ca. 50 Stunden aufgewendet (ca. 48 Stunden in Köln, ca. 53 Stunden in Düsseldorf). Das bedeutet, dass

eine Co-Beratung ca. 13 Stunden in Anspruch nimmt (ca. 12 Stunden pro Co-Beratung in Köln, ca. 13 Stunden in Düsseldorf). Pro Monat ergibt sich daraus ein zeitlicher Aufwand von ca. 4 Stunden pro Fall.

Im Evaluationszeitraum liefen insgesamt 23 Co-Beratungen (10 in Düsseldorf, 13 in Köln). Berechnet man den durchschnittlichen Zeitaufwand pro Fall auf die jeweiligen Regionen, bedarf die Co-Beratung in Düsseldorf ca. 130 Stunden und in Köln ca. 156 Stunden.

Die Inhalte und Maßnahmen der Co-Beratung im Bereich Menschen mit erworbener Hirnschädigung bei den dokumentierten Fällen sind folgende:

- Unterstützung beim Umgang mit beeinträchtigter Krankheitseinsicht bzw. Annahme der Behinderung
  - Hintergrund: Die Krankheitseinsicht bzw. Akzeptanz dauerhafter Einschränkungen ist in den allermeisten Fällen nicht vorhanden, da die Behinderung nicht sichtbar ist und vor dem hirnschädigenden Ereignis (Erkrankung, Unfall, o.a.) keine Einschränkungen vorlagen
- Diagnostische Abklärung
- Kontakt und Vermittlung in das Nachsorge-Netzwerk (unter anderem Fachärzt*innen, Neuropsycholog*innen, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen)
- Begleitung Betriebliches Eingliederungsmanagement
- Beratung zu sozialrechtlichen Fragestellungen (unter anderem Eingliederungshilfe, soziale Pflegeversicherung, Opferentschädigung)
- Medizinische Rehabilitation
- Berufliche Rehabilitation (unter anderem Belastungserprobung, Arbeitserprobung)
- Neurokompetentes Jobcoaching
- Rentenleistungen
- Stufenweise Wiedereingliederung
- Beratung zur Arbeitsplatzgestaltung
- Beratung der Arbeitgeber*innen und des betrieblichen Umfelds
- Angehörigenberatung
- Feststellung der Schwerbehinderung
- Beratung zu Leistungen, z.B. Leistungen gem. § 27 SchwbAV
- Sonstige

Im Rahmen der Co-Beratung findet immer auch eine kollegiale Edukation statt, da Neuroexpertise nicht durch einzelne Schulungen (siehe 1.1.) aufgebaut werden kann. Co-Beratungen beinhalten immer auch schulungsähnliche Themen, um regionalen IFD-Fachkräften neurospezifisches Know-How zu vermitteln und sie zu befähigen, die Fälle in der Praxis zukünftig zielgruppengerecht begleiten zu können.

4. Begleitende Aufgaben im Bereich „MeH"

Netzwerkarbeit ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den gesamten Rehabilitationsprozess. Um einen erfolgreichen Ablauf zu ermöglichen, ist die frühzeitige Einbindung von Netzwerkpartner*innen von großer Bedeutung.

Mithilfe des Modellprojektes konnten bereits in der ersten Projektphase bestehende Nachsorgeangebote mit einem Schwerpunkt im Bereich der beruflichen Teilhabe weiterentwickelt und optimiert werden.
In der zweiten Projektphase waren die Netzwerkarbeit, Teilnahme an Netzwerktreffen sowie die Organisation von eigenen Netzwerktreffen wesentliche Aufgabe der neurokompetenten Fachkräfte. Im Bereich MeH ist neben der Begleitung der komplexen Fälle eine sehr intensive, kontinuierliche sowie professionelle Netzwerkarbeit vonnöten, um die Klient*innen adäquat und personenzentriert begleiten zu können und einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Verstetigung eines starken „Neuro-Netzwerkes" leisten zu können.
Wie in 1.1 bereits dargelegt, greifen auch das weitere Netzwerk und Kontaktpersonen der IFD auf die etablierte Neuroexpertise im IFD zurück und fragen nach spezifischen Informationen rund um die Zielgruppe und deren berufliche Teilhabe.
Im Evaluationszeitraum wurden durchschnittlich 29 projektbegleitender Netzwerk- und Austauschaktivitäten dokumentiert.

5. Erkenntnisse & Ausblick

Die neurokompetente Beratung im IFD hat sich etabliert und bietet wertvolle Expertise in der Beratung und Begleitung von Menschen mit erworbener Hirnschädigung an.
Für IFD-Fachkräfte im ganzen Rheinland und somit für Klient*innen sowie Arbeitgeber*innen fungiert die neurokompetente Beratung als „Lotse" im Prozess der beruflichen (Wieder-) Eingliederung.
Neurokompetente Fachkräfte verfügen über einen guten Überblick bestehender Nachsorgeangebote und enge Kontakte im verfügbaren Netzwerk.
Anfragen anderer IFD-Fachkräfte können zunehmend zuverlässig durch kollegiale Beratung beantwortet werden.

Bei der Co-Beratung ist der fachliche Blick besonders wertvoll, um Themen und Schwierigkeiten zu erkennen und diese nachhaltig zu bearbeiten. Die neurokompetenten Fachkräfte haben umfangreiches Wissen und Erfahrung in Bezug auf die Auswirkungen einer erworbenen Hirnschädigung auf das Arbeitsleben und auch über die zur Verfügung stehenden Leistungen.

6. Fazit

Der Bedarf an neurokompetenter Beratung im Bereich erworbener Hirnschädigungen ist im gesamten Rheinland hoch. Co-Beratungen werden zunehmend in Anspruch genommen und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung einer professionellen, personenzentrierten Beratung.
In Bezug auf die behinderungsspezifische Beratung rund um die berufliche Teilhabe bei Menschen mit einer erworbenen Hirnschädigung hat der MeH-Bereich im IFD nach wie vor ein Alleinstellungsmerkmal und ist somit nicht nur für andere IFD-Fachkräfte, sondern auch für die betroffenen Menschen und deren Arbeitgeber*innen ein geschätzter und oft genutzter Experte.

7. Beschlussvorschlag

Der LVR-Sozialausschuss beschließt die dauerhafte Regelfinanzierung der beiden 0,5 IFD-Fachkraftstellen für neurokompetente Beratung von Menschen nach erworbener Hirnschädigung im Arbeitsleben in Düsseldorf und Köln, wie in der Vorlage Nr. 15/1813 dargestellt, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Für die dauerhafte Fortführung der beiden 0,5 Fachkraftstellen entstehen Kosten in Höhe von ca. 83.000,- EUR pro Jahr. Mittel der Ausgleichsabgabe stehen zur Verfügung

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1826

öffentlich

Datum: 21.08.2023
Dienststelle: Fachbereich 73
Bearbeitung: Dr. Dieter Schartmann, Olaf Bauch, Thomas Fonck, Michael Sita

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**07.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe

Kenntnisnahme:

Der Bericht der Verwaltung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe wird gemäß Vorlage Nr. 15/1826 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:

Menschen mit Behinderung haben
das Recht auf Arbeit.



Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten aktuell in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Die Abkürzung ist WfbM.

Durch das Bundes-Teilhabe-Gesetz (BTHG) sollen

Menschen mit Behinderungen in den Werkstätten

eine bessere Förderung bekommen.

Und es soll mehr Alternativen zur WfbM geben.

In dieser Vorlage beschreibt der LVR:

So soll die Teilhabe am Arbeitsleben

im Rheinland verbessert werden.

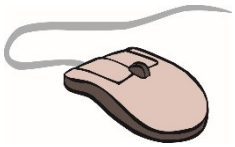
Haben Sie Fragen zu diesem Text?



Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:

0221-809-2202

Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-6153 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen.
Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Mit dem Bundesteilhabegesetz sind die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben grundlegend verändert worden. Neben dem Grundsatz der Personenzentrierung von Leistungen sowie der Erwartung des Abbremsens des Kostenanstiegs in der Eingliederungshilfe, sind auch neue Leistungen normiert worden: mit dem Budget für Arbeit und dem Budget für Ausbildung sind zwei Alternativen zur Arbeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) eingeführt worden. Bei den sogenannten „Anderen Leistungsanbietern" können Leistungen auch außerhalb einer WfbM in Anspruch genommen werden.

Trotz der Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die zum Teil schon über 5 Jahre zurückliegen, muss festgestellt werden, dass das Potenzial in der Praxis bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Hier sind alle Akteur*innen der Teilhabe am Arbeitsleben gefragt, sich noch stärker als bislang für die Herstellung inklusiver Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu engagieren.

Auch die „Erfurter Erklärung der Beauftragten von Bund und Ländern für die Belange von Menschen mit Behinderungen" vom 4. November 2022 mit dem Titel „Für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030" formuliert klare Erwartungen an die Akteure zur Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes.

Mit dieser Vorlage wird beschrieben, wie der LVR als **Träger der Eingliederungshilfe** diesem Auftrag nachkommen und die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rheinland weiterentwickeln wird. Es wird der Rahmen gesteckt, innerhalb dessen in den nächsten Jahren verschiedene Ansatzpunkte aufgegriffen werden können, um das Angebot an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern. Dazu werden die Handlungsbedarfe und –möglichkeiten beschrieben und Ideen zur Umsetzung skizziert.

Dabei richtet sich der Blick zum einen in die WfbM und beschäftigt sich mit der Frage, wie die Grundsätze der Personenzentrierung von Leistungen und des Abbremsens des Kostenanstiegs in die Gestaltung von lernförderlichen Arbeitsprozessen einfließen können. Zum anderen wird die immer noch nicht ausreichende Übergangsquote von der WfbM in den allgemeinen Arbeitsmarkt aufgegriffen. Des Weiteren werden die Alternativen zu einer Beschäftigung in einer WfbM einer kritischen Analyse unterzogen und erste Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Leistungen dargestellt.

Diese Vorlage betrifft die Zielrichtung 2 („Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln") des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1826:

I. Vorbemerkung

Mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes (Umsetzung in 3 Stufen, beginnend ab dem 01.01.2018) haben sich auch die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Eingliederungshilfe grundlegend geändert. Neben dem Grundsatz der personenzentrierten Leistungserbringung, der auch für die Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben gilt, sind weitere Leistungen eingeführt worden: Mit dem Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX (und ab dem 01.01.2022 auch dem Budget für Ausbildung für Leistungsberechtigte aus dem Arbeitsbereich der WfbM, § 61a SGB IX) und der Möglichkeit, Leistungen auch bei „Anderen Leistungsanbietern" nach § 60 SGB IX in Anspruch zu nehmen, haben sich die prinzipiellen Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung erweitert, ihren Bedarf zu decken.

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes hat sich in den folgenden Jahren an verschiedenen Stellen gezeigt, dass nun zwar die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert wurden, dass aber das Potenzial der gesetzlichen Regelungen in der Praxis bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist.

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK) ist von der Bundesrepublik Deutschland am 24.02.2009 ratifiziert worden. Im Artikel 27 anerkennen die Vertragsstaaten „das gleiche Recht auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird".

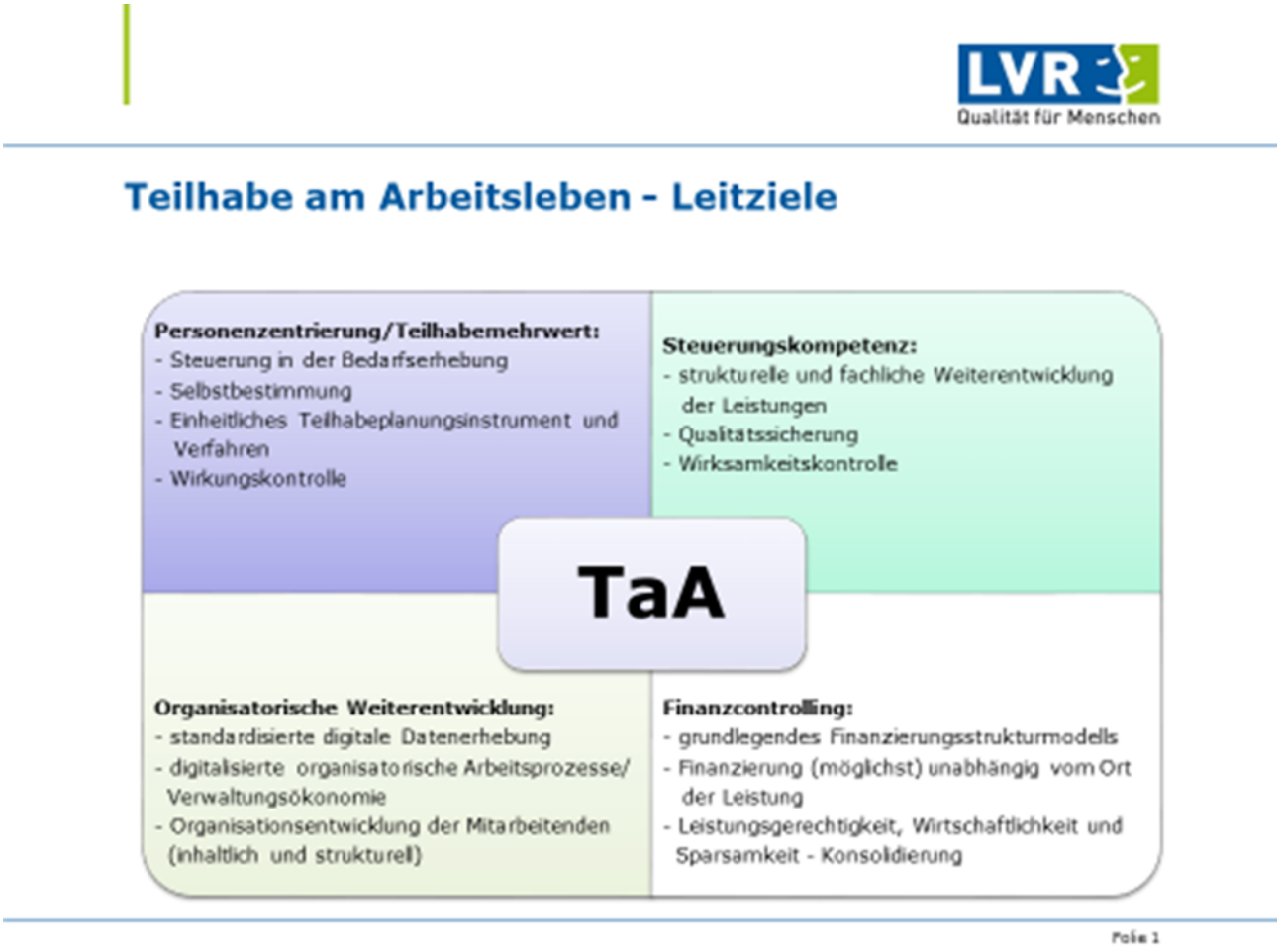
Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat im September 2022 seine Allgemeinen Bemerkungen (general comments) zum Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit und Beschäftigung veröffentlicht (CRPD/C/GC/8). Er beschäftigt sich darin mit dem Stand der Umsetzung des Artikels 27 und entwickelt für die Vertragsstaaten Handlungsempfehlungen.

Auch die „Erfurter Erklärung der Beauftragten von Bund und Ländern für die Belange von Menschen mit Behinderungen" vom 04. November 2022 mit dem Titel „Für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030" formuliert klare Erwartungen an die Akteure zur Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes.

Mit dieser Vorlage wird beschrieben, wie der LVR als Träger der Eingliederungshilfe diesem Auftrag nachkommen und die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rheinland weiterentwickeln wird. Es wird der Rahmen gesteckt, innerhalb dessen in den nächsten Jahren verschiedene Ansatzpunkte aufgegriffen werden können, um das Angebot an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern und dem Ziel, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen, näherzukommen. Dazu werden die Handlungsbedarfe und –möglichkeiten beschrieben und Ideen zur Umsetzung skizziert.

II. Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rheinland

Die Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rahmen der Eingliederungshilfe richtet sich nach den im LVR-BTHG-Implementierungsprojekt vereinbarten LVR-Leitzielen zur Umsetzung des BTHG. Ausgehend von diesen Leitzielen werden im Folgenden Handlungsziele und bereits einzelne Maßnahmen vorgestellt, die der Erreichung der Leitziele dienen sollen.



III. Personenzentrierung/Teilhabemehrwert/Abbremsen des Kostenanstiegs:

Mit dem Bundesteilhabegesetz hat eine grundlegende Änderung von der Angebotsorientierung hin zur Bedarfsorientierung stattgefunden. Nicht mehr die Frage: „Was gibt das Angebot her?", sondern „Was ist der individuelle Bedarf und wie kann dieser gedeckt werden?" drückt die Grundhaltung einer personenzentrierten Gesamtplanung aus. Die vorhandenen Teilhabeplanungsinstrumente und die Verfahren zur Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung müssen an diesen Leitgedanken neu ausgerichtet werden.

Neben dieser Zielsetzung hat das BTHG auch vorgegeben, dass der Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe abgebremst werden soll. Diese Vorgabe ist bei der Weiterentwicklung der Leistungen ebenso zu berücksichtigen.

Beide Vorgaben stehen nur in einem scheinbaren Widerspruch: Sie lassen sich miteinander verknüpfen, wenn die Steuerungsmöglichkeiten des Leistungsträgers ausgebaut und Leistungen konsequent individuell-zielgenau und nicht pauschal finanziert und erbracht werden. Dann lässt sich ein individueller Teilhabemehrwert generieren, der nicht notwendigerweise mit einem Kostenanstieg verbunden ist.

Für den LVR als Träger der Eingliederungshilfe muss das bedeuten, dass er in seiner Rolle als Leistungsträger sichtbarer wird als bislang und über die Steuerung des Einzelfalls die oben genannten Ziele erreichen muss. Dazu muss der LVR stärker als bisher die Einzelfälle kennen, Ziele formulieren und die Zielerreichung im Rahmen der Wirkungskontrolle überprüfen. In Anbetracht der großen Anzahl an leistungsberechtigten Menschen wird dies nur mit der Unterstützung von digitalen Instrumenten gelingen können.

IV. Verbesserung der Steuerungskompetenz des LVR als Träger der Eingliederungshilfe:

Strukturelle und fachliche Weiterentwicklung der vorhandenen Leistungen:

Gemäß den oben beschriebenen Zielsetzungen des BTHG werden für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für den LVR als Träger der Eingliederungshilfe die folgenden Leitziele formuliert, die sich sowohl auf die Arbeit innerhalb der WfbM beziehen als auch auf die Alternativen zur Arbeit in einer WfbM:

- Die Leistungen werden differenziert, passgenau und personenzentriert erbracht.
- Die Leistungen werden flexibilisiert und dynamisiert – die Schnittstellen zwischen dem allgemeinen Arbeitsmarkt und der WfbM werden vermehrt in den Blick genommen und Übergänge verstärkt.
- Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sollen so inklusiv und sozialräumlich wie möglich erbracht werden.

1. In der WfbM – Stärkung der Personenzentrierung von Leistungen

Mit dem im Jahr 2019 abgeschlossenen Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX haben sich die Landschaftsverbände und die Vereinigungen der Leistungserbringer darauf verständigt, das Leistungs- und Finanzierungssystem der WfbM weg von einem pauschalen System hin zu einem System mit personenzentrierten Anteilen weiterzuentwickeln. Es wird nun in der Folge darum gehen, die vereinbarten Regelungen so auszugestalten, dass die beiden Zielsetzungen – Personenzentrierung von Leistungen und Abbremsen des Kostenanstiegs – umgesetzt werden können. Aufgrund der komplexen Verhandlungsthematik, der notwendigen Klärung von grundsätzlichen Fragestellungen sowie Verzögerungen in den Verhandlungen durch

die Corona-Pandemie konnte erst im Sommer wieder in das Verhandlungsgeschäft eingestiegen werden.

Über die Umsetzung der neuen Leistungs- und Finanzierungssystematik müssen folgende Fragestellungen in den Blick genommen werden:

- Gibt es Gruppen von Menschen, denen strukturell mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, wie z.B. Personen mit besonderen Unterstützungsbedarfen, geeignete Personen für den Übergang auf den allgemeinen, ersten Arbeitsmarkt, Übergänge in die WfbM-Rente?

- Warum sind WfbM in bestimmten Fällen nicht in der Lage, Menschen mit Behinderung weiterhin unter dem Dach der Werkstatt zu unterstützen und zu fördern und kündigen in der Folge den Betreuungsvertrag? Trotz NRW-Weg, mit dem die Teilhabe am Arbeitsleben auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sichergestellt werden soll, verlieren Menschen mit Behinderung ihren Arbeitsplatz in der WfbM. Es soll herausgearbeitet werden, welche konkreten Unterstützungsbedarfe die WfbM selber benötigen, um die Teilhabe am Arbeitsleben auch für diesen Personenkreis sicherzustellen.

Maßnahmen**:** es müssen die Ursachen eruiert werden, warum viele Menschen LT 23/24-Leistungen zur Tagesstruktur in Anspruch nehmen und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein Übergang in eine WfbM möglich ist, ggfs. kann dies in einem Modellprojekt ausprobiert werden. Voraussetzung ist, dass die WfbM entsprechende Kapazitäten bereitstellen können.

2. Ausbau von Zuverdienst – neuer Name: Budget für niedrigschwellige, geringfügige Beschäftigung!

Über das „Zuverdienst-Projekt" ist der politischen Vertretung zuletzt mit der Vorlage Nr. 15/1420 berichtet worden. Es ist festgestellt worden, dass der LVR-Zuverdienst für einen bestimmten Personenkreis eine sehr sinnvolle, inklusive Leistung ist, die den individuellen Bedarfen gerecht wird und die verstärkt beworben und genutzt werden soll.

Folgende Maßnahmen sollen dazu umgesetzt werden:

- Durchführung von Fachgesprächen mit Nutzer:innen und Arbeitgebern zwecks Identifizierung von Hürden bzgl. einer weiteren Inanspruchnahme.
- Durchführung und Auswertung einer Arbeitgeberbefragung.
- Identifizierung von Schwachstellen in den Förderrichtlinien und ggfs. Neufassung der Förderrichtlinien.
- Zielgerichtete Bewerbung des Angebotes.

3. Ausbau des Budgets für Arbeit/Budgets für Ausbildung

Das Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX und das Budget für Ausbildung nach § 61a SGB IX stellen sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse dar, die zwischen dem Menschen mit Behinderung und einem Arbeitgeber des ersten, allgemeinen Arbeitsmarktes geschlossen werden und die über den Träger der Eingliederungshilfe und das LVR-Inklusionsamt gefördert und unterstützt werden. Hierzu sind entsprechende Förderrichtlinien erarbeitet und von den politischen Gremien des LVR beschlossen worden.
Obwohl auch bereits vor dem Inkrafttreten des BTHG der LVR über entsprechende Förderprogramme verfügt hat und die beiden genannten Budgets insofern keine vollständig neuen Leistungen im Rheinland sind, entspricht die Inanspruchnahme noch nicht den Erwartungen des LVR.
Da die beiden Budgetformen im Sinne der Herstellung inklusiver Arbeitsverhältnisse einen bedeutsamen Schritt in den ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt darstellen können (obwohl sie weiterhin durch Steuergelder und Ausgleichsabgabemittel gefördert werden), sollen die Chancen dieser beiden Budgets nochmals deutlich herausgearbeitet und die Anzahl der Budgets als Alternative zur Arbeit in einer WfbM erhöht werden.

Die „Initiative selbstständig Leben e.V." hat ein bundesweites Modellprojekt aufgelegt, welches mit Mitteln aus dem Ausgleichsfond des Bundes finanziert wird und am 01.07.2023 gestartet ist. In diesem Projekt soll für Modellregionen erprobt werden, wie die Inanspruchnahme des Budgets für Arbeit gesteigert werden kann. Eine Modellregion liegt im Rheinland (Mönchengladbach). Mit den Projektnehmern hat bereits ein erstes Kooperationstreffen stattgefunden. Der LVR wird sich engagiert an diesem Projekt beteiligen und die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt auf andere Regionen im Rheinland übertragen.

Folgende Maßnahmen sollen dazu umgesetzt werden:

- Identifizierung von Hürden bzgl. einer höheren Inanspruchnahme durch Fachgespräche und Weiterentwicklung der Förderrichtlinien.
- Weitere intensive Bewerbung der Leistung.
- Unterstützung des Modellprojektes des ISL e.V. in Mönchengladbach.

4. Ausbau von Angeboten Anderer Leistungsanbieter

Nach § 60 SGB IX haben Leistungsberechtigte die Möglichkeit, ihre Leistungen auch bei Anderen Leistungsanbietern in Anspruch zu nehmen. Voraussetzung dafür ist, dass es genügend Andere Leistungsanbieter auch gibt. Derzeit fördert der LVR nur 6 Andere Leistungsanbieter.
Andere Leistungsanbieter können eine sehr sinnvolle Alternative zu einer Tätigkeit in einer WfbM darstellen. Obwohl Menschen mit Behinderung auch bei einem anderen Leistungsanbieter nur in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis stehen und keiner sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit auf dem ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt nachgehen, gilt die Beschäftigung bei einem Anderen Leistungsanbieter als eine personenzentrierte und inklusive Alternative, wenn sie idealerweise sogar in einem sozialräumlichen Kontext umgesetzt werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass das Konzept des Anderen Leistungsanbieters einem betriebsintegrierten Ansatz folgt.

Folgende Maßnahmen sollen dazu umgesetzt werden:

- Gezieltes Ansprechen von Interessenten, die während der Corona-Krise ihr Interesse an der Gründung eines Angebotes als Anderen Leistungsanbieter - vorübergehend - eingestellt haben.
- Kontaktaufnahme zu den Anderen Leistungsanbietern, die ihre Leistungen ausschließlich für den Berufsbildungsbereich einer WfbM anbieten. Es soll ausgelotet werden, ob eine Ausweitung ihres Angebotes sinnvoll sein kann.
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG-UB) hat auf Landes- und Bundesebene Austauschforen zu den Anderen Leistungsanbietern eingerichtet. Der LVR wird an dem entsprechenden Forum für NRW teilnehmen.
- Die formalen und fachlichen Voraussetzungen für die Zulassung von Anderen Leistungsanbietern sollen einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Wenn die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen gegeben sind, können auch Projekte als „Andere Leistungsanbieter light" erprobt werden.

5. Durchführung von Modellprojekten – neuen Aufbruch wagen mit dem Schwerpunkt „Übergangsförderung"

Die Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung im Rheinland muss – neben den oben beschriebenen Maßnahmen – auch über Erkenntnisse gesteuert werden, die durch Forschungs- und Modellprojekte gewonnen werden können. Derzeit werden 3 Forschungs- und Modellprojekte detailliert vorbereitet (einschließlich der notwendigen Ressourcenplanung), die dem LVR-Sozialausschuss in den kommenden Sitzungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

- Die WfbM hat die Aufgabe, Menschen mit Behinderung zu ermöglichen, ihre Leistungs- und Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln (§ 219 SGB IX). Allerdings wissen wir noch zu wenig (über den Einzelfall hinaus) darüber, wie arbeitspädagogische und lernförderliche Prozesse in der WfbM gestaltet werden müssen, damit insbesondere die Leistungs- und Erwerbsfähigkeit entwickelt, erhöht und wiedergewonnen werden kann, und wie sich die Beschäftigung in der WfbM auf die Weiterentwicklung der arbeitsbezogenen Fähigkeiten der Beschäftigten auswirkt. Wie können Arbeitsprozesse gestaltet werden, damit die „Übergangsfähigkeiten" gestärkt werden? Welche Voraussetzungen müssen die WfbM in ihren Arbeitsprozessen herstellen, damit mehr Menschen ihre Kompetenzen entwickeln und im besten Fall den Übergang schaffen?

- Derzeit arbeiten im Rheinland rund 2.900 Beschäftigte auf einem sogenannten betriebsintegrierten Arbeitsplatz (BiAp), ausgestaltet als „Einzel-BiAp" oder als „Gruppen-BiAp". Die Auswertung der Leistungsdokumentation der rheinischen WfbM aus dem Jahr 2022 zeigt, dass die Übertrittswahrscheinlichkeit aus dem arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnis in einer WfbM in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen

Arbeitsmarkt bei einem BiAp höher liegt als bei Menschen mit Behinderung, die nicht auf einem BiAp arbeiten, allerdings auf einem sehr bescheidenen Niveau. In einem Modellprojekt sollen die BiAp im Rheinland mit der Zielsetzung überprüft werden, ob aus einem BiAp ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ermöglicht werden kann und welche Voraussetzungen dafür erforderlich sind. Arbeitgeber und Leistungsberechtige sind zu beraten und zu informieren, wie ein Übergang erreicht werden kann.

- In einer WfbM sind Menschen mit Behinderung beschäftigt, die nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Der Übergang geeigneter Personen auf den ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt ist zu fördern. Die Leistung der „Übergangsförderung" kommt somit allen Beschäftigten in einer WfbM zugute. Allerdings kommen derzeit nicht alle Beschäftigten in einer WfbM für eine Übergangsförderung in Frage, weil sie von ihren Voraussetzungen her noch nicht in der Lage sind, unter den derzeitigen Bedingungen auf dem ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt zu arbeiten.
  Insofern kann man für potentielle „Übergangskandidat:innen" in einer WfbM eine besondere Förderung (Finanzierung) ansetzen mit einer klaren zielorientierten und zeitlich befristeten Übergangsförderung, die durch den Wegfall der Leistung bei den WfbM-Beschäftigten, die derzeit noch nicht für den Übergang in Frage kommen, wegfallen würde. Somit können Mittel zur Förderung des Übergangs, die bislang pauschal für 100 % der WfbM-Beschäftigten vom Träger der Eingliederungshilfe gezahlt werden, umgeschichtet und fokussiert werden auf potentielle „Übergangskandidat:innen". Dieses Modell ist dann in diesem Sinne budgetneutral und könnte mit einer WfbM ausprobiert werden.

6. Qualitätssicherung, Wirksamkeits- und Wirkungskontrolle:

Die derzeitigen Vereinbarungsgrundlagen zwischen den WfbM und dem LVR ermöglichen oftmals keine sachgerechte Prüfung und Qualitätskontrolle der Leistung, weil genaue Festlegungen aus der bisherigen Pauschalfinanzierung heraus fehlen. Um die gesetzlich geforderte Überprüfbarkeit herzustellen, sind die Anforderungen an das Leistungsangebot WfbM präzise zu formulieren und mit den WfbM über den Weg der Leistungsvereinbarung und der Vergütungsvereinbarung mit konkreten Kennzahlen zu vereinbaren. Dieser so formulierte Erwartungshorizont muss dann von den WfbM im Fachkonzept nachprüfbar dargelegt und mit dem LVR abgestimmt werden. Dem LVR obliegt es dann im Weiteren, die Einhaltung der vereinbarten Standards im Sinne eines beratungsorientierten Ansatzes zu überprüfen und gemeinsam mit den WfbM die qualitätsvolle Weiterentwicklung der Leistungen zu vollziehen.

<u>Folgende Maßnahmen sollen dazu umgesetzt werden:</u>

- Prüfung der vertragsrechtlichen Wirksamkeit, ggf. Gesamtauswertung des geplanten BEI_NRW zur Wirksamkeit der Leistungen insgesamt.

- Klar definierte Setzungen in Leistungsvereinbarungen im Sinne der Formulierung eines Erwartungshorizontes (Fachkraftsetzung, Festlegung von Kennzahlen, Werkstattmonitoring).
- Zielvereinbarungscontrolling und bilaterale Bilanzierung, daraus abgeleitetes Benchmarking.
- Digitale Auswertung von standardisierter Leistungsdokumentation. Risikoanalyse, Qualitätsprüfungen, daraus abgeleitetes Benchmarking.
- Leistungsrechtliche Wirkungskontrolle im Rahmen der geplanten Weiterentwicklung des BEI_NRW.

V. Organisatorische Weiterentwicklung

Die oben beschriebenen Ziele und Maßnahmen können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn dazu die entsprechenden fachlich qualifizierten Ressourcen und digitalen Instrumente vorhanden und einsatzbereit sind. Dazu gehören unter anderem:

- Standardisierte digitale Datenerhebung (Leistungsdokumentation) und Berichtswesen.
- Digitalisierte organisatorische Arbeitsprozesse – Verwaltungsökonomie.
- Schulungskonzept zu den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für das LVR-Fallmanagement.

VI. Finanz- und Steuerungscontrolling:

Neben der oben genannten organisatorischen Weiterentwicklung sind auch die Instrumente zu einem Finanz- und Steuerungscontrolling weiter auszubauen. Dazu gehören - neben dem Aufbau eines grundlegenden Finanzierungsstrukturmodells (s. o.) – vor allem der Aufbau eines kennzahlenbasierten, WfbM-bezogenen Berichtswesens als Voraussetzung für Steuerungskompetenz.

VII. Weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Flankierend und unterstützend zu den oben genannten Themen muss die Kooperation und Vernetzung mit den anderen Leistungsträgern, aber vor allem mit weiteren relevanten Akteuren der Teilhabe am Arbeitsleben ausgebaut werden.

So haben bereits Gespräche mit der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in NRW, der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit sowie dem LWL begonnen, ob und wie der Anstoß für eine „NRW-Landesinitiative Inklusiver Arbeitsmarkt" gelingen kann, bei der sich alle relevanten Akteure der beruflichen Teilhabe in NRW verpflichten, in einer gemeinsamen Verantwortung ihre Kräfte für einen inklusiven Arbeitsmarkt in NRW zu bündeln.

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1927

öffentlich

Datum:	22.08.2023
Dienststelle:	Fachbereich 73
Bearbeitung:	Dr. Dieter Schartmann, Olaf Bauch

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Das Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport als "Anderer Leistungsanbieter"

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen werden gemäß Vorlage Nr. 15/1927 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I

Zusammenfassung:

Mit dieser Vorlage berichtet die Verwaltung über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport (ZABS) als weiteren neuen Anderen Leistungsanbieter (ALA) nach § 60 SGB IX.

Kernziel im ALA ZABS ist es, die Eingliederungs- und Teilhabemöglichkeiten von bis zu 20 Menschen mit Behinderung zu verbessern und mit ihnen gemeinsam auf eine langfristige Übernahme auf den allgemeinen Arbeitsmarkt hinzuarbeiten.
Im Rahmen einer personenzentrierten Teilhabeplanung werden darüber hinaus im Zuge einer flexiblen Bildungs- und Vermittlungsarbeit auch Maßnahmen zur sozialen Teilhabe für den Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten erbracht.

Das ZABS bietet seinen Beschäftigten als Alternative zu einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) berufliche Orientierung und Förderung mit arbeitspädagogischer und sozialpädagogischer Unterstützung und entwickelt mit ihnen eine individuelle Zukunftsperspektive.

Die sportliche Ausbildung in den Bereichen Fußball und Judo ist wesentlicher Bestandteil und Alleinstellungsmerkmal des ALA ZABS. Durch den Sport werden die körperliche wie geistige Belastungsfähigkeit und Resilienz gesteigert und so wichtige Bausteine für eine berufsqualifizierende Vermittlung gelegt.
Neben der speziell auf Menschen mit einer geistigen Behinderung ausgerichteten Arbeits- und Bildungsmaßnahme verfolgt das Konzept des ALA ZABS eine inklusive Ausrichtung für mehr Teilhabe in der Sportlandschaft und Arbeitswelt.

Diese Vorlage berührt die Zielrichtung Z2. „Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1927:

Mit dieser Vorlage berichtet die Verwaltung über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport (ZABS) als weiteren neuen Anderen Leistungsanbieter (ALA) nach § 60 SGB IX mit Sitz in Frechen im Rhein-Erft-Kreis. Trägerin des ZABS ist die Gold-Kraemer-Stiftung.

Das ursprünglich als Fußballleistungszentrum für Menschen mit Behinderung entwickelte Projekt wurde in Kooperation mit den Gemeinnützigen Werkstätten Köln GmbH auf der Basis eines betriebsintegrierten Ansatzes erarbeitet.
Inzwischen auch auf den Judosport erweitert, bietet das ZABS nun seinen Beschäftigten eine eigenständige Alternative zu einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM). Zielsetzung ist die berufliche Orientierung und Förderung mit arbeitspädagogischer und sozialpädagogischer Unterstützung und die gemeinsame Entwicklung einer individuellen Zukunftsperspektive, einschließlich der Möglichkeit, in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln. Es ist vorgesehen, dass beim ZABS bis zu 20 Menschen mit Behinderungen beschäftigt und qualifiziert werden.

1. Zielsetzung des Zentrums für Arbeit durch Bildung und Sport (ZABS)
„Die konzeptionelle Ausrichtung zielt darauf ab, den im anderen Leistungsanbieter (ALA) ZABS beschäftigten Sportlern mit einer wesentlichen Behinderung eine möglichst selbstbestimmte und vollumfängliche Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Es wird individuelle, qualifizierte Unterstützung und Bildung angeboten, die sie für die Gestaltung und Weiterentwicklung ihres Arbeitslebens und ihrer Persönlichkeit benötigen. Sie sollen ihren eigenen Weg der sozialen und beruflichen Teilhabe finden und selbstbestimmt umsetzen.
Kernziel im ALA ZABS ist es, die Eingliederungs- und Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung zu verbessern und mit ihnen gemeinsam auf eine langfristige Übernahme auf den allgemeinen Arbeitsmarkt hinzuarbeiten. Darüber hinaus werden im Zuge der Bildungs- und Vermittlungsarbeit auch Maßnahmen zur sozialen Teilhabe für den Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten erbracht. Hierzu werden inklusive Angebote und Perspektiven im Sozialraum und in der Arbeitswelt aufgezeigt und partizipativ erarbeitet" (Zitat aus dem vorgelegten Konzept).

2. Konzeptionelle Ausrichtung der beruflichen Bildungsmaßnahme
Ausgehend von einer gemeinsamen individuellen Teilhabeplanung werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Wünsche, Neigungen und Kompetenzen für die beschäftigten Sportlerinnen und Sportler Förder- und Entwicklungspotentiale partizipativ erhoben, analysiert und bewertet.

Mit regelmäßiger Nutzung fachlicher Kompetenzfeststellungs- und Bedarfserhebungsinstrumente erfolgt die berufliche Orientierung und Förderung unter Berücksichtigung arbeits- und sozialpädagogischer Methoden sowie die Überprüfung der Wirkung und Wirksamkeit der unterschiedlichen Maßnahmen in Bezug auf die Zielsetzung der einzelnen Teilhabeplanungen.

Die sportliche Ausbildung in den Bereichen Judo und Fußball ist dabei wesentlicher Bestandteil und Alleinstellungsmerkmal des ZABS. Die überzeugende Grundidee lautet,

dass durch den Sport wesentliche berufsfeldübergreifende Kompetenzen in ihrer Entwicklung unterstützt werden, die anschließend in Praktikums- und Arbeitsverhältnissen (auch jenseits des Berufsfeld „Sport") eingesetzt werden können. Unterstützt durch sportwissenschaftliche Übungsmethoden werden die körperliche wie geistige Belastungsfähigkeit und Resilienz gesteigert und so wichtige Bausteine für eine berufsqualifizierende Vermittlung gelegt.
Es werden aber nicht nur körperliche Fähigkeiten gestärkt, sondern auch individuelle emotionale, soziale und kognitive Fähigkeiten und Kompetenzen erworben und verbessert. Dazu zählen unter anderem ein höheres Selbstbewusstsein, verbesserte Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit und Problemlösungskompetenz. Die sportliche Ausbildung ist daher ein wertvolles Instrument, Menschen mit Behinderung in ihrem Übergang auf den Arbeitsmarkt zu unterstützen und ihre Chancen auf Erlangung und Sicherung einer Beschäftigung auch außerhalb des Anderen Leistungsanbieters ZABS zu erhöhen.

Das ZABS und die Gold-Kraemer-Stiftung pflegen ein breites Netzwerk mit Vereinen, Betrieben und Unternehmen und können somit im Rahmen ihres flexiblen Vermittlungskonzeptes auf erste erfolgreiche Übergänge verweisen.

Die bestehenden Kooperationen mit Judo- und Fußballvereinen sowie Sportverbänden zielen auf eine immer engere und inklusivere Zusammenarbeit. Ein wichtiges inklusives Ziel des ZABS ist, die Mitarbeiter*innen an die Regelsportvereine anzugliedern und auch inklusiv am Regelspielbetrieb des Amateursports teilhaben zu lassen. Eine inklusivere Sportlandschaft wird zudem durch die Ausbildung der beschäftigten Sportlerinnen und Sportler zu Sportassistent*innen gefördert. Sie können dann niederschwellig in Vereinen, Schulen, Sportverbänden als Sportassistent*in/Co-Trainer*in tätig werden.

3. Special Olympics World Games 2023 in Berlin

Neben den zahlreichen kleinen wie größeren sportlichen Erfolgen im Beschäftigungsalltag beim ZABS konnten die Judoka des ZABS bei den diesjährigen Special Olympics World Games in Berlin mit drei Gold- und einer Silbermedaille ein überaus erfolgreiches Abschneiden feiern und bestätigen damit den Ansatz des ZABS (s. Anlage).

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Special Olympics World Games in Berlin

Zuschauer tobten und pushten die Judoka zu ihren Siegen

Mit insgesamt drei Goldmedaillen durch Andrea Kuhne, Stefanie Drescher und Timo Karmasch sowie eine Silbermedaille von Bastian Wind kehrten die vier ID-Judoka aus Nordrhein-Westfalen mit vielen Eindrücken von den diesjährigen Weltspielen der Special Olympics aus Berlin zurück.

Eröffnungsfeier

Zwei Tage bevor es mit der Klassifizierung und den Judo-Wettkämpfen losging, wurden die Spiele vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im geschichtsträchtigen Berliner Olympiastadion eröffnet. Zuvor gab es einen beeindruckenden Einmarsch aller Nationen unter dem Jubel der fast 50.000 anwesenden Zuschauern. Ein buntes Showprogramm mit der Präsentation des offiziellen Games-Songs „Are You Ready" des norwegischen Duos Madcon und die Inszenierung des Feuerwerks zum Finale der Show mit der Blue Man Group beendeten dieses Eröffnungsspektakel.



Timo Karmasch und Andrea Kuhne präsentieren ihre Goldmedaillen

Divisioning und Wettkampf

Die ersten beiden Tage auf der Judomatte in den Messehallen Berlins waren dem Divisioning* (Anmerkung am Ende), der Einteilung der Wettkampfklassen 1-3, gewidmet. Einen Tag später begann der erste Wettkampftag. Timo Karmasch startete mit vorzeitigen Siegen gegen den Belgier Lariviere, Ulziibayar aus der Mongolei und gegen den Usbeken Nasriddinov in den Wettbewerb. Anschließend machte es Andrea Kuhne wie ihr Vereinskamerad und ging als Siegerin gegen die starke Kämpferin aus der Schweiz, Schmucki und Makarova (Usbekistan) von der Matte, das zweite Gold. Zweiter Wettkampftag Steffi Drescher, aufgeputscht von der Zuschauerkulisse holte die dritte Goldmedaille gegen zwei Kämpferinnen aus der Mongolei und Syrien. Bastian Wind erhöhte die positive NRW-Bilanz mit einer hart erkämpften Silbermedaille, da er sich bereits im ersten Kampf gegen den sehr starken und späteren Goldmedaillengewinner aus Ungarn an den Fingern verletzte. Die Entscheidung zu Silber fiel souverän gegen den Schweden Kasimir.

Durch die enorme Medienpräsenz in den sozialen Medien, wie auch in den öffentlichen Fernsehanstalten, platze die Zuschauertribüne aus den Nähten. Die Zuschauer, nicht nur Angehörige oder Judo-Fachleute, standen bereits eine Stunde vor Beginn der Wettkämpfe und warteten auf Einlass, um dann die Halle mit Gesängen, Jubelrufen und laut klatschend zu beschallen. Das war für alle, besonders für die Athletinnen und Athleten, jedes Mal ein Gänsehautmoment. Zudem



Die Medienvertreter zeigten großes Interesse an den ID-Judoka



Timo Karmasch gewinnt durch Haltegriff



Bastian Wind in Aktion und in Siegerpose



Steffi Drescher jubelt und gewinnt ebenfalls Gold

stellten sich die vier ID-Judoka den zahlreichen Interviewanfragen der Print- und Fernsehmedien sehr professionell.

Die ID-Judoka aus NRW

Die vier Judoka aus NRW sind Mitglied beim 1. Budokan Hünxe, wobei Timo Karmasch und Bastian Wind Eigengewächse sind und in jungen Jahren dort angefangen haben. Andrea Kuhne begann in Bocholt beim SC Budokan und Stefanie Drescher beim BSV Meschede mit Judo. Seit 2019 sind alle vier als Berufsjudoka in der Gold-Kraemer-Stiftung beim Zentrum für Arbeit durch Bildung und Sport (ZABS) in Frechen beschäftigt.

Stefanie Drescher, mit 36 Jahren die Älteste, hat dort ihren Freund, der ebenfalls in der Stiftung Fußball spielte, kennengelernt und verbringt ihre Freizeit mit ihm. Auch Bastian Wind merkt man seine positive Entwicklung, seit dem er sein Leben in Frechen gestaltet, an. Der eher zurückhaltende Judoka blüht immer mehr auf.

- Bei den Special Olympics World Games Berlin 2023 traten **6.500 Athletinnen und Athleten aus 179 Nationen** an. Die größte Delegation stellte Gastgeber Deutschland mit 415 Sportlerinnen und Sportler. Die Weltspiele der Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung waren das größte Sportereignis in Deutschland seit den Olympischen Spielen 1972 in München.

- Insgesamt wurden ca. **100.000 Zuschauertickets** für die 26 Sportarten verkauft.

- Die **nächsten Weltspiele** finden **2027** im australischen **Perth** statt.

Timo und Andrea, seit fast sechs Jahren ein Paar und verlobt, ein Heiratsantrag an Andrea gab es vor den Spielen, genießen ihre Zeit mit ausgiebigen Städtereisen. Timo trainiert zudem regelmäßig im BLZ Köln und spielt noch Schlagzeug. Natürlich sind die Berufssportler nicht nur unter sich auf der Matte, gemeinsam und inklusiv wird auch bei den Eisenbahnern ESV Olympia Köln trainiert.

Wo es Licht gibt, gibt es auch Schatten: Klassifizierung bei Special Olympics International

Das Divisioning oder die Klassifizierung bei den Nationalen Spielen 2022 in Berlin brachte schon massive Kritik seitens der Trainer. Auch hier war SOI zuständig, da es ein Probelauf für die World Games war. Unbeeindruckt dieser Kritik gab es keine Änderung in der Art und Weise der Durchführung: Bälle hochhalten, Spielchen und vielleicht einen Ansatz von Judo, ließ vor allem die Wettkampfklasse-1- und 2-Kämpferinnen und Kämpfer, als auch das ein oder andere Fernsehteam oder einige Volunteers staunend zurück. Das Team der ARD hatte bereits die wirklich judospezifischen Klassifizierungen bei der ersten WM 2017 in Köln erlebt und fragte sich, wonach jetzt eingeteilt wird. In anderen Sportarten wie z.B. Tennis, werden zur Klassifizierung mal eben 300 kleine Einzelmatches zur Unterscheidung gespielt. Hier muss sich dringend etwas ändern!

Ungeachtet dessen, waren die Spiele für die Sportler ein riesen Erlebnis, die Eröffnungsfeier, Begegnungen mit Sportgrößen wie Dirk Nowitzki oder der ehemaligen Olympiasiegerin Katarina Witt. Die World Games endeten mit einer Abschlussfeier und einem Feuerwerk am Brandenburger Tor.

Text und Fotos: Frank Schuhknecht

TOP 11 BAGüs-Benchmarking-Bericht 2023

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1705

öffentlich

Datum: 21.08.2023
Dienststelle: Stabsstelle 70.10
Bearbeitung: Martina Krause, Petra Kramer

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**07.09.2023**	**Kenntnis**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**27.09.2023**	**Kenntnis**
Landschaftsausschuss	**29.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**10.11.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023

Kenntnisnahme:

Die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 (Berichtsjahr 2021) werden gemäß Vorlage Nr. 15/1705 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?*

In leichter Sprache:

Der LVR ist ein Amt im Rheinland.
Das Amt bezahlt Unterstützung zum Wohnen und im Alltag.
Er bezahlt auch Hilfen zur Arbeit für Menschen mit Behinderungen.

Jedes Jahr berichtet der LVR
mit anderen Ämtern in Deutschland über diese Hilfen.
In diesem Jahr gibt es den zweiten Bericht nach der Einführung des neuen Gesetzes Bundesteilhabegesetz.

Das steht in dem neuen Bericht:



In Deutschland lebt mehr als die Hälfte der Menschen mit Behinderung in der eigenen Wohnung.
Immer mehr Menschen erhalten ihre Unterstützung in der eigenen Wohnung.
Die Zahl der Menschen, die in einem Wohnheim leben, wird kleiner.

Im Rheinland leben besonders viele Menschen mit Behinderung mit Unterstützung in der eigenen Wohnung.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten
leben oft noch in einem Heim.
Der LVR tut viel dafür,
dass auch Menschen mit Lern-Schwierigkeiten
in der eigenen Wohnung leben können.



Viele Menschen mit Behinderungen
arbeiten in einer Werkstatt für behinderte Menschen.
In 2021 ist diese Zahl aber fast gleichgeblieben.
Das kann auch an der Corona-Pandemie liegen.

In den Heimen und in den Werkstätten gibt es
immer mehr ältere Menschen mit Behinderungen.

Der Bericht sagt auch,
wie viel Geld diese Hilfen für Menschen mit Behinderungen kosten.

Für die Unterstützung beim Wohnen, im Alltag
und in der Werkstatt werden in Deutschland
viele Milliarden Euro ausgegeben:
Fast 18 Milliarden Euro im Jahr – das ist eine Zahl mit 9 Nullen.

Damit wird Hilfe für rund 800-Tausend Menschen bezahlt.
Unterstützung im Alltag oder bei der Arbeit.
Das sind etwas mehr Menschen,
als in der Stadt Frankfurt am Main leben.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-6153

*Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Zusammenfassung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe (BAGüS) führt in Zusammenarbeit mit der Hamburger Firma con_sens GmbH jährlich ein Benchmarking im Bereich der Eingliederungshilfe durch. Seit 2018 konzentriert sich dieser Vergleich auf die Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung. Der Bericht zum Berichtsjahr 2021 ist der zweite nach Inkrafttreten des dritten Teils des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2020. Wesentlich sind hier die Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen und die Einführung des Assistenzbegriffs im Rahmen der neuen Leistungssystematik in der sozialen Teilhabe, der sich nicht mehr auf den Wohnbezug der Unterstützungsleistung begrenzt.

Der Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe zum Berichtsjahr 2021 steht unter https://www.bagues.de/de/veroeffentlichungen/kennzahlenvergleiche/ als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.

Diese Vorlage informiert über die zentralen Ergebnisse des Berichtes 2023 zum Berichtsjahr 2021:

- 454.504 erwachsene Menschen mit Behinderungen erhielten 2021 eine Assistenz- bzw. Unterstützungsleistung im Rahmen der Eingliederungshilfe – entweder in einer besonderen Wohnform, der eigenen Wohnung oder in einer Pflegefamilie. Ihre Zahl steigt bundesweit um 5,9 Prozent oder absolut 25.444 Personen gegenüber dem Vorjahr. Im Rheinland steigt die Zahl der Menschen mit Assistenzleistung sowie Leistungen in Pflegefamilien für Erwachsene um 3,5 Prozent auf knapp 64.900. Sowohl bundesweit als auch beim LVR geht der Fallzahlanstieg ausschließlich auf Unterstützungsleistungen außerhalb besonderer Wohnformen zurück.
- Bundesweit lebten 57,2 Prozent der Personen mit Leistungen zum Wohnen selbstständig mit ambulanter Unterstützung in der eigenen Häuslichkeit; das sind 2,6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Im Rheinland liegt der Anteil der Menschen mit Unterstützung in der eigenen Häuslichkeit mit 68,6 Prozent mehr als zehn Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Wie in der Vergangenheit nimmt der LVR im bundesweiten Vergleich hinter den Stadtstaaten Berlin und Hamburg bei der Ambulantisierung den dritten Platz ein.
- 194.565 Menschen lebten bundesweit in einer besonderen Wohnform - ein geringfügiger Rückgang von 0,2 Prozent. Auch im Rheinland setzt sich der Fallzahlrückgang in den besonderen Wohnformen fort (minus 1,1 Prozent auf 20.350 Personen).
- 2021 finanzierten die Eingliederungshilfeträger die Fachleistung in den besonderen Wohnformen mit rund 8,3 Milliarden Euro. Das sind 330 Millionen Euro mehr als in 2020 (plus 4,1 Prozent).
- Die durchschnittlichen Eingliederungshilfe-Fallkosten in den besonderen Wohnformen steigen bundesweit um 3,7 Prozent auf 42.718 Euro im Jahr. Beim LVR belaufen sich die Kosten pro Fall und Jahr auf 52.409 Euro (plus 2,5 Prozent gegenüber Vorjahr).
- 256.785 Menschen mit Behinderung erhielten 2021 Assistenz in der eigenen Häuslichkeit (außerhalb besonderer Wohnformen). Verglichen mit dem Wert aus dem Kennzahlenvergleich 2020 ist das ein Zuwachs von 11,2 Prozent. Allerdings ist dies zu einem großen Teil (rund 5 Prozentpunkte) auf die Ausweitung der Definition im Zusammenhang mit dem Assistenzbegriff nach dem BTHG zurückzuführen. Durch die Ablösung der bisherigen Leistungskategorie „ambulant betreutes Woh-

nen" durch die umfassendere „Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen" werden jetzt zusätzliche Unterstützungsleistungen und Leistungsberechtigte im Kennzahlenvergleich erfasst. Da diese Personen in der Regel auch vorher bereits EGH-Leistungen erhalten haben (in NRW häufig durch den örtlichen Träger), handelt es sich dabei jedoch nicht um einen materiellen Zuwachs im Leistungsgeschehen. Beim LVR erhielten 44.357 Menschen ambulante Assistenzleistung außerhalb besonderer Wohnformen – ein Zuwachs um 2.418 Personen oder 5,8 Prozent. Auch hier schlägt sich der erweiterte Assistenzbegriff nieder.

- 2021 gaben die EGH-Träger rund 3 Milliarden Euro für Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen aus, etwa 450 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (plus 17,3 Prozent). Diese hohe Steigerung liegt insbesondere auch an der definitionsbedingten Zunahme der Personen mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen, wozu auch Personen mit hohem Assistenzbedarf (bis zu 24-Stunden-Unterstützung) gehören.
- Die Kosten für die Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen steigen im bundesweiten Durchschnitt auf 12.193 Euro pro Fall und Jahr – ein Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (bei Vergleich von 16 gleichen Trägern). Auch hier sind die Veränderungen in Bezug auf die erfassten Leistungen zu beachten. Mit 11.711 Euro liegen die Fallkosten im LVR-Gebiet unter dem Bundesschnitt.
- 276.204 Personen waren Ende 2021 in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt; weitere 39.208 Menschen erhielten Leistungen in einer Tagesförderstätte. Während die Zahl der Leistungsberechtigten in Tagesförderstätten im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent anstieg, ging die Zahl der Werkstatt-Beschäftigten zum zweiten Mal in Folge geringfügig zurück (um 0,3 Prozent oder 916 Personen). Im LVR-Gebiet stagniert die Zahl der Werkstatt-Beschäftigten im Arbeitsbereich bei knapp 35.000 (34.978 LB, ein Zuwachs um 91 Personen).
- Die Ausgaben aller Eingliederungshilfeträger für Werkstatt-Leistungen beliefen sich 2021 auf insgesamt 5,05 Milliarden Euro, ein Anstieg von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittlichen Fallkosten in der Werkstatt lagen bundesweit bei 18.287 Euro im Jahr, ein Anstieg von 2,9 Prozent im Vergleich zu 2020. (Beim LVR: 19.799 Euro, ein Plus von 3,8 Prozent im Vergleich zu 2020).
- Die Ausgaben für Tagesförderstätten lagen 2021 bei 1,1 Milliarden Euro – ein Plus von 7,3 Prozent (Fallkosten im Bundesschnitt: 28.408 Euro). Tagesförderstätten gibt es in NRW nicht, da hier die Werkstätten auch für stark eingeschränkte Menschen mit Behinderung offen sind.
- Bundesweit nutzten 2.472 Menschen mit Behinderungen das mit dem BTHG neu eingeführte gesetzliche Budget für Arbeit, 175 davon beim LVR.
- Gleichzeitig erhielten Ende 2021 2.744 Menschen mit Behinderung eine Förderung nach länderspezifischen Programmen. Im Rheinland waren es 108.

Die Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtung Nr. 4 „Den inklusiven Sozialraum mitgestalten" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1705:
Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Kennzahlenvergleichs Eingliederungshilfe 2023

Die Inhalte im Überblick:

1. Der Kennzahlen-Vergleich und die neue BTHG-Leistungssystematik
2. Zentrale Ergebnisse Soziale Teilhabe
    2.1. Gesamtdarstellung Assistenz und Unterstützung in Pflegefamilien für Erwachsene: Leistungsberechtigte, Dichte, Ambulantisierung und Aufwand
    2.2. Assistenz in besonderen Wohnformen
    2.3. Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen
3. Zentrale Ergebnisse Teilhabe an Arbeit
    3.1. Teilhabe an Arbeit in Werkstätten für behinderte Menschen
    3.2. Budget für Arbeit und Andere Leistungsanbieter

Anhang: Datentabellen Fallzahlen nach Trägern

1. Der Kennzahlen-Vergleich und die neue BTHG-Leistungssystematik

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe (BAGüS) ist der Zusammenschluss aller 23 überörtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1998 führen die BAGüS-Mitglieder in Zusammenarbeit mit der Firma con_sens (Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH, Hamburg) ein Benchmarking im Bereich der Eingliederungshilfe durch.

Dieser Kennzahlenvergleich liefert nach Einschätzung des LVR-Dezernates Soziales eine gute Übersicht über bundesweite Trends und Entwicklungen auf aggregierter Grundlage. Unterschiede bei Datenlage, Umsetzungspraxis, Aufgabenzuordnungen, Haushaltssystematik und Verfahren erschweren jedoch Einzelvergleiche im Detail. Nicht alle überörtlichen Träger können die Daten in der gewünschten Differenzierung liefern. Dies gilt aufgrund der erforderlichen BTHG-Umstellungen auch noch für das Berichtsjahr 2021, auch wenn die Datenlage insgesamt deutlich verbessert ist im Vergleich zum Vorjahr.

Unter www.bagues.de > Veröffentlichungen > Kennzahlenvergleiche steht der Bericht 2023 als pdf-Datei zum Download zur Verfügung. Alle Fraktionen und Gruppen der Landschaftsversammlung haben drei Druckexemplare des BAGüS-Kennzahlenvergleichs Eingliederungshilfe 2023, Berichtsjahr 2021, erhalten.

Diese Vorlage informiert über die zentralen Ergebnisse des Berichts 2023. Er enthält Daten über die Eingliederungshilfe-Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen in den Handlungsfeldern Soziale Teilhabe und Teilhabe an Arbeit. Die Vorlage stellt zudem die bundesweite Entwicklung in der Eingliederungshilfe den Trends und Daten für den LVR gegenüber.

Assistenzleistungen lösen bisherige Wohnhilfen ab

Der vorliegende Bericht bildet die Leistungen entsprechend der neuen gesetzlichen Leistungssystematik ab. Anstelle der bisherigen ambulanten und stationären Wohnleistungen wird nun zwischen Assistenzleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen unterschieden. Damit sind auch weiterhin Aussagen zur sogenannten Ambulantisierung

möglich – das heißt die Frage nach dem Anteil der Menschen mit Behinderung, die außerhalb besonderer Wohnformen allein oder mit anderen in einer eigenen Wohnung leben. Hier fließt auch die Unterstützungsleistung in Pflegefamilien für erwachsene Menschen mit Behinderung ein, auch wenn Pflegefamilien rein gesetzessystematisch keine Assistenzleistungen sind.

Mit der Einführung der neuen Leistungsbegrifflichkeit Assistenz entfällt die bisherige Eingrenzung auf Leistungen mit Wohnbezug im ambulanten Bereich (BeWo). Der Kennzahlenvergleich 2022 (Berichtsjahr 2020) arbeitete im Übergang zum BTHG einmalig noch mit der alten Leistungskategorie BeWo. Im jetzt vorliegenden Bericht 2023 für das Berichtsjahr 2021 erfolgt nun die Datenerhebung auf Basis des weiter gefassten Assistenzbegriffs nach dem BTHG. Dies führt im aktuellen Kennzahlenvergleich zu einem Anstieg der ausgewiesenen Fallzahlen für Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen. Allerdings ist dieser Zuwachs zu einem großen Teil (5 Prozentpunkte bei einem Zuwachs von insgesamt 11,2 Prozent) auf die Ausweitung der Definition im Zusammenhang mit dem Assistenzbegriff nach dem BTHG zurückzuführen und nicht auf einen materiellen Fallzahlenanstieg in der Eingliederungshilfe. Durch die Ablösung der bisherigen Leistungskategorie „ambulant betreutes Wohnen" durch die umfassendere „Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen" werden zusätzliche Unterstützungsleistungen und Leistungsberechtigte im Kennzahlenvergleich erfasst. Diese Personen haben jedoch in der Regel auch vorher bereits EGH-Leistungen erhalten, in NRW häufig durch den örtlichen Träger. Insofern handelt es sich um eine umfassendere Darstellung der Unterstützungsleistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Kennzahlenvergleich, weniger um einen materiellen Aufwuchs im Leistungsgeschehen.

Im neuen SGB IX werden die Tagesförderstätten nicht mehr den Leistungen zur Beschäftigung, sondern der Sozialen Teilhabe zugeordnet (als Teil der mit dem Paragraphen 81 SGB IX neu eingeführten „Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten"). Unter diese Leistungen fallen zudem auch Angebote der (externen) Tagesstruktur, die bisher im stationären Wohnen enthalten waren.

Mit der Vorlage Nr. 15/1719 legt die Verwaltung ergänzend einen regionalisierten Datenbericht zu den Leistungen der Eingliederungshilfe in den Mitgliedskörperschaften des LVR vor, der sich ebenfalls auf Daten zum Stichtag 31.12.2021 bezieht.

2. Zentrale Ergebnisse Soziale Teilhabe

Neben den oben dargestellten Assistenzleistungen sowie den Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie finden außerdem folgende Leistungen zur Sozialen Teilhabe Berücksichtigung im Kennzahlenvergleich:

- Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten (bisher teilweise als Tagesstruktur Bestandteil der Leistungen zum stationären Wohnen)

- Besuchsbeihilfen (bisher ebenfalls Bestandteil der Leistungen zum stationären Wohnen)

- Leistungen zu den Kosten für Wohnraum oberhalb der Angemessenheitsgrenze (neue Fachleistung nach Paragraph 113, Absatz 5 SGB IX; die sogenannte „Existenzsicherung II")

- Verwaltungspauschalen zur Kompensation des BTHG-Mehraufwands bei den Leistungserbringern.

Dabei sind die Ausgaben für Besuchsbeihilfen, Leistungen für Wohnraum und BTHG-Verwaltungspauschalen als Teil der Fachleistungskosten in besonderen Wohnformen berücksichtigt.

2.1. Gesamtdarstellung Assistenz und Unterstützung in Pflegefamilien für Erwachsene: Leistungsberechtigte, Dichte, Ambulantisierung und Aufwand

Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die eine Assistenzleistung zur Sozialen Teilhabe oder eine Unterstützungsleistung in einer Pflegefamilie für Erwachsene erhalten, wächst 2021 bundesweit deutlich um 5,9 Prozent auf insgesamt 454.504 Personen. Das sind 25.444 Leistungsberechtigte mehr als 2020, die EGH-Unterstützung beim Wohnen und im Alltag innerhalb oder außerhalb besonderer Wohnformen erhalten.

Der Zuwachs findet dabei ausschließlich bei Leistungen in der eigenen Häuslichkeit, also außerhalb besonderer Wohnformen, statt. Die Zahl der Menschen mit Assistenz im ambulanten Setting steigt um 11,2 Prozent auf 256.785 Leistungsberechtigte. Die Zahl der Menschen in Pflegefamilien für Erwachsene sinkt hingegen bundesweit geringfügig (auf 3.154 Personen) ebenso wie die der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen (um 0,2 Prozent auf 194.565).

Abbildung 1: volljährige Leistungsberechtigte mit Assistenzleistungen und in Pflegefamilien

LB mit Assistenzleistungen in besonderen Wohnformen (bis 2019 stationäres Wohnen), außerhalb besonderer Wohnformen (bis 2020 ehem. ambulant betreutes Wohnen) sowie LB mit Leistungen in Pflegefamilien	2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	Ø jährl. Veränd. seit 2019
Besondere Wohnformen	199.953	194.883	194.565	-318	-0,2%	-1,4%
Außerhalb besonderer Wohnformen	214.496	231.001	256.785	25.784	11,2%	9,4%
Pflegefamilien	3.029	3.176	3.154	-22	-0,7%	2,0%
LB mit Assistenz bzw. Unterstützungsleistungen insg.	417.478	429.060	454.504	25.444	5,9%	4,3%

©2022 BAGüS/con_sens

Fast die Hälfte des Zuwachses von 11,2 Prozent bei den ambulanten Assistenzleistungen geht auf die erweiterte Definition von Assistenzleistungen zurück, die nicht länger auf einen Wohnbezug der Leistung beschränkt ist.

Fallzahl-Entwicklung beim LVR

Die Zahl der Leistungsberechtigten mit Assistenzleistung außerhalb besonderer Wohnformen im Rheinland ist in 2021 um 5,8 Prozent (oder 2.418 Personen) auf insgesamt 44.357 gestiegen, verglichen mit der bisherigen Zahl der Leistungsberechtigten mit BeWo-Leistung – also etwa nur halb so deutlich wie im Bundesschnitt. Auch beim LVR ist über die Hälfte des Zuwachses auf die erweiterte Definition zurückzuführen.

Die Zahl der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen ist beim LVR schon seit 2015 rückläufig. Diese Tendenz setzt sich fort. In 2021 sank die Zahl der Menschen in besonderen Wohnformen um 223 Personen (oder -1,1 Prozent) auf insgesamt 20.350.

Die Zahl der in Pflegefamilien betreuten erwachsenen Leistungsberechtigten bleibt mit 174 weitgehend unverändert. Insgesamt wuchs damit die Gesamtzahl der Menschen mit Assistenzleistung bzw. Unterstützung in Pflegefamilien im Rheinland 2021 um 2.193 Personen oder 3,5 Prozent auf insgesamt 64.881.

Die Fallzahlentwicklungen bei den einzelnen Trägern zeigen Tabelle 1 und 2 im Anhang.

Leistungsberechtigte im Verhältnis zur Einwohnerzahl (Dichte)

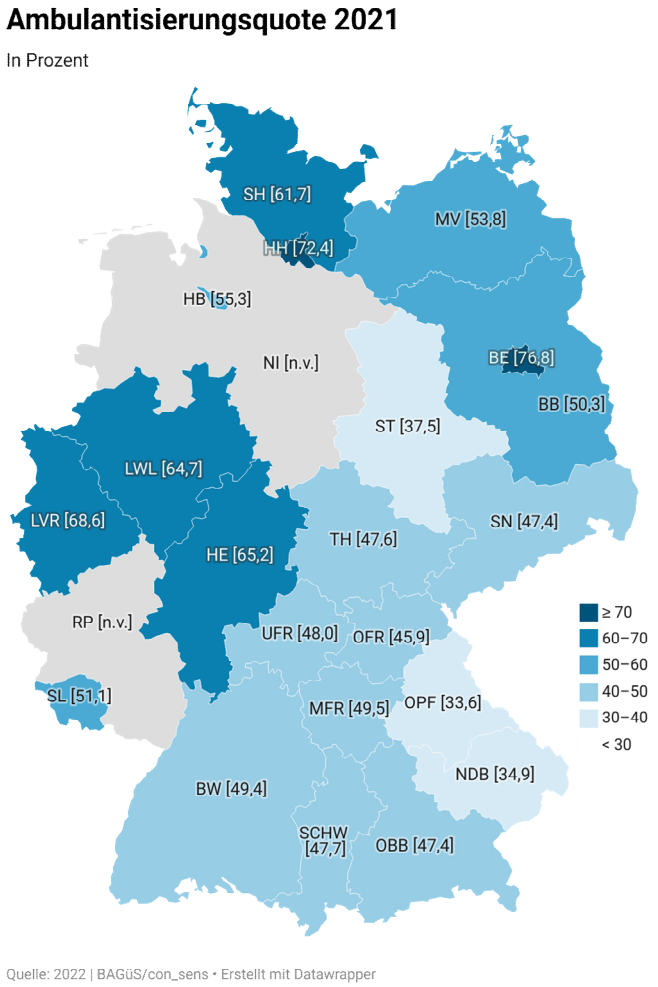
Bundesweit erhalten durchschnittlich 6,7 von 1.000 volljährigen Einwohner*innen eine Assistenz (inkl. Leistung in Pflegefamilien für Erwachsene) im Rahmen der Sozialen Teilhabe. Das ist ein Anstieg um 0,5 Dichtepunkte im Vergleich zum Vorjahr. Die Spanne reicht von 3,5 pro 1.000 Einwohner*innen in Niederbayern bis zu 10,5 in Hamburg.

Im Rheinland erhalten 8,1 von 1.000 volljährigen Einwohner*innen eine solche Assistenz- bzw. Unterstützungsleistung für Menschen mit Behinderungen, beim LWL sind es 9,0.

Ambulantisierung der Leistungen

Die Ambulantisierungsquote liegt bundesweit bei 57,2 Prozent (2019: 54,4 Prozent). Im regionalen Vergleich gibt es deutliche Unterschiede, wie Abbildung 2 zeigt.
Im Rheinland leben mit 68,6 Prozent mehr als zwei Drittel der leistungsberechtigten Menschen mit ambulanten Unterstützungsleistungen in der eigenen Häuslichkeit. Damit erreicht der LVR wie in den Vorjahren den dritthöchsten Wert im Bundesgebiet, hinter den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, und gefolgt vom Landeswohlfahrtsverband Hessen (65,2 Prozent) und dem LWL (64,7 Prozent).

Abbildung 2: Ambulantisierungsquote 2021[1]



Ambulantisierung nach Behinderungsform

Der Anteil der Menschen mit Behinderungen, die selbstständig mit ambulanter Unterstützung leben, variiert deutlich je nach Behinderungsform: Während in der Gruppe der Menschen mit seelischer Behinderung bundesweit mehr als drei Viertel der Leistungsberechtigten (76,9 Prozent) ambulant betreut außerhalb besonderer Wohnformen leben, sind es in der Gruppe der geistig oder körperlich behinderten Menschen lediglich etwas mehr als ein Drittel (36,6 Prozent).

Der LVR liegt mit einer Ambulantisierungsquote von 84 Prozent bei Menschen mit seelischer Behinderung und 45 Prozent bei Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung signifikant über dem bundesweiten Schnitt.

Aufwand und Fallkosten

Deutschlandweit wurden 2021 rund 8,3 Milliarden Euro für Fachleistungen der Eingliederungshilfe in besonderen Wohnformen aufgewendet. Das sind, bei kaum veränderter Personenzahl, etwa 330 Millionen Euro (oder 4,1 Prozent) mehr als 2020.

---

[1] Die Quote bezeichnet den Anteil der volljährigen Leistungsberechtigten mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen an allen Assistenzleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen (jeweils inklusive Leistungen in Pflegefamilien).

Für Leistungsberechtigte mit Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen in der eigenen Häuslichkeit gaben die Träger 2021 rund 3,05 Milliarden Euro aus. Das sind 17 Prozent oder 450 Millionen Euro mehr als 2020 und spiegelt u.a. die deutliche Zunahme der (vom Bericht umfassten) Leistungsberechtigten um 11,2 Prozent. Die Ausgaben für Pflegefamilien haben sich ebenfalls leicht erhöht.

Abbildung 3: Gesamtergebnis Ausgaben: Fachleistungen, Assistenzleistungen und Leistungen in Pflegefamilien[2]

Ausgaben (Mio Euro) für Assistenzleistungen in und außerhalb besonderer Wohnformen (bis 2020 ehem. ambulant betreutes Wohnen) sowie in Pflegefamilien	2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	Ø jährl. Veränd. seit 2019
Besondere Wohnformen	nicht verfügbar	7.990	8.320	330	4,1%	
Außerhalb besonderer Wohnformen	2.260	2.600	3.050	450	17,3%	16,2%
Pflegefamilien	39,7	47,0	49,9			

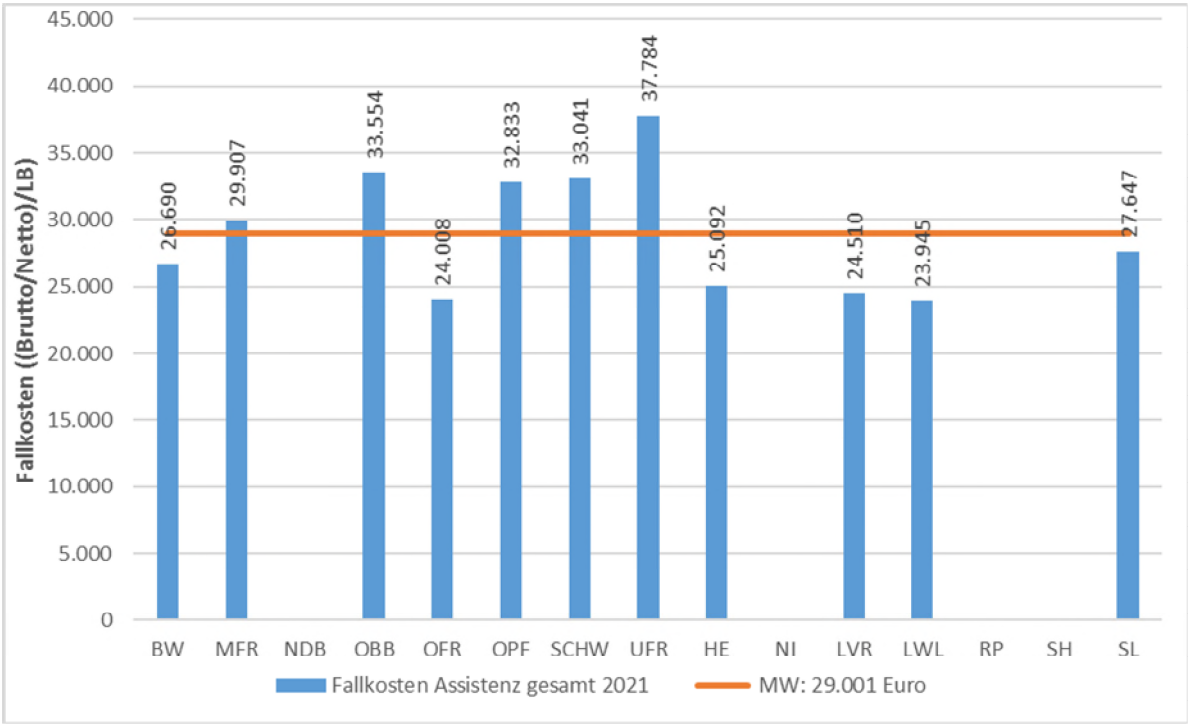
©2022 BAGüS/con_sens

Fallkosten Assistenz gesamt

Da ab 2020 die Fallkosten für Assistenz innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen beide nur noch die Fachleistung abdecken (ohne Existenzsicherung), können diese gemeinsam als Fallkosten Assistenz gesamt (ohne Pflegefamilie) dargestellt werden.

Die Grafik enthält die Angaben von 11 westdeutschen Trägern in Flächenländern, zu denen vollständige, definitionsgerechte Angaben vorliegen. Für das Berichtsjahr 2021 konnte infolge der BTHG-Umsetzung eine Reihe von Trägern insbesondere keine Angaben zu Assistenz in der eigenen Häuslichkeit liefern.

Abbildung 4: Gesamtfallkosten Assistenzleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen (westdeutsche Flächenländer)



Der LVR liegt im Vergleich der westdeutschen Flächenländer bei den Gesamtfallkosten

[2] Für Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sind kalkulierte Beträge eingeflossen.

Wohnen unterhalb des Mittelwertes trotz der im Rheinland vergleichsweise hohen Fallkosten in den besonderen Wohnformen. Die hohe Ambulantisierungsquote im Rheinland wirkt sich hier positiv aus.

2.3 Leistungen in besonderen Wohnformen

Altersentwicklung
Das Durchschnittsalter der Menschen im stationär betreuten Wohnen steigt weiter an. Der Anteil der Leistungsberechtigten, die 50 Jahre und älter sind, liegt 2021 bei 54,1 Prozent. (Beim LVR: 54,9 Prozent).

Behinderungsform
Fast zwei Drittel der Menschen in den bundesdeutschen Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung sind primär geistig behindert (64,4 Prozent), knapp 30 Prozent haben eine seelische und knapp 6 Prozent eine körperliche Behinderung. Diese Verteilung ist seit Jahren weitgehend unverändert. Im Rheinland gibt es nur geringfügige Abweichungen vom Bundesschnitt.

Geschlechterverteilung
Im stationären Wohnen sind bundesweit knapp 60 Prozent der Leistungsberechtigten männlich, 40 Prozent weiblich. Dieses Verhältnis ist seit Jahren unverändert und auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern bzw. Regionen sind gering. Personen mit dem Geschlechtsmerkmal „divers" wurden nicht gemeldet.

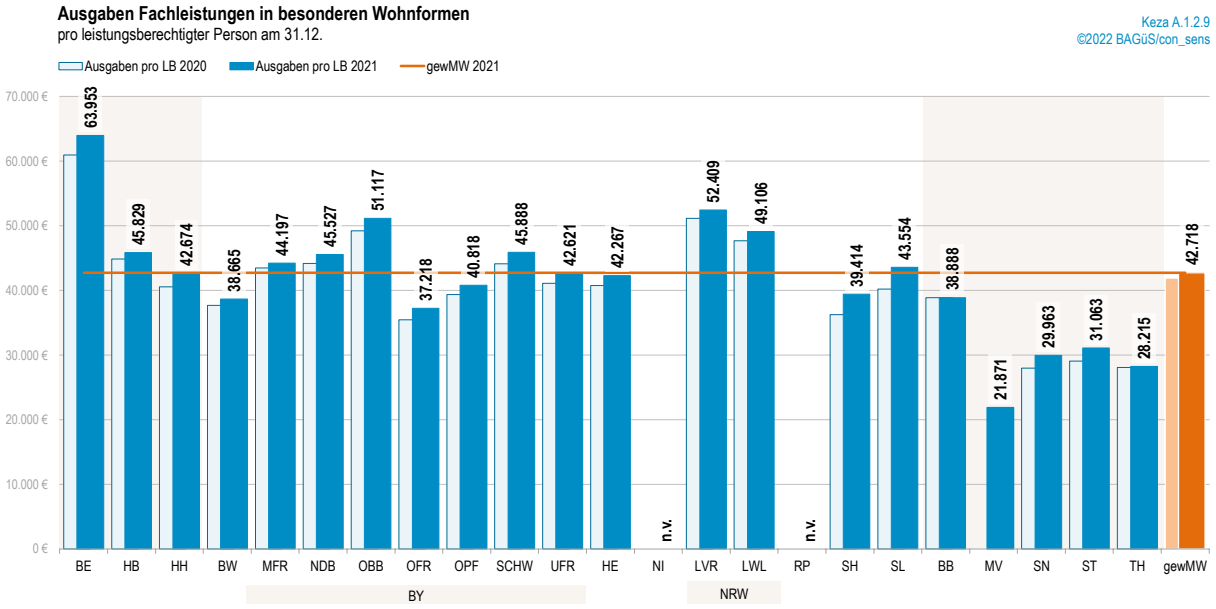
Pauschale Leistungen der Pflegeversicherung
Im Kennzahlenvergleich 2023 wird erstmals dargestellt, wie hoch der Anteil der Leistungsberechtigten mit pauschalen Pflegeleistungen der Pflegeversicherung in den besonderen Wohnformen ist.
Im Durchschnitt werden für 66,7 Prozent der Menschen in besonderen Wohnformen pauschal Pflegeleistungen nach Paragraph 43a SGB XI erstattet. Die Quote beim LVR liegt mit 74,1 Prozent deutlich über dem Durchschnitt und nimmt den Spitzenwert ein bei den Meldungen der 14 überörtlichen Träger, die diese Kennzahl liefern konnten. Auch dies deutet darauf hin, dass im Rheinland vor allem Menschen mit erhöhtem Betreuungsbedarf in den Wohnheimen verbleiben.

Den niedrigsten Wert liefert Oberbayern mit 52,1 Prozent.

Fallkosten für die Fachleistung in besonderen Wohnformen

Die Fallkosten für die Assistenz in besonderen Wohnformen steigen in 2021 im Bundesschnitt auf 42.718 Euro. Das sind 1.542 Euro oder 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Abbildung 5: Ausgaben für Fachleistungen in besonderen Wohnformen pro Leistungsberechtigter Person



Die Relationen der Fallkosten der einzelnen Träger zueinander sind gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Mit Fallkosten von 52.409 Euro liegt der LVR im Bundesvergleich an zweiter Stelle hinter Berlin. Der Kostenanstieg fiel jedoch mit 2,5 Prozent deutlich geringer aus als im Bundesschnitt. Der Abstand des LVR zu den anderen westdeutschen Flächenländern hat sich in 2021 im Durchschnitt verringert.

In den ostdeutschen Bundesländern sind mit durchschnittlich 30.486 Euro nach wie vor auffallend niedrige Fallkosten zu verzeichnen, auch wenn der Anstieg über dem Bundesschnitt liegt. Unterschiede bei den Fallkosten dürften wesentlich auf das Fachpersonal (Fachkraftquote, Tarife und Qualifikationsanforderungen) sowie den Personalschlüssel zurückzuführen sein. In Metropolregionen existiert zudem das Problem besonders hoher Personalkosten. Als Region mit verdichteten Ballungsräumen hat der LVR wie die Stadtstaaten und vergleichbare westdeutsche Länder tendenziell höhere Fallkosten.

Durch die Ambulantisierung und den steigenden Altersdurchschnitt verändert sich die Bewohnerstruktur in den besonderen Wohnformen zunehmend mit der Tendenz zu höheren Hilfebedarfen und entsprechend höheren Ausgaben. Hinzu kommt die wachsende Gruppe der sogenannten „WfbM-Rentner*innen": Wer aus Altersgründen aus der Werkstatt ausscheidet, nimmt oft „heiminterne" Tagesstruktur in Anspruch, die beim LVR in die Ausgaben für stationäres Wohnen einfließt. Tagesförderstätten gibt es in NRW nicht.

2.3 Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen

Altersentwicklung

Das Durchschnittsalter der Menschen mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen steigt weiter an, bewegt sich aber auf niedrigerem Niveau als in den besonderen Wohnformen. Der Anteil der Leistungsberechtigten über 50 Jahre liegt bundesweit bei 43,3 Prozent (Vorjahr: 42,8 Prozent). Die Werte für das LVR-Gebiet sind entsprechend.

Behinderungsform
Die größte Gruppe im selbstständigen Wohnen mit ambulanter Unterstützung stellen die Menschen mit einer seelischen Behinderung (72,5 Prozent), ein gutes Fünftel (22,6 Prozent) hat eine geistige Behinderung, lediglich knapp fünf Prozent haben eine körperliche Beeinträchtigung. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Menschen mit seelischer Behinderung leicht gestiegen, derjenigen mit primär geistiger Behinderung leicht zurückgegangen. Die Verteilung nach Behinderungsformen entspricht im Rheinland weitgehend dem Bundestrend.

Geschlechterverteilung
Bei den Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen ist die Geschlechterverteilung ausgewogener als in den besonderen Wohnformen: Im Bundesschnitt sind 48,6 Prozent der Leistungsberechtigten weiblich, 51,4 Prozent männlich. Im Rheinland liegt der Frauenanteil unter den ambulant betreuten Menschen bei 49,2 Prozent, kaum verändert gegenüber dem Vorjahr. Personen mit dem Geschlechtsmerkmal „divers" wurden nicht gemeldet.

Fallkosten Assistenz im selbstständigen Wohnen
Pro leistungsberechtigter Person werden 2021 von den überörtlichen EGH-Trägern im Durchschnitt 12.193 Euro für Assistenzleistungen in der eigenen Häuslichkeit ausgegeben. Im bundesweiten Mittel sind die Fallkosten um 4 Prozent gestiegen, sofern nur die 16 Träger verglichen werden, zu denen schon in 2020 Werte vorlagen. Beim LVR liegen die Fallkosten bei 11.711 Euro und damit unter dem bundesdeutschen Mittelwert, aber etwa im Schnitt der westdeutschen Flächenländer (11.748 Euro).

Abbildung 6: Fallkosten Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen (bis 2020 LB im ehem. ambulant betreuten Wohnen)

Fallkosten für leistungsberechtigte Personen mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen (bis 2020 LB im ehem. ambulant betreuten Wohnen)		2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	Veränderung seit 2019
BE		19.841	n.v.	20.152			0,8%
HB		15.167	14.929	15.237	309	2,1%	0,2%
HH		13.657	16.846	15.197	-1.649	-9,8%	5,5%
BW		11.910	12.982	14.003	1.021	7,9%	8,4%
MFR	BY	13.893	14.538	16.237	1.699	11,7%	8,1%
NDB	BY	11.654	13.096	13.381	285	2,2%	7,2%
OBB	BY	13.708	14.719	14.964	245	1,7%	4,5%
OFR	BY	8.172	8.782	8.252	-529	-6,0%	0,5%
OPF	BY	n.v.	17.677	17.992	314	1,8%	
SCHW	BY	12.895	13.365	12.527	-838	-6,3%	-1,4%
UFR	BY	n.v.	n.v.	n.v.			
HE		10.488	11.111	11.600	490	4,4%	5,2%
NI		8.401	n.v.	n.v.			
LVR	NRW	10.585	10.877	11.711	834	7,7%	5,2%
LWL	NRW	8.586	9.853	9.987	134	1,4%	7,8%
RP		n.v.	n.v.	n.v.			
SH		8.551	9.864	10.042	178	1,8%	8,4%
SL		11.191	11.279	11.789	510	4,5%	2,6%
BB		8.275	n.v.	9.285			5,9%
MV		4.705	n.v.	8.087			31,1%
SN		6.814	6.986	8.617	1.631	23,3%	12,5%
ST		5.313	6.264	6.478	214	3,4%	10,4%
TH		6.203	n.v.	9.969			26,8%
gewMW		10.531	11.267	12.193	926	8,2%	7,6%

©2021 BAGüS/con_sens Tab Fallkosten A.1.3.9.1

3. Zentrale Ergebnisse Teilhabe an Arbeit

Der BAGüS-Kennzahlenvergleich enthält Daten und Informationen zu den Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), dem in 2018 neu eingeführten Budget für Arbeit sowie dem im Aufbau befindlichen neuen Angebot der „Anderen Leistungsanbieter". Die Tagesförderstätten, die in anderen Bundesländern der Beschäftigung von „nicht werkstattfähigen" Menschen mit Behinderung dienen, gibt es in NRW nicht, da hier die Werkstätten auch für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf offenstehen. Tagesförderstätten sind gesetzessystematisch der Sozialen Teilhabe zugeordnet. Da die Leistungsberechtigten, die in anderen Bundesländern die Tagesförderstätte besuchen, in NRW häufig Leistungen zur Teilhabe an Arbeit in der WfbM erhalten, werden die Tagesförderstätten dennoch hier zur besseren Vergleichbarkeit von Fallzahlen und –kosten der Werkstätten herangezogen.

3.1 Teilhabe an Arbeit in Werkstätten für behinderte Menschen

Fallzahlentwicklung und Dichte

Die Zahl der Menschen mit Behinderung, die im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt sind, ist 2021 zum zweiten Mal in Folge leicht rückläufig. Bundesweit waren 276.204 Personen in einer WfbM beschäftigt – 916 Leistungsberechtigte oder 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Von 2018 zu 2019 war noch ein minimales Wachstum um 0,7 Prozent verzeichnet worden. 17 der 23 überörtlichen Träger verzeichnen 2021 sinkende Fallzahlen.

Zurückzuführen ist dies nach Einschätzung des Benchmarking-Berichts auf eine je Träger unterschiedliche Kombination von demografischem Wandel, pandemiebedingten Effekten und besonderen Programmen zur Förderung der Übergänge auf den Arbeitsmarkt. Abbildung 7 zeigt die Fallzahlentwicklung bei den einzelnen EGH-Trägern.

Abbildung 7: Fallzahlentwicklung Werkstattbeschäftigung bundesweit

Leistungsberechtigte Personen im Arbeitsbereich der WfbM		2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	durchschn. jährl. Veränderung seit 2019	durchschn. jährl. Veränderung seit 2012
BE		8.789	8.367	8.223	-144	-1,7%	-3,3%	0,5%
HB		2.257	2.255	2.253	-2	-0,1%	-0,1%	0,4%
HH		4.473	4.137	3.953	-184	-4,4%	-6,0%	0,1%
BW		28.117	27.668	27.578	-90	-0,3%	-1,0%	0,1%
MFR	BY	4.734	4.714	4.681	-33	-0,7%	-0,6%	0,9%
NDB	BY	3.807	3.608	3.566	-42	-1,2%	-3,2%	0,3%
OBB	BY	8.632	8.707	8.715	8	0,1%	0,5%	1,1%
OFR	BY	3.657	3.634	3.590	-44	-1,2%	-0,9%	0,6%
OPF	BY	3.287	3.265	3.238	-27	-0,8%	-0,7%	0,5%
SCHW	BY	5.480	5.483	5.425	-58	-1,1%	-0,5%	0,9%
UFR	BY	4.051	4.025	4.025	0	0,0%	-0,3%	0,9%
HE		17.665	17.827	17.637	-190	-1,1%	-0,1%	0,9%
NI		28.915	28.992	28.868	-124	-0,4%	-0,1%	0,9%
LVR	NRW	34.862	34.887	34.978	91	0,3%	0,2%	1,1%
LWL	NRW	37.900	37.892	37.794	-98	-0,3%	-0,1%	1,0%
RP		13.659	13.659	13.995	336	2,5%	1,2%	1,0%
SH		11.212	11.252	11.286	34	0,3%	0,3%	0,9%
SL		3.336	3.459	3.455	-4	-0,1%	1,8%	1,1%
BB		10.253	10.307	10.307	0	0,0%	0,3%	0,9%
MV		8.073	7.966	7.940	-26	-0,3%	-0,8%	0,4%
SN		15.559	15.556	15.480	-76	-0,5%	-0,3%	0,4%
ST		10.615	10.634	10.537	-97	-0,9%	-0,4%	0,1%
TH		9.026	8.826	8.680	-146	-1,7%	-1,9%	-0,4%
insg.		278.359	277.120	276.204	-916	-0,3%	-0,4%	0,7%

©2022 BAGüS/con_sens

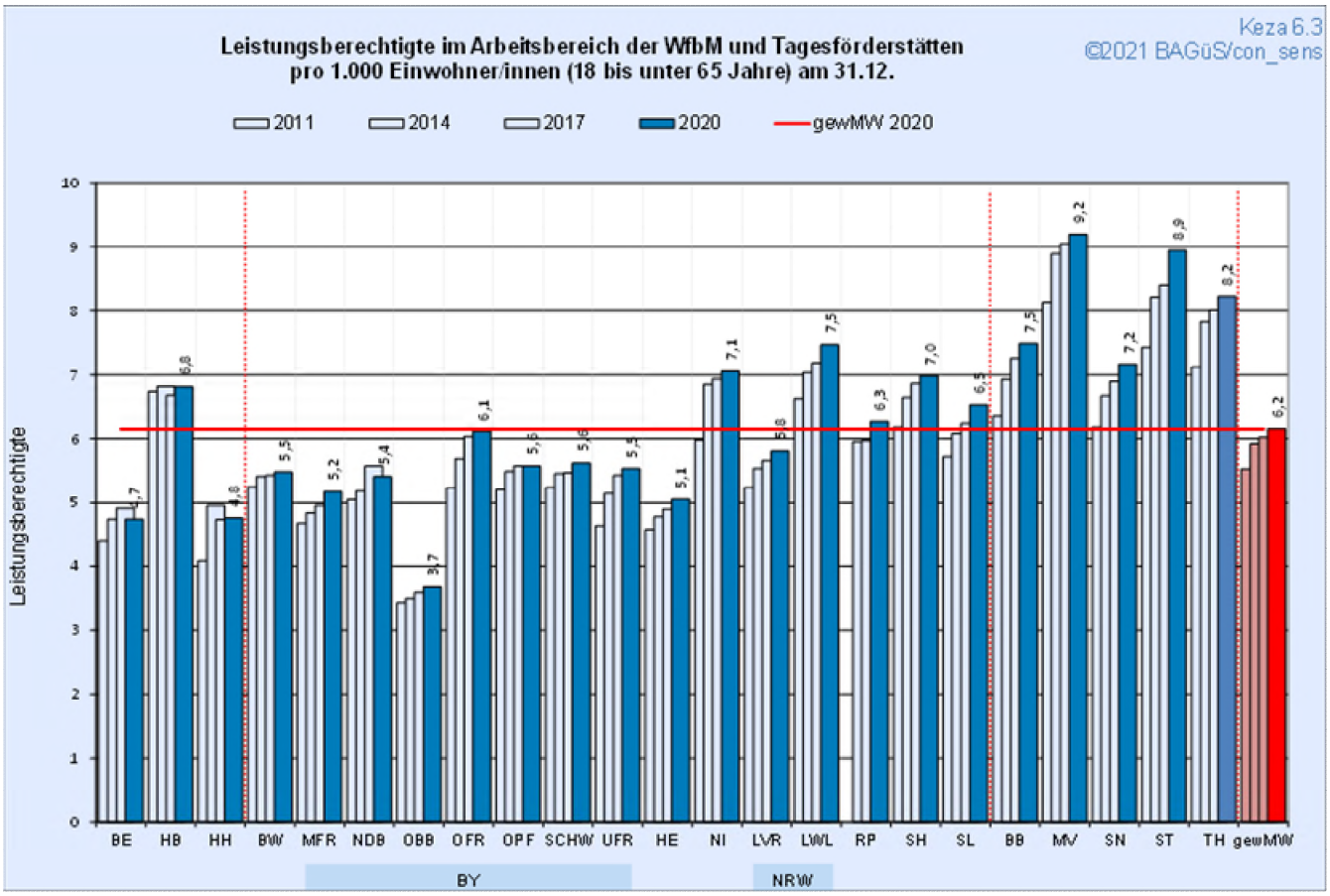
Eine Tagesförderstätte besuchten zum Vergleich in 2021 bundesweit 39.208 Personen, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 2012 liegt der durchschnittliche jährliche Zuwachs hier bei 3,6%.

Auch im Rheinland ist die Zahl der Werkstatt-Beschäftigten mit einer Gesamtzahl von 34.978 (plus 0,26 Prozent im Vergleich zu 2020) kaum merklich gestiegen. War die Fallzahl in 2020 noch durch Corona-Effekte geprägt, so haben in 2021 die rheinischen Werkstätten weitgehend den Regelbetrieb wieder aufgenommen. Grundsätzlich nimmt auch beim LVR die Zahl der Abgänge, insbesondere auch durch Renteneintritte, in den letzten Jahren zu, während die Zahl der Neuzugänge vergleichsweise konstant ist. Etliche Beschäftigte sind auch nach Ende der pandemiebedingten Schließungen nicht in die Werkstatt zurückgekehrt und haben zum Beispiel ihren Anspruch auf Erwerbsminderungsrente wahrgenommen.

Dichtewerte Beschäftigung gesamt: Bundesweit waren Ende 2021 von 1.000 Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter insgesamt 6,2 Personen im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen oder einer Tagesförderstätte beschäftigt. Dies entspricht dem Wert des Vorjahres. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern bzw. Regionen sind wie in den Vorjahren deutlich. Die Dichtewerte schwanken zwischen 9,3 in Mecklenburg-Vorpommern und 3,7 in Oberbayern.

Im Rheinland liegt der Dichtewert – ebenfalls nahezu unverändert - bei 5,9 Werkstatt-Beschäftigten je 1.000 Einwohner*innen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und wesentlich unterhalb des Dichtewertes des LWL mit 7,5. Der Dichtewert im Rheinland entspricht dem Schnitt der westdeutschen Flächenländer.

Abbildung 8: Leistungsberechtigte in WfbM und Tagesförderstätten pro 1.000 Einwohner/innen (18-65 Jahre)



Ausgabenentwicklung und Fallkosten

Die Bruttoausgaben aller EGH-Träger für Werkstatt-Leistungen und Tagesförderstätten insgesamt erreichen 2021 einen Wert von rund 6,15 Milliarden Euro. Während die Ausgaben für die Tagesförderstätten um 7,3 Prozent oder 75 Millionen Euro stiegen, erhöhten sich die Gesamtausgaben für Werkstattleistungen um nur 2,5 Prozent oder 125,1 Millionen Euro auf insgesamt 5,05 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor, 2020, waren die Ausgaben für Werkstätten nur um 0,2 Prozent gestiegen.

Abbildung 9: Ausgaben im Arbeitsbereich der WfbM

Bruttoausgaben im Arbeitsbereich der WfbM (Mio Euro)

	2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	Entwicklung 2020 – 2021 %	Ø jährl. Veränd. seit 2019
WfbM	4.916	4.926	5.051	**125,1**	*2,5%*	*1,4%*

©2022 BAGüS/con_sens

Der geringe Anstieg im Jahr 2020 war dabei durch Sondereinflüsse geprägt, die in 2021 weitgehend entfallen sind: Aufgrund der pandemiebedingten Schließung von Werkstatten waren in 2020 die Fahrtkosten erheblich gesunken. Nach Rückkehr zum Regelbetrieb steigen die Fahrtkosten in 2021 entsprechend wieder deutlich an.
Zudem führte in 2020 die Herausrechnung der Sachkosten für Mittagsmahlzeiten in Folge der Abtrennung existenzsichernder Leistungen aus der Vergütung zu einem wesentlichen Rückgang der Gesamtkosten.

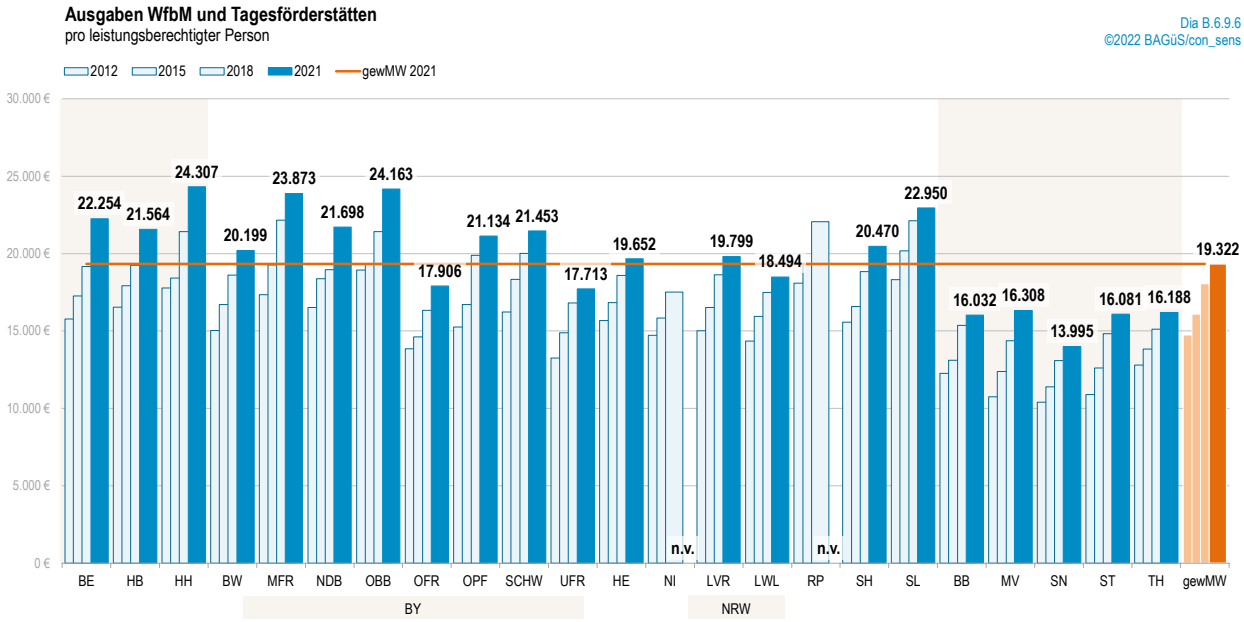
Im Rheinland sind die WfbM-Gesamtkosten von 2020 auf 2021 um rund 27 Millionen Euro oder 4 Prozent gestiegen. Hauptgrund ist auch hier die Zunahme bei den Fahrtkosten. Waren beim LVR in 2020 die Fahrtkosten coronabedingt überdeutlich um 6,7 Millionen Euro gesunken, so steigen diese in 2021 nach Wegfall der Corona-Effekte entsprechend stark um 16 Millionen Euro.

Die Entwicklung der Gesamtkosten führt zusammen mit dem Stagnieren der Fallzahlen bundesweit ebenso wie im Rheinland zu einem Anstieg der durchschnittlichen Fallkosten für die Werkstattbeschäftigung. Sie erhöhen sich im Bundesdurchschnitt um 2,9 Prozent (oder 512 Euro) auf jetzt 18.287 Euro. Zwischen 2017 und 2019 waren die Fallkosten jährlich um jeweils 3,2 Prozent gestiegen.

In den Tagesförderstätten steigen 2021 die Fallkosten noch stärker (plus 4,4 Prozent[3]). Die Entwicklung seit 2012 für beide Beschäftigungsangebote zusammen genommen zeigt Abbildung 10. Die Fallkosten WfbM/Tagesförderstätte erhöhen sich auf 19.322 Euro pro leistungsberechtigter Person.

[3] ohne Rheinland-Pfalz

Abbildung 10: Ausgaben WfbM und Tagesförderstätten pro Leistungsberechtigter Person



Im Rheinland liegen die Bruttoausgaben pro leistungsberechtigter Person bei 19.799 Euro. Das ist ein Anstieg um 723 Euro pro Person und Jahr (oder 3,79 Prozent).

Die Fallkosten beim LVR sind in der Gesamtbetrachtung WfbM/Tagesförderstätte etwas höher als der Bundesschnitt, jedoch niedriger als der Schnitt der westdeutschen Flächenländer (20.135 Euro). Sie liegen allerdings weiterhin über den Fallkosten des LWL.
Wie schon in den Jahren vor Pandemiebeginn sind beim LVR insbesondere die Fahrtkosten zur Werkstatt vergleichsweise hoch. Die Gründe liegen vor allem darin, dass im Rheinland die WfbM nicht in unmittelbarer Nähe zu den Wohnangeboten liegen und somit größere Entfernungen zu bewältigen sind.

Die Werkstattausgaben enthalten die Vergütung für die Betreuung (durchschnittlich 74,5 Prozent der Bruttofallkosten), die Fahrtkosten (11,8 Prozent), die Leistungen zur Sozialversicherung (10,7 Prozent) und das Arbeitsförderungsgeld (3 Prozent).

Fallkosten Vergütung für Werkstatt für behinderte Menschen
Die durchschnittliche Vergütung im Arbeitsbereich liegt bundesweit bei 13.644 Euro pro leistungsberechtigter Person. Grund für die Steigerung zum Vorjahr von 1,9 Prozent sind Tarif- und Bedarfssteigerungen. Dabei liegen die Vergütungen in den westlichen Flächenländern (Durchschnitt 14.205 Euro) um 31 Prozent über dem Wert in den ostdeutschen Flächenländern (10.852 Euro im Mittel).

Im Rheinland beträgt die Vergütung in der WfbM im Schnitt 14.369 Euro – das sind 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr und damit die niedrigste Steigerungsrate bei den Vergütungen seit 2013, abgesehen vom Pandemiejahr 2020. Der Abstand zu den westdeutschen Flächenländern hat sich in 2021 dabei im Schnitt weiter verringert, die Relation zum LWL ist in etwa konstant geblieben.

Fahrtkosten zur Werkstatt pro Fall
Die durchschnittlichen Fahrtkosten pro leistungsberechtigter Person betragen 2.214 Euro, ein deutliches Plus von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
Die Fahrtkosten für die Beförderung der Leistungsberechtigten zur Werkstatt waren bundesweit und insbesondere auch im Rheinland bereits vor dem Pandemiebeginn in 2020 stark gestiegen, u.a. aufgrund einer Zunahme an teuren Sonder- und Einzelfahrten durch mehr Beschäftigte mit höherem Hilfebedarf sowie aufgrund von Neuausschreibungen (Anstieg 2018 auf 2019: bundesweit plus 6 Prozent, beim LVR plus 11 Prozent).
2020 gingen die bundesweiten Fahrtkosten pro Fall gegenüber dem Vorjahr pandemiebedingt einmalig um über 12,1 Prozent zurück (LVR: minus 7 Prozent). Dieser Effekt entfällt in 2021 und es setzt sich zudem die Steigerung früherer Jahre fort.

Im LVR-Gebiet stiegen die Fahrtkosten pro leistungsberechtigter Person in 2021 entsprechend um gut 18 Prozent auf 2.914 Euro. Damit liegen sie um 9,7 Prozent über dem Niveau von 2019, dem letzten Jahr vor Corona.

Alter, Behinderungsform und Geschlecht der Leistungsberechtigten

Die Veränderung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten in Werkstätten für behinderte Menschen setzt sich in 2021 sachte aber stetig fort. Der Anteil der unter 30-Jährigen sinkt, ebenso der der Gruppe der 40 bis 60-Jährigen, während der der 30- bis 40-Jährigen und der über 60-Jährigen leicht steigt. Insgesamt sind bundesweit rund ein Drittel der Werkstattbeschäftigten 50 und älter (32,5 Prozent). Die Altersverteilung der Werkstatt-Beschäftigten im Rheinland weicht nur unwesentlich von den bundesweiten Daten ab.

Behinderungsform: Sieben von zehn Werkstatt-Beschäftigten sind im Bundesschnitt Menschen mit einer geistigen Behinderung (71,7 Prozent), ein Fünftel (20,9 Prozent) sind Menschen mit seelischer Behinderung. 7,4 Prozent sind primär körperlich behindert. 2012 lag der Anteil der Leistungsberechtigten mit seelischer Behinderung bundesweit bei 17,9 Prozent.
Im Rheinland weicht die Verteilung nur leicht vom Bundesschnitt ab (geistige Behinderung: 72,5 Prozent, seelische Behinderung: 22,5 Prozent, körperliche Behinderung: 5 Prozent). Der Anteil von Menschen mit seelischer Behinderung ist geringfügig weiter gestiegen, der Anteil geistig behinderter Menschen entsprechend gesunken.

Geschlechterverteilung: 59 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten sind männlich, 41 Prozent weiblich. Dies gilt bundesweit wie für das Rheinland. Die Verteilung ist seit Jahren unverändert.

Werkstattbeschäftigung und Wohnformen
Bundesweit erhält etwas mehr als die Hälfte aller Werkstatt-Beschäftigten keine Wohnleistungen der Eingliederungshilfe. 29 Prozent leben in einer besonderen Wohnform, 21 Prozent selbstständig mit ambulanter Unterstützung.

Beim LVR erhalten 47 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten keine Wohnleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe. Der Anteil der Werkstatt-Beschäftigten mit ambulanter Wohnunterstützung liegt mit 26 Prozent höher als im Bundesschnitt; 27 Prozent leben in einer besonderen Wohnform.

3.4 Leistungsberechtigte mit Budget für Arbeit und Andere Leistungsanbieter

Mit der zweiten Stufe des Bundesteilhabegesetzes wurden ab Januar 2018 neue gesetzliche Instrumente zur Förderung der Teilhabe an Arbeit außerhalb von Werkstätten geschaffen: das Budget für Arbeit und die Anderen Leistungsanbieter.

Insgesamt meldeten die Träger bundesweit 414 Leistungsberechtigte, die in 2021 erstmalig ein Budget für Arbeit erhalten haben und deren Förderung zum 31.12. andauerte (2020: 404). Im Rheinland erhielten 47 Leistungsberechtigte 2021 erstmalig das Budget für Arbeit nach Paragraph 61 SGB IX (Vorjahr: 58).
Insgesamt nutzten zum 31.12.2021 bundesweit 2.472 Leistungsberechtigte ein gesetzliches Budget für Arbeit, davon 175 Leistungsberechtigte beim LVR.

Gleichzeitig erhielten Ende 2021 2.744 Menschen mit Behinderung eine Förderung nach länderspezifischen Programmen. Im Rheinland waren es 108.

Die länderspezifischen Programme haben unterschiedliche Konzeptionen und richten sich an unterschiedlich breite Zielgruppen. Das LVR-Inklusionsamt setzt den Schwerpunkt auf den Personenkreis der Schulabgänger-/innen (LVR-Budget für Arbeit–Aktion Inklusion).

Die „Anderen Leistungsanbieter" befinden sich 2021 weiterhin im Aufbau. Bundesweit wurden Vereinbarungen mit 59 Anderen Leistungsanbietern geschlossen, bei denen 576 Personen beschäftigt waren. Im LVR-Gebiet wurden 2021 von fünf Anderen Leistungsanbietern insgesamt 14 Leistungsberechtigte unterstützt und betreut.

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I

Anhang: Trägerbezogene Einzelwerte BAGüS-Kennzahlen-Vergleich

TABELLE 1: VOLLJÄHRIGE LEISTUNGSBERECHTIGTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN (BIS 2019 STATIONÄRES WOHNEN)

Volljährige leistungsberechtigte Personen in besonderen Wohnformen (bis 2019 stationäres Wohnen)		2019	2020	2021	Entwicklung 2020 – 2021 absolut	%	durchschn. jährl. Veränderung seit 2019	durchschn. jährl. Veränderung seit 2012
BE		5.633	5.578	5.517	-61	-1,1%	-1,0%	-0,1%
HB		2.133	2.043	2.033	-10	-0,5%	-2,4%	-0,4%
HH		4.580	4.242	4.434	192	4,5%	-1,6%	-0,5%
BW		21.581	21.353	21.247	-106	-0,5%	-0,8%	0,2%
MFR	BY	4.533	4.307	4.297	-10	-0,2%	-2,6%	-0,2%
NDB	BY	2.607	2.359	2.392	33	1,4%	-4,2%	1,6%
OBB	BY	9.675	9.634	9.713	79	0,8%	0,2%	0,7%
OFR	BY	2.541	2.492	2.464	-28	-1,1%	-1,5%	0,6%
OPF	BY	2.346	2.363	2.368	5	0,2%	0,5%	1,3%
SCHW	BY	4.382	4.306	4.332	26	0,6%	-0,6%	0,8%
UFR	BY	2.703	2.682	2.702	20	0,7%	0,0%	1,0%
HE		14.132	12.755	12.768	13	0,1%	-4,9%	-0,4%
NI		22.776	22.511	22.819	308	1,4%	0,1%	0,7%
LVR	NRW	20.875	20.573	20.350	-223	-1,1%	-1,3%	-0,4%
LWL	NRW	21.929	21.741	21.724	-17	-0,1%	-0,5%	0,1%
RP		9.840	9.840	n.v.				
SH		9.077	7.823	7.931	108	1,4%	-6,5%	-0,8%
SL		2.220	2.265	2.242	-23	-1,0%	0,5%	0,4%
BB		6.696	6.686	6.686			-0,1%	0,1%
MV		5.648	5.483	5.156	-327	-6,0%	-4,5%	-1,3%
SN		9.671	9.625	9.507	-118	-1,2%	-0,9%	1,2%
ST		9.018	8.936	8.826	-110	-1,2%	-1,1%	-0,3%
TH		5.357	5.286	5.233	-53	-1,0%	-1,2%	-0,6%
insg.		199.953	194.883	194.565	-318	-0,2%	-1,4%	0,1%

©2022 Tab A.1.2 BAGüS/con_sens

hochgerechnete Summe

Tabelle 2: Volljährige Leistungsberechtigte mit Assistenz außerhalb besonderer Wohnformen

Leistungsberechtigte im ehem. ambulant betreuten Wohnen		2019	2020		LB mit Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen 2021
BE		14.314	14.751		18.179
HB		2.111	2.432		2.517
HH		9.852	9.842		11.637
BW		15.469	17.285		19.546
MFR	BY	3.613	3.782	**2020 → 2021**	4.173
NDB	BY	1.305	1.170		1.238
OBB	BY	7.366	7.620	**Erweiterung des erhobenen Personenkreises, daher ist ein Vergleich der Angaben 2020 und 2021 nur bedingt möglich**	8.640
OFR	BY	1.784	1.925		2.066
OPF	BY	983	1.083		1.172
SCHW	BY	3.025	3.320		3.900
UFR	BY	2.040	2.226		2.430
HE		19.423	20.526		23.752
NI		21.305	n.v.		n.v.
LVR	NRW	38.700	41.939		44.357
LWL	NRW	32.315	36.024		39.218
RP		2.159	2.159		n.v.
SH		10.226	11.424		12.691
SL		2.019	2.213		2.249
BB		6.024	6.245		6.770
MV		5.006	5.391		5.995
SN		7.028	7.571		8.402
ST		4.416	4.910		5.255
TH		4.013	4.219		4.683
insg.*		214.496	231.001		256.785
©2022 BAGüS/con_sens Keza Tab_abs.ZR A1.3.1			hochgerech-nete Summe		hochgerechnete Summe

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1719

öffentlich

Datum: 21.08.2023
Dienststelle: Stabsstelle 70.10
Bearbeitung: Frau Glasmacher, Frau Kramer

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**07.09.2023**	**Kenntnis**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**27.09.2023**	**Kenntnis**
Landschaftsausschuss	**29.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**10.11.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021

Kenntnisnahme:

Der regionalisierte Datenbericht 2021 zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1719 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

<u>In leichter Sprache</u>:



Der LVR ist ein Amt im Rheinland.
Das Amt bezahlt Hilfen zum Wohnen und im Alltag.
Und Hilfen zur Arbeit für Menschen mit Behinderungen.



Der LVR bezahlt die Hilfen überall im Rheinland.

Jedes Jahr berichtet der LVR:
So sieht es in den 13 Städten und 12 Land-Kreisen
und in der Städteregion Aachen aus mit den Hilfen für Menschen mit Behinderung.

Das steht in dem Bericht für das Jahr 2021:

Weniger Menschen wohnen im Heim.
Mehr Menschen mit Behinderung
wohnen in der eigenen Wohnung.



In den Städten Köln, Oberhausen, Krefeld und Mönchengladbach, in der Städteregion Aachen und im Kreis Heinsberg erhalten
besonders **viele** Menschen mit Behinderungen
Hilfen in ihrer eigenen Wohnung.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten
leben heute noch besonders **häufig**
in einem Wohn-Heim.
Aber es gibt eine gute Entwicklung:
Immer mehr Menschen mit Lernschwierigkeiten
ziehen um in eine eigene Wohnung.

Viele Menschen mit Behinderungen
arbeiten in einer Werkstatt.
2021 ist die Zahl gleich geblieben wie im Jahr davor.
Vor allem Menschen mit Lern-Schwierigkeiten arbeiten in einer Werkstatt.

In jeder Stadt und jedem Kreis und in der Städteregion Aachen

gibt es immer mindestens eine Werkstatt, meist mehrere.

Und die Werkstätten haben noch mal mehrere Werkstatt-Häuser.
Damit die Menschen mit Behinderung
nicht so weit zur Arbeit fahren müssen.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Diese Vorlage stellt regionalisierte Daten zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR-Dezernates 7 zum 31.12.2021 dar und ergänzt damit den gleichzeitig vorliegenden, bundesweiten Benchmarking-Bericht 2023 (Berichtsjahr 2021) der BAGüS (Vorlage Nr. 15/1705).

Dabei berührt diese Vorlage insbesondere Zielrichtung Nummer 4 „Den inklusiven Sozialraum mitgestalten" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

1. Themenbereich Wohnen für Menschen mit Behinderung / Soziale Teilhabe

Es werden Basisdaten zu Leistungen in besonderen Wohnformen (früher: stationäres Wohnen) und zum ambulant unterstützten Wohnen (außerhalb besonderer Wohnformen) je Mitgliedskörperschaft dargestellt.

Zu wesentlichen Kennzahlen wird die Entwicklung der letzten Jahre bis 2021 aufgezeigt. Die wesentlichen Daten im LVR-Durchschnitt:

- Rund 63.600 (erwachsene) Menschen mit Behinderungen erhalten vom LVR eine Wohnunterstützung der Eingliederungshilfe. Damit steigt die Gesamtzahl beim LVR in 2021 um 1,4 Prozent – geringer als in den Vorjahren.
- Rheinlandweit liegt die Ambulantisierungsquote bei 68 Prozent. Die regionalen Unterschiede reichen von 56 Prozent bis 81 Prozent.

2. Themenbereich Teilhabe an Arbeit für Menschen mit Behinderung

Hier werden Daten zur Teilhabe am Arbeitsleben und zu den Inklusionsbetrieben im Rheinland vorgestellt. Die Entwicklung der letzten Jahre ist für ausgewählte Daten ebenfalls ersichtlich. Die wesentlichen Daten im LVR-Durchschnitt:

- Ende 2021 finanziert der LVR die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen für rund 34.980 Leistungsberechtigte – nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.
- Insgesamt 44 Werkstattträger mit über 200 Betriebsstätten sorgen für ein flächendeckendes Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit wesentlicher Behinderung im Rheinland.
- Zum 31.12.2021 haben 175 Leistungsberechtigte im LVR-Gebiet die Unterstützung im Rahmen des neuen gesetzlichen Budgets für Arbeit genutzt. Weitere 108 Personen erhielten Leistungen im Rahmen des Modellprogramms „LVR-Budget für Arbeit – Aktion Inklusion". Im Dezember 2021 liegt die Zahl der anerkannten Inklusionsbetriebe im Rheinland bei insgesamt 155. Seit Ende 2001 sind insgesamt 3.529 Arbeitsplätze entstanden, davon 1.897 Arbeitsplätze für Beschäftigte, die zur besonderen Zielgruppe der Inklusionsbetriebe gehören.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1719:

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: Regionalisierter Datenbericht 2021

Dieser regionalisierte Datenbericht zu den Eingliederungshilfe-Leistungen in den Mitgliedskörperschaften des LVR ergänzt die Vorlage Nr. 15/1705 zum bundesweiten BAGüS-Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe 2023 (Berichtsjahr 2021). Es werden wesentliche Kennzahlen zu den Eingliederungshilfe-Leistungen Wohnen/Soziale Teilhabe (ambulant und in besonderen Wohnformen) sowie Teilhabe an Arbeit (Werkstätten für behinderte Menschen, Budget für Arbeit, andere Leistungsanbieter) und ergänzend Daten zu den Inklusionsbetrieben im Rheinland dargestellt.

Dabei wurde an den Auswertungs-Kategorien der letzten Jahre festgehalten – also den „Wohnleistungen ambulant und stationär", (die allerdings entsprechend der BTHG-Terminologie als Wohnleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen bezeichnet werden), um den Vergleich zu Vorjahren herzustellen. Künftig werden die Landschaftsverbände hier umstellen (müssen) auf die inhaltlich um die Leistungen ohne expliziten Wohnbezug erweiterten Assistenzleistungen, da die gesetzlichen Grundlagen für die Abgrenzung der Wohnleistungen mit dem BTHG entfallen sind und auch die technische Abgrenzung zunehmend nicht mehr valide möglich ist. Im Berichtswesen im Rahmen des Kennzahlenvergleichs Eingliederungshilfe der BAGüS wurde diese Erweiterung auf „Assistenzleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen bereits für den Bericht 2021 vollzogen. Insofern gibt es für 2021 einmalig einen Unterschied in der Datenabgrenzung bei den Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen zwischen dem hier vorliegenden Datenbericht und dem bundesweiten BAGüS-Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe.

Die Unterschiede zwischen den bisherigen Wohnleistungen und dem erweiterten Begriff der Assistenzleistung (mit und ohne Wohnbezug) sind quantitativ betrachtet jedoch überschaubar. Die LVR-Fallzahl der Leistungsberechtigten außerhalb besonderer Wohnformen steigt bei Einbeziehung der neu übernommenen Assistenzleistungen um 2,6 Prozent.

1. Wohnen / Soziale Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Basisdaten zur Entwicklung der wohnbezogenen Hilfen für Menschen mit Behinderung

Kennzahlen zur Entwicklung der wohnbezogenen Hilfen werden von beiden Landschaftsverbänden jährlich an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NRW) berichtet. Im Folgenden werden die Daten der Meldung zum Stichtag 31.12.2021 dargestellt und die Entwicklungen mit Vorjahren verglichen. Alle Angaben einschl. der Bevölkerungszahlen beziehen sich auf erwachsene Personen (18 Jahre und älter).

Vereinbarungsgemäß werden die Angaben der beiden Landesteile regionalisiert nach Städten und Kreisen dargestellt. Dabei erfolgt die regionalisierte Darstellung entsprechend den Vereinbarungen nun erstmals nach dem tatsächlichen Aufenthalt anstatt, wie bisher, nach gewöhnlichem Aufenthalt.

1.1. Entwicklung wohnbezogener Hilfen im Rheinland 2011 - 2021

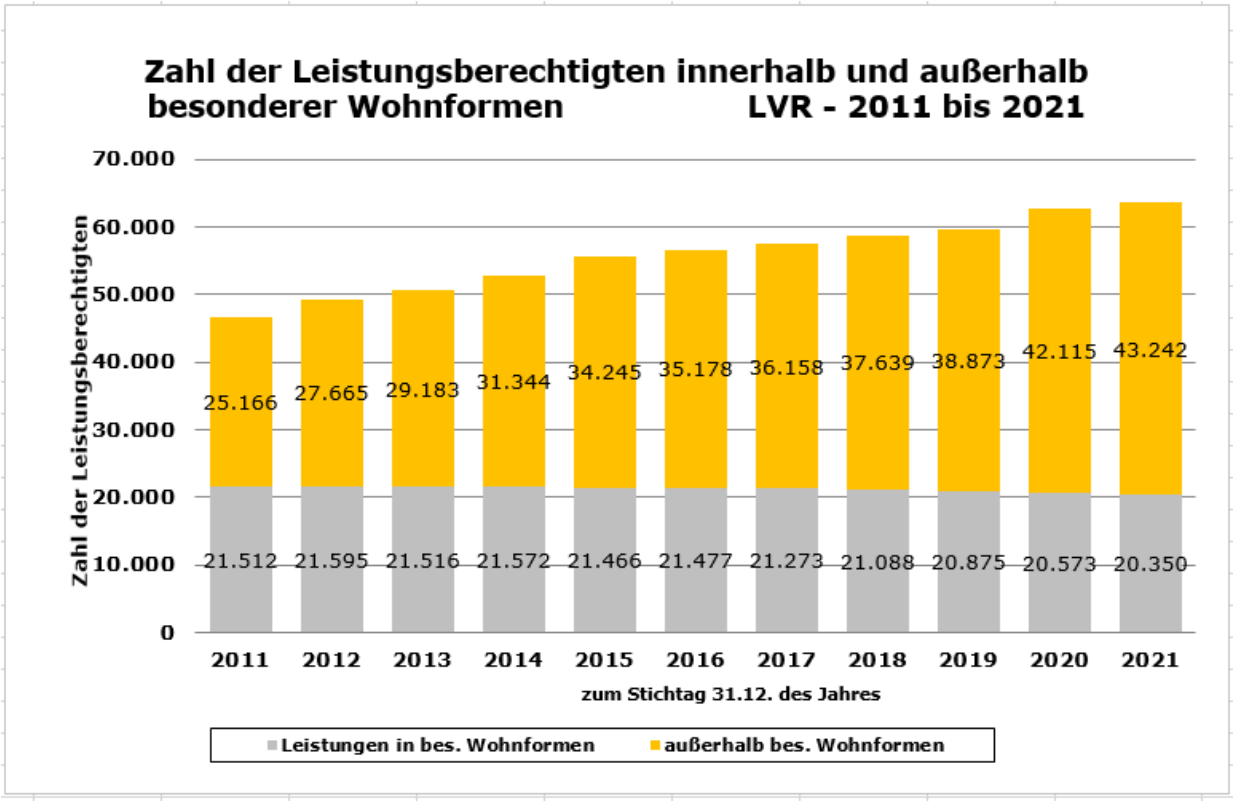
Die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten mit Wohnhilfen beim LVR steigt in 2021 um 1,4 Prozent auf insgesamt 63.592 Personen. Die Zunahme ist geringer als in den letzten Jahren. Zwischen 2016 und 2021 stieg die Fallzahl um durchschnittlich 3,15 Prozent im Jahr, wobei in 2020 auch Effekte der Zuständigkeitsveränderungen durch das AG BTHG NRW und Fallübernahmen vom örtlichen Träger hinzukamen.

Verglichen mit 2011 ist die Zahl der Leistungsberechtigten, die eine Leistung in besonderen Wohnformen oder eine ambulante Wohnunterstützung erhalten, um insgesamt 29 Prozent gestiegen.

Diese Fallzahlsteigerungen der letzten 10 Jahre bilden sich ausschließlich im ambulanten Bereich ab - mit einem deutlichen Zuwachs von insgesamt rund 18.000 Leistungsberechtigten. Der durchschnittliche jährliche Fallzahlzuwachs liegt hier im 10-Jahres-Zeitraum bei 5,6 Prozent, zwischen 2016 und 2021 bei durchschnittlich 4,2 Prozent. Die Wachstumsdynamik lässt insoweit nach.

Die Fallzahlentwicklung in besonderen Wohnformen ist von 2011 bis 2021 dagegen rückläufig mit einem Minus von 1.162 Leistungsberechtigten. Während zwischen 2012 und 2016 die Fallzahlentwicklung stagniert bzw. nur geringfügig schwankt, ist seit 2017 ein Rückgang zu verzeichnen.

ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DER WOHNBEZOGENEN HILFEN BEI ERWACHSENEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN ZUM JEWEILIGEN STICHTAG 31.12.



1.2. Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen

Die Anzahl der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen ist in den fünf Jahren von 2016 bis 2021 um 5,2 Prozent oder 1.127 Leistungsberechtigte gesunken.

Tabelle 1 verdeutlicht die regionalen Unterschiede in den absoluten wie prozentualen Fallzahlveränderungen. Diese variieren zwischen Fallzahlzuwächsen in Höhe von plus 7 Leistungsberechtigten bis hin zu Fallzahlrückgängen in Höhe von minus 290 Leistungsberechtigten. Die prozentualen Veränderungen in den Regionen schwanken zwischen plus 1,3 Prozent im Rhein-Erft-Kreis und minus 14,4 Prozent im Kreis Düren.

TABELLE 1: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN UND VERÄNDERUNG ZUM STICHTAG 31.12.

Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen nach tatsächlichem Aufenthalt			**Veränderungen seit 2016**	
Stadt/Kreis	**2016**	**2021**	**absolut**	**%**
Düsseldorf	959	934	*-25*	*-3%*
Duisburg	670	670	*0*	*0%*
Essen	1.373	1.298	*-75*	*-5%*
Krefeld	464	437	*-27*	*-6%*
Leverkusen	286	275	*-11*	*-4%*
Mönchengladbach	755	730	*-25*	*-3%*
Mülheim/Ruhr	370	359	*-11*	*-3%*
Oberhausen	252	246	*-6*	*-2%*
Remscheid	398	391	*-7*	*-2%*
Solingen	372	370	*-2*	*-1%*
Wuppertal	779	771	*-8*	*-1%*
Kreis Mettmann	809	789	*-20*	*-2%*
Rhein-Kreis Neuss	885	856	*-29*	*-3%*
Kreis Viersen	842	802	*-40*	*-5%*
Kreis Kleve	1.228	1.124	*-104*	*-8%*
Kreis Wesel	905	912	*7*	*1%*
Bonn	489	442	*-47*	*-10%*
Köln	1.374	1.376	*2*	*0%*
Rhein-Erft-Kreis	471	477	*6*	*1%*
Kreis Euskirchen	632	600	*-32*	*-5%*
Oberbergischer Kreis	714	632	*-82*	*-11%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	544	506	*-38*	*-7%*
Rhein-Sieg-Kreis	1.100	965	*-135*	*-12%*
Städteregion Aachen	887	861	*-26*	*-3%*
Kreis Düren	452	387	*-65*	*-14%*
Kreis Heinsberg	644	607	*-37*	*-6%*
außerhalb Rheinland	2.823	2.533	*-290*	*-10%*
LVR-Gesamt	**21.477**	**20.350**	***-1.127***	***-5%***

1.2.1 Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen im Verhältnis zur Einwohnerzahl und Verteilung nach Behinderungsform

Im Jahr 2021 erhalten LVR-weit 2,55 von 1.000 erwachsenen Einwohner*innen Leistungen in besonderen Wohnformen. Die Dichtewerte für einzelne Mitgliedskörperschaften schwanken zwischen 1,99 im Rhein-Erft-Kreis und 3,8 in Remscheid.

TABELLE 2: DICHTEWERTE FÜR ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN UND DEREN VERTEILUNG NACH BEHINDERUNGSFORM ZUM STICHTAG 31.12.2021

Anzahl der Leistungsberechtigten mit einem bewilligten Antrag auf Leistungen in besonderen Wohnformen nach örtlichen Trägern je 1.000 Einwohner am Stichtag 31.12.2021							
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungsberechtigten**	**Bevölkerungszahl (EW) zum 31.12.2021 ***	**Bewilligte Anträge pro 1.000 EW**	**Anteil geistig behinderte Menschen (g.B.) in %**	**Anteil körperlich behinderte Menschen (k.B.) in %**	**Anteil seelisch behinderte Menschen (p.B.) in %**	**Anteil suchtkranke Menschen (Sucht) in %**
Düsseldorf	934	519.308	2,34	62,0%	5,3%	29,6%	3,1%
Duisburg	670	407.658	2,64	72,2%	3,5%	18,1%	6,2%
Essen	1298	482.694	2,93	67,0%	3,2%	25,7%	4,1%
Krefeld	437	188.901	3,06	58,7%	5,4%	33,7%	2,2%
Leverkusen	275	135.193	2,51	68,2%	2,4%	22,6%	6,8%
Mönchengladbach	730	216.426	3,26	72,4%	5,0%	17,6%	4,8%
Mülheim/Ruhr	359	142.407	2,63	69,9%	2,1%	22,4%	5,6%
Oberhausen	246	174.225	2,32	67,8%	3,4%	25,8%	2,9%
Remscheid	391	92.517	3,80	56,4%	3,1%	36,5%	4,0%
Solingen	370	131.556	3,17	67,9%	2,9%	26,8%	2,4%
Wuppertal	771	292.100	3,36	57,6%	3,1%	34,4%	4,9%
Kreis Mettmann	789	401.989	2,56	71,0%	3,0%	21,1%	4,8%
Rhein-Kreis Neuss	856	372.970	2,45	60,4%	3,2%	30,6%	5,8%
Kreis Viersen	802	250.502	2,90	64,0%	3,4%	27,1%	5,5%
Kreis Kleve	1124	262.079	3,53	70,2%	2,7%	22,9%	4,1%
Kreis Wesel	912	386.440	2,67	75,8%	3,0%	19,1%	2,0%
Bonn	442	274.916	2,29	58,9%	5,3%	32,2%	3,7%
Köln	1376	898.311	2,15	60,7%	4,4%	30,2%	4,7%
Rhein-Erft-Kreis	477	388.725	1,99	69,4%	6,1%	20,2%	4,3%
Kreis Euskirchen	600	161.654	2,93	54,9%	4,6%	36,9%	3,6%
Oberbergischer Kreis	632	223.563	2,96	60,3%	2,6%	28,9%	8,3%
Rheinisch-Bergischer Kreis	506	235.608	2,20	70,7%	4,4%	20,0%	4,8%
Rhein-Sieg-Kreis	965	494.896	2,10	66,6%	7,0%	24,5%	1,9%
Städteregion Aachen	861	469.878	2,07	67,8%	5,7%	23,9%	2,6%
Kreis Düren	387	221.260	2,49	64,6%	8,6%	24,5%	2,4%
Kreis Heinsberg	607	214.489	2,28	72,1%	3,9%	22,6%	1,4%
außerhalb Rheinland	2.533			0,0%	0,0%	50,0%	0%
LVR-Gesamt	**20.350**	**8.040.265**	**2,55**	65,7%	4,2%	26,0%	4,1%

*Berechnungsgrundlage sind hier laut Definition erwachsene Einwohner*innen im Rheinland ab 18 Jahren.

Nach wie vor stellen Menschen mit geistiger Behinderung die größte Gruppe im stationären Wohnen. LVR-weit liegt der Anteil bei rund 66 Prozent. Auch in allen Gebietskörperschaften liegt der Anteil der Leistungsberechtigten mit einer geistigen Behinderung jeweils über der 50-Prozent-Marke. Zweitgrößte Gruppe in besonderen Wohnformen sind Menschen mit einer seelischen Behinderung (26 Prozent), gefolgt von Menschen mit einer körperlichen Behinderung (4 Prozent) bzw. einer Suchterkrankung (4 Prozent).

1.2.2 Alter der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen

Aus der nachfolgenden Übersicht ist die Verteilung der Leistungsberechtigten nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12.2021 ersichtlich. Im Bereich des LVR sind durchschnittlich 55 Prozent der Leistungsberechtigten 50 Jahre und älter (Vergleichswert 2016: 50 Prozent). In 10 von 26 Städten bzw. Kreisen wird dieser Wert unterschritten. Lediglich 13 Prozent der Leistungsberechtigten im LVR-Gebiet gehören zur Gruppe der 18- bis unter-30-Jährigen. Vor 5 Jahren lag der Anteil noch bei rund 15 Prozent.

TABELLE 3: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN NACH ALTERSGRUPPEN

Anzahl der Leistungsberechtigten mit einem bewilligten Antrag auf Leistungen in besonderen Wohnformen nach örtlichen Trägern und Altersgruppen am Stichtag 31.12.2021						
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**18 bis unter 30 Jahre**	**30 bis unter 40 Jahre**	**40 bis unter 50 Jahre**	**50 bis unter 65 Jahre**	**65 Jahre und älter**
Düsseldorf	934	11,9%	*15,8%*	*16,1%*	*42,6%*	*13,6%*
Duisburg	670	12,7%	*18,8%*	*13,6%*	*40,9%*	*14,0%*
Essen	1.298	11,9%	*15,2%*	*14,9%*	*42,4%*	*15,6%*
Krefeld	437	8,9%	*16,5%*	*16,9%*	*43,0%*	*14,6%*
Leverkusen	275	6,9%	*9,8%*	*17,5%*	*42,9%*	*22,9%*
Mönchengladbach	730	16,0%	*12,7%*	*17,4%*	*38,6%*	*15,2%*
Mülheim/Ruhr	359	8,1%	*18,1%*	*14,2%*	*41,5%*	*18,1%*
Oberhausen	246	12,6%	*12,2%*	*13,4%*	*45,1%*	*16,7%*
Remscheid	391	7,7%	*17,6%*	*19,2%*	*40,9%*	*14,6%*
Solingen	370	10,8%	*13,2%*	*15,1%*	*39,5%*	*21,4%*
Wuppertal	771	10,2%	*14,1%*	*14,7%*	*44,7%*	*16,2%*
Kreis Mettmann	789	14,1%	*15,3%*	*15,7%*	*38,0%*	*16,9%*
Rhein-Kreis Neuss	856	9,3%	*14,5%*	*16,2%*	*40,0%*	*20,0%*
Kreis Viersen	802	11,1%	*15,6%*	*18,2%*	*40,9%*	*14,2%*
Kreis Kleve	1.124	13,0%	*13,0%*	*14,1%*	*40,1%*	*19,8%*
Kreis Wesel	912	17,3%	*18,1%*	*15,9%*	*35,4%*	*13,3%*
Bonn	442	11,5%	*18,1%*	*14,5%*	*42,5%*	*13,3%*
Köln	1.376	11,1%	*16,1%*	*17,6%*	*41,3%*	*14,0%*
Rhein-Erft-Kreis	477	12,4%	*22,9%*	*20,1%*	*35,2%*	*9,4%*
Kreis Euskirchen	600	19,5%	*13,8%*	*14,3%*	*40,2%*	*12,2%*
Oberbergischer Kreis	632	9,8%	*16,6%*	*19,9%*	*39,2%*	*14,4%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	506	8,9%	*15,8%*	*19,0%*	*41,5%*	*14,8%*
Rhein-Sieg-Kreis	965	15,4%	*18,8%*	*17,0%*	*37,2%*	*11,6%*
Städteregion Aachen	861	13,6%	*17,1%*	*19,4%*	*37,4%*	*12,5%*
Kreis Düren	387	10,1%	*16,5%*	*18,3%*	*37,2%*	*17,8%*
Kreis Heinsberg	607	15,0%	*16,0%*	*13,2%*	*40,7%*	*15,2%*
außerhalb Rheinland	2.533	15%	*18%*	*16%*	*36%*	*16%*
LVR-Gesamt	**20.350**	**12,7%**	***16,1%***	***16,3%***	***39,6%***	***15,3%***

1.2.3 Geschlecht der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen

In besonderen Wohnformen sind – seit Jahren fast unverändert – 41 Prozent der Leistungsberechtigten weiblich, 59 Prozent männlich. Dieses Verhältnis ist in fast allen Mitgliedskörperschaften ähnlich – der höchste Männeranteil beträgt 68 Prozent in Mönchengladbach, der höchste Frauenanteil 50 Prozent im Kreis Heinsberg.

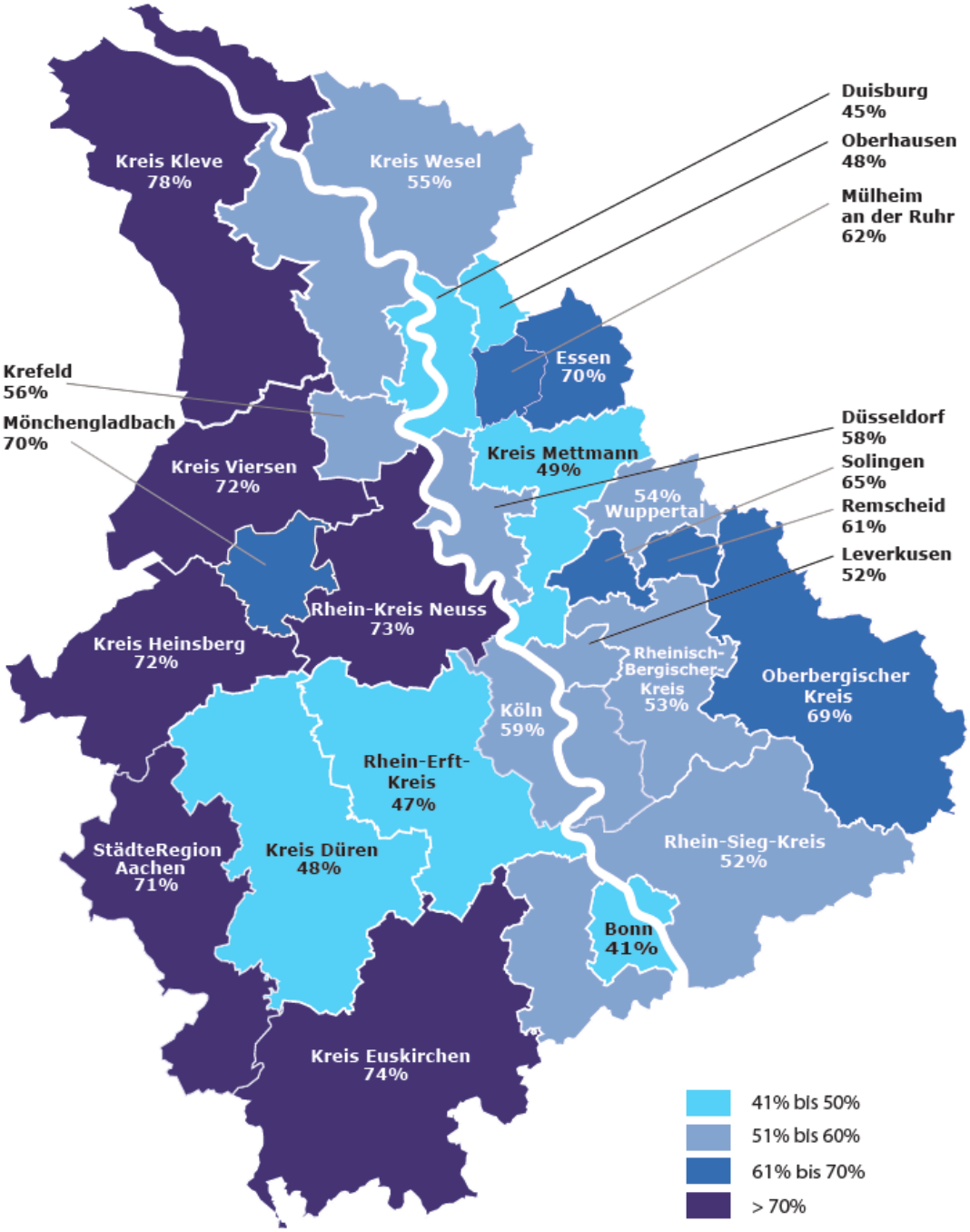
TABELLE 4: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN NACH GESCHLECHT

Anzahl der Leistungsberechtigten mit einem bewilligten Antrag auf Leistungen in besonderen Wohnformen nach örtlichen Trägern und Geschlecht am Stichtag 31.12.2021			
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**Anteil männlich**	**Anteil weiblich**
Düsseldorf	934	*52%*	*48%*
Duisburg	670	*63%*	*37%*
Essen	1.298	*64%*	*36%*
Krefeld	437	*56%*	*44%*
Leverkusen	275	*60%*	*40%*
Mönchengladbach	730	*68%*	*32%*
Mülheim/Ruhr	359	*60%*	*40%*
Oberhausen	246	*61%*	*39%*
Remscheid	391	*65%*	*35%*
Solingen	370	*59%*	*41%*
Wuppertal	771	*57%*	*43%*
Kreis Mettmann	789	*64%*	*36%*
Rhein-Kreis Neuss	856	*61%*	*39%*
Kreis Viersen	802	*62%*	*38%*
Kreis Kleve	1.124	*60%*	*40%*
Kreis Wesel	912	*51%*	*49%*
Bonn	442	*57%*	*43%*
Köln	1.376	*59%*	*41%*
Rhein-Erft-Kreis	477	*56%*	*44%*
Kreis Euskirchen	600	*65%*	*35%*
Oberbergischer Kreis	632	*57%*	*43%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	506	*58%*	*42%*
Rhein-Sieg-Kreis	965	*55%*	*45%*
Städteregion Aachen	861	*61%*	*39%*
Kreis Düren	387	*60%*	*40%*
Kreis Heinsberg	607	*50%*	*50%*
außerhalb Rheinland	2.533	*59%*	*41%*
LVR-Gesamt	**20.350**	***59%***	***41%***

1.2.4 Eigenversorgungsquote in besonderen Wohnformen

Die Eigenversorgungsquote einer Stadt bzw. eines Kreises gibt an, wie hoch der Anteil der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen ist, die in der Region leben, aus der sie stammen, das heißt: ein Wohnangebot in ihrer Herkunftsregion nutzen. Die Quoten sind regional (Stadt–Land, Grenzlagen) unterschiedlich: So nehmen 78 Prozent der Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen aus dem Kreis Kleve diese Leistung tatsächlich in ihrem Herkunftskreis in Anspruch. In Bonn hingegen sind lediglich 41 Prozent der aus der Stadt stammenden Leistungsberechtigten in einer besonderen Wohnform in Bonn untergebracht.

ABBILDUNG 2: EIGENVERSORGUNGSQUOTE IN BESONDEREN WOHNFORMEN – STICHTAG 31.12.2021



1.3. Leistungsberechtigte außerhalb besonderer Wohnformen /Ambulantisierung

Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die außerhalb besonderer Wohnformen in einer eigenen Häuslichkeit leben, steigt weiterhin, in 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf 43.242. Im 5-Jahres-Zeitraum seit 2016 ist die Anzahl der Leistungsberechtigten um rund 23 Prozent bzw. 8.064 Menschen gestiegen.

TABELLE 5: LEISTUNGSBERECHTIGTE AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN UND VERÄNDERUNG ZUM STICHTAG 31.12.

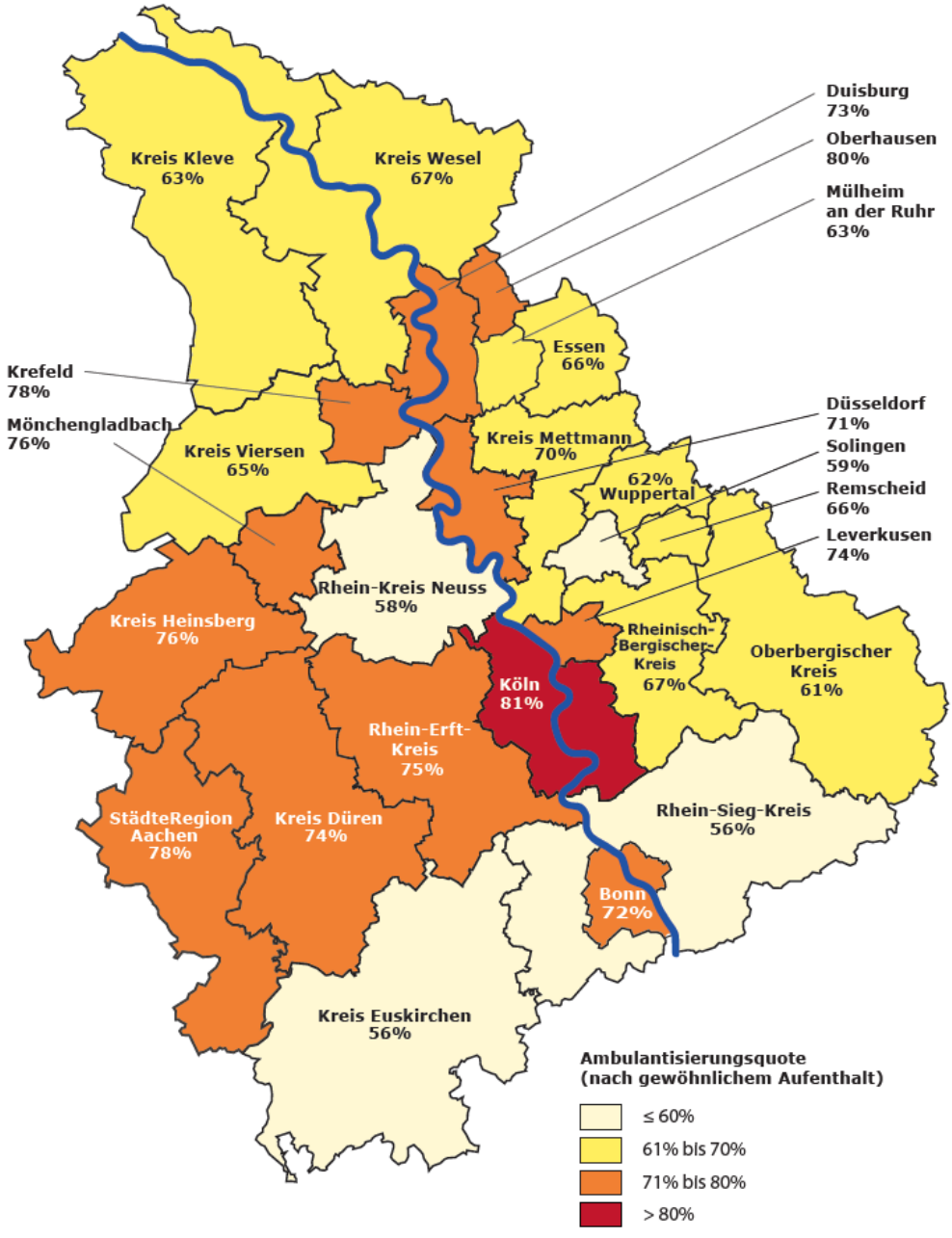
Leistungsberechtigte außerhalb bes. Wohnformen- nach tatsächlichem Aufenthalt			**Veränderung seit 2016**	
Stadt/Kreis	**2016**	**2021**	**absolut**	**%**
Düsseldorf	1.875	2.311	*436*	*23,3%*
Duisburg	1.593	1.825	*232*	*14,6%*
Essen	2.161	2.496	*335*	*15,5%*
Krefeld	1.172	1.513	*341*	*29,1%*
Leverkusen	561	803	*242*	*43,1%*
Mönchengladbach	1.738	2.267	*529*	*30,4%*
Mülheim/Ruhr	550	608	*58*	*10,5%*
Oberhausen	895	965	*70*	*7,8%*
Remscheid	620	771	*151*	*24,4%*
Solingen	493	526	*33*	*6,7%*
Wuppertal	1.312	1.240	*- 72*	*-5,5%*
Kreis Mettmann	1.465	1.816	*351*	*24,0%*
Rhein-Kreis Neuss	947	1.204	*257*	*27,1%*
Kreis Viersen	1.141	1.521	*380*	*33,3%*
Kreis Kleve	1.495	1.934	*439*	*29,4%*
Kreis Wesel	1.341	1.880	*539*	*40,2%*
Bonn	955	1.124	*169*	*17,7%*
Köln	5.193	6.028	*835*	*16,1%*
Rhein-Erft-Kreis	1.181	1.437	*256*	*21,7%*
Kreis Euskirchen	615	773	*158*	*25,7%*
Oberbergischer Kreis	780	1.000	*220*	*28,2%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	821	1.011	*190*	*23,1%*
Rhein-Sieg-Kreis	954	1.246	*292*	*30,6%*
Städteregion Aachen	2.227	2.976	*749*	*33,6%*
Kreis Düren	960	1.126	*166*	*17,3%*
Kreis Heinsberg	1.462	1.920	*458*	*31,3%*
außerhalb Rheinland	671	921	*250*	*37,3%*
LVR-Gesamt	**35.178**	**43.242**	***8.064***	***22,9%***

Zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften gibt es teilweise erheblich unterschiedliche Veränderungen. Sie schwanken zwischen Zuwächsen von 43,1 Prozent in Leverkusen und Rückgängen von 5,5 Prozent in Wuppertal.

Regional-Karte Rheinland: Ambulantisierungsquote

Ende 2021 leben fast 7 von 10 Leistungsberechtigten mit Wohnhilfen im LVR-Gebiet selbstständig außerhalb besonderer Wohnformen. Rheinlandweit liegt die Ambulantisierungsquote bei 68 Prozent. Zwischen den Regionen bestehen deutliche Unterschiede: der niedrigste Wert liegt bei 56 Prozent (Rhein-Sieg-Kreis), der höchste bei 81 Prozent (Stadt Köln).

ABBILDUNG 3: ANTEIL ERWACHSENER LEISTUNGSBERECHTIGTER AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN AN DEN ERWACHSENEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN IM WOHNEN GESAMT NACH GEWÖHNLICHEM AUFENTHALT ZUM STICHTAG 31.12.2021



1.3.1 Ambulante Wohnunterstützung für Menschen mit geistiger Behinderung

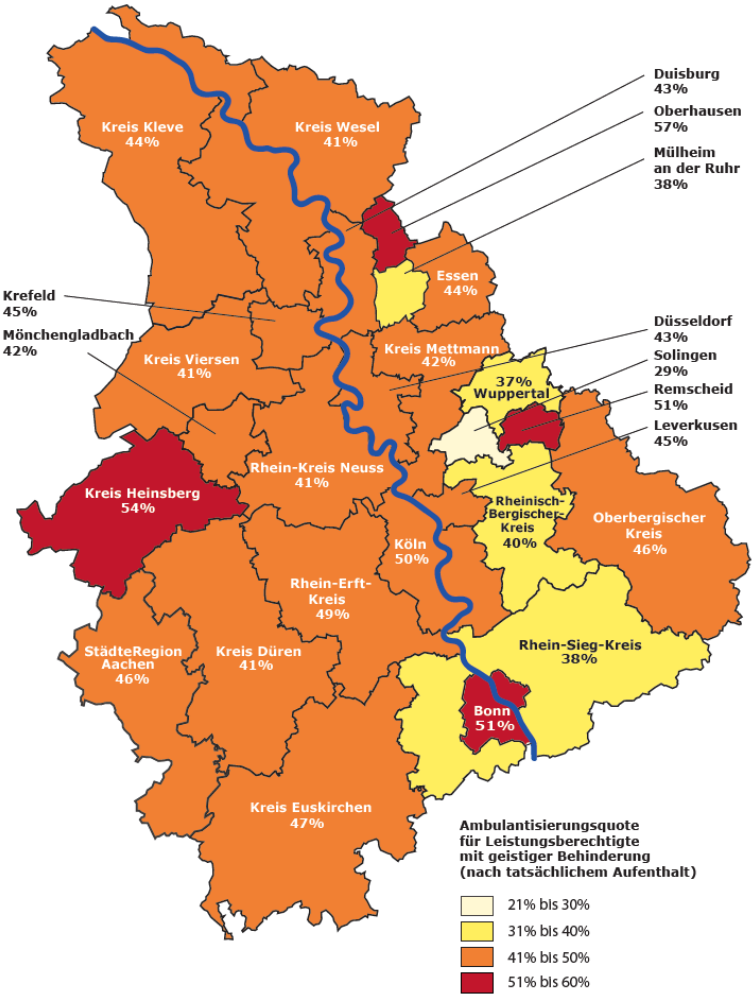
Ein Ziel der Ambulantisierung beim LVR war und ist es, insbesondere auch mehr Menschen mit geistiger Behinderung ein selbstständiges Leben außerhalb besonderer Wohnformen zu ermöglichen. Dies gelingt: Die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung in ambulanten Unterstützungssettings stieg zwischen 2016 und 2021 um 23 Prozent bzw. 1.738 Leistungsberechtigte. Damit leben 4 von 10 (41 Prozent) der Leistungsberechtigten mit geistiger Behinderung und Wohnunterstützung durch den LVR in der eigenen Häuslichkeit.

TABELLE 6: LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT GEISTIGER BEHINDERUNG UND WOHNUNTERSTÜTZUNG ZUM STICHTAG 31.12.

Wohnleistungen für Leistungsberechtigte mit einer geistigen Behinderung beim LVR	2011		2016		2021	
	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%
außerhalb besonderer Wohnformen	**5.424**	**27%**	**7.641**	**35%**	**9.379**	**41%**
LVR gesamt (Besondere Wohnformen + außerhalb besonderer Wohnformen)	**19.771**		**21.777**		**22.698**	

Die Ambulantisierungsquoten für diese Zielgruppe in den einzelnen Regionen sind in der nachfolgenden Karte ausgewiesen. Die Spanne reicht von 29 (Stadt Solingen) bis 57 Prozent (Stadt Oberhausen).

ABBILDUNG 4: ANTEIL ERWACHSENER LEISTUNGSBERECHTIGTER MIT GEISTIGER BEHINDERUNG AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN AN DEN ERWACHSENEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN MIT GEISTIGER BEHINDERUNG IM WOHNEN GESAMT ZUM 31.12.2021



1.3.2 Leistungsberechtigte außerhalb besonderer Wohnformen im Verhältnis zur Einwohnerzahl und Verteilung nach Behinderungsform

Ende 2021 leben im LVR-Gebiet insgesamt 43.242 Menschen mit Behinderung mit ambulanter Unterstützung außerhalb von besonderen Wohnformen in einer eigenen Häuslichkeit. Dies entspricht einer LVR-weiten Dichte von 6,1 pro 1.000 Einwohner*innen. Bei Betrachtung der einzelnen Gebietskörperschaften schwankt der Dichtewert erheblich zwischen 2,52 (Rhein-Sieg-Kreis) und 10,47 (Mönchengladbach).

TABELLE 7: DICHTEWERTE FÜR ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN UND DEREN VERTEILUNG NACH BEHINDERUNGSFORM ZUM STICHTAG 31.12.2021 (INCL. LEBEN IN GASTFAMILIEN)

Anzahl der bewilligten Anträge auf Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen nach örtlichen Trägern je 1.000 Einwohner am Stichtag 31.12.2021							
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtig-ten**	**Bevölkerungs-zahl (EW) zum 31.12.2021**	**Bewilligte Anträge pro 1.000 EW**	**Anteil geistig behinderte Menschen (g.B.) in %**	**Anteil körperlich behinderte Menschen (k.B.) in %**	**Anteil seelisch behinderte Menschen (p.B.) in %**	**Anteil suchtkranke Menschen (Sucht) in %**
Düsseldorf	2.311	519.308	4,45	*18,4%*	*4,5%*	*68,4%*	*8,7%*
Duisburg	1.825	407.658	4,48	*19,5%*	*1,5%*	*70,5%*	*8,5%*
Essen	2.496	482.694	5,17	*28,8%*	*3,5%*	*62,1%*	*5,7%*
Krefeld	1.513	188.901	8,01	*12,7%*	*4,1%*	*81,4%*	*1,9%*
Leverkusen	803	135.193	5,94	*18,9%*	*3,7%*	*70,7%*	*6,6%*
Mönchengladbach	2.267	216.426	10,47	*19,2%*	*2,6%*	*74,6%*	*3,5%*
Mülheim/Ruhr	608	142.407	4,27	*23,5%*	*1,8%*	*66,1%*	*8,6%*
Oberhausen	965	174.225	5,54	*22,6%*	*1,8%*	*73,6%*	*2,1%*
Remscheid	771	92.517	8,33	*18,0%*	*1,2%*	*74,6%*	*6,2%*
Solingen	526	131.556	4,00	*20,3%*	*2,3%*	*74,3%*	*3,0%*
Wuppertal	1.240	292.100	4,25	*18,3%*	*2,6%*	*75,2%*	*3,9%*
Kreis Mettmann	1.816	401.989	4,52	*22,9%*	*3,1%*	*66,9%*	*7,2%*
Rhein-Kreis Neuss	1.204	372.970	3,23	*28,2%*	*2,7%*	*60,6%*	*8,4%*
Kreis Viersen	1.521	250.502	6,07	*23,2%*	*3,1%*	*70,2%*	*3,6%*
Kreis Kleve	1.934	262.079	7,38	*31,6%*	*2,4%*	*60,8%*	*5,2%*
Kreis Wesel	1.880	386.440	4,86	*27,0%*	*1,3%*	*69,4%*	*2,3%*
Bonn	1.124	274.916	4,09	*20,5%*	*2,2%*	*70,9%*	*6,4%*
Köln	6.028	898.311	6,71	*11,8%*	*3,0%*	*75,2%*	*10,0%*
Rhein-Erft-Kreis	1.437	388.725	3,70	*24,8%*	*4,6%*	*65,7%*	*4,9%*
Kreis Euskirchen	773	161.654	4,78	*30,5%*	*3,1%*	*63,0%*	*3,4%*
Oberbergischer Kreis	1.000	223.563	4,47	*28,7%*	*2,4%*	*56,7%*	*12,2%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.011	235.608	4,29	*24,9%*	*4,7%*	*58,9%*	*11,5%*
Rhein-Sieg-Kreis	1.246	494.896	2,52	*37,7%*	*1,8%*	*58,1%*	*2,3%*
Städteregion Aachen	2.976	469.878	6,33	*16,4%*	*1,9%*	*76,9%*	*4,8%*
Kreis Düren	1.126	221.260	5,09	*15,4%*	*2,5%*	*75,9%*	*6,2%*
Kreis Heinsberg	1.920	214.489	8,95	*28,2%*	*1,4%*	*67,3%*	*3,1%*
außerhalb Rheinland	921			*15%*	*3%*	*26%*	*3%*
LVR-Gesamt	**43.242**	**8.040.265**	**5,38**	***21,7%***	***2,8%***	***69,4%***	***6,1%***

* Berechnungsgrundlage sind hier laut Definition erwachsene Einwohner*innen im Rheinland ab 18 Jahren.

Menschen mit seelischer Behinderung stellen weiterhin mit einem Anteil von rund 69 Prozent die größte Gruppe bei Leistungen außerhalb von besonderen Wohnformen dar. Wie in Vorjahren machen Menschen mit geistiger Behinderung mit 22 Prozent die zweitgrößte Gruppe bei der ambulanten Wohnunterstützung aus. Rund 6 Prozent der Menschen außerhalb besonderer Wohnformen sind suchterkrankt und fast 3 Prozent der Leistungsberechtigten körperbehindert.

1.3.3 Alter der Leistungsberechtigten außerhalb besonderer Wohnformen

LVR-weit sind rund 44 Prozent der Leistungsberechtigten 50 Jahre und älter. Damit ist der prozentuale Anteil dieser Altersgruppe im ambulanten Setting geringer als bei den Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen (55 Prozent). Die Altersverteilung schwankt nur leicht zwischen den Regionen. Der Anteil der über 50-Jährigen liegt zwischen 39 (Kreis Düren) und 51 Prozent (Mülheim/Ruhr).

TABELLE 8: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN NACH ALTERSGRUPPEN

Anzahl der bewilligten Anträge auf Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen nach örtlichen Trägern und Altersgruppen am Stichtag 31.12.2021						
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**18 bis unter 30 Jahre**	**30 bis unter 40 Jahre**	**40 bis unter 50 Jahre**	**50 bis unter 65 Jahre**	**65 Jahre und älter**
Düsseldorf	2.311	*11,3%*	*18,8%*	*20,6%*	*39,3%*	*10,1%*
Duisburg	1.825	*12,7%*	*20,7%*	*20,3%*	*39,4%*	*7,0%*
Essen	2.496	*12,0%*	*20,6%*	*19,6%*	*37,4%*	*10,4%*
Krefeld	1.513	*18,0%*	*19,6%*	*19,5%*	*36,6%*	*6,3%*
Leverkusen	803	*12,5%*	*20,2%*	*21,4%*	*37,9%*	*8,1%*
Mönchengladbach	2.267	*17,4%*	*21,9%*	*20,7%*	*32,8%*	*7,2%*
Mülheim/Ruhr	608	*8,9%*	*20,7%*	*19,6%*	*39,0%*	*11,8%*
Oberhausen	965	*13,8%*	*21,2%*	*17,7%*	*39,9%*	*7,4%*
Remscheid	771	*13,0%*	*25,9%*	*17,9%*	*35,5%*	*7,7%*
Solingen	526	*15,6%*	*21,5%*	*20,2%*	*34,8%*	*8,0%*
Wuppertal	1.240	*16,0%*	*21,3%*	*20,0%*	*34,6%*	*8,1%*
Kreis Mettmann	1.816	*13,8%*	*21,2%*	*18,8%*	*36,4%*	*9,8%*
Rhein-Kreis Neuss	1.204	*15,0%*	*21,4%*	*19,0%*	*37,0%*	*7,5%*
Kreis Viersen	1.521	*15,5%*	*21,6%*	*19,1%*	*35,8%*	*8,0%*
Kreis Kleve	1.934	*17,3%*	*25,3%*	*17,0%*	*31,5%*	*8,8%*
Kreis Wesel	1.880	*16,2%*	*22,6%*	*21,8%*	*33,6%*	*5,9%*
Bonn	1.124	*12,0%*	*22,1%*	*19,5%*	*37,5%*	*9,0%*
Köln	6.028	*11,6%*	*19,2%*	*22,0%*	*38,1%*	*9,1%*
Rhein-Erft-Kreis	1.437	*16,4%*	*21,4%*	*20,7%*	*33,7%*	*7,9%*
Kreis Euskirchen	773	*17,1%*	*23,9%*	*18,4%*	*32,3%*	*8,3%*
Oberbergischer Kreis	1.000	*13,6%*	*21,6%*	*22,1%*	*35,8%*	*6,9%*
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.011	*13,7%*	*23,2%*	*22,0%*	*34,5%*	*6,5%*
Rhein-Sieg-Kreis	1.246	*15,8%*	*25,3%*	*18,5%*	*34,3%*	*6,1%*
Städteregion Aachen	2.976	*15,3%*	*22,3%*	*19,0%*	*34,1%*	*9,3%*
Kreis Düren	1.126	*18,2%*	*24,5%*	*18,7%*	*31,7%*	*6,9%*
Kreis Heinsberg	1.920	*16,8%*	*23,6%*	*17,7%*	*33,2%*	*8,7%*
außerhalb Rheinland	921	*19,8%*	*28,3%*	*21,4%*	*25,2%*	*5,3%*
LVR-Gesamt	**43.242**	***14,5%***	***21,7%***	***19,9%***	***35,6%***	***8,3%***

1.3.4. Geschlecht der Leistungsberechtigten außerhalb besonderer Wohnformen

Das Geschlechterverhältnis beim selbstständigen Wohnen außerhalb besonderer Wohnformen ist mit 49 Prozent Frauen gegenüber 51 Prozent Männern ausgeglichener als in besonderen Wohnformen und seit 2016 kaum verändert. In 13 Regionen erhalten mehr Frauen als Männer ambulante Wohnunterstützung (mit einem maximalen Frauenanteil von 54 Prozent). In fünf Mitgliedskörperschaften liegt der Anteil der Männer an den Leistungsberechtigten deutlich über dem der Frauen (mit einem maximalen Anteil von 57 Prozent im Rheinisch-Bergischen-Kreis).

TABELLE 9: ERWACHSENE LEISTUNGSBERECHTIGTE AUßERHALB BESONDERER WOHNFORMEN NACH GESCHLECHT

Anzahl der bewilligten Anträge auf Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen nach örtlichen Trägern und Geschlecht am Stichtag 31.12.2021					
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**männlich**	**weiblich**	**Anteil männlich**	**Anteil weiblich**
Düsseldorf	2.311	1.230	1.081	53,2%	46,8%
Duisburg	1.825	946	879	51,8%	48,2%
Essen	2.496	1.343	1.153	53,8%	46,2%
Krefeld	1.513	732	781	48,4%	51,6%
Leverkusen	803	421	382	52,4%	47,6%
Mönchengladbach	2.267	1.112	1.155	49,1%	50,9%
Mülheim/Ruhr	608	311	297	51,2%	48,8%
Oberhausen	965	476	489	49,3%	50,7%
Remscheid	771	366	405	47,5%	52,5%
Solingen	526	244	282	46,4%	53,6%
Wuppertal	1.240	599	641	48,3%	51,7%
Kreis Mettmann	1.816	890	926	49,0%	51,0%
Rhein-Kreis Neuss	1.204	595	609	49,4%	50,6%
Kreis Viersen	1.521	732	789	48,1%	51,9%
Kreis Kleve	1.934	1.045	889	54,0%	46,0%
Kreis Wesel	1.880	923	957	49,1%	50,9%
Bonn	1.124	519	605	46,2%	53,8%
Köln	6.028	3.148	2.880	52,2%	47,8%
Rhein-Erft-Kreis	1.437	698	739	48,6%	51,4%
Kreis Euskirchen	773	410	363	53,0%	47,0%
Oberbergischer Kreis	1.000	527	473	52,7%	47,3%
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.011	573	438	56,7%	43,3%
Rhein-Sieg-Kreis	1.246	627	619	50,3%	49,7%
Städteregion Aachen	2.976	1.490	1.486	50,1%	49,9%
Kreis Düren	1.126	590	536	52,4%	47,6%
Kreis Heinsberg	1.920	918	1.002	47,8%	52,2%
außerhalb Rheinland	921	456	465	49,5%	50,5%
LVR-Gesamt	**43.242**	**21.921**	**21.321**	**50,7%**	**49,3%**

2. Leistungen zur Teilhabe an Arbeit für Menschen mit Behinderung

Der Landschaftsverband Rheinland erbringt Leistungen zur Teilhabe an Arbeit für Menschen mit Behinderung insbesondere durch

- die Finanzierung von Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe
- die neuen Eingliederungshilfe-Leistungen „Budget für Arbeit" und „Andere Leistungsanbieter" sowie
- das landesspezifische „LVR-Budget für Arbeit" und die Förderung von Inklusionsbetrieben aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

2.1 Fallzahlen beim Budget für Arbeit und bei Anderen Leistungsanbietern

Mit der BTHG-Reform wurde 2018 das gesetzliche Leistungsportfolio im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben durch das „Budget für Arbeit" (Paragraph 61 SGB IX) erweitert. Das neue Förderinstrument verbindet Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber mit Leistungen für Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz und soll damit eine Tätigkeit auf dem ersten, allgemeinen Arbeitsmarkt als Alternative zur Werkstatt ermöglichen. Damit hat der Bundesgesetzgeber einen Ansatz normiert, der u.a. beim LVR bereits seit Jahren erfolgreich erprobt worden war (LVR-Budget für Arbeit). Im Rahmen des bisherigen LVR-Programms werden weiterhin Übergänge auf den Arbeitsmarkt über den gesetzlichen Rahmen hinaus gefördert.

Zum 31.12.2021 haben 175 Leistungsberechtigte im LVR-Gebiet die Unterstützung im Rahmen des neuen gesetzlichen Budgets für Arbeit genutzt (in 2020: 152 Leistungsberechtigte). Weitere 108 Personen erhielten Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe im Rahmen des LVR-Modellprogramms.
2021 sind insgesamt 95 Werkstattbeschäftigte aus allen Bereichen der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gewechselt, davon 47 mit einer Förderung durch das Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX.

Die folgende Tabelle 10 zeigt die regionale Verteilung bei der Nutzung des gesetzlichen „Budgets für Arbeit" nach Paragraph 61 SGB IX auf Basis des tatsächlichen Aufenthaltes (Wohnadresse) der Leistungsberechtigten. Erfasst sind nur die Leistungsberechtigten, bei denen nach Erteilung einer Bewilligung „dem Grunde nach" auch tatsächlich ein Arbeitsvertrag auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zustande gekommen ist.

Gemessen an einem Anteil der männlichen Leistungsberechtigten in den rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung von 59 Prozent ist der Anteil der männlichen Leistungsberechtigten beim Budget für Arbeit mit im Durchschnitt 81 Prozent überproportional hoch.

Über zwei Drittel der insgesamt 175 Beschäftigten mit einem Budget für Arbeit sind seelisch behindert, rund 70 Prozent sind unter 40 Jahre alt.

TABELLE 10: LEISTUNGSBERECHTIGTE MIT BUDGET FÜR ARBEIT NACH PARAGRAPH 61 SGB IX NACH GESCHLECHT

Anzahl der bewilligten Anträge auf Leistungen nach § 61 SGB IX nach örtlichen Trägern und Geschlecht am Stichtag 31.12.2021			
Stadt/Kreis	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**männlich**	**weiblich**
Düsseldorf	10	7	3
Duisburg	13	11	2
Essen	5	4	1
Krefeld	1	1	0
Leverkusen	0	0	0
Mönchengladbach	10	10	0
Mülheim/Ruhr	4	3	1
Oberhausen	6	5	1
Remscheid	1	1	0
Solingen	5	4	1
Wuppertal	12	11	1
Kreis Mettmann	17	11	6
Rhein-Kreis Neuss	8	6	2
Kreis Viersen	4	3	1
Kreis Kleve	7	5	2
Kreis Wesel	4	4	0
Bonn	12	10	2
Köln	9	6	3
Rhein-Erft-Kreis	4	4	0
Kreis Euskirchen	4	3	1
Oberbergischer Kreis	0	0	0
Rheinisch-Bergischer Kreis	3	3	0
Rhein-Sieg-Kreis	9	7	2
Städteregion Aachen	7	5	2
Kreis Düren	6	6	0
Kreis Heinsberg	9	9	0
außerhalb Rheinland	5	3	2
LVR-Gesamt	**175**	**142**	**33**

Als weitere Alternative zur Werkstattbeschäftigung wurde mit dem BTHG die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Aufnahme in eine Werkstatt haben, entsprechende Leistungen zur Teilhabe an Arbeit auch bei Anderen Leistungsanbietern in Anspruch nehmen (Paragraph 60 SGB IX).

Eine regionalisierte Darstellung dieses neuen Förderangebotes erfolgt aufgrund der insgesamt geringen Fallzahlen in 2021 noch nicht. Das Angebot „Andere Leistungsanbieter" befindet sich weiterhin im Aufbau; zum 31.12.2021 erhielten insgesamt 14 Leistungsberechtigte bei fünf „Anderen Leistungsanbietern" Leistungen zur Beschäftigung.

2.2 Leistungsberechtigte in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Der Landschaftsverband Rheinland ist zuständiger Leistungsträger im Arbeitsbereich einer Werkstatt (WfbM) – die dargestellten Daten beziehen sich entsprechend auf Beschäftigte im Arbeitsbereich (ohne Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich). Zusätzlich zu den Beschäftigten in den rheinischen Werkstätten werden auch die Leistungsberechtigten ausgewiesen, die in Werkstätten außerhalb des Rheinlandes beschäftigt sind, für die der LVR aber zuständiger Leistungsträger ist.

Zum 31.12.2021 finanzierte der LVR die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen für 34.978 Leistungsberechtigte. Die Dynamik des Fallzahlanstiegs geht im Rheinland wie bundesweit in den letzten Jahren erkennbar zurück.

Wie in den anderen Bundesländern war auch im Rheinland bis 2019 ein stetiger Anstieg der Anzahl der Leistungsberechtigten zu verzeichnen – sowohl absolut wie auch bezogen auf die Einwohnerzahl. Von 2010 bis 2019 erhöhte sich die Zahl der Werkstattbeschäftigten im Rheinland um insgesamt 21 Prozent. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 1,9 Prozent oder - in absoluten Zahlen - einem jährlichen Zuwachs von durchschnittlich knapp 600 Fällen.
Von 2018 auf 2019 stiegen die Fallzahlen im Rheinland um nur noch 0,6 Prozent oder 220 Personen, seit 2020 stagnieren sie. Bundesweit wurde 2021 das zweite Mal in Folge sogar ein leichter Rückgang verzeichnet.

Demografisch bedingt steigt die Zahl der Leistungsberechtigten, die die Werkstatt verlassen und in Rente gehen. Auch die Corona-Pandemie führte zu vermehrten Abmeldungen aus der Werkstatt und nicht alle Beschäftigten sind nach Ende der Pandemie zurückgekehrt. Nach 20 Jahren Werkstatttätigkeit erwerben Beschäftigte einen Anspruch auf Erwerbsminderungsrente, der im Zuge von Corona vermehrt wahrgenommen wurde. Die geförderten Alternativen zur Werkstattbeschäftigung tragen ebenfalls zum Rückgang der Fallzahlen bei.

2.2.1 Beschäftigtenzahlen im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Die folgende Karte stellt die Fallzahlen bei der Werkstatt-Beschäftigung in den LVR-Mitgliedskörperschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl (Dichtewert) dar. Die Verteilung basiert auf dem tatsächlichen Aufenthalt der Leistungsberechtigten.

Im Rheinland sind durchschnittlich 5,9[1] von 1.000 Einwohner*innen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren in einer Werkstatt beschäftigt. Diese Dichtewerte variieren regional deutlich von 3,3 in Düsseldorf bis zu 10,2 im Kreis Kleve.

[1] Dieser Dichtewert berücksichtigt auch die Beschäftigten in außerrheinischen WfbM.

ABBILDUNG 5: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN PRO 1.000 EINWOHNER*INNEN (18 BIS UNTER 65 JAHRE) IN 2021 (nach tatsächlichem Aufenthalt)



Die Zahl der Werkstattbeschäftigten in einer Region ist unter anderem abhängig von in der Region vorhandenen Wohnangeboten der Eingliederungshilfe oder Standorten von Kliniken, HPH-Netzen etc. Auch sind Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt wie Tagesstrukturangebote, Tagesstätten, Arbeitstherapie, Inklusionsbetriebe, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt etc. regional unterschiedlich vorhanden beziehungsweise werden unterschiedlich in Anspruch genommen.

2.2.2 Behinderungsform der Beschäftigten

Im Bereich des LVR sind, wie bundesweit, vornehmlich Menschen mit primär geistiger (und körperlicher) Behinderung in einer Werkstatt beschäftigt. Ihr Anteil liegt 2021 bei rund 78 Prozent. Gleichzeitig wächst die Gruppe der Werkstattbeschäftigten mit psychischer Behinderung langsam, aber stetig auf durchschnittlich 22 Prozent (2016: 20 Prozent).

Tabelle 11 zeigt die regionale Verteilung der Werkstatt-Beschäftigten in Leistungsträgerschaft des LVR in absoluten Zahlen sowie die Verteilung nach Behinderungsform. Regionale Unterschiede sind unter anderem durch die Nähe zu Wohneinrichtungen, Fachkliniken oder alternativen Beschäftigungsangeboten für Menschen mit einer psychischen Behinderung zu erklären.

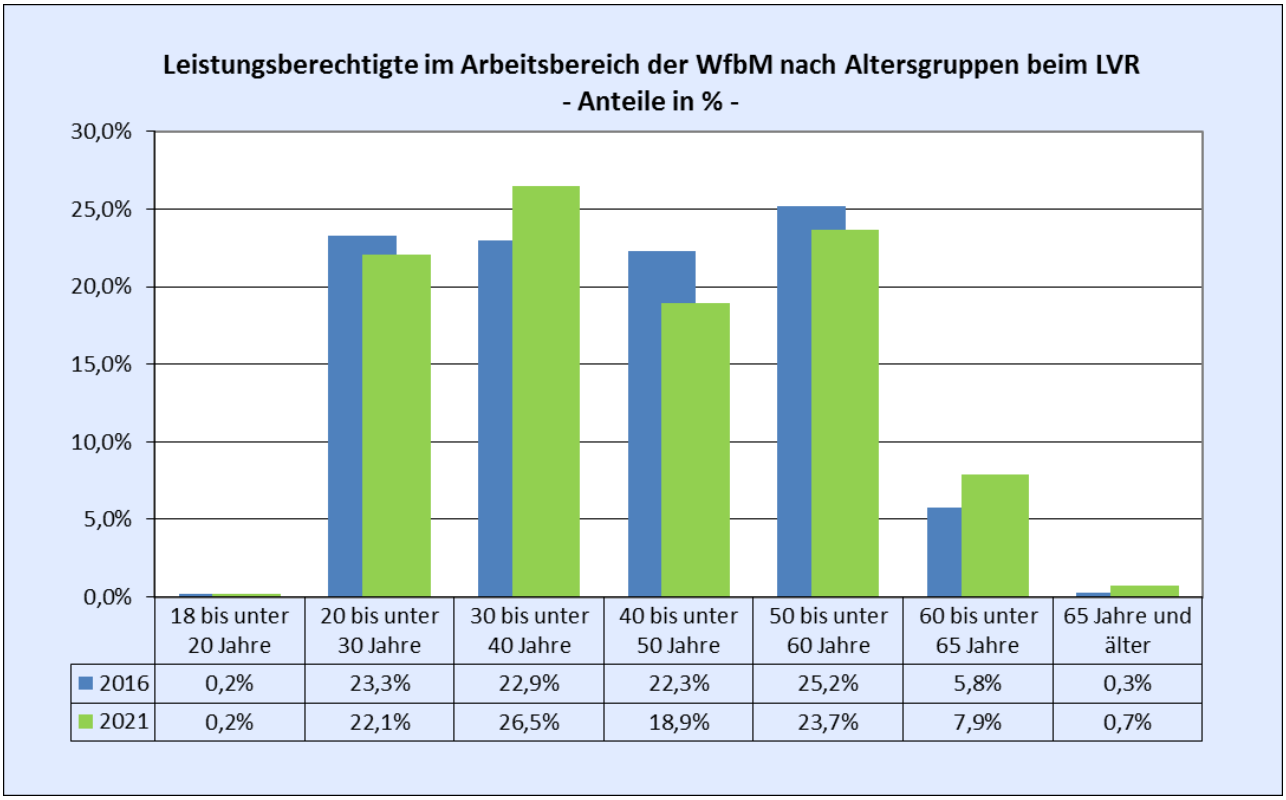
TABELLE 11: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN WFBM IN LEISTUNGSTRÄGERSCHAFT LVR NACH BEHINDERUNGSFORM

Anzahl der Beschäftigten im Arbeitsbereich der WfbM nach Regionen am Stichtag 31.12.2021			
Region (= tatsächlicher Aufenthalt)	**Anzahl der Beschäftigten**	**Anteil der Beschäftigten in % mit einer**	
		geistigen/körperlichen Behinderung (g.B./k.B.)	**psychischen Behinderung (p.B.)**
Düsseldorf	1.328	82,3%	17,7%
Duisburg	1.525	84,4%	15,6%
Essen	2.074	83,8%	16,2%
Krefeld	762	78,9%	21,1%
Leverkusen	465	81,7%	18,3%
Mönchengladbach	1.298	83,6%	16,4%
Mülheim/Ruhr	566	75,8%	24,2%
Oberhausen	681	78,3%	21,7%
Remscheid	401	71,6%	28,4%
Solingen	507	74,2%	25,8%
Wuppertal	1.418	55,6%	44,4%
Kreis Mettmann	1.310	84,8%	15,2%
Rhein-Kreis Neuss	1.380	81,2%	18,8%
Kreis Viersen	1.190	83,4%	16,6%
Kreis Kleve	1.986	76,1%	23,9%
Kreis Wesel	1.831	82,3%	17,7%
Bonn	902	66,4%	33,6%
Köln	3.245	66,9%	33,1%
Rhein-Erft-Kreis	1.368	77,9%	22,1%
Kreis Euskirchen	992	69,7%	30,3%
Oberbergischer Kreis	1.182	71,6%	28,4%
Rheinisch-Bergischer Kreis	867	81,4%	18,6%
Rhein-Sieg-Kreis	1.803	83,0%	17,0%
Städteregion Aachen	2.116	81,6%	18,4%
Kreis Düren	868	77,5%	22,5%
Kreis Heinsberg	1.402	74,5%	25,5%
außerrheinisch	1.511	85,1%	14,9%
LVR-Gesamt	**34.978**	**77,6%**	**22,4%**

2.2.3 Alter der Beschäftigten

Die Altersstruktur der Werkstattbeschäftigten verändert sich im Rheinland wie im bundesweiten Durchschnitt seit Jahren in Richtung einer Zunahme bei den über 50-Jährigen zu Lasten jüngerer Jahrgänge.

ABBILDUNG 6: LEISTUNGSBERECHTIGTE IM ARBEITSBEREICH DER WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN IN LEISTUNGSTRÄGERSCHAFT LVR NACH ALTERSGRUPPEN 2016 UND 2021



	18 bis unter 20 Jahre	20 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter
2016	0,2%	23,3%	22,9%	22,3%	25,2%	5,8%	0,3%
2021	0,2%	22,1%	26,5%	18,9%	23,7%	7,9%	0,7%

Datenquelle: Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2021

Seit 2019 machen sich allerdings die vermehrten Renteneintritte bemerkbar. Im Durchschnitt über alle Regionen sind in 2021 rund ein Drittel (32,3 Prozent) der Werkstattbeschäftigten 50 Jahre und älter. Im Vor-Coronajahr 2019 lag der Anteil mit 33,4 Prozent noch geringfügig höher.

Die Altersverteilung in den einzelnen Regionen im Rheinland zum 31.12.2021 ist in der folgenden Tabelle 12 dargestellt. In zwei Regionen (Bonn und Wuppertal) liegt der Anteil der Altersgruppen ab 50 Jahre bei über 41 Prozent, im Kreis Wesel und in der Städteregion Aachen dagegen unter 25 Prozent.

TABELLE 12: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN WFBM IN LEISTUNGSTRÄGERSCHAFT LVR NACH ALTERSGRUPPEN

Anzahl der Beschäftigten im Arbeitsbereich der WfbM nach Regionen und Altersgruppen am Stichtag 31.12.2021								
Region (=tatsächlicher Aufenthalt)	**Anzahl der Leistungs-berechtig-ten**	**bis unter 20 Jahre**	**20 bis unter 30 Jahre**	**30 bis unter 40 Jahre**	**40 bis unter 50 Jahre**	**50 bis unter 60 Jahre**	**60 bis unter 65 Jahre**	**65 Jahre und älter**
Düsseldorf	1.328	0,0%	22,1%	24,0%	18,4%	26,4%	8,5%	0,6%
Duisburg	1.525	0,3%	22,9%	26,6%	19,0%	23,9%	6,6%	0,8%
Essen	2.074	0,2%	19,2%	24,7%	19,9%	26,4%	8,8%	0,8%
Krefeld	762	0,3%	24,8%	27,7%	18,2%	22,7%	5,5%	0,8%
Leverkusen	465	0,2%	20,6%	29,5%	20,6%	23,0%	5,6%	0,4%
Mönchengladbach	1.298	0,1%	23,5%	26,2%	19,7%	23,3%	6,8%	0,5%
Mülheim/Ruhr	566	0,2%	20,5%	27,9%	20,1%	22,8%	8,1%	0,4%
Oberhausen	681	0,4%	22,8%	29,2%	19,2%	22,6%	5,3%	0,4%
Remscheid	401	0,2%	21,7%	32,2%	16,0%	22,2%	7,7%	0,0%
Solingen	507	0,2%	19,1%	27,2%	18,7%	25,2%	7,9%	1,6%
Wuppertal	1.418	0,1%	17,1%	22,3%	19,3%	28,5%	11,5%	1,3%
Kreis Mettmann	1.310	0,0%	21,3%	27,9%	19,8%	23,1%	7,3%	0,5%
Rhein-Kreis Neuss	1.380	0,1%	21,3%	25,9%	18,9%	25,7%	7,5%	0,5%
Kreis Viersen	1.190	0,6%	24,0%	26,6%	18,4%	22,9%	6,6%	0,8%
Kreis Kleve	1.986	0,1%	20,2%	24,9%	19,3%	24,1%	10,3%	1,1%
Kreis Wesel	1.831	0,1%	22,9%	28,0%	20,5%	21,0%	7,1%	0,3%
Bonn	902	0,0%	16,0%	23,8%	17,8%	29,2%	11,9%	1,3%
Köln	3.245	0,3%	23,1%	25,5%	18,6%	24,1%	7,9%	1,3%
Rhein-Erft-Kreis	1.368	0,4%	23,0%	28,5%	19,1%	21,6%	6,8%	0,6%
Kreis Euskirchen	992	0,2%	27,0%	23,7%	16,4%	24,7%	7,4%	0,6%
Oberbergischer Kreis	1.182	0,1%	21,3%	27,5%	20,5%	23,0%	7,3%	0,3%
Rheinisch-Bergischer Kreis	867	0,1%	20,6%	26,1%	19,0%	23,9%	8,9%	1,4%
Rhein-Sieg-Kreis	1.803	0,0%	22,1%	28,8%	20,1%	22,5%	6,3%	0,3%
Städteregion Aachen	2.116	0,3%	29,5%	28,1%	17,4%	18,3%	6,0%	0,3%
Kreis Düren	868	0,6%	25,5%	26,7%	18,8%	21,8%	6,0%	0,7%
Kreis Heinsberg	1.402	0,6%	25,0%	28,9%	15,8%	20,8%	8,6%	0,4%
außerrheinischer Trä-ger	1.511	0,0%	15,1%	25,0%	18,8%	26,8%	12,4%	2,0%
LVR-Gesamt	**34.978**	**0,2%**	**22,1%**	**26,5%**	**18,9%**	**23,7%**	**7,9%**	**0,7%**

2.2.4 Geschlecht der Werkstattbeschäftigten

Im Rheinland sind 59 Prozent der Werkstattbeschäftigten männlich und 41 Prozent weiblich. Dies entspricht der bundesweiten Verteilung, die seit Jahren unverändert ist.

In den einzelnen Regionen stellt sich die Geschlechterverteilung durchaus unterschiedlich dar. Der Männeranteil schwankt zwischen 55 Prozent (Stadt Krefeld) und 63 Prozent (Stadt Mönchengladbach).

TABELLE 13: LEISTUNGSBERECHTIGTE IN WFBM IN LEISTUNGSTRÄGERSCHAFT LVR NACH GESCHLECHT

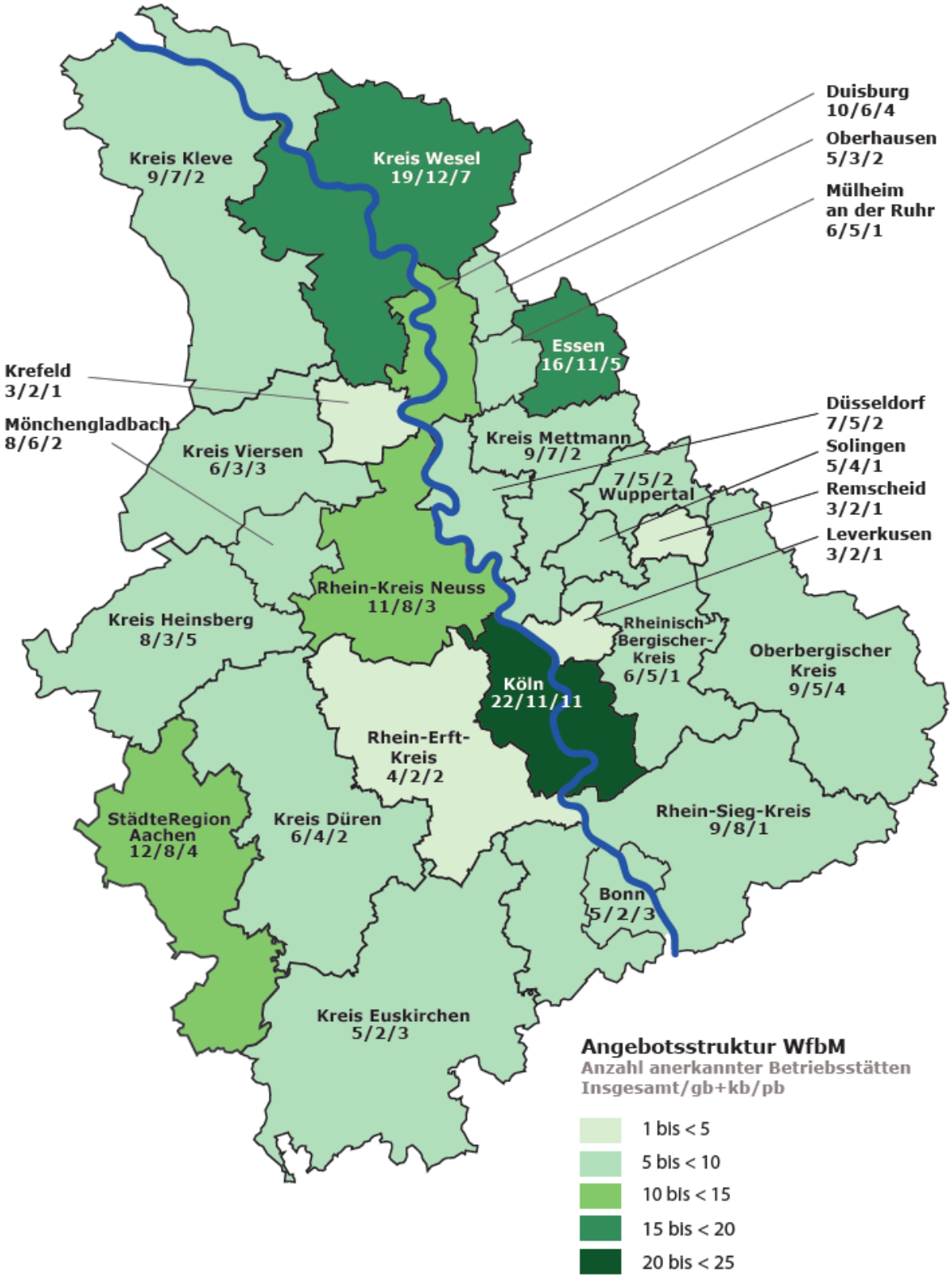
Anzahl der Beschäftigten im Arbeitsbereich der WfbM nach Regionen am Stichtag 31.12.2021			
Region (=tatsächlicher Aufenthalt)	**Anzahl der Leistungs-berechtigten**	**Anteil männlich**	**Anteil weiblich**
Düsseldorf	1.328	58,3%	41,7%
Duisburg	1.525	59,9%	40,1%
Essen	2.074	61,7%	38,3%
Krefeld	762	54,9%	45,1%
Leverkusen	465	60,2%	39,8%
Mönchengladbach	1.298	63,4%	36,6%
Mülheim/Ruhr	566	61,0%	39,0%
Oberhausen	681	60,4%	39,6%
Remscheid	401	59,9%	40,1%
Solingen	507	60,6%	39,4%
Wuppertal	1.418	56,9%	43,1%
Kreis Mettmann	1.310	60,1%	39,9%
Rhein-Kreis Neuss	1.380	60,3%	39,7%
Kreis Viersen	1.190	60,3%	39,7%
Kreis Kleve	1.986	58,9%	41,1%
Kreis Wesel	1.831	57,9%	42,1%
Bonn	902	59,6%	40,4%
Köln	3.245	58,1%	41,9%
Rhein-Erft-Kreis	1.368	58,3%	41,7%
Kreis Euskirchen	992	61,3%	38,7%
Oberbergischer Kreis	1.182	57,8%	42,2%
Rheinisch-Bergischer Kreis	867	55,7%	44,3%
Rhein-Sieg-Kreis	1.803	57,8%	42,2%
Städteregion Aachen	2.116	57,9%	42,1%
Kreis Düren	868	57,7%	42,3%
Kreis Heinsberg	1.402	57,6%	42,4%
außerrheinischer Träger	1.511	57,0%	43,0%
LVR-Gesamt	**34.978**	**58,8%**	**41,2%**

2.2.5 Angebotsstruktur der Werkstätten im Rheinland

Im Rheinland unterhielten die 44 Werkstattträger 2021 insgesamt 213 Betriebsstätten mit einem flächendeckenden Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit wesentlicher Behinderung. Die Karte in Abbildung 7 stellt die Verteilung der Betriebsstätten im Rheinland dar. Angezeigt wird jeweils die Gesamtzahl der Betriebsstätten sowie die Zahl der Betriebsstätten für Menschen mit einer geistigen/körperlichen Behinderung sowie für Menschen mit psychischer Behinderung.

In Bezug auf die regionale Versorgungsstruktur ist dabei auf Folgendes hinzuweisen: Den Werkstätten sind verbindliche Einzugsbereiche zugeordnet, die sich an der Erreichbarkeit der WfbM orientieren. Einzugsbereiche können dabei in Randgebieten von Städten und Kreisen auch in angrenzende Regionen hineinreichen.

ABBILDUNG 7: ANGEBOTSSTRUKTUR DER WFBM IM RHEINLAND NACH ANERKANNTEN BETRIEBSSTÄTTEN (BS) INSGESAMT/ ANERKANNTE BS FÜR MENSCHEN MIT EINER GEISTIGEN ODER KÖRPERLICHEN BEHINDERUNG/ ANERKANNTE BS FÜR MENSCHEN MIT EINER PSYCHISCHEN BEHINDERUNG, STAND: DEZEMBER 2021



32 der 44 Werkstattträger bieten spezifische, räumlich selbstständige Beschäftigungsangebote für Menschen mit psychischer Behinderung an. Zehn von ihnen halten ausschließlich Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Zielgruppe vor.

Tabelle 14 listet die Werkstatt-Träger pro Region mit ihren anerkannten Betriebsstätten (nach der primären Behinderungsform) auf.

TABELLE 14: ANGEBOTSSTRUKTUR DER WFBM IM RHEINLAND NACH ANERKANNTEN BETRIEBSSTÄTTEN (BS) 2021

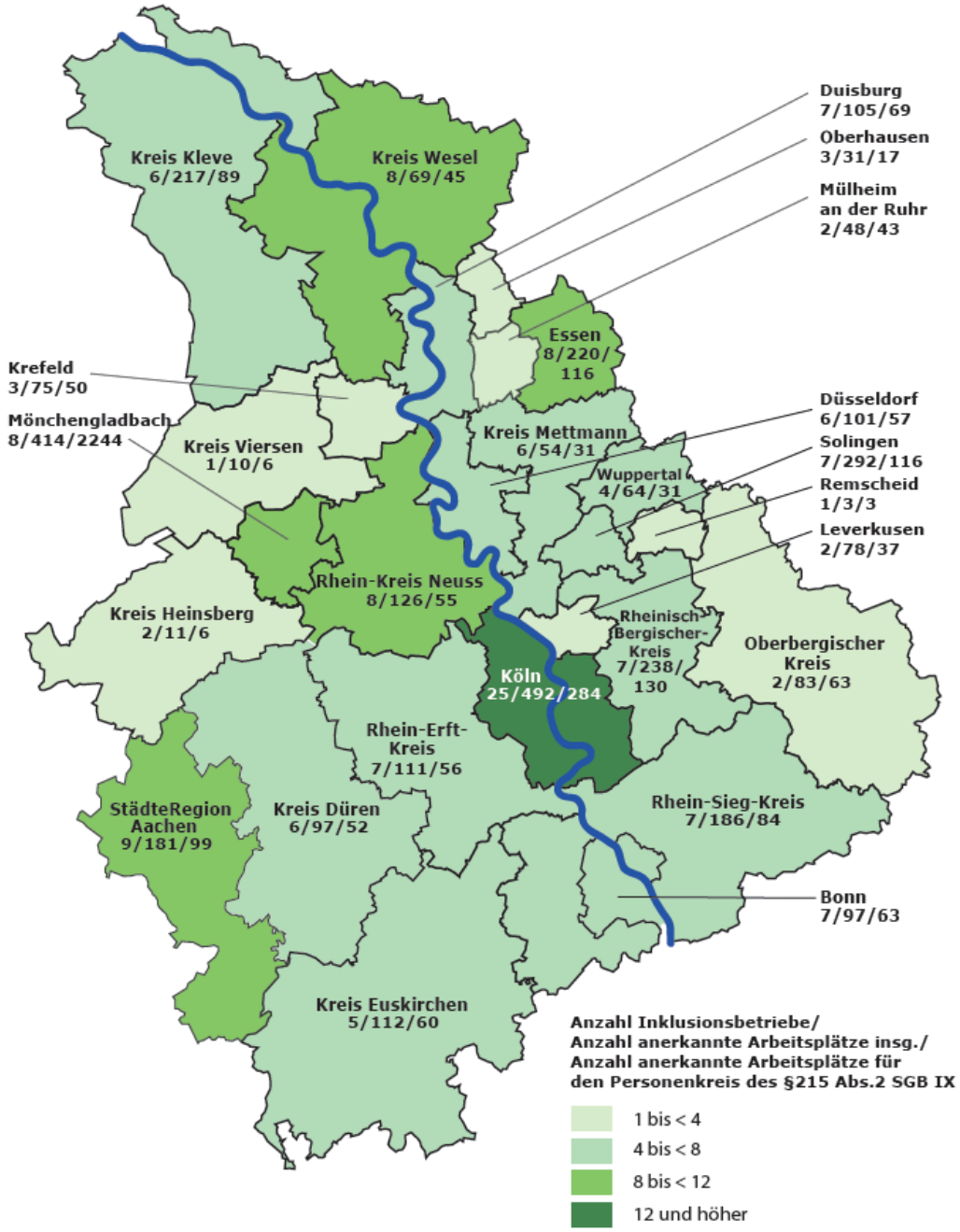
Stadt/Kreis	Werkstattträger	Anzahl BS gb/kb	Anzahl BS pb
Düsseldorf	Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH	5	2
Duisburg	Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH	5	3
	Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH	1	1
Essen	Gesellschaft für soziale Dienstleistungen Essen mbH	5	4
	Franz Sales Werkstätten Essen GmbH	6	1
Krefeld	Heilpädagogisches Zentrum Krefeld - Kreis Viersen gGmbH	2	1
Leverkusen	Lebenshilfe - Werkstätten Leverkusen Rhein / Berg GmbH	2	
	Papierservice Britanniahütte gemeinnützige GmbH		1
Mönchengladbach	Ev. Stiftung Hephata Werkstätten gGmbH	6	2
Mülheim/Ruhr	Theodor Fliedner Einrichtungen	5	1
Oberhausen	Lebenshilfe Werkstätten Oberhausen gGmbH	3	2
Remscheid	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung OV Remscheid e.V.	2	1
Solingen	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung OV Solingen e.V.	4	1
Wuppertal	Lebenshilfe Werkstätten Wuppertal gem. GmbH	2	
	Troxler-Haus GmbH	3	
	proviel GmbH		2
Kreis Mettmann	WfB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH	6	2
	Ev. Stiftung Hephata Werkstätten gGmbH	1	
Rhein-Kreis Neuss	VARIUS Werkstätten	5	1
	GWN Gemeinnützige Werkstätten Neuss GmbH	3	2
Kreis Viersen	Heilpädagogisches Zentrum Krefeld - Kreis Viersen gGmbH	3	3
Kreis Kleve	Haus Freudenberg GmbH	6	2
	Lebenshilfe Werkstätten Unterer Niederrhein GmbH	1	
Kreis Wesel	Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH	4	1
	Albert-Schweitzer-Einrichtungen für Behinderte gGmbH	4	1
	Lebenshilfe Werkstätten Unterer Niederrhein GmbH	4	
	Spix e. V.		5
Bonn	Bonner Werkstätten Lebenshilfe Bonn gGmbH	2	
	GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn GmbH		3
Köln	Alexianer Werkstätten GmbH		7
	Caritas Werkstätten Köln (Geschäftsfeld Caritas Wertarbeit)	5	3
	Gemeinnützige Werkstätten Köln	4	1
	SBK gGmbH Werkstätten	2	
Rhein-Erft-Kreis	Reha-Betriebe Erftland GmbH	2	
	WIR gGmbH		2
Kreis Euskirchen	NEW Nordeifelwerkstätten gGmbH	2	3
Oberbergischer Kreis	Behinderten Werkstätten Oberberg GmbH	4	
	Werkstatt Lebenshilfe Bergisches Land GmbH	1	
	RAPS Marienheide		4
Rheinisch-Bergischer Kreis	Werkstatt Lebenshilfe Bergisches Land GmbH	3	
	Gemeinnützige Werkstätten Köln	1	
	Lebenshilfe - Werkstätten Leverkusen Rhein / Berg gGmbh	1	
	Papierservice Britanniahütte gemeinnützige GmbH		1
Rhein-Sieg-Kreis	Bonner Werkstätten Lebenshilfe Bonn gGmbH	2	
	Rhein Sieg Werkstätten der Lebenshilfe gGmbH	5	1
	Lebensgemeinschaft Eichhof gGmbH	1	
Städteregion Aachen	Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH	2	
	Prodia Kolping WfbM gmbH		2
	Caritas-Behindertenwerk GmbH	6	2
Kreis Düren	Rurtalwerkstätten Lebenshilfe Düren gemeinnützige GmbH	4	2
Kreis Heinsberg	Lebenshilfe Heinsberg e.V.	3	
	ViaNobis Profil		3
	DeinWerk gGmbH		2
LVR-Gesamt		**138**	**75**

2.3 Inklusionsbetriebe

Im Dezember 2021 liegt die Zahl der anerkannten Inklusionsbetriebe im Rheinland bei insgesamt 155. Seit Ende 2001 sind dort 3.529 Arbeitsplätze entstanden, davon 1.897 Arbeitsplätze für Beschäftigte, die zur besonderen Zielgruppe der Inklusionsbetriebe gehören.

ABBILDUNG 8: STANDORTE DER INKLUSIONSBETRIEBE IN DEN LVR-MITGLIEDSKÖRPERSCHAFTEN

ANZAHL INKLUSIONSBETRIEBE / ANZAHL ANERKANNTE ARBEITSPLÄTZE INSGESAMT / ANZAHL ANERKANNTE ARBEITSPLÄTZE FÜR DEN PERSONENKREIS DES PARAGRAPHEN 215 ABS. 2 SGB IX (STAND DER DATEN: DEZEMBER 2021)



In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1745

öffentlich

Datum: 21.08.2023
Dienststelle: Stabsstelle 70.10
Bearbeitung: Frau Pflugrad

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**07.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland

Kenntnisnahme:

Die Darstellung der Fallzahlentwicklung sowie die Ergebnisse des Befragungsprojekts zur Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland werden gemäß Vorlage Nr. 15/1745 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

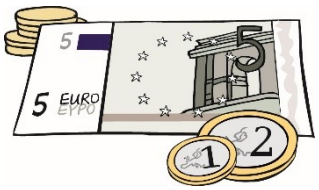
Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Im Rheinland bekommen viele
Menschen mit Behinderungen Hilfe vom LVR.

Oft ist es so: Der LVR gibt das Geld
an die Menschen,
die den Menschen mit Behinderungen helfen.

Es gibt aber auch einen anderen Weg:
Der LVR gibt das Geld direkt an den Menschen,
der Hilfe braucht.
Das heißt dann: Persönliches Budget.
Mit dem Persönliches Budget bezahlen
Menschen mit Behinderungen ihre Hilfe selbst.



Im Rheinland nutzen
fast 2.200 Menschen mit Behinderungen
das Persönliche Budget.
Das sind mehr Menschen als noch vor drei
Jahren.
Das findet der LVR gut.

Der LVR wollte wissen:
Was läuft gut beim Persönlichen Budget?
Was ist nicht so gut?
Was soll anders werden?

Ein Team mit 2 Leuten vom LVR hat deshalb
ganz viele Menschen befragt.

Ein wichtiges Ergebnis ist:
Die Menschen mit Behinderung mit
Persönlichem Budget sind damit sehr zufrieden.
Viele sagen: Sie können nur mit dem
persönlichen Budget so leben, wie sie das wollen.
Sie finden es wichtig,
selber die Assistenzkraft aussuchen zu können.
Und den Tagesablauf selbst bestimmen zu
können.



Die Menschen mit Behinderung
und Persönlichem Budget sagen aber auch:
Der Antrag ist zu kompliziert.
Und es dauert zu lange, bis er bewilligt ist.



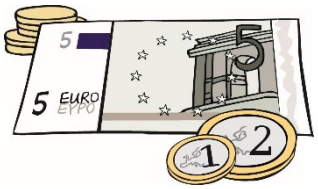
Wegen der langen Wartezeiten auf das Geld
machen sie sich Sorgen.
Viele wünschen sich mehr Kontakt zu ihrem
Fallmanager oder ihrer Fallmanagerin beim LVR.
Und viele wünschen sich mehr Beratung
und Informationen zum persönlichen Budget.



Und sie sagen auch: Manchmal ist es zu viel
Arbeit, wenn man alles selber macht mit der
Assistenz.
Sie wünschen sich mehr Unterstützung.

Die Menschen vom LVR, die mit dem
Persönlichen Budget zu tun haben, sagen:
Das Persönliche Budget macht uns
viel mehr Arbeit als ein normaler Antrag.

Es ist kompliziert auszurechnen,
wie viel Persönliches Budget bezahlt werden soll.
Und häufig wissen wir nicht genau,
was wir tun müssen.

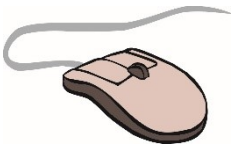


Im Bericht sind Vorschläge,
was man besser machen kann.
Darüber reden jetzt der Chef vom LVR-Dezernat Soziales und die anderen Chefinnen und Chefs im Dezernat.
Denn sie möchten, dass es besser klappt mit dem Persönlichen Budget.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Es gibt auch eine Broschüre
zum Persönlichen Budget
mit einer Zusammenfassung in Leichter Sprache.
Diese finden Sie hier:
https://publi.lvr.de/publi/PDF/780-Brosch%C3%BCre_Das-pers%C3%B6nliche-Budget_Online-Version.pdf

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen.
Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Diese Vorlage stellt die Entwicklung bei der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets in Dezernat 7 in den Jahren 2020 bis 2022 dar, blickt jedoch auch auf die Veränderungen seit 2015. Seit diesem Zeitpunkt erstellt das LVR-Dezernat Soziales einen jährlichen Datenbericht zur Nutzung des Persönlichen Budgets. Dieses Controlling war eines der Elemente eines umfangreichen Maßnahmenkatalogs zur Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets. Unter anderem wurde 2015 die Musterzielvereinbarung für Leistungen der Eingliederungshilfe als Persönliches Budget aktualisiert und damit die proaktive Haltung des Dezernates zum Persönlichen Budget bekräftigt (vgl. Vorlage Nr. 14/837). Ziel war und ist es, mehr Menschen mit Behinderung zur Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets zu motivieren.

2.198 Personen nutzten 2022 das Persönliche Budget. Im vergangenen 3-Jahreszeitraum 2020 bis 2022 ist die Zahl der Nutzer*innen des Persönlichen Budgets um insgesamt 13 Prozent gestiegen, im Zeitraum 2015 bis 2022 sogar um 149 Prozent. Genutzt wird das Persönliche Budget nahezu vollständig für Leistungen der sozialen Teilhabe (Wohnleistungen und Tagesstruktur).

Das Persönliche Budget wird überdurchschnittlich stark von jüngeren Leistungsberechtigten genutzt. 26 Prozent der Budget-Nutzer*innen sind unter 30 Jahre alt. Differenziert nach Behinderungsformen ist die Gruppe der Menschen mit primär körperlicher Beeinträchtigung deutlich überrepräsentiert (32 Prozent Budgetnehmende bei einem Anteil von 4 Prozent an der Gesamtgruppe). 39 bzw. 29 Prozent der Budget-Nutzer*innen sind primär geistig bzw. psychisch behindert (inklusive Suchterkrankung). In Bezug auf das Geschlechterverhältnis ist die Verteilung bei den Nutzenden ausgewogen: 50 Prozent der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget sind Frauen, 50 Prozent sind Männer. Nennungen für „divers" liegen nicht vor.

Für das Dezernat 7 als Leistungsträger der Eingliederungshilfe im Rheinland ist die Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets ein wichtiges strategisches Ziel. Daher beauftragte LVR-Sozialdezernent Dirk Lewandrowski seinen Strategischen Stab mit einer umfassenden Befragung, um mehr über die Nutzungsbedingungen des Persönlichen Budgets zu erfahren und um Hemmnisse, Gelingensfaktoren und verwaltungstechnische Hürden zu erkennen. Dazu wurden im Herbst/Winter 2022/2023 zufällig ausgewählte Nutzer*innen des Persönlichen Budgets und ihre Angehörigen, sowie Expert*innen aus Beratungsstellen und Leistungserbringer befragt. Insgesamt führte das Projektteam 50 persönliche leitfadengestützte (Expert*innen-) Interviews durch. Darüber hinaus wurde eine Online-Befragung des Fallmanagements sowie der Führungskräfte der Fachbereiche 72 und 73 durchgeführt. Die Vorlage stellt die wichtigsten Ergebnisse der Befragung vor und nennt erste Handlungsvorschläge, die sich daraus ergeben.

Die befragten Nutzer*innen sind allesamt überzeugt vom Persönlichen Budget. Die Leistungsform trage maßgeblich dazu bei, dass sie selbstbestimmter leben könnten. Gleichwohl gibt es bei der Umsetzung des Persönlichen Budgets sowohl für Leistungsberechtigte, als auch für die Verwaltung große Hürden. Dazu gehören die häufig als komplex und intransparent beschriebenen Beantragungsverfahren, die oft in einer langen Bearbeitungszeit resultieren. Bei Budgetnutzer*innen wirken lange Zeiträume bis zur Bewilligung oftmals belastend aufgrund der Unsicherheiten, wann und in welchem Umfang eine Leistung (weiterhin) gewährt wird. Die häufig komplexe Verwaltung eines Persönlichen Budgets erlebt ein großer Teil der Befragten aus allen Akteursgruppen

potenziell als überfordernd. Die Interviews zeigen auf Seiten der Leistungsberechtigten den Wunsch nach mehr Information und persönlicher Beratung auf. Die Fallmanager*innen und Führungskräfte des LVR-Dezernates Soziales erkennen ganz überwiegend den Mehrwert, den ein Persönliches Budget für die Teilhabe und Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten bieten kann. Dennoch zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Haltung und strategischen Festlegung der Dezernatsspitze und obersten Führungsebene auf eine proaktive Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets und der mehrheitlich kritischen Betrachtung des Fallmanagements und der mittleren Führungsebene. Mit der Verwaltung des Persönlichen Budgets ist für das LVR-Fallmanagement ein teils deutlich erhöhter Arbeitsaufwand verbunden. Weitere Hemmnisse sind fehlende Routine und Unsicherheiten in der Bearbeitung. Auch auf Seiten der LVR-Mitarbeitenden zeigt sich, dass sich ein großer Teil der Befragten mehr Informationen über das Persönliche Budget und die nötigen Arbeitsabläufe wünscht.

Die befragten Akteure machen auch Vorschläge für Handlungsansätze. Um das häufig benannte Informationsproblem anzugehen, scheint, neben einer zielgruppen-bezogenen Öffentlichkeitsarbeit, vor allem eine proaktive und individuell passende Information und Beratung zum Persönlichen Budget im persönlichen Kontakt zwischen Leistungsberechtigten und LVR-Mitarbeitenden hilfreich. Zudem wäre die verstärkte Nutzung von Teilbudgets, bei denen Sach- und Geldleistung kombiniert werden, eine Möglichkeit für Leistungsberechtigte, die Leistungsform zu erproben und die Nutzung für weitere Personenkreise interessant zu machen. Um die Bearbeitungszeiten zu reduzieren, wird häufig eine Vereinfachung von insbesondere Folgebeantragungen sowie eine begleitende Verschlankung des BEI_NRW vorgeschlagen.

Die Befragungsergebnisse und die sich daraus ableitenden Handlungsansätze wurden bereits in einer dezernats-internen Veranstaltung vorgestellt und diskutiert. Erste Schritte, wie eine arbeitsorganisatorische Bündelung, die Überarbeitung der Arbeitshilfe und die Verschlankung der Bedarfsermittlung sind bereits in Planung bzw. in Umsetzung.

Diese Vorlage berührt die Zielrichtung Nummer 3 „Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern“ des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt“.

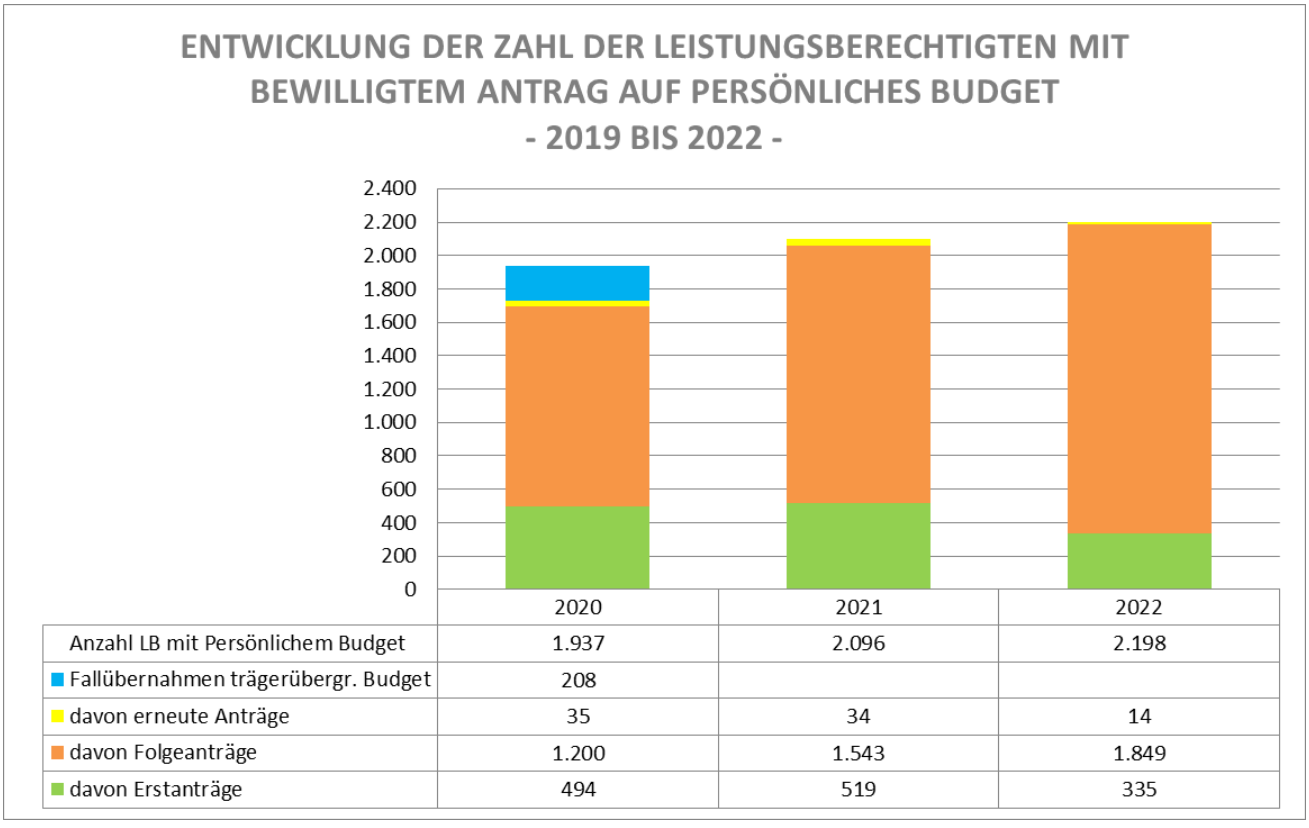
Begründung der Vorlage Nr. 15/1745

1. Die Nutzung des Persönlichen Budgets durch Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe des LVR-Dezernats Soziales

Eines der strategischen Ziele des LVR-Dezernats Soziales ist die Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets. Dazu wurde 2015 ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen (z. B. neue Musterzielvereinbarung, verwaltungsinterne Fortbildungen, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, jährliches Berichtswesen, siehe Vorlage Nr. 14/837). 2021 hat die Verwaltung einen Datenbericht zur Entwicklung der Nutzung des Persönlichen Budgets zwischen 2018 und 2020 vorgelegt (Vorlage Nr. 15/390). In Abschnitt 1 dieser Vorlage wird nun über die Entwicklung und Nutzung des Persönlichen Budgets in den Jahren 2020 bis 2022 berichtet (Datenbestand Juni 2023) sowie auch die längerfristige Entwicklung seit 2015 noch mal in den Blick genommen.
Im zweiten Teil dieser Vorlage werden die Ergebnisse einer Befragung zum Persönlichen Budget bei verschiedenen Akteursgruppen (Leistungsberechtigte und Angehörige, LVR-Fallmanagement und –Führungskräfte, Beratungsstellen) dargestellt.

1.1 Entwicklung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets 2020 bis 2022

Die Zahl der Leistungsberechtigten, die die Leistungsform des Persönlichen Budgets in Anspruch nehmen, lag 2022 bei 2.198. Im 3-Jahreszeitraum 2020 bis 2022 ist die Zahl der Nutzer*innen des Persönlichen Budgets damit um insgesamt 13 Prozent gestiegen.



	2020	2021	2022
Anzahl LB mit Persönlichem Budget	1.937	2.096	2.198
Fallübernahmen trägerübergr. Budget	208		
davon erneute Anträge	35	34	14
davon Folgeanträge	1.200	1.543	1.849
davon Erstanträge	494	519	335

Abb. 1: Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten mit bewilligtem Persönlichem Budget (Zeitraum 2020-2022)[1]

[1] **Definition Erstanträge**: Leistungsberechtigte*r hat das Persönliche Budget zum ersten Mal in Anspruch genommen.

Die Zahl der Personen, die erstmals ein Persönliches Budget vom LVR erhalten haben, liegt in 2022 bei 335 (2020: 494); die Zahl der Leistungsberechtigen mit Folgeanträgen liegt 2022 bei 1.849 und damit um 54 Prozent höher als in 2020.

Deutlich stärker ist der Fallzahlanstieg, wenn man die längerfristige Entwicklung seit 2015 betrachtet, wie Abbildung 2 zeigt. Seit 2015, als umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets beschlossen wurden, stieg die Zahl der Nutzer*innen von 884 auf fast 2.200 Nutzer*innen in 2022 – ein Plus von 149 Prozent.

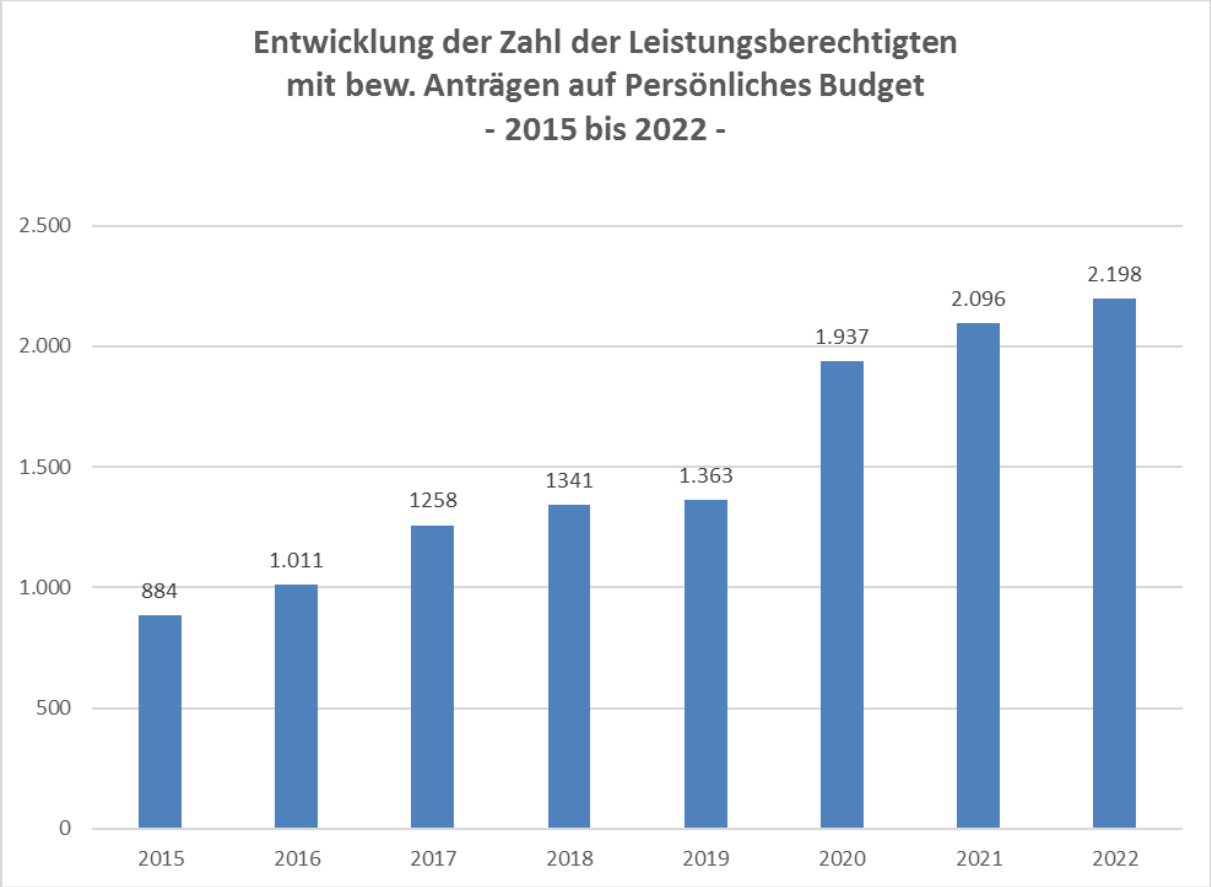


Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten mit bewilligtem Persönlichem Budget (Zeitraum 2015-2022)

1.2 Budgetnehmende nach Zielgruppen und Behinderungsform

Unterschieden nach Behinderungsform stellen 2022 die Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung (39 Prozent) die größte Nutzergruppe, gefolgt von der Gruppe der Menschen mit körperlicher Behinderung (32 Prozent). Insgesamt 29 Prozent haben eine psychische Behinderung oder Suchterkrankung (vgl. Abbildung 3).

Die Verteilung der Budgetnehmenden nach Zielgruppen unterscheidet sich geringfügig von der Verteilung in 2020 (vgl. Vorlage Nr. 15/390). Der Anteil der Menschen mit geistiger Behinderung sowie der Anteil der Menschen mit Suchterkrankung hat sich jeweils um einen Prozentpunkt verringert. Der Anteil der Menschen mit körperlicher Behinderung hat sich um vier Prozentpunkte erhöht.

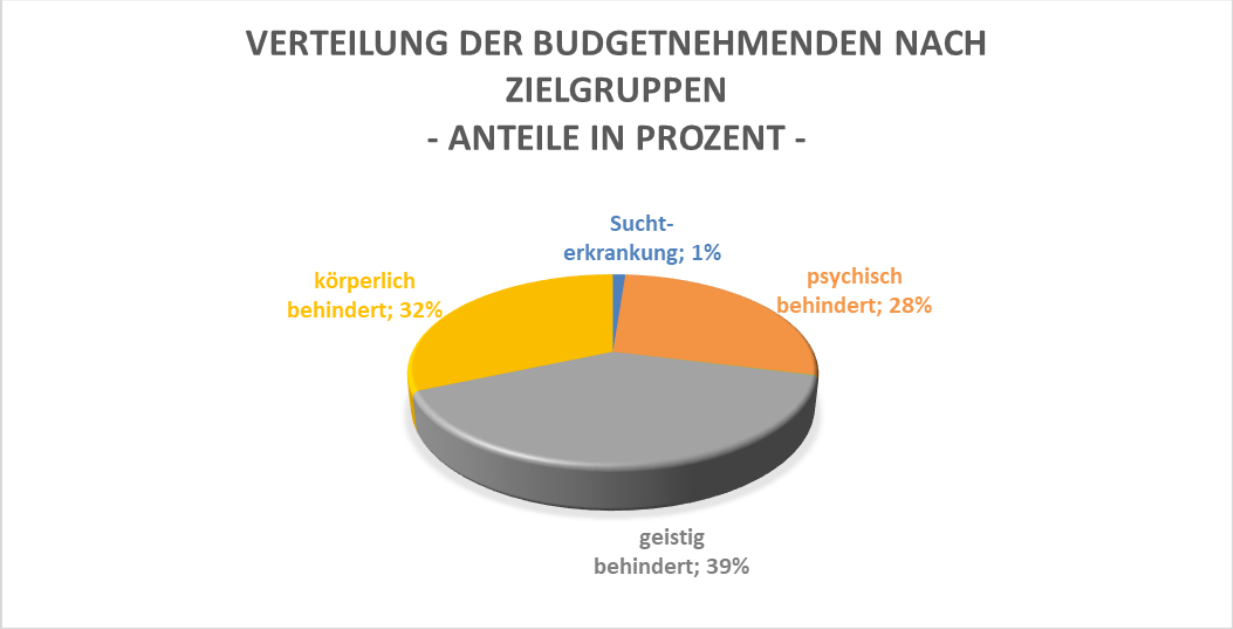


Abb. 3: Budgetnehmende 2022 (N=2.198 Leistungsberechtigte) nach Zielgruppen

Im Vergleich zur Gesamtgruppe der Leistungsberechtigten in der Eingliederungshilfe (Wohnen und Werkstätten) beim LVR sind bei den Nutzer*innen des Persönlichen Budgets Menschen mit körperlicher Behinderung – wie auch in 2020 – deutlich überrepräsentiert (+28 Prozentpunkte im Vergleich zur Gesamtgruppe; vgl. Abbildungen 3 und 4). Unterrepräsentiert sind hingegen Menschen mit psychischer Behinderung (-21 Prozentpunkte im Vergleich zur Gesamtgruppe) sowie Leistungsberechtigte mit einer Suchterkrankung (-3 Prozentpunkte). Der Anteil der Budgetnehmer*innen mit geistiger Behinderung liegt aktuell bei 39 Prozent und liegt damit etwas unter dem Anteil dieser Gruppe in der Eingliederungshilfe insgesamt (43 Prozent).

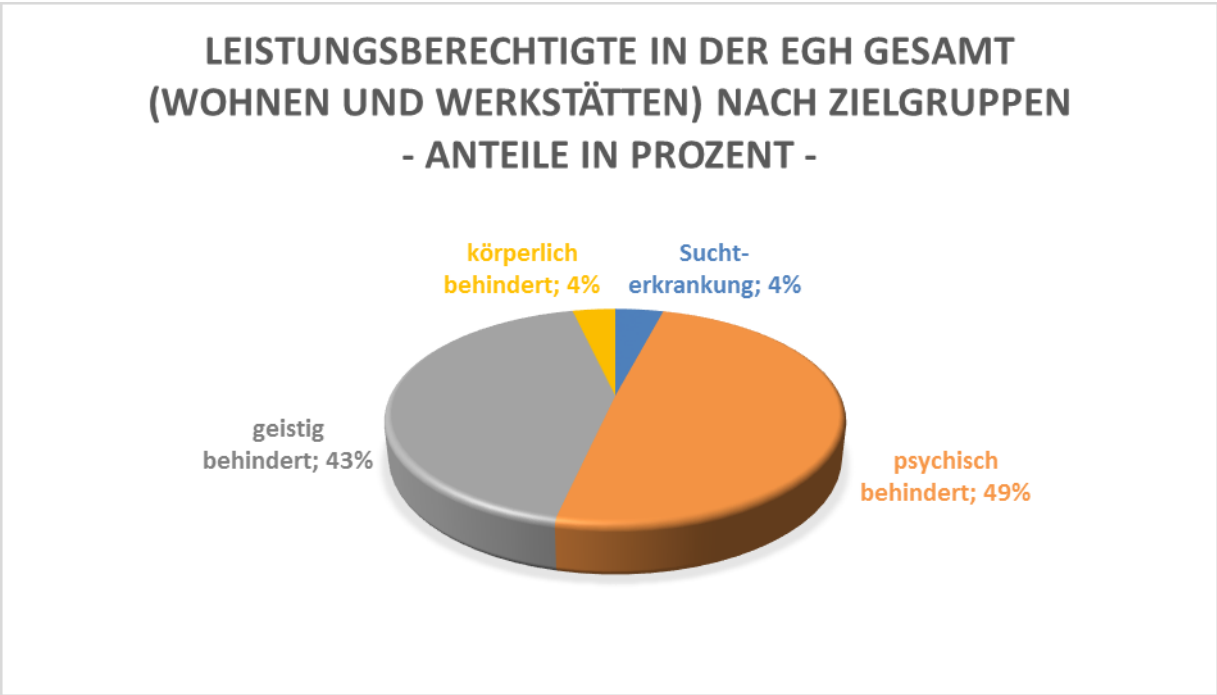


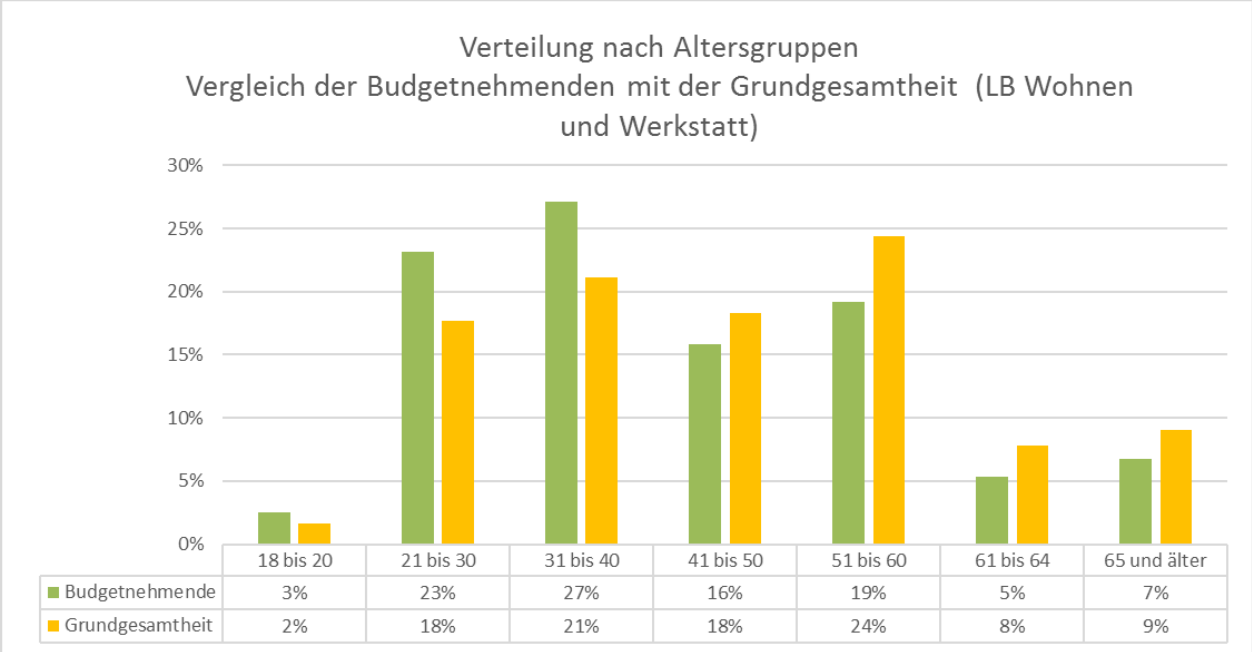
Abb. 4: Leistungsberechtigte in der EGH gesamt 2022 (N=78.430 Leistungsberechtigte) nach Zielgruppen

1.3 Verteilung der Budgetnehmenden nach Geschlecht

Wie in 2020 (vgl. Vorlage Nr. 15/390), sind 50 Prozent der Budgetnehmenden im Jahr 2022 weiblichen und 50 Prozent männlichen Geschlechts. Zum Vergleich: In der Gesamtgruppe sind 55 Prozent der Leistungsberechtigten männlichen und 45 Prozent weiblichen Geschlechts. Die Kategorie „divers" wird nicht genannt.

1.4 Verteilung der Budgetnehmenden nach Altersgruppen

Unter den Nutzer*innen des Persönlichen Budgets sind die jüngeren Jahrgänge deutlich überrepräsentiert, insbesondere die Gruppen der 21- bis 30-Jährigen sowie der 31- bis 40-Jährigen (vgl. Abbildung 5). Auf die Altersklasse „18 bis 30" entfällt rund ein Viertel der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget (26 Prozent); der Anteil der Unter-30-Jährigen an den Budgetnehmenden liegt damit 6 Prozentpunkte über dem der Altersgruppe in der Grundgesamtheit. Unterrepräsentiert sind alle Altersgruppen der über 40-Jährigen. Im Vergleich zu 2020 ist der Anteil dieser Altersgruppen an allen Budgetnehmer*innen jedoch leicht angestiegen.



	18 bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 64	65 und älter
Budgetnehmende	3%	23%	27%	16%	19%	5%	7%
Grundgesamtheit	2%	18%	21%	18%	24%	8%	9%

Abb. 5: Vergleich der Budgetnehmenden (N=2.198 Leistungsberechtigte) mit der Grundgesamtheit (N=78.430 Leistungsberechtigte (LB)) nach Altersgruppen (Alter am Stichtag 31.12.2022)

1.5 Verwendung des Persönlichen Budgets

Informationen dazu, wofür das Persönliche Budget in Anspruch genommen wird, werden grundsätzlich seit 2014 erfasst, jedoch ist der Verwendungszweck aus dem Kostenschlüssel nicht immer eindeutig erkennbar. Dieses Jahr liegt für rund 62 Prozent der Anträge die Information vor, für welche Leistung(en) das Persönliche Budget genutzt wird. Betrachtet man alle Fälle mit der Leistungsform Persönliches Budget, für die ein Verwendungszweck erfasst ist, entfallen über 92 Prozent auf Leistungen zur sozialen Teilhabe außerhalb besonderer Wohnformen (42 Prozent auf ambulante Wohnunterstützung, 36 Prozent auf trägerübergreifende Budgets inklusive des auslaufenden Geschäftsvorfalls Ambulante Komplexförderung und knapp 7 Prozent auf die Leistungen für Pflegefamilien für Erwachsene (Leben in Gastfamilien (LiGa)) sowie rund 8 Prozent auf Leistungen zur Tagesstruktur – siehe Abbildung 6 unten). In knapp 6 Prozent der Fälle wird das persönliche Budget im Kontext besonderer Wohnformen

genutzt und in knapp 2 Prozent der Fälle für eine Unterstützung im Zusammenhang mit Arbeit und Beschäftigung.

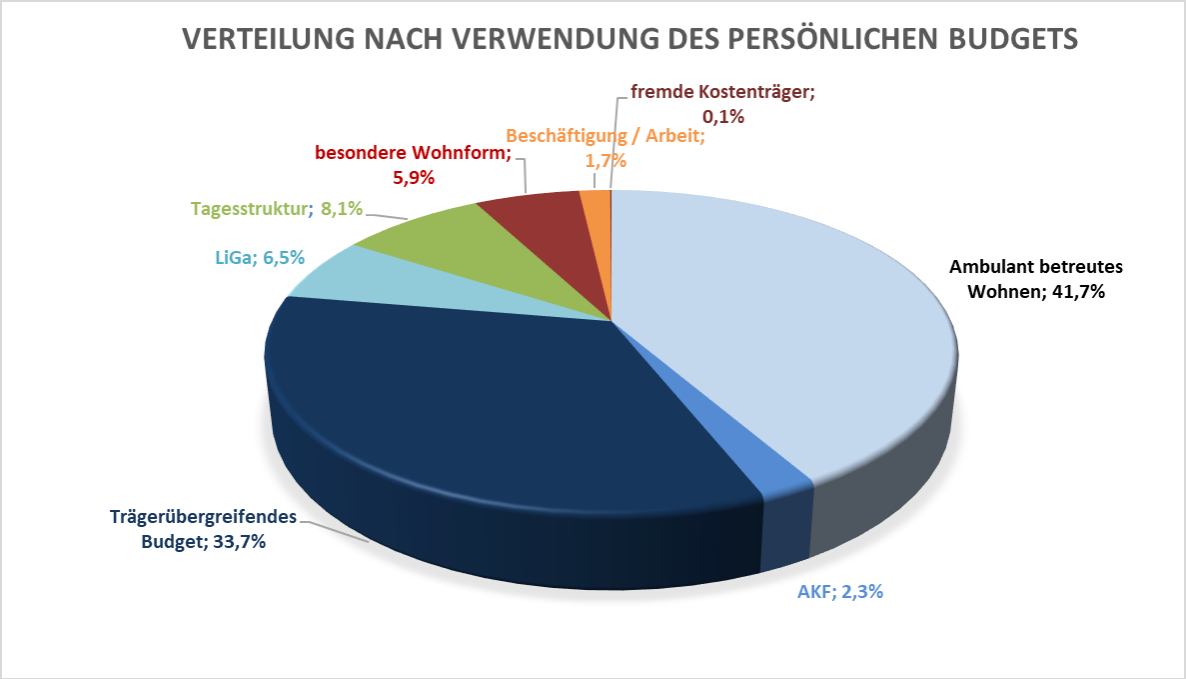


Abb. 6: Verteilung der Leistungen nach Verwendung des Persönlichen Budgets in 2022 (N=1.486 Anträge)

1.6 Anteil des Persönlichen Budgets an Gesamtleistungen

Trotz der wachsenden Nutzer*innen-Zahlen bleibt der Anteil der Leistungsform Persönliches Budget an den Gesamtleistungen gering. **62.068** Leistungsberechtigte erhalten zum Stichtag 31.12.2022 Unterstützungsleistungen zum Wohnen des LVR. Rund 3,5 Prozent dieser Leistungsberechtigten nutzen die Leistungsform des Persönlichen Budgets (0,4 Prozentpunkte mehr als in 2020). 2015 haben 1,5 Prozent dieser Leistungsberechtigten das Persönliche Budget in Anspruch genommen.

Da in der Praxis das Persönliche Budget hauptsächlich genutzt wird, um Wohn- und Teilhabe-Unterstützung im ambulanten Setting zu realisieren, erscheint es aussagekräftiger, den Anteil der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget auf die Zahl der Menschen mit Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen zu beziehen. Hier liegt der Anteil bei 5,2 Prozent. Im Vergleich zu 2020 ist er um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. 2015 lag der Anteil der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget an allen Menschen mit Leistungen außerhalb besonderer Wohnformen lediglich bei 2,6 Prozent.

2. Befragung zur Nutzung des Persönlichen Budgets

Bei der Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets sind, wie oben ausgeführt, durchaus deutliche Erfolge zu verzeichnen. Dennoch bleibt der Anteil bezogen auf die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten mit ambulanter Teilhabe-Unterstützung mit 5,2 Prozent nach wie vor eher gering. Daher beauftragte LVR-Sozialdezernent Dirk Lewandrowski seinen Strategischen Stab mit einer umfassenden Befragung, um mehr über die Nutzungsbedingungen des Persönlichen Budgets zu erfahren und um Hemmnisse, Gelingensfaktoren und verwaltungstechnische Hürden zu erkennen. Zwischen September 2022 und Januar 2023 wurden dazu zufällig ausgewählte

Nutzer*innen des Persönlichen Budgets und ihre Angehörigen, das Fallmanagement sowie die Führungskräfte der LVR-Fachbereiche 72 und 73 sowie Expert*innen aus Beratungsstellen und Leistungserbringer befragt. Insgesamt führte das zweiköpfige Projektteam 50 persönliche leitfadengestützte (Expert*innen-) Interviews durch. Die Zielgruppen der Fallmanager*innen und Führungskräfte (Team- und Abteilungsleitungen) wurden mittels Online-Umfragen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen zum Persönlichen Budget befragt.

Die zentralen Forschungsfragen lauteten:

- (Wie) werden die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets informiert?
- Welchen „Selbstbestimmungs-Mehrwert", welche Vorteile verbinden sich mit dem Persönlichen Budget für die Nutzer*innen? Unter welchen Bedingungen kann dieser „Selbstbestimmungs-Mehrwert" realisiert werden?
- Welche Hemmnisse und Nachteile sehen die unterschiedlichen Akteursgruppen beim Persönlichen Budget?
- Gibt es spezielle Bedarfslagen oder Zielgruppen, für die das Persönliche Budget besonders geeignet erscheint?
- Wie kann die Nutzung des Persönlichen Budgets gesteigert werden?

2.1 Zentrale Ergebnisse aus der Perspektive der Budgetnutzenden, Angehörigen und Beratungsstellen

Die befragten Nutzer*innen sind allesamt überzeugt vom Persönlichen Budget. Als größten Vorteil nennen sie, dass sie selbstbestimmter leben können. Insbesondere die selbstbestimmte Auswahl der Assistent*innen wird als vorteilhaft hervorgehoben. Den interviewten Budgetnehmer*innen ist wichtig, dass ein Vertrauensverhältnis zu ihren jeweiligen Assistent*innen besteht, die sie in sehr persönlichen, teilweise auch körperlich intimen Bereichen unterstützen. Auch bei Menschen mit psychischen Erkrankungen ist das Vertrauensverhältnis zur Assistenzkraft ein wichtiger Faktor, um Kontinuität herstellen zu können und vertraute Abläufe zu internalisieren. Die befragten Budgetnutzer*innen legen viel Wert darauf, ihren Tagesablauf selbst zu bestimmen und entscheiden zu können, wie sie ihren Alltag und ihr Leben gestalten. Diese Selbstbestimmung und die eigenständige Verwaltung des zur Verfügung gestellten Geldbetrags tragen zu einer höheren Selbstwirksamkeit der Nutzer*innen bei.

Gleichwohl gibt es bei der Umsetzung des Persönlichen Budgets sowohl für Leistungsberechtigte als auch für das LVR-Dezernat Soziales große Hürden. Dazu gehören die häufig langen Bearbeitungszeiten, welche teilweise zu rückwirkenden Bewilligungen und verzögerten Zahlungen führen. Dies wiederum führt zu gravierenden Schwierigkeiten für die Leistungsberechtigten, wenn etwa Assistent*innen nicht rechtzeitig entlohnt werden können bzw. die Budgetnehmer*innen den Lohn aus eigenen Mitteln oder mit finanzieller Hilfe von Angehörigen vorstrecken müssen. Dies bedeutet finanzielle und psychische Belastung für die Budgetnehmenden. Insbesondere Nutzer*innen von trägerübergreifenden Budgets sowie Leistungsberechtigte, die das Arbeitgebermodell nutzen, sehen dies kritisch. Leistungsberechtigte sowie Expert*innen aus Beratungsstellen berichten, die lange Dauer der Bearbeitung könne für potentielle Interessent*innen abschreckend wirken und dazu führen, dass diese sich doch für die schneller bewilligte Sachleistung entscheiden.

Das Beantragungsverfahren wurde zudem als intransparent und kompliziert beschrieben. Gerade bei Folgebewilligungen wünschten sich Nutzer*innen vereinfachte Verfahren, inklusive einer verschlankten Bedarfsermittlung.

Die häufig komplexe Verwaltung eines Persönlichen Budgets erlebt ein großer Teil der Befragten aus allen Akteursgruppen potenziell als überfordernd. Die Interviews zeigen, dass leistungsberechtigte Personen sich mehr und früher individuell auf ihre Lebens- und Unterstützungssituation bezogene Information und Beratung zum Persönlichen Budget wünschen, insbesondere auch zum Beantragungsverfahren und zur Verwaltung des Persönlichen Budgets. Sie wünschen sich zudem einen persönlicheren Kontakt zum Fallmanagement des Dezernats, um offene Fragen zügiger klären zu können.

2.2 Zentrale Ergebnisse aus der Perspektive des LVR-Dezernates Soziales

Die Fallmanager*innen und Führungskräfte erkennen ganz überwiegend den Mehrwert, den ein Persönliches Budget für die Teilhabe und Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten bieten kann. Dennoch zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Haltung und strategischen Festlegung der Dezernatsspitze und obersten Führungsebene auf eine proaktive Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets und der mehrheitlich kritischen Betrachtung des Fallmanagements und der mittleren Führungsebene im Dezernat. Als die drei wichtigsten Nachteile des Persönlichen Budgets für die Menschen mit Behinderung nennen die befragten Fallmanager*innen sowie Führungskräfte (Team- und Abteilungsleitungen)

- eine mögliche Überforderung der Leistungsberechtigten durch die Verwaltung der Geldmittel,
- die (zu) hohe Verantwortung, die mit der Arbeitgeberrolle verbunden ist und
- der hohe Verwaltungsaufwand für die Leistungsberechtigten bzw. ihre Angehörigen.

Als negative Aspekte für die Arbeit der Verwaltung werden in erster Linie

- der erhöhte Arbeitsaufwand im Vergleich zur Sachleistung,
- fehlendes Fachwissen im Fallmanagement bzgl. des Arbeitgebermodells (Arbeitsrecht, Personalbemessung etc.) sowie
- wenige Möglichkeiten zur fachlichen Überprüfung des Einsatzes der bewilligten Geldleistung sowie zur Qualitätskontrolle der Unterstützungsleistungen genannt.

Für 94 Prozent der Fallmanager*innen ist mit der Verwaltung des Persönlichen Budgets ein teils deutlich erhöhter Arbeitsaufwand verbunden. Gleichzeitig bearbeiten viele Fallmanager*innen insgesamt jeweils nur wenige Fälle mit Persönlichem Budget, was zu fehlender Routine und Unsicherheiten in der Bearbeitung führt. Bei der Bearbeitung werden u. a. die Kalkulation der angemessenen Budgethöhe, insbesondere im Arbeitgebermodell, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Trägern bei trägerübergreifenden Budgets als schwierig empfunden. Auch auf Seiten der LVR-Mitarbeitenden offenbart sich ein erhebliches Informationsdefizit. Die große Mehrheit gibt an, sich nicht ausreichend über das Persönliche Budget und die nötigen Arbeitsabläufe informiert zu fühlen.

2.3 Zusammenfassung Handlungsansätze

Ziel des Befragungsprojekts war es herauszufinden, wie sich die Nutzung des Persönlichen Budgets steigern lässt. Dabei ist gleichzeitig wichtig zu betonen, dass es keine feste „Zielmarke" für die Nutzung des Persönlichen Budgets im Dezernat Soziales gibt und geben kann. Das Wahlrecht liegt bei den Menschen mit Behinderung. Das Persönliche Budget ist eine Option für Leistungsberechtigte, von der jedoch möglichst alle Kenntnis haben sollten, um ihr Wahlreicht auch de facto ausüben zu können. In diesem Sinne werden im Abschlussbericht (Anlage 1) die aus Sicht der Autor*innen wichtigsten und potenziell wirksamsten Handlungsvorschläge dargestellt, die sich aus den Befragungsergebnissen ableiten lassen.

Um das häufig benannte Informationsproblem anzugehen, erscheint, neben einer verstärkten zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit, vor allem eine proaktive und individuell passende Information und Beratung zum Persönlichen Budget im persönlichen Kontakt zwischen Leistungsberechtigten und LVR-Mitarbeitenden hilfreich. Durch eine direktere Kommunikation könnten Hemmungen und Vorbehalte auf allen Seiten abgebaut und die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Nutzer*innen wünschen sich konkrete Service-Materialien, z. B. regionalisierte Listen mit Budgetassistenzen und Dienstleistern, die Unterstützungsleistungen in Form eines Persönlichen Budgets erbringen, Musterkalkulationen oder Fallbeispiele von Budgetnutzer*innen in verschiedenen Bedarfslagen, welche die Chancen des Persönlichen Budgets illustrieren. Darüber hinaus sollten potentielle Budgetnutzer*innen deutlich früher erstmalig über die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets informiert werden. Hierzu könnten potentiell weitere Akteure der Eingliederungshilfe, wie Werkstätten, besondere Wohnformen oder auch Förderschulen beitragen. Auch eine Stärkung der Beratung vor Ort des LVR-Dezernates Soziales könnte dazu beitragen, dass Leistungsberechtigte frühzeitiger und niedrigschwellig Zugang zu Informationen rund um das Persönliche Budget erhalten.

Eine Entfristung der Bewilligungen beim Persönlichen Budget könnte zudem Unsicherheiten und Belastungen bei den Leistungsberechtigten und Angehörigen mildern, indem sie nicht mehr das finanzielle Risiko tragen müssen für zeitliche Lücken zwischen den Bewilligungszeiträumen. An einer flächendeckenden Umsetzung der Entfristung wird im Dezernat Soziales derzeit bereits gearbeitet.

Als weiterer Ansatz erscheint eine verstärkte Nutzung von Teilbudgets als Möglichkeit für Leistungsberechtigte sinnvoll, um die Leistungsform des Persönlichen Budgets für Teilbereiche ihrer Unterstützungsleistung zu erproben und somit die Nutzung für weitere Personenkreise interessant zu machen. So können die Leistungsberechtigten beispielsweise die benötigte Sachleistung eines Betreuten Wohnen-Dienstes in Anspruch nehmen und dennoch mit dem Persönlichen Budget im Bereich der Freizeit Unterstützungsleistungen von Freund*innen oder Nachbar*innen finanzieren.

Um die Bearbeitungszeiten zu reduzieren, wird häufig eine Vereinfachung von insbesondere Folgebeantragungen sowie eine begleitende Verschlankung des BEI_NRW vorgeschlagen. Diese Schritte sind im Dezernat Soziales bereits begonnen worden bzw. angedacht. Den teilweise fehlenden Routinen und die dadurch entstehenden Unsicherheiten bei der Bearbeitung auf Seiten des Fallmanagements will das Dezernat entgegenwirken durch eine teilweise Bündelung von Expertise und Zuständigkeiten in der Grundsatzabteilung Soziale Teilhabe.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden bereits kurzfristig Materialien in einfacher Sprache zur niedrigschwelligen Online- und Offline-Information erstellt (Anlage 2 Print-Flyer „10 interessante Dinge über das Persönliche Budget“).

Das Dezernat Soziales kommuniziert die Befragung und ihre Ergebnisse proaktiv nach innen und außen und nimmt die Antworten und Anregungen auch der eigenen Mitarbeitendenschaft als Beitrag zur Fortentwicklung der eigenen Prozesse dankend auf. Anfang Mai 2023 wurden die Ergebnisse des Befragungsprojekts und die daraus abgeleiteten Handlungsansätze allen interessierten Mitarbeitenden des Dezernat Soziales vorgestellt. Erste Schritte sind bereits in Bearbeitung, weitere in konkreter Planung.

Der ausführliche Abschlussbericht des Befragungsprojekts (Anlage 1) steht auch auf lvr.de online zur Verfügung (Link zum Abschlussbericht).

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

LVR-Dezernat Soziales

April 2023

Befragungsprojekt über die Nutzung des Persönlichen Budgets



Von Isabel Pflugrad und Milan Jacobi (70.10)

LVR Qualität für Menschen

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis 2
Abbildungsverzeichnis 2
Zusammenfassung in leichter Sprache 3
Management Summary 7
1. Einleitung 10
2. Das Persönliche Budget und die Praxis beim LVR 11
3. Ziele und Methodik der Befragung 14
4. Analyse der Befragung 16
4.1 Vorteile des Persönlichen Budgets 17
4.1.1 Leistungsberechtigte und Angehörige 17
4.1.2 Mitarbeitende des Dezernates Soziales 19
4.1.3 Expert*innen in Beratungsstellen 21
4.2 Nachteile des Persönlichen Budgets und Hemmnisfaktoren 22
4.2.1 Leistungsberechtigte und Angehörige 22
4.2.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales 24
4.2.3 Expert*innen in Beratungsstellen 29
4.3 Informationen über das Persönliche Budget 30
4.3.1 Leistungsberechtigte und Angehörige 30
4.3.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales 32
4.3.3 Expert*innen in Beratungsstellen 35
4.4 Beantragungsverfahren des Persönlichen Budgets 35
4.4.1 Leistungsberechtigte und Angehörige 36
4.4.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales 37
4.4.3 Expert*innen in Beratungsstellen 43
4.5 Anregungen zur Weiterentwicklung 44
4.5.1 Leistungsberechtigte und Angehörige 44
4.5.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales 46
4.5.3 Expert*innen in Beratungsstellen 49
5. Ergebnisse 50
6. Fazit und Handlungsempfehlungen 60
7. Referenzen 65

Abkürzungsverzeichnis

BEI_NRW	-	Bedarfsermittlungsinstrument NRW
BTHG	-	Bundesteilhabegesetz
EUTB	-	Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
FM	-	Fallmanagement
KiJu	-	Kinder und Jugendliche
KoKoBe	-	Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen
KSL	-	Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben
LB	-	Leistungsberechtigte*r
LVR	-	Landschaftsverband Rheinland
PB	-	Persönliches Budget
SPZ	-	Sozialpsychiatrisches Zentrum
UN	-	United Nations
WfbM	-	Werkstätten für behinderte Menschen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten mit bewilligtem Antrag auf pers. Budget 2018 bis 2021 13
Abbildung 2: Leistungsberechtigte in der EGH insgesamt vs. anteilig Leistungsberechtigte in der EGH mit Persönlichen Budget nach Zielgruppen in Prozent.....14
Abbildung 3: Vorteile des Persönlichen Budgets für Leistungsberechtigte aus Sicht der Verwaltung 20
Abbildung 4: Vorteile des Persönlichen Budgets aus Sicht der Verwaltung.....21
Abbildung 5: Nachteile des Persönlichen Budgets für Leistungsberechtigte aus Sicht der Verwaltung 25
Abbildung 6: Nachteile des Persönlichen Budgets aus Sicht der Verwaltung 27
Abbildung 7: Überwiegt der Teilhabe-Mehrwert des Persönlichen Budgets die Nachteile, die mit dem Persönlichen Budget für die Verwaltung einhergehen (können)? 28
Abbildung 8: Wie informiert das Fallmanagement typischerweise die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets? 32
Abbildung 9: Zu welchen Themen Informationen gewünscht werden:.....34
Abbildung 10: Durchschnittlich jährlich bewilligte Persönliche Budgets pro Fallmanager*in 38
Abbildung 11: Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand bei Bearbeitung (inkl. Bedarfsermittlung) von trägerspezifischen und trägerübergreifenden Persönlichen Budgets.....39
Abbildung 12: Möglichkeiten zur Steigerung der Nutzung des Persönlichen Budgets.....46
Abbildung 13: Überwiegt der Teilhabe-Mehrwert des PB die Nachteile, die mit dem PB einhergehen? 52

Zusammenfassung in leichter Sprache

Befragung zum Persönlichen Budget

Menschen mit Behinderungen brauchen Unterstützung.

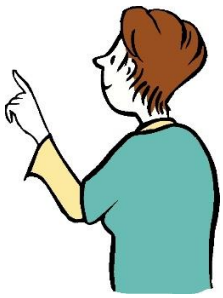


Zum Beispiel im Alltag.
Etwa beim Einkaufen, Kochen oder Putzen.
Oder in der Freizeit.
Oder bei Problemen, Stress oder Ärger.

Diese Unterstützung bezahlt der LVR
für die Menschen mit Behinderung im Rheinland.
Die Menschen mit Behinderung können entscheiden:
Soll der LVR direkt den Dienst oder die Assistenzkraft bezahlen?
Oder wollen die Menschen mit Behinderung selber das Geld bekommen?
Dann können sie selbst entscheiden,
wer die Unterstützung geben soll.
Das nennt man: Persönliches Budget.
Man spricht das: Büdschee. Das Wort ist französisch.
Ein anderes Wort ist: Persönliches Geld.



Dann zahlt der LVR das Geld
direkt an den Menschen mit Behinderung.
Und der Mensch mit Behinderung kauft damit seine Unterstützung ein.
Dann kann man viel selbst entscheiden.
Aber man muss sich auch um vieles selbst kümmern.



Mehr als 2 Tausend Menschen mit Behinderung nutzen das persönliche Geld.
Aber die allermeisten tun das nicht.
Sie nutzen die Unterstützung von einem Dienst oder von einer Assistenzkraft, die der LVR bezahlt.

Der LVR wollte wissen:
Was läuft gut beim Persönlichen Budget?
Was ist nicht so gut?
Was soll anders werden?

Ein Team mit 2 Leuten vom LVR hat deshalb ganz viele Menschen befragt. Nämlich:

- Menschen mit Behinderung, die das persönliche Budget nutzen.
- Menschen, die beim LVR arbeiten und das persönliche Budget bewilligen.
- Chefinnen und Chefs von Menschen, die beim LVR arbeiten.
- Menschen, die in einer Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung arbeiten.

Was dabei herausgekommen ist, steht in diesem Bericht.
Ein wichtiges Ergebnis ist:
Die Menschen mit Behinderung mit Persönlichem Budget sind damit sehr zufrieden.
Viele sagen: Sie können nur mit dem persönlichen Geld so leben, wie sie das wollen.



Sie finden es wichtig, selber die Assistenzkraft aussuchen zu können.
Und den Tagesablauf selbst bestimmen zu können.



Die Menschen mit Behinderung und persönlichem Budget sagen aber auch: Der Antrag ist zu kompliziert.
Und es dauert zu lange, bis er bewilligt ist.

Wegen der langen Wartezeiten auf das Geld fühlen sie sich gestresst und machen sich Sorgen.
Viele wünschen sich mehr Kontakt zu ihrem Fallmanager oder ihrer Fallmanagerin beim LVR.
Und viele wünschen sich mehr Beratung und Informationen zum persönlichen Budget.



Und sie sagen auch: Manchmal ist es zu viel Arbeit, wenn man alles selber macht mit der Assistenz. Sie wünschen sich mehr Unterstützung.

Die Menschen vom LVR, die mit dem persönlichen Budget zu tun haben, sagen: Das Persönliche Budget macht uns viel mehr Arbeit als ein normaler Antrag.
Es ist kompliziert auszurechnen, wie viel persönliches Geld bezahlt werden soll. Und häufig wissen wir nicht genau, was wir tun müssen.



Im Bericht sind Vorschläge,
was man besser machen kann.
Darüber reden jetzt der Chef vom LVR-Dezernat
Soziales und die anderen Chefinnen und Chefs
im
Dezernat.
Denn sie möchten, dass es besser klappt mit
dem Persönlichen Budget.

Ihr Ziel ist: Jeder Mensch mit Behinderung soll
gut informiert sein.
Und seine Rechte kennen, wenn er oder sie
Unterstützung vom LVR haben möchte.
Jeder soll wissen: Man kann selbst entscheiden,
ob man das Persönliche Geld haben möchte.
Denn das ist das Recht der Menschen mit
Behinderung.

Management Summary

Mit dem Persönlichen Budget können sich Menschen mit Behinderungen Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe als Geldbetrag auszahlen lassen, um damit die Unterstützungsleistungen passgenau einkaufen zu können und „in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben" (§29 SGB IX) zu leben. Für den Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Leistungsträger der Eingliederungshilfe im Rheinland ist die Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets ein wichtiges strategisches Ziel, das auch durchaus erfolgreich verfolgt wird. 2009, ein Jahr nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf das Persönliche Budget, nahmen es 262 Leistungsberechtigte in der Eingliederungshilfe beim LVR in Anspruch. 2021, 12 Jahre später, waren es 2.155 Personen – eine Steigerung um mehr als 800 Prozent. Dennoch bleibt der Anteil bezogen auf die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten nach wie vor gering.

Daher beauftragte LVR-Sozialdezernent Dirk Lewandrowski seinen Strategischen Stab mit einer umfassenden Befragung, um mehr über die Nutzungsbedingungen des Persönlichen Budgets zu erfahren und um Hemmnisse, Gelingensfaktoren und verwaltungstechnische Hürden zu erkennen. Zwischen September 2022 und Januar 2023 wurden dazu zufällig ausgewählte Nutzer*innen des Persönlichen Budgets und ihre Angehörigen, das Fallmanagement sowie die Führungsebene der Fachbereiche 72/73 sowie Expert*innen aus Beratungsstellen und Leistungserbringer befragt. Insgesamt führte das Projektteam 50 persönliche leitfadengestützte (Expert*innen-) Interviews durch. Die Zielgruppen der Fallmanager*innen und Führungskräfte (Team- und Abteilungsleitungen) wurden mittels Online-Umfragen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen zum Persönlichen Budget befragt. Dieser Bericht fasst die Ergebnisse zusammen und identifiziert relevante Handlungsfelder zur Weiterentwicklung.

Zentrale Ergebnisse aus der Perspektive der Budgetnutzenden, Angehörigen und Beratungsstellen

Die befragten Nutzer*innen sind allesamt überzeugt vom Persönlichen Budget. Die Leistungsform trage maßgeblich dazu bei, dass sie selbstbestimmter leben können. Insbesondere die selbstbestimmte Auswahl der Assistent*innen und eine autonomere Tagesgestaltung werden als vorteilhaft hervorgehoben. Gleichwohl gibt es bei der Umsetzung des Persönlichen Budgets sowohl für Leistungsberechtigte als auch für die Verwaltung große Hürden.

Dazu gehören die aus Sicht der Nutzer*innen häufig als komplex und intransparent beschriebenen Beantragungsverfahren, die oft in einer langen Bearbeitungszeit resultieren. Dies sehen insbesondere Nutzer*innen von trägerübergreifenden Budgets kritisch sowie Leistungsberechtigte, die das Arbeitgebermodell nutzen. Leistungsberechtigte sowie Expert*innen aus Beratungsstellen berichten, die lange Dauer der Bearbeitung könne für potentielle Interessent*innen abschreckend wirken und dazu führen, dass diese sich doch für die schneller bewilligte Sachleistung entscheiden. Bei Budgetnutzer*innen wirken lange Zeiträume bis zur Bewilligung oftmals belastend aufgrund der Unsicherheiten, wann und in welchem Umfang eine Leistung gewährt wird. Negativ wird auch der erhöhte Verwaltungsaufwand für die Leistungsberechtigten gesehen: Gerade im Arbeitgebermodell bleibt der Organisationsaufwand bei der Personalbeschaffung oder der Vertretung im Krankheitsfalle oder anderen Ausfällen bei den Leistungsberechtigten oder den

Angehörigen. Die häufig komplexe Verwaltung eines Persönlichen Budgets erlebt ein großer Teil der Befragten aus allen Akteursgruppen potenziell als überfordernd.

Die Interviews deuten darauf hin, dass leistungsberechtigte Personen deutliches Verbesserungspotenzial bei der Informationsvermittlung über das Persönliche Budget sehen. Budgetnutzer*innen fühlen sich häufig nicht ausreichend über das Beantragungsverfahren und die zur Verwaltung des Persönlichen Budgets nötigen Schritte informiert. Sie wünschen sich einen persönlicheren Kontakt zu Mitarbeitenden des Dezernats, um offene Fragen zügiger klären zu können.

Zentrale Ergebnisse aus der Perspektive des LVR-Dezernates Soziales

Die Fallmanager*innen und Führungskräfte erkennen ganz überwiegend den Mehrwert, den ein Persönliches Budget für die Teilhabe und Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten bieten kann. Dennoch zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Haltung und strategischen Festlegung der Dezernatsspitze und obersten Führungsebene auf eine proaktive Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets und der mehrheitlich kritischen Betrachtung des Fallmanagements und der mittleren Führungsebene.

Mit der Verwaltung des Persönlichen Budgets ist für das LVR-Fallmanagement ein teils deutlich erhöhter Arbeitsaufwand verbunden. Dies sagen 94 Prozent der Fallmanager*innen in der Online-Umfrage. Viele Fallmanager*innen bearbeiten insgesamt wenige Fälle mit Persönlichen Budget, was zu fehlender Routine und Unsicherheiten in der Bearbeitung führt. Bei der Bearbeitung werden u.a. die Kalkulation der angemessenen Budgethöhe, insbesondere im Arbeitgebermodell, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Trägern bei trägerübergreifenden Budgets als schwierig empfunden.

Auch auf Seiten der LVR-Mitarbeitenden offenbart sich ein erhebliches Informationsdefizit: Der Anteil der befragten Fallmanager*innen, die sich eher ausreichend über das Persönliche Budget und die nötigen Arbeitsabläufe informiert fühlen, liegt bei gerade mal 8 Prozent. Keine*r der befragten Fallmanager*innen kreuzte an, sich insgesamt eindeutig ausreichend informiert zu fühlen.

Zusammenfassung Handlungsansätze

Um das häufig benannte Informationsproblem anzugehen, scheint, neben einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, vor allem eine proaktive und individuell passende Information und Beratung zum Persönlichen Budget im persönlichen Kontakt zwischen Leistungsberechtigten und LVR-Mitarbeitenden hilfreich. Durch eine direktere Kommunikation könnten Hemmungen und Vorbehalte auf allen Seiten abgebaut und die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Nutzer*innen wünschen sich konkrete Service-Materialien, zum Beispiel regionalisierte Listen mit Budgetassistenzen und Dienstleistern, die das Persönliche Budget anbieten, Musterkalkulationen oder Fallbeispiele von Budgetnutzer*innen in verschiedenen Bedarfslagen, welche die Chancen des Persönlichen Budgets illustrieren. Darüber hinaus sollten potentielle Budgetnutzer*innen deutlich früher erstmalig über die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets informiert werden. Zudem wäre die verstärkte Nutzung von Teilbudgets eine Möglichkeit, um Leistungsberechtigten die Möglichkeit zu geben, die Leistungsform zu erproben und die Nutzung für weitere Personenkreise interessant zu machen.

Um die Bearbeitungszeiten zu reduzieren, wird häufig eine Vereinfachung von insbesondere Folgebeantragungen sowie eine begleitende Verschlankung des BEI_NRW vorgeschlagen.

Diese Schritte sind im Dezernat Soziales bereits begonnen worden bzw. angedacht. Den teilweise fehlenden Routinen und die dadurch entstehenden Unsicherheiten bei der Bearbeitung auf Seiten des Fallmanagements könnte entgegengewirkt werden durch eine Bündelung von Expertise, entweder innerhalb der Regionalabteilungen oder als Bündelung in einer eigenen Abteilung. Weitere interne Informationsmaterialien oder konkretisierte Arbeitshilfen böten ebenfalls die Chance, klarere Vorgaben zur Bearbeitung zu schaffen.

Eine flächendeckende Umsetzung der Entfristung der Bewilligungen beim Persönlichen Budget könnte zudem Unsicherheiten und Belastungen bei den Leistungsberechtigten und Angehörigen mildern, indem sie nicht mehr das finanzielle Risiko tragen müssen für zeitliche Lücken zwischen den Bewilligungszeiträumen.

1. Einleitung

Für den Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Leistungsträger der Eingliederungshilfe im Rheinland ist die Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets ein wichtiges strategisches Ziel. Dieses Ziel ist auch Teil des LVR-Aktionsplan "Gemeinsam in Vielfalt", welcher ein zentrales Instrument zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR ist.

Um mehr über die Nutzungsbedingungen des Persönlichen Budgets zu erfahren und um Hemmnisse, Gelingensfaktoren und verwaltungstechnische Hürden zu erkennen, hat LVR-Sozialdezernent Dirk Lewandrowski seinen Strategischen Stab mit einem umfassenden Befragungsprojekt beauftragt, welches sich mit der Befragung und Analyse verschiedener Akteurs- und Stakeholder-Gruppen des Persönlichen Budgets befasst. Dazu zählen neben Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget auch das Fallmanagement und die Führungsebene aus dem LVR-Dezernat Soziales. Daneben wurden auch Befragungen mit Angehörigen, Leistungserbringern und Expert*innen aus Beratungsstellen im Rheinland durchgeführt, um ein möglichst umfassendes Bild zu erreichen.

Der vorliegende Projektbericht gibt die gewonnenen Erkenntnisse der Befragungen wieder. Der Bericht führt zunächst in das Thema des Persönlichen Budgets ein, bevor in Kapitel 3 die methodische Fundierung der Befragungen dargestellt wird. In Kapitel 4 werden die Perspektiven der einzelnen Akteursgruppen beleuchtet. Dabei strukturiert sich der Bericht entsprechend an den Themen

- der jeweils wahrgenommenen Vorteile und Nachteile des Persönlichen Budgets,
- Verfügbarkeit von Informationen über die Leistungsform Persönliches Budget,
- Beantragungsprozess und
- Anregungen zur Weiterentwicklung aus den unterschiedlichen Perspektiven der Akteursgruppen.

Zum Abschluss werden die Ergebnisse gebündelt dargestellt und zu Antworten auf die Forschungsfragen zusammengefasst. Im letzten Kapitel ziehen die Autor*innen ein Fazit und stellen gebündelt die aus ihrer Sicht wichtigsten Handlungsempfehlungen zusammen.

2. Das Persönliche Budget und die Praxis beim LVR

Seit dem 01. Juli 2001 besteht die Möglichkeit, Leistungen der Rehabilitationsträger als direkte Geld- statt als Sachleistung auszuzahlen. Damit ist das Persönliche Budget keine eigene Leistung, sondern eine Leistungsform. Es löst das klassische Leistungsdreieck auf, in dem ein Leistungsträger die Sachleistung bei einem Leistungserbringer beauftragt und der Mensch mit Behinderung kaum Einfluss auf die Gestaltung und Ausführung der Leistungen hat. Seit Januar 2008 gibt es einen Rechtsanspruch auf die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets. Menschen mit Behinderung können seither wählen. Mit dem Bundesteilhabegesetz wurde das Recht auf ein Persönliches Budget erneut gestärkt. Menschen mit Behinderungen können sich Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe als Geldbetrag auszahlen lassen und damit die Leistungen passgenau einkaufen. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen „in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen" (§29 SGB IX). In Anspruch genommen werden können dabei alle Leistungen zur Teilhabe[1].

Voraussetzung für die Gewährung des Persönlichen Budgets ist, dass die Leistungsberechtigten einen Antrag an den Rehabilitationsträger stellen. Den Antrag selber kann grundsätzlich jeder Mensch mit (drohender) Behinderung stellen. Auch Eltern oder gesetzliche Vertretungen können ein Persönliches Budget unabhängig von der Art der Behinderung beantragen. Um den Bedarf für die jeweilige Person festzustellen, wird dieser beim LVR auf Grundlage des Bedarfsermittlungsinstruments „BEI_NRW" ermittelt und die nötigen Unterstützungsleistungen in Geldbeträge umgerechnet[2]. Benötigt eine leistungsberechtigte Person Leistungen, die von mehr als einem Rehabilitationsträger bewilligt werden müssen, wird das Persönliche Budget als trägerübergreifendes Budget bewilligt. Der Leistungsträger, bei dem der Antrag eingegangen ist, wird dabei der Gesamtzuständige für die übrigen beteiligten Leistungsträger. Dadurch wird sichergestellt, dass das Persönliche Budget „wie aus einer Hand" bei dem Leistungsberechtigten ankommt. Zwischen der leistungsberechtigten Person und dem zuständigen Leistungsträger wird eine Zielvereinbarung geschlossen. In dieser Zielvereinbarung werden – vom Gesetzgeber vorgegeben - mindestens Regelungen über die vereinbarten Ziele, die Erforderlichkeit eines Nachweises zur Deckung des festgestellten Bedarfs, Qualitätssicherung und die Höhe der Teil- bzw. des Gesamtbudgets festgelegt (§29 SGB IX). Kommt ein Abschluss des Vertrags zwischen Leistungsberechtigten und Leistungsträger zur Stande, bekommt der oder die Budgetnehmer*in monatlich den vereinbarten Geldbetrag ausgezahlt. Im Regelfall wird im Abstand von zwei Jahren das Bedarfsermittlungsverfahren wiederholt und eine neue Zielvereinbarung geschlossen[3].

Das Persönliche Budget kann entweder im Arbeitgebermodell oder im Assistenzdienstleistungsmodell in Anspruch genommen werden. Beim Arbeitgebermodell ist der/die Budgetnutzer*in als Arbeitgeber*in selbst dafür verantwortlich, Assistent*innen einzustellen und zu beschäftigen und kann selbstbestimmt die Unterstützungskräfte auswählen. Vorgegeben ist lediglich, dass für Unterstützungsleistungen, für die eine Fachkraft erforderlich ist, auch eine Fachkraft beauftragt wird. Im Assistenzdienstleistungsmodell wird die Verwaltung des Persönlichen Budgets an einen Assistenzdienstleister abgegeben. Dies bedeutet für die Budgetnutzer*innen einen

1 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2019: Fragen und Antworten zum Persönlichen Budget
2 Vgl. www.lvr.de: Das Persönliches Budget
3 Vgl. Landschaftsverband Rheinland, 2019: Das Persönliche Budget – ein Schritt zu mehr Selbstbestimmung

geringeren zeitlichen Aufwand und weniger Verantwortung, gleichzeitig sind sie in ihren Entscheidungen bzgl. des Persönlichen Budgets weniger frei als im Arbeitgebermodell.

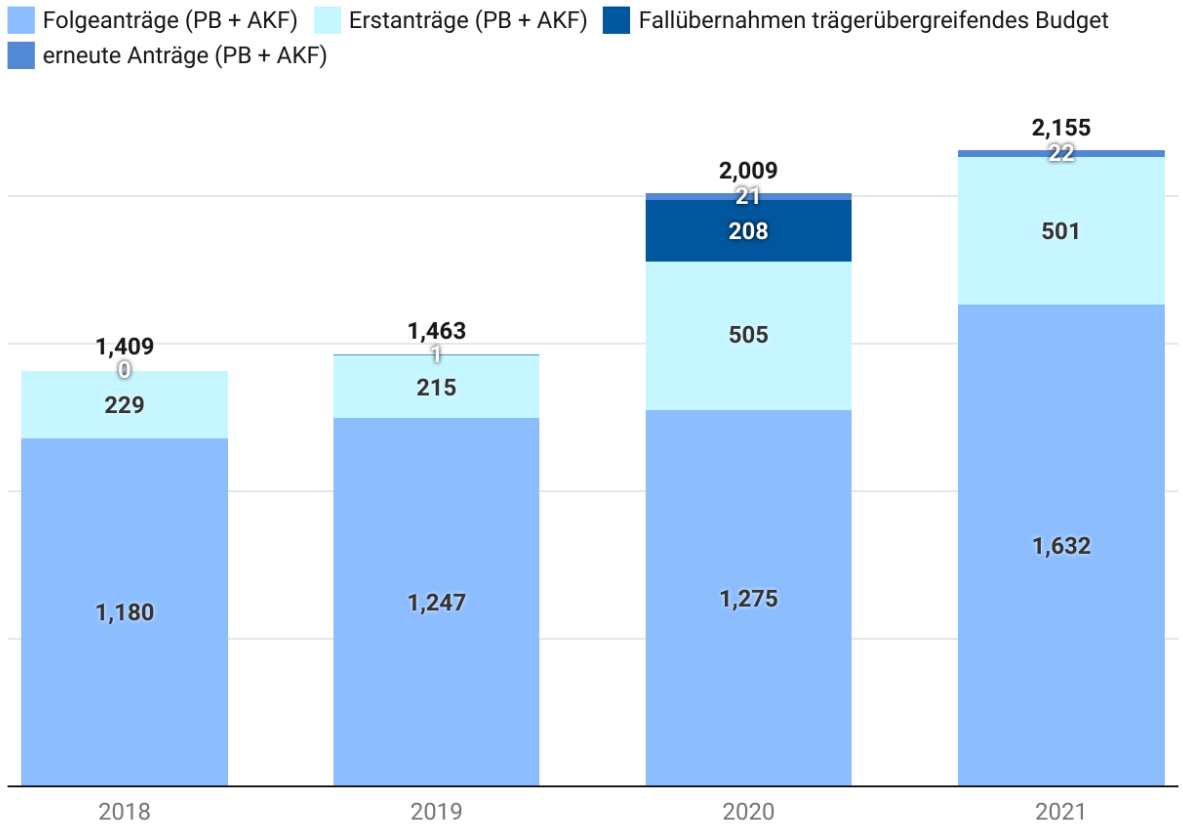
Der LVR bewilligt als Träger der Eingliederungshilfe neben Sachleistungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen auch die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Schon früh hat er die Förderung der Nutzung des Persönlichen Budgets als strategisches Ziel formuliert, unter anderem als Zielrichtung 3 des LVR-Aktionsplans Inklusion. 2015 wurde die Umsetzungspraxis vereinheitlicht und verschlankt. Mit der Aktualisierung der Musterzielvereinbarung für Leistungen der Eingliederungshilfe als Persönliches Budget hat das Dezernat Soziales seine proaktive Haltung zum Persönlichen Budget bekräftigt und eine liberale, auf Vertrauenskultur basierende, und vor allem einheitliche Verwaltungspraxis etabliert. Ein wesentliches Element war eine Reduzierung der Nachweispflichten der Budgetnehmer*innen. Ziel war und ist es, mehr Menschen mit Behinderung zu der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets zu motivieren[4].

Bei diesem Ziel sind durchaus Erfolge zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2015 ist die Zahl der Nutzenden um 152 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Wie das ebenfalls 2015 eingeführte regelmäßige Monitoring zeigt, sind die Zuwächse jedoch, gemessen an der Gesamtzahl der Leistungsbeziehenden, nach wie vor gering. Im Jahr 2021[5] nehmen 2155 leistungsberechtigte Personen das Persönliche Budget als Leistungsform der Eingliederungshilfe in Anspruch. Dies ist eine Steigerung um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (vgl. Abbildung 1).

Das Persönliche Budget wird hauptsächlich genutzt, um Wohn- und Teilhabe-Unterstützung im ambulanten Setting zu realisieren. Der Anteil der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget an der Zahl der Personen mit BeWo-Leistung liegt bei 5,2 Prozent (0,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahr).

[4] Vgl. LVR-SozA-Vorlage Nr. 14/837: Musterzielvereinbarung Persönliches Budget
[5] vgl. LVR-Datenbericht Persönliches Budget 2021 (internes Dokument)

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten mit bewilligtem Antrag auf pers. Budget 2018 bis 2021



Quelle: LVR-Datenbericht Persönliches Budget 2021

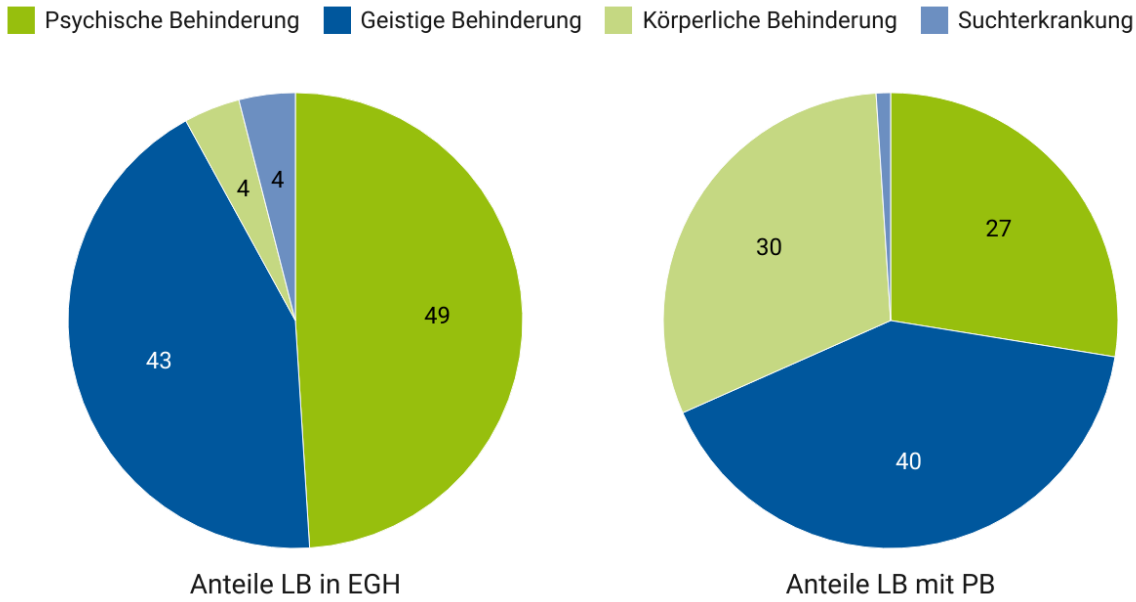
Die Verteilung nach Geschlecht zeigt ein paritätisches Verhältnis: 50 Prozent der Budgetnehmenden im Jahr 2021 sind weiblichen und 50 Prozent männlichen Geschlechts.

Unter den Nutzer*innen des Persönlichen Budgets sind die jüngeren Jahrgänge (21- bis 40-jährige Personen) deutlich überrepräsentiert, insbesondere die Gruppe der 31- bis 40-Jährigen. Auf die Altersklasse „18 bis 30" entfällt rund ein Viertel der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget. Unterrepräsentiert sind vor allem die Altersgruppen der über 40-Jährigen.

Unterschieden nach Behinderungsform (Abbildung 2) ist die größte Nutzergruppe des Persönlichen Budgets die Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung (40 Prozent), gefolgt von der Gruppe der Menschen mit körperlichen Behinderungen (30 Prozent). Menschen mit psychischer Behinderung machen 27 Prozent aus. Der Anteil von Menschen mit Suchterkrankungen liegt bei nur einem Prozent.

Im Vergleich mit der Gesamtgruppe der Leistungsberechtigten in der Eingliederungshilfe (Wohnen und Werkstätten) beim LVR sind bei den Nutzer*innen des Persönlichen Budgets Menschen mit körperlicher Behinderung deutlich überrepräsentiert (+26 Prozentpunkte im Vergleich zur Gesamtgruppe). Unterrepräsentiert sind hingegen Menschen mit psychischer Behinderung (-22 Prozentpunkte im Vergleich zur Gesamtgruppe) sowie Leistungsberechtigte mit einer Suchterkrankung (-3 Prozentpunkte). Der Anteil der Budgetnehmer*innen mit geistiger Behinderung liegt aktuell bei 40 Prozent und entspricht somit in etwa dem Anteil dieser Gruppe in der Eingliederungshilfe insgesamt (43 Prozent).

Abbildung 2: Leistungsberechtigte in der EGH insgesamt vs. anteilig Leistungsberechtigte in der EGH mit Persönlichen Budget nach Zielgruppen in Prozent



Quelle: LVR-Datenbericht Persönliches Budget 2021

3. Ziele und Methodik der Befragung

Ziel der Befragung zur Nutzung des Persönlichen Budgets war es zu untersuchen, welche Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets haben und welchen Mehrwert bzw. welche Hemmfaktoren verschiedene Akteursgruppen wahrnehmen und als relevant erachten. Es wurden Erkenntnisse zu den zentralen Forschungsfragen durch Befragungen verschiedener Zielgruppen gewonnen. Befragungsgruppen sind dabei die Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget und ihre Angehörigen, das Fallmanagement und die Führungskräfte der Fachbereiche 72 und 73, Expert*innen aus Beratungsstellen sowie Leistungserbringer. Die zentralen Forschungsfragen lauten:

- (Wie) werden die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets informiert?
- Welchen „Selbstbestimmungs-Mehrwert", welche Vorteile verbinden sich mit dem Persönlichen Budget für die Nutzer*innen? Unter welchen Bedingungen kann dieser „Selbstbestimmungs-Mehrwert" realisiert werden?
- Welche Hemmnisse und Nachteile sehen die unterschiedlichen Akteursgruppen beim Persönlichen Budget?
- Gibt es spezielle Bedarfslagen oder Zielgruppen, für die das Persönliche Budget besonders geeignet erscheint?
- Wie kann die Nutzung des Persönlichen Budgets gesteigert werden?

Die Befragungen wurden je nach Zielgruppe als Online-Umfrage oder als persönliche und semi-strukturierte Interviews durchgeführt. Das Befragungsprojekt verfolgt demnach einen Mix-Methods-Ansatz mit quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden. Der qualitative Teil der Auswertung kann als Verfahren zur Beschreibung ausgewählter Daten verstanden werden und beschreibt im Wesentlichen das Vorgehen einer inhaltlich-strukturierten Inhaltsanalyse (Schreier 2014; Mayring 2010). Die durch die Interviews erhobenen Daten wurden zu einem Text-Korpus zusammengefasst und induktiv wie

deduktiv codiert und kategorisiert. Mit Hilfe dieser Kategorisierungen und Codierungen konnten für die Beantwortung der Forschungsfragen relevante Textsegmente extrahiert und analysiert werden. Der Ablauf dieser klassischen Form der Inhaltanalyse umfasst folgende, sich teilweise wiederholende Schritte:

- Sich-Vertraut-Machen mit dem Material
- Ableitung von Oberkategorien aus der Fragestellung / dem Interviewleitfaden
- Bestimmen von Fundstellen / Kodiereinheiten
- Entwicklung von Unterkategorien und Kategoriendefinitionen
- Erprobung des Kategoriensystems
- Modifikation des Kategoriensystems
- Kodieren des gesamten Materials mit dem überarbeiteten Kategoriensystem
- Ergebnisdarstellung, Interpretation, Beantwortung der Forschungsfrage (vgl. Schreier 2014)

Insgesamt führte das Projektteam 50 Interviews bzw. Gespräche mit leistungsberechtigten Personen, Angehörigen, Führungskräften, Mitarbeitenden des Dezernat Soziales, Leistungserbringern und Beratungsstellen durch.

Für die **Zielgruppe der Leistungsberechtigten** zog das Projektteam eine Stichprobe aus der Gruppe der Budgetnehmer*innen. Insgesamt wurden 230 Briefe an leistungsberechtigte Personen im Gebiet des Landschaftsverbands Rheinland versendet, die Budget-Leistungen erhalten. Die Auswahl der Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Budgetnehmenden wurde per Zufall generiert und orientierte sich an den in Kapitel 2 beschriebenen deskriptiven Merkmalen Geschlecht, Behinderungsform, Alter und Wohnort. Bei Interesse der Leistungsberechtigten an einer Interviewteilnahme wurde individuell mit ihnen ein Termin und der Ort des Interviews (persönlich oder virtuell) vereinbart.

Die Rücklaufquote der beigelegten Antwortschreiben lag bei 13,5 Prozent: Mit 26 Leistungsberechtigten konnten Interviewtermine vereinbart und realisiert werden. Weitere fünf Angehörige von Menschen mit einer geistigen Behinderung meldeten sich, um die Interviews stellvertretend zu führen. Die Verteilung der Stichprobe ist wie folgt: 58 Prozent der befragten Leistungsberechtigten sind weiblich, 42 Prozent männlich, Frauen sind also in der Stichprobe leicht überrepräsentiert. Die Verteilung bei den Behinderungsformen weicht bei der Anzahl der Menschen mit Körperbehinderungen signifikant nach oben ab. 12 Personen (46 Prozent) haben eine körperliche Behinderung, 7 Personen (27 Prozent) eine geistige Behinderung, 6 Personen (23 Prozent) eine seelische Behinderung und eine Person (4 Prozent) ist suchterkrankt. Die Überrepräsentationen der Menschen mit Körperbehinderung sowie der Alterskohorte der 41-50-Jährigen ist im erhöhten Antwort-Rücklauf jener Gruppe begründet.

Zudem wurden **Expert*innen aus Beratungsstellen** gezielt angefragt. Dabei wurde auf eine regionale Gewichtung nach Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget geachtet und Termine mit zwei EUTB, zwei KSL, zwei SPZ und drei KoKoBe im Kreis Heinsberg, im Oberbergischen Kreis sowie im Raum Köln vereinbart. Außerdem besuchte eine Projektmitarbeiterin noch den vom KSL durchgeführten Praxisdialog für die Stadt Köln und den Rheinisch-Bergischen Kreis, bei dem teilnehmende Expert*innen aus den Beratungsstellen ihre Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget schilderten.

Für die Zielgruppe der **Leistungserbringer** wurden Termine mit drei Dienstleistern vereinbart, um eine exemplarische Betrachtung dieser Perspektive zu ermöglichen. Die Kontakte zu den Leistungserbringern wurden über die Abteilungsleitungen des Dezernats vermittelt. Es handelt sich um Leistungserbringer, die das Persönliche Budget als

Leistungsform anbieten. In einem Fall bietet der Dienstleister ausschließlich Leistungen in Form eines Persönlichen Budgets an, während die anderen beiden Dienste sowohl Sachleistungen als auch das Persönliche Budget anbieten.

Außerdem wurden leitfadengestützte Interviews und Gespräche mit Fallmanager*innen, Führungskräften und sonstigen Mitarbeitenden des Dezernats über das Persönliche Budget geführt, um die in den Online-Umfragen sowie Interviews mit Leistungsberechtigten gewonnenen Eindrücke zu vertiefen. Dazu gehörten auch qualitativ geführte Interviews mit den Leitungen der Fachbereiche Eingliederungshilfe I und II (Fachbereich 72 und 73), Markus Schulzen und Dr. Dieter Schartmann. Mit der inzwischen ehemaligen Fachbereichsleitung Annette Esser wurde vor ihrer Verabschiedung in den Ruhestand ebenfalls ein Interview geführt.

Zusätzlich fand auch ein Gespräch mit einem Vertreter des Bezirks Mittelfranken statt, um mehr über deren Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget zu erfahren. Nach Einführung des Persönlichen Budgets gehörte der Bezirk Mittelfranken zu den Modellregionen für das Persönliche Budget. Die Transkriptionen dieser Interviews wurden in das Analyse-Programm MAXQDA geladen. Dadurch ist es möglich gewesen, den Datensatz als hermeneutische Einheit zu behandeln. MAXQDA unterstützt die Arbeit in allen Analysephasen eines Projekts. Eine zentrale Funktion von MAXQDA ist die Möglichkeit mit Kategorien zu arbeiten und ausgewählten Teilen der Daten Codes zuzuordnen sowie Querverweise zwischen den Dokumenten, Kommentaren und Memos zu erstellen[6].

Die **Zielgruppen der Fallmanager*innen und Führungskräfte** (Team- und Abteilungsleitungen), die den zweiten Schwerpunkt des Befragungsprojekts bilden, wurden mittels Online-Umfragen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen zum Persönlichen Budget befragt, um eine hohe Zahl an Rückmeldungen und damit vergleichbare Ergebnisse zu ermöglichen. Die Fragebögen sind zuvor in einem Pre-Test qualitätsgesichert worden und bestehen aus einer Mischung aus geschlossenen Fragen, die eine Vergleichbarkeit der Antworten ermöglichen, sowie offenen Fragen, die Raum für detaillierte Ausführungen lassen. Dabei wurde für das Fallmanagement eine Rücklaufquote von 74 Prozent (108/146) und für die Team- und Abteilungsleitungen eine Rücklaufquote von 67 Prozent (34/51) erreicht.

4. Analyse der Befragung

Im Folgenden werden die wichtigsten Befragungsergebnisse differenziert nach den unterschiedlichen Akteursgruppen dargestellt. Zunächst geht es um die Vorteile, die das Persönliche Budget den Leistungsberechtigten bietet – jeweils aus den unterschiedlichen Perspektiven. Im darauffolgenden Abschnitt 4.2 wird auf verschiedene Nachteile und Hemmnisfaktoren eingegangen. 4.3 beschäftigt sich mit der Frage der Verfügbarkeit von Informationen über das Persönliche Budget, und in Abschnitt 4.4 werden die Erfahrungen der jeweiligen Zielgruppen mit dem Beantragungsverfahren geschildert. Schließlich werden die Anregungen der Befragten zur Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets zusammengefasst.

[6] Rädiker, S; Kuckartz, U. (2019). Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video. Springer VS: Wiesbaden.

Dabei wird in den einzelnen Abschnitten jeweils zuerst die Sicht der Leistungsberechtigten, danach die Sicht der Mitarbeitenden des Dezernats (Fallmanagement und Führungskräfte) und schließlich die Erfahrungen und Meinungen der Expert*innen aus den Beratungsstellen sowie der Leistungserbringer dargestellt.

4.1 Vorteile des Persönlichen Budgets

Im Folgenden wird dargestellt, welche Vorteile die verschiedenen Zielgruppen mit dem Persönlichen Budget verbinden.

4.1.1 Leistungsberechtigte und Angehörige

Der größte Vorteil aus Sicht der Nutzer*innen besteht darin, dass sie ihr Leben mit dem Persönlichem Budget selbstbestimmter gestalten können. Dieser dem Persönlichen Budget inhärente Sinn wird von den Leistungsberechtigten in der Befragung auch als maßgeblicher Vorteil gegenüber der Sachleistung wahrgenommen.

Selbstbestimmte Auswahl ermöglicht Vertrauensverhältnis und Kontinuität der Assistenz

Viele Nutzer*innen führten aus, dass die selbstbestimmte Auswahl der Assistent*innen für sie ein wichtiges Argument für das Persönliche Budget ist. Dies sagten sowohl interviewte Leistungsberechtigte mit Arbeitgebermodell als auch mit Assistenzdienstleistungsmodell. Ihnen ist wichtig, dass ein Vertrauensverhältnis zu ihren jeweiligen Assistent*innen besteht, da sie in sehr persönlichen, teilweise auch körperlich intimen Bereichen unterstützt werden. Auch bei Menschen mit psychischen Erkrankungen ist das Vertrauensverhältnis zur Assistenzkraft ein wichtiger Faktor, um Kontinuität herstellen zu können und vertraute Abläufe zu internalisieren. Eine befragte Budgetnutzerin äußerte, in der Vergangenheit sexuell belästigt worden zu sein. Deshalb sei es für sie außerordentlich wichtig, den Menschen in ihrem Umfeld vertrauen und die Assistent*innen selber aussuchen zu können:

> *„Zuhause ist mein privater Rückzugsort und ich glaube, ich verbringe hier in meinem privaten Umfeld sicherlich noch mehr Zeit als andere in ihrem Zuhause. Das ist ein geschützter Ort für mich, da lege ich ganz großen Wert drauf und da lasse ich auch nicht jeden rein. Das ist wichtig für mich.*" (Frau M.-E., 62 Jahre, körperliche Behinderung)

Menschen mit psychischen Erkrankungen äußerten mehrfach, dass die Kontinuität der Unterstützungskraft ihren Erfahrungen nach bei BeWo-Diensten nicht zu erreichen sei, da es dort häufige Personalwechsel gäbe.

> *„Ich brauche da eine bestimmte Bezugsperson und weil wir uns schon so lange kennen […], habe ich mich für sie [als Assistentin] entschieden.*" (Frau U., 67 Jahre, psychische Behinderung)

Autonomie in Budgetverwaltung und Ausgestaltung der Assistenz schafft Teilhabemehrwert

Die befragten Budgetnutzer*innen legen viel Wert darauf, ihren Tagesablauf selbst zu bestimmen und entscheiden zu können, wie sie ihren Alltag und ihr Leben gestalten. Diese

Selbstbestimmung und die eigenständige Verwaltung des zur Verfügung gestellten Geldbetrags trägt zu einer höheren Selbstwirksamkeit der Nutzer*innen bei:

> *„Ja, ich kann sie [die Assistent*innen] halt so einsetzen, wie ich es für richtig halte, was für mich wichtig ist. Ich setze die Prioritäten und kein anderer. Das ist mir wichtig.*" (Frau M.-E., 62 Jahre, körperliche Behinderung)

Im Persönlichen Budget sehen die Befragten insgesamt bessere Möglichkeiten, ihre soziale Teilhabe eigenverantwortlicher zu gestalten. Sie können je nach individuellem Interesse Teilhabemöglichkeiten wahrnehmen, die sie ohne die Eingliederungshilfeleistung nicht ohne Weiteres nutzen könnten. Dies beinhaltet Treffen mit Freund*innen, Besuche von Kulturveranstaltungen oder andere Arten der Freizeitgestaltung.

Selbstbestimmung im Alltag

Aber auch alltägliche und basale Abläufe, wie zum Beispiel, die Zeit zum Duschen oder Schlafen gehen selbst bestimmen zu können, oder entscheiden zu können, wann und was man zu Abend isst, wird von den Leistungsberechtigten als maßgeblicher Gewinn an Lebensqualität und Selbstwirksamkeit wahrgenommen. Dabei müssen sie sich nicht in so hohem Maße an fremdbestimmten Strukturen und Organisationsabläufen orientieren, wie es in besonderen Wohnformen häufig vorkommt:

> *„…denn ich habe hier persönliche Freiheiten und kann meinen Tag so gestalten wie ich es möchte. Und das konnte ich im Wohnheim nicht. Da sind ja Heimstrukturen, kann man sagen. Da gibt es bestimmte Essenszeiten, da muss man sich abmelden, wenn man das Wohnheim verlässt und wieder anmelden, wenn man ins Wohnheim zurückkommt. Und hier kann ich frei leben. Hier kann ich meinen Tag so einteilen wie ich es möchte.*" (Herr A., 42 Jahre, körperliche Behinderung)

Mehrere der interviewten Leistungsberechtigten sagten, dass sie das Leben in einer eigenen Wohnung dem Leben in einer Wohneinrichtung vorziehen und dass sie ein selbstbestimmtes Leben am besten mit dem Persönlichen Budget verwirklichen könnten. Vor allem Personen, die das Arbeitgebermodell nutzen, betonen die Möglichkeit, sich Assistent*innen aussuchen zu können, als maßgeblichen Gewinn für ihr Leben. Sie können sich mit ihren Assistent*innen abstimmen, müssen darüber hinaus aber mit niemanden Rücksprache über organisatorische Dinge halten und können eigenständige Entscheidungen treffen.

Als weiterer Vorteil wird von den Nutzer*innen die höhere Flexibilität im Rahmen des Persönlichen Budgets genannt. Zum Beispiel hat eine Nutzerin eine Assistentin gefunden, die auch außerhalb der regulären Dienstzeiten eines von ihr angefragten BeWo-Diensts erreichbar ist. Davon profitiert die Nutzerin sehr:

> *„Eine Institution ist immer, da gibt es Regeln, da gibt es Vorschriften. Wenn man davon abweicht, hat man Pech gehabt. Ich kann mir den Menschen nicht aussuchen, der mich da betreut. Ich muss den nehmen, den die mir vorsetzen. Schwierig bei mir und meiner Erkrankung. Frau X [Assistentin] konnte ich mir aussuchen. Das war genau die Person, die ich möchte, die mich betreut. Und das funktioniert super.*" (Frau L., 48 Jahre, psychische Behinderung)

Die Einschätzungen der befragten drei Leistungserbringer unterstützen die Aussagen der Nutzer*innen, dass eine individuelle und auf den Bedarf und die persönlichen Wünsche zugeschnittene Unterstützung mit dem Persönlichen Budget gut zu verwirklichen sei. Besonders die Möglichkeit zur individuellen Auswahl der Assistent*innen und zur

Erbringung der Pflegeleistung in der Form, wie die Nutzer*innen es sich wünschen, werden als gewinnbringend für die Leistungsberechtigten eingestuft.

Persönliches Budget ermöglicht Unterstützung durch Personen aus eigenem Umfeld

Manche Nutzer*innen greifen auch auf die Unterstützung von Nachbar*innen oder Freund*innen für Tätigkeiten zurück, die keine Fachkraft erfordern. Dadurch können sie die Unterstützungsleistungen insgesamt flexibler organisieren. Einer der befragten Leistungsberechtigten berichtete, wie sein Persönliches Budget ihm helfe, ein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Herr B. ist suchterkrankt, lebt auf einem Campingplatz, bekommt zweimal die Woche Besuch vom Pflegedienst und finanziert sich über die Grundsicherung. Er wird sehr von seiner Nachbarschaft unterstützt, die für ihn kocht, einkauft oder Geld von der Bank abheben geht. Das Persönliche Budget nutzt er also dafür, *„wenn mir einer gefällig ist, mal für mich einkaufen fährt oder hier vor Ort hilft. Das kann man auch nicht immer alles umsonst verlangen*" (Herr B., 57 Jahre alt, suchterkrankt). Herr B. ist sich sicher, dass das Persönliche Budget einen Beitrag dazu leistet, dass er so leben könne, wie er es sich vorstellt.

Vorteile überwiegen höheren Aufwand

Danach gefragt, ob die Vorteile des Persönlichen Budgets die Nachteile (wie langwierige Bearbeitungsprozesse und ein hoher Verwaltungsaufwand) insgesamt überwiegen, antworten 14 der befragten 26 Leistungsberechtigten, dass für sie die Vorteile eindeutig überwiegen. Für sechs der Nutzer*innen überwiegen die Vorteile eher gegenüber den Nachteilen. Weitere zwei Personen antworteten mit „teilweise" auf die Frage. Keine*r der befragten Personen war der Meinung, dass die Nachteile überwiegen. Allerdings konnten nicht alle Leistungsberechtigten eine eindeutig zuordbare Antwort auf diese Frage geben. Mehrere Nutzer*innen äußerten ihre Dankbarkeit, dass es das Modell des Persönlichen Budgets gibt und sie die Chance haben, es zu nutzen (s. auch Abbildung 13, S. 48).

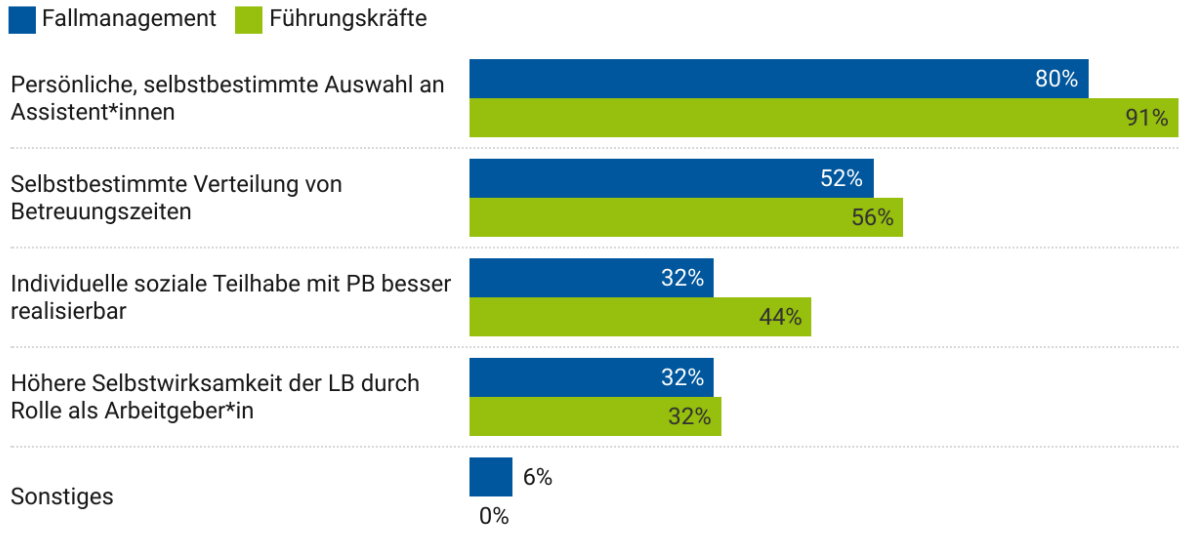
4.1.2 Mitarbeitende des Dezernates Soziales

Dezernatsintern wurden die Fallmanager*innen und die Führungskräfte (Team- und Abteilungsleitungen) in den EGH-Fachbereichen 72 und 73 nach den größten Vorteilen des Persönlichen Budgets für die Leistungsberechtigten gefragt (Abbildung 3 unten).

Mehr Selbstbestimmung als maßgeblicher Vorteil für Leistungsberechtigte

Knapp 80 Prozent der Fallmanager*innen und 91 Prozent der Führungskräfte sind der Meinung, dass die persönliche und selbstbestimmte Auswahl der Assistent*innen einen der größten Vorteile des Persönlichen Budgets für die Leistungsberechtigten selbst darstellt. Dies deckt sich mit den Aussagen der befragten Budgetnehmer*innen. Etwas mehr als die Hälfte aller befragten Dezernatsmitarbeitenden sieht die selbstbestimmte Verteilung von Betreuungszeiten als großen Vorteil für die Leistungsberechtigten. Dass individuelle soziale Teilhabe mit dem Persönlichen Budget besser realisierbar sei, denken 32 Prozent der Fallmanager*innen und 44 Prozent der Führungskräfte. Eine höhere Selbstwirksamkeit durch die Rolle als Arbeitgeber können die Leistungsberechtigten nach Ansicht etwa jeder*s dritten LVR-Mitarbeitenden erreichen.

Abbildung 3: Vorteile des Persönlichen Budgets für Leistungsberechtigte aus Sicht der Verwaltung



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Sechs Fallmanager*innen nutzten die Möglichkeit, weitere Antworten zu formulieren. Genannt werden

- Tagesstruktur durch die Betätigung als Arbeitgeber*in,
- der Einkauf von *„passgenauen Dienstleistungen"* bzw. *„bedarfsdeckenden Lösungen"*

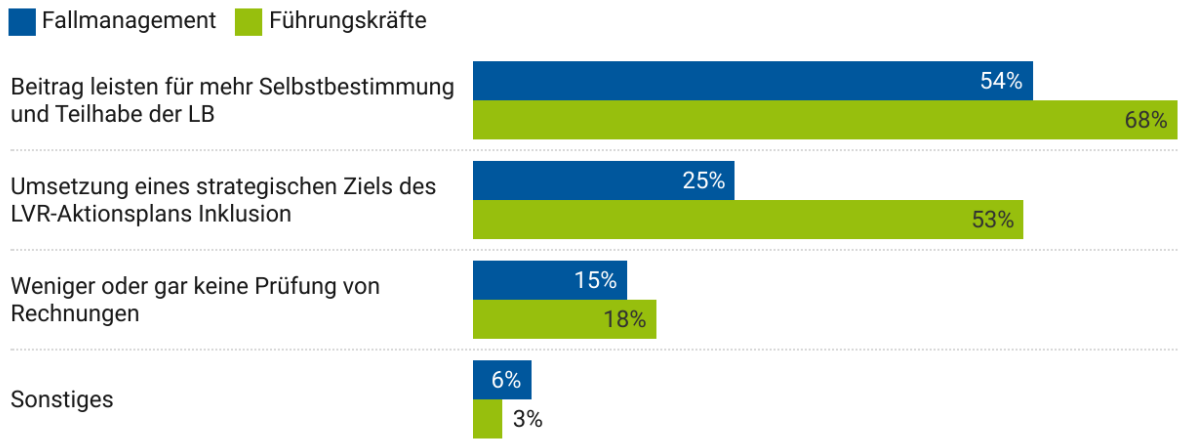
Die Fachbereichsleiter 72 und 73 sehen die Vorteile des Persönlichen Budgets vor allem in der Stärkung von Selbstbestimmung und Teilhabe. Zudem biete es mehr Freiheiten in der Gestaltung der Leistung und in der Auswahl der unterstützenden Personen:

> *„…das ist einfach was ganz anderes, wenn man als Leistungsberechtigter Geld in der Hand hat und Marktmacht hat, als wenn man Leistungserbringern ausgeliefert ist, die bestimmen wann, wie und von wem die Leistung erbracht wird."* (Dr. Dieter Schartmann, Fachbereichsleiter 73)

Beitrag leisten für Selbstbestimmung und Inklusion

Neben den Vorteilen für die Leistungsberechtigten wurden Fallmanagement und Führungskräfte auch gefragt, welche Vorteile aus ihrer Sicht mit dem Persönlichen Budget für die Verwaltung verbunden sind (Abbildung 4).

Abbildung 4: Vorteile des Persönlichen Budgets aus Sicht der Verwaltung



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Zwei Drittel der Führungskräfte sind der Meinung, dass sie mit dem Persönlichen Budget einen Beitrag leisten können für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe der Leistungsberechtigten. Bei den Fallmanager*innen sind es mit 54 Prozent etwas weniger. 25 Prozent der Fallmanager*innen und 53 Prozent der Führungskräfte sehen in der Umsetzung eines strategischen Ziels des LVR-Aktionsplans Inklusion einen großen Vorteil des Persönlichen Budgets. Nur Minderheiten - 15 Prozent der Fallmanager*innen und 18 Prozent der Führungskräfte – sehen einen Vorteil darin, dass weniger oder keine Rechnungen geprüft werden müssten. Insgesamt wird deutlich, dass die Führungskräfte das Persönliche Budget als etwas vorteilhafter bewerten als das Fallmanagement.

Immerhin fast jede vierte Führungskraft sieht keinerlei Vorteile im Persönlichen Budget für die Verwaltung. Für das Fallmanagement gab es diese Antwortmöglichkeit nicht, dennoch nutzten drei Fallmanager*innen die Möglichkeit als offene Antwort zu formulieren, dass sie keinerlei Vorteile des Persönlichen Budgets für die Verwaltung sehen können.

4.1.3 Expert*innen in Beratungsstellen

Die Expert*innen aus den Beratungsstellen sehen einige Vorteile im Persönlichen Budget, die im Wesentlichen mit den von den Leistungsberechtigten genannten Aspekten übereinstimmen.

Persönliches Budget stärkt die Weiterentwicklung individueller Biographien

Die Berater*innen nehmen ebenfalls die größeren Chancen auf Selbstbestimmung als einen großen Vorteil des Persönlichen Budgets wahr. Das Persönliche Budget biete für Menschen mit Behinderungen eine Chance persönlich zu wachsen und sich weiterzuentwickeln. Eine Mitarbeiterin einer Beratungsstelle betonte, dass das Persönliche Budget das Selbstverständnis der Nutzer*innen verändern könne und damit ein entscheidendes Instrument der Stärkung und des Empowerment sei. Ein Mitarbeiter einer KoKoBe stellte fest:

> *„Aber man kann schon oft einen Wandel in Sachen Kompetenzerwerb feststellen, finde ich. Auch im Auftreten. Das ist ein ganz anderes Auftreten. Selbstbestimmt.*" (Beratungsstelle KoKoBe)

Die befragten Leistungserbringer teilen diese Einschätzungen der Expert*innen aus den Beratungsstellen und formulieren ähnlich, dass die Budgetnehmer*innen durch das Persönliche Budget eine höhere Selbstwirksamkeit erlangten. Der größte Vorteil sei, dass die Geldleistung direkt an die Klient*innen fließt. Es sei

> *„ein anderes Bewusstsein, wenn das Geld auf das eigene Konto gehe.*"
> (Leistungserbringer 1)

Auch durch das Aufbrechen des Leistungsdreiecks sei nach Ansicht eines Experten aus einer Beratungsstelle mehr Mitsprache für die Leistungsberechtigten möglich. Beim Persönlichen Budget würden die Nutzer*innen stärker als bei einer Sachleistung in den Mittelpunkt gestellt, was es sehr wertvoll mache. Zudem seien individuell passgenaue Leistungen besser umsetzbar. Weiterhin gebe es beim Persönlichen Budget nur eine Ansprechperson beim Leistungsträger, auch wenn Unterstützungsleistungen verschiedener Reha-Träger erforderlich seien.

Teilbudgets als niedrigschwelliger Zugang zum Persönlichen Budget

Mehrfach äußerten die Expert*innen aus den Beratungsstellen, dass es ein Vorteil beim Persönlichen Budget sei, Teilbudgets in Anspruch nehmen zu können. Also: neben einer Sachleistung – etwa durch einen BeWo-Dienst oder in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung - auch Leistungen in Geldform zu erhalten. Ein Teilbudget würde sich vor allem im Bereich der Freizeit-Assistenz gut eignen. Die Berater*innen berichten hier von positiven Erfahrungen einiger Leistungsberechtigten. Dies könne für die Leistungsberechtigten einen guten Einstieg bieten, um zu testen, ob sie ihre Unterstützungsleistung zukünftig vollständig in Form des Persönlichen Budgets in Anspruch nehmen möchten. Oder aber weiterhin zusätzlich zur Sachleistung gezielt nur für Teilbereiche ergänzende Unterstützung über das Persönliche Budget einkaufen möchten.

4.2 Nachteile des Persönlichen Budgets und Hemmnisfaktoren

4.2.1 Leistungsberechtigte und Angehörige

Auch wenn die Vorteile für die befragten Nutzer*innen insgesamt überwiegen, sehen sie dennoch einige Nachteile, die mit dem Persönlichen Budget verbunden sind. Diese beziehen sich vor allem auf den Bearbeitungsprozess und die damit verbundenen Unsicherheiten wegen der oftmals langen Bearbeitungszeiten. Näheres zum Beantragungsverfahren findet sich ab Seite 32.

Finanzielle und psychische Belastung durch lange Bearbeitungszeiten

Die langen Bearbeitungszeiten führen teilweise zu rückwirkenden Bewilligungen und verzögerten Zahlungen. Beispielsweise schilderte ein Nutzer, dass die Miete für das Zimmer der Assistent*innen vom Dezernat Soziales als EGH-Träger bezahlt werde, er diese bei einer Weiterbewilligung jedoch erst später ausgezahlt bekam und die Geldleistung vorstrecken musste. Solche und ähnliche Situationen werden von der Gruppe der Leistungsberechtigten als psychisch und finanziell belastend wahrgenommen. Zudem berichteten mehrere Budgetnutzer*innen, dass bei verspäteter Auszahlung die Assistent*innen nicht rechtzeitig entlohnt werden können bzw. die Budgetnehmer*innen den Lohn mit Hilfe von eigenen Ersparnissen oder Ersparnissen von Angehörigen vorstrecken müssen (sofern diese Möglichkeit vorhanden ist).

Überforderung und Unsicherheit durch Arbeitgeber-Aufgaben im Krisenfall

Gerade im Arbeitgebermodell bestehen Schwierigkeiten, wie die Vertretung bei Erkrankung der Assistenzkraft oder bei anderen spontanen Ausfällen organisiert werden kann. Viele Leistungsberechtigte sind zwingend darauf angewiesen, dass jederzeit bzw. zu den vorgesehenen Zeiten eine Assistenzkraft zur Unterstützung anwesend ist. Daraus resultieren teilweise Sorgen, Unsicherheiten und Existenzängste für die Nutzer*innen.

Schwierigkeiten mit dem Assistenzdienstleister

Personen, die das Persönliche Budget im Assistenzdienstleistungsmodell nutzen, verspüren diesen Druck zwar nicht, jedoch kann es bei diesem Modell zu Problemen mit dem Anbieter der Assistenzleistungen kommen. Die Suche nach einem passenden Dienstleister, dessen Assistent*innen den Vorstellungen und Wünschen der Leistungsberechtigten entsprechen, gestaltet sich nicht immer leicht. Eine befragte Budgetnutzerin berichtete, dass die Leistung aufgrund von Personalmangel beim Anbieter mehrfach nicht erbracht werden konnte. In einem Fall hat eine Angehörige die Geldleistung vollständig an einen Anbieter überwiesen und hatte Schwierigkeiten, eine transparente Übersicht über Kosten und Leistungen zu erhalten. Eine Nutzerin wollte zunächst einen Assistenzdienst in Anspruch nehmen, war jedoch abgeschreckt als dieser eine Vollmacht für ihr Konto verlangte, da sie die Kontrolle über das das im Rahmen des Persönlichen Budgets ihr zur Verfügung gestellte Geld nicht abgeben wollte.

Ein befragter Leistungserbringer berichtete, dass einige Nutzer*innen vom Arbeitgeber- zum Assistenzdienstleistungsmodell wechseln würden, weil sie mit der Arbeitgeber*innenrolle überfordert wären.

Höhe der Geldleistung wird teilweise als nicht ausreichend empfunden

Budgetnutzer*innen, die das Persönliche Budget für Leistungen für Assistenz im Bereich der Freizeitgestaltung nutzen, machten teilweise die Erfahrung, mit der berechneten Geldleistung nicht auszukommen. Mehrere Leistungsberechtigte – vor allem Menschen mit geistigen Behinderungen bzw. deren Angehörige, die die Verwaltung des Persönlichen Budgets übernommen hatten – äußerten, dass sie privat aufstocken würden, weil entweder die Stunden nicht ausreichen würden oder sie nicht in der Lage seien, konkurrenzfähige Gehälter zu zahlen.

> *„Wir zahlen natürlich viel drauf. Das reicht nicht. (…) dass das nicht dynamisiert wird (…), ist ein erheblicher Nachteil.*" (Frau P., Mutter eines Sohnes mit geistiger Behinderung)

Letzteres berichteten vor allem auch Menschen mit körperlichen Behinderungen, die eine 24-Stunden Assistenz in Anspruch genommen haben und das Persönliche Budget im Arbeitgebermodell nutzen. Es sei schwierig, geeignete Assistent*innen zu finden.

> *„Es ist nicht sicher genug. Es gibt einem nicht so ein Sicherheitsgefühl. Also irgendwie kämpft man sich da durch. Aber wenn halt Probleme auftreten mit Personalmangel oder dass das Budget einfach zu niedrig ist, um attraktiv zu wirken für Interessierte, dann ist das halt ein Problem.*" (Frau S., 63 Jahre, körperliche Behinderung)

Teilweise führe dies nach Einschätzung der Leistungserbringer auch dazu, dass die Budgetnutzer*innen in ein Assistenzdienstleistungsmodell wechseln, weil sie selbständig keine geeigneten Assistent*innen finden würden.

Lohnerhöhungen für die eigenen Assistent*innen mit Dezernat 7 zu verhandeln sei oft langwierig. Weder könne man Gehälter zahlen wie andere Dienstleister, mit denen die Budgetnutzer*innen auf dem Markt um Arbeitskräfte konkurrieren. Noch würde die Höhe der Geldleistungen Spielraum lassen für Gehaltserhöhungen, Sonderzuschläge oder –Zahlungen.

> *„…dass man als Arbeitgeber nicht die Leistung erbringen kann, wie zum Beispiel Zuschläge, Weihnachtsgeld etc. So was können wir nicht machen und da sind alle anderen natürlich in Konkurrenz zu uns. Normale Arbeitgeber bieten da eben attraktivere Konditionen an, die wir nicht anbieten können*." (Frau S., 63 Jahre, körperliche Behinderung)

Ein Leistungserbringer schilderte zusätzlich, dass seiner Wahrnehmung nach ein gewünschter Wechsel des Leistungserbringers häufig kurzfristig nicht möglich sei, wenn der neue Leistungserbringer einen höheren Stundenlohn als der bisherige Leistungserbringer fordere. In dem Fall müsse über die Höhe der Geldleistung zunächst verhandelt werden.

Komplexe Verwaltung

Als weiteren Nachteil empfinden manche Budgetnutzer*innen die teilweise sehr komplexe Verwaltung der Finanzen und die Verwaltung von Nachweisen, Belegen etc. Dies könnte zur Überforderung führen, wenn man in der Verwaltung nicht gewissenhaft und strukturiert vorgehe.

> *„Ich habe oft das Gefühl, ich bin viel mehr mit der Organisation beschäftigt als mit meinem eigenen Leben. Man muss hier halt ständig irgendwas regeln. Irgendwas passiert immer.*" (Frau K., 45 Jahre, körperliche Behinderung)

Auch mehrere der befragten Angehörigen, die für die Verwaltung des Budgets keinen finanziellen Ausgleich erhalten, gaben an, einen hohen Aufwand für die Verwaltung zu betreiben und damit teilweise überfordert zu sein. Die befragten Leistungserbringer betonen ebenfalls, dass eine gute Organisationsfähigkeit bei der Verwaltung des Persönlichen Budgets erforderlich sei. Im Vergleich zur Sachleistung stelle das Persönliche Budget einen zeitlichen Mehraufwand dar.

Zudem ist nach Einschätzung der Leistungsberechtigten sowie der Leistungserbringer Wissen zu bestimmten rechtlichen Fragen erforderlich, zum Beispiel zur ordnungsgemäßen Anmeldung des Beschäftigungsverhältnisses der Angestellten im Arbeitgebermodell. Fehlende Expertise könne hier sonst zu Konflikten mit den Assistent*innen führen, wenn beispielsweise Arbeitszeitgesetze nicht eingehalten werden sollen. Einige Nutzer*innen entschieden sich für das Assistenzdienstleistungsmodell, um diese Verantwortung nicht tragen zu müssen.

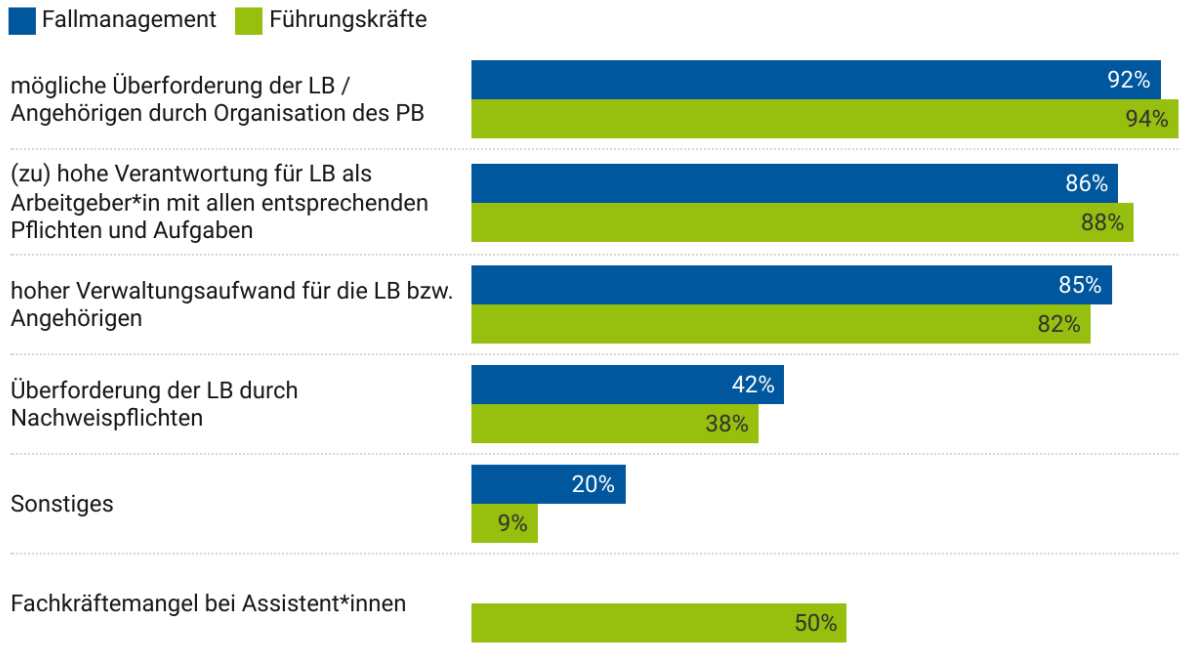
Ein Leistungserbringer äußerte zudem die Einschätzung, dass Träger, die mit Sachleistungen arbeiten, den Leistungsberechtigten das Persönliche Budget häufig nicht zutrauen würden. Oft würde die Meinung vorherrschen, dass das Persönliche Budget zu Überforderung und Frustration bei den Leistungsberechtigten führen würde.

4.2.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales

Aus Sicht der Mitarbeitenden des Dezernates ist das Persönliche Budget auch mit deutlichen Nachteilen für die Leistungsberechtigten verbunden. Als die drei wichtigsten Nachteile des Persönlichen Budgets für die Menschen mit Behinderung nennen sie eine

mögliche Überforderung durch die Verwaltung der Geldmittel, die (zu) hohe Verantwortung, die mit der Arbeitgeberrolle verbunden ist und der hohe Verwaltungsaufwand für die Leistungsberechtigten bzw. ihre Angehörigen. Wie Abbildung 5 zeigt, liegen die Einschätzungen der Fallmanager*innen und der Führungskräfte bei dieser Frage nah beieinander.

Abbildung 5: Nachteile des Persönlichen Budgets für Leistungsberechtigte aus Sicht der Verwaltung



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Organisation des Persönlichen Budgets birgt Gefahr der Überforderung

Fast alle befragten Fallmanager*innen (92 Prozent) und Führungskräfte (94 Prozent) gaben an, dass die Organisation des Persönlichen Budgets zu einer Überforderung der Leistungsberechtigten und deren Angehörigen führen könne. Auch eine Fachbereichsleitung gibt dies als Nachteil an. Als (zu) große Verantwortung empfinden 86 Prozent der Fallmanager*innen und 88 Prozent der Führungskräfte die Pflichten und Aufgaben, die auf die Leistungsberechtigten in ihrer Rolle als Arbeitgeber zukämen. Auch der hohe Verwaltungsaufwand für die Leistungsberechtigten bzw. deren Angehörigen wird ganz überwiegend als nachteiliger Aspekt für die Leistungsberechtigten empfunden (Fallmanager*innen: 85 Prozent, Führungskräfte: 82 Prozent). 42 Prozent der Fallmanager*innen und 38 Prozent der Führungskräfte glauben außerdem, dass die Nachweispflichten zur Mittelverwendung die Leistungsberechtigten überfordern könnten. Zudem nimmt die Hälfte der befragten Führungskräfte den Fachkräftemangel bei Assistent*innen als ein Problem wahr. Auch bei einem Interview mit einer Fachbereichsleitung wurde dies als nachteilig thematisiert.

Komplexität des Budgets führe zu hohen Erwartungen an Fallmanagement

Einige Fallmanager*innen nutzten die Möglichkeit, die Nachteile des persönlichen Budgets für die Zielgruppe der Leistungsberechtigten zu spezifizieren. Sechsmal wurde dabei der mögliche Missbrauch oder die Zweckentfremdung von Mitteln als Nachteil genannt.

Weitere wahrgenommene Nachteile, die vereinzelt als eigene Ergänzung in der Online-Befragung genannt wurden, waren eine *„permanente Überforderung*" (3 Antworten) und geringere Zufriedenheit. Die Komplexität der Budgetverwaltung, insbesondere in der Arbeitgeberrolle, führt nach Angaben von drei Fallmanager*innen dazu, dass die Leistungsberechtigten vom LVR erwarten, deren Fragen zu arbeits-, steuerrechtlichen oder personalwirtschaftlichen Themen zu lösen. Eine*r der Befragten äußerte die Befürchtung, dass die Entscheidung zu Gunsten des Persönlichen Budgets durch Assistenzdienstleister beeinflusst werden könnte, mit der Folge, *„dass das Persönliche Budget vollständig an die Anbieter*" gehe, ohne dass dabei die Leistungen transparent gemacht würden. Auch von den Fachbereichsleitungen wurde die Befürchtung geäußert, dass bedingt durch den hohen Organisationsaufwand im Persönlichen Budget und den Fachkräftemangel Leistungsberechtigte dazu gedrängt werden könnten, Angebote von Dienstleistern anzunehmen, die möglicherweise nicht zielführend (im Sinne der Zielvereinbarungen) sind, sondern lediglich dazu führen, dass Leistungsberechtigte ihr Budget zu großen Teilen an Leistungserbringer auszahlen.

Drei Führungskräfte haben die Möglichkeit genutzt, weitere Nachteile zu nennen, die aus ihrer Sicht mit dem Persönlichen Budget für die Leistungsberechtigten verbunden sind. Ein*e Mitarbeitende*r verweist auf das Risiko, dass Leistungsberechtigte Leistungen aus dem Persönlichen Budget bezahlen, die der Leistungsträger nicht anerkennt und es so zu Rückforderungen kommen kann. Außerdem werden Budgetassistenzen insgesamt kritisch betrachtet, da deren hohe Kosten zulasten der eigentlichen Unterstützungsleistung gehe (mehr dazu auf Seite 37):

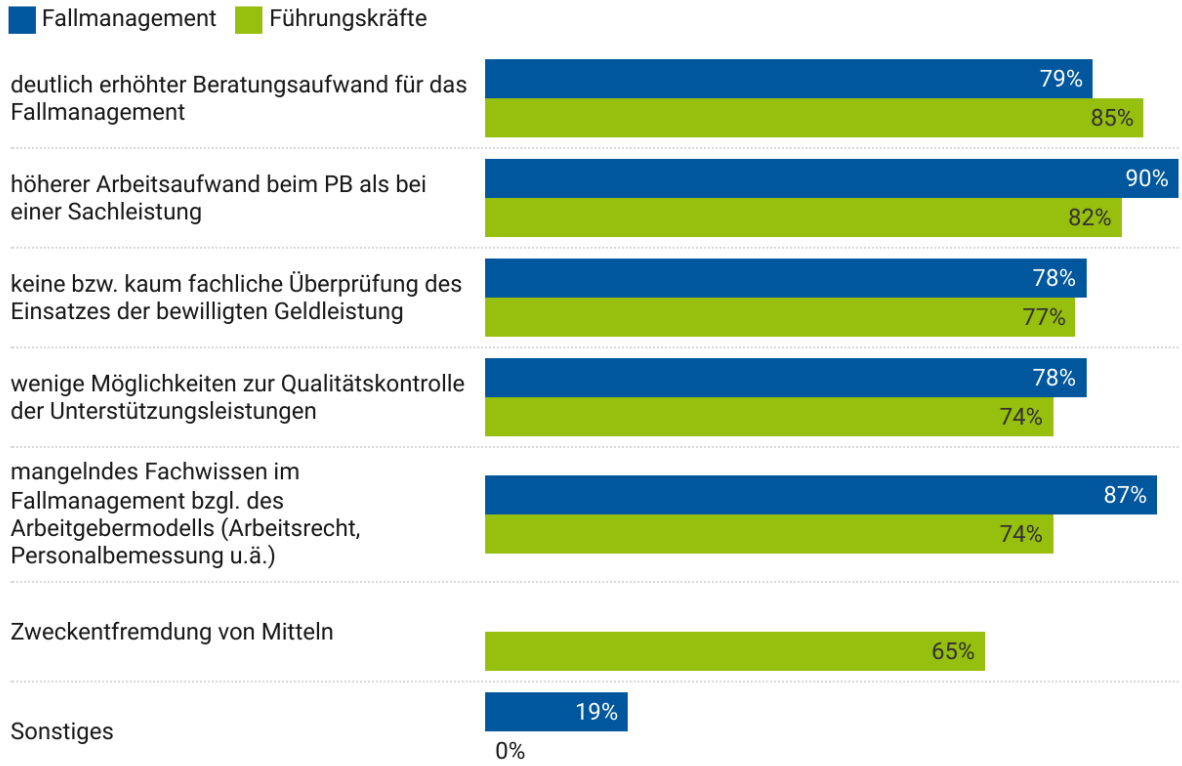
> *„Oftmals rechnen diese Dienste [Budgetassistenzen] hohe Summen für die Budgetverwaltung ab, die nicht refinanziert werden können. So schmälert sich das für die Betreuung zur Verfügung stehende Budget.*" (Führungskraft des Dezernat Soziales)

Ein*e Befragte*r empfindet die zeitintensivere Bearbeitung und die dadurch auch zu langen Bearbeitungszeiten sowie Unsicherheiten im Verfahrensablauf als weitere Nachteile für die Leistungsberechtigten.

Erhöhter Beratungs- und Arbeitsaufwand für das Fallmanagement

Wird statt nach den Nachteilen für die Leistungsberechtigten nach den Nachteilen für die Verwaltung gefragt, geht die Bilanz eindeutig ins Negative. Die befragten Fallmanager*innen und Führungskräfte des Fachbereichs 72/73 sehen insgesamt deutlich mehr Nachteile als Vorteile des Persönlichen Budgets für die eigene Arbeit in der Verwaltung. Fast 90 Prozent der befragten Fallmanager*innen sehen im höheren Arbeitsaufwand des Persönlichen Budgets im Vergleich zu einer Sachleistung einen Nachteil (Führungskräfte: 82 Prozent). Weitere 87 Prozent der Fallmanager*innen und 74 Prozent der Führungskräfte sehen fehlendes Fachwissen im Fallmanagement bzgl. des Arbeitgebermodells (Arbeitsrecht, Personalbemessung etc.) als kritisch an. Auch die wenigen Möglichkeiten zur fachlichen Überprüfung des Einsatzes der bewilligten Geldleistung sowie zur Qualitätskontrolle der Unterstützungsleistungen werden jeweils von etwa Dreiviertel der LVR-Mitarbeiter*innen als nachteilig wahrgenommen. Dies wird zudem von einer Fachbereichsleitung als kritisch angesehen. Der deutlich erhöhte Beratungsaufwand für das Fallmanagement wird von 79 Prozent der Fallmanager*innen und 85 Prozent der Führungskräfte als Nachteil wahrgenommen (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Nachteile des Persönlichen Budgets aus Sicht der Verwaltung



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

LVR-Mitarbeitende sehen hohes Missbrauchspotential beim Persönlichen Budget

Fast 20 Prozent der Fallmanager*innen nutzten die Möglichkeit, weitere Nachteile des Persönlichen Budgets als offene Antwortmöglichkeit zu nennen. Hier wird vor allem eine vermutete Missbrauchsgefahr des Persönlichen Budgets beschrieben:

> *„Missbrauch der Gelder gelingt leicht, da wir nicht prüfen*". (Fallmanager*in Dezernat Soziales)

Kritisiert wird ebenfalls, dass beim Persönlichen Budget deutlich weniger Nachweise erforderlich sind. 65 Prozent der Führungskräfte geben an, in der Möglichkeit der Zweckentfremdung von Mitteln einen Nachteil des Persönlichen Budgets zu sehen.

Jedoch gibt es auch explizit die gegenteilige Einschätzung, dass bisher (fast) keine negativen Erfahrungen in diesem Bereich gemacht wurden, sondern dass die Leistungsberechtigten das Geld in der Regel zweckgerecht einsetzen. Eine Fachbereichsleitung merkte an, dass stärkere Kontrollen rechtlich nicht möglich seien und man deshalb auf die Mitwirkung der Leistungsberechtigten angewiesen ist. Daher solle man die Budgetnutzer*innen dafür sensibilisieren, ihren Mitwirkungspflichten sowie ihren Kontrollpflichten gegenüber Leistungserbringern nachzukommen.

Mehrere Nutzer*innen und Angehörige betonen hingegen, dass sie (bzw. ihre Angehörigen) auf die Leistungen, die sie als Persönliches Budget erhalten, angewiesen sind. Sie wünschen sich mehr Vertrauen, dass sie das Geld in ihrem eigenen Sinne zweckgerecht einsetzen.

> *„Wir machen das hier nicht zum Spaß und ein bisschen mehr Vertrauen wäre schön.*" (Herr L., Vater einer Frau mit einer geistigen Behinderung)

Weitere Herausforderungen des Persönlichen Budgets

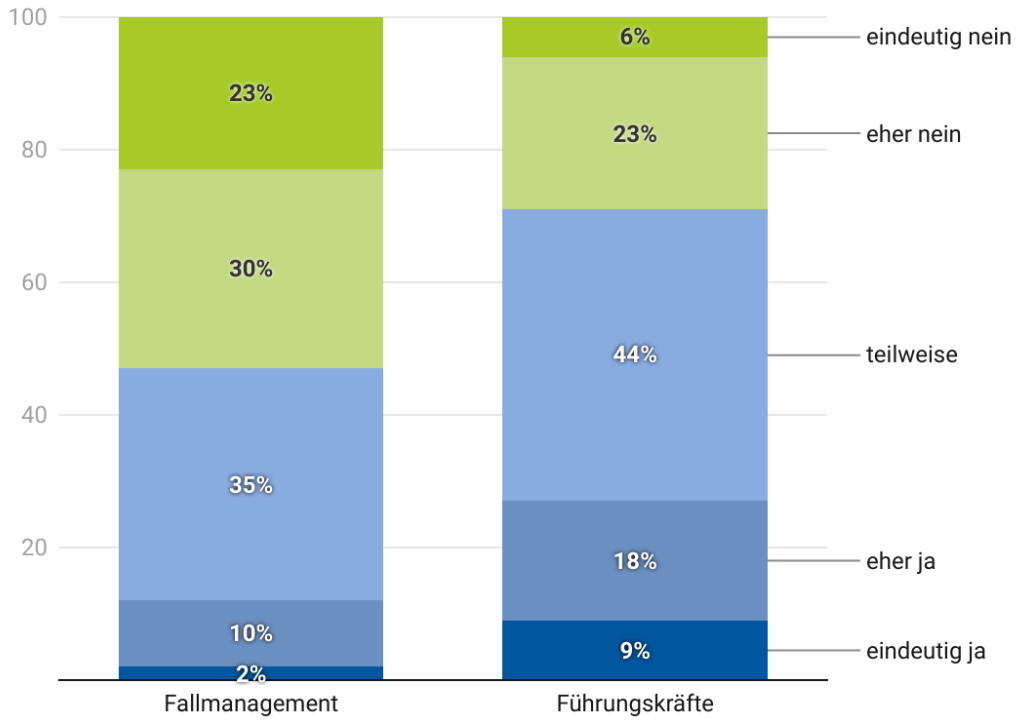
Ein*e befragte* Fallmanager*in sieht einen Nachteil darin, dass es keine einheitlichen Regeln in der Bearbeitung des Persönlichen Budgets gebe. Ein weiterer Nachteil sei, dass aufwändige AKF-Fälle (Leistungsberechtigte mit komplexem Unterstützungsbedarf im ambulanten Setting) nicht angemessen bei der Stellenbemessung berücksichtigt würden. Weitere Mitarbeitende bemängeln an dieser Stelle fehlende Schulungen. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Regionalabteilungen und der Abteilung 74.10 (Hilfe zur Pflege) bei trägerübergreifenden Budgets wird vereinzelt als schwierig beschrieben. Zusätzlich wird in Frage gestellt, warum in den Regionalabteilungen – anders als in 74.10 – die Bearbeitung der Fälle alleine beim Fallmanagement liege und nicht zwischen Sachbearbeitung und Fallmanagement aufgeteilt werde.

Negative Bilanz beim Persönlichen Budget aus Sicht der Verwaltung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der überwiegende Teil der Fallmanager*innen im Persönlichen Budget mehr Nachteile als Vorteile sieht (Abbildung 7). 12 Prozent finden, die Vorteile überwiegen die Nachteile. „Teils/teils" und „überwiegend nein" antworteten 35 Prozent bzw. 30 Prozent der befragten LVR-Mitarbeiter*innen. Dass die Vorteile des Persönlichen Budgets die Nachteile eindeutig nicht überwiegen, meinen immerhin 23 Prozent.

Die Führungskräfte bewerten das Persönliche Budget insgesamt etwas positiver als die Fallmanager*innen. Die meisten von ihnen (44 Prozent) antworten hier mit „teils/teils". Für 27 Prozent überwiegt der Teilhabe-Mehrwert die Nachteile. Für 29 Prozent überwiegen jedoch allerdings eher oder eindeutig die Nachteile des Persönlichen Budgets, sodass fast jede*r Dritte das Persönliche Budget (eher) negativ bewertet.

Abbildung 7: Überwiegt der Teilhabe-Mehrwert des Persönlichen Budgets die Nachteile, die mit dem Persönlichen Budget für die Verwaltung einhergehen (können)?



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Einstellung zum Persönlichen Budget im eigenen Team

Die Führungskräfte wurden zudem um die Einschätzung der Einstellung zum Persönlichen Budget im eigenen Team / in der eigenen Abteilung gebeten. Diese wird insgesamt als negativer wahrgenommen als die eigene Einstellung zum Persönlichen Budget. 53 Prozent antworten hier mit „teils/teils". 15 Prozent schätzen es so ein, dass in ihrem Team/ in ihrer Abteilung die Einstellung überwiege, dass der Teilhabe-Mehrwert des Persönlichen Budgets die Nachteile eher überwiegt. Keine*r der befragten Führungskräfte denkt, dass in ihrem Team/ in ihrer Abteilung die Einstellung verbreitet sei, dass die Vorteile des Persönlichen Budgets die Nachteile eindeutig überwiegen. Fast ein Drittel sind der Meinung, dass in ihrem Team / in ihrer Abteilung das Bild vorherrsche, dass die Nachteile eher überwiegen (24 Prozent) oder eindeutig überwiegen (9 Prozent).

4.2.3 Expert*innen in Beratungsstellen

Hoher Organisationsaufwand birgt Exklusionsgefahr für Leistungsberechtigte

Der größte Nachteil aus Sicht der Expert*innen von Beratungsstellen liegt darin, dass das Persönliche Budget als Leistungsform an sich kompliziert und die Beantragung und Organisation nicht niedrigschwellig genug sei. Damit würde einhergehen, dass es viele der potentiellen Nutzer*innen ausschließt, weil diese nicht in der Lage seien, das Persönliche Budget selbstständig zu verwalten.

> *„Das Persönliche Budget wird meistens in Anspruch genommen, wenn sie geistig nicht so stark eingeschränkt sind. Also wenn die Klienten eine ausgeprägte Beeinträchtigung haben, dann machen sie das nicht.*" (Beratungsstelle KoKoBe)

Herausforderungen bei Menschen mit psychischen und Sucht-Erkrankungen

Auch für Menschen mit psychischen Behinderungen oder Suchterkrankungen könne das Budget durchaus eine Herausforderung bedeuten, so die Berater*innen. Menschen, die Schwierigkeiten im Umgang mit Geld haben, könnten überfordert sein. Eine der befragten Expertinnen aus den Beratungsstellen der SPZ merkte an, dass ihre Klient*innen mit einer psychischen Behinderung, die häufig verschuldet waren oder sind, mit der Verwaltung des Persönlichen Budgets überfordert werden könnten. Das Persönliche Budget könnte ein Trigger sein, Ängste aktivieren oder im schlimmsten Fall dazu beitragen, in alte Verhaltensmuster zurück zu fallen. Eine weitere Beraterin beschrieb, dass der Selbstbestimmungs-Gedanke in den Hintergrund rücke, sobald die Leistungsberechtigten merken würden, wie viel Arbeit hinter dem Persönlichen Budget stecke. Für Menschen mit Suchterkrankung könne das Persönliche Budget darüber hinaus eine Herausforderung im Hinblick auf die eigene Sucht darstellen:

> *„…wo ich auch beraten habe, wo dann jemand mit einer Suchterkrankung mir gesagt hat: `Das ist ja alles schön und gut, aber ich kenne mich, wenn ich das Geld habe, dann könnte ich das auch für Suchtmittel nutzen´. Ja, der war sehr reflektiert, (..), der hat dann auch seinen eigenen Schutz aufgebaut und gesagt, lass mich ja damit in Frieden, das ist für mich eine Gefahr, auch wieder rückfällig oder so zu werden.*" (Beratungsstelle SPZ)

Als Nachteil empfinden die Expert*innen der Beratungsstellen neben der Komplexität des Persönlichen Budgets auch die langen Bearbeitungszeiten. Wenn Menschen die Beratung aufsuchen, bräuchten diese häufig konkrete und schnelle Hilfe (siehe S. 31).

Zudem sei die Qualität der eingekauften Leistungen teilweise nicht gut, wenn zum Beispiel eine Person mit psychischer Erkrankung von einer nicht dafür geschulten Assistenzkraft begleitet werde.

Besondere Herausforderungen für Leistungsberechtigte in ländlichen Regionen

Vor allem in ländlicheren Regionen sei ein weiteres Problem, dass es zu wenige Leistungserbringer gebe, die Leistungen zum Persönlichen Budget anbieten. Die Berater*innen vermuteten als Ursache für diese ablehnende Haltung der Leistungserbringer, dass sich – gerade Teilbudgets – für die Leistungserbringer finanziell nicht lohnen und bspw. Assistenzen für Freizeitbegleitung kaum angeboten würden:

> *„Die sagen dann, ich würde das gerne mit dem Persönlichen Budget machen und meine Eltern helfen mir auch, aber letztlich finden die den Platz nicht. Die Anbieter wollen das nicht.*" (Beratungsstelle KoKoBe)

Neben dieser mitunter ablehnenden Haltung der Leistungserbringer sei es zusätzlich auch so, dass es die Versorgungslage auf dem Land es erschwere, Assistenzkräfte zu finden:

> *„…also bei den Menschen, wo ich jetzt wirklich konkret die Antragsberatung mit begleitet habe, war es wirklich auch schwierig am Ende, (…) überhaupt eine Assistenzkraft zu kriegen. Hier gibt es keine Assistenzdienste, über die ich vielleicht auf irgendeinen Pool von Leuten zurückgreifen kann (…). Hier ist wirklich, ich mache irgendwie selber in der Zeitung eine Anzeige oder so und hoffe, dass irgendwer zufällig hier gerade rumläuft, der genau da irgendwie reinpasst und das (…) erschwert die Sache eben auch nochmal, glaube ich, dass die Leute schon einfach auch Angst davor haben, dass sie hier die Strukturen gar nicht so finden.*" (Beratungsstelle EUTB)

4.3 Informationen über das Persönliche Budget

4.3.1 Leistungsberechtigte und Angehörige

Informelle Netzwerke spielen wichtige Rolle bei der Informationsvermittlung

Die in der Erhebung befragten Leistungsberechtigten geben fast alle an, nicht durch den LVR auf die Möglichkeit eines Persönlichen Budgets als Leistungsform aufmerksam gemacht worden zu sein. Vielmehr sind es informelle Netzwerke (andere leistungsberechtigte Personen oder deren Angehörige, Engagement in Vereinen oder berufliche Berührung mit dem Thema), Beratungsstellen wie die EUTB oder Dienstleister (z.B. BeWo-Anbieter), die eine wichtige Rolle bei der „Erstinformation" der Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets spielen.

Die interviewten Angehörigen haben ebenfalls durch informelle Netzwerke vom Persönlichen Budget erfahren. Eine Angehörige gibt an, erst nach eigener Anfrage Informationen von Beratungsstellen oder Trägern bekommen zu haben.

> *„In Erfahrung gebracht haben wir diese Möglichkeit (…) weder von der Schule noch von allen anderen, die mit X in irgendeiner Form zu tun haben, sondern natürlich von einer anderen Mutter. Ich sage deswegen „natürlich", weil das Standard ist, dass wir alle Informationen erstmal von irgendwelchen (Leuten) aus dem informellen Netzwerk bekommen.*" (Frau G., Mutter eines Sohnes mit einer geistigen Behinderung)

Fünf Leistungsberechtigte gaben an, das Internet zu nutzen, um sich tiefergehende Informationen über das Persönliche Budget zu beschaffen. Ein kleiner Teil der Budgetnutzer*innen wiederum hat Beratungsstellen wie KoKoBe oder EUTB in Anspruch genommen, um sich tiefer über das Persönliche Budget zu informieren und Unterstützung beim Beantragungsverfahren zu erhalten (vgl. Kapitel 4.4). Mit diesen hätten sie überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Ein Leistungserbringer beobachtete, dass es mehr Anfragen zum Persönlichen Budget gibt, seit die EUTB dahingehend informieren und beraten würden.

Eine weitere Möglichkeit zur Information bieten die Leistungserbringer. Die befragten Leistungserbringer bieten kostenfreie Beratungen für potentielle Nutzer*innen an. Wenn sich jemand für ein Persönliches Budget entscheidet, werde die Person bei der Antragstellung und Bedarfsermittlung unterstützt. Grundsätzlich erfolge die Information jedoch neutral, ohne den Beratungssuchenden in Richtung Persönliches Budget oder in Richtung Sachleistung zu lenken.

> *„Wir beraten erstmal unabhängig davon, ob es ein Kunde wird oder nicht. Wir beraten in beide Richtungen. Wenn ich ein Erstgespräch mache, dann berate ich auch zum Persönlichen Budget und erkläre die Vorteile und Nachteile dazu. Es ist mir egal, was gewählt wird.*" (Mitarbeiter eines Leistungserbringers)

Leistungsberechtigte wünschen sich mehr Information und Beratung vom LVR

Das Dezernat Soziales nutzt als Leistungsträger der Eingliederungshilfe verschiedene Wege, um über das Persönliche Budget zu informieren. In Bezug auf die allgemeine Öffentlichkeit werden die Online-Präsenzen des Dezernates Soziales bzw. des LVR-Beratungskompasses, Flyer, Broschüren, Newsletter und ähnliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Um jedoch gezielt die Information von (potenziellen) Leistungsberechtigten sicherzustellen, gibt es die Verpflichtung, im Rahmen der Bedarfsermittlung auf die Möglichkeit der Leistungsform des Persönlichen Budgets hinzuweisen. Da die Bedarfsermittlung jedoch überwiegend durch die Leistungserbringer erfolgt, kann der LVR nicht sicherstellen, ob und wie ausführlich diese Informationsweitergabe erfolgt. Bei Menschen, die bereits im Leistungsbezug sind und ihre*n Fallmanager*in kennen, können Anfragen und Beratungsanliegen durch den Kontakt zu Mitarbeitenden des Dezernats geklärt werden. Neu hinzugekommen ist zudem die Beratung vor Ort: in allen Mitgliedskörperschaften des LVR bietet das Dezernat Soziales Beratung für Menschen mit Behinderung nach individueller Terminabsprache an.

Die Interviews der Leistungsberechtigten zeigen, dass zwar ein kleiner Teil der befragten Leistungsberechtigten sich gut durch das Dezernat Soziales informiert fühlt, ein deutlich größerer Anteil jedoch die bereitgestellten Informationen als nicht ausreichend empfindet. Sie bemängeln beispielsweise, dass sie benötigte Informationen zu Einsatzmöglichkeiten des Persönlichen Budgets erst spät im Beantragungsprozess oder gar nicht erhalten hätten. Leistungsberechtigte äußerten den Wunsch, dass die Möglichkeit des Persönlichen Budgets im Antrag auf Eingliederungshilfe bereits hervorgehoben wird. Darüber hinaus manifestierte sich im Verlauf der Befragungen das Bild, dass viele Budgetnehmer*innen keine umfassenden Kenntnisse über das Persönliche Budget haben, sondern immer nur über die individuell bei ihnen selber vorkommende Konstellation. Folglich konnten mehrere Budgetnutzer*innen nicht einschätzen, ob sie alle für ihren Einzelfall relevanten Informationen zum Persönlichen Budget erhalten haben oder nicht:

„…wenn es da noch mehr Möglichkeiten gibt, wäre es gut, wenn wir das mal wissen würden. Ich meine, ich war bis jetzt immer zufrieden mit diesem Modell, aber mir war nicht klar, dass es da noch mehr gibt?" (Frau K, 41 Jahre, körperliche Behinderung)

Dabei wünschen sich die Nutzer*innen sowohl mehr allgemeine Informationen zum Persönlichen Budget und dem Unterschied zur Sachleistung sowie eine ausführliche Beratung durch das Dezernat Soziales als auch Vertiefendes zu konkreten Einzelfragen (zum Beispiel zu den Vor- und Nachteilen von Arbeitgebermodell und Assistenzdienstleistermodell oder der Möglichkeit eines Teilbudgets). Knapp die Hälfte der befragten Leistungsberechtigten konnten auf Nachfrage nicht mitteilen, ob sie das Persönliche Budget im Arbeitgeber- oder Assistenzdienstleistungsmodell nutzen. Auch zu arbeitgeberrechtlichen Fragen oder zu spezifischen Themen wie der Erhöhung des Mindestlohns bei Mini-Jobs wünschen sich befragte Leistungsberechtigte mehr Informationen durch den LVR. Ein Leistungsberechtigter äußerte, dass der LVR als eine "*sehr mächtige Stelle*" wahrgenommen werde und die Hemmschwelle hoch sei, dort bei der Behörde nach Informationen zu fragen:

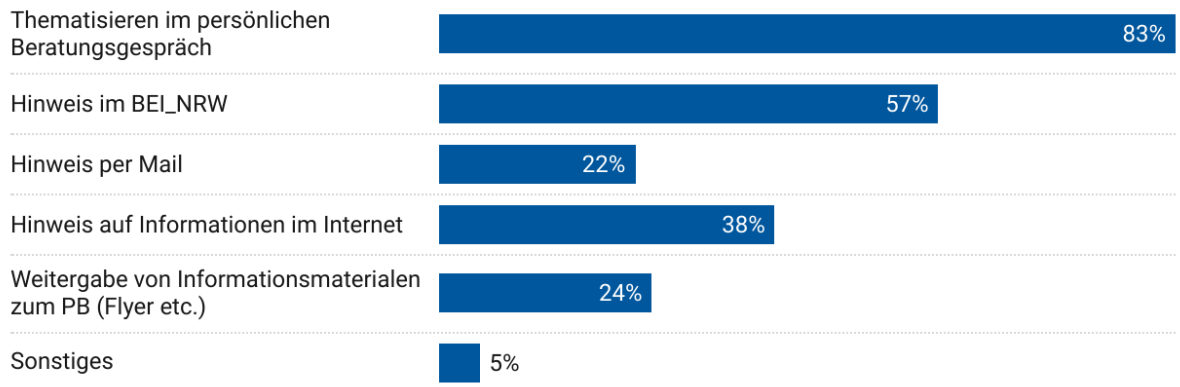
„Viele haben Sorge (…) den ersten Schritt zu gehen, weil der LVR gefühlt eine sehr mächtige Stelle ist, bei der die Personen Angst haben, dass sie komplett durchgeröntgt werden, was sie alles besitzen, um so etwas zu erhalten. Ich glaube, dass viele da eine große Barriere sehen." (Herr U., 44 Jahre alt, körperliche Behinderung)

Einige der Leistungsberechtigten vertraten die Einschätzung, dass die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets vielen Personen mit Behinderungen aus ihrem Umfeld nicht oder kaum bekannt seien. Sie wünschten sich, dass das Persönliche Budget bekannter wird und mehr Öffentlichkeitsarbeit für das Persönliche Budget betrieben wird. Veranstaltungen wie der Tag der Begegnung könnten für die Information zum Persönlichen Budget genutzt werden.

4.3.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales

In der Online-Befragung konnten die Fallmanager*innen angeben, auf welchen Wegen sie die Leistungsberechtigten typischerweise über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets informieren (Abbildung 8). Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich.

Abbildung 8: Wie informiert das Fallmanagement typischerweise die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets?



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Danach informieren 83 Prozent der Fallmanager*innen die Leistungsberechtigten in persönlichen Beratungsgesprächen vor Ort oder per Telefon. 57 Prozent geben an, die Leistungsberechtigten über den Hinweis im BEI_NRW über die Möglichkeit des Persönlichen Budgets zu informieren. Vier von zehn (38 Prozent) verweisen auf Online-Informationen. Ein Viertel (24 Prozent) gibt Informationsmaterialien zum Persönlichen Budget an die Leistungsberechtigten weiter und 22 Prozent informieren per Mail. Die 5 Prozent „Sonstiges" fügten noch den Verweis auf Beratungsstellen und Leistungsanbieter hinzu.

Dieses Ergebnis zeigt, dass die LVR-Fallmanager*innen verschiedene Wege nutzen, um die Leistungsberechtigten über das Persönliche Budget zu informieren. Jedoch weisen die Interviews mit den Nutzer*innen darauf hin, dass diese Informationen für die Leistungsberechtigten vielfach nicht ausreichend sind und Fragen offen bleiben. Trotz des hohen Anteils von 83 Prozent der Fallmanager*innen, die angeben, persönliche Beratungsgespräche zu führen, äußern die Nutzer*innen überwiegend den Wunsch nach intensiveren persönlichen Kontakten, bspw. durch Hausbesuche.

Interne Kommunikationsstrukturen werden überwiegend angenommen

Die Kommunikation und Behandlung von Problemen mit dem Persönlichen Budget wird innerhalb der Abteilungen und Teams in den Fachbereichen 72 und 73 auf verschiedenen Wegen thematisiert. Annähernd alle befragten Führungskräfte äußerten, dass das Persönliche Budget und damit verbundene Umsetzungsprobleme im Einzelfall im Rahmen von Besprechungen zwischen Mitarbeitenden und Führungskraft angesprochen würden. 92 Prozent kreuzten an, dass Besprechungen der Mitarbeitenden untereinander zu diesem Thema stattfinden. Weitere häufige Orte / Kanäle der Kommunikation über das Persönliche Budget in den Fachbereichen 72/73 sind Teamrunden (79 Prozent), Austausch per Mail, Team-Ordner etc. (65 Prozent) und Fortbildungen (59 Prozent).

Es gibt mehrere verwaltungsinterne Dokumente, die der Orientierung des Fallmanagements und der Arbeitserleichterung dienen. Die folgenden Dokumente zur Arbeitsunterstützung haben bei den Mitarbeitenden einen hohen Bekanntheitsgrad; 81 bis 88 Prozent der Fallmanager*innen gaben an, sie zu kennen:

- Handreichung Bearbeitung und Berechnung von Arbeitgebermodellen im Dezernat 7 (Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege)
- Handreichung Bearbeitung von Trägerübergreifenden Budgets im Dezernat 7 (Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege)
- Musterkalkulation zum Arbeitgebermodell
- Musterzielvereinbarung des Dezernats.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass mehr als jede*r zehnte Fallmanager*in diese Arbeitshilfen nicht kennt. Die Berechnungstabelle für AKF-Fälle ist sogar nur knapp jeder*m zweiten Fallmanager*in bekannt.

Mehrheit der Fallmanager*innen fühlt sich nicht ausreichend informiert

Insgesamt betrachtet wird deutlich, dass sich die Mehrheit der Fallmanager*innen nicht ausreichend informiert fühlt über die zur Bearbeitung eines Persönlichen Budgets nötigen Arbeitsschritte. Etwa 33 Prozent verneinten die Frage klar, ob sie sich ausreichend informiert fühlten. 28 Prozent antworteten mit „eher nein". Ungefähr ebenso viele, 31 Prozent, fühlten sich nur teilweise ausreichend informiert. Der Anteil der befragten

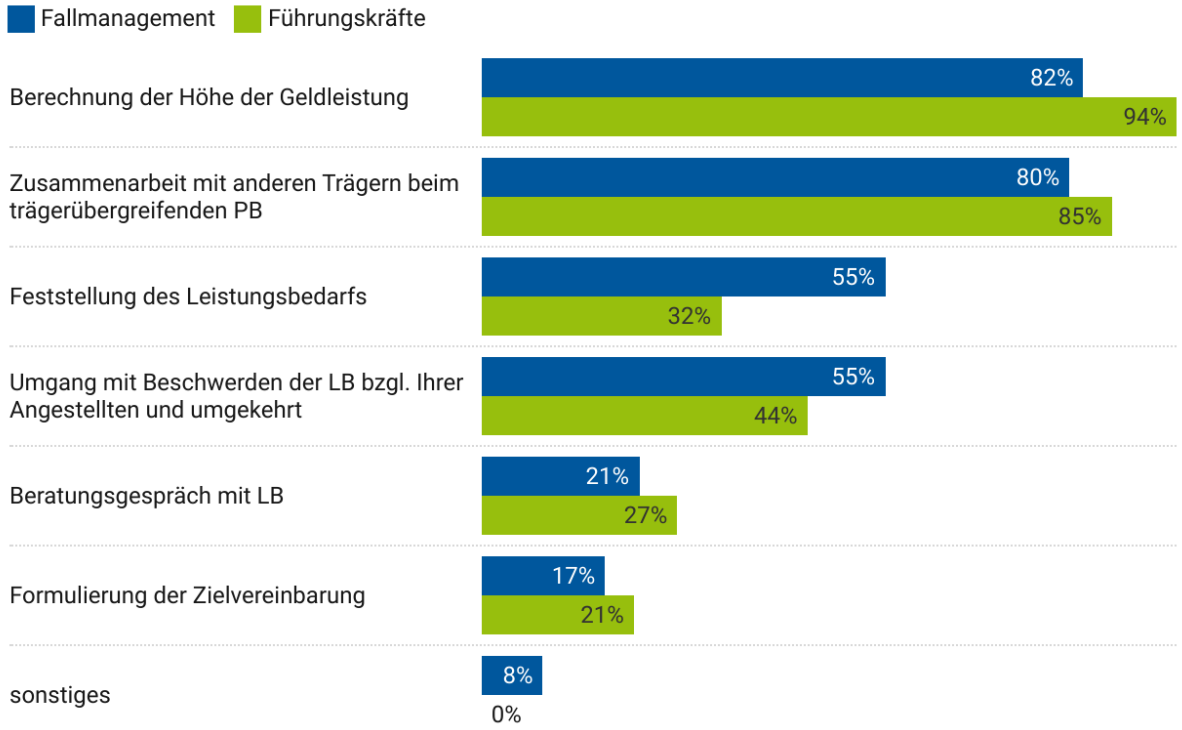
Fallmanager*innen, die sich eher ausreichend informiert fühlen, liegt nur bei knapp 8 Prozent und keine*r der Befragten kreuzte an, sich insgesamt eindeutig ausreichend informiert zu fühlen.

Zudem wurden die Führungskräfte um eine Einschätzung gebeten, wie gut ihre Mitarbeitenden über die zur Bearbeitung eines Persönlichen Budgets nötigen Arbeitsschritte informiert sind. Hier ist die Einschätzung etwas positiver als im Fallmanagement selbst. Aber auch bei den Führungskräften halten lediglich drei Prozent die eigenen Mitarbeitenden für sehr gut informiert. Vier von zehn Leitungskräften schätzen sie als „eher gut informiert" ein (41 Prozent), knapp die Hälfte antwortet mit „teils/teils" (47 Prozent). 9 Prozent schätzen den Informationsstand ihrer Mitarbeitenden als eher schlecht ein, niemand als sehr schlecht.

Schwierigkeiten bei der Bearbeitung des Persönlichen Budgets

Ein großer Teil der Fallmanager*innen empfindet bestimmte Aspekte im Bearbeitungsprozess als (teilweise) schwierig (vertiefte Darstellung im Kapitel 4.4 Beantragungsverfahren). Schwierigkeiten macht insbesondere die Berechnung der Höhe der Geldleistung. Dementsprechend wünschen sich acht von zehn Fallmanager*innen (82 Prozent) weitere Informationen zur Berechnung der Höhe des Budgets - bei den Führungskräften sind es sogar 94 Prozent. Knapp 80 Prozent der Fallmanager*innen und 85 Prozent der Führungskräfte haben bei der Zusammenarbeit mit anderen Trägern beim trägerübergreifenden Persönlichen Budget einen Informationsbedarf. Jeweils etwa die Hälfte der Fallmanager*innen wünscht sich mehr Informationen zur Feststellung des Leistungsbedarfs und zum Umgang mit Beschwerden der Leistungsberechtigten bzgl. ihrer Angestellten und umgekehrt. Bei den Führungskräften fallen die Anteile etwas niedriger aus (Abbildung 9).

Abbildung 9: Zu welchen Themen Informationen gewünscht werden:



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

4.3.3 Expert*innen in Beratungsstellen

Die Befragung der Expert*innen aus den Beratungsstellen ergibt viele gleichlautende Antworten und Einschätzungen wie bei der Befragung der Leistungsberechtigten und Angehörigen: Es ist für Betroffene schwierig, (ausreichende und passgenaue) Informationen über das Persönliche Budget zu erhalten und Beratungsstellen spielen eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Informationen sowie bei der Antragsunterstützung. Gleichzeitig stoßen die Beratungsstellen nach eigener Aussage gerade bei der Beratung über das Persönliche Budget oft an Grenzen, da ihr eigener Kenntnisstand teilweise nicht ausreichend sei. Dabei stellen auch die Beratungsstellen EUTB, KSL, SPZ und KoKoBe teilweise Unterschiede fest, was das Informationslage ihrer Klientel betrifft.

Beratung führt selten zu Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets

Die befragten Berater*innen der Beratungsstellen KSL und teilweise die der EUTB gaben an, dass das Thema Persönliches Budget häufig bei Beratungen zur Sprache kommt bzw. auch von den Beratungssuchenden selbst angesprochen wird. Bei den übrigen Beratungsstellen macht das Persönliche Budget den Aussagen der Interviewten zur Folge nur einen sehr kleinen Anteil an den Beratungen aus. Zum einen werde das Thema von den Leistungsberechtigten selten nachgefragt, weil sie keine Kenntnisse darüber hätten. Zum anderen sei die Resonanz der Leistungsberechtigten darauf eher zurückhaltend, selbst wenn die Beratungsstellen auf das Persönliche Budget hinweisen. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Beratungssuchenden zum Zeitpunkt des Beratungsgesprächs häufig schnelle Hilfe benötigten und nicht die Kapazitäten hätten, sich mit einer ihnen unbekannten Leistungsform auseinanderzusetzen, die dann auch noch eine lange Bearbeitungszeit mit sich bringe und viel eigene Organisation erfordere. Die Sachleistung stelle für die meisten Beratungssuchenden den niederschwelligeren Weg dar. Grundsätzlich gaben alle befragten Beratungsstellen an, an geeigneter Stelle (zum Beispiel bei Aufnahmegesprächen oder Beratungen über den BEI_NRW) auf das Persönliche Budget hinzuweisen. Alle befragten Beratungsstellen gaben an, dass es nur in seltenen Fällen nach Beratungen auch zu einer Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets kommt.

Unsicherheiten beim LVR wirkt sich negativ auf Inanspruchnahme aus

Mit Blick auf den Leistungsträger LVR erklärten einige der Berater*innen, dass sie den Eindruck hätten, bei den LVR-Mitarbeitenden gebe es selber eine große Unsicherheit im Umgang mit dem Persönlichen Budget, was sich auch auf die Leistungsberechtigten übertrage und dazu führe, dass Anträge nicht gestellt würden. Bezogen auf die vom Dezernat 7 bereitgestellten Informationsmaterialien kritisierten einige Berater*innen, dass Service-Materialien zu spezifischen wiederkehrenden Fragestellungen fehlten, wie bspw. ein Musterarbeitsvertrag oder eine regionalisierte Liste mit Dienstleistern, die Leistungen im Rahmen des Persönlichen Budgets anbieten.

4.4 Beantragungsverfahren des Persönlichen Budgets

Ein wichtiger Untersuchungsgegenstand der Befragung ist die Frage, wie die verschiedenen Zielgruppen die Beantragungs- und Bearbeitungsabläufe rund um das Persönliche Budget wahrnehmen und bewerten.

4.4.1 Leistungsberechtigte und Angehörige

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die befragten leistungsberechtigten Personen von sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit der Beantragung des Persönlichen Budgets berichteten. Niemand hatte durchgängig schlechte oder gute Erfahrungen gemacht.

Ein Großteil der befragten Leistungsberechtigten empfindet die Beantragung des Persönlichen Budgets jedoch als zu lang, intransparent und zu kompliziert. Dieser Eindruck wird auch von den befragten Leistungserbringern bestätigt.

Leistungsberechtigte wünschen sich vereinfachte (Folge-)Beantragungen

Konkrete Kritik gibt es insbesondere beim Aspekt der erneut einzureichenden Belege bei Folgebewilligungen. Insbesondere Menschen mit körperlichen Behinderungen äußerten wiederholt Unverständnis darüber, turnusmäßig ihre wesentliche Behinderung nachweisen zu müssen:

> *„Eine Feststellung, ob der Mann nicht doch übers Wasser gehen kann, muss meiner Ansicht nach nicht jährlich erfolgen.*" (Herr T., 60 Jahre, körperliche Behinderung)

> *„Dann wollte der Landschaftsverband von mir ärztliche Unterlagen, aus denen wesentliche Diagnosen hervorgehen. (…) da fällt mir dann die Kinnlade runter. (…) ich renn doch nicht dauernd zum Arzt und lass mir neue Diagnosen stellen. Das sind immer die gleichen.*" (Frau M.-E., 62 Jahre alt, körperliche Behinderung)

Hier wünschten sich mehrere Budgetnutzer*innen eine vereinfachte oder formlosere Form der Neu-Beantragung, die insbesondere auf den Nachweis von langfristig unveränderlichen Merkmalen wie Diagnosen körperlicher oder kognitiver Behinderung verzichtet. Insgesamt lässt sich festhalten, dass viele Nutzer*innen sich wünschen, dass die Beantragung für ein Persönliches Budget barriereärmer und „einsteiger-freundlicher" abläuft, etwa durch das Zur-Verfügung-Stellen von Servicematerialien wie bspw. Muster-Kostenkalkulationen zur Orientierung. Eine Leistungsberechtigte regte an, dass das Dezernat Soziales rechtzeitig vor Ablauf des Bewilligungszeitraums eine Erinnerung an die Folgebeantragung verschicken könnte. Eine Versendung dieser Erinnerungen an die regelmäßige Überprüfung des Bedarfs ist dezernatsintern in Vorbereitung. Vor allem über das wiederholte Ausfüllen des Bedarfsermittlungsinstrument NRW (BEI_NRW) äußerten viele der befragten Nutzer*innen, ebenso die befragten Leistungserbringer, Unverständnis.

> *„Ich finde das so kompliziert, die ganzen Fragen des BEIs zu beantworten. Warum kann man nicht einfach sagen: Hier ist ein formloser Antrag oder es hat sich nichts verändert und mein Wunsch ist es, dass das Persönliche Budget weiterlaufen kann.*" (Frau K., 41 Jahre, körperliche Behinderung)

Hier wünschte sich die Zielgruppe der Leistungsberechtigten eine verschlankte Form für die Folgebeantragungen, ohne die „Persönliche Sicht" oder die Ziele jedes Mal neu zu formulieren – insofern sich an der eigenen Situation nichts verändert hat. Deutlich wird, dass den Leistungsberechtigten hier nicht bewusst ist, welche gesetzlichen Regelungen es hier für den LVR gibt in Bezug auf die Verfahren zur Bedarfsermittlung und Gesamtplanung.

Auch die Bewilligungszeiträume von üblicherweise ein bis zwei Jahren werden von einigen Interviewpartner*innen als zu kurz eingestuft, da sich in diesem Zeitraum nicht viel ändere und weil der Antrag auf Weiterbewilligung erneut aufwändig ist und als langwierig wahrgenommen wird.

Die Angehörigen der Budgetnehmenden haben eine ähnliche Einschätzung wie die Nutzer*innen selbst:

> *„Was mich also auch immer ärgert, ist, dass wir also jedes Jahr wieder einen neuen Antrag stellen müssen, das ist überhaupt so ein erheblicher Nachteil, dass man immer wieder einen neuen Hilfeplan erstellen muss, obwohl sich in einem gewissen Alter, so wie bei ihm, relativ wenig verändert. Und dann müssen wieder neue Ziele und neue Förderschwerpunkte formuliert werden*" (Mutter eines Budgetnutzers mit einer geistigen Behinderung)

Erfahrungen der Leistungsberechtigten mit Fallmanagement

Unterschiedlich äußerten sich Leistungsberechtigte und Angehörige in Bezug auf den Kontakt zum LVR bzw. zur Unterstützung durch das Fallmanagement. Während etwa die Hälfte der Budgetnehmer*innen sich positiv über das Rückmeldeverhalten und das zwischenmenschliche Verhältnis zu ihren zuständigen Fallmanager*innen bzw. deren Unterstützung äußerten, kam von einigen auch Kritik. Zu unterscheiden ist an dieser Stelle zwischen der Beantragung von komplexen trägerübergreifenden Budgets (zumeist von Menschen mit körperlichen Behinderungen im Arbeitgebermodell) und Budgets zur Realisierung sozialer Teilhabe (z.B. Leistungen zur Freizeitgestaltung). Vor allem jene, die ein trägerübergreifendes Budget in Anspruch genommen haben, berichteten von langen Bearbeitungsdauern, unsicheren Bewilligungsbescheiden (auf Vorbehalt) und vor allem dem Gefühl, dass ihre Ansprechpartner*innen beim LVR mit der Bearbeitung selber auch überfordert bzw. unwissend seien. Einige befragte Budgetnutzer*innen haben den Eindruck, dass die Zuständigkeiten der Fallmanager*innen (zu) häufig wechselten und kritisieren dies:

> *„Die Fallmanager bleiben viel zu kurz in einer Abteilung und dann sitzt da wieder jemand Neues, der sich in so einem komplexen Fall nicht auskennt, der muss sich neu einarbeiten. (…) Aber wenn das Verhandeln für eine Zielvereinbarung 18 Monate dauert, ist das Budget in dieser Phase in der Schwebe. Und das ist einfach ein Riesenproblem.*" (Herr T., 60 Jahre, körperliche Behinderung)

Leistungsberechtigte wünschen sich engeren Kontakt mit Fallmanagement

Viele Leistungsberechtigte bringen in den Interviews zum Ausdruck, dass sie sich einen engeren und persönlicheren Kontakt zum Fallmanagement wünschten, da diese dann besser und schneller die jeweilige individuelle Situation der Budgetnehmer*innen einordnen könnten. Manche Nutzer*innen berichten, dass es schwierig sei die zuständige Ansprechperson im Dezernat Soziales zu erreichen. Andere sagen, dass sie die für sie zuständige Person gar nicht kennen. Gleichzeitig gibt es auch mehrere Leistungsberechtigte, die Kontakt und Erreichbarkeit positiv bewerten. Mehrere Nutzer*innen, deren Persönliches Budget vor der Übernahme des LVR von einem örtlichen Träger finanziert wurde, empfanden die Bearbeitung beim örtlichen Träger als persönlicher und zügiger.

4.4.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales

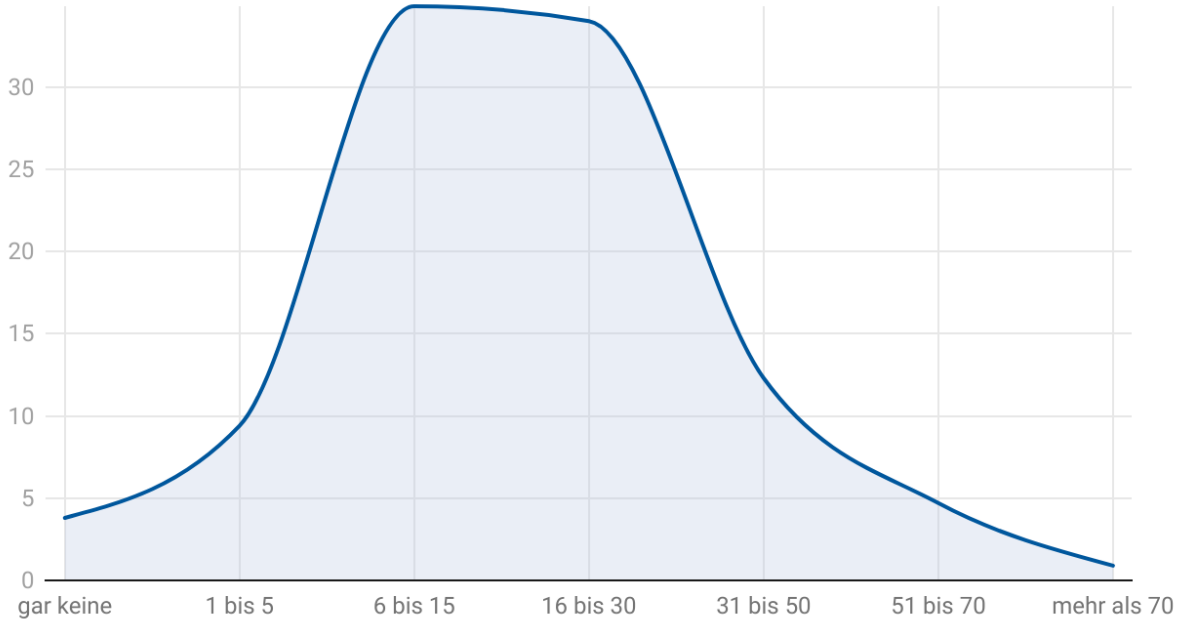
Die Fallmanager*innen des Dezernats haben in der Online-Befragung Angaben zum Verwaltungsaufwand des Persönlichen Budgets und zur Zahl der von ihnen bearbeiteten Fälle mit persönlichem Budget gemacht. Sie haben auf einen deutlich erhöhten Arbeitsaufwand verwiesen und offen ihre Unsicherheiten in der Bearbeitung benannt. Sie

und ihre Führungskräfte äußern sich auch zu ihren Erfahrungen mit Budgetassistenzen und Assistenz-Dienstleistern.

Anzahl der durchschnittlich bearbeiteten Budgets gering

Ein großer Teil der Fallmanager*innen bewilligt eher wenige Persönliche Budgets pro Jahr. Jeweils etwa rund ein Drittel (35 Prozent) der Fallmanager*innen gibt an, pro Jahr durchschnittlich 6 bis 15 bzw. 16 bis 30 Persönliche Budgets zu bewilligen. Rund 12 Prozent bewilligen 31 bis 50 und knapp 5 Prozent 51 bis 70 Persönliche Budgets im Jahr. 4 Prozent gaben an, gar keine Persönlichen Budgets zu bearbeiten, bei 9 Prozent sind es lediglich Einzelfälle (1 bis 5 im Jahr). Eine Person (0,9 Prozent) gab an, mehr als 70 Fälle pro Jahr zu bewilligen (Abbildung 10).

*Abbildung 10: Durchschnittlich jährlich bewilligte Persönliche Budgets pro Fallmanager*in*



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Bis auf wenige Ausnahmen in besonders gelagerten Einzelfällen gibt in den Fachbereichen 72/73 keine Sonderzuständigkeit für das Persönliche Budget; alle Fallmanager*innen bekommen grundsätzlich Fälle mit Persönlichen Budget entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit zugeteilt.

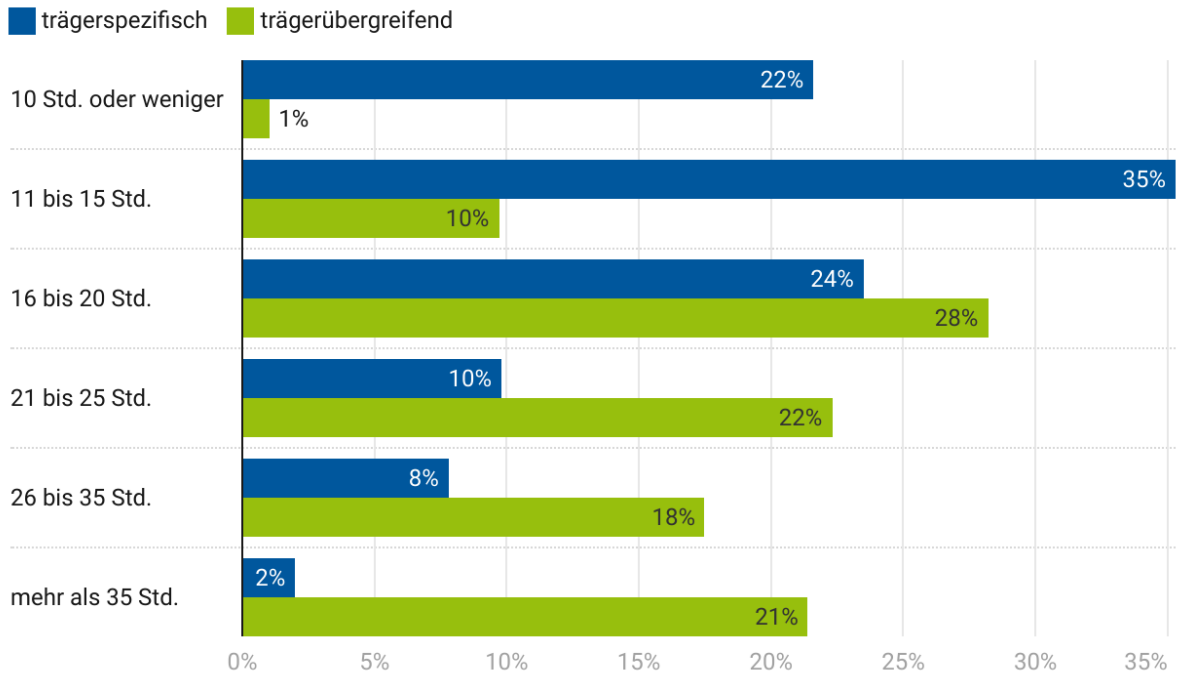
36 Prozent der Fallmanager*innen gaben an, dass trägerspezifische und trägerübergreifende Persönliche Budgets in der Bearbeitung etwa gleich oft vorkommen. Rund sieben Prozent bewilligen (fast) ausschließlich trägerspezifische, 34 Prozent überwiegend trägerspezifische Budgets. Knapp 21 Prozent bewilligen überwiegend trägerübergreifende Budgets, 3 Prozent (fast) ausschließlich trägerübergreifende Budgets. Demnach ist die Mehrheit der Fallmanager*innen vorwiegend mit trägerspezifischen Persönlichen Budgets befasst, die ja auch die Mehrheit unter den Budget-Fällen im Dezernat darstellen.

Deutlich höherer Verwaltungsaufwand bei trägerübergreifenden Budgets

Die Fallmanager*innen berichten von unterschiedlich hohem Aufwand bei der Bearbeitung von trägerspezifischen und trägerübergreifenden Budgets. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen (57 Prozent) gibt den durchschnittlichen Zeitaufwand (inkl. Bedarfsermittlung) bei

trägerspezifischen Budgets mit bis zu 15 Stunden an. Etwa ein Viertel geht von 16 bis 20 Stunden aus, einzelne Antworten nannten Zeitrahmen von bis zu 35 Stunden und mehr (siehe Abbildung 11).

Abbildung 11: Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand bei Bearbeitung (inkl. Bedarfsermittlung) von trägerspezifischen und trägerübergreifenden Persönlichen Budgets



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Beim trägerübergreifenden Budget sind die Aufwände deutlich höher. Mit bis zu 15 Stunden kommen hier lediglich 11 Prozent aus. Die meisten befragten Fallmanager*innen (28 Prozent) geben an, zwischen 16 und 20 Stunden für einen Fall zu benötigen. 22 Prozent brauchen 21 bis 25 Stunden und 18 Prozent 26 bis 35 Stunden. Immerhin noch ein Fünftel der Fallmanager*innen schätzt den Arbeitsaufwand auf mehr als 35 Stunden. Damit würde die Bearbeitung eines trägerübergreifenden Falles rein rechnerisch in etwa eine ganze Arbeitswoche benötigen.

Aufwand beim Persönlichen Budget deutlich höher als bei Sachleistungen

Folgerichtig bewerten fast 67 Prozent der Befragten den Verwaltungsaufwand beim Persönlichen Budget im Vergleich zur Sachleistung als um „ein Vielfaches höher". Für 20 Prozent bedeutet das Persönliche Budget einen immerhin doppelt so hohen Verwaltungsaufwand im Vergleich zur Sachleistung. Lediglich fünf Personen schätzen den Aufwand beim Persönlichen Budget niedriger ein und ein Prozent sieht keinen Unterschied zur Bearbeitung der gleichen Leistung als Sachleistung.

Fehlende Routinen führen zu Unsicherheiten bei der Bearbeitung der Fälle

Wie auch die Nutzer*innen, stoßen auch die Fallmanager*innen im Beantragungsprozess des Persönlichen Budgets mitunter auf Schwierigkeiten. Besonders problematisch für sie ist dabei die Berechnung der Höhe der Geldleistung. Für neun von zehn Fallmanager*innen (87 Prozent) ergeben sich daraus Schwierigkeiten, dass Grundlagen- und Fachwissen bzgl. des Arbeitgebermodells fehlt. Fast genauso viele Fallmanager*innen (83 Prozent) geben fehlendes betriebswirtschaftliches Know-how als Problem an. Auch mangelnde Kenntnisse

zur Prüfung der Angemessenheit einer Budgetkalkulation sowie abweichende Kalkulationen der Antragstellenden von internen Musterkalkulationen stellen einen großen Teil der Befragten vor Schwierigkeiten. Auch für die Fachbereichsleitungen sind diese Herausforderungen sichtbar. Die hochgradig individuellen Fälle mit unterschiedlichem Bedarf und daraus resultierend die Herausforderung, die Art und den Umfang einer Leistung zu bestimmen, machten es für das Fallmanagement

> *„unheimlich schwierig (…) zu entscheiden, was denn jetzt wirklich notwendig und erforderlich ist an Leistungen. (…) Und wo setzt man den Maßstab an, so dass das für alle Fallmanager*innen hier auch eine gleiche Bearbeitung des Falles bedeuten würde?*" (Dr. Dieter Schartmann, Fachbereichsleitung 73)

17 Mitarbeitende ergänzten eigene Aspekte auf die Frage nach sonstigen Schwierigkeiten bei der Berechnung der Budgethöhe. Genannt wurden komplizierte und zeitaufwändige Absprachen und Berechnungen zwischen der Regionalabteilung und 74.10 (Hilfe zur Pflege) bei trägerübergreifenden Budgets sowie eine uneinheitliche Bearbeitungsweise zwischen den Abteilungen *(„Jeder Anbieter erhält einen eigenen Preis.*").

Neben der Berechnung der Budgethöhe nennen einzelne Fallmanager*innen weitere problematische Aspekte bei der Bearbeitung:

- fehlende Arbeitsanleitungen
- fehlende Ansprechpersonen für inhaltliche Fragen
- fehlerhafte Angaben der Antragsstellenden bzgl. Bedarfsumfang und Lohn
- häufige Neuberechnung durch Erhöhung der Assistenzkosten
- benötigte Qualifikation der Assistent*innen unklar
- Instrumentalisierung von Leistungsberechtigen mit Bedarf an Budgetassistenz, um wirtschaftliche Forderungen der Budget-Assistenzen durchzusetzen.

Die Führungskräfte nehmen grundsätzlich die gleichen Schwierigkeiten wahr bei der Berechnung der Budgethöhe wie die Fallmanager*innen, beurteilen diese jedoch als etwas weniger gravierend. Die Fachbereichsleiter 72/73 weisen darauf hin, dass es in der eigenen Verantwortlichkeit der Fallmanager*innen liege, Budgets entsprechend der Vorgaben zu berechnen. Dennoch müssten die Fallmanager*innen an dieser Stelle auch Routinen entwickeln können, um ein Gefühl und die nötigen Sicherheiten für die Berechnung der Budgethöhe zu bekommen. Handreichungen zu formulieren, die von mehreren hundert Mitarbeitenden des LVR identisch umgesetzt werden sollen, hält Markus Schulzen, Fachbereichsleiter 72, für nicht umsetzbar, da bei der Fallbearbeitung von Persönlichen Budgets zu viele individuelle Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen.

Eine befragte Führungskraft weist auf ein von ihr wahrgenommenes Dilemma mit Konfliktpotenzial hin: Es komme regelmäßig dazu, dass die LVR-Mitarbeitenden Budgetsummen errechneten, die von den Antragsteller*innen nicht für auskömmlich erachtet werden. Ein Befragter beschreibt Unsicherheiten in den Teams / Abteilungen bzgl. der Berechnungen:

> *„Es werden Seminare benötigt, damit das FM Sicherheit mit dem Umgang von Persönlichen Budgets erlangt, die Arbeitshilfen hierzu müssten auch überarbeitet werden, da diese nicht anwenderfreundlich sind!*"

Weitere Schwierigkeiten bei der Bearbeitung eines Persönlichen Budgets

Neben dem „Hauptproblem" der Berechnung des Geldbetrags, das von 79 Prozent der Fallmanager*innen als sehr bzw. eher schwierig benannt wird, bezeichnen 82 Prozent der Fallmanager*innen die Zusammenarbeit mit anderen Trägern beim trägerübergreifenden Budget als sehr bzw. eher schwierig. Auch der Umgang mit Beschwerden der Leistungsberechtigten bezüglich ihrer Angestellten wird von zwei Dritteln als problematisch angesehen. Die angemessene Feststellung des Leistungsbedarfs wird von den Fallmanager*innen zwar als schwieriger empfunden als von den Führungskräften, jedoch im Vergleich zu den bisher genannten Aspekten als weniger schwierig wahrgenommen. Die Arbeitsprozesse Beratungsgespräch mit Leistungsberechtigten und Formulierung der Zielvereinbarung werden von den befragten Mitarbeiter*innen als vergleichsweise weniger schwierig empfunden.

Die Führungskräfte konnten ihre Einschätzung dazu abgeben, wie schwierig aus ihrer Sicht für ihre Mitarbeitenden die einzelnen Schritte in der Bearbeitung eines Persönlichen Budgets sind. Demnach liegt in der Zusammenarbeit mit anderen Trägern beim trägerübergreifenden Persönlichen Budget nach Einschätzung der Führungskräfte die größte Herausforderung. Sie wird von 59 Prozent als sehr schwierig und von 32 Prozent als eher schwierig empfunden. Die Berechnung des Geldbetrags wird von 21 Prozent als sehr schwierig und von 62 Prozent als eher schwierig wahrgenommen.

Erfahrungen des Fallmanagements mit Budget-Assistenzen eher negativ

Es gibt die Möglichkeit, dass Budget-Assistenzdienste die Leistungsberechtigten bei der Verwaltung eines Persönlichen Budgets unterstützen. Von den interviewten Nutzer*innen griff niemand auf diese Möglichkeit zurück. Von den befragten Fallmanager*innen haben allerdings 80 Prozent bereits Erfahrungen mit Budget-Assistenzdiensten gemacht. Davon haben lediglich zwei Personen ausschließlich positive Erfahrungen mit Budget-Assistenzen machen können. Bei jeder*m dritten Fallmanager*in waren die Erfahrungen hingegen negativ. Fast die Hälfte der Befragten (46 Prozent) hat gemischte Erfahrungen gemacht.

Die Einschätzung der Führungskräfte zu den Budgetassistenz-Diensten gleicht der des Fallmanagements: 27 Prozent haben bisher keine, 41 Prozent gemischte und 32 Prozent negative Erfahrungen mit Budget-Assistenzen gemacht. Ausschließlich positive Erfahrungen mit solchen Diensten gab keine*r der Befragten an.

Schaut man sich die Angaben zu den gemischten Erfahrungen genauer an, zeigt sich, dass auch hier die Kritik überwiegt. Der Hauptkritikpunkt von Fallmanager*innen und Führungskräften lautet, dass das finanzielle Eigeninteresse der Budget-Assistenzen im Vordergrund stehe und die finanziellen Forderungen für die geleistete Budget-Assistenz überzogen hoch seien. Beispielsweise bemerkt ein*e Fallmanager*in:

> *„Im schlechten Fall kommt es dem Anbieter anscheinend nur darauf an, möglichst viel Profit aus dem Fall zu schlagen und man wird mit den absurdesten Anträgen überschüttet, die jeglicher Bedarfsgrundlage entbehren.*" (Fallmanager*in im Dezernat Soziales)

Die Dezernats-Mitarbeitenden berichten, dass zum Teil sehr hohe Sätze (deutlich mehr als 5 Prozent der Höhe des jeweiligen Persönlichen Budgets) als Lohn für die Budgetverwaltung gefordert würden. Mitunter würden die Nutzer*innen des Persönlichen Budgets unter Druck gesetzt und ihre Abhängigkeit von der Budget-Assistenz ausgenutzt:

> *„Assistenzdienst macht hier Kosten geltend, die nicht durch den LVR übernommen werden. Der Dienst fordert diese dann von den Menschen. Diese werden dadurch unter Druck gesetzt und leisten diese Kosten aus dem Budget. Das unterwandert den Bedarf.*" (Fallmanager*in im Dezernat Soziales)

Die (zu) hohen Forderungen wiederum führten zu einem höheren Aufwand in der Einzelprüfung.

Einige Befragte (Fallmanagement und Führungskräfte) bemängeln zudem, dass keine Transparenz hinsichtlich der tatsächlich von den Budget-Assistenzen geleisteten Unterstützungen herrsche und es keine Prüf- und Kontrollmöglichkeiten für das Fallmanagement gegenüber dem Budgetassistenz-Dienst gebe. Die von den Budget-Assistenzen eingereichten Kostenkalkulationen seien teilweise unklar bzw. falsch.

Darüber hinaus wird die Kompetenz der Budget-Assistenzen von einigen Fallmanager*innen angezweifelt. Dies betrifft die Qualifizierung des Personals, die Zuverlässigkeit und Organisationsfähigkeit sowie fehlendes Wissen über die nötigen Verwaltungsabläufe. In manchen Fällen sitzen die Budget-Assistenzen nicht in der Versorgungsregion der Nutzer*innen, was die Unterstützungsleistungen verschlechtere.

Auch wenn die negativen Erfahrungen in den Nennungen deutlich überwiegen, gibt es auch einige positive Erfahrungen, die Fallmanager*innen mit den Budget-Assistenzen gemacht haben. Mehrere der befragten LVR-Mitarbeiter*innen haben die Unterstützung als hilfreich wahrgenommen:

> *"Ich finde die Budget-Assistenz sehr sinnvoll, um gerade die Menschen, die ein Persönliches Budget im Arbeitgebermodell erhalten, zu entlasten und zu unterstützen."* (Fallmanager*in im Dezernat Soziales)

Vereinzelt wurde angemerkt, dass *„Dienste (…) gerade bei Neuanträgen u.a. bei der Personaleinstellung und Kalkulation des Budgets behilflich*" seien und dass ihre Dienstleistung weniger Beratungsaufwand für die Verwaltung bedeute. Positiv hervorgehoben wurde auch von einer*m Befragten die Beratungen durch Peer Groups und Nutzer*innen des Persönlichen Budgets, da diese sich keinen persönlichen bzw. finanziellen Vorteil erhofften.

Fallmanager*innen bewerten Zusammenarbeit mit Assistenzdiensten häufig als schwierig

Zudem konnten die befragten Fallmanager*innen und Führungskräfte angeben, welche Erfahrungen sie mit Assistenzdienstleistern im Assistenzdienstleistungsmodell gemacht haben. Darunter werden Leistungserbringer verstanden, die Leistungen der Eingliederungshilfe anbieten und im Rahmen des Persönlichen Budgets (größtenteils) die Verwaltung und Organisation für die Budgetnutzer*innen übernehmen.

Die Befragung der Fallmanager*innen ergab, dass 23 Prozent keine, 16 Prozent gute, 55 Prozent gemischte und 7 Prozent schlechte Erfahrungen mit Assistenzdienstleistern im Assistenzdienstleistungs-Modell gemacht haben. Diese Dienstleistung für Leistungsberechtigte mit Persönlichem Budget wird damit deutlich positiver eingeschätzt als die Budget-Assistenzen zur Verwaltung der Geldmittel. Unter den Führungskräften äußerten 18 Prozent, bisher keine Erfahrung mit Assistenzdienstleistern zu haben. 15 Prozent haben positive, 9 Prozent eher negative und 59 Prozent gemischte Erfahrungen gemacht.

Die Gelegenheit, ihre Erfahrungen detaillierter darzulegen, nutzten etwa die Hälfte der Fallmanager*innen. Dabei zeigt sich, dass sich die Zusammenarbeit zwischen LVR und Assistenzdienstleister oftmals schwierig gestaltet. Das liegt vor allem an der unklaren Preisgestaltung, die ein Problem für viele Fallmanager*innen darstellt. Die Mitarbeitenden kritisieren

- die oft zu hohen und intransparenten Forderungen der Stundensätze (16 Antworten)
- eine teilweise unkooperative Zusammenarbeit (2 Antworten)
- fehlende Zuverlässigkeit (4 Antworten)
- fehlende Prüf- und Kontrollmechanismen (4 Antworten)
- Personalmangel der Assistenzdienstleister (3 Antworten) und (damit einhergehend) den Einsatz unqualifizierten Personals (4 Antworten).

Positiv herausgehoben wird in Bezug auf die Arbeit der Assistenzdienstleister

- ihre Kundenorientierung (4 Antworten)
- das qualifizierte Personal (4 Antworten)
- eine unproblematische Budgetkalkulation (3 Antworten).

Führungskräfte bewerten Zusammenarbeit mit Assistenzdiensten positiver

Unter den Führungskräften herrscht ein insgesamt positiveres Bild von den Assistenzdienstleistern vor. Schwierigkeiten mit den Dienstleistern ergeben sich durch deren (zu hohe) Preisvorstellungen und Intransparenz, für was die Leistung ausgegeben werde.

4.4.3 Expert*innen in Beratungsstellen

Die befragten Mitarbeitenden der Beratungsstellen empfinden die Beantragung des Persönlichen Budgets als langwierig und kompliziert. Gerade bei geringen Beträgen entscheiden sich ihrer Erfahrung nach Betroffene häufig gegen ein Persönliches Budget, weil ihnen der bürokratische Aufwand zu hoch erscheint. Vor allem für Menschen, die das Persönliche Budget nicht selber verwalten können, sei das lange und aufwändige Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren ein großer Nachteil. Für Angehörige und vor allem gesetzliche Betreuungen sei dieser Aufwand *„zu hoch*" (Beratungsstelle KoKoBe). Auch die Beratungsstellen könnten nur eingeschränkt unterstützen. So dürfen sie – ausgenommen KoKoBe – beim Ausfüllen des BEI_NRW beispielsweise nicht helfen.

Bearbeitungsdauer wirke sich negativ auf Inanspruchnahme aus

Die lange Bearbeitungsdauer wirkt nach Einschätzung eines*r Berater*in abschreckend in Bezug auf eine Inanspruchnahme. Sie sei

> *„auch die beste Werbung, sich gegen ein Persönliches Budget zu entscheiden*".

Menschen, die einen zweijährigen Beantragungsprozess durchlaufen hätten, würden in ihren persönlichen Netzwerken kaum für das Persönliche Budget werben, so eine Mitarbeiterin einer Beratungsstelle:

> *„…wenn diese Familie jetzt davon erzählt, was es heißt, das persönliche Budget zu beantragen, dann wird es keiner mehr beantragen wollen*" (Beratungsstelle EUTB)

4.5 Anregungen zur Weiterentwicklung

Die verschiedenen Zielgruppen wurden in den geführten Interviews und Umfragen auch nach ihren Anregungen zur Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets gefragt. Ein Kernpunkt ist – übergreifend über die Akteursgruppen – die Vereinfachung und Verschlankung von Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren. Daneben wird ebenfalls übergreifend mehr und passgenauere Information gewünscht und angemahnt – wobei Leistungsberechtigte und Dezernats-Mitarbeitende dabei jeweils unterschiedliche Sachverhalte thematisieren.

4.5.1 Leistungsberechtigte und Angehörige

Die Budgetnutzer*innen, die an der Befragung teilgenommen haben, äußerten eine ganze Reihe an Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Verfahrensabläufe mit dem Ziel einer verbesserten „Nutzerfreundlichkeit" des Persönlichen Budgets. Die Vorschläge lassen sich in die Kategorien „Informationen und Beratung", „Unterstützung bei Verwaltung und Organisation" und „Beantragungs-/Bewilligungsprozess" einordnen und werden im Folgenden dargestellt.

Proaktivere Vermittlung von Informationen seitens des LVR gewünscht

Mehrere Budgetnutzer*innen schlugen vor, dass der LVR potentiellen Budgetnehmer*innen Ängste vor dem Persönlichen Budget nehmen könnte, indem er gebündelter und zielgerichteter Informationen bereitstellen würde. Dazu gehöre eine Überarbeitung der vorhandenen Informationen im Internet. Zwar gibt es beispielsweise eine Übersetzung der Informationen über das Persönliche Budget in Leichter Sprache. Die Navigation dahin sei allerdings nicht intuitiv oder barrierefrei.

Ein Großteil der Leistungsberechtigten nannte als Hemmnis des Persönlichen Budgets, nicht oder zu spät über die Möglichkeit der Leistungsform informiert worden zu sein. Als Vorschlag wurde daher vielfach geäußert, schon im jugendlichen Alter über diese Leistungsform zu informieren, etwa in den Schulen. Dies betonte auch ein Leistungserbringer, der vorschlug, bereits in (Förder-)Schulen Eltern und Schüler*innen auf das Persönliche Budget aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig machen viele Befragte deutlich, dass eine allgemeine Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreiche, um die Information des einzelnen Menschen mit Behinderung sicher zu stellen, der konkret eine Unterstützungsleistung brauche. Daher erscheint eine Thematisierung der Möglichkeiten diese Leistungsform im Rahmen einer Beratung zum Beantragungsprozess erforderlich.

Einige der befragten leistungsberechtigten Personen äußerten, sich Informationen auch für externe Akteure zu wünschen beziehungsweise ein „Sensibilisierungsprogramm", um Dienstleister gezielt über das Persönliche Budget aufzuklären. Ein Interviewpartner berichtete davon, dass er immer wieder Probleme habe, Gebärdensprachdolmetscher*innen für sich zu gewinnen, weil diese oft nicht sicher seien, dass die Leistung im Rahmen der Eingliederungshilfe über das Persönliche Budget gedeckt werden könne:

> *„Die Dolmetscher sind oft misstrauisch, wie das mit dem persönlichen Budget im privaten Bereich finanziert wird und (ob) auch tatsächlich gesichert ist, dass die Kosten übernommen werden. Deshalb ist es schwieriger Dolmetscher zu bekommen. Die Dolmetscher kennen das*

persönliche Budget nicht so hundertprozentig und dadurch muss man viel Aufklärung leisten, bis man dann einen Dolmetscher erhält." (Herr U., 44 Jahre alt, körperliche Behinderung)

Vereinfachung der Beantragung und Ausbau der persönlichen Beratung

Die in den Interviews mit den Leistungsberechtigten genannten Hemmnisse und Nachteile des Persönlichen Budgets aufgreifend regten die befragten Menschen mit Behinderung an, den als kompliziert und aufgebläht empfundenen BEI_NRW deutlich zu verschlanken. Auch der bürokratische Aufwand beim Einreichen von Dokumenten wurde als unangemessen empfunden; einige Nutzer*innen berichteten, dass sie manche Unterlagen, wie den Nachweis über ihre Behinderung, bei Folgebewilligungen erneut einreichen mussten. Das kam insbesondere bei trägerübergreifenden Budgets vor oder bei einem Fallmanagement- bzw. Zuständigkeitswechsel in der Verwaltung.

In diesem Zusammenhang wurde vielfach der Wunsch nach einem persönlicheren Kontakt zwischen dem LVR-Fallmanagement und den Leistungsberechtigten geäußert. Dadurch ließen sich viele Fragen klären, die zu einer schnelleren und unkomplizierteren Bedarfsermittlung und damit einer insgesamt einfacheren Beantragung des Persönlichen Budgets führen könnten, so die Vermutung vieler Budgetnutzer*innen.

In Bezug auf die bewilligte Budgethöhe äußern die Leistungsberechtigten den Wunsch nach mehr Flexibilität und mehr Spielraum für Gehaltserhöhungen, Sonderzuschläge oder Inflationsausgleich, um am Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Gleiches gelte, um kurzfristig auf Preiserhöhungen seitens der Dienstleister reagieren zu können. Mehrere Leistungsberechtigte bzw. Angehörige äußerten die Vermutung, dass fehlende Routinen und Unwissen über das Persönliche Budget bei den LVR-Mitarbeitenden häufig zu den Verzögerungen im Beantragungsprozess führen würden. Eine Bündelung von Expertise wurde von dieser Akteursgruppe indirekt vorgeschlagen, indem mehrfach eine Stelle gefordert wurde, die über das Persönliche Budget zentral informieren kann:

> *„Ja, vielleicht eine Stelle, ein Sachbearbeiter, der sich damit richtig auskennt. (…) Und wenn dann so eine Anfrage kommt, dass das dann direkt an die weitergeleitet wird. Dass wirklich klar ist, da sind zwei Leute, die haben das schon öfter mal gemacht. Die wissen, wie es geht. Und die können sowohl die Betroffenen beraten als auch die Mitarbeiter einer Behörde.*"
> (Mutter einer Leistungsberechtigten mit einer geistigen Behinderung)

Mehr Unterstützung bei der Verwaltung des Budgets

Eine dritte Kategorie von Vorschlägen der Leistungsberechtigten und Angehörigen lässt sich unter die Überschrift „Unterstützung bei Verwaltung und Organisation" subsummieren. Geäußert wurde der Wunsch nach einer zielgerichteten Unterstützung für die Bewältigung der bürokratischen Anforderungen, ohne dies konkreter zu spezifizieren. Hier ist zum Verständnis vielleicht auch wichtig zu wissen, dass viele Leistungsberechtigte davon ausgingen, detailliert Belege und Nachweise zur Budgetverwendung vorlegen zu müssen, was in den LVR-Regelungen gar nicht vorgesehen ist. Dieser auf Vertrauen basierende Ansatz war regelmäßig nicht bekannt.

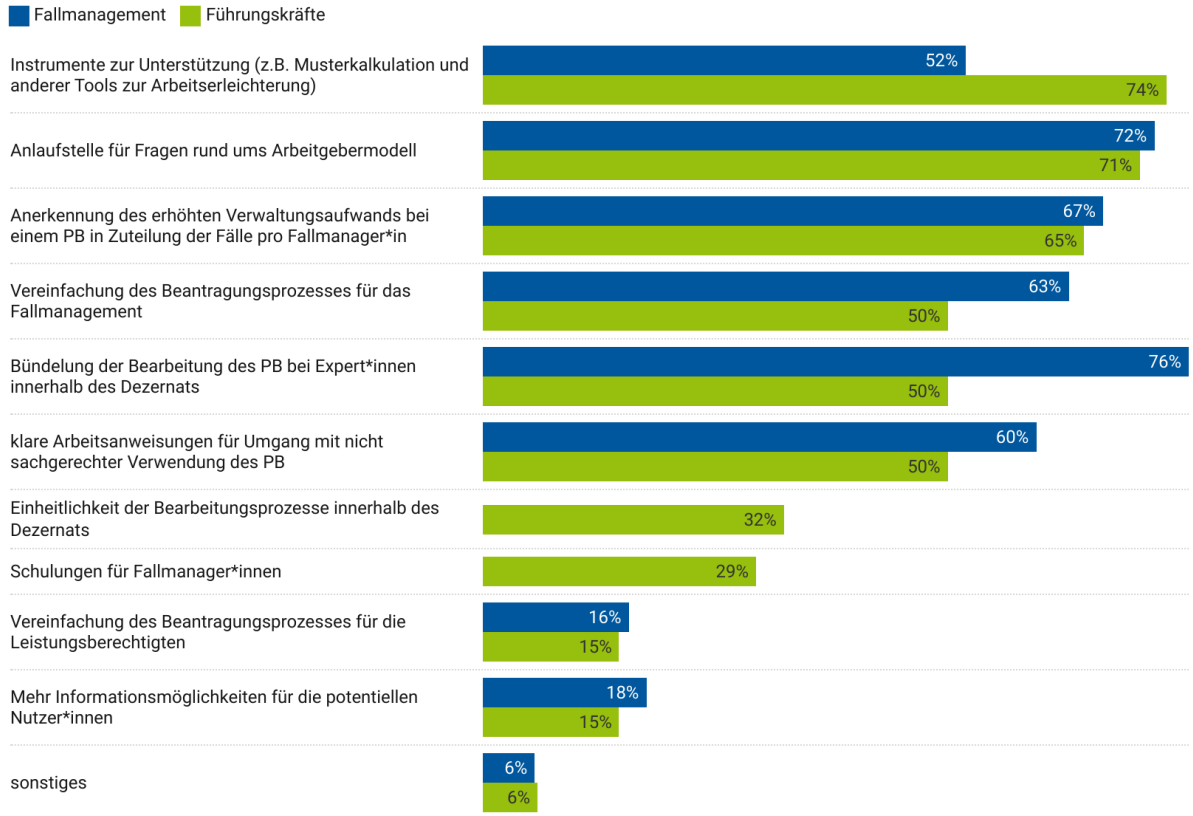
Gerade leistungsberechtigte Personen, die das Persönliche Budget im Arbeitgebermodell nutzen und 24-StundenAssistenz in Anspruch nehmen, wünschten sich außerdem mehrheitlich ein Netzwerk oder einen Pool, wo sie Dienstleister oder Assistenzkräfte finden können. Weitere Nutzer*innen sprachen sich außerdem für Schulungen für (potenzielle)

Nutzer*innen zu den arbeitsrechtlichen oder betriebswirtschaftlichen Faktoren des Persönlichen Budgets aus.

4.5.2 Mitarbeitende des Dezernat Soziales

Die Fallmanager*innen und Führungskräfte sind in der Online-Umfrage nach den aus ihrer Sicht bestehenden Möglichkeiten gefragt worden, die Nutzung des Persönlichen Budgets zu steigern. Dabei sollten die maximal drei wichtigsten Aspekte ausgewählt werden. Die Ergebnisse werden in Abbildung 12 dargestellt. Auch die Fachbereichsleitungen wurden zu ihren Ansätzen einer Weiterentwicklung befragt.

Abbildung 12: Möglichkeiten zur Steigerung der Nutzung des Persönlichen Budgets



Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Möglichkeiten zur Steigerung der Nutzung des Persönlichen Budgets

76 Prozent der Fallmanager*innen, jedoch nur 50 Prozent der Führungskräfte gaben an, dass eine Bündelung der Bearbeitung des persönlichen Budgets bei Expert*innen innerhalb des Dezernats die Häufigkeit der Nutzung des Persönlichen Budgets steigern würde. Eine Anlaufstelle für Fragen rund um das Arbeitgebermodell fanden hingegen übereinstimmend sieben von zehn Fallmanager*innen und Führungskräften sinnvoll. Weitere zwei Drittel der Befragten meinten zudem, dass der erhöhte Verwaltungsaufwand des Persönlichen Budgets in der Zuteilung der Fälle pro Fallmanager*in anerkannt werden sollte. 63 Prozent der Fallmanager*innen und 50 Prozent der Führungskräfte sprachen sich zudem für eine Vereinfachung des Bearbeitungsprozesses für Fallmanager*innen aus. Interessant hierbei: Lediglich 16 Prozent der Fallmanager*innen und 15 Prozent der Führungskräfte sind der Meinung, dass eine Vereinfachung des Bearbeitungsprozesses für Leistungsberechtigte sinnvoll wäre, um die Nutzung des Persönlichen Budgets zu steigern. Immerhin rund 17

Prozent der Fallmanager*innen und 15 Prozent der Führungskräfte meinen, dass potenziellen Nutzer*innen mehr Informationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssten. Instrumente zur Unterstützung wie beispielsweise Musterkalkulationen wünschen sich die Hälfte der Fallmanager*innen und drei von vier Führungskräften.

Die Sorge der Zweckentfremdung spiegelt sich auch in dieser Frage wider: Etwa die Hälfte der Fallmanager*innen und der Führungskräfte meint, die Nutzung des persönlichen Budgets durch klare Arbeitsanweisungen für den Umgang mit nicht-sachgerechter Verwendung des persönlichen Budgets zu steigern.

Interessant ist, dass demnach aus Sicht der Mitarbeitenden vor allem Schritte, die die eigene Arbeit erleichtern, zu einer höheren Nutzung des Persönlichen Budgets führen sollen. Die Vereinfachung der Prozesse für die Leistungsberechtigten wird hingegen nur von einer Minderheit als wichtiges Mittel gesehen, um die Nutzung zu steigern. Möglicherweise steckt dahinter der Gedanke, dass ein einfacherer Arbeitsprozess für die Verwaltungsmitarbeitenden dazu führen könnte, dass diese die Leistungsberechtigten häufiger und positiver über das Persönliche Budget informieren und beraten.

Fünf Fallmanager*innen nutzten die Möglichkeit, sonstige Aspekte zu nennen, die die Nutzung des Persönlichen Budgets steigern könnten. Ein*e Fallmanager*in führte das oben genannte Argument für eine gebündelte Zuständigkeit bei internen Expert*innen weiter aus. Zwei weitere Fallmanager*innen äußerten zudem, dass es im Vorfeld umfassende Schulungen für Leistungsberechtigte geben müsste, um das Ausmaß an Arbeitgeberverantwortung und an Verwaltungsaufgaben zu vermitteln.
Zwei Personen äußerten generelle Zweifel daran, warum die Nutzung des Persönlichen Budgets gesteigert werden sollte. Als Begründung dafür wurde genannt, dass das Persönliche Budget zwar gesetzlich vorgegeben ist, aber die Wahlfreiheit und Entscheidungshoheit bei den Leistungsberechtigten liege.

Kontakt zu Leistungsberechtigten kann zu Änderung der eigenen Haltung führen

Der Bezirk Mittelfranken hat ein Modellprojekt zur Förderung des Persönlichen Budgets durchgeführt und mit einem dortigen Vertreter wurde ebenfalls ein Interview geführt. Die dortigen Erfahrungen zeigen, dass sich oftmals eine zunächst skeptische Haltung der Mitarbeitenden zum Persönlichen Budget veränderte, sobald die Mitarbeitenden bei persönlichen Gesprächen mit den Leistungsberechtigten die Gelegenheit hatten, mehr über die individuellen Vorteile des Persönlichen Budgets von den Budgetnutzer*innen selbst zu erfahren. Auch ein*e Mitarbeiter*in des Dezernats ist der Meinung, dass eine persönliche Bedarfsermittlung vor Ort hilfreich sein könne, indem Hemmschwellen auf beiden Seiten abgebaut würden. Diesen Wunsch nach mehr persönlichen Kontakt zum Fallmanagement äußerten auch viele der befragten Leistungsberechtigten. Zudem sei die Vernetzung der Fallmanager*innen zu Beratungsstellen und dem zuständigen örtlichen Träger, aber auch die Vernetzung untereinander wichtig, um spezifische Fachfragen zügig klären zu können.

FBL 72/73: Leistungsberechtigte einbinden, Information verbessern, Folge-Beantragung vereinfachen

In den Experten-Interviews mit den Fachbereichsleitungen 72 und 73 nahmen beide Stellung zu den Herausforderungen, die sich für die Mitarbeitenden aus der Bearbeitung des Persönlichen Budgets ergeben. Das Fallmanagement beklagt häufig fehlende Möglichkeiten zur Kontrolle über die Verwendung der Mittel. Dezernatsintern wurde jedoch beschlossen, dass beim Persönlichen Budget keine stärkeren Kontrollmöglichkeiten

eingesetzt werden, um eine Vertrauenskultur zwischen LVR und Leistungsberechtigten zu schaffen. Jedoch könne man die Budgetnehmenden sensibilisieren und auf ihre Mitwirkungspflichten hinweisen. So könne man sie stärken durch den Hinweis, dass die vereinbarten Leistungen auch bei ihnen, den Budgetnehmenden ankommen müsse, und sie durch verbesserte Beratung und Information gegenüber den Leistungserbringern in eine andere Verhandlungsposition bringen. Mögliche Formen wären Informationsblätter oder Laufzettel oder auch ein Zusatz in der Zielvereinbarung.

Das aus Sicht der Leistungsberechtigten zu komplizierte (Folge-) Beantragungsverfahren des Persönlichen Budgets ist für die Fachbereichsleitungen ebenfalls sichtbar. Hier gehe es darum, für Menschen, deren Situation sich absehbar nicht verbessere, die Folgebeantragung zu vereinfachen:

> *„Für diese Personenkreise dann zu sagen, nachdem man eingangs eine umfängliche Bedarfsermittlung gemacht hat, dann in der Folge nur einfach nachfragen, ob sich an der Situation was geändert hat. Und wenn die Person Nein sagt, dann braucht man da auch nicht wieder mit der ganzen Batterie des gesamten BEI dranzugehen, sondern kann es für beide Seiten auch einfacher machen.*" (Dr. Dieter Schartmann, Leitung Fachbereich 73)

Beispielsweise könne man statt des gesamten BEI-Bogens nur die persönliche Sicht erklären lassen, ohne gleich eine komplett neue Bedarfsermittlung durchzuführen.

Zum genannten Hemmnis der Informationsdefizite bei den Leistungsberechtigten finden die Fachbereichsleitungen, dass das Dezernat Soziales seiner Beratungs-Verpflichtung nach §106 SGB IX stärker nachkommen müsse. Außerdem könne man Internetauftritte und verschriftlichte Materialien überarbeiten. Sie äußerten die Idee, eventuell auch behinderungsspezifische Informationsmaterialien zu erstellen:

> *„Und umso niedrigschwelliger es werden muss, umso mehr müssen wir vielleicht auch unterstützen, dann auch entsprechend Informationsgrundlagen schaffen.*" (Markus Schulzen, Leitung Fachbereich 72)

Grundsätzlich sehen die Fachbereichsleitungen aber auch die Leistungsberechtigten selber in der Pflicht, sich über das Persönliche Budget, dessen Möglichkeiten und Herausforderungen zu informieren.

FBL 72/73: Umgang mit höherem Aufwand bei Persönlichem Budget

In den Gesprächen machten beide Fachbereichsleiter ihre Einschätzung deutlich, dass man sich offen dafür zeigen müsse, die bisherigen Verfahrensabläufe zu überprüfen, um die Nutzung des Persönlichen Budgets zu steigern. Gleichzeitig werde die Bearbeitung von Persönlichen Budgets für Leistungsberechtigte wie Verwaltung dennoch immer ein größerer Aufwand bleiben als eine normale Sachleistung. Um dies besser abzubilden, könne man beispielsweise bei der Fallzumessung über einen Schlüssel nachdenken, mit dem die Anzahl der zu bearbeitenden Sachleistungen um einen Faktor sinkt, wenn Persönliche Budgets bearbeitet werden. Auch über eine „kleine Bündelung" von Expertenwissen innerhalb der (Regional-)Abteilungen könnte nachgedacht werden,

> *„dass man die Fälle des Persönlichen Budgets bei ein, zwei Leuten bündeln und nicht von allen Fallmanagern in der Abteilung bearbeiten lasse*" (Dr. Dieter Schartmann, Fachbereichsleiter 73).

Demgegenüber stehe das „große Expertenwissen", also die Bündelung von Expertise in einer eigenen Abteilung, die sich ausschließlich mit der Bearbeitung von vor allem

trägerübergreifenden Persönlichen Budgets auseinandersetzt, so der Vorschlag von Markus Schulzen, Fachbereichsleiter 72.

Außerdem regte er an, sich genauer anzuschauen, bei welchen Fallkonstellationen lange Bearbeitungszeiträume vorkommen, um dort gegebenenfalls konkret ansetzen zu können und Prozesse gezielt zu beschleunigen.

Teilbudgets als niedrigschwellige Einsatzmöglichkeit Persönlicher Budgets

Eine weitere Möglichkeit zur Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets, die von den Fachbereichsleitungen genannt wurde, ist die verstärkte Nutzung von Teilbudgets. Statt eines umfassenden Budgets im Arbeitgebermodell, welches mit allerlei Verantwortungen und Pflichten einhergeht, könnte das Fallmanagement potenzielle Budgetnutzer*innen auch gezielt auf die Möglichkeit von Teilbudgets aufmerksam machen, die neben einer Sachleistung für die Alltagsunterstützung beispielsweise nur Freizeitassistenzen umfassen. So könnten Menschen mit Behinderungen Erfahrungen sammeln mit der Organisation des Persönlichen Budgets und der damit verbundenen Verantwortung:

> *„Also dass man da auch vielleicht guckt, können auch Teilbudgets in Anspruch genommen werden, an denen man sich dann erstmal abarbeitet und dann auch für sich guckt, ohne dass jetzt beispielsweise großartige Summen auch vielleicht Überforderungen generieren.*" (Markus Schulzen, Leitung Fachbereich 72)

Bei einem Teilbudget könnten sich Menschen damit auseinandersetzen, ob und in welchem Umfang das Persönliche Budget für sie geeignet wäre, während gleichzeitig große Teile des Unterstützungsbedarfs über Sachleistungen gewährleistet werden.

4.5.3 Expert*innen in Beratungsstellen

Zielgruppenspezifische Information und Beratung

Anregungen zur Weiterentwicklung des Persönlichen Budgets von Beratungsstellen beschäftigten sich vor allem damit, wie man das Persönliche Budget bekannter machen und Informationen zielgerichteter an die Leistungsberechtigten vermitteln könnte. Eine Expertin bemerkte, dass Fallbeispiele von Budgetnutzungen zu verschiedenen Bedarfslagen möglicher Nutzer*innen diesen helfen würde, eine Orientierung für sich zu finden und zu sehen, welche Vorteile und Herausforderungen durch die Nutzung des Persönlichen Budgets auf die leistungsberechtigte Person zukommen würde. Darüber hinaus sei der persönliche Austausch mit den potentiellen Budgetnutzer*innen nötig, um Zugangsbarrieren zum Persönlichen Budget abzubauen. Das könnte beispielsweise auch über die Beratungen vor Ort geschehen.

> *„Die Beratung nach §106 muss anlaufen, dass wirklich ein niedrigschwelliger Zugang existiert.*" (Beratungsstelle KSL)

Früherer Erstkontakt mit Persönlichen Budget

Außerdem müssen nach Ansicht der Expert*innen aus den Beratungsstellen sowie den befragten Leistungserbringern mehr Informationen in den Bereichen WfbM, Wohneinrichtungen und in den Schulen verteilt werden.

> *„…damit das wie so ein Samenkorn einfach die Chance hat, irgendwie so ein bisschen zu reifen, (…) dann haben die sich schon so viel damit auseinandergesetzt, dass die viel eher*

bereit dazu sind, als wenn die das eben hören in der Phase, wo sie eigentlich das Gefühl haben, ich kann mich mit keinem Thema mehr auseinandersetzen, ich brauche jetzt sofort einfach nur noch eine Unterstützung, egal wie." (Beratungsstelle EUTB)

Konkret bedeutet das, dass potentielle Budgetnehmer*innen nicht erst dann mit dem Persönlichen Budget in Kontakt kommen dürfen, wenn sie die Leistung brauchen. Vielmehr müsse man die Weichen, ob jemand einmal das Persönliche Budget in Anspruch nehmen wird, weitaus früher stellen.

Für Leistungsberechtigte, die bereits das Persönliche Budget beziehen, könnten Servicematerialien oder Arbeitshilfen (z.B. Musterarbeitsverträge) oder Listen mit Dienstleistern und Budgetassistenzen dem Gefühl vorbeugen, mit der Organisation des Persönlichen Budgets überfordert zu sein und die Belastungen reduzieren, die dadurch entstehen. Ferner werden noch Informationsveranstaltungen und Schulungen über das Persönliche Budget vorgeschlagen, um auch die weitere Unterstützung nach der Antragsbewilligung zu gewährleisten. Anzumerken ist dabei, dass nicht immer klar wurde, ob die Beratungsstellen dies auch als eigenen Auftrag wahrnehmen oder dies als Wunsch an den Leistungsträger LVR formuliert wurde.

Bündelung von Kompetenzen innerhalb des Dezernats

Zwei Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen gaben auch an, dass es wichtig sei, dem Fallmanagement im LVR Unsicherheiten zu nehmen und

„das Vertrauen zu haben, dass es in den meisten Fällen gut geht". (Beratungsstelle KSL)

Sie sprachen sich für eine Bündelung von Kompetenzen im Dezernat aus, weil dies auch für die Antragsstellenden eine Vereinfachung darstellen würde.

5. Ergebnisse

Nachdem in den Kapiteln 4.1 bis 4.5 die Antworten der verschiedenen Akteursgruppen der Befragung dargestellt wurden, werden in diesem Kapitel daraus abgeleitet zusammenfassende Antworten auf die eingangs formulierten Forschungsfragen gegeben, die sich aus einer übergreifenden Betrachtung der unterschiedlichen Perspektiven ergeben.

5.1 (Wie) werden die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets informiert?

Auch wenn viele Fallmanager*innen verschiedene Wege nutzen, um die Leistungsberechtigten über das Persönliche Budget zu informieren (vor allem persönliche Beratungsgespräche, Hinweis im BEI_NRW und auf Informationen im Internet), weisen die Interviews mit den Nutzer*innen darauf hin, dass die bereitgestellten Informationen für die Leistungsberechtigten vielfach nicht ausreichend sind und Fragen offen bleiben.

Die Gruppe der Leistungsberechtigten gab überwiegend an, nicht durch den LVR von der Möglichkeit eines Persönlichen Budgets erfahren zu haben. Die wichtigste Quelle bei der „Erstinformation" für Leistungsberechtigte bzw. deren Angehörige sind informelle Netzwerke, gefolgt von Beratungsstellen. Weitere Informationen bezog die Gruppe der Leistungsberechtigten hauptsächlich durch eigeninitiativ gestartete Internet-Recherchen.

Die befragten Expert*innen in den Beratungsstellen gaben an, dass es nur in seltenen Fällen nach Beratungen zum Persönlichen Budget auch zu einer entsprechenden Beantragung und Inanspruchnahme kommt. Das Thema werde von den Leistungsberechtigten selten nachgefragt, weil sie keine Kenntnisse darüber hätten. Die Berater*innen bemängelten insbesondere das Fehlen von Materialien zu konkreten, spezifischen, wiederkehrenden Fragestellungen, wie bspw. ein Musterarbeitsvertrag oder eine regionalisierte Liste von Assistenz-Dienstleistern.

Viele der Budgetnutzer*innen äußerten, dass das Persönliche Budget in ihrem eigenen Bekanntenkreis kaum bekannt sei und wünschen sich seitens des LVR mehr Aufklärung über diese Leistungsform. Insgesamt fühlen die Leistungsberechtigten sich nicht ausreichend durch den LVR zu den Möglichkeiten des Persönlichen Budgets informiert. Aus Sicht der Expert*innen aus den Beratungsstellen wäre außerdem eine frühzeitige Information zum Persönlichen Budget bereits in den Schulen oder im jungen Erwachsenenalter wünschenswert. Vor allem Nutzer*innen, die das Persönliche Budget im Arbeitgebermodell in Anspruch nehmen, fühlen sich oft mit (arbeits-)rechtlichen Fragestellungen alleine gelassen und wissen nicht, wohin sie sich wenden können. Das Fallmanagement fühlt sich für solche Fragen teilweise nicht qualifiziert.

Dass es das strategische Ziel des Dezernates Soziales ist, die Nutzung des Persönlichen Budgets zu stärken, kommt, so legen es die Befragungsergebnisse nahe, mitunter bei Leistungsberechtigten und den Multiplikatoren in den Beratungsstellen nicht an. Ein*e Mitarbeiter*in einer Beratungsstelle äußerte sich überrascht über diese Information:

> *„…ich hätte bis jetzt behauptet, der LVR ist froh um jedes nicht gestellte Persönliche Budget*" (Expert*in Beratungsstelle EUTB)

Eine solche Einzelwahrnehmung kann zwar nicht generalisiert werden. Dennoch sollte das Dezernat Soziales prüfen, wie die individuelle Information der Leistungsberechtigten verbessert und verstärkt werden kann und wie die festgelegte Dezernatshaltung zur aktiven Unterstützung der Leistungsform Persönliches Budget auch im praktischen Verwaltungshandeln im Einzelfall zum Ausdruck kommen und vermittelt werden kann.

5.2 Welchen „Selbstbestimmungs-Mehrwert" und welche Vorteile verbinden sich mit dem Persönlichen Budget für die Nutzer*innen? Unter welchen Bedingungen kann dieser „Selbstbestimmungs-Mehrwert" realisiert werden?

Der für die Zielgruppen der Leistungsberechtigten und Angehörigen bestimmende Vorteil des Persönlichen Budgets besteht in dem im Vergleich zur Sachleistung deutlich erhöhten Maß an selbstbestimmter Gestaltung der eigenen Lebensbiographien. Dies wird auch von den Expert*innen der Beratungsstellen so gesehen. Die Verwaltungs-Mitarbeiter*innen sehen ebenfalls die erhöhte Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten als größten Vorteil des Persönlichen Budgets. Knapp 80 Prozent der Fallmanager*innen und 91 Prozent der Führungskräfte sind der Meinung, dass die persönliche und selbstbestimmte Auswahl der Assistent*innen einen der größten Vorteile des Persönlichen Budgets darstellt. Etwas mehr als die Hälfte aller Mitarbeitenden sieht die selbstbestimmte Verteilung von Betreuungszeiten als großen Vorteil für die Leistungsberechtigten.

Vor allem für Budgetnutzer*innen, die das Persönliche Budget als trägerübergreifendes Budget im Arbeitgebermodell nutzen, werden die erhöhten Möglichkeiten zur selbstbestimmten Lebensgestaltung deutlich erlebbar. Die Möglichkeit, in der eigenen Wohnung leben zu können, die Auswahl über die Assistent*innen und Fachleistungskräfte

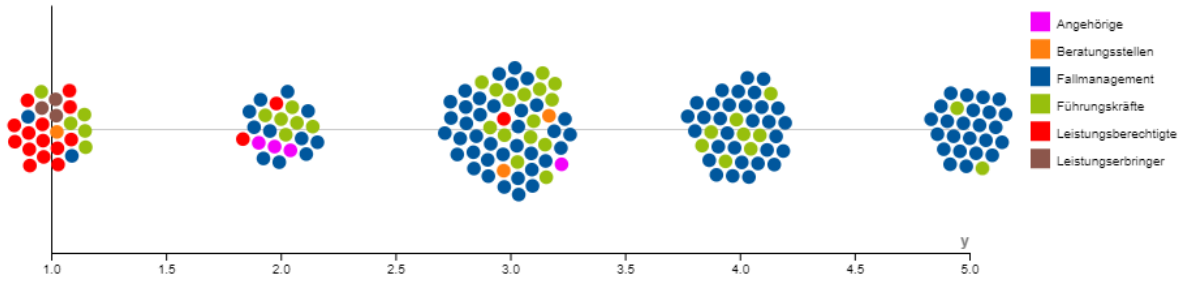
in der eigenen Hand zu haben oder schlicht entscheiden zu können, was wann gemacht wird, ist ein großer Schritt in Richtung selbstbestimmter Teilhabe. Aber auch für die Budgetnutzer*innen, die das Budget im Assistenzdienstleistungs-Modell nutzen, sind diese Vorteile ebenso valide, da auch sie ein deutlich höheres Maß an Selbstbestimmung empfinden. Auch Menschen, die etwa aufgrund einer geistigen Behinderung nur über eine eingeschränkte „Regiekompetenz" verfügen und deren Budget von Angehörigen oder einer gesetzlichen Betreuung verwaltet wird, können im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Entscheidungen treffen und Leistungen bzw. Assistenzpersonal entsprechend ihrer individuellen Präferenzen „einkaufen". Das Aufbrechen des klassischen Leistungsdreiecks und damit die Individualisierung der Unterstützungsleistung kommt Menschen mit geistigen Behinderungen, Suchterkrankungen oder psychischen Behinderungen genauso zu Gute wie Menschen mit körperlichen Behinderungen. Sie werden durch das Persönliche Budget gestärkt und ermächtigt, Entscheidungen in die eigene Hand zu nehmen. Die Mutter eines erwachsenen Sohnes mit geistiger Behinderung formuliert es so:

> *„…dass er seine Wünsche gegenüber den Assistenten äußern darf. Er muss sagen, was ihm gefällt und was ihm nicht gefällt. Er muss sich nicht jeder Anordnung unterordnen. Und ich denke, das hat zu einer gewissen Selbstständigkeit geführt. Ich denke mal, sonst würde er es morgens alleine nicht zur Werkstatt schaffen. Er steht alleine auf, macht sich fertig, geht zur Werkstatt, kommt abends nach Hause."* (Frau I., Mutter eines Sohnes mit geistiger Behinderung)

Die Ergebnisse der Befragung haben gezeigt, dass die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets für die unterschiedlichen Zielgruppen zwar eine unterschiedliche Herausforderung darstellt – empowernd kann sie allerdings für alle sein.

Alles in allem zeigt sich, dass der Teilhabe-Mehrwert des Persönlichen Budgets die Nachteile aus Sicht der befragten Leistungsberechtigten eindeutig überwiegt. Die übrigen Akteursgruppen stehen dem Persönlichen Budget abwägender bis kritischer gegenüber (vgl. Abbildung 13). Während die „Nutzer-Seite" (Leistungsberechtigte und Angehörige, eingeschränkt auch Beratungsstellen) sich im positiven, in der Abbildung links dargestellten Spektrum des Bewertungsstrahls ansiedelt, tendieren die befragten Verwaltungs-Mitarbeitenden zur eher negativen Gesamtbewertung (rechte Seite des Strahls).

Abbildung 13: Überwiegt der Teilhabe-Mehrwert des PB die Nachteile, die mit dem PB einhergehen?



1 = eindeutig ja; 2 = eher ja; 3 = teilweise; 4 = eher nein; 5 = eindeutig nein
Quelle: Jacobi/Pflugrad, LVR

Diese Unterschiedlichkeit der Einschätzung wahrzunehmen ist ein erster Schritt zu einem angemessenen Umgang mit dem Thema und der Entwicklung von Schritten zur Veränderung. Ein Aspekt könnte sein, die guten Erfahrungen von Leistungsberechtigten mit dem Persönlichen Budget auch in der internen Kommunikation im Dezernat stärker zu

fokussieren sowie den persönlichen Kontakt zwischen Leistungsberechtigten und Fallmanagement zu vertiefen.

5.3 Welche Hemmnisse und Nachteile sehen die unterschiedlichen Akteursgruppen beim Persönlichen Budget?

Der Aspekt, der von allen befragten Gruppen durchgängig als kritisch oder nachteilig beschrieben wurde, ist das langwierige Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren.

Hemmnisse im Beantragungsverfahren

Budgetnutzer*innen (und ebenso Angehörige, Berater*innen und Leistungserbringer) nennen als Nachteil vor allem die langen Bearbeitungszeiten, die teilweise zu rückwirkenden Bewilligungen und verzögerten Zahlungen führen. Dies wiederum führt zu gravierenden Schwierigkeiten für die Leistungsberechtigten, wenn etwa Assistent*innen nicht rechtzeitig entlohnt werden können bzw. die Budgetnehmer*innen den Lohn aus eigenen Mitteln oder mit finanzieller Hilfe von Angehörigen vorstrecken müssen. Dies bedeutet finanzielle und psychische Belastung für die Budgetnehmenden und stellt einen Hemmnisfaktor für die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets dar. Mit einer flächendeckenden Umsetzung der Entfristung der Bewilligungen für das Persönliche Budget dem Grunde nach, wie vom Bundessozialgericht vorgegeben, würde dieser negative Aspekt für die Nutzer*innen jedoch mindestens deutlich abgemildert. Die Höhe des Persönlichen Budgets kann jedoch bei einer erneuten Bedarfsermittlung Veränderungen unterliegen.

Das Beantragungsverfahren wurde zudem als intransparent und kompliziert beschrieben. Gerade bei Folgebewilligungen wünschten sich Nutzer*innen vereinfachte Verfahren, inklusive einer verschlankten Bedarfsermittlung. Einige von ihnen berichteten, dass sie manche Unterlagen wiederholt einreichen mussten, weil, etwa bei trägerübergreifenden Budgets oder einer veränderten Arbeitsverteilung im Team, andere Personen zuständig wurden.

Fachleute sehen Organisationsaufwand als nachteilig für Nutzer*innen

Fast alle Fallmanager*innen und Führungskräfte sehen einen potentiellen Nachteil darin, dass die Organisation des Persönlichen Budgets zu einer Überforderung der Leistungsberechtigten und deren Angehörigen führen könne. Die Expert*innen aus den Beratungsstellen sehen ebenfalls das Problem, dass das Persönliche Budget als Leistungsform an sich kompliziert und die Beantragung und Organisation nicht niedrigschwellig ist. Damit geht einher, dass es viele der potentiellen Nutzer*innen ausschließen könnte, wenn diese nicht in der Lage seien, das Persönliche Budget selbstständig zu verwalten. Menschen, die Schwierigkeiten im Umgang mit Geld haben, können durch die Verwaltung des Persönlichen Budgets überfordert sein. Ein Leistungserbringer berichtete, dass einige Nutzer*innen vom Arbeitgeber- zum Assistenzdienstleistungsmodell wechseln würden, weil sie damit überfordert wären die Arbeitgeberrolle für die Assistent*innen einzunehmen.

Auch die große Verantwortung mit den Pflichten und Aufgaben im Rahmen des Persönlichen Budgets und der hohe Verwaltungsaufwand werden von den LVR-Mitarbeitenden ganz überwiegend als nachteiliger Aspekt für die Leistungsberechtigten empfunden. Zudem nehmen viele Befragte aus den verschiedenen Akteursgruppen den Fachkräftemangel bei Assistent*innen als ein Problem wahr. Außerdem sei die Qualität der eingekauften Leistungen teilweise nicht gut, wenn zum Beispiel eine Person mit psychischer Erkrankung von einer nicht dafür geschulten Assistenzkraft begleitet werde.

Diese Wahrnehmung der Fachleute und die Betonung der Nachteile stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Wahlrecht der Menschen mit Behinderungen. Es ist nicht auszuschließen, dass dadurch bei bestimmten Zielgruppen keine ergebnisoffene Beratung und Information über die Möglichkeiten dieser Leistungsform erfolgt.

Mittelverwaltung und Nachweise

Als weiteren Nachteil empfinden manche Budgetnutzer*innen die teilweise sehr komplexe Verwaltung der Finanzen und die Verwaltung von Nachweisen, Belegen etc. Zwar sehen die Regelungen des Dezernats Soziales ausdrücklich vor, dass der LVR die Mittelverwendung nur im Verdachtsfall prüft. Vielfach gingen die Leistungsberechtigten in den Interviews jedoch davon aus, detailliert sämtliche Ausgaben nachweisen zu müssen. Dies rührt nach Einschätzung von Fachbereichsleiter 72 möglicherweise aus der vorherigen Bearbeitung vieler Fälle bei den örtlichen Trägern, die zum größten Teil jährliche Prüfungen zu den Mittelverwendungen durchgeführt haben. Eine Leistungsberechtigte äußerte dezidiert, die Pflicht, halbjährliche Verwendungsnachweise zu erstellen, sei in der Zielvereinbarung festgelegt. Der auf Vertrauen basierende Ansatz des Dezernates scheint entweder nicht ausreichend deutlich kommuniziert zu werden oder zumindest nicht überall angekommen zu sein.

Überwiegend kritische Perspektive in der LVR-Verwaltung

Die Befragung zeigt eine Diskrepanz zwischen der Haltung und strategischen Festlegung der Dezernatsspitze und obersten Führungsschicht auf eine proaktive Förderung des Persönlichen Budgets und der mehrheitlich kritischen Betrachtung des Fallmanagements und der mittleren Führungsebene. Korrespondierend zu der Leistungsberechtigten-Kritik an den langen Bearbeitungszeiten klagen Fallmanagement und Führungskräfte über hohen Zeitaufwand und inhaltliche Schwierigkeiten im Bearbeitungsprozess. Auch fehlendes Fachwissen im Fallmanagement bzgl. des Arbeitsgebermodells (Arbeitsrecht, Personalbemessung etc.), wenige Möglichkeiten zur fachlichen Überprüfung des Einsatzes der bewilligten Geldleistung sowie zur Qualitätskontrolle der Unterstützungsleistungen und der deutlich erhöhte Beratungsaufwand für das Fallmanagement werden kritisch gesehen. Zudem wird auf die Möglichkeit der Zweckentfremdung der Mittel hingewiesen. Mehrere Nutzer*innen und Angehörige betonen hingegen, dass sie (bzw. ihre Angehörigen) auf die Leistungen, die sie als Persönliches Budget erhalten, angewiesen sind. Sie wünschen sich mehr Vertrauen, dass sie das Geld in ihrem eigenen Sinne zweckentsprechend einsetzen.

Die befragten Mitarbeitenden sehen insgesamt deutlich mehr Nachteile als Vorteile beim Persönlichen Budget. Fast 90 Prozent der Fallmanager*innen und 82 Prozent der Führungskräfte sehen einen Nachteil im höheren Arbeitsaufwand des Persönlichen Budgets im Vergleich zur Sachleistung. Es ist ausdrücklich wertschätzend zu würdigen, dass sie diese Einschätzung auch offen in der Befragung mitgeteilt und sich nicht auf „sozial erwünschte" Antworten zurückgezogen haben. Das zeigt ein grundsätzliches Vertrauen in die Führungsebene und Kommunikationskultur im Dezernat Soziales, dass man die Dinge an- und aussprechen kann, auch wenn sie nicht optimal sind.

Einschätzungen zum Persönlichen Budget im Arbeitgebermodell

Die Nutzung des Persönlichen Budgets im Arbeitgebermodell ist bei Leistungsberechtigten wie LVR-Verwaltung mit Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden. Gleichzeitig besteht nach Aussagen der Leistungsberechtigten gerade in der Übernahme der Arbeitgeberrolle für die eigenen Assistenzkräfte der Kern des „Selbstbestimmungs-

Gewinns". Sie entscheiden, wer die notwendige Unterstützung leistet, wann und wie sie geschieht. Für die Leistungsberechtigten gehen damit jedoch Verantwortungsübernahme und Organisationsaufwand einher: Geeignete Assistent*innen müssen selbst auf dem Arbeitsmarkt gefunden werden; im Fall von Krankheiten oder anderen spontanen Ausfällen muss Vertretung organisiert werden.

Viele Nutzer*innen bemängeln, dass die Höhe der bewilligten Geldleistungen wenig Spielraum lasse, sich gegen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen oder Gehaltserhöhungen oder Sonderzuschläge zu leisten. Zudem sei Wissen zum Beispiel zur ordnungsgemäßen Anmeldung des Beschäftigungsverhältnisses der Angestellten als Mini- oder Midi-Job erforderlich. Einige Nutzer*innen entschieden sich deshalb für das Assistenzdienstleistungsmodell, um diese Verantwortung nicht tragen zu müssen.

> *„Aber ich finde es irgendwo auch ganz angenehm, dass man eben auf einen Assistenzdienst zugreifen kann, weil das auch organisiert wird mit allem (…). Weil wenn ich selber Arbeitgeber wäre, würde ich eben auch diese Sachen selber machen müssen, und da glaube ich, es könnte schwierig werden.*" (Herr L., 41 Jahre, körperliche Behinderung)

Das LVR-Fallmanagement sieht ähnliche Problematiken aus der komplementären Rolle. Sie fühlen sich überfordert mit Beratungswünschen zur Ausfüllung der Arbeitgeberrolle. Die Kalkulation der angemessenen Budgethöhe ist insbesondere im Arbeitgebermodell eines der am häufigsten genannten Probleme für das Fallmanagement. Hinzu kommen Fragen der Finanz- und Qualitäts-Kontrolle, die die Fallmanager*innen beschäftigen und belasten. Eine Leistungsberechtigte spiegelte diese Herausforderung für das Fallmanagement aus ihrer Sicht der Budgetnutzerin:

> *„Ich habe nicht die Budgethöhe bekommen, die ich beantragt habe, die ich ja auch mit meiner eigenen Kostenkalkulation dargelegt habe. Trotzdem habe ich weniger Budget bekommen, habe das aber erst mal akzeptiert, weil ich weiß, es dauert ewig, wenn man da schon wieder Widerspruch einlegt. (…) ich werde natürlich jetzt in diesen Nachweisen zeigen können, dass das nicht reichen wird. Da wird das wieder ein Problem sein, ob es erhöht wird oder nicht. Warum macht man das nicht von vornherein? Ich lege da meine Kosten dar und trotzdem wird das nicht akzeptiert.". (Frau K., 45 Jahre, körperliche Behinderung)*

5.4 Gibt es spezielle Bedarfslagen oder Zielgruppen, für die das Persönliche Budget besonders geeignet erscheint?

Die bisher dargestellten Befragungsergebnisse zeigen, dass das Persönliche Budget für alle Akteursgruppen Licht und Schatten bedeutet – auch wenn Licht und Schatten jeweils unterschiedlich verteilt sind. Ein Interesse der Untersuchung war daher, herauszuarbeiten, ob es bestimmte Bedarfslagen oder Zielgruppen gibt, für die das Persönliche Budget möglichst viele Vorteile bei geringen Nachteilen vereinigt und daher besonders geeignet ist. Während die befragten Nutzer*innen häufig ihre eigene Konstellation als besonders geeignet empfinden, halten viele LVR-Mitarbeitende das Persönliche Budget für jeweils unterschiedliche, häufig nach Behinderungsform differenzierte Zielgruppen für wenig geeignet.

Nutzer*innen sehen Situationen wie die eigene als geeignet an

Einige Leistungsberechtigte äußern die Einschätzung, dass das Persönliche Budget für alle Zielgruppen sinnvoll sei. Ein Leistungsberechtigter formuliert, es sei für jeden Menschen geeignet, der die Chance nutzen möchte selbstbestimmter zu leben, auch für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, die Unterstützung bei der Verwaltung des Persönlichen

Budgets benötigen. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass Leistungsberechtigte das Persönliche Budget in ihrer jeweiligen individuellen Situation als gewinnbringend einstufen und daraus schlussfolgern, dass sich das Persönliche Budget vor allem für Personen in ähnlichen Situationen eigne, „*für Menschen, die so sind wie ich*", wie es ein Leistungsberechtigter mit Suchterkrankung formulierte. Auch Menschen mit anderen Behinderungsformen denken ähnlich, ebenso äußerten Menschen, die im ambulant betreuten Wohnen leben oder berufstätig sind, dass das Persönliche Budget für die jeweilige Situation gut geeignet wäre.

Viele Fallmanager*innen und Führungskräfte sind der Ansicht, dass das Persönliche Budget für Leistungen zur sozialen Teilhabe besonders gut geeignet ist, insbesondere für Menschen, die eigenständig leben.

Mitarbeitende: Persönliches Budget für Menschen mit körperlichen Behinderungen besonders gut geeignet

Nach Ansicht der meisten befragten Mitarbeitenden ist die Gruppe der Menschen mit körperlichen Behinderungen besonders geeignet, da diese in der Regel kognitiv in der Lage sind, den Pflichten nachzukommen, die mit der Verwaltung des Persönlichen Budgets einhergehen und so die Möglichkeit haben, ihre Belange individuell zu steuern. Für Menschen mit körperlichen Behinderungen, die zusätzlich zu ihrer Behinderung einen hohen pflegerischen Bedarf haben, könne das Persönliche Budget zudem die einzige Möglichkeit darstellen, eigenständig zu leben, da für diese Personengruppe „*sich in der Regel kein Anbieter*" finde, „*der dies im Rahmen einer Sachleistung ambulant übernimmt*".

Uneinheitlich ist die Einschätzung der Mitarbeitenden bei der Geeignetheit des Persönlichen Budgets für Menschen, die neben der Behinderung vor allem einen hohen Pflegeanteil in ihren Unterstützungsleistungen haben sowie für Menschen mit niedrigem Unterstützungsbedarf und für Menschen mit einer gesetzlichen Betreuung. Während ungefähr 70 Prozent der Mitarbeitenden bei diesen Gruppen das Persönliche Budget als besonders gut geeignet einschätzt, werden von jeweils ca. 30 Prozent der Fallmanager*innen die gegenteiligen Meinungen geäußert. Bei Leistungsberechtigten mit gesetzlicher Betreuung sehen mehrere befragte Mitarbeitende aufgrund deren Angewiesenheit auf diese Unterstützung beim Persönlichen Budget Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit als nicht gegeben.

Bei Menschen mit geistiger Behinderung besondere Unterstützung notwendig

Viele befragte Fallmanager*innen sind überzeugt, dass das Persönliche Budget sich für Menschen mit geistiger Behinderung besonders schlecht eigne. Begründet wird dies vor allem mit der Überforderung durch den hohen Verwaltungsaufwand bzw. der Rolle als Arbeitgeber. Die mangelnde Fähigkeit, das Budget eigenverantwortlich zu verwalten könne häufig auch durch das private Umfeld bzw. gesetzliche Betreuer*innen nicht kompensiert werden, weshalb Menschen mit geistiger Behinderung teilweise auf „*Budgetassistenz-Anbieter zurückgreifen müssen*" (Fallmanager*in). Dies sehen die Fallmanager*innen kritisch, weil damit ein Verlust von Selbstbestimmung und Teilhabe einhergehe und die Abhängigkeit von Dritten die Gefahr berge, dass die Leistungsberechtigten ausgenutzt werden. Die Expert*innen aus den Beratungsstellen geben hier in Teilen ähnliche Einschätzungen ab, widersprechen aber grundsätzlich: Es sei mitnichten der Fall, dass das Persönliche Budget für Menschen, die es nicht selber verwalten und organisieren können, nicht geeignet sei. Vielmehr fehle es an den nötigen Strukturen, diese Menschen bei der Verwaltung und Organisation zu unterstützen. Auch für diese Gruppe schaffe das Persönliche Budget die Möglichkeit, „*ihren Bedarf passgenauer, flexibler und individuell decken zu können*", wie auch eine Führungskraft des Dezernates 7 formulierte.

Die Vorteile und Chancen eines Persönlichen Budgets auch für Menschen mit geistiger Behinderung betont auch ein Angehöriger:

> *„Wir müssen uns klarwerden, dass jeder Mensch, soweit er kann, partizipieren und über sein Leben selbst bestimmen darf. Und deshalb finde ich das Persönliche Budget vom Ansatz her ganz wunderbar und finde das skandalös, dass es noch nicht so weit ist, dass es an Menschen mit geistiger Behinderung angepasst ist.*" (Angehörige*r)

Eine Expertin aus einer Beratungsstelle meinte, ein Persönliches Budget sei bei Menschen mit geistiger Behinderung besonders sinnvoll bei Budgets im Bereich Freizeit, wenn die Leistungsberechtigten nur einen geringen Unterstützungsbedarf haben und eigenständig wohnen, oder wenn eine bestimmte Person eingestellt werden soll, etwa aus dem sozialen Umfeld der Person.

Menschen mit seelischer Behinderung/Suchterkrankung: Überforderung möglich

Auch für die Personengruppen der Menschen mit seelischen Erkrankungen sowie mit Suchterkrankungen sehen die befragten Mitarbeitenden vor allem die mögliche Überforderung durch den Verwaltungsaufwand und die Gefahr durch Beeinflussung bzw. Abhängigkeit von Dritten als problematisch an. Aber auch eine Zweckentfremdung der Mittel wird hier als Risiko genannt. Ein*e befragte*r Mitarbeitender differenzierte, dass die Eignung des persönlichen Budgets bei der Gruppe der Menschen mit psychischen Behinderungen sehr auf die Art der Erkrankung ankomme. Während sich das Persönliche Budget u.a. bei Angststörungen dazu eignen könne, *„dass der Leistungsberechtigte mit selbstgewählter Unterstützung, (…) ein möglichst unabhängiges Leben führen (…) und wesentlich mehr teilhaben*" könne, würde das Persönliche Budget Menschen mit Schizophrenie *„in den meisten Fällen überfordern*".

Im Unterschied zum Fallmanagement hat die Gruppe der Führungskräfte häufiger die Aussage getroffen, dass die Eignung für das Persönliche Budget eher nicht von der Behinderungsform oder dem Grad des Unterstützungsbedarfs abhängig sei. Außerdem mache ein Budget unabhängig vom Behinderungsbild besonders bei trägerübergreifenden Budgets Sinn, weil dann für die Budgetnehmer*innen Gestaltungsspielräume entstehen könnten.

Möglichkeit Teilbudgets

Nach Ansicht von Markus Schulzen, Fachbereichsleiter 72, sei es eine weitere Option, Teilbudgets vorzuschlagen, damit der Verwaltungsaufwand für die Nutzer*innen begrenzt wird und sie die Chance haben, die Leistungsform Persönliches Budget in einem geringen Umfang auszuprobieren. Diese Möglichkeit wird bei einigen Interviews in verschiedenen Akteursgruppen angesprochen. Wenn etwa eine Sachleistung in Anspruch genommen wird, mit der die Fachkraft-Unterstützung abgebildet wird (etwa im Bereich betreutes Wohnen oder bei der Teilhabe an Arbeit in Werkstätten), könne die Nutzung eines Teilbudgets für Unterstützungsleistungen ohne Fachkrafteinsatz eine sinnvolle Möglichkeit sein, selbstbestimmt Assistenzkräfte einzustellen, etwa auch aus dem sozialen Umfeld.

Einschätzung der Fachbereichsleitungen

Dr. Dieter Schartmann, Fachbereichsleiter 73, betonte, dass jeder Mensch das Persönliche Budget beziehen kann und darf und es eine Frage der Unterstützung sei, die man den Menschen gibt, die es nicht selbständig verwalten können. Aufgabe des EGH-Trägers sei es zu schauen, wie man Menschen bei der Nutzung des Persönlichen Budget im Rahmen

ihrer Möglichkeiten unterstützen könne. Manchmal sei es dazu nötig, auf eine Budgetassistenz zurückzugreifen.

Markus Schulzen, Fachbereichsleiter 72, ist der Meinung, dass es sinnvoll sein könnte, für bestimmte Personenkreise, die das Persönliche Budget besonders häufig in Anspruch nehmen, verstärkt und gezielt Informationen zum Persönlichen Budget zu verbreiten. Außerdem müssten die Informationsgrundlagen derart gestaltet werden, dass sie die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten des Persönlichen Budgets für verschiedene Nutzergruppen ansprechen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen, aber auch Personen mit psychischen bzw. Suchterkrankungen vor besonderen Herausforderungen bei der Verwaltung eines Persönlichen Budgets stehen. Aus den Interviews mit den Budgetnutzer*innen wird jedoch deutlich, dass alle Interviewten, unabhängig von ihrer Behinderungsform, von der Nutzung des Persönlichen Budgets profitieren. Deshalb erscheint es sinnvoll, die genannten Gruppen besonders bei der Beantragung und Verwaltung des Budgets zu unterstützen und Strukturen und Möglichkeiten zu finden, um auch ihnen die Nutzung zu ermöglichen, wenn sie dies wünschen.

5.5 Wie kann die Nutzung des Persönlichen Budgets gesteigert werden?

Individuelle Information als Voraussetzung für Nutzung

Aus Sicht der Nutzer*innen, Angehörigen und Expert*innen aus Beratungsstellen gibt es mehrere Möglichkeiten, um das Persönliche Budget für Leistungsberechtigte besser zugänglich zu machen. Insgesamt sollten Informationen zum Persönlichen Budget gebündelter und zielgerichteter bereitgestellt werden. Dazu gehöre die Kommunikation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise die Überarbeitung der vorhandenen Informationen im Internet. Die Fachbereichsleitungen äußerten die Idee, gruppenspezifische Informationsmaterialien zu erstellen, die sich aus den diversen Behinderungsformen ergeben.

Eine Expertin eines KSL schlug vor, mit Fallbeispielen von unterschiedlichen Einsatz-Konstellationen des Persönlichen Budgets potenziellen Nutzer*innen eine bessere Orientierung und Vorstellbarkeit zu geben. Dies sei auch eine Aufgabe der Beratung und der Peer-Beratung. Konkrete Materialien oder Arbeitshilfen (z.B. Musterarbeitsverträge) oder eine regionalisierte Liste mit Dienstleistern und Budgetassistenzen könnten Hilfestellung geben bei der Organisation des Persönlichen Budgets und damit Sorgen vor Überforderung mildern. Ferner werden noch Informationsveranstaltungen und Schulungen über das Persönliche Budget für die Nutzer*innen vorgeschlagen, um auch die weitere Unterstützung nach der Antragsbewilligung zu gewährleisten. Dabei blieb offen, wer diese Informationsveranstaltungen und Schulungen nach Ansicht der Expert*innen organisieren sollte und ob sie dies auch als ihre eigene Aufgabe als Beratungsstelle sehen.

Frühzeitige Information unabhängig von konkretem Unterstützungsbedarf

Ein Großteil der Befragten quer durch alle Akteursgruppen benannte das Problem, dass Leistungsberechtige in der konkreten Situation, in der sie Unterstützung benötigen und beantragen wollen, nicht mehr die Zeit haben, sich mit langwierigen Informationsbeschaffungs- und Beantragungsprozessen des Persönlichen Budgets auseinander zu setzen. Als Vorschlag wurde vielfach geäußert, schon an den Schulen über

die Leistungsform zu informieren. Auch die Verbreitung von Informationen in Wohneinrichtungen oder Werkstätten wurde von mehreren Befragten verschiedener Akteursgruppen vorgeschlagen, um Menschen zu einem frühen Zeitpunkt über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets in Kenntnis zu setzen, wenn kein akuter Handlungsdruck besteht.

Persönliche Beratung durch LVR-Fallmanagement ausbauen

Auch die direkte Kommunikation zwischen Fallmanagement und Leistungsberechtigten kann die Nutzung eines Persönlichen Budgets erleichtern. Leistungsberechtigte äußerten vielfach den Wunsch nach einem persönlicheren Kontakt zum LVR-Fallmanagement. Dadurch ließen sich viele Fragen klären, die zu einer schnelleren und unkomplizierteren Bedarfsermittlung und damit einer insgesamt einfacheren Beantragung des Persönlichen Budgets führen könnten. Es wird deutlich, dass die Information bilateral erfolgen und individuell ausgerichtet sein muss, etwa durch Beratung. Der persönliche Austausch mit den potentiellen Budgetnutzer*innen ist nach Ansicht verschiedener Zielgruppen hilfreich, um Zugangsbarrieren zum Persönlichen Budget abzubauen. Auch dies könnte ggf. im Rahmen einer verstärkten Beratung vor Ort realisiert werden. Die Erfahrungen aus einem Projekt des Bezirks Mittelfranken sowie Erfahrungen von LVR-Mitarbeitenden zeigen, dass sich die oftmals zunächst skeptische Haltung der Mitarbeitenden zum Persönlichen Budget häufig veränderte, wenn die Mitarbeitenden bei persönlichen Gesprächen mit Leistungsberechtigten die Gelegenheit hatten, mehr über die Vorteile des Persönlichen Budgets aus erster Hand von den Budgetnutzer*innen selbst zu erfahren.

Schulungen für Nutzer*innen mit Arbeitgeberrolle

Nutzer*innen sprachen sich außerdem für Schulungen für (potenzielle) Nutzer*innen zu den arbeitsrechtlichen oder betriebswirtschaftlichen Faktoren des Persönlichen Budgets aus. Gerade leistungsberechtigte Personen, die das Persönliche Budget im Arbeitgebermodell nutzen und eine 24-Stunden Assistenz in Anspruch nehmen, wünschten sich außerdem vermehrt ein Netzwerk oder einen Pool, über den sie Dienstleister oder Assistenzkräfte finden können.

Hauptansatzpunkt: Bearbeitungsprozess verschlanken

Einer der wichtigsten Ansatzpunkte zur Förderung der Nutzung des Persönlichen Budgets erscheint aufgrund der Aussagen der verschiedenen Akteursgruppen die Beschleunigung und Vereinfachung des Beantragungsprozesses.

Die Nutzer*innen regten wiederholt an, die als kompliziert und aufgebläht empfundene Bedarfsermittlung durch den BEI_NRW zu verschlanken, insbesondere bei Folgeanträgen. Die Fachbereichsleiter 72/73 wiesen darauf hin, dass genau dies derzeit passiere: In einer internen Überarbeitung des BEI_NRW bei Folgebewilligungen wird eruiert, welche Aspekte bei einer Folgebewilligung erforderlich sind und worauf verzichtet werden kann, wenn sich keine Veränderungen zum vorherigen Antrag ergeben haben.

Neben der Bedarfsermittlung bemängeln einige Nutzer*innen den hohen bürokratischen Aufwand durch die wiederholte Anforderung von Basis-Unterlagen, etwa den Nachweis über die Behinderungsform. Auch hier könnte es sinnvoll sein, verwaltungsinterne Abläufe kritisch auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, im Interesse der Aufwandsminimierung auf beiden Seiten – Leistungsberechtigte wie Verwaltung.

Verwaltungsinterne Bündelung von Budget-Expertenwissen und Zuständigkeiten

Die Mitarbeitenden des Dezernats sprechen sich vor allem dafür aus, die Bearbeitungsprozesse innerhalb der Verwaltung zu verändern. So gaben 76 Prozent der Fallmanager*innen und 50 Prozent der Führungskräfte an, dass eine Bündelung der Bearbeitung des persönlichen Budgets bei Expert*innen im Dezernat die Häufigkeit der Nutzung des Persönlichen Budgets steigern würde.

Aus Sicht der Fachbereichsleiter 72/73 wäre hier sowohl eine „kleine Bündelung" von Expertenwissen innerhalb der (Regional-)Abteilungen denkbar als auch eine „große Bündelung von Expertise" in einer eigenen, auf die Bearbeitung von insbesondere trägerübergreifenden Persönlichen Budgets spezialisierten Abteilung. Die Expert*innen aus den Beratungsstellen sehen in einer Bündelung von Kompetenzen und Zuständigkeiten im Dezernat eine Vereinfachung für die Antragsstellenden, da die zuständigen Mitarbeitenden routinierte Spezialist*innen für das Persönliche Budget wären und sehr umfassend beraten könnten.

Arbeitsorganisatorische Verbesserungen

Eine Anlaufstelle für Fragen rund um das Arbeitgebermodell fanden jeweils über 70 Prozent der Fallmanager*innen und der Führungskräfte sinnvoll. Zwei Drittel der befragten Fallmanager*innen waren der Ansicht, dass der erhöhte Verwaltungsaufwand beim Persönlichen Budget in der Zuteilung der Fälle pro Fallmanager*in anerkannt werden sollte. Instrumente zur Unterstützung des Arbeitsprozesses, wie beispielsweise Musterkalkulationen, wünschen sich die Hälfte der Fallmanager*innen und drei von vier Führungskräften.

Auffallend ist, dass die Mitarbeitenden die Frage nach Wegen zu einer höheren Nutzung des Persönlichen Budgets vor allem mit Vorschlägen beantworten, die die Arbeit der Verwaltung erleichtern. Die Vereinfachung der Prozesse für die Leistungsberechtigten wird hingegen lediglich von einer Minderheit als wichtiges Mittel gesehen, um die Nutzung zu steigern. Möglicherweise würde aus Sicht der Mitarbeitenden ein vereinfachter Arbeitsprozess dazu führen, dass sie selbst bzw. die Kolleg*innen die Leistungsberechtigten häufiger und ausführlicher über das Persönliche Budget informieren und beraten.

Möglichkeiten des Teilbudgets ausbauen

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets, die von den Fachbereichsleitern 72/73 genannt wurde, ist die aktive „Bewerbung" von Teilbudgets, um Leistungsberechtigte langsam an die Leistungsform heranzuführen. In diesen Fällen erhalten Leistungsberechtigte neben der Sachleistung – etwa im Bereich des ambulanten Wohnens – ergänzend eine Geldleistung für einen Teilbereich des Unterstützungsbedarfs, etwa im Bereich der Freizeitgestaltung.

6. Fazit und Handlungsempfehlungen

Ausgehend von den Fragestellungen, die dem Befragungsprojekt zur Nutzung des Persönlichen Budgets von Menschen mit Behinderungen im Rheinland zugrunde liegen, hat der Bericht die verschiedenen Perspektiven der Nutzer*innen, Angehörigen und Berater*innen, aber auch der Verwaltung des Dezernates Soziales sowie weniger ausgewählter Leistungserbringer, die Leistungen im Rahmen des Persönlichen Budgets

erbringen, dargestellt und zusammengeführt. Anliegen war es, die Erfahrungen der Menschen darzustellen, die von dieser Leistungsform profitieren, um daraus Schlussfolgerungen für Ansätze zur Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets ableiten zu können. Genauso wichtig ist jedoch die Perspektive der Mitarbeiter*innen des Dezernat Soziales, insbesondere des Fallmanagements, um strukturelle verwaltungsseitige Probleme der Leistungsform erkennen zu können.

Die Autor*innen danken allen Befragten, insbesondere aber auch den Mitarbeiter*innen des Dezernates, für ihre aufrichtigen und teilweise detaillierten Auskünfte. Sie hatten den Mut, auch kritische Einschätzungen und Antworten zu geben, wohl wissend, dass die Förderung des Persönlichen Budgets ein strategisches Dezernats-Ziel ist. Es spricht für die Kultur im Dezernat und das Selbstbewusstsein der Mitarbeitenden, dass sie der Tendenz zu den „sozial erwünschten Antworten", die in Umfragen häufig zu beobachten ist, widerstanden haben und die Dinge benannt haben, wie sie sie sehen. Denn dies ist die Voraussetzung für eine Veränderung und eine Verbesserung der als schwierig wahrgenommenen Aspekte.

Und die gibt es reichlich, auf beiden Seiten, trotz der zumindest aus Sicht der Leistungsberechtigten und Angehörigen unbestrittenen Vorteile. Diese Vorteile für leistungsberechtigte Personen der Eingliederungshilfe lassen sich unter den Begriffen Selbstbestimmung, Selbstwirksamkeit und Teilhabe zusammenfassen. Im klassischen Leistungsdreieck werden durch Verträge zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer viele Eckdaten in der Art und Weise des Leistungsgeschehens und damit im Leben und Alltag der Menschen mit Behinderung determiniert, ohne dass diese großen Einfluss nehmen können. Der Grundgedanke, aus dem klassischen Leistungsdreieck auszubrechen, wird von jenen, die sich für das Persönliche Budget entschieden haben, als ausgesprochen wichtig und wertvoll dargestellt. Die Befragungen der Budgetnutzer*innen haben deutlich gezeigt: Das Persönliche Budget stärkt Menschen mit Behinderungen, gibt ihnen Entscheidungsmöglichkeiten über ihr eigenes Leben und eröffnet Räume für Selbstbestimmung und Teilhabe nach eigenen Vorstellungen. Alle Befragten antworten, mit dem Persönlichen Budget grundsätzlich zufrieden zu sein.

> *„Selbstbestimmung, das ist das A und O für mich. Ich möchte nicht fremdbestimmt werden."* (Frau M.-E., 62 Jahre, körperliche Behinderung)

> *„Man ist super dankbar, dass es so etwas gibt. Und es ist die einzige Form, bei der man halt wirklich selbstbestimmt leben kann, wo der Mensch wirklich sein Leben gestalten kann."* (Frau K., 45 Jahre, körperliche Behinderung)

Gleichzeitig äußern alle Seiten auch viel Kritik, die zwar aus der Perspektive der Leistungsberechtigten bzw. der Verwaltung jeweils unterschiedliche Ausprägungen haben, sich letztlich aber auf die Kernpunkte Probleme bei Beantragung und Bearbeitung sowie die Frage von frühzeitiger Information und individueller Beratung zum Persönlichen Budget zurückführen lassen. Leistungsberechtigte äußerten den Wunsch, vom LVR frühzeitiger und individueller über die Leistungsform informiert zu werden. Die teilweise langen Bearbeitungsdauern erleben sie als lange Phase einer schon fast existenziellen Unsicherheit, die sich psychisch und finanziell belastend auswirkt. Dies kann nach ihrer Einschätzung letztlich dazu führen, dass (potentielle) Budgetnehmer*innen abgeschreckt werden. Auf Seiten der Verwaltung sind es vor allem unklare Verfahrensabläufe, fehlende Kenntnisse und Routinen sowie ein deutlich erhöhter Verwaltungsaufwand, die dazu führen, dass das Persönliche Budget mehrheitlich überwiegend kritisch gesehen wird.

Das Befragungsprojekt über die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets hatte das Ziel, die Rahmenbedingungen zu eruieren, die für die Nutzung des Persönlichen Budgets relevant sind. Kern des Projekts war es demnach herauszufinden, wie sich die Nutzung des Persönlichen Budgets steigern ließe. Dabei ist gleichzeitig wichtig zu betonen, dass es keine feste „Zielmarke" für die Nutzung des Persönlichen Budgets im Dezernat Soziales gibt und geben kann. Das Wahlrecht liegt bei den Menschen mit Behinderung. Das Persönliche Budget ist eine Option für Leistungsberechtigte, von der möglichst alle Kenntnis haben sollten. Ob es einen Mehrwert bietet, muss im Einzelfall die leistungsberechtigte Person selbst für sich entscheiden. Wer zufrieden ist mit der erbrachten Sachleistung, mit der Arbeit des beauftragten Leistungserbringers, sieht vermutlich keinen Änderungsbedarf. Aufgabe des Dezernat Soziales als Träger der Eingliederungshilfe im Rheinland kann es deshalb auch nur sein, Menschen, für die das Persönliche Budget potentiell interessant wäre, zu informieren und zu unterstützen und ihnen so eine echte Wahlmöglichkeit geben.

In diesem Sinne werden hier abschließend die aus Sicht der Autor*innen wichtigsten und potenziell wirksamsten Handlungsvorschläge zusammenfassend dargestellt, die sich aus den Befragungsergebnissen ableiten lassen.

- **Informationsdefiziten entgegenwirken**

Um alle Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets sowie die damit verbundenen Vorteile und Herausforderungen umfassend aufzuklären, erscheint es zentral, dass, neben einer evtl. verstärkten Öffentlichkeitsarbeit insbesondere in der direkten „Kundenbeziehung" zwischen Fallmanagement und Leistungsberechtigtem eine proaktive und individuell passende Information und Beratung erfolgt. Die im heutigen BEI-NRW vorgesehene Frage bzw. Information zur Leistungsform des Persönlichen Budgets scheint die intendierte Wirkung nicht zu erfüllen. Neben der verstärkten Verbreitung von allgemeinen Informationen wurde auch der Wunsch nach konkreten Service-Materialien sowie Hilfestellung deutlich. Schulungen oder Informationsmaterialien zu arbeitsrechtlichen oder betriebswirtschaftlichen Fragestellungen könnten Unsicherheiten auf Seiten der Budgetnutzer*innen beseitigen.

Darüber hinaus sollten Leistungsberechtigte frühzeitig über die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets informiert werden. Hierzu könnten potentiell weitere Akteure der Eingliederungshilfe, wie Werkstätten, besondere Wohnformen oder auch Förderschulen beitragen. Die vom Dezernat Soziales und den KSL gemeinsam getragene Wanderausstellung zur Kampagne „Das Persönliche Budget – mehr als Geld"[7] zur Förderung des Persönlichen Budgets ist ein gutes Beispiel, das erneuert und ausgeweitet werden könnte. Eine frühzeitige allgemeine Information über diese Nutzungsform in einer Situation, in der gar kein Handlungsdruck besteht, bietet die Chance, sich in Ruhe mit diesem Instrument auseinanderzusetzen. Es stärkt Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit der Betroffenen, wenn sie die Entscheidung pro oder contra Persönliches Budget in ihrem eigenen Tempo treffen können.

Auch eine Stärkung der Beratung vor Ort (§106er-Beratung) könnte dazu beitragen, dass Leistungsberechtigte früher und vor Ort Zugang zu Informationen rund um das Persönliche Budget erhielten.

Hilfreich könnte zudem eine proaktive Information durch das Dezernat über den Verzicht auf Einzelnachweise sowie die geplante Umstellung auf eine flächendeckende Entfristung

[7] https://www.ksl-nrw.de/de/wanderausstellung/termine

von Bewilligungen im Persönlichen Budget sein, da beides wiederholt genannte Hemmnisse für die Leistungsberechtigten zumindest deutlich mildern würde.

- **Beantragungsprozesse für Leistungsberechtigte vereinfachen**

Eines der angesprochenen größten Hemmnisse aus Sicht der Leistungsberechtigten sind die langen Bearbeitungsdauern der Budgets. Eine Vereinfachung von insbesondere Folgebeantragungen sowie eine begleitende Verschlankung des BEI_NRW könnten sinnvolle Schritte sein, die im Dezernat Soziales bereits begonnen wurden bzw. angedacht sind. Zudem würde eine Stärkung des persönlichen Kontaktes zwischen LVR-Mitarbeitenden und Leistungsberechtigten, etwa durch Hausbesuche bei der Bedarfsermittlung, gegenseitiges Verständnis fördern und Abläufe vereinfachen. Natürlich bedeutet auch ein für das Fallmanagement reduzierter Verwaltungsaufwand für die Leistungsberechtigten eine Verbesserung, weil damit eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten einhergehen dürfte.

Eine flächendeckende Umsetzung der Entfristung der Bewilligungen beim Persönlichen Budget könnte zudem Unsicherheiten und Belastungen bei den Leistungsberechtigten und Angehörigen mildern, indem sie nicht mehr das finanzielle Risiko tragen müssen für zeitliche Lücken zwischen den Bewilligungszeiträumen.

- **Interne Verwaltungsabläufe optimieren**

Die Bearbeitung von Budgets dauert teilweise um ein Vielfaches länger als bei Sachleistungen und die Berechnung der Höhe der Geldleistung stellt viele Fallmanager*innen vor Herausforderungen. Gleichzeitig machen Budgets oft einen kleinen Teil der zu bearbeitenden Fälle aus. Das führt zu Unsicherheiten durch fehlende Routinen und Kenntnisse. Eine Lösungsmöglichkeit könnte die Bündelung von Expertise sein, die auch bereits in den Fachbereichen 72/73 diskutiert wird. Vorstellbar wären zwei Optionen:

- „Kleine" Bündelung in Regionalabteilungen (für trägerspezifische und einfache Budgets)
- „Große" Bündelung in eigener Abteilung (für trägerübergreifende und komplexe Budgets)

Dem gegenüber steht jedoch die Befürchtung, dass Persönliche Budgets damit zu einem „Sonderfall" werden, für den bestimmte Personen oder Organisationseinheiten zuständig sind, und nicht eine reguläre und übliche Form der Leistungserbringung, über die jede*r Fallmanager*in Bescheid weiß und informieren kann.

Weitere Maßnahmen, um die Bearbeitung Persönlicher Budgets zu erleichtern, könnten interne Informationsmaterialien oder konkretisierte Arbeitshilfen sein, die klarere Vorgaben zur Bearbeitung zu schaffen. Außerdem sollte der bereits angesprochene persönliche Austausch zwischen dem Fallmanagement und den Nutzer*innen des Persönlichen Budgets sowie der persönliche Austausch zwischen dem Fallmanagement und den Beratungsstellen gestärkt werden. Durch eine direktere Kommunikation könnten Hemmungen und Vorbehalte auf allen Seiten abgebaut und die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Zudem könnten die Fallmanager*innen direkt von den betroffenen Personen erfahren, welchen Nutzen die Leistungsberechtigten aus dem Persönlichen Budget ziehen können.

- **Teilbudgets fördern**

Eine weitere Möglichkeit zur Steigerung der Attraktivität des Persönlichen Budgets stellt die verstärkte Information über die Möglichkeit von Teilbudgets dar. Mit diesem Instrument können Leistungsberechtigte diese Leistungsform erproben, während große Teile der Unterstützungsleistung weiterhin durch eine Sachleistung gesichert sind. So könnten die Leistungsberechtigten beispielsweise die benötigte Sachleistung eines BeWo-Dienstes in Anspruch nehmen und dennoch mit dem Persönlichen Budget im Bereich der Freizeit Unterstützungsleistungen von Freund*innen oder Nachbar*innen finanzieren. Der Organisationsaufwand bleibt vergleichsweise gering, da nur ein Teil der Leistung von den Leistungsberechtigten selbst verwaltet und organisiert wird. Bei einem Teilbudget könnten sich Menschen aus einem gesicherten Setting heraus damit auseinandersetzen, ob und in welchem Umfang das Persönliche Budget für sie geeignet wäre. Die im Befragungsprojekt gewonnenen Erkenntnisse deuten außerdem darauf hin, dass das Persönliche Budget Potential hat, zur persönlichen Weiterentwicklung von Menschen mit Behinderungen positiv beitragen zu können. Eine solche kleinschrittige Herangehensweise könnte demnach auch Menschen mit Behinderungen das Budget ermöglichen, die aufgrund der hohen Anforderungen ansonsten faktisch ausgeschlossen bleiben bzw. sich die damit verbundene Verantwortung selbst nicht zutrauen und zumuten möchten.

Diese Schritte könnten einen Beitrag leisten, den gesetzlich vorgegebenen Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget zu einer für viele Menschen mit Behinderungen realisierten echten Wahlmöglichkeit zu machen.

Danke!

Das Projektteam dankt allen Teilnehmenden der Befragungen für die Bereitschaft, an dem Projekt mitzuwirken. Ausdrücklicher Dank gilt hierbei den Budgetnehmer*innen, den Angehörigen sowie den Mitarbeiter*innen und Führungskräften des Landschaftsverbands Rheinland, ohne deren wertvolle persönliche Rückmeldungen und Einschätzungen das Projekt nicht umsetzbar gewesen wäre.

7. Referenzen

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2019). Fragen und Antworten zum Persönlichen Budget. https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/Persoenliches-Budget/Fragen-und-Antworten/faq-persoenliches-budget.html. Zuletzt abgerufen am 17.02.2023.

LVR – Landschaftsverband Rheinland. (2023). Das Persönliche Budget. https://www.lvr.de/de/nav_main/soziales_1/menschenmitbehinderung/antraege_und_verfahren/persoenliches_budget/persoenliches_budget.jsp. Zuletzt abgerufen am 08.02.2023.

LVR – Landschaftsverband Rheinland. (2014). LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt". Köln: Landschaftsverband Rheinland.

LVR – Landschaftsverband Rheinland. (2015). Vorlage Nr. 14/837: Musterzielvereinbarung Persönliches Budget. https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/11E6C9073950A30DC1257EEB003FA9DC/$file/Vorlage14_837.pdf. Zuletzt abgerufen am 08.02.2023.

LVR – Landschaftsverband Rheinland. (2019). Das Persönliche Budget. Ein Schritt zu mehr Selbstbestimmung. Köln: LVR.

LVR – Landschaftsverband Rheinland. (2021). Vorlage Nr. 15/390: Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland. https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/AD350472D00C9365C125873D001CBDB4/$file/Vorlage15_390.pdf. Zuletzt abgerufen am 08.02.2023.

Mayring, Philipp (2010). Qualitative Inhaltsanalyse (11. Aufl.). Weinheim: Beltz.

Rädiker, S; Kuckartz, U. (2019). Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video. Springer VS: Wiesbaden.

Schreier, M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In Forum: Qualitative Sozialforschung, Vol. 15 (1).

Impressum:

Hrsg.: LVR-Dezernat Soziales

Text: Isabel Pflugrad, Milan Jacobi

Redaktion: Martina Krause

Titelfoto: Martin Scherag

Piktogramme: Reinhild Kassing

Stand: April 2023

LVR-Dezernat Soziales

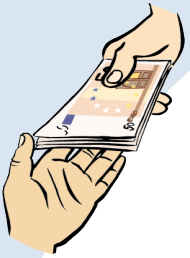
10 interessante Dinge über das Persönliche Budget



In einfacher Sprache

LVR
Qualität für Menschen

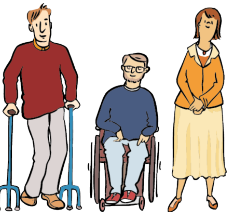
1. Geld statt Sachleistung



Wenn Menschen mit Behinderung Unterstützung brauchen, können sie entscheiden: Möchten sie die Unterstützung von einem Dienst? Zum Beispiel beim Haushalt oder in der Freizeit. Dann bezahlt der LVR den Dienst. Das nennt man „Sachleistung“. Menschen mit Behinderung können aber auch direkt das Geld für die Unterstützung vom LVR bekommen. Dann kauft sich der Mensch mit Behinderung die Unterstützung selbst ein. Man nennt das: Geldleistung. Oder: Persönliches Budget.

2. Für alle Menschen mit Behinderung

Alle Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf ein Persönliches Budget. Egal ob sie eine körperliche, psychische oder geistige Behinderung haben.

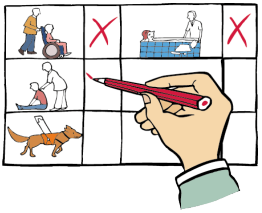


3. Sie entscheiden, wer für Sie arbeitet!

Menschen mit Behinderung können dann selbst entscheiden, wer die Unterstützung geben soll. Sie können dann die Assistenzkraft selbst einstellen. Das kann manchmal auch ein Freund oder eine Freundin sein.



4. Mehr Selbstbestimmung



Mit dem Persönlichen Budget können Menschen mit Behinderung mehr selbst bestimmen. Zum Beispiel: Wer für sie arbeitet. Aber auch, wann die Unterstützung stattfinden soll. Sie entscheiden über ihren Tagesablauf.

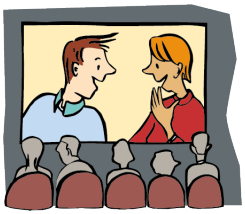
5. Mehr Verantwortung

Mit dem Persönlichen Budget kann man viel mehr über sein eigenes Leben bestimmen. Es ist aber auch mehr Arbeit. Denn man muss sich dann um vieles selbst kümmern. Sachen, um die sich sonst der Dienst kümmert. Zum Beispiel: Assistenzkräfte zu finden.



6. Teilbudget

Wenn einem das Persönliche Budget zu aufwendig ist, kann man auch ein Teilbudget beantragen. Dann bekommt man nur einen Teil der Leistungen, die man braucht, als Persönliches Budget. Zum Beispiel nur für die Unterstützung in der Freizeit. Dann gibt es nicht so viel Geld und man muss sich auch nicht um so vieles kümmern.



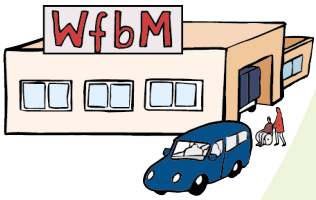
7. Trägerübergreifendes Budget



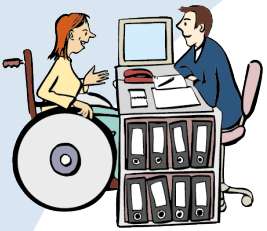
Manchmal bekommen Menschen mit Behinderung Unterstützung von mehreren Stellen, zum Beispiel vom LVR und von der Krankenkasse und der Pflegekasse. Beim „Trägerübergreifenden Budget“ bekommen Menschen mit Behinderung den gesamten Geldbetrag nur von einer Stelle. Zum Beispiel dem LVR.

8. Werkstatt-Angebote einkaufen

Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstatt arbeiten, können auch das Persönliche Budget beantragen. Sie können mit dem Persönlichen Budget einzelne Angebote der Werkstatt in Anspruch nehmen. Zum Beispiel Fortbildungen. Aber sie können damit auch Angebote bei anderen Anbietern einkaufen, die etwas mit dem Thema Arbeit zu tun haben. Zum Beispiel: Hilfe, um auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten zu können.



9. So viel Unterstützung, wie Sie brauchen



Zusammen mit dem Menschen mit Behinderung schauen die Leute vom LVR: Was braucht die Person mit Behinderung? Welche Unterstützung? Wie oft und wie lange? Muss die Unterstützung von einer Fachkraft gegeben werden? Dann wird ausgerechnet, was das kostet. Und dieses Geld bekommt der Mensch mit Behinderung. Das Persönliche Budget darf aber nicht mehr kosten als die Sachleistung, wenn ein Dienst die Unterstützung macht. Und der Mensch mit Behinderung muss unterschreiben: Er gibt das Geld vom LVR nur für die Unterstützung aus, die er braucht.

10. Zurück zur Sachleistung?

Wenn es nicht klappt mit dem Persönlichen Budget, kann man es wieder beenden. Und wieder die Sachleistung vom Dienst bekommen. Wenn es gut klappt, schauen die Leute vom LVR nach 2 Jahren zusammen mit der Person mit Behinderung: Was hat sich geändert? Braucht es mehr Unterstützung, oder weniger? Oder andere?



Mehr Infos und Beratung



Mehr Informationen zum Persönlichen Budget finden Sie auf soziales.lvr.de.

Scannen und bestellen

Unsere Broschüren „Das Persönliche Budget“ und „Werkstatt-Angebote als Persönliches Budget“ können Sie über soziales.lvr.de bestellen.



Sie wünschen sich einen direkten Kontakt zum LVR? Oder wollen das Persönliche Budget beantragen? Dann hilft Ihnen gerne Ihre Fallmanagerin oder Ihr Fallmanager vom LVR weiter. Sie finden diese in der Ansprechpersonensuche des LVR-Beratungskompass.



Unter beratungskompass.lvr.de finden Sie zudem auch weitere Beratungsangebote wie die KoKoBe, die KSL oder die EUTB in Ihrer Nähe.

Impressum
Redaktion: Martina Krause und Jill Wagner
Layout: Jill Wagner
Bilder: Martin Scherag/LVR, Reinhild Kassing
Druck: LVR-Druckerei; Inklusionsabteilung, Tel 0221 809-2418

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1784

öffentlich

Datum: 21.08.2023
Dienststelle: OE 7
Bearbeitung: Schulzen

Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung

Kenntnisnahme:

Der Bericht der Verwaltung zu Antrag Nr. 14/297 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1784 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Zusammenfassung

Die Landschaftsversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.12.2019 mit Beschluss über den Antrag 14/297 (Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung) die Verwaltung beauftragt, im Hinblick auf die individuelle Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderungen darzustellen, welche konkreten Zuständigkeiten (z. B. Rehaträger, Eingliederungshilfe) bestehen und welche Verfahrenswege einzuhalten sind.

Die Erstellung der gewünschten Übersicht sollte im Rahmen eines Traineeprojektes umgesetzt werden, welches jedoch aufgrund unterschiedlicher Priorisierungen in der Themensetzung von Trainee-Projekten bisher nicht zustande kam. Aus diesem Grund hat die Verwaltung entschieden, die grundlegende Thematik der Hilfsmittelversorgung, auch aufgrund der mittlerweile weiterentwickelten Rahmenbedingungen im Sinne einer zielführenden Versorgung der Menschen mit Behinderung, selbst neu zu bewerten.

Damit der Mensch mit Behinderung das für sich individuell erforderliche Hilfsmittel finden und am besten bereits vor Beantragung der Leistung eine eigene Einschätzung vornehmen kann, bei welchem Leistungsträger der Antrag zu stellen wäre, hat REHADAT, ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e. V., in den letzten Jahren einen digitalen Hilfsmittelfinder veröffentlicht:

https://www.hilfsmittelfinder.de/

Die Verwaltung prüft derzeit eine Einbettung umfassender Informationen zur Hilfsmittelversorgung im LVR-Beratungskompass.

Diese Vorlage berührt insbesondere folgende Zielrichtungen des Aktionsplans zur Umsetzung der BRK:
Z1 „Die Partizipation von Menschen mit Behinderung im LVR ausgestalten“ und Z2 „Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln“.

Bericht zur Vorlage Nr. 15/1784:

Die Landschaftsversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.12.2019 mit Beschluss über den Antrag 14/297 die Verwaltung beauftragt, im Hinblick auf die individuelle Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderungen darzustellen, welche konkreten Zuständigkeiten (z. B. Rehaträger, Eingliederungshilfe) bestehen und welche Verfahrenswege einzuhalten sind.

Die Erstellung der gewünschten Übersicht sollte im Rahmen eines Traineeprojektes umgesetzt werden, welches jedoch aufgrund unterschiedlicher Priorisierungen in der Themensetzung von Trainee-Projekten bisher nicht zustande kam. Aus diesem Grund hat die Verwaltung entschieden, die grundlegende Thematik der Hilfsmittelversorgung, auch aufgrund der mittlerweile weiterentwickelten Rahmenbedingungen im Sinne einer zielführenden Versorgung der Menschen mit Behinderung, selbst neu zu bewerten.

Der Begriff sowie der Leistungskatalog der sog. Hilfsmittel ist weit gefasst. Im Bereich der Hilfsmittelversorgung von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Eingliederungshilfe ist insbesondere § 84 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) einschlägig anzuwenden:

> *„Die Leistungen umfassen Hilfsmittel, die erforderlich sind, um eine durch die Behinderung bestehende Einschränkung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auszugleichen. Hierzu gehören insbesondere barrierefreie Computer."*

§ 84 SGB IX entspricht laut Gesetzesbegründung dem vorherigen § 55 Abs. 2 SGB IX. Der Wortlaut des § 84 SGB IX stellt nunmehr klar, dass ausschließlich Hilfsmittel erfasst sind, die zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erforderlich sind. Für eine bedarfsgerechte und individuelle Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderung ist unter Berücksichtigung des Nachranggrundsatzes in jedem Einzelfall eine Abgrenzung zu anderen Leistungsträgern vorzunehmen.

Eine Abgrenzung der Hilfsmittel der Sozialen Teilhabe erfolgt grundsätzlich von denen der Pflege (sog. Pflegehilfsmittel) und den medizinischen Hilfsmitteln, wobei die Hilfsmittelversorgung noch weitreichender ist. Unabhängig davon, dass im Rahmen der Prüfung nach dem SGB IX ggf. die Kranken- und Pflegekassen für eine Abgrenzung mit einzubeziehen sind, kann es aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten des LVR als Träger der Eingliederungshilfe und überörtlichem Träger der Sozialhilfe dazu führen, dass innerhalb der eigenen Zuständigkeit eine Abgrenzung erforderlich ist. Dies ist beispielsweise bei den Pflegehilfsmitteln nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) der Fall, wenn die Leistungsberechtigten bereits laufend Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen (§ 103 Abs. 2 SGB IX).

Zum 01.01.2020 ist die dritte Stufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft getreten. Gleichzeitig erfolgte eine Neuregelung für die Zuständigkeiten des Landschaftsverbandes Rheinland als Träger der Eingliederungshilfe und überörtlichem Träger der Sozialhilfe. In Folge des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB IX NRW) und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) - Sozialhilfe - für das Land Nordrhein-Westfalen

(AG-SGB XII NRW) wurde im Rahmen der Neuorganisation des Dezernates 7 zum 01.07.2019 (vgl. Vorlage Nr. 14/3154) unter anderem die Abteilung 74.10 im Fachbereich 74 zur Sicherstellung der Leistungen der Hilfe zur Pflege als überörtlicher Sozialhilfeträger implementiert. Ganz im Sinne „Hilfen aus einer Hand" arbeiten die Bereiche der Eingliederungshilfe und die Abteilung 74.10 Hilfe zur Pflege dahingehend zusammen, dass eine Hilfsmittelversorgung zielführend erfolgen kann. Wenn bspw. die Eingliederungshilfe feststellt, dass die Voraussetzungen nach dem SGB IX nicht erfüllt, aber Hinweise gegeben sind, dass das beantragte Hilfsmittel in den Bereich der Pflege fallen könnte, erfolgt eine unmittelbare Einbindung des zuständigen Bereichs. Durch die strukturelle Nähe der beiden Bereiche ist eine kurzfristige Unterstützung in der Beratung aber auch in der Bedarfsprüfung möglich.

Damit der Mensch mit Behinderung das für sich individuell erforderliche Hilfsmittel finden und am besten bereits vor Beantragung der Leistung eine eigene Einschätzung vornehmen kann, bei welchem Leistungsträger der Antrag zu stellen wäre, hat REHADAT, ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e. V., in den letzten Jahren einen digitalen Hilfsmittelfinder veröffentlicht:

https://www.hilfsmittelfinder.de/

Zusätzliche allgemeine Informationen zum Thema Hilfsmittel können hier gefunden werden:

https://www.rehadat-hilfsmittel.de/de/

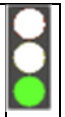
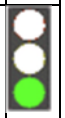
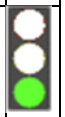
Durch die neuen externen Angebote zur Hilfsmittelversorgung ist die vorhandene Informationsstruktur neu zu beurteilen. Auch unter diesem Gesichtspunkt bewertet das Dezernat 7 aktuell aufgrund dieser strukturellen Änderungen die internen Verwaltungsprozesse neu. Dem zuständigen Rehabilitationsträger kommt mit dem Gesamt- und Teilhabeplanverfahren eine bedeutsame Rolle im Rahmen der personenzentrierten Hilfsmittelversorgung zu. Der eigene Anspruch ist es, die Differenzierung in der Hilfsmittelversorgung zielführend im eingeführten Beratungskompass des LVR einzubetten. Die Verwaltung versucht daher weiterhin, die Erarbeitung dieses wichtigen Themas durch ein Trainee-Projekt durchführen zu lassen. Parallel werden nunmehr zusätzlich interne Ressourcen aufgebaut, die eine davon unabhängige Bearbeitung der Bereitstellung von Informationen zur Hilfsmittelversorgung durch den LVR im Beratungskompass sicherstellen werden.

Es wird um entsprechende Kenntnisnahme gebeten.

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I

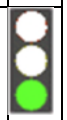
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
15/589	Verlängerung des Forschungsvorhabens Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland - Zugänge, Gestaltung und Verbleib -	Schul / 08.11.2021 **Soz / 09.11.2021** Inklusion / 02.12.2021	53	Die Verlängerung des Forschungsvorhabens Inklusive berufliche (Aus-) Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland-Zugänge, Gestaltung und Verbleib um 12 Monate (1.1.2024-31.12.2024) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wird beschlossen.	31.12.2024	Die Bescheiderteilung erfolgte am 06.12.2021, das Forschungsvorhaben wurde verlängert.	
15/102 CDU, SPD	Erprobung "Keukentafelgesprek"	**Soz / 25.04.2023**	72	Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob das aus den Niederlanden bekannte "Keukentafelgesprek" in die beim LVR durchzuführende Bedarfsermittlung und Gesamtplanung bei Zustimmung der Leistungsberechtigten implementiert werden kann. Dabei soll auch geprüft werden, ob das sog. Peer Counseling einbezogen werden kann. Es wird vorgeschlagen, das "Keukentafelgesprek" in Modellregionen, etwa denjenigen zum SEIB 106+ Projekt oder zum inklusiven Sozialraum, zu erproben.	31.12.2025	In 2025 wird darüber berichtet.	
15/79 SPD, CDU	Errichtung eines Inklusionsbetriebes in der Abtei Brauweiler	Inklusion / 01.12.2022 Fi / 02.12.2022 **LA / 07.12.2022** Soz / 17.01.2023 Ku / 23.01.2023	9	Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die geplante Gastronomie in der Abtei Brauweiler die Errichtung eines Inklusionsbetriebes entweder in Regie der Abteiverwaltung, eines gemeinnützigen Trägers, oder eines privaten Betreibers möglich ist. Die dafür notwendigen Aktivitäten sollen unverzüglich in die Wege geleitet werden, damit - wie geplant - zur 1000-Jahr-Feier im Jahr 2024 eine funktionierende, nach außen geöffnete und von außen zugängliche Gastronomie vor Ort ist.	31.12.2024	Die Verwaltung befindet sich noch in der Prüfung, ob die geplante Gastronomie in der Abtei Brauweiler durch die Einrichtung eines Inklusionsbetriebes entweder in Regie der Abteiverwaltung, eines gemeinnützigen Trägers oder eines privaten Betreibers möglich ist. Der Einsatz mobiler und variabler gastronomischer Angebote wurde im Jahr 2023 erfolgreich erprobt, sodass die Bereitstellung von sogenannten Food-Trucks im Jubiläumsjahr 2024 möglich sein wird. Mit dieser temporären Lösung, die bei ausgewählten Veranstaltungen des Jubiläumsprogramms zum Einsatz kommt, besteht 2024 eine Alternative zu einem fest installierten gastronomischen Angebot. So kann Besuchenden eine funktionierende, nach außen geöffnete und von außen	

Selektionskriterien:
alle offenen Beschlüsse

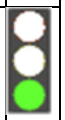
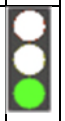
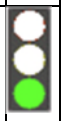
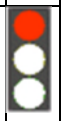
Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Insbesondere der bislang geplante Außenbereich (Biergarten, Zelt) sollte bereits im Sommer 2023 seinen Betrieb vorab aufnehmen.		zugängliche Gastronomie vor Ort angeboten werden.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	3	5.1) 5. Handlungsschwerpunkt V; Wohnen - Weiterentwicklung der "Bauen für Menschen GmbH" 5.1 Mit der "Bauen für Menschen (BfM) weitere Projekte umsetzen (480-507)	31.12.2023	Hinsichtlich der Verbesserung von arbeitsplatznahen Wohnraumangeboten zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität hat die Gesellschafterversammlung der BfM einen Beschluss zur Erweiterung der Belegungsrechte für Mitarbeitende des LVR gefasst, nach dem zunächst 15 % des Wohnraums in den neu entstehenden Quartieren mit zusätzlichen Belegungsrechten versehen werden. Mit Vorlage 15/1208 hat die Verwaltung u.a. den Landschaftsausschuss über diese Maßnahmen informiert. Bei dem inklusiven Wohnprojekt der Bauen für Menschen GmbH in Bonn-Castell befindet sich der zweite Bauabschnitt in der baulichen Umsetzung. Für das Donatus-Projekt in Pulheim wird bei positivem Verlauf des laufenden Planungs- und Baugenehmigungsverfahrens von einem Baubeginn Anfang 2024 ausgegangen. Weitere inklusive Projekte sind in der vorbereitenden Prüfung. Neben dem Projekt "Düxer Quartier" in Köln-Deutz werden dabei auch die Möglichkeiten für ein Projekt auf dem Teilgelände der LVR-Klinik in Köln Merheim untersucht. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RST hat in der Sitzung der Gesellschafterversammlung am 22.09.2022 die Ergebnisse der integrierten Planungsrechnung vorgestellt, aus denen sich u.a. der voraussichtliche Finanzierungsbedarf für die Gesellschaft bei Durchführung der geplanten Projekte ergibt. Als Finanzierungsmöglichkeit ist die Aufstockung des Darlehensrahmenvertrages durch den Gesellschafter LVR geplant. Die Verwaltung wird hierzu in der Sitzung des Landschaftsausschusses am 29.09.2023 eine Beschlussfassung zur Aufstockung des Darlehensrahmenvertrages auf 70 Mio. EUR vorlegen.	

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

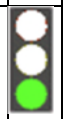
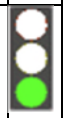
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	74	7.1) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.1 Beratungsangebote der KoKoBes qualifizieren/Beratung vor Ort gemäß § 106 SGB IX aubauen/Peer-Beratung als Regelangebot mit entsprechendem Berufsbild implementieren (588-606)	31.12.2023	Eine Vorlage zur Weiterentwicklung und Qualifizierung/Berufsbildentwicklung der Peer-Beratung bei der KoKoBe befindet sich in Vorbereitung. Diese ist für den ersten Sozialausschuss 2024 vorgesehen.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Schul / 08.11.2021 Soz / 09.11.2021 GA / 19.11.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	8	7.4) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.4 Traumaambulanzen (629-633)	31.12.2023	Die Angebote in den Traumaambulanzen für Geflüchtete, insbesondere mit Beeinträchtigungen, werden ausgebaut/verstetigt. Eine Initiative zur Kostenübernahme hierfür durch den Bund wurde initiiert.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Ju / 25.11.2021 DiMA / 08.12.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	72	7.5) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.5 Digitalisierungshilfen für Leistungsempfänger (635-644)	31.12.2023	Mit dem Programm „Zugänge erhalten – Digitalisierung stärken" hat die Stiftung Wohlfahrtspflege im Jahr 2021 ein Finanzierungsprogramm aufgelegt, mit dem die digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gefördert werden kann. Die Mittel können dazu verwendet werden, digitale Infrastruktur aufzubauen. Derzeit werden die vorhandenen Angebote gesichtet und daraufhin geprüft, welche Lücken bestehen, um die im Haushaltsbegleitbeschluss genannten Ziele zu erreichen, insbesondere Assistenzbedarfe zu eruieren. Es wird in 2023 berichtet.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Bau- und VA / 22.11.2021 Inklusion / 02.12.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	7	7.6) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.6 Verstärkung der inklusiven Teilhabe und Wohnformen im Sozialraum und Schaffung inklusiven Wohnraumes/Interkommunale Zusammenarbeit (646-670)	31.12.2022	Die Kooperationsvereinbarungen sollten bis 31.12.2022 in allen Mitgliedskörperschaften abgeschlossen sein. Dadurch ist dann auch die Grundlage für die Arbeit der Steuerungs- und Planungsgremien vor Ort geschaffen. Zehn Vereinbarungen sind bereits abgeschlossen, in acht weiteren Fällen steht der Abschluss unmittelbar bevor und	

Selektionskriterien:
alle offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

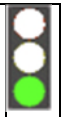
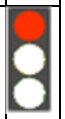
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
						in den übrigen Fällen dauern die Verhandlungen noch an. Es wird im 2. HJ 2023 erneut berichtet.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Inklusion / 02.12.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	72	7.8) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.8 Sport als Bindeglied von Teilhabe und Inklusion (672-690)	31.12.2023	Das Angebot an Teilhabe durch Sport ist im Rheinland sehr unübersichtlich, weil die Teilhabe oft durch ehrenamtliches Engagement ohne Einbindung des EGH-Trägers erfolgt. Derzeit wird die Kooperationsmöglichkeit mit einem Leistungserbringer der Eingliederungshilfe geprüft, der sich auf die Realisierung von Teilhabe durch Sport spezialisieren möchte, sowohl durch eigene inklusive Sportangebote, als auch durch die assistierende Begleitung von Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe in andere Sportangebote in dieser Mitgliedskörperschaft. Es wurde ein Fachgespräch mit dem Institut FIBS (Forschungsinstitut für Inklusion durch Behinderung und Sport) der Gold-Kraemer-Stiftung durchgeführt. Außerdem ist ein zweites Expertengespräch mit dem Deutschen Olympischen Sportbund angefragt. Zielrichtung der Fachgespräche ist es, die Handlungsbedarfe aus Sicht der Gesprächsteilnehmer zu identifizieren. In 2023 wird dazu berichtet.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Soz / 09.11.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	72	7.9) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.9 Kurzzeitwohnen (692-708)	31.12.2023	Mit einzelnen Leistungserbringern wurde diese Thematik bereits erörtert. Derzeit wird analysiert, wie die tatsächliche Bedarfslage aussieht und daraus soll abgeleitet werden, wie der gewünschte Ausbau zielgenau erfolgen kann. Das Fachgespräch mit einem leistungsträgerübergreifenden Qualitätszirkel ist für November 2023 terminiert; im ersten Halbjahr 2024 kann dann berichtet werden. s. auch Vorlage Nr. 14/3360	

Selektionskriterien:
alle offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

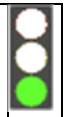
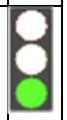
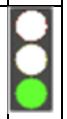
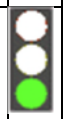
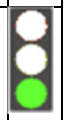
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/4172	Modell "Menschen im Arbeitsleben nach erworbener Hirnschädigung"	Schul / 24.08.2020 **Soz / 25.08.2020**	53	2) Darüber hinaus wird im Rahmen einer weiteren 3-jährigen Modellphase das Instrument der Co-Beratung mit zwei jeweils 50%igen Teilzeitstellen weiter ausgebaut und evaluiert.	31.12.2023	Die zusätzlichen Stellen sind eingerichtet. Die Modellphase ist gestartet.	
14/3360	Kurzzeitwohnen: Datenbericht und weiterer Ausbau der Plätze für Kinder und Jugendliche sowie erwachsende Menschen mit Behinderung	HPH / 18.06.2019 Ju / 19.06.2019 Soz / 25.06.2019 Fi / 03.07.2019 Inklusion / 04.07.2019 **LA / 05.07.2019**	72	"Der Ausweitung der Leistung „Kurzzeitwohnen" um maximal 20 Plätze (davon 15 Plätze für erwachsene Menschen mit Behinderung sowie 5 Plätze für Kinder und Jugendliche mit Behinderung) wird gemäß Vorlage Nr. 14/3360 zugestimmt."	31.12.2021	Die Corona-Pandemie hat die insgesamt gute Entwicklung verlangsamt. Das in den letzten Jahren ausgebaute Angebot zum Kurzzeitwohnen für Kinder und Jugendliche im Rheinland wird zunehmend stärker genutzt, so dass die Inanspruchnahme außer-rheinischer Plätze sinkt. Der Leistungserbringer RBV Düren hatte 2019 ein Konzept zur Realisierung von fünf weiteren Plätzen für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Eine Konzeptüberarbeitung, die Dez. 7 erbeten hat, steht weiterhin aus. Die Baumaßnahmen für fünf Plätze Kurzzeitwohnen für erwachsene Menschen mit Behinderungen im Rheinland durch den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen in Duisburg wurden im 1. Quartal 2022 abgeschlossen, so dass das Angebot starten konnte. Die Angebotsentwicklung des Kurzzeitwohnens für erwachsene Menschen mit Behinderung stagniert darüber hinaus aktuell. Mit einzelnen Leistungserbringern wurde diese Thematik bereits erörtert. Derzeit wird analysiert, wie die tatsächliche Bedarfslage aussieht und daraus soll abgeleitet werden, wie der gewünschte Ausbau zielgenau erfolgen kann. Das Fachgespräch mit einem leistungsträgerübergreifenden Qualitätszirkel ist für November 2023 terminiert; im ersten Halbjahr 2024 kann dann berichtet werden. s. auch 15/37, 7.9	

Selektionskriterien:
alle offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

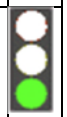
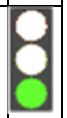
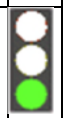
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
15/1492	Finanzielle Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben- Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen	**Soz / 28.02.2023**	73	Der Förderung eines Werkstattprojektes mit einem Mietkostenzuschuss in Höhe von 453.600,00 € wird gemäß Vorlage Nr. 15/1492 zugestimmt.	06.03.2023	Der Bewilligungsbescheid wurde am 06.03.2023 erteilt.	
15/1418	Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff SGB IX	Schul / 16.01.2023 **Soz / 17.01.2023**	53	Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX wie in der Vorlage Nr. 15/1418 dargestellt.	09.02.2023	Die Bewilligungsbescheide wurden am 06.02.23 bzw. 09.02.23 erteilt.	
15/1414/1	Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses	**Soz / 28.02.2023** Ju / 16.03.2023	21	1. Dem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023 im Produktbereich 05 für die Produktgruppen des Dezernates 7 PG 017 einschließlich Veränderungsnachweis und PG 087 und des Dezernates 4 PG 074 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1414/1 zugestimmt. 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Finanzplanung dem Beschluss entsprechend anzupassen.	31.03.2023	Der Beschluss des Sozialausschusses wurde im Rahmen der Beschlussfassung der Landschaftsversammlung am 31.03.2023 zum LVR-Gesamtnachtragshaushalt für die Haushaltsjahre 2023 ff. (Vorlage Nr. 15/1584/1) berücksichtigt.	
15/1394	Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)" ab dem Jahr 2023	Soz / 17.01.2023 GA / 03.02.2023 Inklusion / 09.02.2023 Fi / 10.02.2023 **LA / 14.02.2023**	7	1. Dem weiteren Ausbau der Peer-Beratung bei den KoKoBe im gesamten Rheinland bis Ende 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt. 2. Den Fördergrundsätzen für die Peer-Beratung bei den KoKoBe wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt.	30.06.2023	1. Der weitere Ausbau der Peer-Beratung erfolgt. Bereits 3 KoKoBe-Trägerverbünde ein Förderbescheid für 2023 erhalten: Kreis Mettmann, Kreis Euskirchen, Stadt Essen. Mit den KoKoBe-Standorten in Oberhausen und Leverkusen finden aktuell Gespräche statt. 2. Die neuen Fördergrundsätze wurden den Förderbescheiden für 2023 zugrunde gelegt.	
15/1387	Weiterentwicklung der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)	Soz / 17.01.2023 Ju / 26.01.2023 Fi / 10.02.2023 **LA / 14.02.2023**	7	1. Der Rahmenkonzeption zur Weiterentwicklung der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen unter Berücksichtigung der LVR-Beratung vor Ort sowie der Peer-Beratung bei der KoKoBe im Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.	30.06.2023	Zur Etablierung der KoKoBe-Verbundkooperation sowie der regionalisierten Zielvereinbarungen werden Gespräche mit KoKoBe-Trägerverbünden geführt, um im 2. Halbjahr KoKoBe-Verbund-Koordination umzusetzen und Zielvereinbarungen abzuschließen. Termine mit folgenden Trägerverbünden und Regionalabteilungen wurden vereinbart:	

Selektionskriterien:
alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 12.12.2022

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

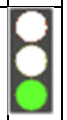
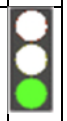
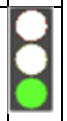
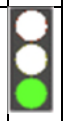
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				2. Den Standards für die Arbeit der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt. 3. Den überarbeiteten Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung von Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderung (Stand 2023) wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt. 4. Der Umsetzung der Weiterentwicklung durch Etablierung von KoKoBe-Verbund-Koordinator*innen und dem Abschluss von Zielvereinbarungen in allen Gebietskörperschaften bis Ende 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1387 zugestimmt.		Stadt Köln, StädteRegion Aachen, Stadt Bonn/Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Erft-Kreis. Die Terminplanung mit folgenden KoKoBe-Verbünden und Regionalabteilungen läuft: Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Stadt Essen, Stadt Duisburg.	
15/1239	Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) an die Kreise, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte und den Gemeindeverband StädteRegion Aachen im Rheinland für das Haushaltsjahr 2023	Schul / 07.11.2022 Soz / 08.11.2022 Fi / 02.12.2022 LA / 07.12.2022 **LVers / 09.12.2022**	53	Die Ausgleichsabgabesatzung wird gemäß Anlage 1 zur Vorlage Nr. 15/1239 einschließlich der noch vorzunehmenden redaktionellen Anpassungen beschlossen.	12.12.2022	Die Satzung wurde am 12.12.2022 veröffentlicht.	
15/1224	Studien- und Informationsreise des Sozialausschusses in die Niederlande	Soz / 08.11.2022 ÄR / 07.12.2022 **LA / 07.12.2022**	7	Der Studien- und Informationsreise des Sozialausschusses im Frühjahr 2023 in die Niederlande wird gemäß Vorlage Nr. 15/1224 zugestimmt.	01.03.2023	Die Informationsreise hat vom 01.-03.03.2023 stattgefunden.	
15/1223	Finanzielle Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben- Förderung von	**Soz / 08.11.2022** Inklusion / 01.12.2022	72	Der Verlängerung der Förderung für zwei Werkstattprojekte mit Mietkostenzuschüssen in Höhe von insgesamt 750.240,- € wird gemäß Vorlage Nr. 15/1223 zugestimmt.	31.03.2023	Die Bewilligungsbescheide wurden erstellt.	

Selektionskriterien:
alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 12.12.2022

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

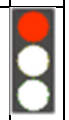
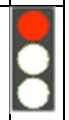
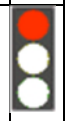
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
	Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)						
15/1126	Schauspielausbildung für WfbM-Beschäftigte mit geistiger Behinderung Modellprojekt der Schauspielschule Der Keller in Köln	**Soz / 23.08.2022**	73	Die Finanzierung eines neu einzurichtenden Ausbildungsganges für Menschen mit geistiger Behinderung an der Schauspielschule des Kölner Theaters 'Der Keller' aus Mitteln der Eingliederungshilfe und des LVR-Inklusionsamtes wird gemäß Vorlage Nr. 15/1126 beschlossen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen eines zunächst auf fünf Jahre befristeten Modellprojektes in Höhe von 20.000 € in 2023, 52.000 € in 2024 und je 64.000 € in den Jahren 2025-2027 (insgesamt 264.000 €).	31.10.2023	Im Frühjahr 2023 hat nach einem entsprechenden Aufruf durch den LVR an die rheinischen WfbM die Schauspielschule ein Casting durchgeführt. Es wurden insgesamt 4 Schüler:innen (2 m/2 w) ausgewählt. Der Ausbildungsgang startet nach den Sommerferien 2023, die Teilnehmer werden entsprechend des Beschlusses gefördert.	
15/1113	Finanzielle Leistungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben - Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)	**Soz / 23.08.2022**	73	Der Verlängerung der Förderung eines Werkstattprojektes sowie der Förderung eines neuen Werkstattprojektes mit Mietkostenzuschüssen in Höhe von insgesamt 529.200,00 € werden gemäß Vorlage Nr. 15/1113 zugestimmt.	30.06.2023	Alle Bewilligungsbescheide wurden nunmehr versandt.	
15/921	Forschungsvorhaben zu § 185a SGB IX	Schul / 02.05.2022 **Soz / 03.05.2022**	53	Der Sozialausschuss beschließt die Bewilligung eines Forschungsvorhabens zu § 185a SGB IX ab dem 01.01.2023 zunächst für zwei Jahre in Höhe von 300.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.	31.12.2022	Der Zuschlag für die Durchführung des Forschungsprojektes wird im Dezember 2022 erteilt. Das Projekt kann somit, wie geplant, Anfang 2023 starten.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Schul / 08.11.2021 Soz / 09.11.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	73	7.2) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.2 Betriebsintegrierte Arbeitsplätze ausbauen (608-617)	31.12.2023	1. Über die Leistungsdokumentation/den Zielvereinbarungsprozess mit den rheinischen WfbM (Auswertungsjahr 2022) ist im Juli 2023 eine rheinlandweite Übersicht über die Verteilung der betriebsintegrierten Arbeitsplätze erarbeitet worden. 2. s. auch Vorlage 15/1126. Im Übrigen wird für die Sitzung zum 05.09.2023 eine Übersicht über	

Selektionskriterien:
alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 12.12.2022

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

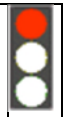
Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
						die Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben vorgelegt.	
15/37 CDU, SPD	Haushalt 2022/2023 Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2022/2023	Schul / 08.11.2021 Soz / 09.11.2021 HPH / 12.11.2021 GA / 19.11.2021 Ju / 25.11.2021 Inklusion / 02.12.2021 PA / 06.12.2021 Fi / 09.12.2021 LA / 14.12.2021	0	7.3) 7. Handlungsschwerpunkt VII; Soziales und Inklusion 7.3 Menschenrechte/Diversität/Gewaltschutz und Schutz von Menschen mit Behinderung mit hohem Unterstützungsbedarf sowie besonderen Lebenslagen (619-627)	01.12.2022	Im September 2021 hat der LVR erstmals ein verbandsweit übergreifend geltendes Grundsatzpapier „Gewaltschutz im LVR" vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 15/300). Der erste Monitoring-Bericht zum Umsetzungsstand erfolgte gemäß Vorlage Nr. 15/1044 vom 09.03.2023.	
14/2893	Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) unter Berücksichtigung von Peer Counseling	GA / 07.09.2018 Soz / 11.09.2018 Ju / 13.09.2018 HPH / 14.09.2018 Inklusion / 20.09.2018 PA / 24.09.2018 Fi / 26.09.2018 **LA / 01.10.2018**	74	3) "3. Für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit Behinderungen wird das Modell der kooperativen Bedarfsermittlung mit Mitarbeitenden der Leistungsanbieter/Freien Wohlfahrtspflege weiterentwickelt, so dass die Bedarfserhebung bei Erstanträgen mittelfristig und bei ausreichenden Personalressourcen durch Mitarbeitende des LVR erfolgt. Die Bedarfserhebung bei Folgeanträgen wird weiterhin durch die Leistungsanbieter durchgeführt."	31.12.2020	In den Pilot-Regionen des SEIB-Projektes wurden erste Erfahrungen mit der Übernahme der Erst-Bedarfserhebung durch das FM gesammelt. Die Erkenntnisse der Pilotregionen wurden ausgewertet und dazu genutzt, sukzessive die Erstbedarfserhebung durch das FM im ganzen Rheinland umzusetzen. U.a. sind weitere spezifische Qualifizierungsmaßnahmen für das FM geplant, zudem wird das Bedarfsermittlungsinstrument BEI_NRW optimiert und verschlankt. Das SEIB-Projekt ist abgeschlossen, s. Vorlage Nr. 15/1388.	
14/297 SPD, CDU	Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung Haushalt 2020/2021	Schul / 11.11.2019 Soz / 12.11.2019 Inklusion / 28.11.2019 Fi / 03.12.2019 LA / 09.12.2019 **LVers / 16.12.2019**	72	Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die individuelle Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderungen darzustellen, welche konkreten Zuständigkeiten (z.B. Rehaträger, Eingliederungshilfe) bestehen und welche Verfahrenswege einzuhalten sind. Ein entsprechender Wegweiser für alle am Verfahren Beteiligten ist zu erstellen.	30.09.2020	Erledigt mit Vorlage 15/1784 "Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung" für den Sozialausschuss 05.09.2023.	

Selektionskriterien:
alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 12.12.2022

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss
öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/386	Arbeitsbegleitende Betreuung in Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	**Soz / 09.11.2010** LA / 03.12.2010	53	"Die Verwaltung wird beauftragt, eine qualitative Untersuchung zum Umfang und zu den Inhalten der arbeitsbegleitenden Betreuung in Integrationsprojekten gemäß Vorlage Nr. 13/386 durchzuführen und eine eventuelle Übertragbarkeit dieses Förderinstruments auf andere Unternehmen zu prüfen."	31.12.2021	Mit dem neuen Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes (BGBl Teil I Nr. 146 vom 13.06.2023), in dem die Aufgaben der Inklusionsbetriebe verändert wurden, sowie der Veröffentlichung einer bundesweiten Wirkungsstudie zu Inklusionsbetrieben (https://bag-if.de/wp-content/uploads/2023/05/Studie-MehrWirkung_Ergebnisbericht_final.pdf) ist der Beschluss aufgrund der bundeweiten Entwicklungen als erledigt zu betrachten.	

Selektionskriterien:
alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 12.12.2022

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

TOP 15 Anfragen und Anträge

Anfrage Nr. 15/69

öffentlich

Datum: 24.05.2023
Anfragesteller: GRÜNE

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**07.06.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Anfrage: Umsetzung der Billigkeitsrichtlinie zur Unterstützung der Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Energiekrise

Fragen/Begründung:

Die massiv gestiegenen Energiekosten stellen die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe (inklusive der Arbeitsbereiche der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen) sowie die Einrichtungen nach § 67 SGB XII vor große finanzielle Herausforderungen.

Der Bund hat im November 2022 diverse Maßnahmen zur finanziellen Entlastung (unter anderem auch einen Hilfsfonds für soziale Dienstleister) beschlossen. Von diesen Hilfen sind Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe sowie Einrichtungen nach § 67 SGB XII explizit ausgeschlossen, ebenso der eingliederungshilfefinanzierte Arbeitsbereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Vor allem die hohen Energiekosten verursachen in den Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe sowie den Einrichtungen nach § 67 SGB XII erhebliche Mehrausgaben, die von den Trägern der Eingliederungshilfe beziehungsweise der Sozialhilfe finanziert werden müssen, damit die Einrichtungen und Dienste weiterhin die erforderlichen Betreuungs- und Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen erbringen können. Bereits für das Jahr 2022 haben die Träger der Eingliederungshilfe hier erhebliche zusätzliche Kosten im Rahmen der Vergütungsentgelte übernehmen müssen. Für das Jahr 2023 ist von weiteren erheblichen Mehrbelastungen bei den Einrichtungen und Diensten auszugehen. Mit der über diese Richtlinie gewährten Billigkeitsleistungen wird den Trägern der Eingliederungshilfe eine einmalige, gegebenenfalls auch teilweise, Refinanzierung der für das Jahr 2023 entstandenen Mehrausgaben ermöglicht.

Das Land NRW stellt den Landschaftsverbänden für 2023 einmalig 60 Mio. € zur Verfügung, um Mehrausgaben aufgrund massiv gestiegener Energiekosten auch in Diensten und Einrichtungen der Eingliederungshilfe zu refinanzieren. („Billigkeitsleistungen zur Unterstützung der kommunalen Familie und der Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe sowie der Einrichtungen nach § 67 SGB XII bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Energiekrise"- Ministerialblatt vom 27.04.2023)

Dem LVR fließen aus dieser Maßnahme 30 Mio. € zu.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Billigkeitsleistungen besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Frage:

1. Nach welchen Kriterien werden die Mittel an die Einrichtungen der Eingliederungshilfe verausgabt?

2. Wie werden die Mehrbedarfe ermittelt?

3. Können Leistungserbringer der Eingliederungshilfe, die Wohnraum zur Verfügung stellen, also „Vermieter" sind, Mehrkosten geltend machen, um nicht die Nutzer*innen der Wohnangebote mit drastischen Kostensteigerungen zu belasten?

4. Wann können die betroffenen Einrichtungen mit einer finanziellen Unterstützung rechnen?

Ralf Klemm
Fraktionsgeschäftsführer

LVR-Dezernat Soziales
LVR-Fachbereich Ressourcen

Qualität für Menschen

LVR · Dezernat 7 · 50663 Köln

Vorsitzender
des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Vorsitzende
des Sozialausschusses

Mitglieder und stellvertretende Mitglieder
des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Mitglieder und stellvertretende Mitglieder
des Sozialausschusses

nachrichtlich
Geschäftsführungen der Fraktionen
in der Landschaftsversammlung Rheinland

über Stabstelle 00.200

Datum und Zeichen bitte stets angeben

01.06.2023

Frau Manns
Tel 0221 809-7100
claudia.manns@lvr.de

Herr Bruchhaus
Tel 0221 809-6211
jürgen.bruchhaus@lvr.de

Herr Bräuning
Tel 0221 809-4338
pascal.braeuning@lvr.de

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/69 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Umsetzung der Billigkeitsrichtlinie zur Unterstützung der Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Energiekrise

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend beantwortet die Verwaltung die von der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN gestellte Anfrage zum Thema „Umsetzung der Billigkeitsrichtlinie zur Unterstützung der Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Energiekrise".

1. Nach welchen Kriterien werden die Mittel an die Einrichtungen der Eingliederungshilfe verausgabt?

Gemäß Zuwendungsbescheid des Landes vom 11. Mai 2023 sind die Mittel zweckgebunden für die Refinanzierung der in 2023 entstehenden bzw. entstandenen energiekrisenbedingten Kostensteigerungen der Vergütungen in der Eingliederungshilfe und der Leistungen nach § 67 SGB XII. Die Landschaftsverbände erstatten aus diesen Mitteln den Einrichtungen und Diens-

EMAS Geprüftes Umweltmanagement

Mitglied im Erfolgsfaktor Familie Unternehmensnetzwerk

Ihre Meinung ist uns wichtig!
Die LVR-Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden erreichen Sie hier:
E-Mail: anregungen@lvr.de oder beschwerden@lvr.de, Telefon: 0221 809-2255

ten die Mehrbedarfe wegen gestiegener Sachkosten zur Sicherung ihrer Existenz und zur Sicherstellung der erforderlichen Unterstützungsleitungen im Rahmen der landesweit pauschalen bzw. einzelfallbezogenen Entgeltfortschreibungen.

2. Wie werden die Mehrbedarfe ermittelt?

Die Landschaftsverbände konnten mit den Verbänden der Leistungserbringer bereits eine Einigung zur Ermittlung der Zusatzausgaben erzielen. So wird die Prognose der Inflationsrate der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von derzeit 6 % für 2023 bei der landesweiten pauschalen Entgeltfortschreibung zu 100% berücksichtigt.

Darüber hinaus können Leistungserbringer auch zu Einzelverhandlungen aufrufen, falls die pauschale Sachkostensteigerung im Einzelfall nicht ausreichen sollte.
Aktuell wird gemeinsam mit der LAG der Freien Wohlfahrt ein vereinfachtes Verfahren zur Einzelverhandlung einer energiebedingten Sachkostensteigerung oberhalb der Inflationsrate im Sinne einer Härtefallregelung geprüft.

Für den Leistungsbereich der Eingliederungshilfe für Kinder mit (drohender) Behinderung wird es ebenfalls ein vereinfachtes Verfahren geben. Derzeit wird überlegt, eine Pauschale pro Kind mit (drohender) Behinderung zu finanzieren. Betroffen sind hier die Leistungsbereiche der heilpädagogischen Gruppen und Einrichtungen (Gruppen nur mit Kindern mit (drohender) Behinderung), die Frühförderung und Leistungserbringer, die individuelle heilpädagogische Leistungen erbringen und es sich nicht um trägereigenes Personal handelt (sog. Drittanbieter).

Orientiert wird sich dabei an der Pauschale, die bereits über das Sonderprogramm (das auch Aufwendungen für die Energiekrise beinhaltet) für die über das Kinderbildungsgesetz geförderten Kindertageseinrichtungen finanziert wird. Hiervon werden sowohl Kinder mit als auch ohne Behinderung erfasst, die in einer Gruppe gemeinsam betreut werden. Die Pauschale ist auf das einzelne Kind ausgerichtet.

3. Können Leistungserbringer der Eingliederungshilfe, die Wohnraum zur Verfügung stellen, also „Vermieter" sind, Mehrkosten geltend machen, um nicht die Nutzer*innen der Wohnangebote mit drastischen Kostensteigerungen zu belasten?

Die Mehrkosten können zunächst für die Fachleistungsflächen auf Grundlage der bestehenden Vereinbarungen bei den Trägern der Eingliederungshilfe geltend gemacht werden.

Mehrkosten für Wohnflächen sind nach der Trennung der Leistungen beim zuständigen Leistungsträger (in der Regel bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe) unter Berücksichtigung der dort geltenden Entlastungspakete geltend zu machen.

In besonderen Wohnformen werden Aufwendungen für Wohnraum oberhalb der Angemessenheitsgrenze nach § 42a Abs. 6 SGB XII von den Trägern der Eingliederungshilfe übernommen, sofern dies wegen der besonderen Bedürfnisse des Menschen mit Behinderungen erforderlich und vereinbart ist.

Liegen die Aufwendungen unterhalb der Angemessenheitsgrenze und empfangen „Mieter*innen" Leistungen der Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel SGB XII, so werden die Kosten vom Bund – und somit nicht von der kommunalen Familie - refinanziert.

4. Wann können die betroffenen Einrichtungen mit einer finanziellen Unterstützung rechnen?

Die entsprechend erhöhten Entgelte werden (rückwirkend) gezahlt, sobald die entsprechenden vertraglichen Grundlagen zur pauschalen Anpassung der Leistungsentgelte, die sogenannte Empfehlungsvereinbarung, unterschrieben ist. Sowohl die Verbände der Leistungserbringer als auch die Kommunale Familie haben ein sehr hohes Interesse an einem zügigen Abschluss der Empfehlungsvereinbarung 2023 und setzen den erforderlichen Unterschriftsweg möglichst kurzfristig um.

Bei vorübergehenden finanziellen Engpässen können Leistungserbringer formlos einen Liquiditätsvorschuss beantragen. Ansprechpartner ist hier Herr Pascal Bräuning, Leitung der Abteilung 71.30 „Haushalt" (Kontaktdaten s.o.).

Für den Leistungsbereich der Eingliederungshilfe für Kinder mit (drohender) Behinderung wird eine Auszahlung auf Antrag erfolgen. Zunächst sind die Rahmenbedingungen (Höhe der Pauschale, Antragsformular, ein Informationsschreiben des Landschaftsverbandes Rheinland an die Leistungserbringer etc.) in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe zu finalisieren. Nach Eingang der Anträge und Prüfung der Unterlagen erfolgt eine zeitnahe Auszahlung an die Leistungserbringer.

Mit freundlichen Grüßen
Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
In Vertretung

Dirk Lewandrowski
Landesrat
LVR-Dezernent Soziales

Knut Dannat
Landesrat
LVR-Dezernent Kinder, Jugend und Familie

TOP 16 Bericht aus der Verwaltung

TOP 17 Verschiedenes